



Arbeiterkampf

 Nr.150 8.Jg.19.3.79 **Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes**

DM 2,-

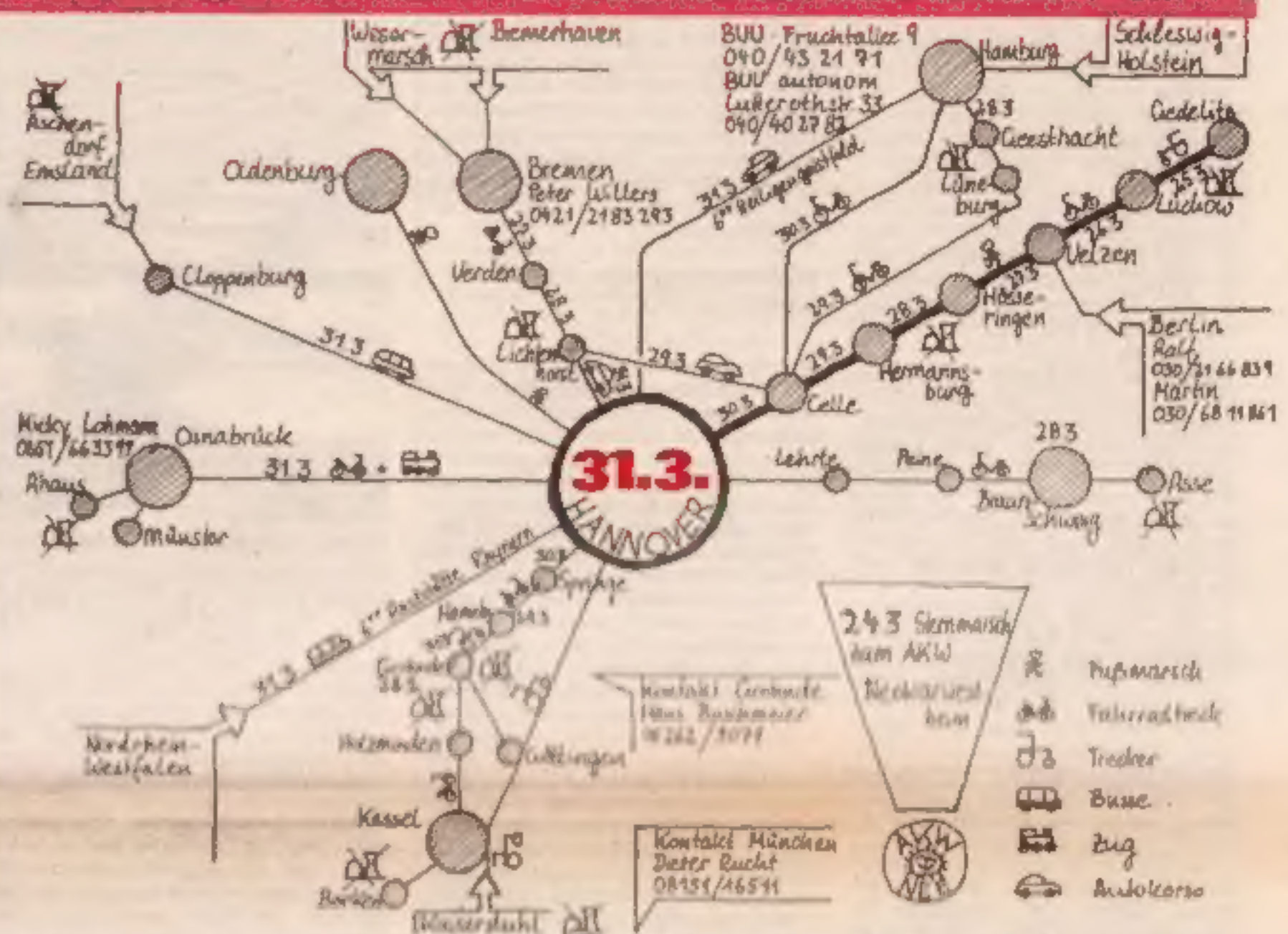
ALBRECHT, WIR KOMMEN!

Westberlin:

3,7 % Großer Erfolg für Alternative Liste

Die Idee der bunten und alternativen Listen ist nicht totzukriegen. Im Gegenteil: Sie erlebt einen neuen Aufschwung. Das ist das entscheidende Ergebnis der Westberliner Landtagswahlen. Nach den letzten, bei Redaktionschluss vorliegenden Hochrechnungen, erhielt die Alternative Liste 3,7 %. Bei den gleichzeitig stattfindenden Kommunalwahlen erzielte die AL hervorragende Einzelergebnisse, so daß sie wahrscheinlich mit Abgeordneten in mehreren Bezirksparlamenten vertreten sein wird (Kreuzberg, Schöneberg, Tiergarten, Charlottenburg).

Das gute Abschneiden der AL beherrschte auch die ersten Stellungnahmen der bürgerlichen Politiker und Kommentatoren weit mehr als die geringfügigen Veränderungen zwischen SPD, CDU und FDP, die sich am Wahlsonntag in Westberlin und Rheinland-Pfalz ergaben. Bei den Bonner Parteien hatte man sich nach dem mageren Abschneiden der GLH bei den Neuwahlen (1,1 %) bereits in Sicherheit gewiegt, und den Grünen und Buntten ein schnelles Ende vorausgesagt. Am Abend des 18.3. konnten Brandt, Kohl und Mischak ihre Betroffenheit jedoch kaum verhehlen. Denn vor allem unter den Jungwählern und in Arbeitervierteln hat die AL ihre Einbrüche erzielt können. Trotz allem „Bemühen um die Jugend“, trotz des „Dialogs mit kritischen Menschen“ und allen möglichen Integrationsbestrebungen geht der Trend der Buntten wieder nach oben. Die Schlußfolgerungen liegen auf der Hand: Gelingt es den Bürgerinitiativen, sich zu einigen und sich von der Illusion zu lösen, eine Annäherung an rechte Positionen würde Stimmengewinne mit sich bringen, so sind die Aussichten, etwa bei den Bürgerschaftswahlen in Bremen die 5 % zu überspringen, gut genug (und noch besser sind die Chancen sicherlich für eine Beteiligung an Kommunalwahlen!). Aber auch in der Frage, ob sich die Buntten an den Bundestagswahlen 1980 beteiligen sollten, ist das letzte Wort noch nicht gesprochen.



Auf diesem Marschweg wurden am 31.3. zehntausende AKW-Gegner nach Hannover kommen. Siehe auch S. 12 ff.

„Wir wollen keine neue Diktatur!“

Die iranischen Frauen treiben die Revolution voran

Nachdem die iranische Revolution das Schah-Regime gestürzt hat, geht es jetzt vor allem darum zu verhindern, daß im Namen des Islam eine neue Diktatur errichtet wird. In diesem Kampf haben die Frauen die Führung übernommen. In immer neuen Demonstrationen in allen großen iranischen Städten fordern sie: „Nein zum Schleier! Nieder mit allen Formen der Unterdrückung!“

Vor der Revolution des 10. Februar hatten die Frauen mit Absicht den schwarzen Schleier getragen, um ihre Verbundenheit mit den armen ausgebeuteten Frauen zu zeigen und um gegen den Imperialismus zu demonstrieren, der die eigene Kultur der iranischen Völker zerstört hat. Doch nach der Revolution ist alles anders. Nach der Revolution wäre es an der Zeit, daß alle Frauen den Schleier wegwerfen und gleichberechtigt eine neue Gesellschaft aufbauen. Jetzt sind es die reaktionären Kräfte um Khomeini, die den Schleier vorschreiben wollen. Jetzt sollen die Frauen gezwungen werden, den Schleier zu tragen, als Ausdruck ihrer erneuten Unterdrückung und Entrechtung.

Die Frauen hatten an der Revolution als besonders radikale Kraft teilgenommen. Sie hatten Waffen unter dem Schleier getragen. Sie hatten Frauenorganisationen aufgebaut. Nun sollte ihnen noch mehr genommen werden, als sie sich erkämpft hatten. Khomeini forderte nicht nur die Einsammlung der Waffen, sondern er wählte die Frauen als erstes Objekt, an dem er seine Vorstellungen von einem „islamischen Staat“ durchsetzen wollte:



Fortsetzung Seite 52

Ende der Flitterwochen

China: Jetzt auch Angriff auf Laos?

Nach einem offiziellen Bericht aus Laos vom 15. März wird gemeldet, daß chinesische Truppen nun auch gegen Laos mit Provokationen und Vorstößen begonnen haben. Zwei bis drei Kilometer tief sollen chinesische Truppen an verschiedenen Stellen nach Laos eingedrungen sein. Auch Chinas Überfall auf Vietnam hatte zunächst mit solchen Vorstößen begonnen.

China hatte bereits während des Angriffs auf Vietnam damit begonnen, Truppen an der laotischen Grenze zu konzentrieren. Zugleich wurde die Propaganda-Kampagne gegen Laos verschärft: Laos sei von vietnamesischen Truppen besetzt, Vietnam sei „der Oberherr in Laos“ usw. Propaganda dieser Art kann nach den bisherigen Erfahrungen durchaus als Signal für eine unmittelbar bevorstehende „Strafexpedition“ gegen Laos angesehen werden, wieder unter dem Vorwand, Vietnam „in die Schranken weisen“ zu müssen.

Laos hat auf die chinesischen Provokationen und Kriegsdrohungen reagiert, indem es die rund 5.000 chinesischen Berater, Techniker usw. nach Hause schickte. Diese Leute hatten, nach Angaben der Regierung von Laos, bereits aktive Vorbereitungen für einen chinesischen Angriff getroffen. China habe auch „Spione und Kommandos“ nach Laos geschickt, um regierungsfeindliche Kräfte mit Waffen auszurüsten.

Die chinesische Führung hat nicht die Absicht, Frieden in Indochina einkleben zu lassen. Ihr Ziel ist es, die Oberherrschaft über Indochina zu gewinnen. Ein Angriff auf Laos (3 Mio. Einwohner) würde weniger Risiken und mehr Chancen für China enthalten als der Angriff auf Vietnam. Vietnamesische Unterstützung für Laos wiederum könnte von der chinesischen Führung zum Vorwand für eine weitere „Eskalation“ des Krieges und für einen neuen Angriff auf Vietnam genommen werden.

Die chinesische Führung hat in Indochina einen schleichenden Krieg begonnen, um die „geschaltete Mission“ des Imperialismus fortzusetzen. Dieser Krieg hat viele Fronten und verläuft nicht kontinuierlich.

Unklar sind zur Zeit die weiteren Pläne Chinas gegen Vietnam. Am 4. März erklärte die chinesische Führung durch Hua Guo-feng, daß die Aggression gegen Vietnam „ihr Ziel erreicht“ habe und daß die Truppen nun aus Vietnam zurückgezogen würden. Am 16. März verkündete Hua, daß der Rückzug aus Vietnam vollständig abgeschlossen sei. Aus vietnamesischen Berichten geht aber hervor, daß sich der Rückzug nur scheinbar vollzog und immer wieder mit chinesischen Angriffen und neuen Truppenkonzentrationen verbunden war. Noch am 10. März meldete Vietnam „heftige Kämpfe“ aus den angegriffenen Grenzprovinzen Cao Bang, Lang Son und Lao Cai. Am 14. März zitierte die „Süddeutsche Zeitung“ thailändische „Beobachter“, die der Meinung seien, daß „bisher überhaupt nur einige kleinere Einheiten abgezogen worden“ seien. Es bleibt abzuwarten, was Vietnam zur chinesischen Rückzugsanmeldung sagen wird. Die chinesische Führung hatte schon vor einiger Zeit angekündigt, daß sie sich nicht vollständig aus Vietnam zurückziehen will, sondern daß die chinesischen Truppen rund 100 qkm Vietnam besetzt halten sollen, die von Peking beansprucht werden.

Sollte das der Fall sein, sind neue Grenzkonflikte und damit der Vorwand für eine Neuaufnahme des chinesischen Überfalls schon vorprogrammiert. Daß sich Vietnam auf einen Konflikt von längerer Dauer vorbereitet, zeigen die „Generalmobilisierung“ und die Einführung eines täglichen zweistündigen militärischen Trainings für die gesamte Bevölkerung.

Birkenhof Hannover: Milchskandal jetzt auch in Hamburg

vom Heimknast in die Gosse

Wie bereits in unserem Artikel in AK 148 angedeutet, konzentrieren sich die im letzten Sommer aus dem Birkenhof-Skandal erwachsenen öffentlichen Auseinandersetzungen zu diesem Thema immer stärker auf Situation und Aktivitäten der aus dem Erziehungsheim entwichenen Mädchen, während es um das Heim selbst sehr still geworden ist.

Der „Kampf um eine Jugendwohngemeinschaft“ und die damit verbundenen Aktionen sind in den Vordergrund gerückt, und so gut und richtig sich diese Forderung auch anhört und auch ist, u.a. gerade durch die Politik derjenigen, die den Anspruch hatten, diesen Kampf zu organisieren, ist die Wohngemeinschaft in weite Ferne gerückt.

Schon zu Beginn der Birkenhof-Kampagne war ein beträchtlicher Teil der eingesperrten Mädchen „über'n Zaun“ in die Freiheit geflüchtet. Eine Gruppe fand Unterstützung und Unterschlupf bei der „Sozialistischen Jugendgruppe Rote Panther“, initiiert und politisch ausgerichtet von der SAG (Sozialistische Arbeiter Gruppe), die in verschiedenen Großstädten der BRD in den Heimkampf einzugreifen versucht.

Ende letzten Jahres spitzte sich die Situation der geflohenen und „illegal“ draußen lebenden Jugendlichen bedenklich zu: Noch immer nicht legalisiert, d.h. ohne Papiere und finanzielle Unterstützung, lebten sie bei Freunden der Panther/SAG, denen jetzt aber die Wohnungen von den Vermietern gekündigt werden sollten.

Die Stadt, das zuständige Jugendamt (JA), hatte sich zunächst durch die Aktionen der Jugendlichen wenig von deren Wohngemeinschafts-Forderungen beeindruckt lassen und jede Aktion abgelehnt, dann aber signalisiert, Peter Brosch (der gemeinsam mit der Heiminitiative den Skandal um den Birkenhof ins Rollen gebracht hatte) als Gesprächspartner bzw. Vermittler zu akzeptieren.

Im Dezember fand ein Gespräch zwischen Mitgliedern der Jugendamtes, Brosch und Vertretern des „Hinterhaus“, einem Beratungszentrum für Jugendliche in Hannover, statt. Der Vorsitzende der „Hinterhäuser“ erklärt sich bereit, die Trägerschaft der einrichtenden Wohngemeinschaft zu übernehmen. Umstritten bleibt die Forderung der „Roten Panther“ nach freier Wahl ihrer Betreuer – das JA ist mit den Vorgesetzten unter keinen Umständen einverstanden. Diskutiert wird eine Kompromisslösung, die ein „Vetorecht“ beider Parteien bei der Wahl der Betreuer vorsieht.

Die Beschaffung des Wohnraums für die WG gestaltet sich sehr schwierig. Mitte Januar ist immer noch kein Haus gefunden, auch keine ausreichend große Wohnung. Das ist eindeutig der Stadt Hannover anzulasten, die über genügend Wohnraum verfügt, nicht aber dem „Hinterhaus“. Das „Hinterhaus“ versucht, eine Übergangslösung zu finden, damit die Mädchen nicht bald auf der Straße sitzen; die Jugendlichen selbst erscheinen, getreu der Linie der „Roten Panther“, zweimal im „Hinterhaus“ zu Besuch und fragen an, wann es denn endlich so weit ist. Die Besuche fallen so aus, daß sich ihr Wohngemeinschaftsträger gezwungen sieht, den Mädchen erst mal Hausverbot zu erteilen. Am 26.1. soll nochmals ein Gespräch zwischen den Beteiligten stattfinden – in der Nacht zuvor besetzten Jugendliche und SAG das Hinterhaus, um so „Druck“ auszuüben. Weiterer Grund: angeblich seien die Mädchen nicht zu dem Gespräch eingeladen worden und wären nicht informiert – was nicht stimmt. Es ist eine Einladung an eine der SAG-Betreuerinnen gesandt worden, die diese nicht weitergeleitet hat. So ist also die Einrichtung, die den Jugendlichen ihre Hilfe angetragen hat, unter Druck gestellt und besetzt worden. Es entsteht nebenbei relativ hoher Sachschaden im Haus. Polizei wird nicht eingeschaltet, aber das „Hinterhaus“ legt die WG-Trägerschaft nieder.

Jetzt erklärt sich Brosch seinerseits bereit, die Trägerschaft zu übernehmen. Als Übergangslösung ziehen die Mädchen in Hannover's Jugendherberge. Dort ist ihre Situation natürlich mies. Der Vorschlag, in ein Ferienlager zu fahren und dort einige Zeit zu verbringen, findet keine Zustimmung. Schließlich erklärt sich Anfang Februar doch der Großteil

der Mädchen bereit, die Einwilligung zu einer Ferienmaßnahme in Otterndorf zu unterschreiben, kehrt von dort allerdings schon nach einigen Tagen nach Hannover zurück. Daraufhin kommt es zu einer Auseinandersetzung, nach der auch Brosch seine Einwilligung in die Übernahme der Trägerschaft ablehnt.

Nun folgt die zweite Hausbesetzung: Ein Abbruchhaus in Hannover, das zunächst als Übergangslösung abgelehnt worden war, wird neue Unterkunft der Jugendlichen. Die Zustände dort sollen tatsächlich unzumutbar sein (kaum beheizbar, kaum möbliert etc.). Geld haben die Jugendlichen fast keines mehr. Birkenhof-Mädchen selbst sind auch kaum noch dabei, die meisten sind inzwischen legalisiert und wohnen bei Freunden etc. Zur SAG gestoßen sind Jugendliche, die von zu Hause abgehauen sind und neuerdings eine Gruppe aus Bielefeld (die dort aus dem Erziehungsheim „Buchenhof“ geflüchtet ist).

Heimkampagne ja – aber ohne SAG!

Die SAG, die mit ihrer Politik an die Heimkampagne der 60er Jahre anzuknüpfen scheint, indem Jugendliche aus den Heimen geholt werden, ohne daß aber die damit entstehenden Schwierigkeiten aufgefangen und bewältigt werden können, haben sich mittlerweile durch ihr sektiererisches Vorgehen nicht nur die Sympathien derjenigen verschert, die sich ebenfalls für eine Jugendwohngemeinschaft einsetzen wollen, sondern auch die vieler Initiativen aus dem Sozialbereich in Hannover. Das UJZ Kornstraße, das UJZ Glocksee, der Raschplatzpavillon und das Offizin-Kollektiv haben eine Resolution herausgegeben, die diese Situation deutlich macht:

„...Die Tatsache, daß durch diese Aktion das 'Hinterhaus' zum Feindbild für die betroffenen Jugendlichen geworden ist, ist Schuld der SAG, die unter verschiedenen Decknamen ('Iris-Trapp-Haus-Initiative', 'Rote Panther') die Jugendlichen für ihre Politik mißbrauchen. Durch die Besetzung des Hinterhauses spielen sie das gemeinsame Vorgehen aller Kräfte, die die berechtigten Forderungen der Jugendlichen unterstützen. Wir fordern die SAG auf, die Jugendlichen nicht länger zum Spielball ihrer Politik zu machen.“

Diese Resolution kann man nur unterstützen. Kommentar der SAG in der „Sozialistischen Arbeiter Zeitung“ (SAZ) unter der Überschrift „Viel Feind – viel Ehr!“: „Das sind die gleichen unerhörten Verleumdungen, die man bisher nur von dem Leiter des Stadtjugendamtes, Gloger, vernommen hat.“ Und „die Jugendlichen“ werden „nachfragen, wer als Mitarbeiter und Jugendlicher im Namen von UJZ-Kornstr. und UJZ Glocksee und Raschplatzinitiative Glogers Geschäfte besorgt.“

Genau das war das ideologische Strickmuster der SAG von Anfang an: Wer nicht bedingungslos ihre Aktionen unterstützt, steht auf der anderen Seite. Man bestellt Leute zu einer Demonstration, bereitet diese mit anderen Initiativen gemeinsam vor, sagt denen aber nicht, daß im Anschluß daran ein Haus besetzt werden soll. Wer die Besetzung dann kritisiert, ist „Meister der Heimtücke“, betreibt die Geschäfte Glogers usw. ...

Dieses unsolidarische Vorgehen gegenüber möglichen Bündnispartnern im Kampf gegen Heimterror und für Jugendwohngemeinschaften hat nunmehr zur völligen Isolierung der „Roten Panther“ geführt und den beteiligten Mädchen mehr geschadet als genützt. Ob es den aus dem Bielefelder Heim geflohenen Jugendlichen, die jetzt im besetzten Abbruchhaus in Hannover hocken, im Kampf mit der SAG besser ergehen wird, erscheint fraglich. Ob dies Beispiel anderen Jugendlichen Mut macht, überhaupt den Kampf um eine Jugendwohngemeinschaft aufzunehmen, ist zweifelhaft.

Grund genug, die Heime zu verlassen, gibt es noch immer. Wir wollen im nächste AK ausführlich darstellen, wie die augenblickliche Situation im Birkenhof selbst aussieht.

KB Hannover

weil der Hamburger Chemiekonzern Boehringer das für die Bundesrepublik verbotene Pflanzenschutzmittel „Lindan“ für den Export ungehindert produzieren darf, gibt es einen neuen Milchskandal.

Was war passiert? Von der Hansa-Meierei wurde bei einer Milchuntersuchung auf 14 Höfen in Billwerder und Allermöhe – ein landwirtschaftliches Nutzgebiet – eine bis zu sechsfache Überschreitung der höchstzulässigen Grenzwerte für Hexachlorcyclohexan (HCH) (bis 0,6 Milligramm pro Liter) festgestellt. Eine Gesundheitsgefährdung wurde für die Bevölkerung jedoch sofort „ausgeschlossen“, da die versuchte Milch nach „hemischem“ Muster mit

weltweiten tatsächlich einhalten („Frankfurter Rundschau“, 14.3.).

Das HCH, das neben Leber- und Nervenschäden Mißbildungen bei Ungeborenen hervorruft und zudem noch krebserregend ist, wird bei Boehringer (Hamburg) seit 1950 hergestellt. Diese Giftküche macht schon seit langem Schlagzeilen.

– 1954: Im Verlauf weniger Monate traten 31 Chlor-Akne-Fälle auf. Ursache? Das berüchtigte Seveso-Gift, das bei der Produktion von „Lindan“ anfällt und noch heute produziert wird. Dies führte bei den Betroffenen zu Muskelschwäche, Appetit- und Gewichtsverlust, Schlafstörungen, Bauchschmerzen und Le-

„prüfen“, „ob dabei irgendeine strafbare Handlung vorgekommen ist“ („Hamburger Morgenpost“, 15. u. 16.3.).

Während die Staatsanwaltschaft noch an der Quizaufgabe rätselt, gibt der Werksleiter von Boehringer, Werner Krumm, zu, daß das HCH bis Anfang der 70er Jahre offen auf dem Werksgelände gelagert worden ist. Gegenüber der „Morgenpost“ erklärte er:

„Davon kann schon eine kleine Menge verweht worden sein. Aus der damaligen Sicht war das nicht gefährlich“ (ebenda). Dennoch behauptete er frech, daß die Milchvergiftung nicht von diesen Ablagerungen kommen könne. Vielmehr sei das Elbwasser schuld, das in dieser Region häufig die Felder überschwemmt. Diese billige Ausrede wird Boehringer ebenso wenig aufrechterhalten können wie Merck in Hessen!

Wie fürsorglich Boehringer ist, zeigte sich auch nach der schweinschen Seveso-Katastrophe, die mehrere Tote und 600 Chlor-Akne-Opfer gefordert hatte (s. AK 86). Der Vorstand setzte sich nach dem italienischen Chemie-Unglück mit zumindest einem Vorstand der umliegenden Betriebe in Verbindung, ließ beschwichtigende Aushänge in benachbarten Betrieben verbreiten und gab laut not least Atemschutzmasken für den Ernstfall an diese Betriebe weiter.

Wie sehr die Existenz der Bauern bedroht ist, die sich in einer Interessengemeinschaft zusammengeschlossen haben, zeigt das Beispiel Hünningen im Elsaß. Dort mußte 1973 fast der gesamte Kuhlbestand notgeschlachtet werden, nachdem es fast ein Jahr lang zu 20fachen Grenzwertüberschreitungen gekommen war. Ein Freiburger Gericht untersagte dem französischen „Lindan“-Hersteller die Produktion und sprach dem Kläger 1975 eine Schadenersatzleistung von 263.000 Mark zu (vgl. „Seveso ist überall“, S. 19).

Im Gegensatz dazu kann Boehringer die gefährliche „Lindan“-Produktion für den Export munter fortsetzen, u.a. auch mit dem Ergebnis, daß die mit „Lindan“ gepöhlten und behandelten Nahrungsmittel als Import in die BRD wieder zurückgelangen.

AKW-Nein-Kommission



Seveso: Versuchte Tierkadaver in den Fässern!

einwandfreier Milch kurzerhand gemischt worden war. Mittlerweile hat eine von Umweltsenator Cunliff (SPD) gegründete Untersuchungskommission ein Neun-Punkte-Programm ausgearbeitet: Aus Gräben und Brunnen Billwerders sollen Wasserproben entnommen werden; die Milchuntersuchungen werden ausgeweitet. Neben der Prüfung des Gemüseanbaus soll auch das Fleisch der Tiere untersucht werden. Darüber hinaus will die Kommission die Arbeiter der dortigen Betriebe untersuchen lassen und überprüfen, ob die Betriebe die ihnen gemachten Um-

berschäden.

– 1956: Erneut erkrankten mehrere Arbeiter an Chlor-Akne; sie mußten in der Universitätsklinik Eppendorf behandelt werden. Daraufhin wurde das Verfahren bei Boehringer umgestellt (nach: „Seveso ist überall“ – die tödlichen Risiken der Chemie“, Koch und Vahrenholt, S. 55).

– 1972 hatte die Behörde bereits HCH-Verfälschungen in diesem Raum durch das Boehringer-Gift festgestellt. Trotzdem wurden keine Ermittlungen eingeleitet, was die Staatsanwaltschaft auf Trab bringt. Sie will jetzt durch Akteneinsicht

Wird Ex-Nazi Carstens [CDU] Bundespräsident?

Am 5.3.79 bestimmte die CDU/CSU Karl Carstens zum Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten. Nach dem ehem. Bundespräsidenten und Konstrukteur von KZ-Bauten, Heinrich Lübke (CDU), dem ehem. Bundeskanzler und Ex-NSDAPler Kiesinger (CDU), dem ehem. Nazi-Richter Filbinger (CDU) – um nur eine bescheidene Auswahl des reichhaltigen Angebots zu nennen – wird nun mit Carstens erneut ein Kandidat für eine hohe Stelle im BRD-Staatsapparat aufgestellt, dessen Nazi-Vergangenheit schon vor seiner Wahl öffentlich bekannt ist.

Carstens' Nazi-Vergangenheit

Als 23-jähriger stellte Carstens 1937 einen Antrag auf Aufnahme in die NSDAP und wurde nach seinem Eintritt in die „Wehrmacht“ 1940 in die Partei aufgenommen. Anfang September 1978 schrieb Prof. Heinz Trockes in einem Leserbrief an den Westberliner „Tagesspiegel“: „... Carstens sei während des Krieges Ausbildungsoffizier in Berlin-Schulendorf gewesen und habe dort das NSDAP-Parteiabzeichen auf der Offiziersuniform getragen“ („Extra-Dienst“, 6.10.78). „Das Parteiabzeichen hefteten sich Offiziere der Wehrmacht nur dann an die Uniform, wenn sie sich als besonders fanatische Nazis hervortun wollten“ kommentierte damals der „Extra-Dienst“.

„...dringender Verdacht einer falschen unheimlichen Aussage...“

Die Nazi-Vergangenheit von Carstens ist für die bürgerliche Presse der BRD kein Thema. Die Waffengeschäfte des BND und die Verwicklung von Carstens darin können allerdings nicht totgeschwiegen werden.

Am 27.3.1975 schrieb der ehem. Bundestagsabgeordnete Günter Metzger über eine Carstens-Aussage aus dem Guillaume-Untersuchungsausschuß im Oktober 1974: „Wie aus ...

Unterlagen zu entnehmen ist, hat der CDU-Politiker vor dem Untersuchungsausschuß in dieser Frage die Unwahrheit gesagt“ (nach „FR“, 5.10.78). Carstens hatte nämlich behauptet: „Ich habe in der Zeit, als ich die Aufsicht über den Bundesnachrichtendienst führte, über Waffengeschäfte des BND nie etwas gehört“ („Vorwärts“, 20.5.76).

Diesem Vorgang folgte eine lange gerichtliche Auseinandersetzung, die Carstens gegen Metzger anzettelte. Dieser Streit endete unplötzlich am 7.3.79 mit einem Vergleich, nachdem der SPD-Führung mit der Probestimmung der Unions-Delegierten endgültig sicher schien, daß Carstens zum nächsten Bundespräsidenten gewählt werden würde. Metzger bestand bei dem Vergleich zwar darauf, daß Carstens die Unwahrheit gesagt habe. Dies brauche jedoch keine „schuldhaft falsche Aussage“ gewesen zu sein.

SPD deckt Carstens

In die Diskussion um die Nazi-Vergangenheit des führenden CDU-Politikers Carstens griffen nur vereinzelt linke Sozialdemokraten oder Zeitungen wie „Extra-Dienst“, „Neue“ und „konkret“ ein. Die Kritik an Carstens wurde von der SPD-Führung systematisch blockiert. Wenn schon aus parteipolitischen Überlegungen gegen Carstens polemisiert wurde, so „zum Staatswohl“, um die politische Diskussion zu entschärfen: Carstens sei zwar ein „Mann der Polarisierung“, ein „Erzkonservativer“, jemand vom äußersten rechten Rand“. Ein „Demokrat“ aber sei er allemal (Schmidt). Zur Frage nach der Vergangenheit von Carstens meinte Werner nur: „An dieser Skandaldebatte wird sich die SPD nicht beteiligen“ („Hamburger Morgenpost“, 25.3.79).

Für die SPD-Führung wäre es – bei öffentlicher Mobilisierung – sehr

leicht, die Wahl von Carstens zum Bundespräsidenten z.B. durch Aufhellung der BND-Affäre zu durchkreuzen. Stattdessen tut sie genau das Gegenteil:

– Das Bundeskanzleramt gab bestimmten Zeugen vom Bundesnachrichtendienst keine Aussagegenehmigung vor Gericht. Die „Unwahrheiten“ von Carstens hätten sonst entlarvt werden können.

– Der „Spiegel“ (11/78) berichtet von einem Treffen Mitte Februar, bei dem Schmidt Carstens versprochen haben soll, Metzger im Sinne seiner endgültigen Einigung im Rechtsstreit zu bewegen.

– Die SPD-Führung fordert die Staatsanwaltschaft Bonn nicht auf, ein Verfahren wegen des „dringenden Verdachts einer falschen unheimlichen Aussage“ (Metzgers Verteidiger v. Stackelberg, lt. „Spiegel“ 48/78) zu eröffnen. Dabei steht fest: 1. Vom 1.1.1968 bis zum 21.10.69 war Carstens Chef des Bundeskanzleramts und damit gleichzeitig oberster Dienstherr des BND.

2. „Aus einem Geheimbericht des BND-Chefs Wessel ergibt sich, daß die Hamburger Waffexporthfirma Dobbertin vom Sommer 1966 bis Mitte Februar 1970 vom deutschen Geheimdienst gesteuert wurde“ („Welt“, 12.12.78).

3. Obwohl Metzger weiterhin behaupten darf, Carstens habe die Unwahrheit gesagt (indem er bestritt, von dem Geschäft gewußt zu haben), legt das Bundeskanzleramt Helmut Schmidts keine weiteren Beweise vor und akzeptiert stattdessen, daß die Staatsanwaltschaft Bonn ausdrücklich erklärt, kein Verfahren eröffnen zu wollen.

Die SPD-Führung muß wohl bis zum Hals selbst in Geheimdienst-Affären verstrickt sein, um die Wahl dieses Kandidaten zum Bundespräsidenten zuzulassen.

Antifa-Kommission Hamburg

„Terroristen“ jagd in Lübeck

Am 3.3.79 wurden drei Mitglieder der Lübecker Knastgruppe verhaftet wegen Verdachts nach § 129 b („terroristische Vereinigung“) und angeblicher Vorbereitung von Sprengstoffanschlägen. Die „Lübecker Nachrichten“ (LN) und andere bürgerliche Zeitungen präsentierten eine wilde Terroristen-Geschichte: „Im Besitz der Verhafteten wurden Sprengstoff und andere Material zur Herstellung einer Zeitbombe gefunden“ („LN“, 7.3.79).

Seit dem 3.3. wurden vier Wohnungen, zwei PKWs und eine Garage durchsucht. In einer der Wohnungen wurden angeblich unter anderem Mikroprozessoren (?) für den Selbstbau eines Sprengkörpers gefunden. Ferner wurden „Schaltpläne und ein Benzinanker mit Lunte bei den Verdächtigen sichergestellt, ebenso ein Relaiswecker mit angeblichem Zündmechanismus“ („LN“, 3.3.79).

Der Ausgangspunkt für diese Verhaftungen war laut NDR II vom 6.3. ein Anruf bei der Polizei „von einer 20jährigen Bürgerin, die ihren Namen nicht nennen wollte, weil sie Repressalien von ihren Genossen erwartete“. Im NDR hieß es weiter, „konspirative Wohnungen“ seien ausgehoben worden, und einem der Gesuchten (Jörn) sei angeblich noch die Flucht gelungen.

Weitere Schlagzeilen der bürgerlichen Presse lauteten: „Terrorist ausgehoben“ („Morgenpost“), „Bombenwerkstatt in der Lübecker Innenstadt“ („Bild“), „Brandstiftung gefunden“ („Frankfurter Allgemeine Zeitung“), „Terroranschläge auf Bundesanwaltschaft geplant“ („Bild“).

So sah die Wirklichkeit aus:

Wie man aus Utensilien, die in der „Bombenwerkstatt“ gefunden wurden, allerdings Bomben bauen will, bleibt ein Rätsel.

Aus einem Wecker machte die Presse kurzerhand einen Wecker „mit Zündmechanismus“. Der Fundort eines „Benzinkanisters mit Lunte“ wurde von den „LN“ aus dem Kofferraum eines Wagens in die heutige „Bombenwerkstatt“ verlegt. (Es ist allerdings sehr verdächtig, wenn jemand einen Benzinanker im Auto hat). Die „Lunte“ entpuppte sich als Putzklappen. Weiter wurden beschlagnahmt: Blutzylinder, Draht, 2 Schalter, 2 Batterien, Lötlötzin und Klebeband. Von den stets zitierten Mikroprozessoren oder anderen elektronischen Bauteilen fehlt dagegen jede Spur.

Ebenfalls unwahr ist die Darstellung der „LN“, „beide hatten noch versucht, einen Wagen mit Fühndungsbauteilen ... abzuschütteln.“ In Wirklichkeit wurden die beiden Verhafteten von schwerbewaffneten Bullen beim Einparken ihres Wagens überrascht.

Es bleibt noch zu erwähnen, daß ein „LN“-Reporter von den Bullen rechtsseitig informiert wurde, um an ein „LN“-Reporter von den Bullen rechtzeitig informiert wurde, um an den Hausdurchsuchungen teilnehmen zu können.

Systematische Kriminalisierung

Die Knastgruppe wurde seit Jahren von den „Sicherheitsbehörden“ bedrängt, insbesondere Frank:

- Am 12.3.77 Festnahme im Anschluss an eine Straßentheateraufführung zur AKW-Problematik;
- Am 29.9.77 Anstaltsverbot für ihn und eine Frau der Knastgruppe

„Neue Terrorwelle“ Eine Propagandalüge

Nach der Ausstrahlung der Serie „Holocaust“ sind die Bundesanwaltschaft und das BKA unter Zugzwang geraten. Seit Jahren ist bekannt, daß Aitnazi und Neofaschisten ihr Unwesen treiben, ohne daß es nennenswerte Aktionen des Staatsapparates dagegen gegeben hat. Im Gegenteil konnten die Faschisten immer auf die Unterstützung durch die Polizei rechnen, wenn ihre provokatorischen Aufmärsche von Antifaschisten verhindert werden sollten. Diese jahrelange Untätigkeit versuchte nun die Bundesanwaltschaft mit einigen publizistisch groß aufgemotzten Verhaftungsaktionen zu verschleiern. Bemerkenswert dabei ist, daß alle jetzt Verhafteten der Polizei seit Jahren bekannt waren, ohne daß etwas gegen sie unternommen wurde. Um jedoch von vornherein zu verhindern, daß damit etwas das Interesse an den faschistischen Aktivitäten „überhand“ nimmt, wird zum Ausgleich eine angeblich bevorstehende „Ter-

pe für den Lauerhof-Knast, weil durch sie „Sicherheit und Ordnung der Anstalt gefährdet“ seien;

– 6.10.77: Trotz dreimaliger Zusage wird der Knastgruppe die Nutzung des Jugendzentrums Mengstr. für eine Informationsveranstaltung untersagt;

– 22./23.10.77: In der Lübecker Innenstadt werden Parolen zu den Toten in Stammheim gesprüht. Frank wird verhaftet, daran beteiligt zu sein. Er wird 38 Stunden in Haft gehalten. Nach einer erkenntnisdienstlichen Behandlung wird eine Hausdurchsuchung unternommen – ohne richterlichen Hausdurchsuchungsbefehl – in Abwesenheit von Frank (siehe auch AK 123);

– 15.11.77: Frank geht ein Beschluß zu, daß ein Brief, den er am 25.10.77 an einen Gefangenen geschrieben hat, beschlagnahmt worden sei (AK 123);

– Am 23.11.77 wird der Knastgruppe schriftlich mitgeteilt, daß „...die Nutzung eines Raumes im städtischen Jugendheim Burgtor für regelmäßige Treffen ihrer Organisation ... verzagt werden muß“;

– 1.12.77: Ein ehemaliger Mitarbeiter der Knastgruppe bekommt Besuch vom Verfassungsschutz;

– Am 9.12.77 teilt der Generalbundesanwalt mit, daß gegen Frank ein Verfahren wegen Gründung einer „terroristischen Vereinigung“ eingeleitet worden sei. (Die Ermittlungen sind allerdings erfolglos geblieben).

Letztes Beispiel ist dann der Versuch, einen Verfassungsschutzbeamten als Spitzel in die Knastgruppe einzuschleusen. Er wurde enttarnt und „verlor“ sein Notizbuch. Bezeichnend sind die daraufhin eingeleiteten Verfahren wegen „Raubes“ (anscheinend das Notizbuch) und „versuchten Menschenraubes“ (siehe auch „stern“ Nr. 8/79 und AK 133).

Die jetzige Festnahme der drei stellt einen vorläufigen Höhepunkt der Kriminalisierungsversuche dar. Bemerkenswert ist, daß vor den Festnahmen eine verstärkte Terroristenhotze durch den Bitterwald rauschte. So äußerte Albrecht in einem Fernsehinterview laut „Henn. Allgem.“ vom 22.2.79, „daß von gewalttätigen Gegnern des Atomkraftprojekts Gelehen auch Sprengstoffanschläge vorbereitet werden.“ Bundesanwalt Rehmann lancierte ebenfalls Meldungen, wonach in nächster Zukunft mit terroristischen Anschlägen zu rechnen sei.

Solidarität! Viele Lübecker Linke haben von dem Vorfall erst durch die Presse erfahren. Dadurch kam es erst am 9.3. zu einem Informations- und Solidaritätstreffen. Obwohl nur mündlich mobilisiert wurde, kamen 70 Leute. Einer Pressemitteilung des AstA der Fachhochschule wurde allgemein zugestimmt. Diese Pressemitteilung erschien auch als erstes Flugblatt. Es wird ein Bündnis aus Linken, demokratischen und liberalen Kräften angestrebt.

Sofortige Freilassung von Heidrun, Frank und Jörn!

Spendenkonto: Postcheckkonto Hmb 59579-509/V.Koke

2 Lübecker Metallgenossen

2 Lübecker Metallgenossen

„Terrorwelle“ der „RAF“ angekündigt. Ohne auch nur über das kleinste Indiz zu verfügen, fällt diese Meldung regelmäßig die Schlagzeilen der Presse. Und wenn „Indizien“ genannt werden, dann sind es so lächerliche wie, daß sich die Gefangenen der „RAF“ in „ausgesprochen fröhlicher Grundstimmung“ befinden. Solche Meldungen müssen dann z.B. in Düsseldorf zur Absperrung des gesamten Flughafengeländes und der Kontrolle jedes Autos herhalten.

Auffallend ist gleichzeitig, daß in fast jeder Meldung über die Aushebung neofaschistischer Gruppen wie „aufzug“ Meldungen über die „RAF“ eingebaut werden. Damit soll sogar mit Hilfe der Nazis die „Terroristen“-Legende weiter ausgebaut werden, während gleichzeitig die Verfolgung der Nazis in den Hintergrund gerückt wird. Offenkundig ist in diesem Land zur Deckung des rechtsradikalen Sumpfes jedes Mittel recht.

Larzac: 90 % gegen das Militärcamp

Die Volksabstimmung über die Erweiterung des Larzac-Camps am 17. 2.79 in zwei Gemeinden (s. AK 147) brachte 88 % Nein-Stimmen in Millau und über 92 % Nein-Stimmen in Creissels. Die Abstimmungsbeteiligung war mit ca. 65 % sehr hoch. Diese Abstimmung bewirkt im juristischen Sinn nichts Zwingendes, aber jetzt wackeln die Stühle der Potentaten, die sich als Befürworter einer illusionären „Verhandlungslösung“ hervorgeraten haben: So der linksliberale Bürgermeister von Millau, Manuel Diaz, der eine dritte Abstimmungsmöglichkeit „Ja, aber nur wenn Millau dafür finanzielle Förderung bekommt“ durchsetzen wollte und mit Versprechungen an die Arbeiter von dichtgemachten Fabriken (Heiser-Heizergerätekwerk, von den Arbeitern in Millau seit Januar 1978 besetzt; vgl. AK 141) Verwirrung zu stiften versuchte. So auch der Vorsitzende der Umweltschutzkommission der Gemeinde Millau, Jean Cadillac, dem die Gemeinderäte wegen seiner zweideutigen Haltung zum Larzac-Lager das Mißtrauen aussprachen. In der Nachbargemeinde Nant ist die Generalsekretärin der selbstorganisierten „Larzac-Universität“ (vgl. AK 147), Odette Clavel, für die bevorstehenden Wahlen zur Gegenkandidatin der Linken gegen den bisherigen Bürgermeister und Camp-„Nicht-Ablehner“, Roger Julien, nominiert worden.

Gleichzeitig haben die Lehrer des Departements Aveyron mit 95 % Beteiligung einen eintägigen Warnstreik gegen die drohende Schließung von 150 Schulen auf dem Lande durchgeführt. Die Schächer (abhängige Landarbeiter) bereiten Kampfmaßnahmen vor gegen ihre zumeist fast rechtlose Stellung und Überausbeutung.

Der Präfekt Paul Bernard äußerte sich gegenüber der Wochenzeitung „Sud“ (Nr. 152, 24.2.79) eingeschlagen: „Man hat die Bewohner von Millau gefragt, ob sie Sonnen scheitern oder Regen vorziehen. Sie haben den Sonnenschein gewählt. Das ist normal. Ich meinerseits hätte gewünscht, daß man gemeinsam versucht hätte, einen wirksamen Regenschirm zu konstruieren.“ Die Mode der löcherigen Regenschirme ist in Aveyron aber bei der Bevölkerung nicht mehr gefragt.

Zwei westdeutsche Larzac-Unterstützer

Redaktionelle Mitteilung

Der dritte Teil der Artikelserie von Karl-Heinz Roth („Die Intellektuellen: Verantwortung und revolutionäre Moral“) wird erst in der nächsten Ausgabe des AK erscheinen. d.Red.

„KPD“-Funktionär ein Jahr ins Gefängnis

Dortmund. Wenn es nach dem Willen der Dortmunder Staatsanwaltschaft ginge, soll Thomas Luczak (Regionalkomitee NRW der KPD) demnächst eine Gefängnisstrafe von mindestens 10 Monaten abitzen. Er war wegen der Teilnahme an einer Vietnam-Demonstration 1972 vor einigen Jahren zu 8 Monaten Gefängnis auf Bewährung verurteilt worden. Aufgrund einer weiteren Strafe von 2 Monaten Gefängnis (wegen Malens einer Parole) aus dem Jahre 1977 hat die Staatsanwaltschaft jetzt beim Dortmunder Amtsgericht den Antrag gestellt, die Bewährung für die 8 Monate rückgängig zu machen. Darüber entscheidet das Gericht in etwa 2 Wochen. („Rote Fahne“, 15.3.79)

Thomas Luczak hat auf der Solidaritätsveranstaltung mit dem Verlag J.Reents am 9.Februar in Hamburg über den Umfang der Anklagen und Prozesse gegen die „KPD“ gesprochen. Er hat in diesem Zusammenhang zu engerer Zusammenarbeit und Aktionsfähigkeit der Linken in der Abwehr juristischer Verfolgung aufgerufen. Die Solidarität, die er auf dieser Veranstaltung zum Ausdruck brachte, gilt auch ihm: Freiheit für Thomas Luczak! Keine Aufhebung der Bewährung! Schluß mit den Geisungsurteilen!

China: Verfolgung der Linken geht weiter

Seit die 3. Plenartagung des XI. ZK der KP Chinas (18.-22.12.78) verkündete, die Kampagne gegen die „Vierbande“ sei im Wesentlichen abgeschlossen, hat eine Welle von Schauprozessen und Verfolgungen gegen Linke, insbesondere Aktivisten der Kulturrevolution eingesetzt (vgl. die laufenden Übersichten im AK). Erstmals wurden im Januar offiziell auch vier Todesurteile gegen frühere Rotgardisten bekanntgegeben.

Hier einige neuere, im AK bisher nicht erfaßte Fälle:

+ In der Provinz Jünnan (Südchina, Grenzprovinz zu Vietnam) wurde am 19.2. die Entscheidung über 11 angebliche Anhänger der „Vierbande“ bekanntgegeben: In acht Fällen wurde die Verhaftung angeordnet. In den anderen drei Fällen wurde „körperliche Arbeit“ bzw. „körperliche Arbeit unter Überwachung“ angeordnet. Zwei der Verurteilten scheinen hochrangige Funktionäre zu sein, da über sie direkt vom ZK der KP Chinas entschieden wurde (Provinz-Radio Jünnan, 20.2.79; zit. nach SWB, 26.2.79).

+ In der Provinz Anhwei wurde die Verhaftung eines „Anhängers der Vierbande“ namens Hong Schang-hai bekanntgegeben. Ihm wird vorgeworfen, im Sommer 1967, auf dem Höhepunkt der Kulturrevolution, für den „Diebstahl“ von Waffen durch Rotgardisten (d.h. faktisch für die Bewaffnung der Roten Garde gegen die militärische Repression durch die Rechten (!) verantwortlich gewesen zu sein. Er sei auch für „bewaffnete Zwischenfälle“ verantwortlich gewesen. Bezeichnenderweise wird gegen Hong außerdem der Vorwurf erhoben, er habe „bei vielen Gelegenheiten zwischen März und Oktober 1976 den Vize-Vorsitzenden Deng angegriffen und verleumdete“. Das scheint in China heute als Verbrechen zu gelten? (Nach Provinz-Radio Anhwei, 21.2.79; zit. nach SWB, 26.2.79).

+ Als Vorstufe zum Schauprozess sind die sogenannten „Kritikversammlungen“ zu sehen. Eine solche „Kritikversammlung“ fand am 20. Februar in der Provinz Kiangsi statt. Angeklagt war eine nicht genannte Zahl von „Vertrauensleuten und Lakaien der Vierbande“, darunter ein ehemaliger Stellvertretender Vorsitzender des Revolutionskomitees der Provinz und ein ehemaliger Kulturverantwortlicher der Provinz. In der Anklage gegen diese ehemaligen Aktivisten der Kulturrevolution heißt es, daß allein vom 18. April bis 15. Juni 1967 über 70 militärische Verwaltungen, Einrichtungen etc. der Provinz „angegriffen“ worden seien. Da hierfür schwerlich die nun angeklagten Aktivisten insgesamt verantwortlich zu machen sind, scheint die chinesische Justiz sich am sog. Grohnde-Prinzip zu orientieren. (Nach Provinz-Radio Kiangsi, 22.2.79; zit. nach SWB, 28.2.79).

Während der Kulturrevolution sind derartige „Angriffe“, „Waffen-diebstahl“ usw. als gerechte Handlungen gegen die blutige militärische und polizeiliche Unterdrückung durch die Rechten angesehen worden – was nicht unbedingt eine Billigung jeder einzelnen Handlung der Roten Garde bedeutet. Die KP Chinas hat in diesem Sinn bis hin zum 9. Parteitag (April 1969) eine entsprechende Einschätzung der Kulturrevolution vorgenommen. Die heutigen Prozesse stellen also, so allem übrigen, auch einen eindeutigen Angriff auf die damalige Politik der Partei und insbesondere ihres Vorsitzenden Mao Tse-tung dar.

Amnesty International hat als „Urgent Action“ („Dringende Aktion“) mit Datum vom 14.2. auf den Fall einer 32jährigen Frau namens Pu Yuehua aufmerksam gemacht. Diese Frau sei am 18.1.79 verhaftet und verschleppt worden, nachdem sie Wandzeitungen hergestellt hatte. Die Frau sei Mitglied einer kürzlich gegründeten chinesischen „Menschenrechtsgruppe“. Diese Gruppe wollte, so deutete es der al-Bericht jedenfalls an, den Präsidenten Carter zum Apostel der Menschenrechte machen.

Es ist nicht zu tadeln, wenn sie sich auch um solche Fälle kümmert, obwohl kaum ernsthaft zu vermuten ist, daß diese Frau – wenn die Angaben stimmen – wirklich der Hilfe von ai bedarf, um aus der Haft freigelassen zu werden. Menschenrechtler in der Lage Schlagen schwimmen ja in China eher mit als gegen die Strömung.

Bemerkenswert ist allerdings, daß ai bisher nur diese Frau (deren Fall zudem nur gerücheweise belegt ist) zum Gegenstand einer direkten namentlichen Intervention gemacht hat, während dies anscheinend angesichts von weit über 100 abgeurteilten ehemaligen Aktivisten der Kulturrevolution, deren Fälle alle eindeutig zu belegen sind, von ai nicht für nötig oder nicht für opportun gehalten wird. Ein sehr eingeschränktes Verständnis von Menschenrechten scheint bei ai zu herrschen. Menschenrechte nur für Freunde Carters, oder wie?!

Prozeß gegen Jens Scheer

Am 16.3.79 begann in Bremen vor dem Landgericht der erste Prozeß gegen den Atomphysiker und „KPD“-Mitglied Jens Scheer.

Gegenstand des Verfahrens ist die dritte Demonstration gegen das AKW Brokdorf am 19.2.77. In diesem Zusammenhang wird ihm vorgeworfen, auf einer Veranstaltung der Kölner Bürgerinitiative am 5.2.77 dazu aufgerufen zu haben, nicht in Itzehoe, sondern in Brokdorf zu demonstrieren – „nähere Einzelheiten der Gewaltanwendung wurden indes nicht erörtert. Dies war auch nicht mehr erforderlich, da darüber sowohl bei dem Angeeschuldigten als bei den Zuhörern keine Zweifel bestanden. Es war klar, daß zur Platzbesetzung Gewalt angewendet werden mußte.“ („Rote Fahne“, 11/79). Das meint jedenfalls die Staatsanwaltschaft und nicht damit den Tatbestand des Aufrufs zu schwerem Landfriedensbruchs als erfüllt an.

Am ersten Prozeßtag erläuterte Jens Scheer noch einmal die unglaubliche Hetze in den Medien vor dieser Demonstration, die gleichzeitig für ein Verbot herhalten mußte. Am 21.3. wird der Prozeß mit Zeugenvernehmungen fortgesetzt.

Dieser Prozeß kommt auch deshalb besondere Bedeutung zu, weil Jens Scheer am 8.5. in Itzehoe zusammen mit Uli Lenz (ebenfalls „KPD“) der Prozeß wegen angeblicher „Rädelsführerschaft“ bei der 2. Brokdorf Demo gemacht werden soll. Eine Verurteilung in dem jetzt laufenden Prozeß würde praktisch eine Vorverurteilung für den zweiten Prozeß bedeuten.



Prozeßtermine:
20., 21. und 23.3.
jeweils 8.30 Uhr
vor dem Bremer Landgericht

Solidaritätsadressen an:
Ermittlungsausschuß der BBA
Fidelhorn 14
2800 Bremen 1

SOLIDARITÄT MIT JENS SCHEER

KB/ Gruppe Bremen

CHINAS KRIEGSPOLITIK

EINE GEFAHR FÜR DIE WELT

„Wir hoffen, daß die USA effektivere und entschlossener Maßnahmen gegen die Herausforderung durch den Hegemonismus ergreifen“. (Deng Hsiao-Ping, 31.1.79, vergl. Anm. 1; mit „Hegemonismus“ ist die Sowjetunion gemeint).

„Die Volksrepublik China wird in zunehmendem Maße eine Rolle in weltpolitischen Angelegenheiten spielen“ (Brzezinski, Berater des US-Präsidenten Carter, 15.1.79, vergl. Anm. 2).

Angriff auf das „Kuba Asiens“

Die chinesischen Machthaber haben, imperialistisch-faschistischer Tradition entsprechend (man denke an den „Überfall auf den Sender Gleiwitz“ als Auftakt zum deutschen Angriff auf Polen 1939 oder den inszenierten „Tonkin-Zwischenfall“ als Vorwand für die US-Eskalation gegen Vietnam), ihren Überfall auf Vietnam als erzwungenen „Gegenangriff“ deklariert. Angeblich sollte dieser „Gegenangriff“ lediglich die Reaktion auf „bewußte Provokationen“ Vietnams an der Grenze zu China sein.

Angesichts dieser Heuchelei hinterfragen wir die realen Motive der chinesischen Machthaber für den Überfall, die sich in den vorhergehenden Kriegserklärungen Deng Hsiao-Pings klar genug ausdrücken.

– Deng besuchte vom 29. Januar bis zum 4. Februar die USA. Am 30. Januar kündigte er erstmals, zunächst noch halböffentlich, den Überfall auf Vietnam bei den Gesprächen mit US-Senatoren an: Man dürfe „nicht zulassen, daß Vietnam überall Amok läuft“. China könne daher „im Interesse des Weltfriedens“ gezwungen sein, „etwas zu tun, was wir nicht gern tun möchten“ (Anm. 3).

– Am 31. Januar drohte Deng im Gespräch mit US-Journalisten, also bewußt an die Öffentlichkeit gerichtet: „Die Vietnamesen spielen eine noch üblere Rolle als die Kubaner, deshalb nennen wir die Vietnamesen die Kubaner des Ostens. Man muß ihnen eine Lehre erteilen, anders geht es nicht“ (Anm. 4).

noch üblere Rolle als die Kubaner, deshalb nennen wir die Vietnamesen die Kubaner des Ostens. Man muß ihnen eine Lehre erteilen, anders geht es nicht“ (Anm. 4).

– Am 1. Februar wiederholte Deng vor Journalisten die Drohung, daß es möglicherweise „notwendig“ sei, „den Vietnamesen einige fällige Lehren zu erteilen“. Die Vietnamesen sind die Kubaner Ostasiens. Die Kubaner treiben sich in Afrika herum, die Vietnamesen werden das, falls sie nicht eingedämmt werden, noch schlimmer in Asien tun“ (Anm. 5).

Während des Besuchs des US-Finanzministers Blumenthal Ende Februar (also auf dem Höhepunkt der Aggression gegen Vietnam) sagte Deng zu US-Journalisten: „Wir können nicht zulassen, daß die Kubaner in Afrika, im Nahen Osten oder sonstwo ungestraft mit dem Sabel rauseln. Wir könnten auch nicht zulassen, daß das Kuba Asiens dasselbe in Laos, Kambodscha und sogar an der chinesischen Grenze tut. Ich glaube, daß das auch die Völker der Welt nicht tolerieren können“ (Anm. 6).

Die – wesentlich wohl von China selbst inszenierten – „Provokationen“ an der chinesisch-vietnamesischen Grenze dienten also lediglich als Vorwand, um Vietnam außenpolitisch in seine Schranken zu weisen. Dabei geht es realistisch betrachtet um Indochina (Vietnam, Laos und Kambodscha), wo Vietnam als hartnäckiger Konkurrent Chinas in dessen traditioneller Einflusssphäre erscheint. Solange Laos und Kambodscha nicht wieder dem chinesischen Einfluß geöffnet werden und solange Vietnam enge freundschaftliche Beziehungen zur Sowjetunion unterhält, bleibt Vietnam in den Augen der chinesischen Machthaber ein Störfaktor. Solange auch wird China erneut bereit sein Vietnam mit weiteren Überfällen militärische „Lektionen zu erteilen“.

Die chinesischen Machthaber rufen zudem, wie aus Dengs Drohungen hervorgeht, die „gesamte freie Welt“ alten imperialistischen Stils dazu auf, bei der „Bändigung“ Vietnams Hilfeleistung zu leisten. In Japan sprach Deng, bei seiner Rückreise aus den USA Anfang Februar, dieses Thema ganz offen an: Japan solle sich an „Strafmaßnahmen“ gegen Vietnam beteiligen (Anm. 7). Deng soll sich dabei ausdrücklich auf die sogenannte „Anti-Hegemonie-Klausel“ im chinesisch-japanischen Abkommen vom November 1977 berufen haben. (Anm. 8).

Chinas Machthaber wollen die vietnamesische Dominanz in Indochina brechen und den sowjetischen Einfluß aus Indochina zurückdrängen. Daß sie dies Ziel im Alleingang nicht erreichen können, hat der klägliche Ausgang ihres ersten militärischen Abenteuers gegen Vietnam nochmals unterstrichen. Hinzu kommt die für China insgesamt negative internationale Reaktion auf den Überfall.

Chinas Machthaber wollen daher – wiederum alten imperialistischen Traditionen folgend – eine internationale „Strafexpedition“ gegen Vietnam zustande bringen. Gedacht ist dabei außer an Japan auch an die ASEAN-Staaten, insbesondere Thailand. Um die propagandistischen Voraussetzungen für eine solche internationale Aggression gegen das „Kuba Asiens“ zu schaffen, werden Vietnams „Expansionsgelüste“ in grellsten Farben gemalt. „... Dabei soll zuerst Indochina besetzt und anschließend ganz Südostasien und Süd-Asien unter Kontrolle gebracht werden“ heißt es in einem chinesischen Artikel (Anm. 9).

„Vietnam tritt nicht nur in die Fußstapfen Kubas, sondern geht noch einen Schritt weiter. Um seine Ambitionen nach Vorrang in Indochina und Südostasien zu verwirklichen, will es alle Nachbarländer in seiner Umgebung schikanieren“, behauptete der chinesische Vertreter am 23.2.79 in der UNO. (Anm. 10). Chinas internationale Fünfte Kolonne betzt wie üblich eifrig mit und schlägt dabei sogar noch ihre Pekinger Vorbeter: Vietnam sei „ein sowjetischer Vorposten in Asien, der nicht nur China, sondern auch die südostasiatischen Länder und längerfristig Japan und Australien bedrohen würde“, behauptet die „KPD“ in ihrem Zentralorgan. (Anm. 11). China habe daher mit seinem Überfall auf Vietnam „einen konkreten Beitrag zur Sicherung des Friedens in Asien geleistet“. (ebenda).

Ein Beispiel für den US-Imperialismus

Die Ziele der chinesischen Machthaber bei ihrem Überfall auf Vietnam

Ein Beispiel für den US-Imperialismus

Die Ziele der chinesischen Machthaber bei ihrem Überfall auf Vietnam reichen allerdings über Asien weit hinaus. Denn was für das „Kuba Asiens“ gilt, gilt selbstverständlich auch für das eigentliche Kuba: Man muß es durch militärische „Lektionen“ „in seine Schranken weisen“. Die Aufforderung richtet sich in erster Linie an den US-Imperialismus.

Am klarlichsten kommentiert wurde das in einem Kommentar der „Süddeutschen Zeitung“, der von einer „Lektion für Castro und Carter“ sprach. Carter wurde von China getadelt, weil „er in seinen Interessengebieten dem Kubaner und dessen Hintermännern freie Hand läßt“. Mit seinem Überfall auf Vietnam habe China den USA beweisen wollen, „daß die Sowjetunion nicht bereit ist, selbst aus der Deckung zu kommen, um einem Verbündeten zu helfen“. (SZ, 28.2.79).

Daß die Absichten der chinesischen Machthaber damit richtig interpretiert sind, zeigen unzweifelhaft wiederum die Äußerungen Dengs in den USA und in Japan:

– In einem Interview mit US-Reportern am 31. Januar wurde Deng gefragt, ob die USA seiner Meinung nach „die wahre Natur der sowjetischen Bedrohung verstanden“ hätten. Dengs Antwort: „Das ist ein amerikanisches Problem. Ich kann das nicht beantworten. Aber wir hoffen, daß die USA effektivere und entschlossener Maßnahmen gegen die Herausforderungen durch den Hegemonismus (= Sowjetunion; Anm. AK) ergreifen“. (Anm. 12).

– In einem anderen Gespräch mit US-Journalisten am gleichen Tag sagte Deng: „Notwendig sind realistischere, durchführbarere Schritte (gemeint war: realistischere als die Abkommen mit der Sowjetunion. – Anm. AK) – so wenn sich z.B. die USA, China, Japan, Westeuropa und andere Länder der Welt zusammenschließen würden, um dem sowjetischen Hegemonismus gemeinsam entgegenzutreten. Wir können folgen der tun: Wo immer die Sowjetunion ihr Unwesen treibt, dort müssen wir sie behindern. Ihre Versuche zur Unterwerfung müssen weltweit verteilt werden“ (Anm. 13).

– In Japan behauptete Deng, die Sowjetunion habe „im Iran eingegriffen und bediene sich Kubas zu Interventionen in Lateinamerika und Afrika.“

Wenn die USA geeignete Maßnahmen hätten ergreifen können, würde es dort heute anders aussehen. Er forderte die USA auf, an die Situation im Iran sowie in Afrika und Lateinamerika mit Entschlossenheit heranzugehen“. (Anm. 14).

– In Japan sagte Deng auch: „Als Gast der Vereinigten Staaten konnte ich nicht sehr direkt sein, aber die USA gestatten der Sowjetunion, eine ganze Menge Bauern auf dem Schachbrett der Welt aufzubauen. Sie sind schon im Iran“. Pakistan, Saudi-Arabien und Indien könnten die nächsten Ziele der Sowjetunion sein. (Anm. 15)

Es geht den chinesischen Machthabern also um eine weltweite, mit dem Imperialismus eng koordinierte „Eindämmungs“-politik (Roll back) gegenüber der Sowjetunion. Diese Politik soll u.a. in „geeigneten“ militärischen „Maßnahmen“ an allen Punkten

Chinas gegen Vietnam. Das propagandistische Strickmuster ist das altbekannte: Der Südjemen habe Zwischenfälle an der Grenze zum Nordjemen provoziert und stiftete politische „Unruhe“ im Nordjemen. Da der Nordjemen sich freilich als zu schwach erwies, selbst den „notwendigen Gegenschlag“ durchzuführen, wurde die Behauptung nachgeschoben, der Südjemen bedrohe auch Saudi-Arabien – das somit zur Mobilisierung gegen den Südjemen „gezwungen“ war. Zugleich läßt der US-Imperialismus große Mengen moderner Waffen an den Nordjemen liefern. Daß hier eine internationale „Strafexpedition“ gegen den Südjemen vorbereitet wird, ist offensichtlich.

Interessant ist in diesem Zusammenhang der Kommentar der „KPD“, der inhaltlich 100%ig die Meinung ihrer Pekinger Vorbeter wiederholen dürfte: Nachdem die der

gere Zusammenarbeit zu beseitigen, umso dringlicher“. (Anm. 17).

Man geht ganz bestimmt nicht fehl in der Annahme, daß die „KPD“ dabei nicht bloß die „engere Zusammenarbeit“ der arabischen Feudalstaaten gegen den Südjemen, sondern auch gegen ant imperialistische Befreiungsbewegungen wie die PFLO im Auge hat!

Drei Angriffsziele sind es also vor allem, die von den chinesischen Machthabern und ihrer internationalen Fünften Kolonne derzeit als Objekte militärischer „Maßnahmen“ (möglichst international angelegter „Strafaktionen“) bezeichnet werden, nämlich Kuba, Vietnam und Südjemen. Diese Liste kann aber nach Belieben um weitere Staaten ergänzt werden, die mit der Sowjetunion verbündet sind und gleichzeitig eine aktive ant imperialistische Außenpolitik betreiben.

Das Beispiel Iran

Die von den chinesischen Machthabern geforderte globale Roll-Back-Strategie richtet sich aber nicht nur gegen Staaten, die als „sowjetische Kolonien“ tituliert werden (Afghanistan z.B. oder bis vor kurzem auch Angola), sondern auch gegen demokratische Bewegungen in den traditionellen Einflusssphären des Imperialismus. Deutliches Beispiel dafür sind zur Zeit die Äußerungen der chinesischen Machthaber und ihrer Fünften Kolonne zu den Vorgängen im Iran.

Beim Interview, das Deng am 31. Januar mit US-Reportern hatte, wurde Deng gefragt: „Nehmen wir mal einen speziellen Fall, um festzustellen, wie sich eine vereinte Aktion gegen den sowjetischen Hegemonismus aussuchen könnte. Kann ich annehmen, daß Sie, Herr Vizepräsident, über die Lage im Iran und über den möglichen Nutzen, den die Sowjetunion daraus ziehen könnte, besorgt sind?“ Antwort Deng: „Wie andere Länder, so sind auch wir über die Lage im Iran besorgt. Was China anbelangt, können wir unsere Ansichten nur zugehen lassen, besorgt sind?“ Antwort Deng: „Wie andere Länder, so sind auch wir über die Lage im Iran besorgt. Was China anbelangt, können wir unsere Ansichten nur moralisch darlegen.“

Mehr vermögen wir nicht zu tun, da wir dazu nicht in der Lage sind. Ich denke, diejenigen Länder, die mehr tun können, sollten die Lage im Iran sehr ernst nehmen und effektivere Maßnahmen zur Lösung des dortigen Problems ergreifen.“ Frage: „Da nun die Vereinigten Staaten über die Lage im Iran sehr besorgt sind und Sie ebenfalls, und in Anbetracht eines gemeinsamen Vorgehens gegen den sowjetischen Hegemonismus – wären Sie nicht für ein gemeinsames Vorgehen zur Verhinderung einer sowjetischen Aggression im Iran?“ Antwort Deng: „Ich habe ja bereits gesagt, daß in diesem speziellen Punkt unsere Möglichkeiten sehr begrenzt sind, man kann sagen, daß wir tatsächlich nicht in der Lage sind, irgendwas zu tun. Wenn wir auch nur das geringste tun könnten, würden wir es tun“. (Anm. 18).

Zum besseren Verständnis dieser Äußerung sei an die damalige Situation erinnert: Deng gab dieses Interview einen Tag vor der Rückkehr Khomeinis in den Iran, die Teile des Militärs zu verhindern versucht hatten, also auf dem Höhepunkt der Krise des alten Regimes.

Durch den Begriff „sowjetische Aggression“ in diesem Interview sollte man sich nicht irreführen lassen: Nach chinesischer Definition dieses Begriffes ist die „sowjetische Aggression“ im Iran bereits in vollem Gange. Die chinesischen Machthaber haben dabei volle Übereinstimmung mit Nixons früherem Berater Kissinger, der in einem Interview der „Time“ erklärte: „Die Streiks in Persien sind mit Sicherheit das Resultat weltweiter sowjetischer Unterstützung radikaler Bewegungen, die nun auch den Iran erreicht haben. Wenn die Sowjetunion nicht einzieht, daß Entspannung internationale Zurückhaltung bedeutet, dann müssen wir dem Expansionsdrang entgegenreten, wo immer und wie indirekt er sich auch zeigt“. (Anm. 19).

Chinas Nachrichtenagentur „hsinhua“ behauptete beispielsweise schon Anfang Januar: „Um Blutvergießen und Konflikte zu provozieren, setzt der Krim eine Radiostation an der Grenze zum Iran ein. Diese weist in iranischer Dialekt die Leute an, wie

Fortsetzung nächste Seite



der Welt bestehen, wo die Sowjetunion „Unruhe stiftet“. Dieser Begriff wird von den chinesischen Machthabern und ihrer internationalen Fünften Kolonne bekanntlich sehr weit ausgelegt: 1974/75 Portugal, heute der Iran, nach Belieben auch Italien usw. usw. Es geht, zieht man den üblichen „antihegemonistischen“ Schnickschnack ab, um die Erhaltung (und möglichenfalls Ausdehnung) des imperialistischen Einflusses an allen Konfliktpunkten der Welt.

Zwei, drei, viele „Kubas“

Auch in dieser Frage plaudert Chinas Fünfte Kolonne noch etwas offener als ihre Pekinger Meister. Die „KPD“ erhofft sich von Chinas Überfall auf Vietnam „Signalwirkung für die ganze asiatische Region“. Und mehr noch: „Dieses Signal wird auch in anderen Teilen der Welt nicht ohne Echo bleiben, z.B. im Mittleren Osten, wo die Sowjetunion in Gestalt des Südjemen ein neues „Kuba“ aufbaut, das sich gerade an die im sowjetischen Auftrag den Vormarsch auf die arabische Halbinsel anzutreten“. (Anm. 16). Da ist also, so soll man die „KPD“ offensichtlich verstehen, die nächste „Strafaktion“ fällig!

Tatsächlich scheint diese „Strafaktion“ bereits eingeleitet worden zu sein, noch während der Aggression

zeitige umfassende Offensive des US-Imperialismus im Nahen und Mittleren Osten sowie seine offenen Kriegsdrohungen „zum Schutz der Quellen“ kurzerhand als „Rückzug“ abgetan worden sind, führt die „Rote Fahne“ fort: „Weitläufig gefährlicher aber ist das, was Moskau hinter den Kulissen treibt. Der Grenzkrieg im Jemen zeigt die Entschlossenheit des Kreml, alle sich bietenden Gelegenheiten zur Expansion auszunutzen und sich dafür Werkzeuge zu schaffen. Wenn das sowjetisch gelenkte Regime in Aden (= Südjemen, Anm. AK) den Nordjemen erobert, bietet sich für die Sowjetunion die Möglichkeit, den Eingang zum Roten Meer mit ein paar Kanonen abzusperren. Saudi-Arabien hat den Ernst der Lage erkannt und seine Truppen in Alarmbereitschaft versetzt“. Obgleich seien durch diese Ereignisse „auch die Interessen Europas unmittelbar bedroht“. An anderer Stelle greift die „Rote Fahne“ auch gleich noch die Befreiungsfront des Oman, die PFLO an: Die PFLO lehne sich eng an die Sowjetunion an und eröffne dieser dadurch „neue Möglichkeiten zur Einflusnahme“ am Persischen Golf.

Jetzt ist die Frage, ob es den Golfstaaten gelingt, den Einfluß der Supermächte und vor allem der Sowjetunion im Golf durch en-

Fortsetzung von Seite 4

man Demonstrationen organisieren und 'wie man Guerilla-Waffen wie Handgranaten und Benzinbomben herstellt'. Außerdem schleust Moskau seine Agenten in verschiedene Organisationen des Iran ein ... (Anm. 20)

Der Sturm einer Guerilla-Gruppe auf die US-Botschaft in Teheran wurde von der chinesischen Propaganda entsprechend eingeordnet: Hinter diesem Überfall stehe die (pro-sowjetische) revisionistische Tudeh-Partei! (Anm. 21).

Noch stärker als in Portugal werden daher die chinesischen Machthaber und ihre internationale Flanke Kolonne im Falle des Iran bemüht sein, je d e fortschrittliche Bewegung automatisch als pro-sowjetisch zu diffamieren oder zumindest zu betonen, daß diese Bewegung nur der Sowjetunion nutze. Einen Vorschmack auf Kommandos bietet die „KPD“ in einem Interview ihres Zentralorgans mit einem Sprecher einer iranischen „ML“-Gruppe namens „Revolutionäre Organisation der Tudeh-Partei“. Dieser Mann erklärt, seine Gruppe unterstütze „die islamische Regierung unter Führung von Ayatollah Khomeini und die Regierung Bazargan“ und trete für „die Einheit der Mullahs mit den islamischen Kräften“ ein. Die Sowjetunion wolle die demokratische Bewegung im Iran „ausnutzen“ und unterstütze daher „jede Bewegung, die die Einheit unseres Volkes spalten könnte“. „Wir wenden uns entschieden gegen

eine Politik der Konfrontation und Spaltung, wie sie die verräterische Tudeh-Partei (die Revisionisten – Anm. AK) und manche „Linken“ betreiben. Eine solche Politik kann im Moment nur die Unabhängigkeit unseres Landes gefährden und der Sowjetunion nutzen, ob die Leute, die sie praktizieren, das wollen oder nicht“. (Anm. 22).

In Portugal unterstützte Chinas Fünfte Kolonne, die PCP/ML, z.B. im Sommer 1975 den Sturm der Faschisten auf die Parteibüros der revisionistischen PCP und linker Organisationen – eine Sache, die sich in ähnlicher Form im Iran durchaus wiederholen könnte. Es wäre nicht einmal verwunderlich, wenn z.B. die Frauen des Iran, die gegen den Schleier-Zwang kämpfen, demnächst in der „Roten Fahne“ als im Dienste „des Sozialimperialismus“ stehend entlarvt würden....

Daß es dabei nicht nur um den Iran geht, sondern um Revolution schlechthin, wo immer sie auftritt, zeigt eine weitere Äußerung Deng Hsiaos: Man müsse den „Mythos von der Unbesiegbarekeit der vietnamesischen Armee“ zerstören. (Anm. 23). Es ist klar, daß sich Vietnam einen solchen „Mythos“, wenn man von einem solchen überhaupt sprechen will, sicher nicht mit seinem Eingreifen in Kambodscha oder mit den angeblichen Provokationen an der chinesischen Grenze erworben hat. Sondern der „Mythos“, auf den sich Deng bezieht, ergibt sich aus der Tatsache, daß das Volk Vietnam

nacheinander in einem Krieg von rund 30 Jahren die französischen und US-Imperialisten besiegt hat, daß es insbesondere von der Militärmaschine der USA nicht besiegt werden konnte. Diesen „Mythos“, d.h. den „Mythos“ von der Unbesiegbarekeit des Volkskrieges, möchten Figuren wie Deng Hsiaoping zerstört sehen.

Auf den Spuren von Dulles: Weltweites „Roll back“

Die von den chinesischen Machthabern vorgeschlagene Politik zur „Bändigung des Eisbären“ (Deng) entspricht exakt der unter dem Namen „Roll back“ bekannt gewordenen Politik des US-Imperialismus Ende der 40er bis Mitte der 50er Jahre – jene Politik, die eng mit dem Namen des damaligen US-Außenministers Dulles verbunden ist. Diese Politik soll heute beinhalten:

1. Militärische Aktionen gegen Staaten mit aktiver ant imperialistischer Außenpolitik – wie Kuba, Vietnam und Südjemen.
2. Militärische und politische Eingriffe in Krisen-Situationen des imperialistischen Welt-Systems, wie z.B. derzeit im Iran oder 1974/75 in Portugal.
3. Militärische Aktionen gegen nationale Befreiungsbewegungen und Guerilla-Kämpfe in der Dritten Welt, wie z.B. in Zaire und Oman.
4. Ende der „Entspannungspolitik“ gegenüber der Sowjetunion und dem RGW; Verschärfung des Wettbewerbs mit dem Ziel des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruchs der Sowjetunion und ihres Blocks.

Betrachtet man die Dinge konkret, stellt sich vom chinesischen Schnickschnack ablenken zu lassen, so geht es bei dieser „Roll back“-Strategie heute in erster Linie gar nicht gegen den „Eisbären“, sondern gegen anti-imperialistische Staaten und Bewegungen der Dritten Welt. Unter der allgemeinen Devise, der „sowjetischen Aggression“ und „Unruhe“ entgegenzutreten zu müssen, greift hier der französische Imperialismus in Zaire ein, macht dort Ägypten gegen das „pro-sowjetische“ Libyen mobil, werden reaktionäre Kräfte in Afghanistan unterstützt und bewaffnet usw. und.

Chinas Machthaber haben seit etwa 1973 immer lauter gejamert, daß die Politik des US-Imperialismus „in die Defensive geraten“ sei. Daran ist durchaus etwas Richtiges, und der eigentliche Sinn dieser chinesischen Klage wird nun immer deutlicher: Die ebenso verbrecherische wie erfolgreiche Kriegerführung des US-Imperialismus in Indochina hat 1975 der Tat Anfang der 70er Jahre in den USA selbst ebenso wie international zu einer Situation geführt, die es dem US-Imperialismus selber nicht gerade leicht macht, offene militärische Aggression und Intervention gegen Länder der Dritten Welt zu führen. Dies wird von einer wachsenden Zahl imperialistischer Politiker (beispielsweise bei Kissinger genannt) als Lösung der US-Außenpolitik und als Verlust an Initiative kritisiert. Die Ereignisse im Iran werden als deutliches Beispiel genannt, daß der US-Imperialismus nicht mehr ausreichend „handlungsfähig“ sei.

In diese Diskussion innerhalb der imperialistischen Bourgeoisie der USA (die sich ebenso in Diskussionen in Westeuropa widerspiegelt) greifen die chinesischen Machthaber mit ihrem immer systematischer und offener vorgetragenen weltweiten „Roll back“-Programm ein. Sie wollen diese aggressivsten Tendenzen des Imperialismus stärken; zugleich sollte mit dem Überfall auf Vietnam ein praktisches Beispiel, eine konkrete Argumentationshilfe, für die Richtigkeit und Wirksamkeit dieses „Roll back“-Programms geliefert werden.

Was diesen Aspekt angeht, kann Chinas Überfall trotz seines militärischen Fiaskos als Erfolg angesehen werden: Die Sowjetunion beschränkte sich auf leere „Warnungen“, auf sinnlose Drohungen (China spiele mit dem Feuer etc. pp.), auf ein bißchen Lärm und auf das Herumschieben von Kriegsschiffen – eine Politik, die eher ins 19. Jahrhundert gehört. Seitens der Sowjetunion wird diese Art von Politik auch noch als ganz besonders schlaue und weitnützlich hingestellt: „Was die Sowjetunion betrifft, so können wir mit berechtigter Genugtuung feststellen, daß unsere Partei, unsere Regierung und unser Volk die heimtückischen Pläne der Peking-Führer rechtzeitig durchschaut haben und sich von ihren Provokationen nicht hinreißen ließen, deren Ziel es ist, einen Zusammenstoß zwischen uns und den USA herbeizuführen, wobei sie sich die Position des lachenden Dritten reservieren wollen“ (Anm. 24).

Dies ist die traditionelle sowjetische Interpretation der Politik Chinas, die – wenn sie überhaupt ehrlich gemeint ist – allenfalls vom Un-

verständnis der chinesischen Strategie zeugt. Deutlich ist jedenfalls, daß die sowjetische Führung um jeden Preis den direkten Zusammenstoß Sowjetunion – USA vermeiden möchte. Sie wird daher auch weiterhin bereit sein, sozusagen „stellvertretend“ Staaten wie Vietnam oder Kuba aufzurufen, um mit deren Hilfe das internationale Kräfteverhältnis zuungunsten des Imperialismus zu verschieben. Sie wird aber kaum bereit sein – Beistandsverträge hin oder her – wegen eines Verbündeten die direkte militärische Konfrontation mit dem Imperialismus zu riskieren.

Eben dies ist die Kalkulation, auf die die „Roll back“-Strategie aufbaut. Es handelt sich also nicht um eine Politik, die einen (atomaren) Weltkrieg zum Ziel hat. Chinas „neue Bourgeoisie“ hat derzeit keine Veranlassung, kurzfristig auf einen (atomaren) Weltkrieg NATO – Warschauer Pakt zu setzen, denn:

1. wäre das Risiko, wider Willen in einen solchen (atomaren) Weltkrieg „hineingezogen“ zu werden, auch für China groß;
2. könnte China im Falle eines mit Sicherheit auch für die imperialistischen Staaten katastrophalen (atomaren) Weltkriegs schwerlich auf die erhoffte gigantische Unterstützung seiner „Mobilisierung“ rechnen;
3. ist China an der Aufrechterhaltung des derzeitigen „Dreieck“-Systems NATO – WP – China interessiert, da es nur bei Fortbestehen dieses Verhältnisses auf imperialistische „Modernisierungs“-Hilfe rechnen kann; würde (durch eine vernichtende militärische Niederlage) die Sowjetunion als „Bedrohung“ fortfallen, könnte China schwerlich weiter Hilfe der angestrebten gigantischen Hilfe der imperialisten rechnen; es müßte im Gegenteil befürchten, das nächste Angriffsziel des dann weltweit total dominierenden Imperialismus zu werden.

Es ist also gerade das Klima eines globalen „Roll back“ und der Rückkehr zum „Kalten Krieg“, wovon sich die Peking-Führung die größte

soll, gedacht ist vorerst an 400 bis 600 Stück;

- + Neues Interesse bekundet China auch an US-Flugzeugen, u.a. am Militärtransporter „Herkules“;
- + Mit französischen Stellen wird über die Lieferung von Mirage-Kampfflugzeugen nach China verhandelt.

Chinas Machthaber wollen also, noch stärker als zunächst angegeben, ihre Armeen „modernisieren“. Die Notwendigkeit dazu hat das militärische Fiasco an der vietnamesischen Grenze anschaulich demonstriert. Die Imperialisten scheinen nicht abgeneigt, die Konsequenz zu ziehen. Es ist immer noch so, wie der Militärkommentator der „Frankfurter Allgemeinen“ (FAZ), Adelbert Weinsteiner, am 13.1.79 schrieb: „Die Nato sollte sich an die alte Weisheit erinnern: Der Feind meines Feindes ist mein Freund. In die strategische Wirklichkeit übertragen, heißt das: als natürlicher Bundesgenosse der atlantischen Allianz bietet sich China an... Eine militärische Stärkung Chinas könnte in unserem Interesse liegen“.

Die Konsequenzen für Westeuropa

Auch gegenüber den imperialistischen Staaten Westeuropas ist Chinas Überfall als Argumentationshilfe und Ermunterung für das „Roll back“-Programm zu verstehen.

China und seine internationale Fünfte Kolonne führen seit etwa 1976 mit zunehmender Heftigkeit eine Kampagne gegen die sogenannte „Beschäftigungspolitik“ und ermuntern jene Tendenzen der imperialistischen Bourgeoisie, die auf ein aggressiveres, riskobereiteres Vorgehen gegen die „sowjetische Aggression“ (d.h. gegen alles, was sie als solche bezeichnen!) setzen. Politisch wird diese Tendenz des Imperialismus in der BRD vor allem durch die CSU und einige rechte Flügel-Leute der CDU vertreten. Die chinesische Propaganda unterstützt diese Tendenzen als „wachsam“, „weitsichtig“ usw.

Schleier statt Sozialismus

Als der Artikel zur chinesischen Kriegspolitik abgeschlossen wurde, war die neueste „Rote Fahne“ (15.3.) noch nicht erschienen. Es konnte daher im Artikel nur vage vermutet werden, daß die „KPD“ womöglich demnächst auch noch über die Frauen herfallen wird, die im Iran gegen den Schleier-Zwang und andere Formen der Diskriminierung kämpfen. Bereits in der „Roten Fahne“ vom 15.3. ist genau das geschehen. Man/frau muß sich diesen Artikel – das bisher wohl niederträchtigste Zeugnis für den Verfall der „KPD“ – unbedingt vollständig und sehr genau zu Gemüte führen, um jede Feinheit der Argumentation mitzukriegen. Es empfiehlt sich auch, für eine gewisse Verbreitung (Fotokopien) dieses Schweine-Stücks in der Linken, bei Frauengruppen usw. zu sorgen, um die Selbst-Demaskierung der „KPD“ nach Kräften zu unterstützen.

Feinheit der Argumentation mitzukriegen. Es empfiehlt sich auch, für eine gewisse Verbreitung (Fotokopien) dieses Schweine-Stücks in der Linken, bei Frauengruppen usw. zu sorgen, um die Selbst-Demaskierung der „KPD“ nach Kräften zu unterstützen.

Frauendemonstration im Iran

Am letzten Wochenende haben in Teheran Frauendemonstrationen gegen den von Khomeini angeordneten Schleierzwang stattgefunden. Die Presse hat die Sache begierig aufgegriffen, um erneut gegen die „mittelalterliche“ islamische Revolution im Iran zu hetzen. Der Kölner „Express“ am Sonntag: „Massaker in Teheran“.

Viele Frauen im Westen haben sich spontan mit den demonstrierenden Frauen solidarisiert. Das ist verständlich, Schleierzwang und bewaffnete Angriffe auf demonstrierende Frauen kann man nicht rechtfertigen. Trotzdem ist die Sache kompliziert. Mit spontaner Solidarität wird man ihr nicht gerecht.

Die demonstrierenden Frauen in Teheran waren vor allem Studentinnen, Angehörige der Intelligenz und des Kleinbürgertums, unter ihnen auch viele Anhängerinnen des antematschistischen Premiers Bakhtiar. Es waren in ihrer Mehrheit gerade nicht die Frauen, die verschleiert in den vordersten Reihen der Massendemonstrationen gegen den Schleier gekämpft haben. Für diese Frauen, meistens aus den ärmeren Schichten, war und ist der schleierhafte Islam die Ausdruckform ihres Widerstandes gegen faschistische Unterdrückung und Abhängigkeit vom Ausland. Sie leiden nicht in erster Linie unter dem Schleier, sondern unter miserablen Lebensbedingungen, existenzieller Bedrohung. Die meisten dieser Frauen tragen den Schleier aus Überzeugung. Die westliche Presse hat den Schleier zum Hauptproblem der iranischen Frauen „erhoben“, um damit die hauptsächlichsten Probleme der iranischen Frauen und die wirklichen Ziele der iranischen Revolution zu „verschleiern“. Die demonstrierenden Frauen in Teheran haben mit ihrer Anti-Schleier-Demonstration nicht viel dazu beigetragen, das Grundproblem der Frauenbefreiung im Iran – Kampf gegen Unterdrückung und Abhängigkeit – in den Mittelpunkt zu rücken. Im Gegenteil, sie haben eher einen Beitrag zur weiteren Spaltung der

Frauen in islamische und „westlich-emanzipierte“ geleistet. Diese Demonstration hat aber noch einen weitergehenden politischen Hintergrund, und deswegen haben sich auch die moskau-treuen Tudeh-Anhänger und links-opportunistische Kreise für sie stark gemacht. Gegenwärtig gibt es zwischen den Anhängern Khomeinis, der Regierung Bazargan und der „Nationalen Front“ Auseinandersetzungen über die zukünftige Entwicklung im Iran. Khomeini will eine islamische Republik, die Gestaltung des öffentlichen und privaten Lebens im Iran nach den schlichten Wertvorstellungen. Die Regierung, mehrheitlich aus Mitgliedern der nationalen Bourgeoisie besetzt, will eine demokratische Republik. Linksopportunistische Kreise um die „Volksfedayn“, die die nationaldemokratische Entwicklung im Iran mit dem Sozialismus verwechseln, stellen unerfüllbare Forderungen an Bazargan und arbeiten auf die Schwächung der Regierung hin. Unterstützt werden sie dabei vor allem von den Tudeh-Leuten, denen es an weiterer Unruhe im Interesse ihrer Moskauer Finanzlure gelegen ist. Die Lage im Iran ist weiter labil, die größte Gefahr, ausländische Einklümmung oder Intervention der Supermächte, nicht beseitigt. Die Frage der Einheit aller nationalen und demokratischen Kräfte ist deshalb die wichtigste Frage. Diejenigen politischen Kräfte, die ihr Hauptinteresse jetzt in der Schwächung der Regierung Bazargan sehen, und dazu gehören auch die Initiatoren der Frauendemonstrationen, treiben ein gefährliches und abscheuliches Spiel. Hätten die Frauendemonstrationen zum Inhalt gehabt, alle Frauen, ob verschleiert oder unverschleiert, zum gemeinsamen Kampf für die Verteidigung der Unabhängigkeit und die Verbesserung der Lebensbedingungen aufzurufen, hätte man sich vorbehaltlos mit ihnen solidarisieren können. Auch das berechtigste Anliegen, gegen den Schleierzwang Khomeinis zu kämpfen, wäre dadurch glaubwürdiger geworden.

WaK

Wie viele Juden wirklich ermordet wurden

Wie viele Juden wirklich ermordet wurden

„Holocaust“ – die große Fälschung / s. 4

National-Zeitung

China - Hoffnung der Deutschen?

Deutschlands Chancen steigen

Die Wahrheit über Dscheng Ex-KZ-Häftling enthüllt / S. 5

China hat Freunde überall in der Welt: Chinas Überfall auf Vietnam entlockte der faschistischen „Nationalzeitung“ vom 28.2.79 neben ihrem Lieblingsthemas auch die Schlagzeile „China – Hoffnung der Deutschen?“

Chance erhofft, ihre „Modernisierungs“-pläne verwirklichen zu können – indem China sich als Verbündeter des Imperialismus ausrufen und aufrufen läßt.

Die Reaktion des Imperialismus auf die chinesische „Strafexpedition“ gegen Vietnam bestätigt diese Strategie. Zwar gab sich die imperialistische Bourgeoisie angesichts des Überfalls überrascht, schockiert, besorgt. Tatsächlich gab sich aber gerade während der Aggression wieder imperialistische Finanzpolitiker in Peking die Türken in die Hand: US-Finanzminister Blumenthal zu Gesprächen über ein bilaterales Handelsabkommen und die Bildung eines „Wirtschaftskomitees“ USA – China; Großbritanniens Industrieminister Varley zwecks Unterzeichnung eines bilateralen Handelsabkommens (in Höhe von sieben Milliarden Pfund in den nächsten fünf Jahren); EG-Präsident Roy Jenkins zu Gesprächen über verschiedene Aspekte der Beziehungen EG – China, in umgekehrter Richtung reiste eine chinesische Delegation zu Verhandlungen über Milliarden-Kredite nach Japan. Auch Chinas Chancen, modernste westliche Waffensysteme erwerben zu können, scheinen durch den Überfall auf Vietnam eher noch gestiegen:

- + Der BRD-Rüstungskonzern MBB (Flugzeuge, Raketen, Hubschrauber) bracht in Peking ein Abkommen über Zusammenarbeit, u.a. „Transfer von Technologie im Flugzeugbau“, zum Abschluß;
- + Die Verhandlungen über die Lieferung des britischen Senkrechtsstarters „Harrier“ (87 Stück) an China stehen kurz vor dem Abschluß und waren auch Gegenstand des jüngsten Peking-Besuchs von Varley;
- + Neu auf der Wunschliste der chinesischen Führung ist ein Panzer, den ihnen der britische Rüstungskonzern Vickers entwerfen und bauen

Ebenfalls seit mehreren Jahren wird das Gespenst eines sowjetischen „Blitzkriegs“ in Mitteleuropa (Devise: „In zwei Tagen stehen die Russen am Atlantik“) gemeinsam von den chinesischen Machthabern und der „Roll back“-Tendenz der imperialistischen Bourgeoisie (insbesondere der BRD) beschworen. Es soll damit der Eindruck erweckt werden, als gehe es um die Abwehr einer direkten Bedrohung der BRD durch den Warschauer Pakt.

Tatsächlich dürfte es aber keinen einzigen imperialistischen Politiker geben, der angesichts des – auch in Westeuropa für die Sowjetunion keineswegs vorteilhaften militärischen Kräfteverhältnisses (vgl. dazu Artikel in AK 149) ernsthaft an die These vom „Blitzkrieg“ glaubt. Man spricht zwar vom drohenden sowjetischen Angriff auf die BRD, meint aber in Wirklichkeit die sogenannte „sowjetische Aggression“ w e i t. Das heißt, die ganze Debatte um die „Beschäftigungspolitik“ dreht sich wesentlich um die Frage eines stärkeren „Engagements“ der westeuropäischen Imperialisten in der Dritten Welt.

Die chinesischen Propagandisten vernähen es daher bei keiner Gelegenheit, die ungeheure Gefahr zu beschwören, die sich aus dieser oder jener „sowjetischen Aggression“ (Südjemen, Iran, Afghanistan, Vietnam, Angola etc. pp.) für die „Versorgungsweg“ und „Nachschublinien“ der imperialistischen Staaten Westeuropas angeblich ergeben könnte (Anm. 25).

China und seine internationale Fünfte Kolonne folgen mit dieser Propaganda genau der imperialistischen Logik der „Interessensphären“, die eben keineswegs an den eigenen Grenzen enden, sondern die praktisch die ganze Welt mit einem

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 5

Netz von „Rohstoffgebieten“, „Energiequellen“, „Versorgungslinien“ usw. überziehen. Das heißt, daß Ereignisse an jedem beliebigen Punkt der Welt als „Bedrohung“ imperialistischer Interessen gelten und entsprechend gekontert werden sollen.

Eben das ist die Politik, die von der „Roll back“-Tendenz z.B. auch in der BRD befürwortet und von den chinesischen Machthabern unterstützt wird. Bisheriges Paradebeispiel ist für die chinesische Propaganda die militärische Intervention Frankreichs und Belgiens (sowie im Hintergrund auch der BRD) gegen die Befreiungskämpfe in Zaire 1978. In derselben Weise würden Chinas Machthaber zweifellos auch jede andere imperialistische Intervention in Afrika begrüßen, wo der Vorwurf der „sowjetischen Aggression“ erhoben werden kann.

Nachdem die chinesische Propaganda bereits den Vorwurf erhebt, die Sowjetunion mische sich in den Befreiungskampf des Volkes von Namibia ein (Anm. 26), ist sogar zu befürchten, daß sich China demnächst auf die Seite der südafrikanischen Rassisten schlägt und beispielsweise deren Überfälle auf angebliche SWAPO-Lager in Angola in den Rang gerechter „Strafaktionen“ gegen die „sowjetische Aggression“ erhebt.

Zu erinnern ist in diesem Zusammenhang auch an alte Träume von CDU/CSU-Leuten über eine Ausweitung des NATO-„Verteidigungsraums“ bis in den Südatlantik, d.h. unter Einbeziehung des südlichen Afrikas.

Chinas Machthaber jedenfalls würden zweifellos jede westeuropäische Beteiligung an internationalen „Strafaktionen“ gegen irgendeinen Krisenpunkt (Südjemen, Iran, Libanon usw.) begrüßen.

Umgekehrt hat Chinas Überfall auf Vietnam entsprechenden Anspruch imperialistischer Politiker bekommen. Als Beispiele sind zu nennen:

– Der CDU-Politiker Marx erklärte, man dürfe China wegen seiner „Aktion“ gegen Vietnam nicht tadeln; im Gegensatz zu China lasse sich „der Westen“ viel zu viel gefallen.

– Der CDU-Politiker Abelein bezeichnete Chinas Überfall als „einen Beitrag für die Stabilisierung des Gleichgewichts im Fernen Osten“. Er warnte vor dem sowjetischen Streben, „ihre Einflusssphäre auf die ganze Welt auszudehnen“. Dem dürfe „der Westen“ nicht tatenlos zusehen.

– Die Londoner Tageszeitung „Daily Telegraph“ schrieb: „Der Westen erlaubt es Rußland, sich Angola zu schnappen, das südliche Afrika unter Druck zu setzen und Schlüssel-Länder wie Äthiopien und Afghanistan zu schlucken. China reagiert anders auf vergleichbare Angriffe auf sein Prestige und seine lebenswichtigen Interessen“ (Anm. 27).

Die Konsequenzen dieses ersten Nachdenkens der Imperialisten über das von China mit seinem Überfall gesetzte „Signal“ könnten bald sichtbar werden. Chinas Fünfte Kolonne – hierzulande vor allem MLD und „KPD“ – wird sich dann mit Sicherheit an der Seite der imperialistischen Aggressoren befinden.

Anmerkungen

- 1) Gespräch mit US-Journalisten, 31.1.79, „Peking Rundschau“, 7/79
- 2) Rede von B. – abgedruckt in „Soldat im Volk“, Zeitung des Bundeswehr-Ressortverbundes, 2.3.79
- 3) „Süddeutsche Zeitung“, 1.2.79
- 4) „Peking Rundschau“, 8/79
- 5) „Frankfurter Allgemeine“ (FAZ), 2.2.79
- 6) „FAZ“, 28.2.79
- 7) „Welt“, 8.2.79
- 8) „Handelsblatt“, 7.2.79
- 9) „Peking Rundschau“, 3/79, S. 14
- 10) „Peking Rundschau“, 9/79
- 11) „Rote Fahne“, 8.3.79, S. 1
- 12) „Peking Rundschau“, 7/79
- 13) „Peking Rundschau“, 8/79
- 14) nach „Süddeutsche Zeitung“, 8.2.79
- 15) nach „Welt“, 8.2.79
- 16) „Rote Fahne“, 8.3.79, S. 1
- 17) ebenso, S. 1 und 8.12
- 18) „Peking Rundschau“, 7/79
- 19) nach „Bunte Illustrierte“, 18.1.79
- 20) „heinhua“, 5.1.79; nach SWB, 5.1.79
- 21) „Peking Rundschau“, 8/79
- 22) „Rote Fahne“, 8.3.79, S. 13
- 23) „FAZ“, 28.2.79
- 24) „Prawda“, 5.3.79; lt. Monitor-Dienst, 6.3.79
- 25) Zu diesem Thema heißt es z.B. in einem „Heinhua“-Kommentar vom 24.12.78: „Die Aktionen der Sowjetunion am Horn von Afrika sind eng koordiniert mit ihrer Expansion am Roten Meer und im Persischen Golf ebenso wie ihren Aktivitäten in anderen afrikanischen Regionen. Sie zielen darauf ab, den Verbindungsweg zwischen Mittelmeer und Indischem Ozean durch militärische Besetzung der Gebiete um das Rote Meer unter Kontrolle zu bringen ... und die Transportwege des Öls und anderer Ressourcen abzuschneiden, von denen Westeuropa abhängig ist...“ (nach „SWB“ 5.1.79)
- 26) ebenso
- 27) zit. nach „Süddeutsche Zeitung“, 20.2.79



Stimmen aus den Niederlanden

Die Parteiführung der Pacifistisch-Socialistische Partij (PSP) erklärte am 17. Februar: „...Der von der chinesischen Regierung begonnene Grenzkrieg bedeutet einen neuen Schlag für den vietnamesischen Wiederaufbau und verlängert Armut und Leiden der vietnamesischen Bevölkerung. Darüber hinaus droht das chinesische Auftreten zu einer chinesisch-russischen militärischen Konfrontation zu führen und bildet damit eine Bedrohung des Weltfriedens. Die PSP lehnt das chinesische militärische Abenteuer auf das Entschiedenste ab.“

Die PSP fordert die niederländische Regierung auf (die PSP ist im Parlament vertreten – Anm. AK):

- Bei der chinesischen Regierung darauf zu dringen, ihre Truppen aus Vietnam zurückzuziehen.
- Kurzfristig Nothilfe zu leisten zur Bekämpfung der Folgen des chinesischen Angriffs.
- Die Entwicklungshilfe für Vietnam zu vergrößern und die Hilfe zum Wiederaufbau nicht zu beenden.
- Das vietnamesische Ersuchen an die UN, Maßnahmen zu ergreifen, die den Frieden an der chinesisch-vietnamesischen Grenze wiederherstellen können, zu unterstützen (nach Begründung, Ztg. der PSP, Nr. 3, 24.2.). (Die PSP hatte seinerzeit zustimmend erklärt, „daß der kambodschanische Widerstand mit Unterstützung Vietnams das Regime von Pol Pot verliert hat“ – siehe AK 147, S. 60).

In der Erklärung des Politischen Büros des Internationalen Kommunisten Bonds (niederländische Sektion der trotzkistischen „IV. Internationale“) vom 23. Februar heißt es: „Die politische und militärische Unterstützung Vietnams für die Gegner von Pol Pot in Kampuchea ist der direkte Anlaß (für den Angriff Chinas auf Vietnam) gewesen. Der vietnamesische Einfall in Kampuchea ist durch nichts gutzuheßen. Aber es ist die Aufgabe der kampucheanischen Arbeiter und Bauern, ihren Weg zu gehen ohne Bevormundung durch welches Nachbarland auch immer.“

Des weiteren wird die derzeitige Politik der VR China auf den „Stalinismus“, den „Nationalismus von der bürokratischen Theorie des Sozialismus in einem Land“ (zu deren Anhängern in bunter Reihe „Breschnew, Pol Pot, Mao und Nachfolger“ gezählt werden) zurückgeführt. Hingegen wird die Komplizenschaft von Carter und Deng Hsiao-ping gut herausgearbeitet: „Deng Hsiao-ping geht ruhig auf Besuch nach Washington... Kurz darauf fällt China in Vietnam ein. Die Krokodilstränen der kapitalistischen Welt können uns nicht betrügen. Die Operation von China war im Weißen Haus schon bekannt, bevor sie begann. Carter, Wall Street und Spießgesellen wollen jetzt verlorenes Terrain zurückgewinnen.“ Die Erklärung des IKB schließt: „Nur direkter und vollständiger Rückzug der chinesischen Truppen vom Grundgebiet Vietnams kann der Anfang einer Lösung sein. Die endgültige Lösung liegt in der Entfernung der bürokratischen Hue-Deng-Cligue vom Platz des Himmelschen Friedens. Die endgültige Lösung ist der Aufbau einer demokratischen Macht von Arbeitern und Bauern in China, Vietnam, in ganz Indochina...“ (zit. nach „Klassenstrid“, Ztg. d. IKB, Nr. 22, 10.3.).

Sieben Genossen, „die als Gründer und Mitglieder einer Anzahl linker Organisationen in den Niederlanden (darunter die Rode Vlag Groep, M.L.C.N., Arbeidersmacht, Rode Jeugd, S.F., A.R.C./Rood Front) in der Vergangenheit mit der damals revolutionären Politik der Volksrepublik China sympathisierten“, haben ein „Komitee gegen die chinesische Aggression“ gegründet. – Sie schrien in einer Erklärung vom 23.2.: „Rund zwei Jahre nach dem rechten Staatsstreich in der Volksrepublik China am 6. Oktober 1976 ist China nun zu einem verräterischen und großangelegten

militärischen Angriff auf Vietnam übergegangen. Mit diesem Staatsstreich bekam China eine rechte nationalistische Politik, die sich schon seit Jahren entwickelt hatte, definitiv die Oberhand. Diese Politik bedeutet (im Inland eine zunehmende politische Unterdrückung gegen die Linke und in der Außenpolitik eine zunehmende Zusammenarbeit mit Imperialisten und reaktionären Regimes wie Japan, den Vereinigten Staaten, Zaire und Chile gegen die Sowjetunion und immer öfter auch gegen linke Befreiungsbewegungen...“

Die jüngste Aggression gegen Vietnam wurde von den chinesischen Führern schon geraume Zeit in enger Zusammenarbeit mit dem amerikanischen Imperialismus vorbereitet... Der Krieg gegen Vietnam ist nicht nur ein Versuch, um Vietnam einzuschüchtern, er ist auch eine nicht mißzuverstehende Drohung an die Adresse der Sowjetunion...; hiermit will die rechte nationalistische Cligue in Peking deutlich machen, daß sie vor einem neuen Weltkrieg nicht zurückschreckt (Hervorheb. l. Orig. – Anm. AK).

Die Initiatoren des „Komitee ge-

gen die chinesische Aggression“ rufen dazu auf:

- zu protestieren und aktiv zu werden gegen den chinesischen Aggressionskrieg gegen Vietnam und das chinesische Treiben in einen dritten Weltkrieg;
- Kontakt mit unserem Komitee aufzunehmen, um gemeinsame Aktivitäten zu unternehmen;
- diese Erklärung zu verbreiten und damit unter der Bevölkerung zu agieren.

Niederlande-Kommission

Eine ausgezeichnete Erklärung!

In der „Frankfurter Rundschau“ vom 10. März war eine Erklärung gegen Chinas Überfall auf Vietnam abgedruckt, die wir hier nachdrucken. Die Unterzeichner der Erklärung scheinen aus dem linkssozialdemokratisch-trotzkistischen Spektrum zu kommen.

Der KB schließt sich dieser Erklärung ohne Einschränkung an. Wir unterstützen auch den Aufruf der Unterzeichner, daß weitere Organisationen und Einzelpersonen sich der Erklärung anschließen sollten.

Den Gruppen des KB wird empfohlen, diese Erklärung in ihrer Vietnam-Solidaritätsarbeit einzusetzen.

Solidarität für Vietnam

Am 17. Februar haben die Truppen der Volksrepublik China einen großangelegten Angriff gegen Vietnam gestartet. Mit dieser offenen Aggression tritt die Peking-Führung in die Fußstapfen der von ihr so titulierten „Neuen Zaren“, die 1968 – unter berechtigtem Protest Chinas – die CSSR besetzen ließen. Der chinesischen militärischen Aggression ging die Einstellung der Wirtschaftshilfe – in einer durch Naturkatastrophen besonders kritischen Lage Vietnams – voraus. Dieses Verhalten erinnert an den brutalen Abbruch der sowjetischen Hilfe

für China und den Abzug aller technischen Spezialisten und Berater im Jahre 1960. Mit seiner Politik des Großmachtchauvinismus, des Hegemonismus und des offenen Bündnisangebots an den USA-Imperialismus hat China genau das Resultat erzielt, das angeblich vermieden werden sollte: Vietnam immer fester in die Arme der sowjetischen Supermacht zu treiben.

Wenn neben anderen Gründen als Rechtfertigung für den Angriff auf Vietnam das militärische Eingreifen Vietnams in Kambodscha angeführt wird, so muß dazu festgestellt werden: Die von den Soldaten Vietnams und den mit ihnen verbündeten kambodschanischen Einheiten gestützte Pol-Pot-Regierung hatte für ein wahnwitziges Gesellschaftsexperiment – nach allem, was wir wissen – eines der blutigsten und unmenschlichsten Terrorregimes der Menschheitsgeschichte aufgerichtet. Sowohl der innere Charakter des Pol-Pot-Regimes als auch die Berichte thailändischer Bauern über grausame Überfälle durch „Rote Khmer“ sprechen dafür, daß die frühere kambodschanische Regierung für die Grenzstreitigkeiten mit Vietnam mindestens mitverantwortlich war. Ungeachtet der Notwendigkeit eines baldmöglichsten Abzugs der vietnamesischen Truppen aus Kambodscha, der vollen Achtung sei-

ner territorialen Integrität und einer Politik nationaler Versöhnung und Unabhängigkeit durch die neue kambodschanische Regierung erscheint die vietnamesische Offensive zum Jahreswechsel verständlich. In keinem Fall kann sie als Rechtfertigung für die Aggressionen Chinas dienen.

Wir fordern den sofortigen und bedingungslosen Abzug aller chinesischen Invasionstruppen aus Vietnam. Wir bekennen uns in dieser Stunde zu unserem langjährigen Engagement für das im Kampf gegen den übermächtigen amerikanischen Gegner schließlich siegreiche vietnamesische Volk und erklären den tapferen Menschen Vietnams auch angesichts der chinesischen Invasion unsere volle Solidarität.

Alle, die auf Seiten der Kräfte der Demokratie, des Sozialismus und der nationalen Unabhängigkeit – wo immer auf der Welt sie kämpfen – stehen, sind aufgefordert, sich dieser Erklärung anzuschließen.

Dr. Peter Brandt, wiss. Ass.; Lars Brandt, Maler; Thomas Friedrich, Verleger; Maria Janicke, Verkäuferin, Betriebsrätin; Dr. Peter Jahn, wiss. Ass.; Sigrid Krüger, Bibliothekarin; Gunther Krüschel, Redakteur, Betriebsrat; Blanca Renz, Lehrerin; Michael Sowa, Maler; Rudolf Steinke, Stud.; Bahro-Komitee; Axel Hippler, Angest.; Manfred Birkhahn, Kaufm. Angestellter, Betriebsrat

„Arbeiterbund“ München: Der Kopf ist an der Garderobe abzugeben!

Daß beim „Arbeiterbund“ München die Köpfe nach wie vor nur den Zweck erfüllen, ein Herabrutschen der Hüte auf die Schultern zu vermeiden, zeigt folgende Episode:

Im Auftrag des LG wandte sich die Nürnberger Ortsgruppe des KB mit einem Brief an den „Arbeiterbund“. In dem Brief wurde ein Meinungsaustausch anläßlich des chinesischen Überfalls auf Vietnam und die Beratung über mögliches gemeinsames Vorgehen vorgeschlagen. Das „Exekutivkomitee des Arbeiterbundes“ schickte daraufhin folgende Antwort: „Wir sind auch der Meinung, daß die Freunde des vietnamesischen wie des chinesischen Volkes unbedingt zu der Evakuierung der VR China in Vietnam Stellung nehmen und Solidarität mit Vietnam üben müssen. Der geeignete Ort, wo die Auseinandersetzung über alle Fragen, die sich dabei ergeben haben, zu führen ist und wo dann trotz aller Meinungsverschiedenheiten die Solidaritätsaktionen zu organisieren sind, ist jedoch die „Gesellschaft für die Freundschaft zwischen den Völkern in der BRD und der Sozialistischen Republik Vietnam“. Weitere Aktionsbündnisse sind unseres Erachtens nicht nötig, in der Freundschafts-

gesellschaft sollen alle fortschrittlichen Kräfte, die Solidarität mit Vietnam üben wollen, mitarbeiten, und wir fordern Euch deshalb auf, in diesem Sinne tätig zu werden und Euch an den Aktivitäten der Freundschaftsgesellschaft zu beteiligen.

Stellungnahmen und Veranstaltungen, die über diesen Rahmen hinausgehen, werden wir, wie auch bisher schon an einer Reihe von Orten geschehen, weiterhin allein unternehmen.“

Nun ist allgemein bekannt, daß diese „Freundschaftsgesellschaft“ ziemlich fest in der Hand der DKP ist. Der „Arbeiterbund“ stellt in seiner Zeitung „KAZ“ (5.3.79) sogar selbst dar, welche Schwierigkeiten es dort macht, gegen die geistig abgeschaltete DKP-Mehrheit überhaupt einen Diskussionsbeitrag einzubringen. Erwähnt werden auch Drohungen der DKP, die – ohnehin wohl nicht mehr zahlreichen – Linken demnächst aus der „Freundschaftsgesellschaft“ rauszuschmeißen.

Nun soll zwar nicht behauptet werden, daß die „Freundschaftsgesellschaft“ überall keine DKP-Politik betreibt. Aber auch dort, wo linke Kräfte um eine gewisse Unabhängigkeit bemüht sind, bestimmt

trotzdem totale Rücksichtnahme auf die DKP jeden Schritt. Das ergibt sich übrigens auch aus der offiziellen Politik Vietnams, die in der BRD als Ansprechpartner nur die DKP kennt und sich – jedenfalls in ihrer bisherigen Praxis – der These 41 der DKP unterwirft. Der Hinweis, die „Freundschaftsgesellschaft“ sei der „geeignete“ und „einzig“ Ort, um Auseinandersetzungen über die Lage in Indochina, die Politik Chinas usw. zu führen, ist also vor der eigenen Erfahrung des „Arbeiterbunds“ nicht einmal naiv zu nennen, sondern entweder schwachsinzig oder provokatorisch.

Das ganze Gejammer und Gezeter des „Arbeiterbunds“ über die böse DKP, die jetzt die Vietnam-Solidarität dazu mißbraucht, um nachhaltig mit Mao abzurechnen, ist scheinheilig. Wenn es den „Arbeiterbund“-Führern ernsthaft darum gehen würde, dieser Hetze der DKP etwas entgegenzusetzen, müßten sie daran interessiert sein, auch mit anderen Kräften als immer nur der DKP ins Gespräch zu kommen. Wir schlagen ihnen in diesem Sinn nochmals einen Meinungsaustausch vor. Und, das sei ihnen versichert, sterben kann man von so einem Gespräch bestimmt nicht!

Mosambik unterstützt Vietnam

Am 21.2. veröffentlichte die mosambikanische Nachrichtenagentur eine Stellungnahme, in der Chinas „Aggression gegen die Sozialistische Republik Vietnam“ verurteilt wird. Die im folgenden zitierten Auszüge aus dem Kommuniqué des Ministerrates der VR-Mosambik haben wir einem Artikel der „Tanzania Daily News“ vom 21.2.79 entnommen.

„Seit der Zeit des bewaffneten Befreiungskampfes hat das mosambikanische Volk freundschaftliche Beziehungen zum chinesischen Volk und seiner Regierung. Die Volksrepublik China war einer der Staaten, die unseren Kampf auch in den

schwersten Stunden ständig unterstützt haben.

Als logische Konsequenz verleihe die VR Mosambik nach der Unabhängigkeit die Beziehungen zur VR-China auf Staatsebene.

Die VR Mosambik orientiert sich in ihrer Außenpolitik an genau definierten Prinzipien: Wahrung des Friedens; friedliche Lösung von Konflikten zwischen Staaten; Respektierung der Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität von Staaten und Völkern.

Gemäß diesen Grundsätzen und ungehindert der traditionellen freundschaftlichen Beziehungen,

kommt die VR Mosambik nicht umhin, die Aggression, die die VR China am 17.2. gegen die Sozialistische Volksrepublik Vietnam startete, zu verurteilen.

Die VR Mosambik erklärt ihre Solidarität mit dem Volk und der Regierung der SRV und fordert die Einstellung der aggressiven Akte und den sofortigen Rückzug der chinesischen Besatzungstruppen vom gesamten Territorium Vietnams.

Wie die Zeitung weiterhin berichtet, hat auch Angola die Aggression Chinas verurteilt.

Afrika-Kommission



Vietnam erkennt Republik Sahara an

Daß Vietnam nicht, wie von vielen behauptet, ein „Vasall der UdSSR“ ist, sondern durchaus eine eigenständige Politik betreibt, zeigte sich dieser Tage wieder einmal. Während die Sowjetunion durch das Fischereibkommen mit Marokko dem um seine Unabhängigkeit kämpfenden Volk Saharas in den Rücken gefallen war, schickte der vietnamesische Premier Pham Van Dong am 2. März „eine Botschaft an Premier Mohamed Lamine Ould Ahmed, wonin die Demokratische Arabische Republik Sahara anerkannt wurde.“

(Vietnamesische Nachrichtenagentur, 3.3.79).



Die Dissidenten-Bewegung in China wächst; die Wandzeitungskampagne gegen den Krieg hat sich bis in fast alle wichtigen Städte ausbreitet. Allein in Peking soll es ca. 200 aktive Wandzeitungsschreiber geben, die von einigen tausend Leuten unterstützt werden. Daneben entwickelt sich eine Untergrundpresse, es gab Anti-Kriegs-Rallies und gelegentlich wagten sich sogar Redner auf die Straße (lt. „Newsweek“, 12. März 79).

Mit Totschlägern und Knüppeln: DKP-Schläger bleiben aktiv

Nach den Übergriffen gegen KB-Mitglieder während der zentralen Vietnam-Demonstration der DKP in Düsseldorf (siehe AK 149) kam es am 2. März in Westberlin erneut zu einem Schläger-Einsatz der Revisoren. Vor einer SEW-Veranstaltung zu Vietnam in der TU wurden „KPD“-ler zusammengeschlagen, die provokatorische Flugblätter zugunsten der chinesischen Aggression verteilten wollten. Die SEW-Schläger benutzten dabei Totschläger, Knüppel, Metallstangen. Einer der angegriffenen „KPD“-ler erlitt Prellungen am ganzen Körper, besonders in der Nierengegend. Besonders aktiv unter den Schlägern war Rudolf Hollenbach, presserechtlich

Verantwortlicher der Hochschulgruppe TU der SEW.

Man mag den Provokateuren von der „KPD“, die sich an Chinas blutiger „Strafaktion“ aufteilen, die Abreibung wohl gönnen. Zumal diese Leute hinreichend klar gemacht haben, daß nur mangelnde Masse sie hindert, in genau derselben Weise mit Andersdenkenden umspringen. Als im Sommer 1975 in Portugal Faschisten die Bars der revisionistischen KP und linker Gruppen überfielen, in Brand setzten, Linke zusammenschlugen, da jubelte die „KPD“!

Rechtfertigen kann das jedoch nicht die Schläger-Einsätze der DKP,

SEW, SDAJ und MSR. Denn erstens neigten sich diese gar nicht besonders gegen die „KPD“, sondern unterschiedlos gegen alle „Maoisten“, „Trotzkisten“, „Anschisten“ usw. Und zweitens gibt es wohl kaum ein Beispiel, daß die Revisionisten jemals mit denselben „Militanz“ und demselben Aufgebot an schweren Schlaggegenständen auch gegen Rechte, namentlich gegen die Faschisten vorgehen würden. Da kennt man doch das Lied der Revis: Keine Gewalt, nicht provozieren lassen usw. usf. Es hätte wohl kaum Angriffe der SEW-Schläger gegeben, wenn am 2.3. Flugblattverteiler der Jungen Union oder der NPD aufgekreuzt wären?...

Die „KPD“ kneift ... und kneift ...

Wie berichtet (AK 148, S. 54), hatte die „KPD“ am 7. Februar den zwischen KB und „KPD“ bereits am 6. 10. 78 vereinbarten umfassenden Artikelaustausch nach monatelanger Verzögerungstaktik platzen lassen. Dafür schlug sie vor, einen Artikel zum Thema Vietnam-Kambodscha auszutauschen. „Besser als gar nichts“, dachten wir uns. Darum teilten wir der „KPD“ am 16. Februar brieflich (abgedruckt im AK 148 S. 54) mit, daß sie jederzeit einen Artikel zu diesem Thema in gewünschter Länge im

AK veröffentlichen kann, falls... wir in gleicher Länge einen Artikel zur innenpolitischen Entwicklung Chinas in der „Roten Fahne“ veröffentlichen könnten.

Das von uns vorgeschlagene Thema scheint der „KPD“ allerdings überhaupt nicht geschmeckt zu haben. Jedenfalls hat sie uns – mit jener unnachahmlichen Arroganz, die wir mittlerweile an diesem Verein kennen – bis heute, einen Monat danach,

noch nicht einmal einer Antwort auf unser Angebot gewürdigt.

Es ist offensichtlich. Die „KPD“ hat von vornherein überhaupt nicht die Absicht, die von ihr zum Schein angebotenen Artikelaustausch-Projekte zu verwirklichen. Sie will nur demagogischen Lärm machen, falls ihre Vorschläge abgelehnt werden. Geht man aber auf ihre Vorschläge ein und drängt auf konkrete Realisierung, verpissen Semmler und seine Truppe sich stillschweigend. Wirklich ein jämmerlicher Haufen.

KB-Rede auf der Vietnam-Solidaritätsdemonstration in Hamburg

Ich danke alle Teilnehmer dieser Demonstration sind von einem Gedanken bewegt, der hier sofort ausgesprochen und diskutiert werden muß: Vietnam ist wieder überfallen worden, in Vietnam wird wieder gemordet und vertrieben – und hier in Hamburg demonstrieren gerade 500 Menschen. Das ist ein 1/20 der Teilnehmerzahl der früheren Vietnam-Solidaritätsaktionen; 10mal mehr Menschen haben ihre Solidarität mit dem portugiesischen Volk vor einigen Jahren demonstriert; und an den Iran-Aktionen vor wenigen Monaten haben sich immerhin 2000 Menschen beteiligt – obwohl diese Aktionen illegalisiert worden waren. Wenn wir also feststellen müssen, daß wir heute so vergleichsweise wenige sind, so geht es um die Ursachen dieser Tatsache – was hält die ehemals so engagierten Antimperialisten ab, warum reagiert die Linke so schwach auf den neuerlichen Überfall auf Vietnam?

Hierzu drei Thesen, die auch unsere zukünftigen Aufgaben anreißen:

1.) Es besteht offensichtlich bei vielen Menschen die Hoffnung, dieser Überfall Chinas auf Vietnam sei so etwas wie eine schreckliche, aber kurze Episode. Eine einmalige Strafexpedition; ein etwas aus den Fugen geratenes Grenzscharmützel.

Die chinesische Führung nährt diesen Gedanken, diese trügerische Hoffnung. Seit Tagen spricht das offizielle Organ Xinhua von Rückzug, während tatsächlich die Kämpfe weitergehen. Das Ende des Krieges ist nicht absehbar – absehbar ist allerdings, daß China einen Teil Vietnams besetzt halten will, also Zündstoff für weitere Kriege anlegen wird. Neben diesen konkreten Fakten, die auf langfristige kriegerische Auseinandersetzungen hindeuten, ist die Strategie der Peking-Machthaber in ihrer ganzen Tragweite offenbar noch nicht erkannt. „Die jetzt begonnene chinesische Aggression gegen Vietnam ist nur zu verstehen als Beginn einer weiteren militärischen Eskalation gegen Vietnam... Die jetzige Aggression wäre ein militärisches Abenteuer ohne Sinn, wenn sie nicht im Zusammenhang einer festgelegten Strategie zur Vernichtung Vietnams stünde“, dies schrieben wir in unserer zentralen Zeitung ARBEITERKAMPF (Nr. 148).

Klarheit zu vermitteln, daß das Bündnis Chinas mit dem US-Imperialismus ein Bündnis zweier aggressiver Mächte ist, ein auf Eroberungsfeldzüge abgestimmter Zusammenschluß (nicht nur gegen Vietnam sondern wohl auch zumindest gegen Laos und Kambodscha) – das ist die vorrangige Aufgabe einer Vietnam-Solidarität, einer neuen Indochina-Solidarität. Insbesondere muß auf die große Gefahr hingewiesen werden, die von einem großmachtchauvinistischen China ausgeht, daß seine Pläne zur Modernisierung der Armee verwirklicht hätte – das also eine den Imperialisten vergleichbare Kriegsmaschinerie besäße.

WUNDERBARTUNG DER ARMEE VERWIRKLICHT WÜRDEN – DAS WÜRD EINE DEN IMPERIALISTEN VERGLEICHBARE KRIEGSMASCHINERIE BESÄßE.

2.) Viele Linke – und dieser Faktor sollte nicht unterschätzt werden – sind handlungsunfähig geworden, gerade was internationale Solidarität betrifft. Sie haben jahrelang die Augen verschlossen vor der Entwicklung in China. In der Konsequenz sind sie heute nicht fähig, dem bürgerlichen Trommelfeuer vom „Krieg der Kommunisten untereinander“ zu widerstehen. Hier müssen wir wissenschaftlich, qualifiziert darlegen, daß es sich bei den chinesischen Machthabern nicht um eine irgendwie besonders Gruppe von Kommunisten handelt, sondern um Kräfte, die in einem jahrelangen Klassenkampf gesiegt, vorübergehend gesiegt haben. Kämpfen wir dafür, daß sich die Linke endlich mit dem Klassenkampf in China befaßt! Die Begeisterung für die Kulturrevolution (eine berechnete Begeisterung, deren Schattenseite darin bestand, daß ihr exakter Verlauf und ihr recht abrupter Abbruch nur selten genau analysiert wurden), hat einen Teil der Linken zu einer zeitweilig unkritischen Haltung gegenüber China verleitet. So wurde der Sturz Tchen Bo De's und auch der Sturz Lin Biao's kaum als einschneidende politische Ereignisse begriffen, und Nixons Besuch in Peking auf dem Höhepunkt der US-Aggression gegen Vietnam, wurde ebenfalls kaum als dramatische Wende der chinesischen Politik gesehen. Hier liegen die Wurzeln dafür, daß heute, nach dem Sturz der „Vierbande“, nach Deng-Hsiao-Ping's drittem Come-back, angesichts der gewaltigen Widergutmachungszahlungen an die entmachtete alte Bourgeoisie Chinas, viele Linke wie vor einem Scherbenhaufen stehen. Diese Menschen empfinden die Entwicklung in China subjektiv als Diskreditierung des Sozialismus; als Beweis für die These, daß im Sozialismus letztendlich die Unterdrückung des Menschen nur anders verbräunt wird.

Wir können diese Haltung nur aufbrechen, wenn diese Genossen bereit sind, sich mit Chinas jüngster Geschichte zu befassen – nur auf diesem Weg ist Klarheit darüber möglich, daß das heutige Regime in China weder mit Sozialismus noch mit der Politik Mao-Tse-Tungs etwas gemein hat – also objektiv beides nicht diskreditieren kann.

Liebe Genossinnen und Genossen: In diesem Zusammenhang möchte ich Euch noch einmal daran erinnern, daß es heute nötiger denn je ist, Anstrengungen zur Unterstützung der in China eingekerkerten und z.T. von Hinrichtung bedrohten Genossen zu unternehmen. Diese Genossen verkörpern ja nicht nur das ursprüngliche Kampfziel der Kulturrevolution, sondern sie sind auch die Freunde des vietnamesischen Volkes – ihre Einkerkierung und Ermordung ist das innenpolitische Gegenstück zur Aggression gegen Vietnam.

3.) Die Bedeutung des Wegfalls Chinas als antimperialistischer und anti-revisionistischer Partner der Befreiungsbewegungen und fortschrittlichen Staaten und die sich daraus ergebenden Konsequenzen, sind immer noch nicht erfaßt. Viele Befreiungsbewegungen und fortschrittliche Staaten sind heute einfach gezwungen, ein engeres taktisches Bündnis mit der SU einzugehen – auch Vietnam.

Es gibt eine Sorte Linke, die angesichts dieser Entwicklung nicht mehr zuwege bringt, als warnend den Zeigefinger zu heben und „die Gefahr sowjetischen Einflusses“ zu beschwören. Hieraus leiten sie dann ihre pessimistische Haltung, ihren Defätismus ab. Diese Menschen sind im Grunde genommen der Imperialistischen Propaganda auf den Leim gegangen, die ja darauf ausgerichtet ist, die Kämpfe in der Welt in ein Schema zu pressen, in dem sie nur noch als Plus- und Minuspunkte der Großmächte erscheinen. Laßt uns dafür eintreten, die Kämpfe in der Welt wieder klassenmäßig zu sehen. Wir unterstützen alle gerechten Kämpfe der Völker, ob in Eritrea, wo die SU auf der Seite der Konterrevolution gegen das Volk kämpft, ob in Ost-Timor, wo der Kampf der Fretilin von der SU schlicht „übersehen“ wird; ob in Vietnam und Südafrika wo die Kämpfe der Völker von der Konkurrenz zwischen der SU und dem Imperialismus profitieren und sowjetische Unterstützung erhalten.

Aus unserer prinzipiellen Haltung heraus ziehen wir das Recht, die sowjetische Außenpolitik nicht nur anzuprangern, wenn sie auf der Seite der Konterrevolution agiert, sondern auch dann zu kritisieren, wenn sie sich für einen offiziell Verbündeten so schäbig wenig engagiert, wie in diesen Tagen für Vietnam. Wir verkennen nicht die Gefahr, die von einer engeren Anlehnung junger Staaten und Befreiungsbewegungen an die SU ausgeht. Aber wir sind auch sicher, daß das Streben der Völker nach Unabhängigkeit letztendlich alle Großmachtträume zerplatzen lassen wird – ob sie nun in Washington, Moskau, Peking oder Bonn geträumt werden!



Grüner Verbund kandidiert zur Euro-Wahl

Nach mehrwöchigen Diskussionen und Programmarbeit steht die Einigung der vier „grünen Parteien“, AUD, GAZ, GLU und GLSH zu einer gemeinsamen Wahlliste für die Europawahl bevor. Am 17./18.3. soll in Frankfurt der „Vereinigungsparteitag“ stattfinden. Diesem Verband hat sich jetzt die Grüne Liste Rheinland-Pfalz (eine wenige Dutzend Mitglieder umfassende Gruppe von GAZ- und GLU-Sympathisanten) angeschlossen. Gleiches hat auch die Europäische-Föderalistische Partei angekündigt. Es ist allerdings unklar, wie weit die Verhandlungen mit dieser Gruppe gediehen sind.

Aus den Umweltschutzverbänden ist bislang nur bekannt geworden, daß Roland Voigt und Petra Kelly vom BBU-Vorstand auf der sich anbahnenden Wahlliste kandidieren wollen. Für die Wahlkampfzeit und die Zeit der Wahrnehmung parlamentarischer Mandate muß nach einem Beschluß des BBU ihre Vorstandsmitgliedschaft allerdings ruhen.

Den Delegierten in Frankfurt, die zu gleichen Teilen von AUD, GAZ und GLU (jeweils 150 Mandate) gestellt werden (plus kleinere Zahl von GLSH und Rheinl.-Pfalz) liegt ein Programmwurf mit dem Titel: „Das Europaprogramm der Grünen“ vor.

Der Programmwurf trägt deutlich die Handschrift mehrerer Organisationen. In ihm finden sich einerseits die von der GAZ her bekannten kleinbürgerlich-reaktionären Positionen, andererseits eine Reihe fortschrittlicher Positionen, die deutlich die Handschrift der AUD oder der linken Teile der GLU verraten.

Besonders der Grundlagenteil (eine Art Preamble und Zielkatalog) verrät deutlich den Einfluß Gruhl's.

Ausgangspunkt im Grundlagenteil ist die „Bewahrung der ökologischen Lebensbasis für den Menschen und für die Tier- und Pflanzenwelt“. Diese sei vor allem durch „Wirtschaftswachstum“ bedroht. Da dieses Wachstum nach Meinung der Ökologen auf natürliche Schranken stößt, nämlich die Schranke der begrenzten natürlichen Umwelt in Europa, müssen die Menschen sich von diesen Schranken fortbewegen und stattdessen sparen.

Auf dem Energiesektor heißt es darum: „Energie ist knapp und wird immer knapper werden.“ Auch das ist eine Begründung für generelle Einschränkung und nicht für die Beseitigung der gesellschaftlichen Schranken, die Knappheit und Auspöhrung natürlicher Ressourcen mit sich bringen. Als Folge werden Einstellungsveränderungen des Menschen gefordert, z.B.: „Stop der Verschwendung und Überwindung der barbarischen Wegwerfmentalität.“

Vollständig an eine imperialistische Spar- und Austeritätspolitik in-

tegrierbar sind schließlich Positionen wie:

„Das neue Europa wird nur Wirklichkeit werden, wenn die Wertvorstellungen der Europäer von der Überschätzung des Lebensstandards und der quantitativen materiellen Eingeleitigkeit befreit werden. Die geistige und seelische Selbstverwirklichung des Menschen hat entscheidende Bedeutung.“

Positiv klingt demgegenüber, wenn ein demokratisches Europa gefordert wird und davor gewarnt wird, daß überall in Europa demokratische Rechte abgebaut werden.

Positiv klingen auch eine Reihe sozialer Forderungen wie: „Abbau der Akkord- und Fließbandarbeit ... Verkürzung der Lebensarbeitszeit ... Verlängerung des bezahlten Urlaubs ... Verkürzung der Wochenarbeitszeit ... Verlängerung des Mutterschutzes, Einführung des Babyjahres.“

Wie dies angesichts der oben beschriebenen Sparparolen und eines Satzes wie: „Der bisherige Grundatz, Arbeitskräfte durch Energie und Maschinen zu ersetzen, weil diese billig sind, wird sich umkehren: Energie und Rohstoffe werden sparsam verwendet und vielfach durch menschliche Arbeit ersetzt werden müssen!“, praktisch verwirklicht werden kann, bleibt das Geheimnis der Verfasser.

Im Bereich „Energie“ wird die vollständige Ablehnung der Kernenergie besonders betont. Besonders werden die Gefahren, die von der geplanten WAA in Gorleben und Wind-scale ausgehen, herausgestrichen.

Im Komplex demokratische Rechte stechen zwei Forderungen hervor: Einmal die Forderung, daß Meinungs-freiheit, freies Versammlungs- und Demonstrationsrecht in „allen Ländern und über die Grenzen hinweg“ gewährleistet sein müssen. Zum anderen die Forderung: „Die Beeinträchtigung der Berufsausübung (Berufsverbote) aus politischen und weltanschaulichen Gründen haben in einem freiheitlichen Europa keinen Platz.“

Im Komplex „friedliches Europa“ heißt es einleitend: „Ökologische Politik ist gewaltfreie Politik. Das gilt nicht nur innenpolitisch, sondern genauso im Verhältnis der Völker untereinander.“ Dann folgen Abrüstungsforderungen. Zu dem Komplex gehören nach Meinung der Verfasser auch „erste kalkulierte Schritte der Bundesrepublik Deutschland wie: Verzicht auf die Einführung neuer Waffensysteme.“ Diese Forderung hebt sich wohltuend von den Aufrüstungsforderungen der etablierten Parteien ab. Es muß allerdings gesagt werden, daß bei vorhergehenden Diskussionen (Kassel und Vlotho) die aufgestellten Forderungen noch weiter gingen. Dort war nicht nur vom kalkulierten Verzicht auf noch zu

entwickelnde Waffensysteme die Rede, sondern durchaus vom „kalkulierten Abbau“ bestehender Waffensysteme ohne sofortige Gegenleistung der anderen Seite.

Trotzdem verdienen Forderungen wie „Verbot des Waffenhandels und der Ausfuhr atomarer Technologie und Anlagen“ und „Verhinderung einer westdeutschen Atomstreitmacht und eines eigenständigen westdeutschen Rüstungsblocks“ natürlich Beachtung, so wie der gesamte Komplex, in dem der Versuch einer Öffnung der grünen Bewegung nach links sichtbar wird.

Erwähnenswert sind noch die Bereiche Europa der Regionen, Umwelt und Gesundheit, in denen eine Reihe fortschrittlicher Einzelforderungen verarbeitet worden sind. Beim Komplex Frauen fällt auf, daß zwar die Forderung nach Gleichberechtigung generell erhoben wird, die Ausführungen aber einigermaßen nebulös klingen. Z. B. wenn es heißt: „Die Strukturen und Verfahrenspraktiken der Entscheidungsfindung und unsere Gesellschaft müssen so gestaltet werden, daß den Frauen, besonders den Frauen mit Kindern, die Mitarbeit möglich wird.“ Klingt schön, nur was soll Frau sich denn darunter vorstellen. Soetwas kennt man/frau von den etablierten Parteien zur Genüge. Die einzige konkrete Forderung ist die nach Wegfall der Leichter-löhnggruppen. Alle anderen konkreten Forderungen der Frauenbewegung werden noch nicht einmal erwähnt. Besonders auffällig ist, daß Forderungen gegen den § 218 vollständig fehlen.

Das Programm bietet also insgesamt ein buntscheckiges Bild. Es ist selbst voller Widersprüche und es bleibt fraglich, ob dieses Gemenge von eigentlich politisch unverträglichen Positionen die umfassende grüne Gesamtalternative entstehen lassen kann, von der in den letzten Monaten bei den grünen Parteien so viel die Rede war.

Das Programm und das Vorhaben der gemeinsamen Wahlliste wurde dann den Parteitag und den Delegiertenkonferenzen der Beteiligten vorgelegt. Zwar wurde von allen Konferenzen und Parteitagen im Prinzip grünes Licht für die Vereinigung gegeben. Trotzdem verbleiben noch Differenzen.

Die GAZ hatte am 11.3. ihren Parteitag in Würzburg. Schon vor dem Parteitag hatte eine 19köpfige Gruppe unter Führung von Kaminski die GAZ verlassen. Kaminski hatte Gruhl und die Mehrheit der GAZ-Führung seit Wochen vorgeworfen, er verziehe eine „Hinwendung zu sozialistisch-marxistischem Gedankengut“ und gebe die ökologischen Grundpositionen der GAZ preis. Konkret hatte Kaminski vor allem die AUD und Teile der GLU im Visier. Ein Wahl-

bündnis mit diesen Gruppen nannte er ein „Volksfrontbündnis“.

Kaminski hat inzwischen erklärt, er wolle sich der Freidersdorf-Partei anschließen („Welt“, 9.3.79).

Aber auch nach dem Austritt des rechten Flügels der GAZ bleiben noch genügend Widersprüche. Besonders gegen die Forderung nach Abschaffung der Berufsverbote und die Forderung nach einem „basisdemokratischen“ Engagement der Grünen wurde in Würzburg massiv Front gemacht (vergl. „FR“, 12.3.79). „Basisdemokratie“ war für viele GAZ-Delegierte ein „Ostzonenwort“, und wer von Berufsverböten redet, mache sich einen „kommunistischen Wortschatz zueigen“. In der „Welt“ heißt es auch: „Nachdrücklich forderten Gruhl und die Mitglieder des Präsidiums die Delegierten auf, den Eindruck der Wirtschaftsfreundlichkeit zu vermeiden.“ Und für Springers Kommentatoren bleibt die alles in allem beruhigende Erkenntnis: „Die GAZ steht sich als eigenständige politische und vor allem moralische Kraft und als politischer Rotary-Club (Gruhl). Acht Monate nach der Gründung der Partei hat Gruhl die GAZ fest im Griff. Und: die GAZ ist bürgerlich-ganz wie Herbert Gruhl, der gestern mit überwältigender Mehrheit (83 von 88 abgegebenen Delegiertenstimmen) in seinem Amt bestätigt wurde“ („Welt“, 12.3.79).

Die GAZ geht auf dem Ziel auf den Vereinigungsparteitag, fortschrittliche Teile aus Programm und Politik einer Europawahlliste auszuschalten und für ein insgesamt bürgerliches Gepräge der Liste zu sorgen. Ob sich dies ge der Liste zu sorgen. Ob sich dies die Partner der GAZ gefallen lassen, die ja im Programm einen „Kompromiß“ aller Beteiligten sehen, bleibt abzuwarten.

Widersprüche wurden auch bei der GLU Niedersachsen deutlich, die ebenfalls am 10./11.3. ihren Parteitag in Garlow (Lüchow-Dannenberg) hatte.

Die Diskussion wurde mit verschiedenen Referaten eröffnet. Dazu gehörte auch ein „Contra-Referat“ von H. Bergengruen, der die Argumente der Gegner einer Beteiligung an den Europawahlen zusammenfaßte.

Trotz der in der Debatte auftauchenden Unzufriedenheiten mit dem Programmwurf, das nach Meinung vieler Delegierter zu viele Zugeständnisse an die GAZ Positionen enthielt, wurden die Delegierten bei 12 Gegenstimmen beauftragt, auf der Basis des Programms die Einigung zu vollziehen. Ergänzungen zum Programm wurden ohne Beschlussfassung diskutiert. Die entsprechenden Vorschläge wurden den Delegierten als „Zusatzmaterial“ mit

nach Frankfurt gegeben, und es bleibt nun den Delegierten überlassen, ob sie sich durchsetzen wollen oder nicht. Dies ist besonders schade im Bereich Frauenpolitik. Eine AG zu dem Thema hatte dem Plenum eine ganze Reihe zusätzlicher Forderungen aus der Frauenbewegung vorgelegt. Besonders hervorzuheben sind Forderungen wie: selbstverwaltete Frauenhäuser, Witwenrente, Rentenanspruch für die Hausfrauenarbeit. Zur § 218-Frage machte die AG den Vorschlag, entweder die Forderung nach vollständiger Freigabe der Abtreibung und der ersatzlosen Streichung des § 218 oder die Forderung nach einer Fristenlösung in das Programm aufzunehmen. Der Parteitag schaffte es nicht, überhaupt zu einer Entscheidung zu kommen, weil gerade hier die politischen Widersprüche in der GLU besonders sichtbar wurden.

Inzwischen hat auch der Delegiertenrat der AUD dem Programmwurf zugestimmt. Die AUD-Zeitung meldete zwar einige Gegenstimmen, schwenkte sich zu den Widersprüchen ansonsten aber aus.

Über Diskussion und Beschlussfassung bei der GLSH und der Grünen Liste Rheinland-Pfalz liegen uns keine Meldungen vor.

Ein Genosse der Euro-Wahl-Kommission

Klarstellung

Mit ungläubigem Staunen entnahm ich der „FAZ“ am 16.3. der Europawahlzusammenschluß von GAZ, GLU und AUD finde jetzt immer mehr Gehör bei „linksorientierten Bürgerinitiativen“ in Hessen. Weiter: Rudi Dutschke sei im Gespräch für eine Kandidatur auf dieser Liste. Und schließlich: Die Grüne Liste Hessen (GLU) - wenn auch zum Gründungstreffen nicht eingeladen - sei „am Überlegen“, ob sie mitmacht.

Solide Informationsarbeit fällt eben doch schwer, auch für die „FAZ“. In Wahrheit wird nämlich nicht Rudi Dutschke kandidieren, sondern Peter Frankenfeld. Unterstützt wird er dabei auch nicht von der GLH, sondern von der über hessische Landesgrenzen hinaus vielbeschäfteten Institution „Blauer Bock“. Das neue Bündnis wird im nächsten „Goldenen Schuß“ vorgestellt werden. Tja, das wird ein Wahlkampf!

Aber ansonsten stimmte alles an dieser Meldung.

Ein Frankfurter GLH-Mitglied

Faschisten auf dem Europaparteitag der Grünen?

Auf der Delegiertenkonferenz der GLU Niedersachsen am 10./11.3. nahm die Auseinandersetzung um die GLU Hamburg einen breiten Raum ein. Bekanntlich arbeiten in der GLU Hamburg auch Mitglieder der „Solidaristischen Volksbewegung-SVB“ mit. Die SVB ist eine faschistische Organisation, die stärker als andere faschistische Organisationen versucht, im Umweltschutzbereich Fuß zu fassen. Mitglieder der SVB sind in der GLU Hamburg an führender Stelle tätig (vergleiche die ausführliche Darstellung in der Broschüre der BL: Feigenblatt oder Alternative, Juli 78).

Die GLU-Führung hatte versprochen, die Solidaristenfrage mit der Hamburger GLU zu klären. In einem GLU-Rundbrief zum Thema Solidaristen, den Lippelt im Auftrag des Vorstandes verfaßte, heißt es: „Bei verschiedenen Gesprächen zwischen niedersächsischen und Hamburger Vorstandsmitgliedern war uns von Hamburger Seite aus immer wieder in Aussicht gestellt worden, daß man die Frage dadurch lösen werde, daß man die Solidaristen vor die Entscheidung stellen werde, entweder in der GLU oder in ihrer „Solidaristischen Volksbewegung“ zu arbeiten.“ Gegen die Mitarbeit ehemaliger Solidaristen hätte die GLU-Führung nichts einzuwenden gehabt, führt Lippelt fort und beklagt sich, daß die Hamburger die GLU-Führung von der Hamburger Landesversammlung am 5.11. wieder eingeladen haben.

Auf dieser Versammlung faßte die Hamburger GLU dann folgenden Beschluß: Mitgliedschaft in GLU und bei den Solidaristen sind vereinbar,

unvereinbar sei nur eine gleichzeitige Vorstandstätigkeit. Zu deutsch: ein „einfaches“ Mitglied der Solidaristen kann bei der GLU-Hamburg im Vorstand sitzen.

Das war selbst für die GLU-Führung in Niedersachsen zu starker Tobak. Sie faßte folgenden Beschluß: „Nach einer eingehenden Befassung mit Programm und Manifest der Solidaristen wurde ein unüberbrückbarer Gegensatz zwischen den politischen Grundanschauungen der Solidaristen und der GLU festgestellt. Der Gegensatz besteht vor allem gegenüber den völkisch-nationalen und den hierarchisch-elitären Vorstellungen der Solidaristen. Dementsprechend können wir den Beschluß der GLU Hamburg vom 5.11. nicht akzeptieren“ (nach Rundbrief).

Ein weitergehender Antrag auf Ausschluss der Solidaristen scheiterte leider. Selbst zwei auf der fortschrittlichen Seite der GLU stehende Vorstandsmitglieder stimmten dagegen. Dabei sind Kennzeichnungen wie „völkisch-national“ oder „hierarchisch-elitär“ glatt untertrieben. Der offene faschistische Charakter der Solidaristen wird schon bei den programmatischen Aussagen deutlich, die Lippelt im GLU-Rundbrief zitiert. Im Solidaristischen Programm von 78 kann man z.B. lesen: „Es gibt keine Gleichheit des Menschen. Nur wer die Ungleichheit berücksichtigt, kann gerecht sein. Leben ist ohne Vielfalt nicht denkbar. Vielfalt bedeutet Ungleichheit. Ungleichheit ist erb- und umweltbedingt.“

Im Solidaristischen Manifest von 78 wird z.B. die „Heranbildung

einer volksorientierten Leistungs- und Funktionshierarchie in den Unternehmen und Wirtschaftsorganisationen ...“ gefordert und wenn es um das „Selbstbestimmungsrecht“ des deutschen Volkes geht, wird zur Überwindung aller deutscher „Separatstaaten“ aufgefordert. Von der Maas bis an die Memel...???

Die GLU Hamburg gab aber keinesfalls klein bei. Auf der Delegiertenkonferenz der GLU Niedersachsen erschienen sie mit dem Anspruch, auch Solidaristen für den Vereinigungsparteitag zu den Europawahlen delegieren zu können. Nach GLU-internen Absprachen kann die Hamburger Delegation 3 Personen umfassen. Das ging vielen GLUern doch zu weit. Truss und Hoffmann erklärten für die GLU Hessen, daß man den Europaparteitag der Grünen verlassen würde, wenn Hamburg Solidaristen delegieren würde. Von Lüneburger GLUern um Soetebier wird eine ähnliche Initiative für die GLU Niedersachsen versucht. Bertram vom GLU-Vorstand hat ebenfalls angedroht, den Parteitag zu verlassen und Lippelt hat angekündigt, im Falle des Falles seinen Vorstandsposten niederzulegen. Der Parteitag faßte allerdings keine Entscheidung. Initiativen, die Frage durch einen Parteitagsschluß zu regeln, wurden in einer GO-Debatte vermauselt.

Die Hamburger GLUern haben keinen Zweifel gelassen, daß sie auch Solidaristen delegieren werden. Wie halten es grüne Listen mit Faschisten? Auch in dieser Hinsicht verspricht der Frankfurter Parteitag spannend zu werden!

Bunte-Liste-Zeitung Nr. 4 erschienen

Albrecht - wir kommen!

Bunte Liste Zeitung

Lügt die Schulbehörde?

Onkel Pö bleibt sauber!

Überflüssiges Luxushotel

Mit viel Informationen vor allem über die Themen, die z.Zt. die Parlamentsarbeit der Bunte Liste in der Hainbühler Bezirksversammlung bestimmen, aber auch mit Artikeln zu Problemen in anderen Hamburger Stadtteilen und darüber hinausgehenden Schwerpunkten der Bürger- und Basisinitiativen (Gorleben), ist jetzt die Nr. 4 der Bunte-Liste-Zeitung erschienen. Ob es am heraufziehenden Frühling liegt, daß der blaue Schmetterling wieder nach außen sichtbar in Bewegung kommt? Wie dem auch sei, die Zeitung dürfte auch Initiativen außerhalb Hamburgs

einen interessanten Einblick in alternative Kommunalpolitik bieten. Sie kann für 50 Pfennig plus Porto bei folgender Adresse bestellt werden.

Bunte Liste,
Fruchtallee 9
2000 Hamburg 19.
Ausgeliefert wird nur gegen Vorkasse - entweder in Briefmarken beigelegt oder auf folgendes Konto überwiesen: Dresdner Bank Hamburg (BLZ 200 800 00), Kto. - Nr. 4812761/01, Dieter Siwertsen. (für Porto entsprechende Druckachengebühr (eine Zeitung = 50 g) errechnen)

KB-Prozesse

Gericht deutet an:

Keine Verurteilung nach § 90a

„Außerhalb der Hauptverhandlung will ich einmal laut denken: Ich beabsichtige nicht, nach § 90a zu verurteilen“ – diese Mitteilung machte Richter Betz am 15. März, dem mittlerweile 10. Verhandlungstag im Prozess wegen der Herausgabe des „Russell-Buch 5“. Darin ist zweifellos eine überraschende Wende in dem Prozess zu sehen, hatte Richter Betz doch alle bislang gestellten Beweisanträge der Verteidigung mit teilweise haarsträubender Begründung zurückgewiesen und darüber hinaus verschiedentlich das skandalöse Auftreten des Staatsanwalts Reumann („Man hat sich Gedanken gemacht, Gefangene zu exekutieren, da kann ich nur sagen: Na und?“) eigenwilling in Schutz genommen.

Tatsächlich war der Prozess hier an einen entscheidenden Punkt gelangt, an dem der Richter unweigerlich vor der Alternative stand, entweder ein Signal für einen straffreien Ausgang des Prozesses (Anklage wegen „Staatsverunglimpfung“) zu geben, oder die Anklageschrift bedingungslos gegen jeden weiteren Beweisantrag abzuschottern, sich damit noch tiefer in unhaltbaren Argumentationen zu verfangen und hemmungslos auf eine ungeschminkte Gesinnungsverurteilung zuzusteuern. Diese zur Verteidigung dringende Alternative war angelegt, nachdem Betz die bisherigen Beweisanträge als teils „unbeweisbare Wertungen“ und teils „unerhebliche Tatsachenbehauptungen“ und „keine Beschimpfungen“ zurückgewiesen hatte, und die Verteidigung nun die

Identität der Beweisanträge mit inkriminierten Textstellen des Buches nachwies und dem Richter eine Reihe von Fragen vorlegte, was denn konkret in dem Buch überhaupt noch wegen „Staatsverunglimpfung“ gerichtlich beurteilt werden sollte. Die Fragen zielten darauf ab, vom Richter selbst diejenigen „erheblichen“ Punkte des Buches genannt zu bekommen, zu denen er dann kaum noch Beweisanträge hätte ablehnen können, ohne das Bild eines „unabhängigen Richters“ gänzlich aufzugeben. Betz lehnte eine Auskunft auf diese Fragen ab, da dazu „kein Recht des Angeklagten“ bestünde und (das hatte er wohl bemerkt) das Gericht ja „von Amts wegen selbst Beweis erheben müsste, wenn es die Notwendigkeit weiterer Beweisaufnahmen sehen würde“. An diesen Beschluß knüpfte er oben zitiertes „lautes Denken außerhalb der Hauptverhandlung“.

Die Ankündigung einer Nicht-Verurteilung nach § 90a ist ein großer Zwischenerfolg der Verteidigung. Bestätigt hat sich in diesem Prozess abermals, daß der Justiz gerade in politischen Verfahren nichts geschenkt und nichts erspart werden darf, daß eine erfolgreiche Verteidigung wesentlich davon abhängt, die Schwachpunkte der Anklage systematisch herauszuarbeiten (in diesem Fall vor allem: einem Wahrheitsbeweis des Buchinhalts um jeden Preis aus dem Weg zu gehen) und dies zum Gegenstand des Prozesses zu machen. Zur Verteidigungslinie in diesem Prozess gehörte (und

gehört!) dabei auch, dem Gericht immer wieder den Protest vor Augen zu führen, den dieses Verfahren außerhalb des Gerichtssaales im In- und Ausland gefunden hat. Die Stimmen der Solidarität wurden an verschiedenen Prozesstagen ausführlich zitiert – und diese Solidarität hat diesen Zwischenerfolg mit möglich gemacht.

Eine entscheidende Härde ist genommen, aber der Prozess ist damit noch keineswegs gelaufen. Noch nicht behandelt sind die Beleidigungs-Anklagen des Westberliner und des Hamburger Polizeipräsidenten wegen der im Buch dargestellten Erschießungen von Georg von Rauch und des Bankräubers Gonzales, sowie die Beleidigungsklage von Franz Josef Strauß wegen der Schreibweise seines Namens mit „SS“. Auch hier wird das Gericht mit für die Ankläger unliebsamen Beweisanträgen konfrontiert werden.

Und: die Niederlage der 90a-Anklage in diesem Prozess sollte eine ermunternde Aufforderung sein, jetzt mit gleicher und noch mehr Energie die Solidarität für den Genossen Kai Ehlert zu stärken: sein Prozess wegen der Berichterstattung des ARBEITERKAMPF über die Stammheim-„Selbstmorde“ soll am 26. April beginnen – und diese Anklage ist beileibe kein „Pappentitel“, wegen der gereizten Verfolgungswut des Staatsschutzes in Sachen Stammheim und wegen des Vorstrafen, die bereits aufgrund anderer „Presseaffären“ auf Kai lasten.

Jürgen Reents



Solidaritätsmeldungen

Jürgen Roth

Der Frankfurter Autor Jürgen Roth, u.a. für seine antifaschistische Enthüllungsbucharbeit über die „Grauen Wölfe“ in der Türkei und für seine Publikationen über Stadtteilerstörung bekannt, schickte mit Datum vom 11. März folgenden Solidaritätsbrief:

„Lieber Jürgen Reents, ich verfolge seit einiger Zeit mit großem Unbehagen den Zensurprozeß gegen Dich und den Verlag J. Reents. Hier geht es in der Tat nicht darum, irgendwelche Beleidigungen oder Verleumdungen durch die Justiz ahnden zu lassen, sondern darum, Präzedenzfälle zu schaffen, um jegliche Kritik an diesem Staat zu verbieten und zu kriminalisieren. Denn das, was in dem Russell-Buch 5 steht, ist im großen und ganzen uns allen bekannt, wurde teilweise in einzelnen Fällen auch in bürgerlichen Zeitungen berichtet. Die Gefahr für diesen Staat scheint erst in der nahtlosen Zusammenfügung der vielen Mosaiksteine zu sein, die das selbstgerechte Bild eines „Rechtsstaates“ erheblich in Frage stellen. Euer Buch war wichtig, noch wichtiger ist auch die Prozeßführung, weil man sieht, daß es die Justiz weniger auf Tatsachen ankommen lassen will, sondern ausschließlich auf die Verfolgung mißliebiger Meinungen.“

Ich hoffe trotz alledem, daß Du den Prozeß gewinnen wirst und hoffe noch vielmehr, daß auch die demokratische Öffentlichkeit erkennt, welche Gefahr für die freie Meinungsäußerung dieser Prozeß darstellt. Mit solidarischen Grüßen
Jürgen Roth

Autonomes Jugendzentrum
Warburg

Das Warburger autonome Jugendzentrum „KOM-IN e.V.“ (Westfalen) schickte uns eine Solidaritätsklärung, in der es u.a. heißt:

„Nach Artikel 5 des Grundgesetzes ist unserer Meinung nach dieser Prozess unzulässig. Wir fordern dazu auf, den Prozess einzustellen und keine weiteren Fälle der Buch- oder Schriftzensur, gleichgültig in welchem Rahmen, zu wiederholen. Obwohl wir uns

nicht mit allen Aussagen des Buches einverstanden erklären, sehen wir keinerlei Möglichkeit, diese Aktion der Gesetzgeber und der Gerichte mit unserem Verständnis einer freiheitlich demokratischen Grundordnung, wie es in unserem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verankert ist, zu vereinbaren.“

„avanti“. Wieweit ist Kritik noch möglich?

In der März-Ausgabe des linken Monatsmagazins „avanti“ schreibt Frank Rühmann am Schluß eines ausführlichen Artikels zum Prozess gegen das Russell-Buch 5:

„An dem Band 5 der Russell-Reihe läßt sich manches kritisieren. Vieles ist, wie die Frankfurter Rundschau schrieb, ein Spiegelbild von Bild & Co. Das aber ist letztlich eine Frage der politischen Auseinandersetzung, nicht der Strafjustiz. Wenn es in dem jetzt laufenden Prozess gegen Jürgen Reents zu einer Verurteilung kommt, stellt sich letztlich die Frage, wieweit überhaupt noch grundsätzliche Kritik an diesem Staat möglich ist. Hier geht es um das Prinzip. Denn, wie Professor Grünwolt anläßlich der Verleumdung des Fritz-Bauer-Preises formulierte: „... selbst wenn es Kritiken gäbe, nach denen das Urteil so oder so auszufallen hätte – schlüssig ist es schon, daß Staatsorgane überhaupt die Befugnis beanspruchen, über die Staatsgesinnung der Bürger zu urteilen und ihnen je nach dem Ergebnis der Prüfung das Recht zur Kritik zu gewähren oder zu versagen.“

KPD/ML

Die „KPD/ML“ verteilte in Hamburg ein Flugblatt mit dem Titel „Pressefreiheit in Hamburg: Maulkorb für den Verlag J. Reents“. In diesem Flugblatt wird über den Inhalt des „Russell-Buch 5“ und über die Ankündigung eines Strafantrages von mindestens 6 Monaten Knast durch Staats-

anwalt Reumann informiert. Erinnert wird darüberhinaus an verschiedene Tatsachen (Computer-Überwachung, Berufsverbote, Gefängnisstrafen für AKW-Gegner usw.), die die BRD „auf dem Weg zum Polizei- und Überwachungsstaat“ markieren. Das Flugblatt ruft schließlich zum Besuch des „Russell-5“-Prozesses und des Hamburger Antifaschisten-Prozesses auf, der am 20. November letzten Jahres nach halbjähriger Prozeßdauer (42 Verhandlungstage) vorläufig platze (siehe AK 143, S.4) und am 28. Mai neu eröffnet werden soll.

„Rote Fahne“, „KPD“

In ihrer Ausgabe vom 15.3.79 informierte die „Rote Fahne“ der „KPD“ erneut ausführlich über den Stand im „Russell-5“-Prozeß. Die Ablehnung der von der Verteidigung gestellten Beweisanträge und die dafür gezielte Begründung wird von der „Roten Fahne“ als „makabres Schauspiel“ gewertet, das in der Konsequenz bedeutet, daß „keine Verteidigung möglich“ ist. „Staatliches Unrecht als Unrecht anzugreifen, wird für jeden zu einem Risiko, muß er doch mit strafrechtlicher Verfolgung rechnen“, schreibt die „Rote Fahne“. Die Zeitung der „KPD“ weist zum Schluß auf die nächsten Prozeßterminen hin und fordert: „Sofortige Einstellung des Zensurprozesses!“

„Spökenkieker“ (Kiel):
Lesen verboten

Die Kieler Initiativen- und Stadtzeitung „Spökenkieker“ berichtet in ihrer März-Ausgabe unter der Überschrift „Lesen verboten!“ über die Anklage gegen das Russell-5-Buch. Zum Buch heißt es in dem Artikel: „Anhand zahlreicher Dokumente, anhand von Schriftstücken staatlicher Stellen und Berichten aus der bürgerlichen Presse wird in diesem Buch eine Analyse über Aufbau und Einsatz des staatlichen Sicherheitssystems

versteckt vorgelegt und nachgewiesen, daß darin immer mehr die Konturen eines faschistischen Machtapparates erkennbar werden, wie ihn die Nazis mit dem Reichs- und Sicherheitshauptamt (RSHA) und der ihm eingegliederten GeStaPo und SD hatten. Weiter heißt es: „Es liegt auf der Hand, daß eine Verurteilung und ein Verbot dieses Buches unsere gesamte linke Presse- und Öffentlichkeitsarbeit kriminalisieren und illegalisieren würde – und daß dies darüber hinaus entscheidende Konsequenzen für jede antifaschistische und konsequent demokratische Kritik an diesem Staat hätte.“ Abschließend ruft der „Spökenkieker“ zu finanzieller Unterstützung auf.

PH-Info Flensburg

Das Flensburger „PH-Info“ (herausgegeben vom Informationsreferat im AStA der Pädagogischen Hochschule) berichtete in seiner 22. Ausgabe (7.2.79) über den „Russell-5“-Prozeß. Die Anklage wird als „ungeheuerlich“ gewertet: „Nicht nur, daß hier eine bestimmte Meinung verboten werden soll, auch mit den Tatsachen wird nach Bedarf herumjongliert“ (es folgt eine beispielhafte Gegenüberstellung dessen, was die Anklageschrift über den Inhalt des Buches behauptet und dem tatsächlichen Inhalt). „Dieser Prozeß könnte Modellcharakter haben“, heißt es weiter im PH-Info: „Im Falle einer Verurteilung würde jede ernsthafte antifaschistische Gesellschaftskritik kriminalisiert“. Abgedruckt ist auch der Spendenaufruf für die beiden KB-Prozesse.

„Nürnberger Magazin“

In seiner März-Ausgabe veröffentlichte das „Nürnberg Magazin“ eine von der örtlichen Russell-Initiative

verfaßte Information über den Prozess gegen den Verlag J. Reents. Zitiert werden dazu die kritischen Stimmen von „konkret“ und „Vrij Nederland“

„Die Neue“

Über die Ablehnung aller bisher gestellten Beweisanträge informierte die im Aufbau befindliche Tageszeitung „Die Neue“ in einer kurzen Notiz am 7. März.

„Rock gegen Rechts“, Hamburg

Die Hamburger Initiative „Rock gegen Rechts“ führt ein Konzert mit den Gruppen FATE, ROTATORS, FRANZ K. und OCTOPUS durch, zu dem auch ein Vertreter des KB eingeladen ist, um über die beiden 90a-Prozesse zu informieren. Das Konzert findet am 14. April (Oster-samstag) um 19 Uhr in der Hamburger Markthalle statt (Eintritt: 8 DM).

Russell-Buch 5 als
Studienmaterial

Die Bedeutung des „Russell-Buch 5“ als ein wissenschaftlicher Beitrag zur Gesellschaftsanalyse der Bundesrepublik wird dadurch unterstrichen, daß das Buch in die Literaturliste des Seminars „Zum Problem des politischen Terrorismus“ an der Frankfurter Universität aufgenommen wurde. Es wird dort unter dem Abschnitt „Analyse zur gewaltsamen Entwicklung der BRD“ geführt. Leiter dieses Seminars ist Professor Iring Fetscher.

Prozeßberichterstattung in den Niederlanden

Nachdem unsere niederländischen Freunde/innen und Genoss(inn)en die Spitze bei der Unterschriften-sammlung des Auslands erobert und bisher gehalten haben, ist die Berichterstattung in der niederländischen Presse über den laufenden Prozeß gegen den KB sehr gut angelaufen.

Einen ganzseitigen Bericht brachte jetzt die links-unabhängige Wochenzeitung „De Nieuwe Linie“ (28.2.). Nach einer ausführlichen Darstellung der Inhalte des Buches und einiger Anklagepunkte schildert H.M. den Verlauf des Prozesses. Ein Auszug: „Die Sitzung am 13. Februar dauerte nur kurz. Die Verteidigung forderte, daß bestimmte dreiste Äußerungen des öffentlichen Anklägers über die Exekution von politischen Gefangenen ins Protokoll aufgenommen werden sollten. Aber der Richter beschloß, den Staatsanwalt gegen sich selbst in Schutz zu nehmen und verweigerte die Aufnahme von Reemtsmas Bemerkungen in das Sitzungsprotokoll. In den nächsten Wochen geht der Zirkus weiter.“

Aus dem Prozeßverlauf folgert H.M.: „Aus all dem wurde deutlich, daß der Ankläger nicht im geringsten interessiert ist zu untersuchen, ob es eventuell gerechtfertigt ist, Vergleiche zwischen dem faschistischen Behörden- und Polizeisystem und der heutigen Situation zu ziehen - und das schon gar nicht, wenn diese Vergleiche aus der kommunistischen Ecke kommen. Im Gegenteil, dieser Prozeß hat vor allem zum Ziel, politische Kritik zum Schweigen zu bringen. Daß bei dieser Kritik Deutschlands national-sozialistische Vergangenheit in Erinnerung gerufen wird, macht die Sache nur noch schlim-

mer. Verweise auf die Zeit vor 1945 sind peinlich und haben deshalb zu unterbleiben...“

H.M. führt eine Reihe weiterer Beispiele politischer Zensur in der BRD an und schließt mit einigen Worten über die Solidaritätsveranstaltung am 9. Februar in Hamburg, in der er einen Hoffnungsschimmer für ein gemeinsames Auftreten der Linken sieht (allerdings unterließ dem Verfasser hier ein kleiner Fehler: nicht die DKP, sondern die „KPD“ beteiligte sich mit einem Vertreter an dieser Veranstaltung).

Danke auch an die Redaktion von „DNL“, daß sie unter diesen Artikel noch die niederländische Bezugsquelle für die Publikationen des J. Reemtsma-Verlages gesetzt hat!

„Ein Deckel auf die Vergangenheit, das Heute und die Zukunft“ - so überschreibt S.K. (früherer Mitarbeiter des leider letztlich verstorbenen niederländischen BRD-Bulletins „Unsere rechten Nachbarn“) seinen Bericht über die KB-Prozesse in der Zeitschrift „Bevrijding“ (Nr. 4, 8.3.) der „Facilitation-Socialistische Partij“ (PSP). Dem Artikel vorangestellt ist als Motto die Bestimmung aus dem Potsdamer Abkommen vom 2.8. 1945, daß - wir zitieren vollständig - man muß sich das immer wieder vor Augen führen! - „alle Land-, See- und Luftstreitkräfte Deutschlands, SS, SA, SD und Gestapo mit allen ihren Organisationen, Stäben und Ämtern, einschließlich des Generalstabes, des Offizierskorps, der Reservisten der Kriegsschulen, der Kriegervereine und aller anderen militärischen und halb-militärischen Organisationen zusammen mit ihren

Verbindungen und Unterorganisationen, die den Interessen der Erhaltung der militärischen Tradition dienen, völlig und endgültig aufgelöst (werden), um damit für immer der Wiedergeburt oder Wiederaufrichtung des deutschen Militarismus und Nazismus vorzubeugen“ (dt. Fassg. zit. nach „Antifaschistische Russel-Reihe“, Band I).

S.K. geht auf den Inhalt des Buches - „eine scharfe, gut dokumentierte Anklage gegen die Art, in der die Kommandos aufgebaut und jetzt eingesetzt werden können“ - und die Anklagepunkte ein: „Man will auch lieber nicht an die Vergangenheit erinnert werden. Viele deutsche Behörden, vor allem die Nachrichten- und Sicherheitsdienste, werden von Personen geführt, die während der Nazizeit aktiv an Hitlers Traum mitgearbeitet haben.“

Vom Prozeß berichtet S.K.: „Am dritten Prozeßtag... wurde deutlich, daß der Staatsanwalt die Strafe schon bestimmt hatte. Für diese skandalösen Verdächtigungen (in dem Buch - Ann. AK) würden mindestens sechs Monate Gefängnis gefordert werden. Und das vor allen Plädoyers, die noch gehalten werden müssen, in einem Prozeß, dessen Ende noch gar nicht in Sicht ist. Es scheint, als ob man, wie es öfter in der Bundesrepublik vorkommt, im Verlauf des Prozesses nicht interessiert ist: Nicht am Wahrheitsgehalt der Beschuldigungen des Buches, kurzum nicht an der Verteidigung. Das öffentliche Interesse ist dagegen außergewöhnlich groß, ein proppen-voller Gerichtssaal war davon jedesmal wieder der solidistische Beweis...“ S.K. schließt - nach einer aktuellen Meldung zum Ergebnis des Prozesses gegen die Agit-Drucker - mit der Aufforderung, sich mit Protestschreiben an das Amtsgericht Hamburg zu wenden (die vollständige Anschrift wird angegeben).

Der Internationale Kommunisten Bond (IV. Internationale) berichtet

Der Internationale Kommunisten Bond (IV. Internationale) berichtet in seiner Zeitung „Klassenstrijd“ (Nr. 22, 10.3.) vom Prozeß und der vom KB begonnenen Solidaritätskampagne: „Die Redaktion von KLASSENSTRIJD unterstützt diese Aktion natürlich von Herzen. Leser, die Protesterklärungen senden wollen, können sich an den IKB wenden oder direkt an den J. Reemtsma-Verlag...“ Am Schluß wird noch angegeben, wo in den Niederlanden Exemplare dieses „untergrabenden Buches“ gekauft werden können. Mitte Februar erhielten wir schon einen Brief vom IKB, in dem die Genossen uns schreiben, daß sie die Protesterklärung übersetzt und eine Unterschriftensammlung begonnen haben. Prima!

Der Verleger und Buch-Importeur Ordeman, Rotterdam, der seit dem 1. Januar 79 den Alleinvertrieb für den J. Reemtsma-Verlag in den Niederlanden übernommen hat, stellt in seinem neuen Verlagskatalog besonders die „berühmte Russel-Reihe“ heraus und annonciert den Band 5 in den fortschrittlichen Wochenzeitungen.

Niederlande-Kommission

Neue Unterschriften

Wir veröffentlichen im folgenden wieder einige Unterschriften unter die Protesterklärung gegen die 90a-Anklagen - stellvertretend für alle, die inzwischen neu unterzeichnet haben. Die Gesamtzahl der Unterschriften beträgt jetzt über 1.700.

BRD

Maren Brenecke, Organistin, Hamburg
Rüdiger Deißler, Vorsitzender der SJD-Die Falken, Ortsverband Frankfurt-Industrie, und Mitglied des Bezirksvorstands der Falken Hessen-Süd
Dieter Frettwi, Pastor, Hamburg
Joh. Herrmann, Pastor, Norderstedt
Wolfgang Grell, Pastor, Hamburg
Klaus-Peter Lehmann, Pastor, Hamburg
Andreas Schultheiß, Pastor, Hamburg
Jochen Sievers, Pastor, Hamburg
Hans-G. Werner, Pastor, Hamburg
Druckerei Klaus Becke, Frankfurt
AStA der Fachhochschule Lübeck

Dänemark

Rudi Dutschke, Aarhus

Spenden

Solidaritätsspenden für die „Staatsverurteilung“ - Prozesse gegen Kai Ehlers und Jürgen Reemtsma sind inzwischen weiter eingegangen von:

| | |
|------------------------------------------|--------------|
| A.M., Göttingen | 50,- |
| M.S., Westberlin | 50,- |
| R.B., Hannover-Linden | 100,- |
| H.B., Frankfurt | 20,- |
| D.F., Bielefeld | 50,- |
| R.P. und J.H., zwei Ehemalige aus Lübeck | 250,- |
| U.K., Göttingen | 60,- |
| M.P., Bremen | 14,- |
| Gesamt | 594,- |

Die Gesamtsumme der bisher zur Prozeßunterstützung eingegangenen Spenden beträgt damit

16.303,05

Die im letzten AK unter „K.K. Hamburg“ aufgeführten 100 DM stammen von einer Spendensammlung auf der Solidaritätsveranstaltung in Braunschweig Mitte Februar.

Die Ausgaben für die prozeßbegleitende Öffentlichkeitsarbeit und Anwaltsstätigkeit belaufen sich bislang auf

7.977,-

(Aufstellung siehe letzter AK).

Wir möchten uns bei allen Spendern herzlich bedanken und zur weiteren finanziellen Unterstützung der beiden 90a-Prozesse aufrufen. Spenden können eingezahlt werden auf das Konto der

Arbeiterhilfe e.V.
Bank für Gemeinwirtschaft/Hamburg
Kto.-Nr.: 1 244 365 3

Bitte den Vermerk „Prozesse Russel-Buch 5 und Stammheim-Berichterstattung“ eintragen.

„Russel-Buch 5 und Stammheim-Berichterstattung“ eintragen.

Strauß ist beleidigt — Hausdurchsuchungen in München

Auf richterliche Anordnung vom 8.3. wurden in München die Büro-Räume der SDAJ und die Wohnungen dreier SDAJ-Funktionäre in einer groß angelegten Bullenaktion durchsucht.

Anlaß für diese Aktion war die Verteilung eines Flugblatts „Jugend wehrt sich gegen Strauß“ vor einer Landshuter Schule. Franz-Josef Strauß, und mit ihm das Amtsgericht Landshut führten sich durch folgende Passagen beleidigt und verleumdet: „Statt mehr Demokratie und Meinungsfreiheit hat uns der neue Landesfürst die Schnüffler und Spitzel in die Klassenzimmer geschickt“. „Statt eine fortschrittliche Sexualkunde einzuführen, soll nach dem Willen der Kardinäle und des Kapitals die Klammern in die Schulen einziehen. Derweilen sich Strauß - wie gewohnt - in New York mit Nutten rumrauft“.

Obwohl die Polizei das beanstandete Flugblatt seit Tagen in der Hand hatte, wurden diese Hausdurchsuchungen durchgeführt, unter der fadenscheinigen Begründung, „bei derartigen Delikten der Beleidigung und

Verleumdung müßten Druckplatten, Matrizen und weitere Exemplare der Schriftstücke sichergestellt werden. Dabei gelte es auch, den Umfang solcher Aktionen zu ermitteln“ („FR“, 15.3.). Bei der Durchsuchung ließ die Polizei weitere 15 Flugblätter sowie sämtliche schriftlichen Notizen eines SDAJlers über die Machenschaften von Strauß mitgehen. Gegen diese Durchsuchungsaktion haben inzwischen mehrere politische Jugendorganisationen, der Kreisjugendring und die ESJ protestiert.

Die SPD-Landtagsabgeordnete Carmen König fordert in einer Anfrage an die Landesregierung Aufklärung über diese Aktion. Die Jungsozialisten sprechen in einer Erklärung von einem „Versuch der Einschüchterung aller Strauß-Gegner“; die demokratischen Kräfte müßten sich gegen Gesinnungsschnüffler und Polizeistaatsmethoden wehren. Ähnliche Erklärungen gaben die Jungdemokraten, die Naturfreunde-Jugend, die Falken und die VVN ab („FR“, 15.3.).

KB/Gruppe Nürnberg

Jürgen Reemts: Rechter is ook aanklager

Censuur in Duitsland gaat gewoon door

Censuur in Duitsland gaat gewoon door



KB-proces

Een deksel op het verleden, heden en de toekomst

„Bevrijding“ (Nr. 4, 8.3.)

Leserbrief zur Solidaritäts-Diskussion

„Mayday“
Liebe Genossen!

Ich will mich mal an meinem Beispiel zur „Solidaritäts-Diskussion“ im AK äußern. Am 11. März 1978 haben die Jugendinitiativen im (damals noch) „Wehr-Buch“-Bündnis in der Spitaler Straße und am Mönkebrunnen in der HH-Innenstadt eine bunte Aktion mit Sketchen, Straßenmusik, Infoständen u.v.a.m. zur Unterstützung des Bündnisses gemacht.

Dabei kam es zu einem Bullenüberfall, bei dem 3 Leute festgenommen wurden. Zwei von uns haben jetzt saumäßige Anklagen bekommen.

Es war mir bis jetzt aufgrund des Verhaltens einiger Genossen/innen nicht möglich, die Verteidigung vorzubereiten. Von ... (einer Genossin) ... warte ich seit einem Jahr auf ein Gedächtnisprotokoll über den Bullenüberfall. Die Genossin war oft fast beleidigt, wenn ich sie darauf aufmerksam machte, daß es sich für mich um eine wichtige Sache handelt, und redete sich mit Überer-

beitung heraus.

Ähnlich erging es mir mit mehreren anderen Zeugen. Das kann ich mir nicht mehr mit Abstumpfung gegenüber Prozessen erklären. Ich sehe darin nur eine schrecklich gleichgültige Haltung gegenüber dem MENSCHEN, der da stellvertretend für etliche, und auch für die, die sich um ihre (eigenlich selbstverständliche) Solidarität drücken, in der Scheiße sitzt. Es wird sich überhaupt nicht klargemacht, was eine evtl. Verurteilung für den/die betreffende(n) Genossen/in eigentlich bedeutet. Viele wachen erst auf, wenn sie selber betroffen sind. Dadurch wird aus dem/der Betroffenen ein jederzeit austauschbarer oder ersetzbarer „Politroboter“ gemacht. Wo das hinführt, will ich mir nicht ausmalen. Wenn für einen Genossen der AK-Verkauf oder irgendein Termin wichtiger ist als der Besuch eines Prozesses, wo es um Menschen geht, die durch die Justizmaschine fertig gemacht werden sollen und nicht um irgendeine anonyme, agierende Masse, liefert er diesen Menschen durch seine verweigerte

Solidarität den Papiertigern restlos aus. Sollte sich diese Haltung auch im KB weiter durchsetzen, ist das für mich sowohl ein Unfähigkeitsergebnis, für einen Menschen etwas zu empfinden, und in ihm nicht nur den Genossen X aus irgendeinem Bereich zu sehen, als auch ein politischer Offenbarungseid.

Unsere Anklagen lauten auf „Versuchte Gefangenenerkennung“, „Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte“, „Nötigung“ sowie „Körperverletzung“. Wenn in unserer Sache von einigen Genossen/innen weiter so schlampig vorgegangen wird, gibt es kaum Hoffnung für uns, bei dem Prozeß einigermaßen glimpflich wegzukommen. Deshalb sind alle Genossen/innen, die zu der Aktion am 11. März 78 als Zeugen ausogen können, aufgefordert, sich mit uns in Verbindung zu setzen.

Bastos, ein „abgeflippter“ Genosse.

Bastos c/o M. Vatter
Lacisstr. 18
2 HB 6, Tel.: 43 97 941

Beschlagnahmt-freigegeben! Erneut angeklagt!

RUSSELL - BUCH Nr. 5

Nach Schleyer... „Sonderkommandos“ in der BRD - zugiger Ausbau der neuen GeStaPo

Der Journalist Hendryk M. Broder in der „Frankfurter Rundschau“ vom 15.8.1978 zu diesem Buch:

„Die Justiz maßt sich wieder an, darüber zu bestimmen, wie weit Kritik an den gegenwärtigen Verhältnissen gehen darf und welche Stücke der Vergangenheit sie aussparen muß. Das sollte jeder bedenken, dem das Buch, um das es hier geht, selbst keinen Protest wert ist.“



Das „Wunder von Stammheim und Stadelheim“ vor Gericht

Kurze Analyse der Anklage

Voraussichtlich am 26.4. soll der Staatsverleumdungs-Prozess gegen Kai Ehlers wegen der Stammheim-Berichterstattung des ARBEITERKAMPF beginnen, (wenn nicht noch eine kurzfristige Verschiebung eintritt).

In aller Kürze hier noch einmal der Grund der Anklage: Der KB hatte im Oktober/November 1977 aus einer der wenigen Stimmen innerhalb der BRD öffentlich und nachdrücklich Zweifel an der offiziell verbreiteten Legende vom angeblichen Selbstmord der Stammheimer und Stadelheimer Gefangenen geäußert. Diese Zweifel stehen heute als „Staatsverleumdung“ vor Gericht. Konkret ist ein Artikel angeklagt, der nach dem Tod von Ingrid Schubert deren „Selbstmord“ in Anführungsstrichen setzte und die Befürchtung äußerte, nun könnte auch das Leben der anderen politischen Gefangenen in Gefahr sein.

Nachdem der Staat erst durch Urteil des parlamentarischen Untersuchungsausschusses des Baden-Württembergischen Landtags, dann durch Einstellung der Todesermittlungsverfahren zu Stammheim und Stadelheim im März/April 78 alle Zweifel „beseitigte“, scheint es nun darum zu gehen die Zweifler selbst zu „beseitigen“.

Die Anklageschrift ist politisch und juristisch eine Provokation. Sie offenbart die arrogante Selbstsicherheit der westdeutschen Staatsschützer, die auf die „Zuverlässigkeit“ der Justiz bauen. Wie schon der Prozess gegen das Buch „Antifaschistische Russell Reihe Nr. 5 – Nach Schleier, Sonderkommando“ zögeriger Ausbau der neuen GeStaPo, so scheint auch der bevorstehende Prozess zur Stammheim-Berichterstattung des KB nicht auf Wahrheitsfindung durch entsprechende Beweisführung, sondern auf eine von vornherein feststehende Bestätigung der „Rechtsstaat“-Ideologie durch die Justiz zu zielen. Dafür spricht die gesamte Anlage dieser Anklage.

Keine Begründung der Anklage

Die Staatsanwaltschaft hat sich nicht einmal die Mühe gemacht, ihre Anklage zu begründen. Sie beschränkt sich auf das bloße Zitiere von Aussagen „Stellen“ eines Artikels aus AK 117 (31.11.77) Artikel ähnlichen Inhalts in AK 116 (Die Wunder von Stammheim) und in den „gekauften“ Nummern ebenso wie Wunder von Stammheim“ und in den folgenden Nummern, ebenso wie ein anderer Artikel in AK 116 zum „Selbstmord“ von Ingrid Schubert (direkt neben den inkriminierten „Stellen“) sind (bisher?) nicht Gegenstand der Anklage. Die Zusammenstellung der angeklagten Zitate ist zudem völlig beliebig. Ihr Zweck unklar. Es bleibt dem Angeklagten überlassen zu raten, warum er die BRD denn nun verurteilt haben soll.

Der allgemeine von staatlicher Seite getretene Vorstellungen folgend kann man von der Staatsanwaltschaft aus den zitierten „Stellen“ diese Aussagekomplexe gemeint sein:

„der „Selbstmord“ von I. Schubert wird bezweifelt

Der Tod von I. Schubert war eine gefährliche Stufe in der Eskalation zur Vernichtung der politischen Gefangenen“ bezeichnet und die Befürchtung ausgesprochen nun könne auch das Leben weiterer politischer Gefangener, insbesondere das von Ingrid Möller, in Gefahr sein, „bei klarem Verstand“ gebe es nicht den geringsten Grund, an einen Selbstmord der Gefangenen zu glauben“.

man könne „spekulieren“, ob das „Selbstmord“ Wille vom Bundeskanzleramt angeordnet sei oder ob sie das Werk faschistischer Mord-Kommandos sei. Es mag an dieser Stelle dienlich sein, über die Aussage der StA Reimann im „Russell 5“-Prozess nachzudenken, die er für das Protokoll bestätigte: „Daß sich Gedanken über eine mögliche Exekution der politischen Gefangenen gemacht wurden, dazu kann ich nur sagen: Na und!“ – die bloße Bekanntmachung der Strafanzeige im AK 125, mit teilweiser Zitierung der inkriminierten „Stellen“, soll ihrerseits den Tatbestand des § 90 a noch einmal erhärten. Darüber hinaus scheint es eine Staatsverleumdung zu sein, daß im AK geschlußfolgert wurde, die Anzeige „deutet darauf hin, daß der westdeutsche Staatsapparat seine Selbstmord-Legende unter allen Umständen auch mit gerichtlicher Repression gegen kritische Pressestimmen durchsetzen will“.

– Interessanterweise nicht in der Anklageschrift aufgenommen wurde das Ermittlungsverfahren gegen Kai Ehlers wegen Herausgabe des Flugblattes: „Ausländische Presse zu Stammheim: Es war Mord!“; obwohl dieses Verfahren bis heute nicht offiziell eingestellt worden ist in dem Flugblatt wurden eine Reihe ausländischer Tageszeitungen zitiert, die die „Selbstmord“-Version entschieden anzweifeln, z.T. sogar von Mord und drohendem faschistischem Krimin in der BRD sprachen. Es scheint so, als ob eine Auseinandersetzung mit diesen Stimmen nicht ins Konzept der Anklage paßt.

Was ist also in diesem Prozess angeklagt? Was soll eine Staatsverleumdung sein?

Zweifel an der offiziellen „Selbstmord“-Version, die kritische Warnung vor einer Eskalation der Vernichtung politischer Gefangener, Befürchtungen, weitere Gefangene könnten umkommen, Wiedergabe von Spekulationen über denkbare Varianten der Todesumstände – schließlich ein paar spitze Formulierungen wie „Selbstmord an I. Schubert“?

Ein makabres Stück. Einstellungsverfügung zu den Stammheimer Todesursachen-Ermittlungen = „Überführungsstück“ der Staatsanwaltschaft?

Es ist bezeichnend, daß das einzige „Beweisstück“, das die Staatsanwaltschaft der Anklage beifügt hat, die Einstellungsverfügung zum Stammheimer Todesursachen-Ermittlungsverfahren vom 18.4.1978 ist. Zum „Selbstmord“ von I. Schubert in Stadelheim glaubt man anscheinend, nicht einmal soviel ein „Überführungsstück“ nötig zu haben, obwohl gerade dieses „Selbstmord“, Anlaß des angeklagten Artikels war! Die StA scheint also tatsächlich die Absicht zu haben, mit der Einstellungsverfügung vom 18.4.78, mit der nicht mehr anzusehender Zusammenfassung der staatlichen Ermittlungen aus staatlicher Sicht, jeden weiteren Zweifel verbieten zu wollen. Das würde bedeuten, daß in diesem Prozess grundlegende rechtsstaatliche Prinzipien auf der Strecke bleiben, wenn es nicht gelingt, diese Staatschutz Justiz zu stoppen.

Die erste Perversion von Rechtsverständnis liegt in der Absicht, mit einem Ermittlungsergebnis aus dem Verständnis liegt in der Absicht, mit einem Ermittlungsergebnis aus dem April 1978 die Fragen, Zweifel und Befürchtungen eines Artikels aus dem November 1977 rückwirkend kriminalisieren zu wollen. Unsere Zweifel wurden geäußert zu einem Zeitpunkt, als die polizeilichen und staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen zu den Stammheimer Vorgängen eben eröffnet waren, die Ermittlungen zu den Todesumständen von I. Schubert noch nicht einmal begonnen hatten, als der Baden-Württembergische Untersuchungsausschuss noch nicht einmal einberufen war.

Zweitens: Der Einstellungsbescheid vom 18.4.78 ist von sämtlichen Widersprüchen, Unklarheiten, möglichen Hinweisen auf Fremdwirkung usw. gereinigt. Erst die pseudo-wissenschaftliche Bestätigung dessen, was von vornherein von Postkern, Polizei-Funktionären und Medien zur einzig möglichen Version erklärt worden war „Selbstmord“, was denn sonst?

Laut Einstellungsverfügung gibt es „keinerlei Anhaltspunkte für eine strafrechtlich relevante Verursachung des Todes der Gefangenen Baader, Ensslin und Raspe sowie der Verletzung der Gefangenen Möller durch Dritte“. Hingegen ist nach dem Ergebnis dieser Ermittlungen nicht zweifelhaft, daß sich die Gefangenen selbst getötet bzw. verletzt haben.“ Beweis für die Richtigkeit dieser Behauptung sind dem Bericht nicht beifügt. Diese Beweise wird die StA Punkt für Punkt aus den Ermittlungsakten, sowie aus den öffentlichen (und den nicht öffentlichen!) Vernehmungsprotokollen des baden-württembergischen Landtags zu erbringen haben, wenn sie die Zweifel an ihrer Version und vor allem auch die Zweifel an der Integrität ihrer Ermittlungen mit Tatsachen und nicht mit juristischer Repression ausräumen will.

Die Qualität der „Beweise“ des Einstellungsbeschlusses mag jedoch anhand von ein paar beliebige herausgenommenen Beispielen beurteilt auf „Selbstmord“ A. Baaders lassen angeblich „die an der rechten Hand vorgefundene Substanzen schließen,

bei denen es sich mit sehr großer Wahrscheinlichkeit um Schmauchblagerungen handelt“ (S. 6 des Berichts).

Bei den „frischen Quetschungen und Blutungen an der linken Hand und an den Kniekehlen“ Gudrun Ensslin „ist den gerichtsmedizinischen Sachverständigen zufolge an „unheimlich“, daß sie durch die bei Erhängen „charakteristischen unkontrollierten Bewegungen“ entstanden sind (S. 8).

Der Todeszeitpunkt (S. 15) wird im Einstellungsbescheid genau angegeben. Tatsache ist, daß selbst die Aussagen des Kriminologen in den Ermittlungsakten ausdrücklich betonen, daß eine genaue Feststellung des Todeszeitpunktes aufgrund „polizeilicher Maßnahmen“ am Morgen des 18. unmöglich gemacht wurde. – Die „Unstimmigkeiten“ zwischen der Einstellungsverfügung und den eigentlichen Ermittlungsakten sind zahlreich. Die Widersprüche und „Unklarheiten“ in den Ermittlungsakten selbst sind nicht minder aufzählen.

Nicht anders als zu Stammheim steht es mit den Ermittlungsergebnissen zu Stadelheim. Auch diese Ermittlungen wurden im Frühjahr 1978 eingestellt. Auch hier ein paar Hinweise auf die Qualität der Ermittlungsergebnisse: Laut Todes-Ermittlungsakten wurde I. Schubert am Tage ihres Todes um 15.00 Uhr in eine neue Zelle verlegt. Dabei mußte sie eine körperliche Durchsuchung über sich ergehen lassen. Die Zelle war direkt vor ihrem „Anzug“ grundlich durchsucht worden. Bis zu ihrem Todeszeitpunkt um 18.45 Uhr hatte sie also drei Stunden und 45 Minuten Zeit um sich das „Seil“ zu knöpfen, an dem sie aufgefunden wurde. In dieser Zeit wurde sie sechs- oder siebenmal beobachtet bekam zu dieser Zeit wurde sie sechs- oder siebenmal beobachtet, bekam zu einem u.a.m., so daß ihr für das Knöpfen des „Seils“ bestenfalls eine halbe Stunde blieb. Das Seil soll zudem – lt. Akten – nicht aus aus Laken ihrer Todestelle geknüpft gewesen sein! Woher dann? An ihrer Kleidung wurden keine Fäden gefunden, die beim Abstreifen der Streifen vom Bettlaken hätten entstehen müssen – lt. StA soll die sich um Reifen nicht ausgezogen und mit einem Seil um den Hals gelegt haben.

Verleumdung?

Verleumdung? Wieso eigentlich?

Die Absurdität der Anklage wird auch aus folgendem Widerspruch deutlich.

Verboten sein soll jeder Zweifel, ob es sich in Stammheim und Stadelheim wirklich um Selbstmord handelte.

Nicht verboten hingegen ist die öffentliche Diskussion, die vor den Stammheimer „Selbstmorden“ breit geführt wurde, ob der Staat politische Gefangene („Terroristen“) als Geiseln erschaffen dürfe bzw. müsse.

Man wird sich daran erinnern, daß den „Selbstmorden“ gab es zahlreiche Stimmen, die öffentlich den Mord an politischen Gefangenen (den nichts anderes wäre ein solches Vorgehen juristisch?) befürworteten oder direkt forderten. Genannt seien stellvertretend die „Frankfurter Allgemeine“, „Globe“ Mann und die NPD.

Juristisch handelt es sich bei diesen Stimmen „zweifelsfrei“ um Aufforderung zu einer strafbaren Handlung, zudem zu einer der schlimmsten, nämlich Mord.

Es ist uns aber nicht bekannt, daß auch nur gegen eine dieser Mord-Hetze ein Strafverfahren laufen würde.

Das kann doch nur bedeuten. Die Staatsanwaltschaft sieht in den Aufforderungen zur Erschießung Gefangener als Geiseln keine strafbare Handlung! Es fragt sich dann aber doch, wieso der Staat „verleumdet“ werden kann, indem man ihm etwas fragend unterstellt, was immerhin völlig straffrei diskutiert werden konnte.

Etwas mehr noch. An den Diskussionen über Repressionen gegen die Gefangenen „Terroristen“ beteiligten sich auch Politiker und staatliche Stellen.

– Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Kuhn (SPD) drohte einen Monat vor den „Selbstmorden“.

„Die Terroristen müssen wissen, daß die Tötung von Hanns-Martin Schleier auf das Schicksal der inhaftierten Gewalttäter, die sie mit ihrer

schändlichen Tat befreien wollen, schwer zurückwirken müßte“ („Welt“, 14.9.77) Was meinte Kuhn denn wohl damit?

In den Krisen-Stäben wurden während der Schleier-Entführung verschiedene „Planspiele“ durchdiskutiert, zu denen auch Repressionen gegen die Gefangenen gehörten.

– Und der Staatsanwalt Reimann erklärte im Prozess gegen das „Russell Buch 5“: „Daß sich Gedanken über eine mögliche Exekution der politischen Gefangenen gemacht wurden, dazu kann ich nur sagen: Na und!“.

Das heißt: Es wird in aller Öffentlichkeit und Offenheit über Repressionen gegen die Gefangenen, einschließlich deren Ermordung diskutiert, wird vorzusagen „sachlich“ das Für und Wider abzuwägen, wird völlig ungestraft (seitens der NPD) faschistische Mord-Hetze betrieben.

Aber wenn dann am Ende tatsächlich vier Gefangene tot in ihren Zellen liegen, sollen wir nicht einmal fragen dürfen, ob da nicht vielleicht doch ein Zusammenhang zu der vorhergehenden Diskussion besteht?

Das ist doch ein Zynismus, wie er den Nazis eigen war!

Um eine Verleumdung des Staates im bürgerlich-rechtlichen Sinn ist es sich bei dem angeklagten AK-Artikel überhaupt nur handeln, wenn darin dem Staat etwas unterstellt wird, was dieser als schändlich, verbrecherisch empfindet. Das aber ist offensichtlich überhaupt nicht der Fall!

Prozeßziel: Aburteilung

Es sind eine Reihe von Prozeßvoraussetzungen geschaffen, die darauf hindeuten, daß eine sehr hohe Strafzumessung geplant ist. Möglich sind fünf Jahre Gefängnis.

Endeutig strafverschärfende Funktion hat die Aufzählung einschlägiger „Vorstrafen“ des Angeklagten, die auf den Vorwurf des „unbelehrbaren Wiederholungstüters“ abzielen. Es handelt sich in allen Fällen um Verurteilungen wegen Beleidigung der Polizei. Ein weiteres Indiz für die geplante Carapaz ist die zwei Anklage nach der Veröffentlichung der Strafanzeige.

Dadurch hinaus hat die Hamburger Staatsanwaltschaft in zwei Auflagen

kierenden Verfahren deutlich gemacht, daß sie die Presse des Kommunistischen Bundes offenbar exemplarisch in die Schranken weisen will. Vor Monaten forderte die StA für Kai Ehlers, damals noch Presseverantwortlicher des AK, wegen der Beleidigung von Strau durch die Schreibweise seines Namens mit „SS“ 3 (drei) Monate Gefängnis! Im gegenwärtig laufenden Prozess zu dem „Russell-Buch 5“, gab die StA ein Protokoll, als rechte mit einer Verurteilung nicht unter einem halben Jahr Gefängnis.

Damit dürfte klar sein, daß es in diesem Prozess wie auch im „Russell 5“-Prozess nicht nur um die Freiheit der Kritik, sondern schon um die Freiheit der Kritiker geht, die sich das Recht auf Kritik nicht nehmen lassen wollen.

Einige Konsequenzen

Dieser Prozess wird gegen den KB geführt – wie auch der „Russell-Buch 5“-Prozess. Sein Ausgang wird aber – so oder so – für die Linke und demokratische Bewegung der BRD erhebliche Konsequenzen haben. Die schlimmste Konsequenz wäre ein Rückgang vor der Repression in die Selbstzensur.

Wir halten es für notwendig und auch möglich, an dem bevorstehenden Prozess eine Diskussion zu entfalten, an deren Ende genau das Gegenteil dessen steht, was die Staatsschutzbehörden beobachten nämlich die Neuaufnahme der Untersuchungen zu den Stammheimer und Stadelheimer Todesfällen, das Durchbrechen des ratiösen Schweigens zu diesem Thema. Dabei liegt die Last nicht etwa bei der kritischen Öffentlichkeit, beweisen zu müssen oder zu wollen, daß die Gefangenen umgebracht worden sind, sondern die Bundesregierung und ihre Organe müssen beweisen, daß sie nicht umgebracht worden sind. Solange die Bundesregierung diesen Beweis nicht zweifelsfreibracht hat, wird sie sich den Zweifel an ihrer „Selbstmord“-Version gefallen lassen müssen. Im Verlauf dieses Prozesses und der ihn begleitenden Öffentlichkeitsarbeit muß alles auf den Tisch, was diesen Zweifeln neue Nahrung gibt! Dafür werden wir selbst sorgen und dafür müssen alle sagen, die zur Sache etwas zu sagen haben.

Neu! Erscheint in Kürze

Prozeßbroschüre

Zur Vorbereitung des Prozesses erscheint Mitte dieser Woche eine Dokumentation. Sie enthält Anklage, Beweismittel, die StA-Akten sowie dokumentarisches Hintergrundmaterial (zum Prozeßgegenstand die Zweifel an der staatlichen Version „Selbstmord“). Die Dokumentation ist als Arbeitsgrundlage für die zu entwickelnde Öffentlichkeitsarbeit gedacht. Es geht darum, die Aufmerksamkeit aller, die bisher den „Russell 5“-Prozess verfolgt haben, aber auch weiterer Kreise bereits auf den Prozeß hegen zu richten.

Wir empfehlen, die Diskussion auf folgende Punkte zu konzentrieren: 1. Es kann keine Verleumdung der BRD sein, am „Selbst“-Mord der Gefangenen zu zweifeln, wenn nicht nur die derzeitigen Liquidationsforderungen und die öffentliche Mordhetze nicht gestoppt wurde, sondern ein Staatsanwalt sich heute förmlich vor Gericht zu den Liquidations-Planspielen innerhalb des „Konsensabes“ äußert: „Da kann ich nur sagen: Na und!“.

2. Die bisherigen Ermittlungen sind nicht geeignet, Zweifel durch Beweise zu entkräften, sondern erhärten den Eindruck, daß Vorgänge vertuscht werden sollen.

3. Die Presse muß in einem Staatswesen, das Wert darauf legt, demokratisch genannt zu werden, die Freiheit haben, für eine kritische öffentliche Kontrolle staatlicher Aktivitäten einzutreten. Das gilt für die demokratische Presse in besonderem Maße angesichts der reaktionä-

ren Pressekonzentration von Springer und Co. Das gilt selbstverständlich erst recht, wenn Motivverdacht gegenüber staatlichen Organen usw. möglich ist oder geäußert wird. Auch der Versuch, kritische Presse zu Stammheim-Stadelheim zu unterdrücken, muß wohl so verstanden werden, daß gewisse Vorgänge im Dunkeln bleiben sollen.

Denken wir daran: In dem bevorstehenden Prozeß steht zwar ein Linker vor Gericht – der Angeklagte jedoch, der sich verantworten muß ist der Staat!

Antifa Kommission und IK AH

Das „Wunder von Stammheim und Stadelheim“ vor Gericht

56 Seiten A4
ca. 3,-

Fortsetzung von Seite 12

rungsangst keineswegs die gewünschten Resultate gezeigt.

— Die Teilnehmer der Bundeskonferenz der Bts in Braunschweig haben mit der Zustimmung der BI Lüchow-Dannenberg ausdrücklich alle AKW-Gegner aufgefordert, massiv den Treck der Bauern zu unterstützen.

— Die Teilnehmer der Autosternfahrt am vergangenen Wochenende wurden in einer Kundgebungsrede des Pressesprechers der BI Lüchow-Dannenberg „herzlich willkommen“ geheißen.

— Bei dem anschließenden Fackelzug in Lüchow reihten sich spontan viele Bürger in die Demonstration ein.

Albrecht kommt nicht an der Tatsache vorbei, daß er gleich zu Beginn der Bauarbeiten in Hannover mit einer Aktion zu rechnen hat, zu der ein politisches Spektrum mobilisiert, daß in dieser Breite noch nie gemeinsam aufgetreten ist.

Sämtliche Bts in der BRD und in Westfalen rufen zum Treck bzw. zur Demonstration auf.

— Die Jusos aus Niedersachsen wollen für den Treck mobilisieren. In einem Schreiben des Bezirksvorstands Hannover heißt es: „Obwohl wir zur selben Zeit mit der Vorbereitung und Durchführung unseres seit längerem geplanten Bundeskongresses beschäftigt sind, wollen wir Eurer Vorhaben (den Treck) mit allen (zurückgebliebenen) Kräften unterstützen“.

— Der Bundesverband der Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) hat ebenso wie die GLU Niedersachsen ihre Unterstützung der Aktionen zugesagt.



Mitglieder der BI Lüchow-Dannenberg blockieren Straßen und Baumaschinen

— Selbst der DKP Bezirksvorstand Niedersachsen ruft zum Treck auf („Deutsche Volkszeitung“, 15.2.)

In einem Interview der „Linschau am Abend“ (NDR II, 16.3.79) antwortete eine Bäuerin der BI Lüchow-

Dannenberg auf die Frage des Reporters, was sie denn überhaupt noch angesichts der staatlichen Übermacht im Landkreis unternehmen könnten: „Ich glaube, jetzt hilft nur noch die Solidarität, die Solidarität aller AKW-



müssen schließlich aber der staatlichen Gewalt weichen

Gegner

Nach den beeindruckenden spontanen Aktionen in der letzten Woche ist der Treck nach Hannover und die

Abschlußdemonstration am 31.3. die nächste Gelegenheit diese Solidarität aller AKW-Gegner mit dem Kampf der Lüchow-Dannengerger massiv zum Ausdruck zu bringen. Albrecht wir kommen!

Kurzmeldungen

Kurzmeldungen

Asse: Das „Versuchsendlager“ ist, wie von allen Experten erwartet, nun vollgelaufen. Bei Bohrungen der Gesellschaft für Strahlenforschung (GSF), die diese Anlage betreibt, wurden Laugenvorkommen „unbekannter Größe“ („FR“, 9.3.79) entdeckt. Mit anderen Worten: Auf irgendwelche Weise ist Wasser in das Salzbergwerk gelangt. Obwohl nicht klar ist, woher dieses Wasser kommt, weiß die GSF schon mit „einer Wahrscheinlichkeit von 95%“, daß dieses Wasser keine Verbindung zum Grundwasser der Umgebung besitzt.

Klar ist auf jedenfall: Wenn das Wasser an die 124.000 Fässer mit schwachaktivem und 13.000 Fässer mit mittelaktivem Atomüll kommt, die Umgebung abgegeben. Die Katastrophe ist damit vorprogrammiert! Denn obwohl Asse als „Versuchsendlager“ genehmigt wurde, sind die Atomüllfässer „faktisch nicht rückholbar“ eingelagert. „Daß es sich bei dem Versuchslager in Wirklichkeit um ein Endlager handelt, wird jetzt von der GSF nicht mehr bestritten“ (ebd.).

Trotz dieser Fakten bemühen sich

die GSF und der Staat eifrig darum, eine erneute Genehmigung für die Einlagerung zu bekommen, da die Landessammelstellen für schwachaktiven Müll langsam aber sicher am Überquellen sind. Auf das Mildred Scheels Krebshilfe viel zu tun bekommen?

...

Nach dreiwöchiger Pause soll der Betrieb im Block A des AKW Biblis wieder aufgenommen werden. Das AKW war abgeschaltet worden, weil man Signale, deren Herkunft nicht zu erkennen waren, im Körperschallgerät aufgezeichnet hatte. Man vermutete lose oder gelockerte Teile im Reaktorkern.

Nun soll es einfach weitergehen, obwohl die Quelle der Warnsignale nicht ergründet worden konnte.

Bei Gelegenheit will man dafür dann „aufwendigere Meßtechniken“ als bisher einführen (nach „FR“, 2.3.79).

KB/Gruppe Frankfurt

Ohu: Seit dem 9. März 79 darf das Katastrophen-AKW in Ohu endgültig nach einem vorwiegend durch Pannen geprägten Probebetrieb den „Vollbetrieb“ aufnehmen. Die Pannen gingen sogar soweit, daß das AKW Ohu einen Vergleich mit Brunsbüttel standhält. Nach Angaben der „SZ“ vom 10./11.3. sollen die erst am 5.2. aufgetretenen Schäden durch einen Abbruch eines Rohrtells (und damit Freisetzung radioaktiver Stoffe in die Umwelt) behoben worden sein. Die nächste Panne wird nicht auf sich warten lassen.

...

Philippshurg: Der erste Block des AKW's in Philippshurg (baugleich mit Brunsbüttel und Ohu) darf nach Beschluß des zuständigen Baden-Württembergischen Ministeriums die „nukleare Inbetriebsetzung“ anfangen. Die genehmigte 2. Teilgenehmigung umfaßt die Inbetriebsetzung in mehreren Stufen, den anschließenden Probebetrieb und den Leistungsbetrieb bis zum ersten Brennelementewechsel (nach „FR“, 9.3.79).



Schweinfurt: Zum Auftakt der Berufungsverhandlung gegen die Inbetriebnahme des AKW in Grafenrheinfeld (Bayern) fand am 17.3. in der Schweinfurter Innenstadt (die Stadt Schweinfurt führt den Prozeß) eine Demonstration mit rund 1200 Teilnehmern statt. Veranstalter waren die Bürgeraktion und die KKW-Nein-Gruppe Schweinfurt. Unterstützt wurde die Demo von vielen Schweinfurter Gruppen und Personen bis hin zum Tierschutzverein und zum Oberbürgermeister. Auf der Abschlußkundgebung im Rathaus-Innenhof sprachen u.a. Vertreter des BBU, des Bund Naturschutz, eine Frau einer Schweinfurter Frauengruppe, der Vorsitzende der Bürgeraktion und der Oberbürgermeister. Etwa 80 AKW-Gegnerinnen und -Gegner führten im Anschluß noch einen spontanen Protestmarsch zum AKW in Grafenrheinfeld durch.

Grundwasser — Trinkwasser Abwässer

Frankfurt: Nun müssen die Behörden zugeben, daß die Schäden durch das auslaufende Kerosin auf dem Flughafen ein viel höheres Ausmaß annehmen, als sie erst ausgegeben hatten. Erst waren es 50.000 Liter die von der Erdoberfläche leicht abzuwischen waren dann waren es 100.000 Liter und jetzt sind es schon 200.000 Liter. Doch nicht nur die Menge, auch die Art der Beseitigung haben sie verarmlost. Zuerst konnte die „Beseitigung“ durch Absaugen der Erde eine Vergiftung des Grundwassers ausschließen. Jetzt haben Bohrungen zu Tage gefördert, daß sich das Kerosin in wenigstens 16 m Tiefe befindet. Zur Abschöpfung des giftigen Kerosins soll nun mindestens ein Jahr lang das Grundwasser hochgepumpt und das Kerosin gleichzeitig immer eine konkrete Gefährdung der anliegenden Trinkwasseraufbereitungsanlage Hinkelstein, die durch Schöpfbrunnen Trinkwasser gewinnt. Und sollten die Kosten erst auf 500.000 Mark betragen, werden sie inzwischen schon auf mehrere Millionen geschätzt!

...

Augsburg: Hier können Amerikaner ungestraft die Erde und das Grundwasser mit Mineralöl verseuchen. 40.000 Liter Mineralöl sind in den vergangenen drei Jahren aus dem Boden unter einem amerikanischen Großkranlager unter erheblichen Aufwand abgepumpt worden. Über die Verwundung des ansonsten knappen Öls und die Gefährdung des Trinkwassers muß man seine Proteste an den Pentagon in USA wenden, denn die deutschen Behörden haben auf Grund der hohen ökonomischen Abgrenzung keine rechtlichen Möglichkeiten zum Eingreifen. Und nun warten die Behörden auch erst seit drei Jahren auf eine Genehmigung vom Hauptquartier in Heidelberg und dem Pentagon, die alte Tankanlage durch einen Neubau an anderem Ort zu ersetzen.

...

München: In landwirtschaftlich verwerteten Karschlamm aus dem Werk Großlappen befinden sich 5-10 mal höhere Werte an Cadmium als erlaubt. Seit 50 Jahren wird der Karschlamm von staatlichen und privaten Betrieben landwirtschaftlich genutzt. Durch die Ablagerung auf den Ländereien ist dieses besonders schädliche Umweltgift in das Grundwasser eingedrungen. Mit welcher Verantwortungslosigkeit die Behörden immer wieder an Umweltverschmutzungen herangelien, zeigt eine Stellungnahme des Dr. Wrobl des Geologischen Landesamtes: „Das Cadmium gelangt auch ins Grundwasser, allerdings ist das Grundwasser nördlich des Müllberges durch Sickerwasser aus dem Müllberg bereits derartig verunreinigt, daß

eine Beschleimung nicht mehr verschlimmern kann.“ („SZ“, 3.2.79). Der Skandal ist durch Indiskretionen bekannt geworden. Zur Zeit ist keine Vernichtung des gefährlichen Karschlammes möglich.

Meißen: In denen an dem Rhein gelegenen Orten Châlamps, Ottmannheim, Niffer und Homburg ist die Grundwasserverseuchung bereits soweit vorgeschritten, daß die Versorgungsbrunnen geschlossen werden mußten. Das Wasser ist hier ungenießbar und verbreitet einen eßbärmlichen Gestank. Aus Protest gegen die Untätigkeit der französischen Behörden haben die Bürgermeister und Gemeinderäte ihren Rücktritt angedroht. Zugleich haben sie Klage gegen unbekannt erhoben.

...

Vesoul-Ostfrankreich: Gewissheit haben die Franzosen im Département Haute Saône, daß die ihr Trinkwasser aus Abwässern beziehen. Höhlenforscher hatten in die Abwässer eines Dorfes grüne Farbe gemacht. Sie wollten eigentlich nur feststellen, wohnt diese Abwässer fließen. Welche eine Entdeckung, was es kam. Aus den Wasserhöhlen in den zehn Kilometer entfernt gelegenen Dörfern.

...

Rhein: Die Länder haben jetzt gegen die französischen staatlichen Kanaruben vor dem Europäischen Gerichtshof geklagt. Diese kippen jährlich 6,5 Millionen Tonnen chloridiertes Abfallsalz in den Abwasserkanal Rhein. Ohne dieses Salz wären die chemischen Giftstoffe im Rhein leichter zu verkräften, 8,5 Millionen Menschen beziehen immer noch ihr Trinkwasser aus dem Rhein.

Die Menschen, die Rheinwasser als Trinkwasser benutzen, müssen sich gesundheitlich stark gefährdet fühlen. Jährlich sind es 3.150 Tonnen Chrom, 1.520 Tonnen Kupfer, 12.300 Tonnen Zink, 70 Tonnen Quecksilber, 350 Tonnen Arsen und 60.000 andere Chemikalien die den Rhein verschmutzen.

Am 1. März im letzten Jahr durch besonders hohe Wasserstände und relativ niedrige Temperaturen einige ausgewählte Fische etwas länger im Rhein hielten konnten, startete die Bundesregierung eine große Anzeigekampagne. Vierzehn Fische mussten als Beweis dienen, daß der Rhein sauberer geworden ist. Die Arbeitsgemeinschaft der Rheinwasserwerke dagegen: „Insgesamt haben sich die Konzentrationswerte für Schmutz- und Schadstoffe seit 1975 nicht verändert.“ („Spiegel“, 7/79).

AKW-Nein-Kommision

„Rede — Gegenrede“ — Gerede

Beim Gorleben-Hearing wird die Meinungsbildung verhindert

Vom 28.3. bis zum 3.4. findet in einem kleinen Saal auf dem hannoverschen Messegelände das „Gorleben-Hearing“ statt, von der Landesregierung als „halboffentliches Anhörungsverfahren ‘Rede Gegenrede‘“ angekündigt, bekanntgeworden auch unter dem Begriff „Hirsch-Runde“. Vor ausgesuchtem Publikum sollen dort 5 westdeutsche und 20 ausländische Kritiker des Gorleben-Konzepts ein „wissenschaftliches Streitgespräch“ mit 25 Befürwortern führen, als „Entscheidungshilfe“ für die Landesregierung. Das Hearing hat keinerlei verbindlichen Einfluß auf das davon getrennte Gutachterverfahren, das Voraussetzung für die Erteilung der Teilerrichtungsgenehmigungen ist.

Eingehandelt hat sich Albrecht das Hearing, als er im Niedersachsen-Wahlkampf 1978 das Thema Gorleben aus der Diskussion raushalten wollte (das damals durch die Grundstückskaufverhandlungen einiger Schlagzeilen machte). Dem wichtigsten Grundeigentümer auf dem WAA Gelände, dem Gartower Grafen Bernstorff, versprach er damals in einem persönlichen Gespräch, eine Anhörung (von Bernstorff zu benennender) kritischer Wissenschaftler durchzuführen. Damit erfüllte er zwar eine Forderung der Bürgerinitiativen, nahm ihnen jedoch gleichzeitig jede Einflußmöglichkeit, indem er das Hearing als „persönliches Entgegenkommen“ gegenüber dem Grafen deklarieren, der davon keine endgültige Verkaufsentscheidung abhängig machen wollte.

Die von Bernstorffs Vetter Graf Hatzfeld und dem Wiener Physiker Helmut Hirsch zusammengestellte Wissenschaftler-Runde besteht nur in der Minderheit aus erklärten Atomenergie-Gegnern in der Mehrheit aus Gegnern des Gorleben-Konzepts, die Atomenergie jedoch nicht generell ablehnen. Diesen 25 Kritikern setzte Albrecht später noch 25 Befürworter der Atomenergie entgegen und erklärte, das ganze solle der Landesregierung als „Entscheidungshilfe“ dienen.

War hat die besseren Argumente?

„Dann werden wir sehen, wer die besseren Argumente hat. Wenn irgendwelche Zweifel an der Sicherheit bestehen, wird die Anlage nicht gebaut“, löbte der Staatssekretär im Sozialministerium Dr. Zilber vor einem Jahr in Trebel (EJZ, 26.4.78).

Eine Reihe von Wissenschaftlern aus Hamburg und dem Bremer SAU-Projekt nahmen diese Versprechungen wörtlich und stellten, zur Mitarbeit aufgefordert, folgende Bedingungen, die für ein „wissenschaftliches Streitgespräch“ dieser Art selbstverständlich sein sollten:

- vollständige Veröffentlichung des Sicherheitsberichts über die WAA, keine Probestörungen während des Hearings oder davor,
- unbeschränkter Zugang von Öffentlichkeit und Medien zum Hearing, ungeschänkter Recht der Wissenschaftler, ihre Arbeitsergebnisse zu veröffentlichen.

Die Antwort der Landesregierung auf diese Forderungen: die Wissenschaftler wurden ans Hearing nicht beauftragt, keine einzige ihrer Forderungen ist erfüllt worden. Nicht eingeladen wurde auch der Göttinger Geochemiker Hermann, der in einem auf Eigeninitiative erstellten Gutachten die Salzstöcke als nicht sicher für die Endlagerung von hochradioaktivem Müll bezeichnet hatte. Albrecht: „Er hat's (das Gutachten) mir zugesandt. Ich kann nicht behaupten, daß ich es gelesen habe, das will ich auch nicht. Ich bin nicht dazu da, (mich) nur um einen bestimmten Professor zu kümmern, insbesondere, wo es ja um viel Geld geht bei solchen Aufträgen.“ (Göttinger Tageblatt, 10.2.) Gefragt wird also — kann man das deutlicher ausdrücken? — nicht die besseren Argumente, sondern die Frage stellt sich neu

War hat die besseren Bedingungen?

Gegliedert in acht (noch nicht konkretisierte) Unterthemen soll nach der jetzigen Konzeption jeweils einer der kritischen Gutachter (der hierfür von der Landesregierung für 30 Tage angestellt worden ist) eine Stellungnahme vorlegen, auf die dann ein Befürworter antwortet. Soweit — sogut. Nur die kritischen Gutachter müssen mit unvollständigen Unterlagen auskommen — so haben sie nicht den vollständigen Sicherheitsbericht erhalten, da er „patentreife Einzelheiten“ enthält, an denen einzelne Firmen ein Geheimhaltungs-Interesse hätten.“ (Zeit vom 8.12.78). Als wesentliche Einzelheit wird z.B. die Konstruktion eines Kernstücks der Anlage, des Gerätes zum Zerhacken der angelieferten Brennstäbe, von der DWK geheimgehalten.

Noch schlimmer ist, daß der Sicherheitsbericht an einigen brisanten Stellen, z.B. bei der Reinigung der Abgase von radioaktiven Substanzen (für die es noch kein technisch erprobtes Verfahren gibt!) überhaupt keine brauchbaren Aussagen enthält. Der Hinweis, das jeweilige Problem werde zur Zeit erforscht, taucht immer wieder auf andere Komplexe wie die „Sicherung gegen Einwirkung Dritter“, Aussagen zur Geologie und den regionalwirtschaftlichen Auswirkungen fehlen völlig (Zeit, 8.12.78). In ihrem Gutachterhand über die technischen Probleme der Wiederaufbereitung stellen die Professoren Lindström, Resnikoff, Rochlin und Schapira als Mindestforderung, daß von der DWK ein völlig neuer Sicherheitsbericht erarbeitet wird („FR“, 14.3.).

Während sich also die Kritiker auf unvollständige Angaben stützen müssen und wichtige Komplexe ausgelassen bleiben, liegt natürlich den Befürwortern das komplette Material der DWK vor — und der Kritiker! Die mußten ihre Gutachten nämlich bereits vor Wochen vorlegen, während die der Befürworter (die bis heute nicht einmal namentlich benannt sind) nicht vor dem Hearing vorgelegt werden sollen. Die Befürworter können sich also in aller Ruhe auf die Kritik vorbereiten, die Kritiker müssen während des Hearings aus dem Stand auf die vorbereiteten Beiträge der Befürworter antworten.

Gelächelt werden soll dieser ungleiche Schachabtausch von der „neutralen Person“ (Car Friedrich von Weizsäcker, der vor einem Jahr vor dem Wissenschaftsrat ganz neutral feststellte: „Das deutsche Programm der Endlagerung einschmelzender Rückstände in reiner Form seit vielen Jahrzehnten stabilen Salzstöcken [ist] als eines der besten, wenn nicht das beste heute in der Welt bekannte.“ (zitiert nach Atomexpress 12)). Von der NWK wird der neutrale Weizsäcker gar als Kronzeuge für die Ungefährlichkeit der Atomenergie benannt. Zum Weizsäcker: „Es besteht so gut wie allgemeine Überzeugung, daß heutige Reaktoren im Normalbetrieb wesentlich umweltfreundlicher sind als durch Verbrennung fossiler Stoffe betriebene Kraftwerke.“ (zitiert nach Atomexpress 12)). Die verbühenden radioaktiven Emissionen sind weit unter den normalen Schwankungen der natürlichen Radioaktivität, von denen bisher ein Einfluß auf die Gesundheit nicht nachgewiesen werden können.“ Und: „Es gibt keine materiell zwingenden Gründe, von der gegenwärtigen, bis 1985 befristeten Reaktorbauplanung abzurufen.“ (zitiert nach der NWK HEW-Propagandabroschüre „66 Fragen — 66 Antworten“).

All diesen Verzerrungen zum Trotz wird natürlich auf dem Hearing das Gorleben-Konzept gründlich auseinandergenommen werden. Daß das im Detail an die Öffentlichkeit dringt, ist die hauptsächlichste Angst der Landesregierung.

„Halboffentliches“ Hearing?

Regierungssprecher von Poser hat dazu vornehm von einer „halboffentlichen“ Veranstaltung gesprochen, die faktisch aber eine Beteiligung der Öffentlichkeit nicht zuläßt.

Mitten zwischen den Messehallen, die 5000 und mehr Leute fassen, findet das Hearing in einem Saal mit 250 Plätzen statt. Die Karten werden vom Sozialministerium verteilt:

- 150 Plätze für Landtagsabgeordnete u.a.,
- jeweils 2 - 5 Plätze für Kirchen, Gewerkschaften, Handelskammer, DWK usw.,
- ganze 3 Plätze für alle niedersächsischen BIs zusammen, dazu 2 für den WSL, 2 für den Eigentümerverein.

Über 100 Nachfragen interessierter Wissenschaftler und Laien aus Hannover nach Karten wurden vom Ministerium freundlich abgelehnt. Unter den 250 Zuschauern werden also nicht einmal 10 A.K.W.-Gegner sitzen, die sich zudem nicht äußern dürfen. Fragen aus dem Publikum sind nicht zugelassen.

Aus Angst vor der Verärgerung der Presse hat die Landesregierung neben den 30 m Saal zugelassenen Journalisten allerdings inzwischen weitere zugelassen, die in einem Nebenraum über Monitore das Hearing verfolgen dürfen.

Die Original-Gutachten werden jedoch auch diesen ausgesuchten Zuhörern völlig unzugänglich bleiben. Die Landesregierung hat das Copy right dafür sie dürfen seitens der Autoren nur mit einer Stellungnahme der Landesregierung (die erstmalig vorgelegt muß) oder frühestens im Juli (wenn die Regierung ihre endgültige Entscheidung getroffen haben will) veröffentlicht werden. Die Presse bekommt die Gutachten nicht, Funk und Fernsehübertragungen im Saal sind verboten. Stattdessen soll die Öffentlichkeit mit einer täglichen Zusammenfassung durch den „neutralen“ Weizsäcker vor Mikrofonen und Kameras abgespeist werden.

Bisher bekanntgewordene Inhalte der Gutachten machen diese Geheimhaltungsbemühungen verständlich. So kommen die vier bereits genannten Professoren in einer Studie denkwürdigen Unfälle in der WAA zu dem Schluss: „Im Maximalfall trübt Radioaktivität freigesetzt werden (kann), daß sofort ein Gebiet von mehr als 100.000 Quadratkilometern Größe bis zu einer Entfernung von mehr als 1000 Kilometern von der gesamten Bevölkerung geräumt werden müßte. Langfristig müßten in einem solchen Katastrophenfall Gebiete von mehr als 400.000 Quadratkilometern Größe bis zu einer Entfernung von mehr als 2000 Kilometern von Gorleben evakuiert werden.“ Diese Gebiete blieben dann vor allem wegen der Verseuchung mit Caesium für lange Zeit unbewohnbar. ... Der DWK wird vorgeworfen, sie habe nur relativ kleine Unfälle in Erwägung gezogen und andere außer acht gelassen, die sich anderswo bereits ereignet hätten [?] oder denkbar seien.“ („FR“, 14.3.).

Öffentliches Hearing!

Selbst Zeitungen wie die „Zeit“ werden den Verdacht nicht los, daß die Landesregierung das Hearing als „Feigenblatt“ („Zeit“, 8.12.) benutzen will — wofür diese mit dem Hearingbeginn zwei Wochen vor dem Hearing den letzten Beweis geliefert hat.

Die kritischen Wissenschaftler jedenfalls sind zunehmend verärgert. Es ist noch unklar, wie sie auf den offenen Brief reagieren werden, in dem eine Gruppe von 23 deutschen Wissenschaftlern — darunter die ausgeschlossenen Bremer und Hamburger — sie auffordert, am Hearing teilzunehmen, wenn die vier vorn genannten Forderungen erfüllt sind. Auf jeden Fall werden in Hannover

genannten Forderungen erfüllt sind. Auf jeden Fall werden in Hannover während des Hearings mehrere Gegenveranstaltungen stattfinden — „Atompolitik und Freiheit der Wissenschaft“ am 28.3. im Auditorium mit Wissenschaftlern, die von der Teilnahme ausgeschlossen wurden (u.a. den Bremer Professoren Scheer und Schmitz-Feuerhake).

„Öffentliches Hearing“ am 31.3. in der Laternendelle im Rahmen der Abschlussveranstaltung des Trecks, wo kritische Wissenschaftler des offiziellen Hearings zu Wort kommen sollen. — „Gorleben-Hearings — Entscheidungshilfe oder Farce“ am 3.4. im Auditorium, wo zusammen mit Klaus Traube und Helmut Hirsch ein Fazit gezogen werden soll. Eingeladen sind Minister Schnapkowski, K. Salander (DWK) u.a.

Der breiten Kritik am Verfahren des Hearings hat sich — wie meistens in Sachen Gorleben — die niedersächsische SPD angeschlossen. Sie äußert anlaßlich der Beschränkung der Öffentlichkeit „Zweifel am Willen der Regierung, das komplexe Problem der Lagerung und Wiederaufbereitung atomaren Abfalls für die Öffentlichkeit durchsichtiger zu machen“ (HAZ, 22.2.). Es sei ihr empfohlen, ihre Haltung einmal auf der Bundess-SPD abzustimmen, die in der Auseinandersetzung um das offizielle Gutachterverfahren genau den entgegengesetzten Kurs fährt.

Das offizielle Gutachterverfahren

Während das Hearing von der Landesregierung ohne gesetzliche Verpflichtung (und ohne bindende Konsequenzen) angesetzt wurde, läuft gleichzeitig das offizielle Gutachterverfahren an das als Voraussetzung für die Teilerrichtungsgenehmigungen gesetzlich vorgeschrieben ist. Die Landesregierung ist hierbei an die Weisungen der Bundesregierung ge-

bunden, die nur eine Befürchtung hat: „Aus dem Gutachterteam heraus könnte das Gutachten mißbraucht [?] werden, um das Vorhaben [Gorleben] aus den Angeln zu heben“ und daher „unmißverständlich“ gegen die Beteiligung kritischer Wissenschaftler ist (HAZ, 22.2.).

Der ganze Wust von Beauftragungen und Kündigungen, Vorschlägen und Dementis, der sich um dies Gutachten in den letzten Wochen gebildet hat, ist kaum durchschaubar. Eindeutig ist nur das Ergebnis: Die Kritiker sind rausgeflogen.

Bereits mit den Vorarbeiten für das Gutachten begonnen hatte die Firma „Öko-System-Consulting“, die ihrerseits im Einvernehmen mit der Landesregierung das Heidelberger IFEL beauftragt hatte, das u.a. durch ein kritisches Wyhl-Gutachten bekanntgeworden ist. „Öko-System-Consulting“ — und damit die Heidelberger Atom-Kritiker — wurde aufgrund von Bedenken der Bundesregierung jedoch ausgetauscht. Die daraufhin kühn verkündeten Überlegungen der Landesregierung „wie sie dennoch den Sachverständigen aus der Kernenergiekritik bekannten Wissenschaftler in ihren Meinungsbildungsprozeß über das geplante nukleare Entsorgungszentrum einfließen lassen kann“ (HAZ, 12.3.), scheinen allerdings recht mysteriös, wenn man sich ihre Alternativ-Vorschläge anschaut. Als Ersatz für die „Öko-System-Consulting“ hat sie folgende zwei Firmen ins Gespräch gebracht:

— Die Schweizer „Motor-Columbus“, die bereits als Berater der Landesregierung tätig und u.a. am AAK-Kasernenprojekt beteiligt ist — neben RWB und Bodenwerk, die ihrerseits wieder Gesellschafter der DWK sind. Neben der Kapitalbeteiligung an Schweizer A.K.W.'s ist die Motor-Columbus auch am Planungs- und Beratungsauftrag für A.K.W.'s in der BRD und anderen Ländern beteiligt (Spiegel 11 vom 12.3.).

Die „Gesellschaft für Umweltüberwachung mbH“ aus Aldenhoven, die noch gar nicht ins Handelsregister eingetragen war, als sie von der Landesregierung vorgeschlagen wurde. Eingetragen war allerdings eine andere Firma auf den Namen der beiden Aldenhovener: die GfU mbH Bonn, nebenberg und Drescher, die schon seit längerer Zeit Auftragsarbeit für die DWK macht (Spiegel 10 vom 5.3.).

Darüber hinaus ist bekannt, daß vor kurzem ein Wissenschaftler des Atomforschungszentrums Jülich dort kündigte und nun wie der Phönix aus der Asche unter den „unabhängigen“ Wissenschaftlern wiederaufsteht, ausgerechnet für den besonders kritischen Teil der radioaktiven Emissionen „Unabhängige Gutachter“ also,

die die von ihnen selbst erstellten Unterlagen prüfen sollen! Aber es kommt noch dicker.

— Der Bremer Atomenergie-Kritiker Ehrenstein war ursprünglich als Leiter des Gutachterteams „Anlagespezifische Vorgabedaten“ engagiert, also zur Prüfung der von der DWK vorgegebenen Basisdaten über radioaktive Emissionen etc., auf die alle weiteren Berechnungen über die Strahlenbelastung der Umgebung aufbauen. Ehrenstein wurde von der Landesregierung regelrecht ausgetrickt und an das weniger brisante Hearing verwiesen — aber nicht nur das: Es wird jetzt nicht etwa ein anderer Gutachter für diesen Teil gesucht, sondern die Prüfung der „Anlagespezifischen Vorgabedaten“ entfällt völlig! (Spiegel 11 vom 12.3.).

Genauso gut könnte man da das radioökologische Gutachten ganz weglassen, da jede Berechnung unter diesen Umständen nur so richtig bzw. falsch werden kann wie die Vorgabedaten der DWK. Und gerade die haben es in sich: Lindström, Resnikoff, Rochlin und Schapira kritisieren „an DWK Sicherheitsbericht vor allem den Komplex der Reinigung der Abgase von radioaktiven Substanzen als „so unbefriedigend, daß dies nicht zu akzeptieren sei“. Wörtlich: „Die Emissionen können um einige Größenordnungen größer sein (Atem, d.h. um das 10-, 100-, 1000-fache) als im Sicherheitsbericht berechnet wurde“ (FR, 14.3.).

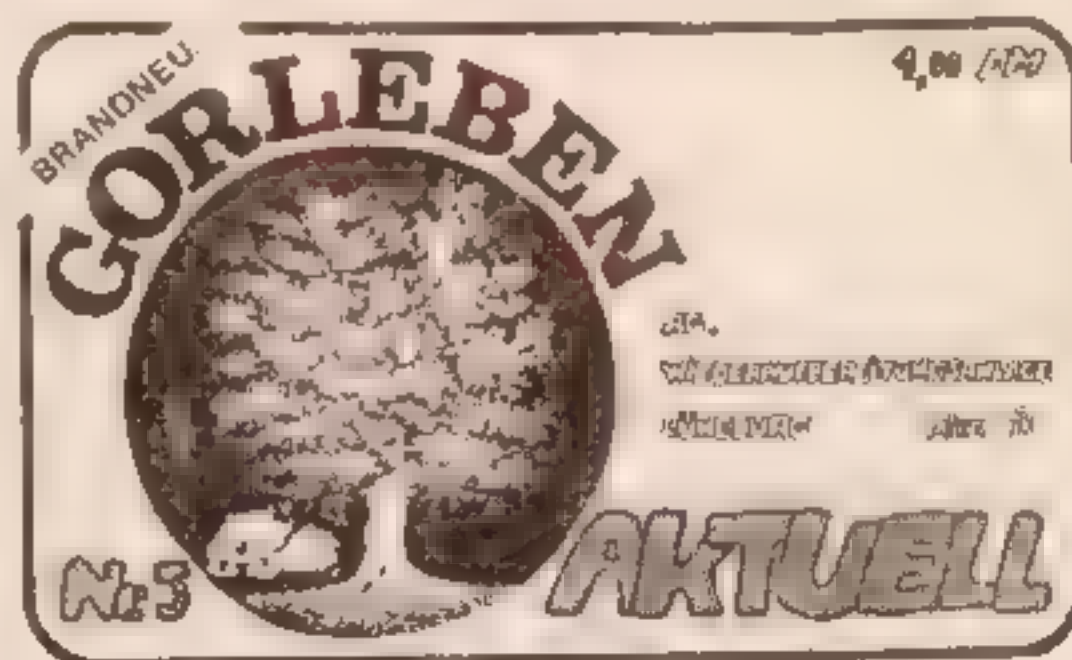
— Das sicherheitstechnische Gutachten soll von einer Arbeitsgemeinschaft der TÜVs erstellt werden, deren Vertikung mit der Atomindustrie hinlänglich bekannt ist. Die Bundesregierung macht keinen Hehl daraus, daß der TÜV ihr als „das geeignete Gegengewicht zu kritischen Wissenschaftlern erscheint“ (HAZ, 22.2.). Gegengewicht zu Leuten, die längst ausgebootet sind — wie soll man das verstehen?

Genauso, wie es die Anti-AKW-Bewegung seit Jahren weiß und immer wieder neu erfährt, daß das Ergebnis solcher Gutachten von vornherein feststeht: daß das Atomprogramm ohne jede Rücksicht auf seine Auswirkungen auf die Bevölkerung durchgehauen wird. Die „besseren Argumente“ reichen nicht. Darum ist es eine entscheidende Alternative zum Hearing und solchen „Gutachten“, wenn der Treck der Gorleben-Bauern und die Demonstration am 31.3. in Hannover dokumentieren, daß noch so viele Scheinberichte oder offen parteiliche Gutachterverfahren gegen den Willen der Bevölkerung nicht ankommen. Und der ist auch ohne Gutachter klar.

DIE WAA WIRD NICHT GEBAUT! Goelt

nen „Unabhängige Gutachter“ also,

Goelt



Die Niedersächsische Landesregierung informiert:



Aus dem Inhalt:

- Interview mit Hamburger Wissenschaftlern über das „Gorleben-Hearing“
- Der Widerstand der Landwirte und die Auseinandersetzungen im Landvolk
- Atomstättenvorbereitungen auf die Flachbohrungen. Polizei, BGS, Bundeswehr, „Atomstättengestalt“, Propaganda der Landesregierung,
- Infrastrukturkonzept der DWK u.v.m.

Preis: 1,- — Kontonummer: 28480 Stadtparkasse Lüneburg. Bestellungen an Marion Hinz, 3119 Eitzen, Kirchweg 6.

BP und VEBA schaffen neues Energiemonopol

Anfang März gab Wirtschaftsminister Lambdorsch mit einer „Ministerien-„Schnitz“ grünes Licht für die in der Geschichte der BRD bisher weitestgehende Konzentration auf dem Energiesektor zwischen der VEBA AG und der BP. Die Deutsche BP wird dadurch nicht nur zum größten Mineralöl- und Benzinkonzern in der BRD, sondern sie wird auch maßgeblichen Einfluß auf die Gaswirtschaft erhalten. Die VEBA AG wird zwar nicht mehr der größte Konzern der BRD sein, durch die Verträge mit der BP erschließt sich das westdeutsche Kapital jedoch einen bestimmenden Einfluß auf europäischer Ebene. Damit ist die Bundesregierung ihrem politischen Ziel, dem Aufbau eines „leistungsfähigen, deutschen Mineralölunternehmens, das die deutschen Interessen auf dem internationalen Markt wirksam vertreten kann“ (1), entscheidend näher gekommen. Dies geschieht unter bewußter Abgrenzung von der Politik der US-amerikanischen Mineralöl-Multis mit dem Aufbau eines konkurrierenden europäischen Energieverbundes.

Für die Werktätigen in der BRD (und auch anderswo) wird dieses Geschäft keinerlei Vorteile bringen, weder unter dem „beschäftigungspolitischen Aspekt“, denn jeder Monopolisierungsprozess ist unaußersächlich mit Rationalisierungen verbunden, noch was die Versorgung der Haushalte mit Strom, Gas und Öl betrifft. Denn hier wird die Bevölkerung mit Monopolpreisen geschöpft werden.

Das Geschäft zwischen VEBA und BP ...

Die VEBA AG (Aktiengesellschaft) ist eine „Konzernleitungs-gesellschaft“ mit verschiedenen Tochtergesellschaften in den Branchen Energie (Öl, Strom und Atomenergie), Mineralölverarbeitung und Chemie, Gas, Handel und Verkehr. Die Bundesrepublik ist mit knapp 44% der dominierende Gesellschafter dieses Konzerns, da sich der Rest des Aktienkapitals als sogenannte Volksaktien in den Händen von 1,2 Mio. Kleinaktionären befindet. Diese „Streuung sichert dem Bund den maßgeblichen Einfluß auf die VEBA AG“. Kammhörnlich verhandelt die Konzernleitung von VEBA und BP zu Beginn des letzten Jahres mehrere Monate lang, um das Geschäft unter Dach und Fach zu bekommen. Dies vornehmlich deshalb, um konkurrierende Ölmultis außen vor zu lassen, denn gerade amerikanische Ölkonzerne hatten ein intensives Interesse an einem ähnlichen Abkommen mit der VEBA. Für 800 Mio. DM wird die Deutsche BP von der VEBA folgende Konzernteile übernehmen:

- die Beteiligung an der Ruhrgas AG, die Beteiligung in Höhe von 25%, 31% an der Deutschen Flüssiggas Terminalgesellschaft, die den Flüssiggasterminal in Wilhelmshaven baut und später betreibt 25% der Erdölraffinerie Speyer
- Gelsenberg in Höhe von 25%, 31% an der Deutschen Flüssiggas Terminalgesellschaft, die den Flüssiggasterminal in Wilhelmshaven baut und später betreibt 25% der Erdölraffinerie Speyer
- 50% der Brönnigke-Ingotall der Stinner-Strohmeyer-Mineralölhandels (1.000 Mitarbeiter) und eine Übernahme der Stinner-Fanal Organisation (Tankstellennetz) mit rund 1.000 Tankstellen und 400 Arbeitern

- den Stromerzeuger Stinner-Kohlenhandel (nach „FR“, 19.6.78)
- Ferner hat die VEBA mit der britischen BP einen Rohöhliefervertrag abgeschlossen, „wonach der deutsche Konzern bis zum Jahre 2000 jährlich drei Millionen Tonnen Öl zu den jeweiligen Marktpreisen geliefert bekommt“ (s.o.). Mit Hilfe des Tankstellennetzes wird die BP zum umsatzgrößten Konzern in dieser Branche und überholt damit die schärfsten Konkurrenten Esso und Shell.

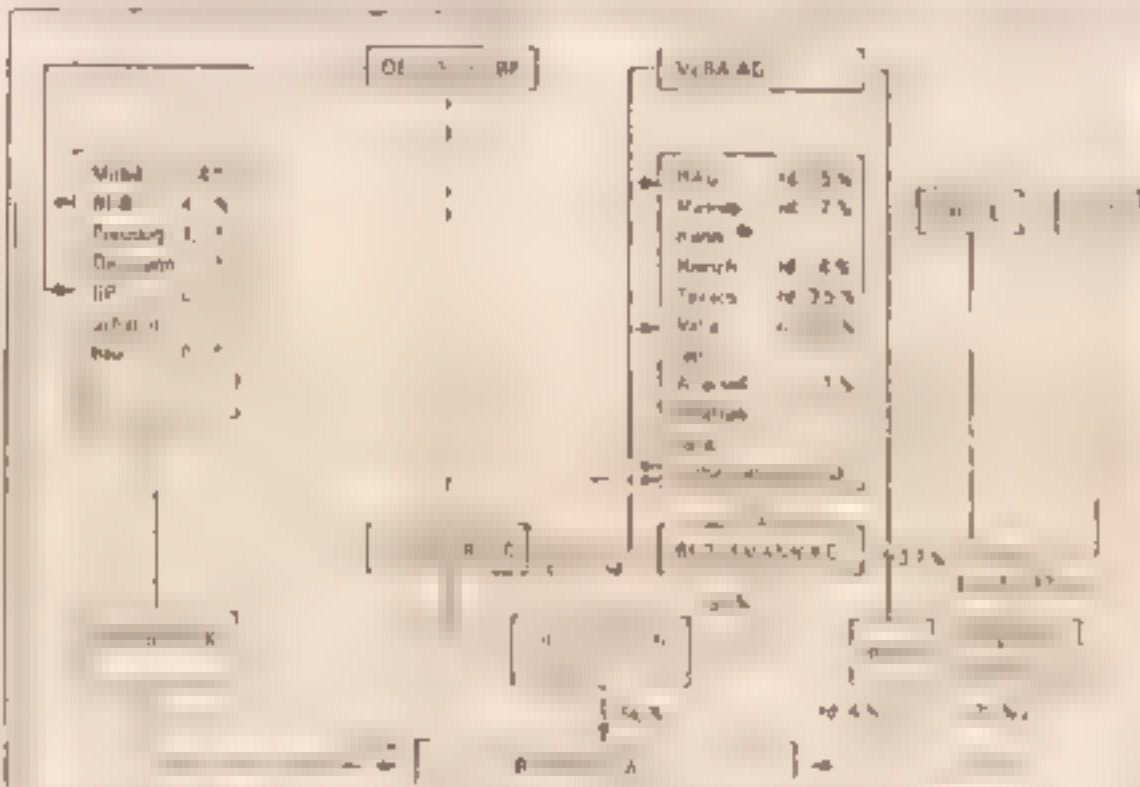
Ein wesentlicher Kernpunkt dieses Vertrages ist jedoch der gestiegene Einfluß der Ölmultis auf die Gaswirtschaft. Mit den Jahren ist der Anteil der Gaswirtschaft an der Deckung des Primärenergiebedarfes auf 14% (1975) gestiegen und wird bis 1985 nochmals um 18% zunehmen. Zwar betrug der Abnehmeranteil der Haushalte nur 14% und dreiviertel gingen in die Industrie- und Stromerzeugung, die Preispolitik schließt sich nicht nur in den unmittelbaren Gaspreisen, sondern genauso in den Strom- und den Güterpreisen nieder (2). Da die bundesrepublikanische Gaswirtschaft in fast ebenso hohem Maß importabhängig ist wie die Mineralölindustrie, dominiert die Ruhrgas AG mit 47% Anteil dieses Importgeschäftes, und ihr Anteil wird voraussichtlich bis 1985 auf 60% gestiegen sein. Auch bei der Verteilung des Gases nimmt die Ruhrgas eine ähnliche Position ein, denn sie kontrolliert knapp zwei Drittel der

Gasabgabe der Ferngasgesellschaften - die von der Ruhrgas abgesetzten Gasemengen bilden insgesamt 56% (1974) des gesamten Gasverbrauches in der BRD (2).

Kontrollierten die in der BRD tätigen Ölmultis bis jetzt 40% der Ruhrgas (siehe Schaubild), so wird dieser Anteil von Esso, Shell, Mobil Oil und BP zusammen auf ca. 65% steigen. Schon 1975 kam die Monopolkommission bei einer Analyse der Gaswirtschaft zu dem Schluß, daß „die Ferngaswirtschaft... im Wesentlichen von den Ölkonzernen Esso und Shell, der Ruhrgas AG und der öffentlichen Hand kontrolliert“ wird. Und von daher ist es nur logisch, daß sich die „Entwicklung der Gaswirtschaft... gebunden an die Unternehmensziele der großen Ölkonzerne vollziehen“ wird (2). Die „Vermarktungsbedingungen des Erdöls“ werden bei der nun abgeschlossenen Monopolisierung verstärkt die Gaspreise bestimmen, und gerade in der Gegenwart verfolgen die Ölmultis mit der „Ölkrise-Politik“ (Preissteigerungen bei Heizöl und Benzin) beispielhaft die Ausnutzung ihrer Monopolstellung. Die Werktätigen sind es letztendlich, die heute schon Wucherpreise für Öl, Strom und Gas und bald auch für Gas bezahlen müssen.

... und die Interessen des BRD-Kapitals im internationalen Konkurrenzkampf

Seit dem Bekanntwerden der Verhandlungen zwischen der VEBA und der BP wurde in der Öffentlichkeit ein Schaukampf mit verteilten Rollen ausgefochten. Das Bundeskartellamt untersagte die Konzentration als „wettbewerbspolitischen Gesichtspunkt“.



Das Schaubild verdeutlicht die komplizierten Beteiligungsverhältnisse an der Ruhrgas AG. Die durchgezogenen Linien zeigen die bestehenden Kapitalbindungen, die gestrichelten die geplanten. Zu beachten ist, daß Kapital- und Stimmanteile bei der Ruhrgas nicht identisch sind. Die Aktionäre - die Bergbaugesellschaften der Ruhr - haben ihre Stimmen „gepooht“.

Das Schaubild verdeutlicht die komplizierten Beteiligungsverhältnisse an der Ruhrgas AG. Die durchgezogenen Linien zeigen die bestehenden Kapitalbindungen, die gestrichelten die geplanten. Zu beachten ist, daß Kapital- und Stimmanteile bei der Ruhrgas nicht identisch sind. Die Aktionäre - die Bergbaugesellschaften der Ruhr - haben ihre Stimmen „gepooht“.

„punkten“, da durch die Konzentration kein Wettbewerb auf dem Energiemarkt mehr gewährleistet sei. Den gleichen Part übernahm die Monopolkommission aus bürgerlichen Wirtschaftswissenschaftlern zusammengesetzt. Das letzte Wort hatte also der Bundeswirtschaftsminister, da er durch eine sogenannte „Ministerien-„Schnitz“ das Verbot durch das Bundeskartellamt außer Kraft setzen kann. Nun ist dieser Bundeswirtschaftsminister aber auch für genau diese VEBA AG maßgeblich verantwortlich auf der politischen Ebene, da die VEBA maßgeblich vom Bund kontrolliert wird. Es ist also nur konsequent, wenn sich auch in dieser Frage die politischen Interessen des BRD-Kapitals durchsetzen und die wurden nach der „Ölkrise“ im September 1973 für diesen Bereich im Energieprogramm festgelegt. Darin wurden folgende Ziele formuliert:

- „die Errichtung eines leistungsfähigen, deutschen Mineralölunternehmens, das die deutschen Interessen auf dem internationalen Markt vertreten kann“
- „die Schaffung einer größeren Unternehmensgröße, um... bessere Voraussetzungen für erfolgreiche Verhandlungen sowie Beteiligungen an Großprojekten zu ermöglichen“ (1). Diese Ziele wurden in mehreren Etappen und auf mehreren Ebenen erreicht.

Die VEBA wurde auf dem Sektor der Atomenergie zielstrebig ausgebaut. So ist die VEBA - über die Preussenelektra (Anteil von 86,5%) mehrheitlich beteiligt an der NKK, Hamburg, dem Kraftwerk Unterweser, dem Gemeinschaftskraftwerk Grohnde, an

der Deutschen Gesellschaft zur Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen.

- über die Gelsenberg AG (VEBA-Anteil 96,1%) beteiligt an URANIT - Uran Isotopentrennungsgesellschaft, Jülich, Studiengesellschaft für Uranisotopentrennung, Frankfurt, Nuklearbrennstoff GmbH, Essen, Gesellschaft für Energiebeteiligung mbH, Essen (eine STEAG-Beteiligungsgesellschaft), GNT - Gesellschaft für Nukleartransporte mbH, Essen; - direkt beteiligt an der Urangesellschaft mbH & Co, Frankfurt (33%, weitere 33% sind bei der STEAG AG).

Von der Suche nach Uran-Lagerstätten über die Erforschung von Anreicherungsverfahren bis hin zur Verwertung, Endlagerung und Transport bietet die VEBA somit die Gewähr für „Kontinuität“ und „Erfolg“ des bundesdeutschen Atomprogramms. Über umfangreiche Aktivitäten im Ausland soll die Rohstoffsicherung bei gleichzeitiger Ausschaltung außer-europäischer Konzerne betrieben werden.

- z.B. steuert die VEBA eine 40%ige Beteiligung an dem norwegischen „Bambie Petrochemie Komplex“ an, um sich auf diesem Weg Abbaurechte für Erdöl im norwegischen Bereich zu sichern (nach „European Chemical News“, 29.9.78).

Die DEMINEX, eine „55%ige Tochter“ der VEBA-Gesellschaften, betreibt unter paritätischer Beteiligung mit BP und Shell (beides britische Multis) Erdölbohrungen im Golf von Suez. Voraussichtlich wird die VEBA durch die so erschlossenen Erdölquellen knapp ein Viertel des augenblicklichen Bedarfs decken können, die Beteiligung der

um in den neunziger Jahren das Gas abzusetzen, „das aus der Steinkohle mittels Reaktorwärme gewonnen werden soll“ („Spiegel“, 6/79). Hier werden Schritte getan, um gegenwärtig eine erst in der Zukunft „rentabel“ werdende Energiequelle in den Einflußbereich der Energiepolitik zu bekommen. Denn die „Ruhrkohle wird in den späten 80er Jahren mit hoher Wahrscheinlichkeit ein wichtiger Produzent“, wenn die Kohlevergasung industriemäßig erfolgt („FR“, 30.1.79).

Die Absprache war auch der entscheidende Punkt, an dem sich sogar eine EG-Kommission mit der Konzentration auf dem Energiesektor befäße. Denn auch an europäischem Maßstab wird die Kohlevergasung in der Zukunft durch die Ruhrkohle AG und die BP beherrscht, die eine gemeinsame Investition von mehr als einer halben Milliarde DM geplant haben („Frankfurter Neue Presse“, 30.1.79). Jedoch wurden auch diese Einwände zurückgezogen, nachdem die BP Erklärungen abgegeben hatte, sie werde keine Mehrheitsbeschlüsse durchsetzen, die nur durch die Zustimmung anderer Mineralölgesellschaften zustande gekommen seien. Auch werde die BP keine „Poolvereinbarungen“ treffen, mit denen sie die Ruhrgas dominieren könnte, ganz wie mit der Ruhrkohle zusammen („FR“, 3.3.79). Solche Erklärungen haben jedoch nur den Wert, daß sie die Öffentlichkeit beruhigen, einen Schutz gegen die Durchsetzung einer Monopolisierungspolitik bieten sie nicht.

Nach alledem ist es logisch, daß der Bundeswirtschaftsminister seine so lange „vorenthaltene“ Erlaubnis gibt, denn „das Vorhaben erhöht in mehrfacher Hinsicht die für die Zukunft immer wichtiger werdende Sicherheit der deutschen Energieversorgung“ („FR“, 6.3.79) und fördert die Monopolisierung europäischer Konzerne gegen den in den letzten Jahrzehnten ständig gewachsenen Einfluß amerikanischer Konzerne.

Gewerkschaftsvorstände fordern Monopole

Jeder Gewerkschafter erinnert sich an die 1973 von den Kapitalisten inszenierte „Ölkrise“, in der wegen einer angeblichen Ölknappung die Preise hochgepuscht wurden, ohne daß es ein Tropfen weniger Erdöl in die BRD geflossen wäre. Heute werden die „Unruhen“ im Iran und der „kalte Winter“ zum Anlaß genommen, u.a. die Heizölpreise in wenigen Monaten zu verdoppeln. Die Ausbeutung der Arbeiterklasse durch überhöhte Ölpreise ist umso leichter möglich, als wenige Öligiganten durch Absprachen Konkurrenzlos handeln können und Mineralölprodukte heute lebenswichtig sind. Genauso ist jedem Gewerkschaftler bekannt, daß Internethenzerzusammenkünfte in der Verwaltung wie in der Produktion zu Rationalisierungen führen.

Die Konzerne BP und VEBA haben zwar um der Öffentlichkeit Sand in die Augen zu streuen, erklärt, Raffinerien und Handelsgesellschaften wurden geschlossen, käme das Geschäft nicht zustande. Angesichts der bekannten Politik der Gewerkschaftsvorstände, das Atomprogramm der BRD-Konzerne und des Staates und jeden expansionistischen Schritt des BRD-Imperialismus politisch zu unterstützen, kann nicht davon ausgegangen werden, daß sie naiv auf die angedrohten Betriebsstillegungen hereingefallen sind.

Im Namen der Arbeiter von BP und VEBA und im Namen der zuständigen Gewerkschaften IG Chemie, ÖTV, IG Bergbau sowie des DGB bildete der Leiter der IG Chemie Wirtschaftsabteilung, Dr. Manfred Krüper, „für die uneingeschränkte Zustimmung des Bundeswirtschaftsministeriums zum geplanten VEBA/BP-Vertrag“ („Gewerkschaftspost“, Februar 1979). Während der Anhörung im Bundeswirtschaftsministerium hob er besonders gesamtwirtschaftliche Vorteile und Sicherung der Arbeitsplätze durch den Konzernzusammenschluß hervor.

Gewerkschaftskommission und Wirtschaftskommission

Quellen:
(1) Sondergutachten der Monopolkommission „Wettbewerbsbedingte und strukturelle Aspekte einer Zusammenfassung von Unternehmen im Energiebereich“ (VEBA/Gelsenberg) 1975.
(2) Hauptgutachten der Monopolkommission I 1973/75 „Mehr Wettbewerb möglich“.



„Warum kämpfen wir gegen Atomkraftwerke?“

In dieser Broschüre werden die politischen Hintergründe und Absichten des Atomprogrammes untersucht. Autarkie und das Ziel zur Atomkraft zu avancieren, Export von Atomanlagen und Atomare Zusammenarbeit sind die Grundlage für das „Bombengeschäft“. Zur politischen Bedeutung des Atomprogrammes gibt es keine vergleichsweise gründliche und umfassende Arbeit.

48 Seiten A4

DM 2,-



Brokdorf - ein Exempel

Wer der Meinung ist, daß die brutalen Polizeiverfahren auf die Demonstranten in Brokdorf, Grohnde und anderswo nur das Produkt einer, besonders verhetzten, Spezialeinheit oder Polizeioffiziere war, wird durch die Veröffentlichung der internen Dienstverordnungen mit dieser Broschüre eines besseren belehrt. Diese Broschüre ist nicht nur für die AKW-Gegner wichtig, sondern für alle, die die Rechtsentwicklung in der BRD mit Sorge betrachten.

87 Seiten A4

DM 3,50

Wer der Meinung ist, daß die brutalen Polizeiverfahren auf die Demonstranten in Brokdorf, Grohnde und anderswo nur das Produkt einer, besonders verhetzten, Spezialeinheit oder Polizeioffiziere war, wird durch die Veröffentlichung der internen Dienstverordnungen mit dieser Broschüre eines besseren belehrt. Diese Broschüre ist nicht nur für die AKW-Gegner wichtig, sondern für alle, die die Rechtsentwicklung in der BRD mit Sorge betrachten.

87 Seiten A4

DM 3,50



Kalkar am 24.9.

Kalkar am 24.9.77

In Kalkar hat der Atomstaat seine Macht demonstriert. Trotzdem fand die bisher größte Anti-AKW Demonstration mit mehr als 50.000 Teilnehmern aus dem In- und Ausland statt. Neben dem Textteil ist in der Broschüre eine 34-seitige Bildokumentation enthalten, in der die bisher größte bundesrepublikanische Polizeikraft eindrucksvoll belegt ist.

64 Seiten A4

DM 3,50

Bestellungen an:
Verlag J. Reents
Lerchenstraße 75
2000 Hamburg 60
oder Telefon:
43 53 06 oder 43 53 20

Betrieb und Gewerkschaft



Mitbestimmung verfassungskonform — Unternehmereigentum ist garantiert

Am 1. März hat das Bundesverfassungsgericht (BVG) sein Urteil über das Mitbestimmungsgesetz von 1976 gesprochen. Das Gesetz ist verfassungskonform und kann weiter in Kraft bleiben.

Die Kapitalistenverbände der BRD hatten die Klage gegen das Gesetz eingereicht, da es nach ihrer Meinung zu weitgehend die Eigentumsrechte der Unternehmer und Anteilseigner in Unternehmen einschränke.

DGB-Führer in ihren ersten Untersuchungen der Anwendung des Gesetzes eine deprimierende Bilanz gezogen (ausführlich zu diesen Auseinandersetzungen: AK 144, Seite 35). Die DGB-Führer haben sich also für ein von ihnen selbst nicht geliebtes Gesetz in die Bresche geworfen. Wir schreiben zur Einschätzung der wahren Absichten der Verfassungsklage der Unternehmer im ARBEITERKAMPF.

„Die Mitbestimmung ist namentlich als geeignet angesehen worden, die Marktwirtschaft politisch zu sichern“.

Was sind nun die wesentlichen Aussagen des Urteils?

Letztens: „Das Gesetz verstößt nicht gegen die Garantie des Eigentums“ (Urteilsatzung zitiert nach „FR“, 93). Es bestätigt das Privateigentum an den Produktionsmitteln und macht nur dort Einschränkungen, wo dies sich „am Wohl der Allgemeinheit orientieren“ muß (ebenda). Dies ist dasselbe wie die im Grundgesetz verbal erklärte „Sozialverpflichtung des Eigentums“.

Zweitens stand zur Prüfung an, ob die Mitbestimmungsrechte in der Anwendung möglicherweise das „letzt entscheidende Recht der Anteilseigner“ einengen oder stören könnten. Dazu heißt es: „Die Mitbestimmung (bleibt) nach dem Mitbestimmungsgesetz innerhalb der Parität ... die Anteilseigner behalten die alleinige Zuständigkeit für die Grundlagenentscheidungen, die nach wie vor von der Anteilseignerversammlung getroffen werden“ (nach „Die Neue“, 331). In kritischen Fällen kann „unzweifelhaft die Zustimmung des Aufsichtsrats durch einen mit einer Mehrheit von drei Vierteln getroffenen Beschluß der Anteilseignerversammlung ersetzt werden“ („FR“, 93).

Gewährleistet wird zudem durch das Gesetz „das Übergewicht der Anteilseignerschaft“ durch die Festlegung

der Abstimmungsverhältnisse. Danach hat die Unternehmenseite immer die Stimmenmehrheit im Aufsichtsrat garantiert (siehe nebenstehende Grafik). Zusätzlich überläßt es das Gericht dem Betrachter der Unternehmen, dieses Übergewicht im Rahmen gesellschaftsrechtlicher Gestaltungsmöglichkeiten abzumildern. Dies ist bereits gangbare Praxis in Satzungen und Geschäftsordnungen der Aufsichtsräte, wird zunehmend die Breite der zu entscheidenden Themen eingeschränkt. Fazit: „In jedem Fall verbleiben der maßgebende Einfluß und das Letztentscheidungsrecht den Anteilseignern.“ („FR“, 93).

Drittens stellt das Urteil fest, daß es sich auf die Prognosen der jüngeren Mitbestimmungspraxis stütze. Danach zeige z.B. die Praxis in der Montanindustrie, daß man „Auswirkungen auf das Rentabilitätsprinzip, die Dividendenpolitik der Unternehmen und den Kapitalmarkt nicht feststellen konnte“, so daß nicht davon ausgegangen werde kann, „daß das Mitbestimmungsgesetz den Vermögenswert der Anteilsrechte, die Renditeaussichten der Anteilseigner oder die Kapitalisierungsfunktion der Anteilsrechte in nennenswertem Umfang beschränke“ („FR“, 93). Mit anderen Worten: Auch mit der Mitbestimmung bleiben die Machtverhältnisse klar. Die Unternehmer entscheiden. Zudem hat die bisherige Praxis gezeigt, daß sich auch auf der Mitbestimmung bestens ausbeuten läßt und Profite gewährleistet sind. Krasser als mit

diesem Urteil können den Kritikern der Mitbestimmung kaum die Argumente geliefert werden. Mitbestimmung verändert nicht die Machtverhältnisse, sie verschleiert sie nur!

Sollten sich aus der zukünftigen Praxis wider Erwarten doch Schwachstellen für die Kapitalisten ergeben, so haben die Richter „den Gesetzgeber verpflichtet“, „Abhilfe zu schaffen“ („Jwd“, 10, 83).

Damit sind praktisch alle Sicherungen eingebaut, die die Herrschaft der Kapitalisten im Betrieb benötigt. Interessant sind am Urteil noch die Aussagen zur politischen Funktion der Mitbestimmung: „Es hat in der Vergangenheit ebenfalls die Aufgabe, die mit der Unterordnung der Arbeitnehmer unter fremde Leistung und Organisationsgewalt in größeren Unternehmen verbundene Fremdbestimmung durch die institutionelle Beteiligung an den unternehmerischen Entscheidungen zu mildern ... und die ökonomische Legitimation der Unternehmensleistung durch eine soziale zu ergänzen.“ Die Mitbestimmung ist namentlich als geeignet angesehen worden, die Marktwirtschaft politisch zu sichern („FR“, 93).

Alles in allem sagt das Urteil eindeutig: Mitbestimmung ja — solange die Herrschaft der Kapitalisten davon nicht betroffen ist. Alles andere, also eine echte Parität in den Entscheidungen, ist verfassungswidrig. Und bestätigt dieses Urteil noch einmal in unserer Auffassung.

Mitbestimmung hat kein Zweck: das Kapital muß restlos weg!

Kommunisten Betrieb & Gewerkschaft



Als Verteidiger des Gesetzes traten die Bundesregierung und der DGB auf. Das Gesetz war 1976 auch mit Zustimmung einer großen Mehrheit innerhalb der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag verabschiedet worden.

Nur Sieger?

1979 Sieger:

Die „feindlichen Parteien“, Regierung, DGB und Unternehmer zeigten den Spruch des Verfassungsgerichts allesamt als Sieg ihrer Sache. Die Regierung, weil ihr Gesetz bestätigt wurde, hat sicher den meisten Grund dazu. Von Seiten der DGB-Führung wird zunächst befriedigt registriert, daß keine weitere Einschränkung des Gesetzes erfolgt sei. Optimistisch erklärt der DGB-Bundesausschuß, daß „das Urteil ein wichtiger Beitrag in dem Ringen um die Durchsetzung der Mitbestimmung“ sei („Welt der Arbeit“, 15.3.). Gleichzeitig behaupten die DGB-Führer, „mit dieser Auslegung der Verfassung wird dem weiteren Ausbau der Mitbestimmung kein Riegel vorgeschoben“ (ebenda).

Das jedoch ist der Hauptstreitpunkt in der Beurteilung des BVG-Spruchs. Während die Kapitalisten einerseits enttäuscht sind, daß das Urteil nicht noch eindeutiger die paritätische Mitbestimmung (Stimmengleichheit im Aufsichtsrat) für verfassungswidrig erklärt, interpretieren sie es andererseits in seinen wichtigsten Aussagen so: „Unstrittig ist jedoch auch der andere Schluß, daß die volle Parität nach der Begründung dieses Urteils nicht mehr verfassungsgemäß sein kann. Denn sonst verlöre in der rechtfertigenden Hinweis auf das leichte Übergewicht der Anteilseigner seinen konstitutiven Sinn“ (Stellungnahme des BDI in „Jwd“, 10, 83).

Bei der Beurteilung der DGB-Siegerpose muß beachtet werden: Das BVG hat sich mit dem Gesetz von 1976 auseinandergesetzt, das von den DGB-Führern als eine Niederlage im Kampf um die paritätische Mitbestimmung eingeschätzt wurde. Gleichzeitig haben die

„Was faktisch bereits jetzt erreicht ist: Die einmal angestrichene paritätische Mitbestimmung ist gar nicht mehr Gegenstand der Auseinandersetzungen. Stattdessen dreht sich der Streit heute darum, ob das derzeit gültige Gesetz zu weit geht. Effekte dieser Taktik ist, daß die Gewerkschaften in eine Position gedrängt sind, ein Gesetz zu verteidigen, daß sie selber als „völlig unzureichend“ kritisiert haben. So haben sich die Unternehmer auf Jahre die lästige paritätische Mitbestimmung vom Hals geschafft, wobei es unerheblich ist, wie letztlich das Urteil des Bundesverfassungsgerichts ausgeht. So oder so — die Unternehmerrklage hat sich jetzt bereits gelohnt“ (AK 144 ff. 12.78).

Wenn jetzt die DGB-Führer von Möglichkeiten zur Parität reden, so hat das mehr mit schönfärbischer Interpretation als mit realistischer Einschätzung zu tun. In Wahrheit haben sich die DGB-Führer denn auch mit dem existierenden Gesetz eingekauft. DGB-Chef Vetter bezeichnete in einem Gespräch mit der „FAZ“ „das Problem der Arbeitslosigkeit und der technologischen Entwicklung“ als „für uns wichtiger ... als eine unmittelbare Weiterentwicklung der Mitbestimmung“ („FAZ“, 14.3).

Erste konkrete Auswirkungen hat das Urteil bereits. Zwischen DGB-Führern, Kapitalisten und Regierung wird bereits über die Neuanrichtung der „konzertierten Aktion“ beraten, die die Gewerkschaftsführer wegen der Mitbestimmungsklage verlassen hatten. Das Klima sei hierfür nach dem Urteil „verbessert“. Streitpunkt ist nur noch die Zusammensetzung. Während Regierung und Unternehmer die Bundesbank und den wirtschaftspolitischen „Sachverständigenrat“ als „Neutrale“ (!) hinzuziehen wollen, besteht die DGB-Führung auf dem Dreiergespräch DGB/Regierung/Unternehmer. Doch auch hier dürfte angesichts des „verbesserten Klimas“ eine baldige Einigung möglich sein.

„Wir demonstrieren für eine bessere Gesundheitsversorgung“

Vier Tage vor der Wahl haben Beschäftigte aus westdeutschen Krankenhäusern mit einer großen Demonstration gezeigt, daß ihr Widerstand gegen die katastrophalen Zustände in den Krankenhäusern andauert und wächst (ausführlich zur westdeutschen Situation siehe AK 149, S. 41). Gut 3.000 Menschen waren einem Aufruf von Beschäftigten aus 21 Krankenhäusern gefolgt. Die Demonstration wurde außerdem von der „Alternativen Liste“ unterstützt. Die Kolleg(innen) kämpften für:

„Wir brauchen mehr Planstellen zur ausreichenden Versorgung unserer Patienten!!!
Wir brauchen mehr Personal in allen Bereichen!!!
Kein Krankentag darf ersatzlos gestrichen werden!!!
Keine Erhöhung der Krankenkassenbeiträge!!!“

Mit ihrem Aufruf zur Demonstration wandten sie sich an Beschäftigte wie an Patienten gleichermaßen, denn so fragte der Text des Aufrufes: „Wollen Sie, daß Ihrem Kind aus Zeitmangel und weil es schlecht (br) oder langsam trinkt, die Nahrung durch einen Magenschlauch eingegeben wird? Wollen Sie nachts um zwei Uhr zum Waschen geweckt werden?“ Die Stimmung auf der Demo war unheimlich gut, etliche (wegrationierte) Krankenhausbetten wurden aufgeschoben. Insgesamt ein buntes Bild.

Der Demonstration vorausgegangen war eine Großveranstaltung, die

mit rund 1.000 Kolleg(innen) recht gut besucht war. Personalräte und Beschäftigte aus vielen Krankenhäusern berichteten von der heroischen Lage in den Krankmacher-Fabriken und von ihrem Widerstand dagegen. Anschließend wurde es noch spannender, als über Kampfaktionen diskutiert wurde. Klare Worte fielen zur Haltung der ÖTV-Fürsten, die trotz nachdrücklicher Aufforderung aus 18 ÖTV-Betriebsgruppen, Kampfmaßnahmen einzuleiten, sich einfach nicht gerührt hatten. Umso beeindruckender war, daß die Kolleg(innen) auf der

Großveranstaltung sich davon nicht demoralisieren ließen und einen einstimmigen Beschluß für die Demonstration faßten.

In diesem Sinne muß die Teilnahme von 3.000 Beschäftigten und Patienten an der Demonstration als großer Erfolg eingeschätzt werden, denn die ÖTV-Führer hatten öffentlich gegenmobilisiert: „Entsprechende Aktivitäten (sind) nicht mit der Gewerkschaft abgesprochen gewesen“, zur Zeit liefen Verhandlungen mit Gesundheitsminister Pätzold, eine Demonstration „zu einem späteren Zeitpunkt sei aber nicht ausgeschlossen“, aber: „man wolle Kommunisten kein Podium bieten“ („Spandauer Volksblatt“, 9.3.79). Das hat ihnen aber nichts genutzt. Ebensowenig wie eine „Großveranstaltung“, die die ÖTV-Führer einen Tag vor der Demo angesetzt hatten. Als großer Knüller waren die Abgeordneten der im Rathaus vertretenen Parteien eingeladen. Die konnten dann vor nicht einmal 400 Leuten — wobei noch viele Linke anwesend waren — ihren Sermon ablesen.

Auf ihrem Aufrufblatt haben die Organisatoren der Demonstration erklärt, daß die Demonstration „ein Schritt“ ist „Wir arbeiten weiter für eine bessere Gesundheitsversorgung.“ Patienten sind nicht pflegeleicht, maschinenfest schon gar nicht, um sie gut zu pflegen brauchen wir mehr Kollegen.



3000 auf der Demo für bessere Gesundheitsversorgung

Gesundheitskommission

Abhörskandal beim „Stern“ und in anderen Verlagen

Schnüffelpolitiken des Verfassungsschutzes werden vom „Stern“ als skandalöse „Entgleisungen“ des Rechtsstaats angegriffen. Doch wer im Glashaus sitzt, sollte mit Steinen vorsichtig umgehen. Denn ähnliche Praktiken werden auch gegen die Beschäftigten des Gruner + Jahr-Verlages durchgeführt.

Diese lange gehegte Vermutung bestätigte sich auf einer Betriebsversammlung am 7.2.79. Auf dieser BV verlas der Betriebsrat 14 Fragen eines Kollegen, deren Kern folgende Frage war: „Trifft es zu, daß seit drei Jahren alle eingehenden Telefongespräche in der Telefonzentrale und im Empfang des Redaktionshauses von Tonbandgeräten bzw. Kassettenscheidern automatisch aufgezeichnet und somit abgehört werden?“ Empörung und Betroffenheit bei den Kollegen und eisernes Schweigen auf der Vorstandsbank war die Folge. Nachdem die Vorstandsvertreter sich weigerten, sofort zusammen mit dem Betriebsrat Nachforschungen anzustellen, zogen drei Betriebsräte in die Telefonzentrale, wo sie fünf Magnetaufzeichnungsgeräte mit Bändern für je sechs Minuten Aufzeichnungsdauer fanden und der wartenden Betriebsversammlung präsentierten.

Die Geschäftsleitung fand die Sprache erst am nächsten Tag wieder und verteilte eine „Erklärung zum Thema Sicherheit“. Hierin wurde der Skandal in einen „Schutz“ für die Belegschaft umgewandelt. „Um terroristische Bombendrohungen und telefonische Erpressungsversuche festzuhalten, werden die Vermittlungsgespräche zwischen den Telefonistinnen in der Zentrale und den Anrufern bei der Zentrale kurzzeitig auf Band aufgezeichnet. Das geschieht auf Anraten der Polizei seit Mai 1976 bei jedem Vermittlungsgespräch und dient ausschließlich der Sicherheit der Mitarbeiter und des Unternehmens, solange Gruner + Jahr gefährdet ist. Die bisher letzte Bombendrohung erfolgte am 29. November 1978. Für die Aufzeichnungen werden Bänder benutzt, die sich automatisch nach jeweils sechs Minuten durch Neuüberspielen wieder löschen. Dabei wird lediglich das Vermittlungsgespräch mit der Telefonistin aufgezeichnet, nicht das Gespräch zwischen den beiden Telefonistinnen. Die automatische Löschung wird nur dann unterbrochen,

wenn die Telefonistinnen einen Anrufer mit Droh- und Erpressungsabsichten erkennen. Dann wird die Polizei eingeschaltet.“

Wenn es so wäre, so drängen sich trotzdem viele Fragen auf. Z.B. Woran erkennt die Telefonistin einen Bombendroher oder Erpresser, der sich verbinden läßt? Stimmen lassen sich sehr leicht verstellen und eine Fanzschaltung ist bei dieser Anlage technisch nicht möglich. Entsprechende Fragen wurden dann auch vom Leiter des Zentralbereichs von Gruner + Jahr, Peter Küssel, mit dem Hinweis „wir sind keine Verfolgungsbehörde“ abgewehrt. Und noch was: Wenn tatsächlich bislang 17 Bombendrohungen eingegangen sind, warum wird die Belegschaft erst jetzt darüber informiert?

Abgesehen davon, daß es bislang immer Praxis der Kapitalisten war, mit angeblichen oder tatsächlichen Bombendrohungen Politik zu machen und die Belegschaft auf die große Familie und den Feind von außen einzuschwören, ist es eine besondere Art von Menschenverachtung, bei Bombendrohungen (wenn sie real sind) die Belegschaft nicht zu informieren und nichts zu ihrem Schutz zu unternehmen. Noch immer ist das Gerücht nicht ausgeräumt, daß bei den Bomben bei Springer 1972 15 Minuten vor der Explosion eine telefonische Warnung eingegeben ist. Damals wurde nichts erkennbares zum Schutz der Mitarbeiter unternommen. Insgesamt sind die Antworten der Gruner + Jahr-Geschäftsleitung dazu angelegt, die Zweifel der Kollegen eher zu stützen denn zu beseitigen.

Die Mitglieder der IG Druck und Papier im Betriebsrat konnten sich mit ihrem Vorschlag, Strafantrag gegen die Geschäftsleitung zu stellen, nicht durchsetzen, doch soll dies in zwischen von Seiten des DruPa Hauptvorstandes geschehen sein. In diesem Zusammenhang sei noch bemerkt, daß die DruPa sowohl im ihrem neuen Hamburger Organ „Kurrier“ als auch im Zentralorgan recht ausführlich über den Abhörskandal berichtet. Bei Gruner + Jahr blieben bislang unter anderem folgende Fragen unbeantwortet: „Ist es richtig, daß diese Bänder/Kassetten nach bestimmten Zeitabständen von einem Beauftragten der Innenverwaltung, etwa dem Hausinspektor eingesammelt

werden?“ sowie „Trifft es zu, daß Gespräche zwischen den Verantwortlichen der innerbetrieblichen Sicherheit bzw. Innenverwaltung und Vertretern der Staatsschutzabteilung Polizei bzw. Verfassungsschutz stattgefunden haben?“

Springer: Abhören seit 1972

Angeblieh auf Empfehlung der öffentlichen Sicherheits- und Ordnungsbehörden“ wird bei Springer seit 1972 mitgehört und mitgeschrieben, wobei die Angaben der Geschäftsleitung fast mit denen von Gruner + Jahr übereinstimmen und sich somit auch die gleichen Fragen aufdrängen. Jetzt soll die Abhörerei bei Springer sogar noch „modernisiert“ werden. H. Stoffers, Leiter des Ordnungsdienstes dazu: „Bislang wurden nur in einem Teil der Arbeitsstätten des Axel-Springer-Verlags wichtige (?) Telefonanrufe zum Zwecke weiterer Bearbeitung und Auswertung (?) sporadisch mit einem Tonbandgerät aufgezeichnet.“ In Zukunft sollen jetzt alle über die Zentrale laufenden Gespräche mitgeschrieben werden und das in allen Arbeitsstätten. So werden derzeit die entsprechenden Anlagen in Hamburg, Darmstadt, Kettwig, Bonn, München, Neuss, Isenbürg und Ahrensburg installiert. Begründung: „Es besteht ein erhebliches Interesse daran, ankommende Telefonate mit dubiosen Inhalten vollständig und auswertbar aufzuzeichnen“, und „Die Tonbandaufnahmen erfolgen befugtermaßen zur Abwehr bzw. Verfolgung von strafbaren Handlungen“. Dabei drängt sich wieder die Frage auf, wie dies möglich ist? Denn auch bei Springer war es haupt, daß „... die ...“ und die nur Spekulationen darüber möglich, wie weit die totale Telefonüberwachung bereits gediehen ist, aber zumindest sind die Verlagskapitalisten dabei, sich diese Möglichkeit zu erschließen und es wäre naiv, hier moralischen Beteuerungen Glauben zu schenken. Und offensichtlich handelt es sich hierbei um eine konzentrierte Aktion der Verlagskapitalisten, denn „gleichartige Anlagen gibt es in allen größeren Verlagshäusern“, so Peter Küssel von Gruner + Jahr.

Druckkomitee
KB/Gruppe Hamburg

Obwohl es nicht ganz klar ist, aber es scheint, daß die Verlagskapitalisten dabei, sich diese Möglichkeit zu erschließen und es wäre naiv, hier moralischen Beteuerungen Glauben zu schenken. Und offensichtlich handelt es sich hierbei um eine konzentrierte Aktion der Verlagskapitalisten, denn „gleichartige Anlagen gibt es in allen größeren Verlagshäusern“, so Peter Küssel von Gruner + Jahr.

Druckkomitee
KB/Gruppe Hamburg

KSB-Bremen: 5 gefeuert — 4 wieder drin

In der Bremer Maschinenfabrik Klein, Scharzhelm und Becker (KSB) wurde zum 8. Februar 79 fünf Kolleginnen der zentralen Textverarbeitung insst. als gekündigt unter ihnen eine Betriebsrätin und eine Vertrauensfrau der IG-Metall. Als Gründe gab die Geschäftsleitung u.a. „mangelnde Leistungen“ in Qualität und Quantität an, außerdem „unzumutbares menschliches Verhalten“ gegenüber zwei Halbtagskräften in derselben Abteilung. Und der Betriebsrätin wurde vorgeworfen, daß „sie ihr Amt in unangemessener Weise ausgeübt“ habe (aus der Mitteilung des Vertrauensleutenkörpers), weil sie z.B. im Anschluß an Betriebsratsitzungen mit Kollegen über die dort behandelten Probleme gesprochen habe. Alle betroffenen Kolleginnen haben die Pauschalurteile zurückgewiesen. Sie wurden aber sofort beurlaubt. Der Betriebsrat hat zunächst allen Kündigungen widersprochen, vier Kolleginnen wurde trotzdem gekündigt. In der zweiten Abstimmung über die Entlassung der Betriebsrätin stimmte er dann mit 5:4 Stimmen für Rauschmidt.

Der Vertrauensleutenkörper von KSB sagt dazu: „Fest steht. Hier wurde eine Kollegin entlassen, die sich konsequent für die Vertretung der Probleme ihrer Kolleginnen eingesetzt hat!“ (Mitteilung ...) Die Kolleginnen zogen vor's Arbeitsgericht. Zunächst stellten zwei der Betroffenen, die nicht gewerkschaftlich organisiert sind, Antrag auf Weiterbeschäftigung durch eine einstweilige Verfügung. Mit Erfolg. „Dann reichte auch die Gewerkschaft beim Arbeitsgericht einstweilige Verfügung für ihre drei Mitglieder ein“ (Weserkurier, WK, 6.2.79). Für zwei der Kolleginnen ebenfalls mit Erfolg.

Im Gegensatz zur bisherigen Rechtsauffassung des Bundesarbeitsgerichts haben die Bremer Arbeitsrichter unter Vorsitz von Martin Betschbach im vorliegenden Falle einen Weiterbeschäftigungsanspruch

der entlassenen Frauen, da sonst bis zum endgültigen Abschluß des noch anstehenden Kündigungsschutzverfahrens Persönlichkeitsrechte verletzt würden und Wiedereingliederungsschwierigkeiten in den Arbeitsprozeß eintreten könnten. Außerdem seien weder Abmahnungen erfolgt noch die Arbeitsplätze der Betroffenen abgebaut worden“ (WK, 6.3.79).

Eine der Kolleginnen allerdings kam mit der einstweiligen Verfügung nicht durch, weil sie schon einen Arbeitsvertrag in einem anderen Betrieb unterschrieben hatte.

Dieser Beschluß der 8. Kammer des Arbeitsgerichts Bremen ist insofern von Bedeutung, weil hiermit der Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts direkt widersprochen wurde. Die 8. Kammer wollte das Persönlichkeitsrecht, die Arbeitsmarktsituation und die Erhaltung beruflicher Fertigkeiten berücksichtigen. „Anderenfalls ... werde das Kündigungsschutzgesetz zum Abfindungsgesetz degradiert“ (WK 6.3.).

Die Kolleginnen können jetzt also bis zum Abschluß des Kündigungsschutzverfahrens weiterarbeiten. Das ist sicher ein Erfolg!

Die Geschäftsleitung allerdings tut natürlich alles, um den Kolleginnen das Leben so schwer wie möglich zu machen und sie erneut rauszuschießen. In der Güteverhandlung am 12.3. drohte sie den Kolleginnen eine Drückkündigung an. Wenn sich andere Arbeitnehmer weiter über die Kolleginnen beschwerten und die Geschäftsleitung nicht schlichteten könne, müßten die vier Frauen doch gehen. Außerdem hat der Anwalt der KSB inzwischen eine einstweilige Anordnung auf Aufhebung der Zwangsvollstreckung eingereicht. Wenn sie durchkommt, bräuhete der Betrieb die Kolleginnen nicht weiterzubeschäftigen.

(Alle Angaben nach „Mitteilung des Vertrauensleutenkörpers von KSB“, WK 6.3.79.)

KW/Gruppe Bremen

Kurzmitteilungen

Wieder Einstellungsstopp bei den Fernmeldern

Am 19. Februar verfügte das Bundespostministerium einen erneuten Einstellungsstopp für den Fernmeldebereich, der zunächst bis zum 30. April 1979 gelten soll. Diese Maßnahme wirkt sich auch im Postbereich aus, da dort dringend notwendige Einstellungen nicht vorgenommen werden. Der Einstellungsstopp verschärft den schon bestehenden Personalmangel auf drastische Weise. Allein im letzten Jahr konnten die Beschäftigten 1,66 Millionen Urlaubstage nicht nehmen, da die dafür erforderlichen Vertreter nicht vorhanden waren. Teilweise praktiziert die Post einen stillschweigenden Ersatzstopp, um den Personalunterbestand aufzufüllen. Nach Feststellungen der Postgewerkschaft sind allein im Jahre 78 1328455 Überstunden von den Kollegen erbracht worden, die jetzt in den nicht abgewickelten Urlaubsansprüchen wieder auftreten. Diese Situation macht deutlich, daß der jetzt bestehende Personalbestand von 460000 Kollegen für die Bewältigung der anfallenden Arbeit absolut nicht ausreicht. Dies ist vor allem eine Folge der seit Jahren verfolgten Rationalisierungspolitik, die schon zur Vernichtung von 20-30000 Arbeitsplätzen bei der Post geführt hat.

Doch das Bundespostministerium ... diesen Kurs in diesem Jahr noch weiter verschärfen. In diesem Jahr soll der Personalbestand auf 450000 gesenkt werden, obwohl die Bundespost nach eigenen Berechnungen gegenwärtigen Stand der Rationalisierungsmaßnahmen im diesem Jahr vermindert werden, errechnete das BPM immer noch einen Personalbedarf von 453 900. Demnach will die Bundespost über den Stand der durch Rationalisierungsmaßnahmen erzielten Arbeitsplatzvermehrung hinausgehen um die Ausbeutung der Arbeitskraft der Kollegen bis an deren physische Grenzen zu erhöhen. Das Geschäft der Profitmaximierung brachte dem Staat im letzten Jahr eine Sonderabgabe der Bundespost in Höhe von 1,1 Milliarden DM ein, die von der Post aus den erzielten Bilanzüberschüssen bezahlt wurde. So müssen die Knochen der Postkollegen herhalten um den Staatshaushalt aufzufüllen.

Wieder Einstellungsstopp bei den Fernmeldern

Am 19. Februar verfügte das Bundespostministerium einen erneuten Einstellungsstopp für den Fernmeldebereich, der zunächst bis zum 30. April 1979 gelten soll. Diese Maßnahme wirkt sich auch im Postbereich aus, da dort dringend notwendige Einstellungen nicht vorgenommen werden. Der Einstellungsstopp verschärft den schon bestehenden Personalmangel auf drastische Weise. Allein im letzten Jahr konnten die Beschäftigten 1,66 Millionen Urlaubstage nicht nehmen, da die dafür erforderlichen Vertreter nicht vorhanden waren. Teilweise praktiziert die Post einen stillschweigenden Ersatzstopp, um den Personalunterbestand aufzufüllen. Nach Feststellungen der Postgewerkschaft sind allein im Jahre 78 1328455 Überstunden von den Kollegen erbracht worden, die jetzt in den nicht abgewickelten Urlaubsansprüchen wieder auftreten. Diese Situation macht deutlich, daß der jetzt bestehende Personalbestand von 460000 Kollegen für die Bewältigung der anfallenden Arbeit absolut nicht ausreicht. Dies ist vor allem eine Folge der seit Jahren verfolgten Rationalisierungspolitik, die schon zur Vernichtung von 20-30000 Arbeitsplätzen bei der Post geführt hat.

Doch das Bundespostministerium ... diesen Kurs in diesem Jahr noch weiter verschärfen. In diesem Jahr soll der Personalbestand auf 450000 gesenkt werden, obwohl die Bundespost nach eigenen Berechnungen gegenwärtigen Stand der Rationalisierungsmaßnahmen im diesem Jahr vermindert werden, errechnete das BPM immer noch einen Personalbedarf von 453 900. Demnach will die Bundespost über den Stand der durch Rationalisierungsmaßnahmen erzielten Arbeitsplatzvermehrung hinausgehen um die Ausbeutung der Arbeitskraft der Kollegen bis an deren physische Grenzen zu erhöhen. Das Geschäft der Profitmaximierung brachte dem Staat im letzten Jahr eine Sonderabgabe der Bundespost in Höhe von 1,1 Milliarden DM ein, die von der Post aus den erzielten Bilanzüberschüssen bezahlt wurde. So müssen die Knochen der Postkollegen herhalten um den Staatshaushalt aufzufüllen.

(Zahlenangaben aus „Deutsche Post“ 5/79)

Beker-Besetzung vorerst beendet

Wir berichteten in AK 146 von der Betriebsbesetzung der Kollegen der Beker-Chemie in Brake. Über 100 Arbeiter und Angestellten droht hier der Verlust ihres Arbeitsplatzes infolge von Praktiken des amerikanischen Beker-Konzerns. Ob überhaupt Mittel für einen Sozialplan zur Verfügung stehen, wird abgewartet.

Kurzmitteilungen

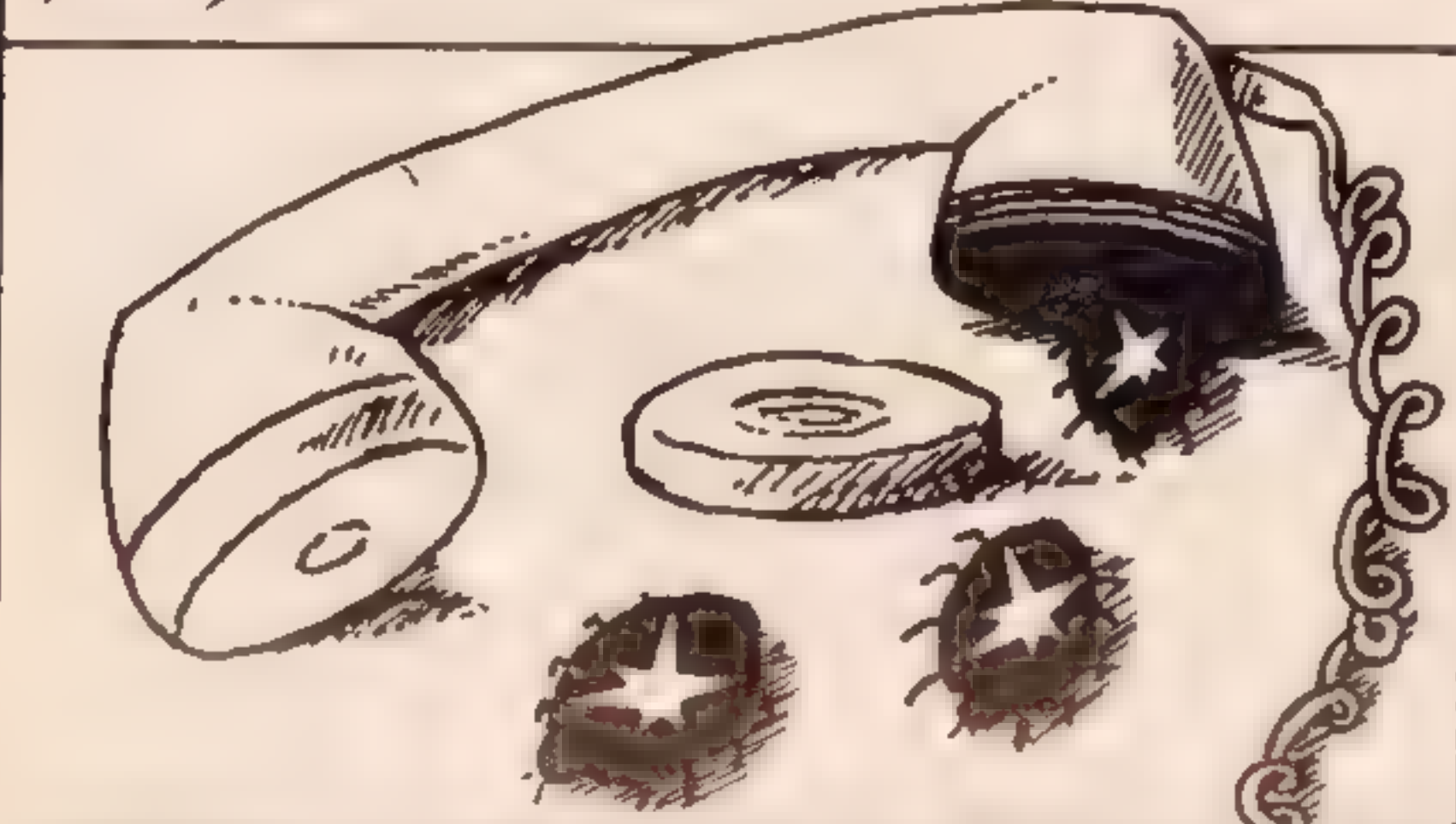
Beker-Besetzung vorerst beendet

Wir berichteten in AK 146 von der Betriebsbesetzung der Kollegen der Beker-Chemie in Brake. Über 100 Arbeiter und Angestellten droht hier der Verlust ihres Arbeitsplatzes infolge von Praktiken des amerikanischen Beker-Konzerns. Ob überhaupt Mittel für einen Sozialplan zur Verfügung stehen, wird abgewartet. Die Betriebsbesetzung mußte inzwischen aufgegeben werden. Nachdem der Gläubigermittelschluß die regelmäßigen Betriebsversammlungen auf dem Firmengelände verboten hatte und die Polizei androhte, gegen die Verhinderung des Abtransports der Maschinen mit allen Mitteln vorzugehen, hatten die Kollegen nichts mehr zuzulegen — die Bedingungen für notwendig geworden radikale Kampfformen waren nicht da. Denn inzwischen waren einzelne Beschäftigte bereits an neue Stellen vermittelt worden, zudem schloß eine wirksame Unterstützung seitens der IG Chemie. Für den Fall, daß Gläubiger in großem Maßstab Anlagen demonstrieren wollen, sind weitere spektakuläre Aktionen geplant. In Arbeit sind außerdem ein Film und eine Broschüre über den Kampf der Beker-Belegschaft und deren Erfahrungen. Zu diesen gehört unter anderem die proklamierte Solidarität, die die Belegschaft von seitens anderer Belegschaften, Gewerkschaften und Kollegengruppen erfahren hat — über 100 Solidaritätsadressen sowie ein Spendenergebnis von weit über 30 000 DM legen davon Zeugnis ab.

Betriebsrat gewinnt gegen Gewerkschaftsunternehmen

Einen ersten Erfolg verzeichnete Walter Gerber, der Betriebsratsvorsitzende der COOP Tochter (Händel-Produktions AG (Hapro) vor dem Arbeitsgericht in Hamburg. Der Antrag des Vorstandes der gewerkschaftsfeindlichen COOP Walter Gerber fristlos zu kündigen (s. AK 147), wurde abgelehnt. Dieses Urteil wurde vom Großbetrieb der Kollegen sowie den meisten Betriebsratsmitgliedern freudig aufgenommen. Daß diese Sache noch nicht beendet ist, zeigen folgende, nicht ausstehende Prozesse in diesem Monat. Zum einen geht es dabei um die zentrale Rechtsfrage, hat der BR-Vorsitzende W. Gerber weiterhin Anspruch auf Freistellung? Zum anderen klagt W. Gerber gegen die vom Vorstand vorgenommene Gehaltskürzung um 25%.

HACHFELD



VS überprüft Personalratskandidaten

Während der Personalratswahlen 1978 in Westberlin wurden — wie jetzt bekanntgeworden ist — vom Bezirksamt Charlottenburg Wahlplakate der ÖTV an das westberliner Landesamt für Verfassungsschutz weitergegeben. Diese Zusammenarbeit mit dem VS wurde durch einen Vermerk in einer Dienst-Disziplinarordnungs-Akte auch schriftlich festgehalten.

Die betroffenen Kollegin, Mitarbeiterin des Bezirksamtes Charlottenburg, hatte zu den Personalratswahlen für die ÖTV kandidiert. Vor kurzem war sie mit der Begründung „aktive Mitgliedschaft in der SEW“ vorläufig vom Dienst suspendiert

worden. Ihre Kollegen stoberten in der genannten Akte und fanden die Eintragung (nach „Die Neue“, 10 u. 14.3.79). „Die Neue“ erhielt von einem Sprecher des Bezirksamtes die Mitteilung, die Weitergabe sei erfolgt, weil man dem Verfassungsschutz habe beweisen müssen (!), daß eine Mitarbeiterin des Bezirksamtes, die „unter dem Verdacht der SEW-Mitgliedschaft steht“, auch tatsächlich beim Bezirksamt angestellt gewesen sei“ („Die Neue“, 14.3.79).

Eine dümmere Antwort hätte man sich kaum ausdenken können. Auch die Antwort auf die Frage, „warum

man keine Personalausweise oder Lohnsteuerkarte an den Verfassungsschutz weitergegeben habe“ („Die Neue“, ebenda), ist entsprechend späßig: „dies sei dem Bezirksamt streng verboten und verfassungswidrig (!)“ (ebd.).

Natürlich hatte auch die Behörde selbst ein besonderes Interesse daran, zu erfahren, wo die ÖTV-kandidaten politisch beheimatet sind. Diese Tatsache wird ja auch durch die Bestätigung der Behörde überhaupt nicht verheimlicht.

ÖTV-Kommision

Trotz Dementi: IG-Chemie-Vorstand greift Vertrauensleute an

Der Vorstand der IG Chemie beabsichtigt durch eine Satzungsänderung sich das Recht zu sichern, gewerkschaftliche Vertrauensleute zu berufen, anstatt sie von den Mitgliedern wählen zu lassen (siehe letzter AK). Mittlerweile hat der IG Chemie-Vorstand die Hauenschild in der „Frankfurter Rundschau“, die dieses Vorhaben als erste enthüllte, eine Gegendarstellung veröffentlicht lassen.

In seiner Gegendarstellung in der „FR“ vom 8.3. erklärt Hauenschild: „Nach wie vor bleibe die Wahl von Vertrauensleuten der „Normalfall“, das Berufsrecht sei nur neu aufgenommen worden, um eine bestehende „Rechtsunsicherheit“ zu beseitigen, der ein Beschluß des Beschwerdeausschusses der Gewerkschaft zu grundlege.“

rum elf Tage nach dem Vorstandsbeschuß erfolgte), schickte der Vorstand ein Rundschreiben an alle Sekretäre der Organisation mit den Materialien zum Vorstandsbeschuß. Bis dahin hatten nur die hauptamtlichen Bezirksleiter an den »Vorberatungen« teilge-

Am wichtigsten ist jedoch die Auseinandersetzung um Punkt 1 der Hauenschild-Dementis. Bei dem von Hauenschild erwähnten Urteil des Beschwerdeausschusses handelt es sich um folgenden Vorgang: Bei den Betriebsratswahlen 1978 im Leverkusener Bayer-Werk kandidierten 60 Gewerkschafter aus Protest gegen die bisherige Betriebsratspolitik und die Mäuschlein beim Aufstellen der Betriebsratsliste der IG Chemie auf einer eigenen Liste »Gewerkschafter für einen bes-

Vertrauenskörper, die eine Pervertierung gewerkschaftlicher Arbeit darstellen (u.a. hat der Unternehmer das Recht, an den Sitzungen dieser »Interessenvertretung« teilzunehmen), auszugreifen – denn, die Gewerkschaftsführer wollen durch eine Satzungsänderung sogar das Weiterbestehen solcher Organe gewährleisten. Das satzungsnähe geplante Recht der Berufung von Vertrauensleuten durch den Vorstand »bleibt ein Hilfsmittel für solche Fälle, wo wegen der Teilnahme von Unorganisierten an den Wahlen von Vertrauensleuten Zweifel an der Legitimation entstehen könnten« („GP“, 3/79). Hier also liegt der Hund begraben!

Das heißt nichts anderes, als daß weiterhin auch Unorganisierte Einfluß nehmen können auf den Willensbildungsprozeß in der Gewerkschaft. Ein so gewählter betrieblicher Vertrauensmann, der gleichzeitig Gewerkschaftsmittglied ist, wird in Zukunft zusätzlich vom Verwaltungsvorstand als gewerkschaftlicher Vertrauensmann berufen. Das ist dann satzungsgemäß, und so bleibt alles beim Alten, nur die »Rechtsunsicherheit« beseitigt.

In seiner Anwendung bedeutet das, daß nach dieser Satzungsänderung die 60 kritischen Gewerkschafter die aus Protest gegen die Machtpolitik als eingetragener IG Chemie-Betriebsrat bei Bayer-Leverkusen eine eigene Liste gebildet haben, nicht etwa damit rechnen können, daß zukünftig demokratischer verfahren wird. Sondern sie können jetzt satzungsgemäß ohne Einspruch des Beschwerdeausschusses ausgeschlossen werden!

Diese Maßnahmen des IG Chemie Vorstands richten sich eindeutig gegen eine Politik, die kritisch zur Gewerkschaftsführung steht. Sie dient der Unterdrückung solcher Kritiken und der Absicherung der Macht solcher rechter Gewerkschaftsführer, die ihre Machtposition nicht zuletzt dem Zustand verdanken, daß solche betrieblichen Vertrauenskörper existieren, die mit dem Gedanken einer Kampf-gewerkschaft nichts mehr mit der Umwandlung eines ehemaligen Gewerkschaftsorgans in ein »Sozialpartnerschafts«-Instrument der Unternehmer aber sehr viel zu tun haben.

Der Satzungsänderungsvorschlag des Vorstands dient dem weiteren Abbau innergewerkschaftlicher Demokratie und dem Ausbau der Vorstandsallmacht. Er muß umgehend diskutiert und abgelehnt werden.

Es ist außerdem an der Zeit, in der IG Chemie die Debatte um die Abschaffung der betrieblichen Vertrauenskörper und Aufbau gewerkschaftlicher Interessenvertretungen zu führen. Dieser Schritt muß statt dessen in der Satzung verankert werden! Eine Form, wie man zur Gewerkschaftsführung steht. Sie dient der Unterdrückung solcher Kritiken und der Absicherung der Macht solcher rechter Gewerkschaftsführer, die ihre Machtposition nicht zuletzt dem Zustand verdanken, daß solche betrieblichen Vertrauenskörper existieren, die mit dem Gedanken einer Kampf-gewerkschaft nichts mehr mit der Umwandlung eines ehemaligen Gewerkschaftsorgans in ein »Sozialpartnerschafts«-Instrument der Unternehmer aber sehr viel zu tun haben.

Der Satzungsänderungsvorschlag des Vorstands dient dem weiteren Abbau innergewerkschaftlicher Demokratie und dem Ausbau der Vorstandsallmacht. Er muß umgehend diskutiert und abgelehnt werden.

Es ist außerdem an der Zeit, in der IG Chemie die Debatte um die Abschaffung der betrieblichen Vertrauenskörper und Aufbau gewerkschaftlicher Interessenvertretungen zu führen. Dieser Schritt muß statt dessen in der Satzung verankert werden!

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Erfolgreicher Warnstreik bei Danfoss

Am 8. März traten die Kolleginnen und Kollegen der Metallfirma Danfoss in Flensburg geschlossen in den Streik. Er begann um 10 Uhr in der Frühschicht in einigen Abteilungen, mit Beginn der Spätschicht standen schließlich alle Bänder und Maschinen still.

Anlaß war die Bekanntgabe einer Reihe von gestrichenen Sozialleistungen. Als Grund hierfür wurden u.a. »Absatzschwächen« wegen der Lage im Iran angegeben. Danach sollten die Danfoss-Beschäftigten – keine Zuschüsse zum Busfahrgehalt mehr erhalten – den Preis für das Kantineessen zukünftig voll bezahlen, die einmahlige Zahlung von 150 DM bei der Geburt eines Kindes nicht mehr erhalten, keine Arbeitskleidung mehr vom Betrieb gestellt bekommen.

Als am 8. März dies per Aushang am Schwarzen Brett bekannt wurde, war das Maß voll, es kam zum ersten Mal seit Jahren zu einer derart geschlossenen spontanen Aktion.

Auf der außerordentlichen Betriebsversammlung am 12.3. mußte die Geschäftsleitung nachgeben, die Bezahlung der Streikzeit und die Rücknahme (fast) aller Streichungen wurde bekanntgegeben. Viele Kollegen beteiligten sich an einer ergebnisreichen Debatte, in der dieses Ergebnis als Erfolg des geschlossenen Auftretens gefeiert wurde.

Das macht Mut für weitere Auseinandersetzungen!

Nach dem Bericht einer Flensburger Genossin

Texaco-Vertrauensleute gegen geplante Satzungsänderung

Auf ihrer Sitzung am 12.3.79 beschlossen die Vertrauensleute der Texaco-Hauptverwaltung einstimmig einen Entschließungsantrag gegen die vom IG Chemie-Vorstand geplante Satzungsänderung zur Ernennung von Vertrauensleuten. Der IG Chemie-Vertrauenskörper in der Texaco-Hauptverwaltung wurde zu nächst – bis zur nächsten ordentlichen Wahl – vom Verwaltungsvorstand Hamburg ernannt, nachdem der Verwaltungsvorstand in Zusammenarbeit mit dem IG Chemie-Hauptvorstand den ehemaligen und gewählten Vertrauensleutekörper durch den Gewerkschaftsausschuß von 15 Mitgliedern liquidiert hatte. Unter diesem Aspekt hat der Entschließungsantrag eine besondere Bedeutung.

Der Antrag, den wir in seinen wesentlichen Auszügen wiedergeben, geht an den Hauptvorstand und an die Personengruppenkonferenz der IG Chemie in Hamburg mit der Aufforderung, sich dem Antrag anzuschließen. In der Konferenz sind die Personengruppen Angestellte, Frauen und Jugend vertreten.

1. Die Tatsache, daß Mitglieder der ehrenamtlichen Funktionäre unserer Gewerkschaft erst im März durch die Gewerkschaftsliste von der beabsichtigten Satzungsänderung erfahren haben, wird mißbilligt.

2. Die Wahl der Vertrauensleute darf auch weiterhin nur in Urwahl durch die Mitglieder vorgenommen werden, allein in begründeten Ausnahmefällen, d.h. wo der niedrige Organisationsgrad in einem Betrieb eine Wahl nicht möglich macht, darf von der hilfsweisen Möglichkeit der Berufung Gebrauch

gemacht werden. Deshalb wird jede Abschwächung dieser strikten Ausnahme-Regelung durch Einführung einer einfachen Alternativregelung „Entweder Urwahl oder Berufung“ abgelehnt.

3. Auch die Übernahme der entsprechenden Regelung der Richtlinien in die Satzung löst das zur Diskussion stehende Problem nicht. Denn wenn die gewerkschaftlichen Vertrauensleute bislang in Betrieben mit betrieblichen Vertrauensleuten auch von Nichtorganisierten gewählt wurden, so würden nun Nichtorganisierte durch die Wahl betrieblicher Vertrauensleute über die Berufung zum gewerkschaftlichen Vertrauensmann mitentscheiden. Denn berufen werden sollen nur solche, die vorher auch gewählt worden sind.

4. Aus den in den Punkten zwei und drei genannten Gründen fordern wir, etwaige Satzungsänderungen oder -ergänzungen zur Wahl unserer gewerkschaftlichen Vertrauensleute auf den 1980 stattfindenden Gewerkschaftstag zu verschieben.

Nach gründlicher Diskussion und Vorbereitung kann das Problem der betrieblichen Vertrauensleute auf dem nächsten Gewerkschaftstag entschieden werden. Wir möchten schließlich Hauptvorstand, Beirat, Satzungs-Kommission noch darauf hinweisen, daß Änderungen und Ergänzungen, die unsere Satzung immer komplizierter machen bis nur noch Experten sie voll ausschöpfen können, auf eine Einigung inner-gewerkschaftlicher Demokratie hinauslaufen, auch wenn dies von keinem gewollt wird.“

ÖTV-Führung will Vertrauensleute ausschließen

Frankfurt. Mit enormer Schärfe geht die ÖTV-Kreisverwaltung gegen sieben Vertrauensleute der Deutschen Bibliothek vor. Wie in ihrer Selbstdarstellung in AK 148 berichtet, wurden diese sieben Vertrauensleute nach der Wahl von der ÖTV-Führung nicht bestätigt und erhielten damit Funktionsverbot.

Die Gründe dafür liegen darin, daß sich die sieben „... nicht den ÖTV-Leitlinien für Vertrauensleute“ entsprechend als Transmissionsriemen der Kreisverwaltung, sondern dem Willen der Mitglieder verpflichtet, als Exekutive der Betriebsgruppe verhielten. Dieses Selbstverständnis

3. Die Betriebsgruppe soll als Gesamtschuldner der Kosten des „Rechtsstreites“ tragen. In ihrer Klagebegründung meinen die neuen Herrn Rechtsanwälte der ÖTV:

„Die Broschüre 'Ihr hemmt uns, doch ihr zwingt uns nicht' enthält eine Fülle von unwahren Tatsachenaussagen und Beleidigungen, darüber hinaus wird in ihr zum aktiven gewerkschaftsschädigenden Tun aufgerufen, denn es sollen Gruppen gegründet bzw. zusammengehalten werden, die nicht bereit sind, sich den Beschlüssen der zuständigen Gremien der ÖTV zu beugen und diese

ÖTV-Führung will Vertrauensleute ausschließen

Frankfurt. Mit enormer Schärfe geht die ÖTV-Kreisverwaltung gegen sieben Vertrauensleute der Deutschen Bibliothek vor. Wie in ihrer Selbstdarstellung in AK 148 berichtet, wurden diese sieben Vertrauensleute nach der Wahl von der ÖTV-Führung nicht bestätigt und erhielten damit Funktionsverbot.

Die Gründe dafür liegen darin, daß sich die sieben „... nicht den ÖTV-Leitlinien für Vertrauensleute“ entsprechend als Transmissionsriemen der Kreisverwaltung, sondern dem Willen der Mitglieder verpflichtet, als Exekutive der Betriebsgruppe verhielten. Dieses Selbstverständnis hat seinen Niederschlag in einer eigenen Geschäftsordnung der Betriebsgruppe gefunden und kommt in einem konsequenten Eintreten für Arbeitnehmerinteressen gegenüber der Dienststellenleitung und wo immer zum Ausdruck.

Diese gewerkschaftliche Grundhaltung nahm die ÖTV-Kreisverwaltung Frankfurt in der Folgezeit mehrmals zum Anlaß, uns wegen »satzungswidrigen Verhaltens« zu verwarren und mit der Auflösung des Vertrauensleutekörpers zu drohen.“

(aus der Dokumentation der Gruppe 'Ihr hemmt uns, doch ihr zwingt uns nicht')"

Im weiteren wird der Gruppe vorgeworfen, daß es nicht satzungsgemäß sei, Leserbriefe und andere Schreiben mit der Bezeichnung „ÖTV“ von der Gruppe zu veröffentlichen.

Inzwischen strebt die Kreisverwaltung neben dem Funktionsverbot den Ausschluß gegen sie an. Zu dieser Maßnahme wird geiffen, weil die Betriebsgruppe konsequent bei ihren Standpunkten blieb und die Auseinandersetzung mit der Kreisverwaltung öffentlich dokumentierte.

Doch die ÖTV-Führung gibt sich mit diesen administrativen Praktiken nicht zufrieden. Sie hat die Rechtsanwälte Schlägel & Herzberg beauftragt, eine Unterlassungsklage gegen die Betriebsgruppe zu führen bei einem Streitwert von 20.000 DM!

Die Betriebsgruppe soll dazu verurteilt werden:

1. Es bei Androhung von Ordnungs- oder Ordnungsgeld zu unterlassen, die Bezeichnung „ÖTV-Betriebsgruppe Deutsche Bibliothek“ zu gebrauchen.

2. Sie sollen es unterlassen, die Broschüre „Ihr hemmt uns, doch ihr zwingt uns nicht“ zu verteilen bzw. zu vertreiben.

3. Die Betriebsgruppe soll als Gesamtschuldner der Kosten des „Rechtsstreites“ tragen. In ihrer Klagebegründung meinen die neuen Herrn Rechtsanwälte der ÖTV:

„Die Broschüre 'Ihr hemmt uns, doch ihr zwingt uns nicht' enthält eine Fülle von unwahren Tatsachenaussagen und Beleidigungen, darüber hinaus wird in ihr zum aktiven gewerkschaftsschädigenden Tun aufgerufen, denn es sollen Gruppen gegründet bzw. zusammengehalten werden, die nicht bereit sind, sich den Beschlüssen der zuständigen Gremien der ÖTV zu beugen und diese anzuerkennen!“

Doch die ÖTV-Führung beläßt es über ihre Anwälte nicht nur dabei, fortwährend und konsequente Gewerkschafter in ihrem Handeln und ihrer freien Meinungsäußerung zu beschneiden. Gleichzeitig geben sie den Staatsschutz-Stellen den Wink, „daß die Beklagten offensichtlich zu den Gruppen zu zählen sind, die nicht bereit sind, die Rechtsordnung dieses Staates anzuerkennen“.

Damit werden die Vertrauensleute ihren Arbeitgebern „zum Abschalt“ freigegeben!

Dieses besonders, harte und brutale Vorgehen der ÖTV-Führung verdient eine schnelle, starke Solidarität aller fortschrittlichen und konsequenten oppositionellen Gewerkschafter. Das Landgericht Stuttgart hat bereits den Termin vor der Kammer auf den 12.4. um 10 Uhr gelegt.

Inzwischen haben bereits 83% der Mitglieder der ÖTV-Betriebsgruppe Deutsche Bibliothek in einer Protestresolution ihre Empörung über die völlige Mißachtung ihrer Wahlentscheidung gegenüber dem ÖTV-Kreisvorstand zum Ausdruck gebracht. Sie haben sich voll hinter die von ihnen gewählten Vertrauensleute gestellt und die sofortige Aufhebung des Funktionsverbotes gefordert. Dieser Forderung haben sich bereits zahlreiche Gewerkschafter darunter viele bekannte Namen angeschlossen.

Vordrucke für Unterschriftenlisten sowie die Broschüre „Ihr hemmt uns, doch ihr zwingt uns nicht“ sind zu beziehen über:

Friedhelm Knipping
Grüßstraße 71
6000 Frankfurt/M 90
zum Selbstkostenpreis von DM 2

ÖTV Kommission

PERSONAL UND SOZIALWESSEN 4/WEAKSVERWALTUNG 20. Mai 1976

M alle Mitarbeiter

Wahl der betrieblichen Vertrauensleute

Seit 1967 haben die betrieblichen Vertrauensleute ihren Platz in der Betriebsverfassung unseres Werkes. Nun stehen wieder Neuwahlen an.

Die über 400 betrieblichen Vertrauensleute haben gerade im vergangenen Jahr mit seinen durch die wirtschaftliche Rezession bedingten Belastungen ein Mehr an Mitarbeit und Verantwortung auf sich genommen. Dafür ist ihnen viel gedankt worden. Es darf heute mit Sicherheit gesagt werden, daß sich diese Institution bewährt hat.

In diesem Jahr sind die wahlberechtigten Mitarbeiter dazu aufgerufen, in der Zeit vom 1. bis 4. Juni 1976 den Mann oder die Frau ihres Vertrauens für die nächsten drei Jahre zu wählen.

Die Vergangenheit hat vielfach gezeigt, daß Vertrauensleute nur erfolgreich wirken können, wenn sie zu den Kollegen, zu den Vorgesetzten und zum Betriebsrat ein ausgewogenes Vertrauensverhältnis besteht.

Deshalb ist es wiederum wichtig, diejenigen Damen und Herren zu wählen, die aufgrund ihrer Leistung und Persönlichkeit die Achtung und das Vertrauen ihres gesamten Betreuungsbereiches besitzen.

Durch ihr Engagement können die betrieblichen Vertrauensleute viel zur weiteren Verbesserung der Zusammenarbeit beitragen. Sie sorgen für die sogenannte „Feinabstimmung“ im Betrieb, informieren und bringen wichtige betriebliche Fragen zur Sprache. Dazu aber brauchen sie stets den Rückhalt bei ihren Kollegen.

Stärken Sie mit Ihrer Stimme die Stellung Ihres Vertrauensmannes. Machen Sie von Ihrem Wahlrecht Gebrauch.

hükon

Die Abteilung „Personal- und Sozialwesen“ bei der Unternehmensleitung der Frankfurter Hoechst AG ruft zur Wahl der „betrieblichen Vertrauensleute“ auf. Vom Gedanken gewerkschaftlicher Interessenvertretung ist hier nichts mehr zu spüren, von Vertrauensleuten als Ordnungsorgan des Unternehmens schon eher. Auf genau dieses Organ stützt Rolf Brand, Betriebsratsvorsitzender bei Hoechst, u.a. seine Macht. Brand ist gleichzeitig Mitglied im Hauptvorstand der IG Chemie und entschiedener Verfechter der Satzungsänderung.

Wirken können, wenn zu den Kollegen zu den Vorgesetzten und zum Betriebsrat ein ausgewogenes Vertrauensverhältnis besteht.

Deshalb ist es wiederum wichtig, diejenigen Damen und Herren zu wählen, die aufgrund ihrer Leistung und Persönlichkeit die Achtung und das Vertrauen ihres gesamten Betreuungsbereiches besitzen.

Durch ihr Engagement können die betrieblichen Vertrauensleute viel zur weiteren Verbesserung der Zusammenarbeit beitragen. Sie sorgen für die sogenannte „Feinabstimmung“ im Betrieb, informieren und bringen wichtige betriebliche Fragen zur Sprache. Dazu aber brauchen sie stets den Rückhalt bei ihren Kollegen.

Stärken Sie mit Ihrer Stimme die Stellung Ihres Vertrauensmannes. Machen Sie von Ihrem Wahlrecht Gebrauch.

Die Abteilung „Personal- und Sozialwesen“ bei der Unternehmensleitung der Frankfurter Hoechst AG ruft zur Wahl der „betrieblichen Vertrauensleute“ auf. Vom Gedanken gewerkschaftlicher Interessenvertretung ist hier nichts mehr zu spüren, von Vertrauensleuten als Ordnungsorgan des Unternehmens schon eher. Auf genau dieses Organ stützt Rolf Brand, Betriebsratsvorsitzender bei Hoechst, u.a. seine Macht. Brand ist gleichzeitig Mitglied im Hauptvorstand der IG Chemie und entschiedener Verfechter der Satzungsänderung.

- Die Passage, daß Vertrauensleute erst dann als anerkannt gelten, wenn der Vorstand einer Verwaltungsstelle sie im Amt bestätigt, ist nicht neu, sondern gelte bereits derzeit.
- Die Passage, daß der Vorwurf zurückgewiesen, daß die Satzungsänderung ohne breite Beratung durchgezogen werden sollte. Diese Beratung sei erfolgt.
- dementiert Hauenschild nicht, daß es Widersprüche im Vorstand im Vorgehen gibt und daß u.a. auch andere Rechtsauffassungen vorliegen. Ein entsprechendes juristisches Gutachten sei nur eines von mehreren. Die Abstimmung um die Vorlage zur Satzungsänderung sei im geschäftsführenden Hauptvorstand mit 6 gegen 2 und im Gesamthauptvorstand mit 19 gegen 6 Stimmen ausgefallen.

Zu den Punkten 2 und 3 stellte die „FR“ klar:

zu 2. Zwar ist bereits in den IG Chemie Richtlinien zur Vertrauensleutewahl die Bestätigung durch den Verwaltungsvorstand vorgesehen, jedoch ist in der neuen Vorlage diese bisher nicht in der Satzung enthaltene Vorschrift (die »Richtlinien« sind der Satzung untergeordnet) als ein Maß in die Satzung aufgenommen; »Die gewählten Vertrauensleute bedürfen der Bestätigung durch den Verwaltungsvorstand.« Das bedeutet: War bisher ein gewählter Vertrauensmann automatisch durch eine Bestätigung des Vorstands im Amt, ist es heute nur, wenn der Verwaltungsvorstand ebenfalls ja sagt, dieser hat auch das Recht, die Bestätigung zu versagen. Hier tritt der beispielsweise in der IG Metall bereits übliche Mechanismus ein, daß das Vorstandsrecht höherwertiger ist als das der gewerkschaftlichen Basis.

zu 3. Daß eine breite Diskussion der geplanten Satzungsänderung vorher erfolgt sei, widerlegt die „FR“. Erst am 26. Februar, knapp eine Woche nach der „FR“-Enthüllung (die wieder-

seren Betriebsrat). Nach den Wahlen wurden sie (alle 60!) aus der IG Chemie ausgeschlossen.

Der Beschwerdeausschuß der Gewerkschaft hob den Ausschluß jedoch wieder auf. Begründung: sie hätten zwar »formell gegen die Bestimmungen der Satzung und die Richtlinien für Betriebsratswahlen verstoßen«, da aber durch die Existenz sogenannter betrieblicher Vertrauensleute in den betreffenden Betrieben die Willensbildung der Vertrauensleute bei der Aufstellung der von der IG Chemie autorisierten Kandidatenliste auch von Unorganisierten beeinflusst worden sein kann, wäre der Ausschluß der Gegner der offiziellen IG Chemie Liste nicht zu rechtfertigen („Gewerkschaftspost“, 3/79).

Dieser Spruch besagt, daß zukünftig reichlich die Existenz der in den Chemiegroßbetrieben üblichen betrieblichen Vertrauenskörper (siehe AK 149) im Gegensatz steht zur Bildung gewerkschaftlicher Vertrauenskörper, da auch Nicht-Gewerkschaftsmittglieder die betrieblichen Vertrauensleute wählen. Damit nehmen diese Wähler indirekt auch Einfluß auf die innergewerkschaftliche Meinungsbildung, wählen z.B. Delegierte oder stellen die Betriebsratsliste der Gewerkschaft auf. Der IG Chemie-Vorstand befürchtet nun, daß als Konsequenz der Auffassung des Beschwerdeausschusses die Legitimation von ehren- und hauptamtlichen Funktionären, von Delegierten usw., aber auch von Entscheidungen, die von diesen getroffen werden, angezweifelt oder gar angefochten werden können („GP“, 3/79). Deshalb hielt der Hauptvorstand eine schnelle Entscheidung des Beirats für nötig (ebenda).

Der Vorstand zieht also aus dieser Situation nicht etwa die Konsequenz, endlich den längst überfälligen Schritt zu tun, die Existenz betrieblicher

IGM-Führung mit schwerem Geschütz gegen kritische Vertrauensleute

Die Auseinandersetzungen in der IG Metall um die Konsequenzen aus der Niederlage im 44-tägigen Stahlarbeiterstreik haben an. Nach den scharfen Kritiken der Vertrauensleute aus den Betrieben Hoesch Westfalenhütte und Hoesch-Phönix in Dortmund, Thyssen Hamborn und Mannesmann-Hückingen sowie Thyssen-Hüttenheim in Duisburg (wir berichteten in den letzten AKs darüber) am Vorstand der IG Metall, geht dieser zur Gegenoffensive über.

Schützenhilfe bekommt der IGM-Vorstand auch aus einigen Betrieben. Die Vertrauensleute von Krupp in Bochum sprachen dem angegriffenen IGM-Bezirksleiter Kurt Herb das Vertrauen aus und distanzierten sich von den Dortmunder Hoesch-Kollegen. Die Vertrauensleute der Thyssen-Gießerei in Duisburg-Meiderich lehnen eine "Personaldiskussion" entschieden ab (siehe AK 149). Merkwürdig nimmt sich die Erklärung des Gesamtbetriebsrats von Mannesmann aus "Namens der 30 000 Beschäftigten" an. Hier ist es dem IGM-Vorstand das "unangenehme Vertrauen" aus (SZ, 9.3.), obwohl doch im Werk Hückingen (10 000 Beschäftigte) 160 Vertrauensleute einstimmig eine scharfe Protestresolution verabschiedet haben.

Vor diesem Hintergrund steht sich jetzt der Gewerkschaftsvorstand stark genug, die Kritiker in der eigenen Organisation anzugreifen, nachdem noch kurz nach dem Streik die Kritiker eher vorsichtig zurückgewiesen wurden. In der IGM-Mitgliederzeitung "Metall" (Nr. 5 vom 7.3.79) schlägt der IGM-Vorsitzende Loderer eine scharfe Tonart an. Unter der Überschrift "Kritik ja - Diffamierung nein" referiert Loderer über "innergewerkschaftliche Demokratie". Fazit: "Innergewerkschaftliche Demokratie findet zwar öffentlich statt. Sie darf aber nicht ausschließlich in Zeitungen ausgetragen werden, die alles anders als uns wohlgesonnen sind. Niemand sollte sich ungewollt zum Handlanger gewerkschaftsfeindlicher Kampagnen machen lassen".

Wo aber bleibt die innergewerkschaftliche Öffentlichkeit Loderers im Hinblick auf Kritik der Stahlarbeiter? In keiner IGM-Publikation ist diese

Kritik bis heute auch nicht auszugewiesen - weder gegeben und behandelt worden. Der Vorstand weigert sich, diese Kritiken zur Diskussion zu stellen. Stattdessen werden sie pauschal abgekanzelt.

Den Gipfel an Arroganz erreicht dabei Joachim Hentschel in der IGM-Funktionärszeitung "Der Gewerkschafter" 3/79. Sein Beitrag läuft unter der Rubrik "Wir stellen zur Diskussion". Hentschel bringt es fertig, in seinem "Diskussionsbeitrag" nicht ein einziges Wort aus den Stahlarbeitererklärungen zu zitieren. Der Leser des "Gewerkschafter" gewinnt ein total verzerrtes Bild von der Kritiker-Position, gegen die Hentschel mit harten Beispielen vorgeht. Den Hoesch-Vertrauensleuten wird vorgeworfen, daß sie für die Presse der Stahlindustrie das "Geschäft betreiben haben". Die Kritiker handelten nach dem Motto "Wir gegen uns - wozu brauchen wir eigentlich noch die Unternehmer, wir sind uns selbst Gegner genug". Was die Kritiker forderten, habe "nichts, aber auch gar nichts mit innergewerkschaftlicher Demokratie, dafür aber um so mehr mit Spaltung der Organisation (!) zu tun".

Die Sprache ist deutlich. Den unbotmäßigen Vertrauensleuten wird unverschämter mit Rauschmiß oder Absetzung gedroht. Hentschel empfiehlt Gegenmaßnahmen:

"Es wird vor allem Aufgabe der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit sein, solchen Mißbildungen (solchen Demokratiebewusstseins in allen Bereichen der Organisation entgegenzuwirken) dann die Arbeit der Vertrauensleute habe ... der Organisation zu dienen ... nicht aber den Zweck, unnötigen Spaltungstendenzen bewußt oder unbewußt Vorschub zu leisten" (Hervorhebungen von uns, AK). Der Vorstand hat entschieden, die Kritiken und "unmündig", die Vertrauensleute müssen auf Linie gebracht oder (zumindest) als Funktionsträger ausgeschaltet werden. Tatsächlich flüchten die IGM-Führer, daß auch das Selbstbewußtsein der Stahlvertrauensleute breiter in der Organisation durchsetzt. Immerhin hat es auch in der Metalltarifrunde eine Reihe von Kritiken am Verhandlungsablauf gegeben. Diese kamen auch aus Betrie-

ben, die bisher hundertprozentig loyal zum Vorstand standen (z.B. Blohm & Voss in Hamburg).

Die Drohungen von Hentschel gegenüber den Kritikern und sehr ernst zu nehmen und alles andere als hohle Worte. Hentschel begründet seine Forderung nach linientreuen Vertrauensleuten mit der zukünftigen gewerkschaftlichen Tarifpolitik. Das Beispiel des Stahlbereichs soll offensichtlich Schule machen. Die Gewerkschaftsmitglieder sollen angesichts zunehmender Härte der Tarifauseinandersetzungen daran gewöhnt werden, daß nicht mehr durchzusetzen ist, während es doch die Gewerkschaftsvorstände sind, die kampflös oder mit gebremstem Schreien dem Druck der Kapitalisten nachzugeben bereit sind.

Seine Schelte ergänzt Hentschel um eine bemerkenswerte Neu-Definition des Begriffs "Solidarität", die "immer höhere Anforderungen an die Bereitschaft jedes einzelnen von uns stellt, sich für die Belange des anderen auch dann einzusetzen, wenn für uns selbst 'unter dem Strich' nichts oder nur wenig herauskommt. Wir werden begreifen müssen, daß uns diese Bereitschaft vor dem Hintergrund immer enger werdender Verteilungsspielräume in den nächsten Jahren noch öfter abverlangt wird". Welch eine Verhöhnung zigtausender Stahlarbeiter, die über sechs Wochen unter großen finanziellen und sonstigen Entbehrungen im Streik standen und auch weiterhin streikbereit waren.

Offensichtlich will der Vorstand den Kurs gegen die Kritiker verschärfen. Um so mehr muß jetzt die innergewerkschaftliche Diskussion und Unterstützung der Stahlvertrauensleute verstärkt werden. Nicht von ungefähr gehen die Kommentare von Hentschel und Loderer mit keinem Wort auf die Forderungen nach konkreter Veränderung der Entscheidungswege in der IGM ein. Fragen wir die Debatte in Vertrauenskörper und andere gewerkschaftliche Versammlungen (z.B. Betriebsrat in der Metall) und den "Gewerkschafter" mit kritischen Stellungnahmen über diese Kritiken darf kein Gras wachsen!

Kommision Betrieb & Gewerkschaft

IGM-Vertreterversammlung IGM-Vertreterversammlung Hagen lehnt Ergebnisadresse ab

Am Dienstag, dem 13.3., tagte in Hagen die Vertreterversammlung der IG Metall. Dabei verurteilte die Ortsverwaltung, eine Ergebnisadresse an den IG Metall Vorstand mit folgendem Wortlaut verabschiedet zu lassen:

"Entscheidung"

Trotz unterschiedlicher Bewertung des Ablaufs und der Ergebnisse für die Stahlindustrie durch die Vertrauensleute dieser Betriebe stellt die Vertreterversammlung als selbstständiges Organ für die Verwaltungsfunktion fest, daß diese Ergebnisse von allen Funktionären getragen und vertreten werden.

Die Vertreter betrachten konstruktive Kritik als einen unerlässlichen Bestandteil innergewerkschaftlicher Demokratie. Auf Kritik dieser Art können und dürfen wir nicht verzichten. Gerade deshalb verurteilen wir jede Art von Kritik, die auf persönliche Verunglimpfung oder gar Diffamierung zielt.

Die verschiedentlich in der Öffentlichkeit getragene innergewerkschaftliche Auseinandersetzung verankert die Vertreterversammlung, sich mit der gesamten Verhandlungskommission und dem Vorstand solidarisch zu erklären und ihnen das Vertrauen auszusprechen.

In der Diskussion über die Tarifrunde wurde massive Kritik laut. Insbesondere wurde erneut gesagt, daß es vor allem falsch war, vor Weihnachten zu sagen "Über Urlaub wird nicht gesprochen" und dann doch über Urlaub zu verhandeln und erst einen Eintrag in die Arbeitszeitverkürzung für alle zu fordern und dann doch "stahltypisch", d.h. für bestimmte Belastungs- und Altersgruppen abzuschließen. Das Ergebnis sei von der Masse bei zwar in gewisser Weise zu akzeptieren, von der Ausgangsforderung her vor allem vor dem Hintergrund der Unternehmerangriffe auf die Arbeitsplätze kein Erfolg.

In diesem Zusammenhang wurde der Entschlußentwurf der Ortsverwaltung als "Strauß Blumen an den Vorstand" bezeichnet, der nicht nötig sei.

Ein Betriebsrat der Klöckner-Hütte brachte einen Änderungsantrag ein, der im letzten Absatz die Kritik festschrieb und für notwendig erklärte. Er sprach sich aber auch dafür aus, daß die Diskussion nicht den Unternehmen nützen dürfe, womit dies indirekt den Vorstandskritiken aus Dortmund und Duisburg unterstellt wurde. Von der Ortsverwaltung aus wurden dagegen die Positionen der Duisburger und Dortmunder Kollegen scharf angegriffen und als "gewerkschaftsschädigend" verurteilt. Interessant ist hier, daß kaum einem Kollegen der volle Wortlaut aller Resolutionen bekannt sein dürfte, weil sie innergewerkschaftlich nicht veröffentlicht wurden.

Dann sollte über die Entscheidung abgestimmt werden. Ein Einwurf, die Änderungswünsche des Klöckner-Kollegen seien weitergehend, wurden vom Vorstand vom Tisch gewischt. Bei der Abstimmung Alle Hände der Ortsverwaltung waren oben, aber weniger als zehn der übrigen Kollegen. Am Vorstandstisch verstimmten sich die Gesichter. Fast alle rund 250 anwesenden Vertreter lehnten die Entscheidung ab.

Danach wurde dann noch der Vorschlag des Klöckner-Kollegen abgestimmt und angenommen.

Stark bemerkbar machte sich in dieser Entscheidung die Haltung der DKG zur Kritik der Vertrauensleute, nämlich Kritik auf keinen Fall öffentlich machen.

Dennoch ist die Tatsache, daß in Hagen, wo die Konflikte bei weitem nicht so scharf sind wie in Duisburg oder Dortmund, eine Ergebnisadresse an Loderer gegen den Willen der Ortsverwaltung abgelehnt wird. Beweis dafür, daß der innergewerkschaftliche Unmut weitergeht.

AG Betrieb und Gewerkschaft
KB/NRW

Chemietarifrunde ohne die Kollegen

Bezeichnend für die diesjährige Tarifrunde ist, daß, obwohl die Verhandlungen in vollem Gange sind, noch keine Lohnforderung aufgestellt wurde, weder vom Hauptvorstand, noch von den Funktionären in den Betrieben. Und das vor dem Hintergrund, daß die IG Chemie davon spricht, daß die Tarifrunde bei den nächsten Verhandlungen am 23. und 24. März ihren "Höhepunkt" erreicht haben wird.

Obwohl die zentralen Verhandlungen unter der Federführung des Hauptvorstandes bereits 1978 scharfer Kritik ausgesetzt waren (u.a. kritisierten die Vertrauensleutekörper Hoesch/Hamburg, Geba Werke/Hannover und Lackwerke/Wülferode öffentlich, daß bei zentralen Verhandlungen kaum noch eine Einflußnahme der Gewerkschaftsmitglieder möglich sei und keine demokratische Willensbildung stattfände), trafen sich am 28.2. bereits die Vertreter der IG Chemie und des Arbeitgeberverbandes zu einem zentralen Tarifgespräch.

War 1978 der Hauptvorstand noch so ungeschickt gewesen, daß er erst den zentralen Abschluß mit den Unternehmern tätigte, die örtlichen Tarifrundkommissionen aus der Presse davon erfuhren und daß die Kritik dann bis in die Reihen der Funktionäre ging, stimmten diesmal die örtlichen Tarifrundkommissionen darüber ab. Wie wenig die letzten Jahr geäußerte Kritik ernst genommen wurde, zeigt sich z.B. daran, daß die Mitglieder der drei norddeutschen Tarifrundkommissionen (Hamburg, Weibellin, Schleswig-Holstein) die gemeinsamen tagten, mit 11 Enthaltungen einstimmig für zentrale Verhandlungen stimmten.

In den zentralen Verhandlungen soll der ebenfalls gekündigte Mantel tariflich verhandelt werden. Bei dieser Zusammenlegung ist zu befürchten, daß durch das Propagieren der Manteltarifforderungen (Schichtzulage, Urlaubsüberhöhung u.a.) erreicht werden soll, daß die Forderungen nach Lohnüberhöhung in den Hintergrund treten und die Gewerkschaftsleiter auf einige Prozentpunkte verzichten.

auf einige Prozentpunkte verzichten

Funktionärsversammlung in Hamburg

Auf der (höchstens zweimal jährlich stattfindenden) Hamburger Funktionärskonferenz (Vollversammlung aller Hamburger Vertrauensleute) waren von über 1000 Hamburger Vertrauensleuten ca. 60 anwesend. Halte die Beteiligung an diesem Treffen sowieso im letzten Jahrzehnt eine ständig sinkende Tendenz - einerseits durch

Ausschluß der Mehrzahl aktiver Linker aus der Gewerkschaft und andererseits durch die besonders für neue, interessierte Kollegen abschreckende langweilige Gestaltung - fühlten sich wegen der schon seit längerem zentral laufenden Verhandlung die noch aktiven Gewerkschafter besonders verarscht und erschienen kaum noch.

Die Diskussion um die Tarifrunde war entsprechend

Verwaltungsgastgeber - Vorsitzender Walter Holst prägte die Veranstaltung mit dem denkwürdigen Satz des Arbeitsministers Parthmann, der im vergangenen Stahlkonflikt als "Schlichter" aufgetreten war: "Nicht jeder kann alles bekommen".

Dr. Werner Beck vom Hauptvorstand referierte lang und breit über die Situation (der Kapitalisten) in der chemischen Industrie - jede Diskussion war damit abgesprochen.

Keine Debatte um eine Forderung, keinerlei Auseinandersetzung über das Vorgehen in der Tarifrunde. Ein wenig Protest wurde deutlich beim Verlesen einer Resolution, die von zahlreichen Vertrauensleuten und Mitgliedern der IG Chemie bei Beiersdorf unterschrieben war und sich gegen Äußerungen der IG Chemie, Karl Hauenschild, zur Tarifrunde richtete. Hauenschild wurde in der "Süddeutschen Zeitung" vom 30.1.79 folgendermaßen kommentiert: "Karl Hauenschild meint nämlich, daß die Lohnrunde '79 wahrscheinlich gelaufen ist. Die Ergebnisse aus den Tarifrunden in der Stahl- und Metallindustrie gefährden die vorgezeichnete Konjunkturentwicklung nicht ... Von den noch anstehenden Verhandlungen und dramatische Veränderungen kaum mehr zu erwarten ... Allerdings könnte man Abwärtstendenzen erst dann sagen, wenn alle Tarifverhandlungen abgelehnt sind." In der verlesenen Protestresolution hieß es dazu:

"Wir weisen Äußerungen, daß die Lohnrunde wahrscheinlich gelaufen sei, energisch zurück. Wie kommt der Kollege Hauenschild dazu, im Januar solche Meinungen zu vertreten - ehe in den Betrieben überhaupt über eine

den Betrieben überhaupt über eine Forderung gesprochen worden ist - ehe sich die Gewerkschaftsorgane damit befaßt haben und ehe überhaupt bekannt ist, ob die Arbeitgeber eventuell durch ein provokatorisches Angebot die Kampfkraft der IG Chemie herausfordern? Auch dem Vorsitzenden steht es nicht zu, über die Gewerkschaftsorganisation hinweg Tarifpolitik auf eigene Faust zu machen".

(Zitate aus Beiersdorf-Betriebszeitung der Gruppe ALTERNATIVE)

Chemiekommision

Warnstreik der DAG bei der Lufthansa

Am 14.3. initiierte die DAG beim fliegenden Personal der Lufthansa einen verständigen Warnstreik. Über 40 Maschinen gingen zwischen 18 und 22 Uhr nicht mehr an den Start. Für das Bodenpersonal kam der Streik sehr überraschend und unverstärkt, da die DAG, die in diesem Bereich kaum Mitglieder hat, nicht viel zur Information tat.

Wie wir bereits in AK 146 berichteten, kam es schon am 15.1. zu einem Warnstreik von etwa 400 Hamburger Kollegen der Werft und ca. 20 Besatzungsmitgliedern. Diese Aktion wurde von der ÖTV organisiert und richtete sich gegen die Rationalisierungsbeschüsse des Vorstandes. Kern der Rationalisierungen ist der Personalabbau um 10% in den nächsten 10 Jahren. Beim fliegenden Personal der Tochtergesellschaft Condor ist der Abbau von Bordpersonal in Überlegung. Dagegen hat die ÖTV einen Tarifvertrag "integrierte Besatzungsmitglieder" geschlossen. Dieser Tarifvertrag soll ermöglichen, daß das Condor-Personal bei der Lufthansa integriert wird.

Dieser Tarifvertrag ist inzwischen von der ÖTV und DLH abgeschlossen worden. Jedoch gegen die Interessen der DAG, bei der der überwiegende Teil des Bordpersonals organisiert ist. Auch die Piloten der DLH sind dagegen, weil sie durch den Ta-

rifvertrag schlechtere Beförderungsmöglichkeiten sehen. Außerdem sehen sie darin die Rationalisierungsvorhaben der Geschäftsführung bestätigt, da das Personal beider Gesellschaften mobil eingesetzt werden kann.

Zu dem Punkt, daß die DLH die DAG bei den Verhandlungen nicht berücksichtigt hat, schrieb die DAG:

"Wir stehen jetzt vor der Situation, daß der Arbeitgeber einen Tarifvertrag mit weitreichenden Folgen für die Qualität der Arbeitsbedingungen und Förderungschancen mit einer in diesem Bereich nicht repräsentativen Gewerkschaft (ÖTV) gegen den erklärten Willen der weitläufig überwiegenden Mehrheit des fliegenden Personals anwenden will. Das ist ein Novum in der deutschen Tarifgeschichte. Das ist eine ungeheure Diskriminierung und Herausforderung. Das ist die planmäßige Programmierung eines schwerwiegenden Konfliktes durch den Arbeitgeber."

Dieser Warnstreik war ein wesentlicher Protest der DAG gegen die Verhandlung zwischen ÖTV und DLH. Inwieweit weitere Aktionen dazu folgen, ist derzeit noch unbekannt.

ÖTV-Kommision
Betriebszelle Lufthansa
AB/Gruppe Hamburg

IMPRESSUM

Impressum
Herausgeber - Druck - Verlag
ARBEITERKAMPF
Verlag J. Reents
Lärchenstr. 75, 2 Hamburg 50
V.J.S.d.P.: H. Eckhoff, Verlagsadresse
Auflage: 12.000
Erscheinungsweise: 14tägig
Verkaufspreis: DM 2,-

Verlagskonten: Dresdner Bank,
451 8378, J. Reents, und
Postcheckkonto Hamburg,
240 595, J. Reents

Fortsetzung von Seite 20

verbinden und die Daten von einem Rechner zum anderen weiterzugeben, um so den gesamten Produktions- und Verwaltungsprozess fast ohne Menschen zu organisieren.

„Frauenberufe“ besonders hart betroffen

Die Arbeitslosenzahlen werden in schwundende Höhen steigen. Nur wenige Berufe bleiben verschont. Aber schon frühzeitig und mit besonderer Härte werden die Frauen in Verwaltungen und in Fabriken betroffen sein. Gerade die typischen Frauenberufe gehören zu den leicht zu automatisierenden Jobs.

In den Verwaltungen werden bereits jetzt die Schreibarbeiten dem Textcomputer übertragen. Die Autos werden von Bildschirmen überleitet. Da die Frauen meistens schlechter ausgebildet werden und im Rahmen der Arbeitsteilung die am meisten zersplitterte Arbeit erhalten, werden sie erneut überproportional an der Arbeitslosigkeit beteiligt sein, denn ein bis zur scheinbaren Zusammenhanglosigkeit zergliederter Arbeitsauftrag wird am ehesten der Maschine überlassen. Frauen, die einen Job in der Verwaltung behalten, werden überwiegend in der Datenerfassung über Bildschirmen eingesetzt. Eine solche Arbeit wird eine Frau nach Aussagen von Personalleitern nicht länger als sieben Jahre aushalten können. Aber schon nach dem heutigen Entwicklungsstand ist absehbar, wann auch diese Arbeiten von Automaten übernommen werden können.

Schon heute gibt es Klarschriftleser und optische Belegleser, die von Menschen ausgefüllte Formulare lesen und dem Rechner übermitteln können. Mitte der achtziger Jahre wird es die Sprech-Ein- und Ausgabe für Computer geben. Sie macht nicht nur einen Teil der Dateneingabe per Hand überflüssig, sie wird auch die bestehenden Auskunftssysteme bei Versicherungen, Behörden und Banken menschlicher machen. Heute gibt – in der Regel – eine Frau am Bildschirm Auskunft, wenn ein Kunde bei einer Bank oder einer Versicherung seinen Kontostand wissen will. Gibt es die gepante Sprech-eingabe, ruft der Kunde direkt den Computer an, der ihn „verstehen“ und ihm mit „Sprache“ antwortet.

In anderen Berufen wird es kaum anders aussehen, seien es die ungeliebten Arbeiten in Fabriken oder die technischen Berufe. Ein sogenannter „Plotter“ ersetzt bis zu 25 technische Zeichner(innen) usw.

Eine besondere Zeitbombe tickt in den Kaufhäusern. Kassenterminals sollen die herkömmlichen Kassen ersetzen. Statt der Preise der Waren tippen die Kassierenden dann nur noch eine Code-Nummer in ihr Terminal oder streichen nur noch mit einem Lesestift über einen aufgedruckten Strichcode der Warenverpackung. Ein Leser liest automatisch einen aufgedruckten Magnetcode. Das ist alles. Das Terminal (Bildschirm) gibt den Code zum zentralen Computer, und der druckt an

der Kasse Waren gegen Preis und Summe und ein Dankeschön aus. Es kann aus dieser Variante erspart den Supermarkt-Kapitalisten den Lohn für Kassierenden. Vor allem aber hinter den Kulissen sorgt dieses Verfahren für eine enorme Arbeitsplatzvernichtung.

Der Computer weiß, was verkauft wurde, und kann jetzt täglich Inventur machen und abends noch die Bestellungen an die Lieferanten versandfertig ausdrucken. Der Computer schreibt selbst vor, wieviele Artikel in welche Regale kommen.

In der BRD gibt es zur Zeit nur sehr wenige dieser Anlagen. Die meisten amerikanischen Herstellerfirmen kommen mit der Produktion nicht nach. Sie haben derzeit noch Schwierigkeiten, den US-Markt zu sättigen. Aber erste Rationalisierungs-Auswirkungen können in der BRD bei den bisherigen Kassenproduzenten bereits registriert werden. Die Anker-Kassengeräte machten mit 5.000 Arbeiter-

müssen lauten. Ein Stillstand wird zu teuer.

Für alle, die mit dem Rechner zu tun haben, heißt das: Auf der Straße schleichen fahren und unheimlich viele Überstunden machen. Die physischen Belastungen sind enorm gestiegen.

Wer als Mensch an sitzt ist besonderen Gefahren ausgesetzt. Die Universitäts-Augenklinik in Wien führte eine Untersuchung durch. Nach vierstündiger Bildschirmarbeit wurden bei „Versuchspersonen“ mit unterschiedlicher Intensität folgende Veränderungen festgestellt:

Verschlechterung der Sehlleistung, die sich erst nach Stunden normalisierte.
Veränderung des Farbsinnes. Weiße Zeichen auf schwarzem Grund erschienen nach der Bildschirmarbeit rosa.

Augenentzündungen, Augenlinnenn und Kopfschmerzen, Rückenschmerzen.



(innen) in Pleite, NCR schloß die Werke in Westfalen mit 1.500 Arbeiter (innen) und in Gießen mit 400 Arbeiterinnen und feuerte zwei Drittel der Angestellten. Stimmteleg schaff.

Kapitalismus 1984

Elektronische Datenverarbeitung, Steine und gekaut oder gekaut enorm teuer – obwohl sie immer noch billiger sind als die eingesparten Menschen – und so sollen sie sich natürlich „amortisieren“. Sie sollen noch mehr Profit bringen, als sie das in normaler Arbeitszeit schon schaffen würden. Deshalb werden mit Einführung der Technologien Arbeitsbedingungen geschaffen, die auf einen neuen technischen Entwicklungslauf an das vorige Jahrhundert erinnern.

Große Rechenzentren laufen 24 Stunden rund um die Uhr, teilweise auch Sonntags und Sonntags. Die Datenerfassung wird in vielen Betrieben in zwei Schichten durchgeführt. Eine Frühschicht und eine Spätschicht wird gefahren, weil hauptsächlich Frauen in der Datenerfassung tätig sind, und für Frauen Nacharbeit verboten ist.

Das Leitprinzip ist: Die Maschinen

Ermüdungserscheinungen und Konzentrationschwierigkeiten. Fast schlimmer noch als die körperlichen Beschwerden sind die psychischen Störungen, die die Angst vor Arbeitsplatzverlust erzeugen.

Häufig laufen Programme zur Leistungs- und Produktivitätskontrolle. In Rechenzentren gibt Systeme, die den den Bearbeitungsprozess durch Anzeigen auf dem Bildschirm verfolgen und die geringe Tätigkeit als das letzte, was an der Arbeit noch Spaß machte – wird dem Rechner übertragen. Der Mensch wird zum beruflichen Knöpfendrucker. Auf dem Bildschirm kann er ablesen, welchen Abschluß er zu tun hat, ob er fertig gestellt hat, welche Kontrolle zu erledigen hat.

Der Mensch wird zum statischen Anhängsel des Computers. Im Kontakt zu anderen Kollegen wird verhindert. Die Mensch-zu-Mensch-Kommunikation wird ersetzt durch eine Kommunikation Mensch-Maschine.

Forscher stellen fest: Je länger ein Mensch tagtäglich mit dem Bildschirm sitzt, ohne aussehender Kontakt zu anderen Kollegen, desto mehr isolieren sich auch die K-

takte zu anderen Menschen in der Freizeit. Dieser Fakt und daraus resultierend Schlafstörungen, Kopfschmerzen und Depressionen erhöhen den Tablettenkonsum und den Alkoholkonsum. Inzwischen wurden spezielle Therapiezentren eingerichtet für Menschen, die diesem Teufelskreis erkrankt sind.

Etwa 2.000 Menschen arbeiten derzeit in der BRD an Bildschirmen. In wenigen Jahren wollen die BRD-Kapitalisten diese Zahl verdreifachen. Sie sind dazu gezwungen, wenn sie im internationalen Konkurrenzkampf den amerikanischen und japanischen Konzernen nicht hoffnungslos hinterherhinken wollen.

Der Kapitalismus hat mit der Einführung dieser Technologien die Arbeitsleistung perfektioniert. Hunderttausende werden bald nur noch einen Arbeitstag lang leben.

Der Rest wird von der Computertechnik übernommen. Häufig wird die völlige Zerlegung der Arbeit wiederum Grund dafür sein, auch diesen letzten manuellen Vorgang einer Maschine bzw. einem Roboter zu übertragen. Zu einer besonderen Belastung für den noch im Arbeitsprozess benötigten Menschen ist die Tatsache geworden, daß das Arbeitsinstrument, das Werkzeug, für ihn unverständlich geworden ist. Früher waren Werkzeuge allen Arbeitern bekannt und verständlich. Heute steht der arbeitende Mensch immer mehr vor einer Technik, die er nicht mehr beherrscht, die ihm das Arbeitsinstrument diktiert, und die in der Hand des Kapitalisten zu einem immer perfekteren Überwachungsinstrument wird.

Gewerkschafts-Kommission

HBV

HBV-Gewerkschafter fordern mehr Schutz an Bildschirmarbeitsplätzen

Auf der letzten Mitgliederversammlung der HBV Fachgruppe Versicherungen in Hamburg wurde von den ca. 150 Teilnehmern (eine der bestbesuchten Versammlungen der letzten Jahre) einstimmig eine Resolution gegen die Verzögerungstaktik des Arbeitgeberverbandes bei den Tarifverhandlungen über die Arbeitsbedingungen an Datensichtgeräten verabschiedet.

Die Tarifverhandlungen ziehen sich seit etlichen Monaten über nunmehr 6 Verhandlungsrunden hin, ohne daß der Arbeitgeberverband über einen Anzeiger vorliegt. Nur gegen eigenständige Untersuchungen vor der Arbeit an Datensichtgeräten (nicht aber gegen regelmäßige Nachuntersuchungen) bestehen „juristisch keine Bedenken“. Klar ist aber, daß die Untersuchungen, wenn man später noch gebrauchen kann, Unterbrechung der Bildschirmarbeit bei den großen Versicherungen fließend ausgehandelt.

Die Forderungen der Gewerkschaft sind Bestandteil der Resolution:

1. Reduzierung der Arbeitszeit an Bildschirmarbeitsplätzen auf 4 Stunden täglich und Einführung von Ruhepausen.
2. Regelmäßige bezahlte Arbeitspausen von jeweils 15 Minuten nach 1 Stunde Bildschirmarbeit.
3. Augenärztliche Untersuchungen vor der Arbeit und zuzüglich Untersuchungen während der Tätigkeit am Bildschirm.
4. Jährliche Wiederholungsuntersuchungen und Übernahme der entstehenden Kosten durch den Arbeitgeber.

stehenden Kosten durch den Arbeitgeber.

4. Beschäftigungs- und Qualifikationsgarantien für die Beschäftigten an Bildschirmgeräten.
5. Beratungs- und Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte bei der Planung und Gestaltung von Bildschirmarbeitsplätzen.
6. Öffnungsklausel für weitergehende Regelungen durch Betriebsvereinbarungen.

Wobei erfreulicherweise gerade der vierte Punkt als Ergebnis einer massiven innergewerkschaftlichen Diskussion mit in das Forderungspaket aufgenommen wurde.

Es war lächerlich, war die „Drohung“, mit der diese Forderungen durchgesetzt werden sollen, nämlich daß die „HBV-Mitglieder verstärkt darauf drängen (werden), betriebliche Vereinbarungen abzuschließen“. Angesichts der strikten Anweisung des Arbeitgeberverbandes, vor Abschluß des Tarifvertrages keinerlei Betriebsvereinbarungen abzuschließen, war die Drohung klar, auch die 6. Vereinbarung am 22.2.79 wurde verworfen.

Allerdings ist es auch die Resolution als sehr gute Möglichkeit, in den betroffenen Betrieben mit Kollegen in die Debatte zu kommen, was in vielen Betrieben aufgrund der dringenden Notwendigkeit sein dürfte.

HBV-Komitee
KB-Gruppe Hamburg

Versicherung verklopft VDR-Regisseur

Ende Januar zeigte der WDR den Film „Gesellschaft 79 - In den Büros wird aufgeräumt.“

Behandelt wurde in diesem Film die gefährliche Rationalisierungswelle im Angestellten- bzw. Verwaltungsbereich. Dazu wurde in verschiedenen Großbanken und Versicherungen gefilmt und Interviews gemacht. Auch bei der Hamburg-Mannheimer (HM) wollte der WDR filmen, was ihm aber von der Geschäftsleitung ohne Angabe von Gründen verweigert wurde.

Diese Tatsache wurde im Film auch mitgeteilt, und zwar in der Form, daß aus der HM-Broschüre „Wo arbeiten Spaß macht“ einige knackige Zitate mit der Bemerkung zum Besten gegeben wurden, daß man dieses Paradies nun leider nicht filmen dürfe.

Verscharfte Kontrollen bei der Hamburg-Mannheimer

Die Umstellung der Angestelltenarbeit auf aktienlose Bearbeitung über Datensichtgeräte bringt dem Kapitalisten auch die Möglichkeit einer verstärkten Kontrolle der Leistung jedes einzelnen Angestellten. Die technischen Voraussetzungen, den Beginn der Arbeit, Pausen, Arbeits tempo (Antwortzeiten) zu registrieren und auszudrucken, sind gegeben. Unlängst wurde auch ein Zeitfassungsaufnahmegerät vorgestellt, das direkt an die EDV gekoppelt werden kann. Parallel dazu fiel dem Vorstand der Hamburg-Mannheimer Versicherung (HM) ein, daß eine kleine (radikal) Minderheit die Pause über-

und genau diese Zitate sind nur der Grund für eine Kage gegen den WDR-Regisseur H.P. Weimann, wegen „unbefugten Zitierens“, Verletzung der Urheberrechte etc. Es ist unwahrscheinlich, daß die HM damit durchkommt. Sinn und Zweck dürfte eher der Versuch einer Einschüchterung sein, mit so absoluten Lappalien gegen einen Film vorzugehen, der in einer sehr agitativen Form den drohenden Arbeitsplatzverlust und die Monotonisierung der Arbeit in den Büros darstellt.

Langsam, für alle, die sich mit dieser Problematik auseinandersetzen wollen müssen. Der Film ist sowohl vom MPZ als auch vom DGB auf Video aufgezeichnet worden und eignet sich sehr gut für Kollegengruppen zur Rationalisierungsproblematik.

HBV-Komitee
KB-Gruppe Hamburg

zieht. In der Mittagspause sollte nun mehr gestempelt werden. Dies wurde in den „Vorteil“ verpackt, dann länger als nur eine 1/2 Stunde Mittagspause machen zu können. Allerdings, was länger als nur 1/2 Stunde dauert, geht zu Lasten des Zeitguthabens, mußte also nachgeholt werden. Die „wenn und aber“ des BR führten schließlich dazu, daß dieser Vorstoß zurückgestellt wurde. Nicht ohne die „Mitarbeiter“ darauf hinzuweisen, daß die Führungskräfte unseres Hauses gebeten wurden, auf diese Vorgänge (Einhalten der 1/2 stündigen Mittagspause, Kaufen der Brötchen in der Kantine vor dem Stempeln) zu achten.

HBV-Komitee

PHILIPS

Data Systeme

Tagesesschau

vom neuen Philips Computer

• Philips Computer P330 mit Konsol-Bildschirm
Philips Computer P410 mit Konsol-Bildschirm und zusätzlichen Bildschirm-Terminals.

I. Programm: Der Verkauf heute.

Wie hat sich der Verkauf heute entwickelt? Welche Artikel wurden verlangt? Wer waren die Kunden? Welche Konditionen wurden eingeräumt? Noch genug Waren auf Lager? – Alle Antworten erhalten Sie sofort. Auf dem Bildschirm des neuen Philips Computers P330 oder auf einem der Bildschirm-Terminals des neuen Philips P410.

II. Programm: Bilanz des Tages

Hat der Außendienst heute wirtschaftlich gearbeitet? Wohergen die Ertragschwerpunkte? Steckt zuviel Kapital im Lager? Wo überschreiten die Kosten den Ertrag? Sind die Preise noch konkurrenzfähig? – Die neuen Philips Computer P330 und P410 helfen Ihnen, indem sie Ihnen bis ins kleinste Detail die Bilanz des Tages zeigen. So können Sie Ihre Maßnahmen verbessern.

KULTUR

Filmbesprechungen

Resignation oder nicht?



Szene aus: Die Ehe der Maria Braun

Es ist ein Unterschied ob man/frau etwas „Fortiges“ haben will oder ob man/frau zum Nachdenken bereit ist

Beide Filme sind nicht „positiv“. Im Gegenteil, Maria Braun wird durch die Zeitumstände mehr und mehr als Person zerstört. David ist nur auf der Flucht. Zum Schluss hilft ihm nur die Nazi-Lieferung, individuell zu entkommen.

Dennoch, beide Geschichten zeigen Schicksale, die nebenbei gelaufen sind. Die sind nicht gemacht worden von irgendwelchen Schreibern. Es sind Ausblicke auf ein Leben der ersten Nachkriegszeit.

Bei „Maria Braun“ können wir uns überlegen, unter welchen Umständen unsere Eltern die Nachkriegszeit erlebt haben. Welche Illusionen ihnen von den Postkern ins Ohr gesteuert wurden. Weshalb sie so geworden sind, wie sie heute sind.

Bei „David“ ist es wichtig zu sehen, daß es eben auch Deutsche gab, die Verfolgten geholfen haben. Die soll es heute für uns Vorbild oder zumindest achtenswert sein. Wobei für mich der Überlebenswille des David das Entscheidende ist!

Ich finde beide Filme nicht resignativ. Im Gegenteil! Wir können lernen und darüber diskutieren.

Ein Mitglied der Kulturkommission

David - ein Film von Peter Lilienthal

David - ein Film von Peter Lilienthal

Bei der diesjährigen Berlinale wurden u.a. zwei Filme gezeigt, die umstritten waren — und sind.

„Die Ehe der Maria Braun“ von Fassbinder und „David“ von Peter Lilienthal („David“ bekam den „Goldenen Bären“).

Umstritten waren die Filme deshalb, weil ein Teil der professionellen Kritiker meinte, hier seien zwar „handwerklich gute“ Filme vorgelegt worden, was jedoch fehle, sei die richtige Darstellung gesellschaftlicher Hintergründe und der „positive Ansatz“ in der Handlung, mit dem sich das Publikum schließlich identifizieren kann. Ein anderer Teil dieser Kritiker lobte beide Filme, als das neue deutsche Kino. Endlich mal nicht „seichte Unterhaltung“ oder „Filme mit erhobenem Zeigefinger“, sondern realistische Darstellung deutscher Geschichte, wo jeder Betrachter „sein Fazit ziehen kann“.

Wir wollen die Besprechung beider Filme im ARBEITERKAMPF zum Anlaß nehmen, Leser und Leserinnen, die die Filme (oder auch nur einen) gesehen haben, aufzufordern, uns ihre Meinung zu schicken, um an diesen konkreten Beispielen die leider „vergessene“ Diskussion über Filmkritiken im AK wieder aufzunehmen.

Kulturkommission

Ist die Darstellung realistischer Einzelschicksale die Darstellung der Realität?

Zur „Ehe der Maria Braun“ Sie und ihr Mann heiraten in den letzten Monaten des 2. Weltkrieges. Sie können nur eine Nacht und einen halben Tag zusammenbleiben, dann muß der Mann an die Front zurück. Am Schluß des Krieges versucht Maria Braun ihren Mann ausfindig zu machen. Es gelingt nicht. Ein Freund erzählt, daß ihr Mann gefallen sei.

Inzwischen arbeitet sie schon als Anniemadame in einer Bar der US-Besatzter. Wird schwanger von einem US-Soldaten.

Da taucht ihr Mann wieder auf. Bei dieser „Begegnung“ — ihr Mann sieht sie mit dem US-Soldaten im Bett — erschlägt sie den Freund, weil sie die Situation für ihren Mann „unwürdig“ findet.

Vor Gericht nimmt ihr Mann die Tat auf sich und kommt in den Knast. Maria über ihre Zukunft: „Ich werde arbeiten. Und mit dem Leben fangen wir an, wenn wir wieder zusammen sind“. Später lernt sie einen Kapitalisten kennen. Ihm gehört eine Textilfabrik. Sie wird seine Angestellte, Vertraute und Geliebte. Auch ihr Mann erfährt — durch sie — davon. Als der Unternehmer stirbt, setzt er Maria und ihren Mann als Erben ein. Werner Braun ist inzwischen frei. „Das eigentliche Leben kann beginnen“. Maria trifft ihren Mann. Genau an dem Punkt fliegt ihr Haus durch ausströmendes Gas in die Luft. Der Film ist zuende.

Hatte Fassbinder bisher immer nur Frauen als „behandelte“ Personen in seinen Filmen („Liebe ist kälter als der Tod“ oder „Effi Briest“ z. B.). So spielt in diesem Film erstmals eine handelnde Frau die Hauptrolle (Hanna Schygulla). Zentrale Aussage des Films ist, daß hier eine Frau — allen Illusionen der Nachkriegszeit nachhängend — versucht, ihre Ideale zu behalten und dafür zu leben. Sie will die 18 Stunden des Glücks (die 18 Stunden Ehe mit ihrem Mann) wiederholbar und unendlich machen.

Auf dem Weg dorthin muß sie sich der Realität der kapitalistischen BRD unterordnen. Als Geliebte des Bourgeois — und schließlich dessen Geschäftsführerin — ist für sie nur noch der Profit des Unternehmens ausschlaggebend. Ihr Ideal ist nur noch im Kopf, besitzt oft nur noch als „Rechtfertigung“ für das eigene Handeln. Maria Braun ist darauf „abgerichtet“, das Geld „für eine gemeinsame Zukunft“ zu schaffen. Egal wie. Was die realistischen, gesellschaftlichen Hintergründe anbelangt, so sind sie nicht im Bild zu sehen. Fassbinder greift zu dem Mittel der Reportage aus dem Radio: Ständig wird der Film begleitet mit Reden von Adenauer (zuerst gegen — dann für die Aufrüstung), von Suchmeldungen, aktuellen Nachrichten etc. Diese Reportagen sind teilweise so angeordnet, daß man die Dialoge der Handelnden nicht mehr versteht. Dieses Mittel bestimmt auch die Schlussszene: Es ist die Reportage über das Endspiel der Fußballweltmeisterschaft aus Basel. „Deutschland ist Weltmeister — wir sind wieder wer“. In dem Moment fliegt der Traum Marias in die Luft.

Die Ideale sind dafür Maria und ihr Mann sind nicht mehr.

In dem bisher sarkastischsten Ende bestätigt Fassbinder die Botschaft seines Beitrages zu „Deutsch und im Herbst“: daß Menschen nach ihrem Verhalten anstatt nach ihren Motiven beurteilt werden sollen (an David).

In diesem Film — so finde ich — zu sehen, welche Illusionen unsere Väter und Mütter nach dem Faschismus hatten. Zu sehen auch, wie diese Illusionen gemacht, erkaufte und vertan wurden.

Wir wissen inzwischen, was aus diesen Illusionen geworden ist. Wir kennen die heutige BRD-Wirklichkeit.

„David“

David ist ein Kind jüdischer Eltern. Sein Vater ist Rabbiner in einer Kleinstadt. Nach der „Reichskristallnacht“ kommt David nach Berlin. Er soll überleben. Soll sich seinen Weg nach Israel — die ganze Familie will dort hin auswandern — suchen. Seine Eltern und sein Bruder, seine Freunde und seine Freundinnen werden deportiert.

Er überlebt. Allerdings nur mit Hilfe von Deutschen, die bereit sind Juden und anderen Verfolgten zu helfen.

Dieses „Überleben“ und gleichzeitig zwanzigmalige Sterben (Deportation der Familie und Freunde) wird in diesem Film gezeigt.

Man kann gegen diesen Film einwenden, er lasse die Verbrechen der Faschisten weg, er zeige nur die „guten Deutschen“ in der Nazi-Zeit, dennoch zeigt er ein Stück Wirklichkeit: Der Film wurde gedreht nach dem Tatzachenbericht von Joel König „Aufzeichnungen eines Überlebenden“. (J. König lebt heute in Holland und ist alles andere als ein Zionist.) Gezeigt wird in dem Film eigentlich nur, wie es Juden — vergleichsweise anderen Verfolgten — ging, die es geschafft hatten, der Vernichtungsschneise zu entgehen. Es wurde auch gezeigt, daß es noch Deutsche gab, die diesen geholfen haben. (Erst jetzt habe ich gehört von einem KZ in der Lüneburger Heide, wo Tausende von Deutschen saßen, weil sie den Kriegsdienst für den Faschismus verweigerten!)

Wo es derzeit anscheinend gängig ist („Holocaust“), die Grausamkeit — immer noch mit filmischen Mitteln verbrämt — der Faschisten zu zeigen, wird hier die Alltäglichkeit eines Überlebenden (manchmal sehr langatmig) gezeigt.

Die Arbeitsgemeinschaft

alternativer Verlage und Autoren

Die Arbeitsgemeinschaft alternativer Verlage und Autoren [AGAV]

Im Mai 1975 begründete Peter Engel die „Arbeitsgemeinschaft der Kleinverlage“, die sich ein Jahr später in „Arbeitsgemeinschaft alternativer Verlage“ umbenannte, um eine Abgrenzung gegenüber den Verlagen herzustellen, die lediglich klein sind, aber dem kommerziellen Markt verhaftet sind.

Die AGAV wurde drei Jahre lang in der Hauptsache durch die Arbeit von Peter Engel und Norbert Ney getragen. Es wurden regelmäßige Rundbriefe an die Mitglieder verickt, ein Medieninfo über die Arbeit der alternativen Verlage herausgegeben und regelmäßige Tagungen veranstaltet.

Im Februar beschloß die AGAV Vollversammlung während ihrer Tagung in Klinge (Odenwald) in Frankfurt während der Buchmesse eine Gegenbuchmesse durchzuführen. Die Organisatoren hatten zwar schon durch Teilnahme an der Mainzer Messepressenmesse einschlägige Erfahrungen gemacht, trotzdem kann man es als beachtliche Leistung ansehen, daß innerhalb von wenigen Monaten eine Messe auf die Beine gestellt wurde, die bei Presse und Publikum auf lebhaftes Interesse stieß. Eine Woche lang konnte man im Theater am Turm Bücher von alternativen Verlagen anschauen und kaufen, Lesungen und Musikveranstaltungen zu hören und wichtige Kontakte knüpfen.

Die gesammelten Erfahrungen wurden bei der zweiten Gegenbuchmesse 1978 im Haus Galus verwertet. Die Räume waren diesmal wesentlich größer und die Aussteller hatten dazugelernt, so daß sich dem Besucher eine informative und übersichtliche Messe bot, die sich vor dem „großen Bruder“ nicht nur durch ihre angenehme Atmosphäre sondern vor allem auch durch ihr kritisches und phantasievolles Programm unterschied.

Während ihrer Hauptversammlung auf der Messe erarbeitete die AGAV ihr neues Konzept als Arbeitsgemeinschaft. Sie hatte die AGAV bisher immer versucht, Mitgliedern und Interessierten eine intakte Organisation anzubieten, wobei aber die Arbeit auf Grund der Passivität der meisten Mitglieder an wenigen Personen hingehängt. Man delegierte Verantwortung und war verärgert, wenn die wenigen Aktiven dadurch überlastet wurden und viele Dinge nicht so ausgeführt werden konnten wie geplant.

Das neue Arbeitskonzept der AGAV beruht auf einem Minimal-

programm. Zunächst wird man sich auf die Organisation der Gegenbuchmesse konzentrieren und diese zu einer alljährlichen Institution ausbauen. Dadurch kann ein Forum geschaffen werden, das Verleger und Autoren der Alternativszene regelmäßig die Möglichkeit gibt, sich einem breiten Publikum vorzustellen und untereinander wichtige Kontakte zu knüpfen.

Die zweite wichtige Maßnahme, die in Frankfurt beschlossen wurde, ist die Gründung einer AGAV-Kulturkommission, deren Aufgabe es sein soll, die bundesdeutsche Kulturszene (Förderungsmaßnahmen, Preisverleihungen etc.) kritisch zu durchleuchten, Stellungnahmen zu verfassen und eine theoretische Grundlage für die Arbeit der AGAV zu erarbeiten. Diese Kulturkommission befindet sich noch in ihrer Anfangsphase und ist an aktiven Mitarbeitern interessiert.

Die Reduzierung auf diese beiden Aspekte bedeutet jedoch nicht, daß die AGAV auf ihr ursprüngliches Konzept verzichtet. Weiterhin ist das Ziel für die alternative Szene eine Organisation aufzubauen, die praktische Hilfen für Verleger und Autoren bieten kann, die gemeinsame Vertriebsmöglichkeiten aufbaut und zum Dachverband aller kritischen Literaturschaffenden in der BRD wird. Aber wir sehen für die AGAV eine größere Chance, wenn sie sich zunächst auf das Mögliche beschränkt und durch eine funktionierende Organisation solide Grundlagen für die oben genannten Ziele schafft.

Zur Zeit hat die AGAV 40 Mitglieder, darunter 21 Autoren. Die Mitgliedsbeiträge sind gestaffelt und richten sich nach der eigenen Selbsteinschätzung. Autoren ab DM 1,-, Zeitschriften ab DM 5,- und Verlage ab DM 10,- im Monat (im Monat liegen die Beiträge z.T. noch höher, aber dieser Vorschlag wird der nächsten Mitgliederversammlung im März dieses Jahres vorgelegt und wahrscheinlich auch angenommen.) AGAV-Mitglieder werden durch Rundbriefe über alle Entscheidungen informiert. Die nächste Tagung findet vom 23.-25. März in der Nähe von Frankfurt statt. Hierzu sind auch Gäste eingeladen.

Wer an dieser Tagung teilnehmen möchte oder an Mitarbeit in der AGAV interessiert ist, wende sich an folgende Adresse: AGAV, Postfach 656, 7000 Stuttgart 1.

Cornelius Rettig

Aktionen und Feste zum 8. März



Bochum

In Bochum fand zum 8. März eine kleine Kundgebung statt, zu der die örtliche Frauenhausinitiative aufgerufen hatte. Die Frauen der Initiative haben auf Stellwänden ausführlich über den Stand ihrer Arbeit berichtet und für die ca. 100 Kundgebungs Teilnehmerinnen ein sehr agitatorisches Puppenspiel, Musik und Theater vorbereitet. Anschließend wurde der Film „Geduld der Frauen ist die Macht der Männer“ gezeigt.



Nürnberg

In diesem Jahr fand, mit rund 300 Teilnehmerinnen, zum ersten Mal in Nürnberg eine Veranstaltung des DGB zum Internationalen Frauentag statt. Es sprachen Gisela Kessler (IG Druck und Papier), eine jugoslawische Kollegin, eine griechische Kollegin, eine ältere Betriebsrätin (über den ersten Streik nach Kriegsende 1954) und eine alte KPD-Genossin (über den antifaschistischen Widerstand).

Die Versammlung verabschiedete einstimmig eine Resolution, in der die Einstellung eines Mädchens als Maschinenschlosserlehrling in einem Nürnberger Betrieb gefordert wird. Sie war von der Geschäftsleitung mit der Begründung abgelehnt worden, sie wäre in der Werkstatt zu sehr den Blicken der Kollegen ausgesetzt.

Es sprach auch Gisela Kessler (IG Druck und Papier), eine jugoslawische Kollegin, eine griechische Kollegin, eine ältere Betriebsrätin (über den ersten Streik nach Kriegsende 1954) und eine alte KPD-Genossin (über den antifaschistischen Widerstand).

Die Versammlung verabschiedete einstimmig eine Resolution, in der die Einstellung eines Mädchens als Maschinenschlosserlehrling in einem Nürnberger Betrieb gefordert wird. Sie war von der Geschäftsleitung mit der Begründung abgelehnt worden, sie wäre in der Werkstatt zu sehr den Blicken der Kollegen ausgesetzt.

IGM-Frauen aus Hamburg feiern Internationalen Frauentag

Der Frauenausschuss der IGM Hamburg lud zum monatlich stattfindenden Frauenstammtisch alle IG-Metallfrauen diesmal im Taktelboden des Gewerkschaftshauses zum 8. März ein.

Obwohl mit Ausnahme weniger Betriebe die Einladung Sache der IGM-Frauenausschussmitglieder selber blieb, fanden sich am 8. März an die vierzig Frauen und Mädchen aller Altersgruppen zusammen.

In anheimelnder Atmosphäre, mit Kaffee und von den Frauen selbstgebackenem Kuchen und Salaten, ergriff eine Frau des IGM Frauenausschusses das Wort und beschrieb die historische und aktuelle Bedeutung dieses Tages.

Dann las der Schriftsteller Gerd Fuchs aus seinem Buch „Der Mann meines Lebens“ ein Kapitel vor, in dem er sehr einfühlsam die ganz normale Geschichte einer Ehe darstellt, in die ein Mädchen so rutscht, Kinder kriegt, nur für die Familie lebt, wo die Sprachlosigkeit zwischen den Partnern ihr die Kehle zuschnürt, sie dann aber ganz allmählich die ersten Schritte zu einem eigenen Leben macht, bis sie sich zur aktiven Gewerkschafterin entwickelt, aus dem Eheband rausbricht.

Gebannt lauschten die Frauen, eine sprach wohl für viele, als sie spontan meinte: „Das ist ja meine Geschichte!“ und es entspann sich eine lebhafte Diskussion.

Flensburg

Zu einem Fest (mit Männern) hatte eine Frauenzentrumsinitiative am 10. März eingeladen. Es kamen gut 400 Leute. Die DFI hatte zum Fest einen brieflichen Gruß mit besten Wünschen geschickt. Der Erlös aus dem Eintritt kommt der Frauenzentrumsinitiative zu.

Schlechte Erfahrungen mußten die Frauen mit dem Mackerverhalten vieler Männer machen. Da das Fest in einer Diskothek stattfand, war das Publikum sehr gemischt. Schon beim Anfangsbeitrag, als eine Frau auf Vergewaltigungen und Prügel durch Ehemänner und Freunde einging, wurde aus einer Ecke gelacht und gröhelt. Das ging schließlich so weit, daß die Frauen am Eingang des Saals den Buchertisch abbauden mußten. Überhaupt ließ die Aufmerksamkeit zu wünschen übrig und viele der veranstaltenden Frauen fühlten sich verärgert, was auch in einem spontanen Beitrag deutlich zum Ausdruck gebracht wurde. Auf dem Fest wurden Konsequenzen angekündigt: als nächstes soll ein Fest nur für Frauen gemacht werden.

Lübeck

Die Frauenhaus-Initiative lud zu einem gemischten Frauenfest zum 10. März in die „alternative“ ein. Rund 200 Leute kamen. U.a. berichtete die Frauenhaus-Initiative von ihrer Arbeit.

zu wünschen übrig und viele der veranstaltenden Frauen fühlten sich verärgert, was auch in einem spontanen Beitrag deutlich zum Ausdruck gebracht wurde. Auf dem Fest wurden Konsequenzen angekündigt: als nächstes soll ein Fest nur für Frauen gemacht werden.

Lubeck

Die Frauenhaus Initiative lud zu einem gemischten Frauenfest zum 10. März in die „alternative“ ein. Rund 200 Leute kamen. U.a. berichtete die Frauenhaus-Initiative von ihrer Arbeit.

Mehrere Frauen trugen Frauenlieder und Gedichte vor, so zum Beispiel „Wer sagt, daß Mädchen dümmere sind, der spinnt!“ oder auch das Frauenlied „Brot und Rosen“.

Die Musikgruppe „Liekeleier“ spielte in bunter Folge volkstümliche Frauenlieder, Lieder gegen das Berufsverbot und gegen die Neutronenbombe. Eine Frau vom Frauenausschuss appellierte an die besondere Verpflichtung der Frauen, gegen den Rüstungswahnsinn zu kämpfen und verwies dabei auf den tapferen Befreiungskampf der Vietnamesen gegen die USA und jetzt gegen den Einfall Chinas. Eine spontane Sammlung der Frauen für Vietnam ergab daraufhin 70 DM.

In lockerer Gesprächsrunde klärten die Frauen noch bis spät in den Abend. An einem Büchertisch wurden viele interessante Bücher über die Frauenbewegung und Frauenromane gekauft. Auf einer Fotoausstellung über die Demonstration gegen Frauenarbeitslosigkeit in Neumünster erkannten sich einzelne Frauen begeistert als Demonstrantinnen wieder.

Die IG Metall-Frauen wollen so einen Abend, wo gewerkschaftliche und betriebliche Frauenprobleme besprochen werden, aber auch Künstler eingeladen werden, einen Abend mit „Brot und Rosen“, wiederholen.

Frau meint, dies ist ein Beispiel, das auch in anderen Gewerkschaften von Frauen initiiert werden könnte.

Metall-Kommission

Bremerhaven

Ca. 130 Menschen besuchten eine Festveranstaltung, die von der Frauengruppe Bremerhaven organisiert wurde. Unterstützt wurde das Fest von der Kinder- und Jugendinitiative Bremerhaven, einer Mädchengruppe, der SÖDZDL und dem Brecht-Arbeitskreis Letzter (in dem einige Ex-KBWL'er und „ML“er ihre neue Heimat gefunden haben) wollte die Frauen befehlen, daß Frauengruppen überflüssig sind, daß die Frauen nur „an der Seite der Männer“ etc. pp.

Hamburg

Zum diesjährigen 8. März fand in Hamburg ein großes Frauenfest statt.

veranstaltet von einem buntgemachten Kreis Hamburger Frauengruppen vom „Forum zur resistlosen Abschaffung der Unterdrückung“ (F.R.A.U.), dem alten Frauenzentrum aus der Langenfelder Straße BIFF (Beratung und Information für Frauen) und einigen Frauengruppen, die in der Aktionseinheit Hamburger Frauen Gruppen zusammenarbeiten. Die Frauen der Jungsozialisten hatten auch zu dem Fest aufgerufen.

Nächstes Jahr müssen wir uns nach größeren Räumen umsehen, da diesmal alles aus den Nähten platzte. Ca. 1.400 Frauen waren zu dem Fest gekommen. Leider konnten durch die sehr begrenzten Räumlichkeiten nicht alle das zentrale Programm verfolgen, das von vielen Hamburger Künstlerinnen gestaltet wurde.

Braunschweig

Der März 1979 ist für unser Zentrum ein sehr aktiver Monat. Am 3. März hatte das Frauenzentrum ein jährigen Geburtstag. Das mußte natürlich gefeiert werden. Nachmittags wurden in lockerer Form Informationen gegeben, wozu auch sehr viele neue Frauen kamen. Abends fand dann eine Feite (natürlich nur für Frauen) statt. Insgesamt waren an diesem Tag mindestens 120 Frauen im Frauenzentrum, wovon bestimmt die Hälfte zum ersten Mal da waren.

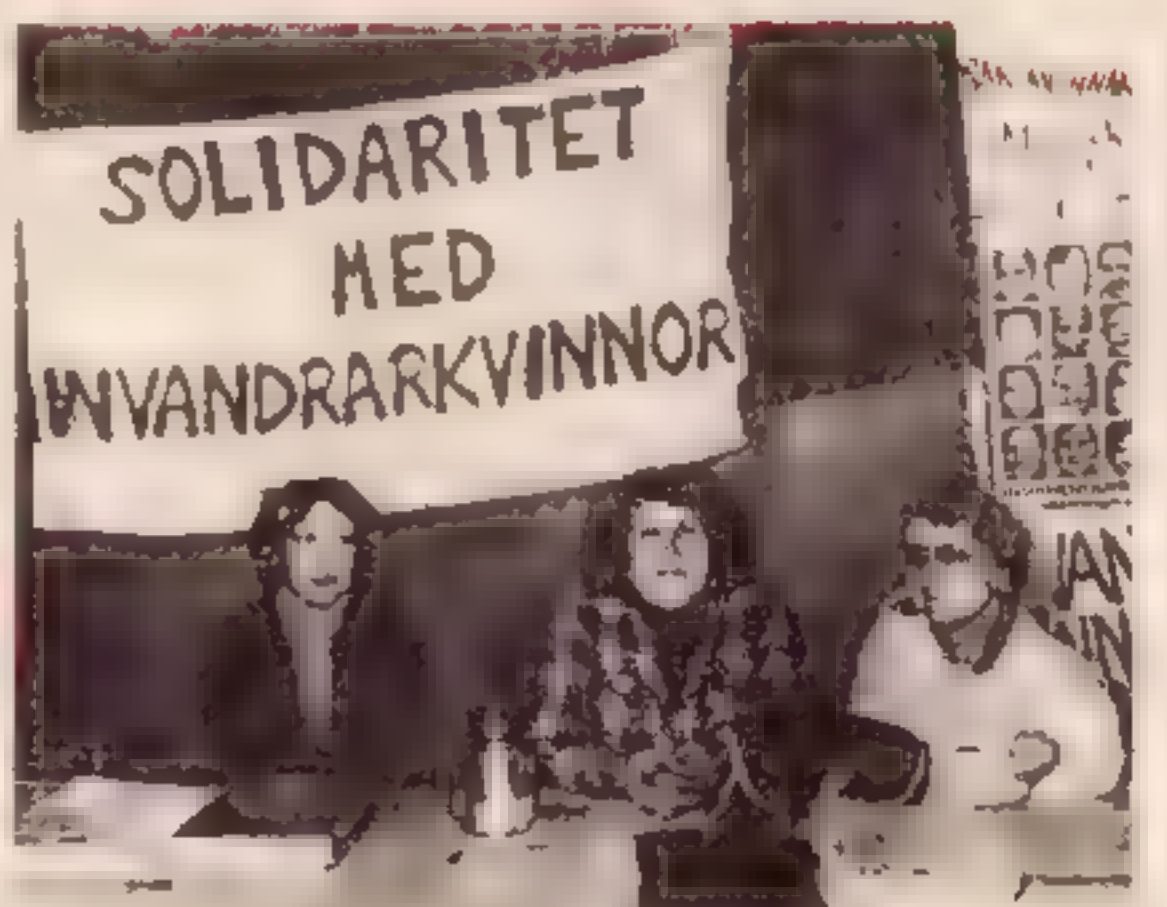
Am 8. März fand in den Räumen der hSG eine Veranstaltung statt, zu der etwa 40 Frauen kamen. Wir zeigten den Astid Proff-Film vom MPZ Hamburg, es gab ein Referat zum Thema „Frauen im Iran“ und eine Fotoausstellung über „Frauen im Faschismus“.

Der 8. März in Stockholm und Lund



Zur Vorbereitung des Frauentages hatte sich eine Aktionsseinheit zusammengeschlossen, die das gesamte Spektrum linker und fortschrittlicher Frauenorganisationen und -gruppen umfaßt: vom Friederika-Brehmer-Förbundet (bürgerlich-liberal) über Gruppen der Einwandererfrauen,

Der 8. März in Stockholm und Lund



„Solidarität mit den Einwandererfrauen“



Zur Vorbereitung des Frauentages hatte sich eine Aktionsseinheit zusammengeschlossen, die das gesamte Spektrum linker und fortschrittlicher Frauenorganisationen und -gruppen umfaßt: vom Friederika-Brehmer-Förbundet (bürgerlich-liberal) über Gruppen der Einwandererfrauen, Frauenhausgruppen, Frauen der Gruppe 8, Kvinnors Västerförbundet (sozialistische Frauen), lesbische Front bis zu Frauengruppen des Förbundet kommunist, des Kommunistischen Arbeiterbundes (KAF, 4. Internationale) und der vaterländischen SKP.

Die Parolen waren:

- Kein Frauenkampf ohne Klassenkampf — kein Klassenkampf ohne Frauenkampf!
- Frauenrecht auf eigenen Körper und eigene Sexualität!
- Frauenrecht auf Arbeit, Arbeit für alle!
- Unterdrückte Frauen aller Länder, vereinigt euch!
- Gute und gratis-Tages- und Freizeithome für alle Kinder!
- Unterstützt den Kampf der Frauen bei ALGOTS-Nord!
- 6 Stunden Arbeit und 8 Stunden Lohn!
- Frauenhaus jetzt!

In Lund (eine Universitätsstadt im Süden Schwedens) fand ein Fackelzug statt, an dem 500 Menschen teilnahmen, für Lund eine stattliche Anzahl. Anschließend wurde ein Fest gefeiert, bei dem für die Unterstützung der uruguayischen Frauen und für die von der Entlassung bedrohten Frauen von ALGOTS-Nord gesammelt wurde.

In Stockholm stand der Tag im Zeichen des Kampfes für ein Frauenhaus. Ca. 1.600 bis 2.000 Menschen nahmen an der Demonstration zum Internationalen Frauentag teil. Auch hier war ein Fest vorbereitet worden. Die Frauengruppen informierten an Ständen über ihre Arbeit. Es gab ein gut besuchtes Festprogramm mit Musik und Tanz und Gedichtvorträgen u.a.m.

Skandinavienkommission nach Berichten von Genossinnen aus Lund und Stockholm

Leserbrief: Zur psychischen Gewalt gegen Frauen

Eine Genossin aus Hamburg



Erfolgreiche Frauenfilmwochen in Kassel

In der Zeit vom 5. bis 22. Februar wurden in Kassel insgesamt fünf Frauenfilme gezeigt. Veranstalter waren diese Filmwochen von verschiedenen Frauen- und Mädchengruppen. Alle Filme waren gut besucht, insgesamt haben sich über 800 Besucher/innen die Filme angesehen. Eine Sache zum Nachmachen?



218 - Aktion in Kiel

Großen Erfolg brachte eine 218-Aktion in der Kieler Innenstadt, die von Frauen aus dem Frauenzentrum organisiert wurde.

Da alle Frauen ihre Tücher bzw. Klamotten tragen und zum Teil verkleidet und mit „Sandwiches“ auftraten, erregten die erstmalige Aufmerksamkeit und viele Leute blieben dann vor der Stellwand und am Büchertisch stehen. Im Mittelpunkt der Aktion stand natürlich der Verkauf der handgeknüpften 218-Broschüre, von der die Frauen an diesem Samstagmorgen 230 (!) Exemplare verkauften.

Frauenzelle im KB/Gruppe Kiel



Frauentreff in Dortmund

Vom 20. bis 24. März werden in Dortmund Frauen zusammengekommen, unter dem Motto: „Frauentreffen des Reviers“. Eingeladen sind alle Interessierten der dortigen Region, besonders angesprochen sollen auch Mütter und Hausfrauen fühlen.

Tagungsort ist die pädagogische Hochschule in Dortmund. Näheres erfährt man unter dem Stichwort „Frauentreffen“ bei der PH Dortmund, Fachbereich 3, Emil-Fugge-Strasse 50, 4600 Dortmund. (Wir werden darüber berichten)

Endlich: Die Pille für Männer!

Chinesische Wissenschaftler vom Materia-Medica-Institut in Shanghai beschäufigten sich seit acht Jahren mit der Realisierung dieses Wunsches: vieler Frauen. Und scheinbar erfolgreich, denn kürzlich berichtete die Pekinger Nachrichtenagentur Xinhua, daß es gelungen sei, eine schwangerschaftsverhütende Pille zu entwickeln, die von Männern eingenommen wird.

Die Einzelheiten, die bekanntgegeben wurden, klingen recht erfolgversprechend: Die Pille für den Mann, genannt „Gossypol“, wird aus Baumwoll-Öl gewonnen und bewirkt ein Absterben der männlichen Samen, wenn das Mittel regelmäßig (in den ersten drei Monaten täglich, dann nur noch zweimal in der Woche (nach „Stern“ 11/79) eingenommen wird. 10.000 chinesische Männer haben diese Pille bereits bis zu vier Jahren geschluckt. Wie die chinesischen Mediziner berichteten, haben die klinischen Erprobungen ergeben, daß die Männer-Pille zum einen ebenso sicher wie die Antibabypille für die Frau ist, zum anderen keine besorgniserregenden Nebenwirkungen zu verzeichnen gewesen seien: „Nur wenige Chinesen klagten über Blähungen oder Übelkeit, manchmal registrierten die Ärzte zu wenig Kautum im Blut ihrer Pillen-Probanden. In der Liebe indessen versagte wegen der Pille kein einziger“ („Stern“ 11/79).

Nach Absetzen der Pille stellt sich nach zwei bis drei Monaten, spätestens aber nach einem Jahr die Zeugungskraft wieder ein.

Fräglich ist allerdings, ob die Ergebnisse der Forschungen in China auch für die Frauen in der BRD und anderen westlichen Ländern Grund sein können zu hoffen, daß Verhütung bald nicht mehr die leidige Angelegenheit nur von uns Frauen sein

wird. Denn, Bedenklich sollte es uns doch stimmen, wenn jetzt, wo die Pille für den Mann — ausgerechnet — in China auf den Markt kommt, bei uns so getan wird, als ob tatsächlich „seit 20 Jahren Forscher in den Labors westlicher Pharmakonzerne vergebens (versuchen), solche Tabletten zu entwickeln“ („Stern“ 11/79). Es scheint doch recht unwahrscheinlich, daß bei einer derart „unermüdlichen“ Suche unserer wissenschaftlichen Koryphäen nichts Nennenswertes herausgekommen sein soll!

Wenn wir daran denken, wie wenig sich die Pharmakonzerne von Rückschlägen und dem Auftauchen übler Nebenwirkungen aufhalten lassen, wenn es darum geht, Medikamente (Duogynon bzw. Cumonit, Prostaglandine) an Frauen zu erproben, könnte Frau eher mutmaßen, daß die Bemühungen, eine Pille für den Mann zu entwickeln, so ernsthaft nicht gewesen sein können. Prof. Neumann vom westberliner Pharmakonzern Schering bestätigte, daß man sich „heute nur noch theoretisch mit dem Thema“ beschäftigt („Stern“ 11/79). Aber selbst wenn sich die verantwortungsvollen Pharmazeuten von diesen warnenden Stimmen nicht abhalten lassen und die Pille für den Mann wider Erwarten auf den westlichen Markt bringen würden, dürfte die Verhütung als Männersache ein Traum der Frauen bleiben: „Eine Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach ergab, daß nur jeder siebte deutsche Mann eine solche Pille schlucken würde. Jeder dritte weigert sich kategorisch, seiner Partnerin die Verhütung abzunehmen“ („Stern“ 11/79).

Eine Genossin der Frauenzelle KB/Gruppe Flensburg

Frauerzeitung in Bremen

Seit 2 Wochen gibt es in Bremen eine neue Frauenzeitung, die „GESCHE“. Nachdem die letzte Bremer Frauenzeitung im Juni 78 eingestellt wurde (die letzte Nummer war schon nur noch das Werk einer einzelnen Frau), hat sich jetzt eine neue Zeitungsgruppe gebildet, die die „GESCHE“ monatlich herausgeben will. Die Frauen hatten beschlossen, die Frauenzeitung zu machen, weil sie es unbedingt notwendig finden, „eine öffentliche Darstellung und Diskussionsmöglichkeit zu haben, damit ein gemeinsamer Informationsaustausch zwischen den einzelnen Frauengruppen und zwischen den Frauengruppen und der „Umwelt“ stattfinden kann“ (zit. nach G. Schill).

Die Gruppe möchte die Zeitung als „eine Art Forum“ zwischen Diskussions und Arbeit im Frauenzentrum wieder zu beleben.

Und so gibt die erste „GESCHE“ einen interessanten Überblick über einen großen Teil der noch bestehenden Frauengruppen Bremens, deren Arbeit, Ideen, Schwerpunkte und Projekte, die geschäftet sind (z.B. der Frauenbuchstaben) und so eine de dafür.



Außerdem findet frau Artikel zur Situation der Frauen in Iran und deren Kämpfe dort, über den Bremer Trinkwasser-Skandal und über den Stand des „Tagesspiegel“-Projekts. Die Schwerpunkte der nächsten drei Nummern sind bereits geplant: Frauen in Institutionen, Feministische Wissenschaft. Die neue Frauenzeitung ist in Bremen auf großes Interesse gestoßen, das wird die Frauen ermuntern, weiterzumachen. Bestelldress: Frauenzentrum, Auf den Häfen, 2800 Bremen.

AG Frauen KB/Gruppe Bremen



Neuer Frauentreff in Bremerhaven

Stolz auf den eigenen, neu eröffneten „Frauenladen“ ist die Frauengruppe Bremerhaven!

In etwa 4 Jahren hat die Gruppe, in der etwa 25 Frauen verschiedener politischer Richtungen zusammenar-

beiten, sich durch kontinuierliche Arbeit soweit vergrößert, daß jetzt eine ausreichende personelle und finanzielle Basis für einen eigenen Treffpunkt vorhanden ist und die Frauen nicht mehr auf unpersönliche Gaststätten angewiesen sind. In den gemütlich eingerichteten Räumen kann sich Frau zum Klönen und zu Diskussionsrunden treffen, und damit ist die Frauengruppe endlich auch für andere Frauen erreichbar. Daß dies in Bremerhaven ein Bedürfnis ist, zeigte die Eröffnungswoche, die ein voller Erfolg war: an insgesamt 4 Abenden mit verschiedenem Programm fanden sich etwa 200 - 250 Frauen (und an einem Abend auch zahlreiche Männer) ein. Besonderes Interesse fanden auch Wandzeitungen und Informationen zu den derzeitigen Aktivitäten, wie z.B. der 1. Tagung der Frauen im Berufsleben und der 1. Kinder. Die Eigeninitiative der Frauen wurde auch in der örtlichen Presse positiv hervorgehoben.

Kontakt: „Frauenladen“, Bürger 151. Jeden Montagabend Klönabend und Informationen.

Eine AG Genossin aus Bremerhaven



Frauenfilme in Wiesbaden

Das Frauenzentrum in Wiesbaden führt jeden ersten Dienstag des Monats in Zusammenarbeit mit dem Wiesbadener Jugendzentrum einen Frauenkinoabend durch.

Das Programm für die nächsten Monate: 3.4. „Die allseitig reduzierte Persönlichkeit“, Helge Sander 1977, 8.5. „Kühle Wampe oder wem gehört die Welt?“, Fudow und B. Brecht 1932, 5.6. „Eine Frau ist Verantwortlich“, Ulla Stöckl 1977, 3.7. „Union Maids“ (Kampf der Gewerkschafterinnen in den USA), Reichert, Klein Magulesco 1976.



Frauen im Faschismus

Am 24./25.3. findet ein Wochenendseminar zum Thema Frauen im Faschismus statt, organisiert von der Frankfurter Naturfreundejugend. Beginn ist am Samstag, den 24.3. um 14 Uhr. Ort ist das Büro der Frankfurter Naturfreundejugend, Hamburger Allee 47.



Das neue „Frankfurter Frauenblatt“

Die Nummer 3 ist erschienen! Neben Kurzmeldungen über aktuelle Ereignisse enthält auch diese Nummer wieder eine Reihe interessanter Artikel:

- Zum Problem des „Altwardens“
- Zum Alltag im Faschismus
- Zur Frauenbewegung in Israel und den besonderen Problemen für israelische Frauen, die aus der zionistischen Ideologie erwachsen
- Ein Interview zum Thema „Kitsch was danach?“ mit Frauen, die in den Kitsch früher arbeiteten und heute in den neuen „Kindertagesstätten“ mitarbeiten

Frauengruppe, KB/Gruppe Frankfurt

Frauenhaus Kassel: Der Magistrat dreht den Hahn zu

In zweijähriger Verhandlungszeit konnte die Frauenhausinitiative Kassel erreichen, daß ihr vom Magistrat ein entsprechendes Haus und Geld für einen Kontext und einen entsprechenden Wohnraum (das entsprechende Haus wird renoviert) die Frauenhausinitiative rechnete bislang mit einem Einzug zum 1.4.79. Die Gelder für laufende Kosten und Personal wurden Ende Dezember 1978 von der Stadt bewilligt, so daß das Projekt als gesichert erschien. Ende Februar kam dann allerdings der Knüller: Die Gelder für laufende Kosten und Personal wurden vorläufig gesperrt — sie werden erst ausbezahlt, wenn die Frauenhausinitiative garantiert, sich nach einer halbjährigen Anlaufphase über den § 72 BSHG finanzieren zu lassen. Die Frauenhausfrauen lehnen diese Lösung ab, da zu große Eingriffe möglichkeiten von staatlicher Seite befürchtet werden und die Diskriminierung mißhandelter Frauen bei einer Finanzierung über den § 72 BSHG nicht zu verantworten ist.

Zur Unterstützung der Forderung nach Auszahlung der bereits bewilligten Mittel veranstaltete die Frauenhausinitiative Kassel eine Podiumsdiskussion am 1.3.79. Ein Vertreter der

Stadt ist nicht erschienen, dafür recht zahlreich Zuhörerinnen. Neben einer kurzen Darstellung der praktischen Arbeit (die Kassel-Frauenhausinitiative hat bisher 200 Frauen und ihre Kinder betreut), der Verhandlungstaktik der Stadt und der Gründe, warum eine Finanzierung über den § 72 BSHG abgelehnt wird, berichteten Frauen aus dem Frauenhaus Hannover über ihre Erfahrungen mit dem § 72 BSHG (sie hatten sich gezwungenermaßen Ende 1978 auf diese Regelung eingelassen und lehnen diese mittlerweile wieder ab). Von den Anwesenden wurden Solidaritätsbriefe an den Oberbürgermeister der Stadt Kassel unterschrieben, in denen die sofortige Auszahlung der bewilligten Gelder ohne weitere Bedingungen gefordert wird. Frauen aus dem Publikum empfahlen eine baldige Besetzung des vorgesehenen Hauses.

Sowohl die örtliche Presse als auch der Rundfunk berichteten über die gut besuchte Veranstaltung; jedoch der Magistrat der Stadt Kassel zeigt sich (vorläufig) hart: entweder Finanzierung über den § 72 BSHG oder kein Pfennig für das Frauenhaus.

Eine Genossin des KB/Gruppe Kassel



„KPD“ empfiehlt: „Vaterlandsverteidigung“ auch für Frauen

Zum in letzter Zeit viel diskutierten Thema „Frauen zum Bund“ hat sich auch die „Rote Fahne“ der „KPD“ (8.3.79) geäußert. Eine volle Seite lang. Zu 90 % stellt der Artikel dar, welche politischen und ökonomischen Gründe die Bourgeoisie zu verschiedensten Zeiten bewegt haben, Frauen in die Armes zu holen. Erst ganz zum Schluß kriegt die Verfasserin doch noch die unvermeidliche Kurve, die „Freiheit“ müßten auch die Frauen „mit der Waffe verteidigen“, nämlich gegen die „beiden Supermächte“, „besonders“ jedoch „ihre ernstet's nicht! ...“ gegen die Sowjetunion. Na, also! „Freiheit“ und „Frieden“ muß auch Frau verteidigen — das sieht man schon „in Chile, Nicaragua, Kampuchea und China“. Dort wohl ganz besonders. Deshalb ist die Verfasserin für eine „militärische Ausbildung der Frauen - auch in der Bundeswehr“.

Hier, bereits am eigentlichen Ziel angekommen, droht die Verfasserin aber nochmals eine Kurve: „Die zur Zeit aufbrechende Diskussion über die Soldatin ist nicht Ausdruck der Emanzipation, es ist der Versuch, mit Hilfe von Frauen die Bundeswehr in ein Berufsheer umzuwandeln: eine Tendenz, die wir im Interesse der Emanzipation der Frau und der militärischen Erleichterung ablehnen müssen“.

Soll heißen: Nur im Rahmen einer allgemeinen Wehrpflicht müßte die „KPD“ für die Einbeziehung von Frauen in die Bundeswehr eintreten.

Aber ernsthaftes Argument gegen die Militarisierungspläne der imperialistischen Bourgeoisie wird man/frau das nicht gerade ansehen können.

200 DM Strafe wegen „Betrugs“ für „Courage“-Redakteurin

Vor einem Jahr schrieb eine „Courage“-Redakteurin der politischen Gefangenen Waltraut Seepert einen Brief, langte anschließend in die Schachtel mit den Briefmarken und pappte eine davon auf den Umschlag. Allerdings die falsche: Nicht „Deutsche Bundespost“ prangte rechts oben, sondern „Unterstützt die Rote Hilfe“.

Das Versehen wurde bei der Postkontrolle im Knast bemerkt. Die Folge war nicht etwa Strafporto, sondern ein von der Staatsanwaltschaft (wegen angeblichen „Öffentlichen Interesses“ an dem „Verbrechen“) eingeleitetes Strafverfahren wegen Betruges sowie eine Hausdurchsuchung bei der „Courage“-Frau mit acht Bullen zur Auffindung weiterer Marken (!!).

Die Frau erhielt dann einen Strafbefehl über insgesamt 250 DM! Im

Hauptverfahren, das dem Einspruch der Redakteurin folgte, regte der Richter eine Einstellung des Verfahrens an, die Staatsanwaltschaft widersprach.

Das jetzt ergangene Urteil hält ebenfalls daran fest, die „Courage“-Redakteurin habe vorsätzlich durch Kleben und Verschieben der nicht genehmigten Briefmarke die Post (die selbst keinen Strafantrag gestellt hatte) „betrogen“ und setzt eine Strafe von insgesamt 200 DM fest (wobei die geringere Geldsumme allein aufgrund des kargen Einkommens der Frau zustande kam).

Die Redakteurin geht in die Berufung. (Informationen aus „Tagesspiegel“ vom 14.3.79).

Eine AG-Leserin aus Westberlin

Diskussion: Linke und Sadomasochismus

Der Knittel im Haus erspart den Pflasterstrand

Die bisherige Diskussion über Sadomasochismus (S/M) im AK hat eine ganze Reihe von Problemen angesprochen, zu einigen Punkten dieser Diskussion möchte ich meine Meinung schreiben.

1. Die Diskussion in AK 148/149 hat sich in Wirklichkeit gar nicht oder nur am Rande mit dem eigentlichen Stein des Anstoßes (vgl. AK 141 und 143) beschäftigt, d.h. mit der S/M Szene (Clubs, Zeitschriften, S/M Treffen etc.). Stattdessen wurde S/M aus der Sicht des politisch aufgeklärten, sexuell sensibilisierten linken Schwulen (oder auch „Heteros“) dargestellt, der S/M als einen möglichen Bestandteil seiner Sexualität begriff. Von vornherein wurde begrenzt, was die S/M „Szene“ ebenso wie der vorerwähnte, auf seine spezifische Form der Sexualität fixierte Masochist. Zwar wurden in AK 148/149 sowohl die „Szene“ als auch der vereinzelte Kontaktanzeigen-Masochist erwähnt, jedoch ohne weitere Schlußfolgerungen für die S/M-Diskussion.

2. Dies zeigt sich in der Definition von S/M, die in AK 148/149 und auch in den Leserbriefen in AK 143 gegeben wurde: „S/M-Sex beruht auf freiwilliger, gleichberechtigter Beziehung beider (oder auch mehrerer) Partner. Der masochistische Partner bestimmt, wie weit er gehen will“ (Manfred aus Westberlin, AK 143, Hervorhebungen von mir). Andernfalls sei es, so scheint auch die einzige Meinung der Beiträge in AK 148/149, gar kein „echter“ S/M, sondern nur Brutalität. Hier wird meiner Meinung nach S/M nicht aus der Sicht der großen Mehrheit der Betroffenen definiert, sondern aus der überhaupt nicht repräsentativen Sicht des linken oder radikaldemokratischen. Was nicht in diese Definition hineinpaßt, wird ausgegrenzt und steht nicht zur Diskussion.

3. Man macht es sich auf diese Weise gleich sehr leicht. Mit dem Problem der Ungleichberechtigung in Beziehungen, mit der Gewalt in Beziehungen (die vielleicht doch nicht immer in den Grenzen bleibt, die der Partner möchte), braucht man sich ja definitionsgemäß gar nicht zu befassen, das ist dann eben kein S/M! Da man die Freiwilligkeit und Gleichberechtigung beider (oder auch mehrerer) Partner per Definition voraussetzt, kann man nunmehr alles, was sich in diesem Bereich abspielt, unter dem Stichwort „Sexuelle Toleranz“ erledigen. Warum sollen wir denn nicht dürfen, was sie beide (bzw. alle) wollen?

4. Als Form der Sexualität (im allerweitesten Sinn) wird S/M folglich zur Privatsache, zur Frage persönlicher bzw. gemeinsamer Vorlie-

ben. Wer an diesem Punkt noch kritische Fragen stellt, wird zum Verfechter der „Diktatur der Normalität“ erklärt. Es ist aber meiner Meinung nach ein erheblicher Unterschied, ob ein Mann beim Bumsen gern mal Strumpfhälter und Netzstrümpfe anzieht, oder ob er vielleicht eine Nazi-Uniform samt Reitpeitsche bevorzugt. Im letzteren Fall kann mich auch der Gedanke nicht beruhigen, daß der/die Partner(in) damit völlig einverstanden sei oder vielleicht sogar Lust bei dem Gedanken empfinde, er/sie sei beispielsweise (ein/e) dem anderen ausgeliefert(e) Jude/Jüdin.

Das Beispiel ist zwar zugespitzt, aber keineswegs abwegig. S/M verwendet Begriffe und Symbole, die in der Geschichte der Menschheit einen bestimmten Platz haben. Begriffe wie Sklave, Dressur, abrichten, Gegenstände wie Peitsche, Fesseln, Lederne Gesichtsmasken, Folterbank. Entschändet sein Gerät zum gewaltsamen Weiten der Vagina oder des Anus (Schloß) usw. Begriffe und Geräte also, die absolut nichts mit Sexualität im allerweitesten Sinn zu tun haben, aber aber mit jahrtausende alter Unterdrückung, Erniedrigung und Vernichtung des Menschen durch den Menschen zu tun haben. Diese Dinge quasi „apientisch“ zum Gegenstand bzw. Mittel von Sexualität zu machen ist ebenso widerlich wie eine Mini-Gaskammer als Salztrenner oder ein KZ als Kindererziehungs.

5. Dies bedeutet nicht die Unterstellung, daß die S/M-Laute, zumindest die Organisiereten, Faschisten seien. Sie mögen außerhalb ihrer speziellen Form von Sexualität so autoritär oder überal sein wie irgendwer sonst. Allerdings ist im AK in der bisherigen S/M-Diskussion zu wenig auf Berührungspunkte zwischen S/M-Szene und Nazi-Gruppen, auf Entwicklungstendenzen usw. eingegangen worden, die es durchaus zu geben scheint.

Mich beruhigt jedenfalls nicht die These vom Ausleben und Abgrenzen der unangenehm besagten Wer bestimmte Phantasien in seiner Sexualität frei auslebt, wird sie nicht in Realität verwandeln wollen. Wäre dies so, müßten wir eigentlich den Produzenten von Nazi-Fornos noch dankbar sein.

6. Im Zusammenhang mit der in

6. Im Zusammenhang mit der in Punkt 2 erwähnten eigenwilligen Neu-Definition des Begriffs S/M sehe ich, daß die bisherige S/M-Diskussion im AK erheblich hinter das bereits erreichte Niveau linker Gewalt-Diskussion (im Zusammenhang mit der Neobauhausismus-Debatte im „Pflasterstrand“) zurückgefallen ist. Der ganze Bereich der Gewalt-Phantasien und der latenten Aggressivität auch innerhalb der Linken ist in unserer S/M-Diskussion einfach wegdefiniert worden. Wer die Leserbrief-

in AK 143 und die Beiträge in AK 148/149 daraufhin noch mal durchliest, wird finden, daß dort zwar von Masochismus viel die Rede ist, jedoch gar nicht vom Sadismus. Am klarsten kommt das in der folgenden Stelle aus dem „Schwuchtel“-Interview (AK 149, S. 31) zum Ausdruck: „Ist es eigentlich ein Ausdruck von Geilheit, wenn du mit dem Rohrstock schlägst?“ Antwort: „Nein. Von Zärtlichkeit. Ich mache das ja nie, um dem weh zu tun. Ich könnte ihn genauso gut küssen...“ Daß es jemandem tatsächlich Lust bereiten könnte, einem anderen zu prügeln und zu quälen, bleibt also außerhalb der Diskussion. Das Schlagen wird zur kantitativen Handlung, zur Gefälligkeit gegenüber dem Geschlagenen, der es halt so „gemacht“ haben möchte. Der Schlagende ist dabei ohnehin Sadist, wie der Arzt, der einem Patienten eine schmerzhaft Spritze gibt.

Daß in der bisherigen S/M-Diskussion im AK eine solche blinde Aus der Perspektive des Masochisten diskutiert wurde, hat meiner Meinung nach einen einfachen psychologischen Grund: Der Masochist erlaubt sich eher eine verständnisvolle Identifizierung als der Sadist. Wer möchte die Genossen verurteilen, die sich beim Bumsen gelegentlich vorstellen, sie würde vergewaltigt? Hingegen der Genosse, der sich lustvoll vorstellt, seine Freundin zu vergewaltigen, wird – falls er dies offen bekennen – wohl eher mit Protest oder Kritik rechnen müssen. Man/frau würde vermuten, daß er die Frauenfrage in seinem Kopf (oder sonstwo) wohl doch noch nicht völlig geklärt hat.

7. Die sadistische Komponente ist in unserer bisherigen S/M-Diskussion also nicht zufällig ausgegrenzt worden, sondern bewußt. Der Gedanke wirkt einfach beruhigend, daß sich S/M im genau eingezirkelten Bereich von Freiwilligkeit und Gleichberechtigung bewege. Nun hat es S/M aber mit Unterdrückung bzw. Unterwerfung zu tun (dem genauen Gegensatz von Freiwilligkeit und Gleichberechtigung), ebenso wie mit der Lust anderen weh zu tun und sie zu erniedrigen mit der Realisierung von Gewalt-Phantasien. Die Fiktion dieser Gewalt-Phantasien innerhalb fester Spielregeln (man könnte, frei nach Nietzsche, von einem Hausier-S/M sprechen), ist ein Gedanke, der liberale, politisch aufgeklärte Genossen wohl beruhigen oder ihnen gar gefallen mag. Ich vermute aber, daß im „real existierenden“ S/M (der doch etwas anderes ist, als linker Hausier-S/M) die Grenzen von Freiwilligkeit und Gleichberechtigung nicht so starr eingehalten werden. Berichte aus der S/M-Szene über „Exzesse“ sprechen eine deutliche Sprache.

8. Da in unserer bisherigen S/M-Diskussion der Sadist und seine Motivation ausgegrenzt blieben,

konnte man sich leicht bei dem Gedanken der Freiwilligkeit beruhigen. Wer möchte denn so inhuman und intolerant sein, dem Masochisten die von ihm gewünschte Befriedigung zu verweigern?

Wir sind es allerdings ansonsten gewohnt, diese Art von „Freiwilligkeit“ kritisch zu hinterfragen. Im AK 149 wird unter dem Motto „Sexualisierung von Herrschaftsverhältnissen“ von der AG Schwule richtig der gesellschaftliche Hintergrund des Masochismus analysiert, nämlich die Verinnerlichung von Herrschaftsverhältnissen. Wenn jemand Herrschaftsverhältnisse verinnerlicht hat, zudem noch jemand aus unseren Reihen, ist das allerdings etwas, gegen das wir ankämpfen sollten. anstatt es liberalistisch in den Bereich des persönlichen Geschmacks und der sexuellen Toleranz zu verweisen. Die Genossen der AG Schwule halten sich wahrscheinlich für human, verständnisvoll und frauenfreundlich, wenn sie dafür plädieren, daß Frauen das „Recht“ haben sol-

len, ihre Objektrolle „aktiv“ zu verarbeiten. indem sie z.B. mit ihrem Freund Vergewaltigung „spielen“. Gewiß hat jede Frau sogar das „Recht“, sich in der Sexualität total auf ihre Objektrolle zu reduzieren, wenn ihr das „Spaß“ macht. Aber was bringt ihr dieses „Recht“?

Da wird doch, ausgerechnet von schwulen Genossen, die sonst aktiv gegen Frauen-Unterdrückung angehen, die Frau als Sex-Objekt durch die Hintertür wieder eingeschmuggelt. So nach der Devise „Erlaubt ist, was gefällt“.

Es darf uns in der Tat nicht um die Aufrechterhaltung und Durchsetzung von Normen darüber gehen, was man als „Komunistin in der Sexualität“ zu tun und zu lassen hat. Dort allerdings, wo Herrschaftsverhältnisse Frauenunterdrückung und -verinnerlichung werden, müßte das kritisch hinterfragt werden.

Kt., Hamburg

„Sadomasochismus: na und?“ (oder wie hieß noch die Überschrift...?)

Solange ich in dieser Stadt (Frankfurt) lebe – gibt diese ständige Bedürfnisdiskussion in den berühmten „Frankfurter Zusammenhängen“. Die nennt sich: „Bring dich ein – steh zu dir, zu deinen Bedürfnissen“ usw. auf. Da springt ab und zu mal ein Knüttel-aches Bekenntnis dabei ab. Ihr erinnert euch, dieser Typ, der damals im „Pflasterstrand“ Nr. 34, nachdem er festgestellt hatte, wie er ständig unter der Unterdrückung der Frauen gelitten habe, schulderte, wie er bewußt seiner Freundin in den Unterleib trat.

Wäre das auf der Grundlage einer „gegenseitigen Übereinstimmung“ gelaufen, wäre wohl eurer Meinung nach nichts dabei, sondern es könnte sogar eine lustvolle Verarbeitung der herrschenden Gewalt sein?

Mensch, das eröffnet ja ganz neue Perspektiven von Widerstandsformen. bekämpft nicht die Bullen auf der Straße, spielt selber Bulle in euren Zimmern und Kammern!

„Gegenüber dem „Bundel“ auf der Straße, spielt selber Bulle in euren Zimmern und Kammern!“

Ihr schreibt, gegen Tabus kämpfen zu wollen, gegen die Diktatur der Normalität. Entweder wir reden eine verschiedene Sprache, oder wir leben auf unterschiedlichen Planeten.

Seit wann ist denn Gewalt ein Tabu in dieser Gesellschaft? Das gehört gerade mit zur Diktatur der Normalität! Streng definitorisch genommen heißt Tabu nichts anderes, als bestimmte Sachen bewußt zu verschweigen, die aber real existieren.

Eine bestimmte Meinung aber zu vertreten über Sachen, die real existieren, hat nichts mit Tabuisierung

zu tun. Ich finde, daß ihr moralisch argumentiert, indem ihr versucht, von vornherein die Diskussion über S/M auf der Ebene „Kampf gegen Denkminderungen“ zu führen, d.h. jeder/jedem, die möglicherweise was gegen S/M haben, wird implizit untergejubelt, sie seien womöglich verkleinert!

Ihr schreibt auch, ihr wollt nicht diesen „subjektiven Kriterien“ – aber das einzige Kriterium, das ich in eurem Artikel benannt sehe, ist das des Spaßes. Nun ja – gegen Spaß ist wohl niemand. Wir brauchen also mehr Spaß und Phantasie, sonst ändert sich das Leben nie! (Fritz Teufel) – aber eben überspitzt und nicht weniger treffend gesagt haben auch die Nazis zum Teil ihren „Spaß“ dran gehabt, Menschen zu foltern (und andere auch!).

Ob in Peking, Moskau, Hamburg oder Frankfurt – oder auch im Bett! – die Peitsche und ähnliche Utensilien geschwungen werden – Scheiße ist

überall! – oder auch im Bett! – die Peitsche und ähnliche Utensilien geschwungen werden – Scheiße ist überall! „Gewalt ist beautiful.“ Nein dankt! Wir kämpfen für die Abschaffung der Herrschaft des Menschen über den Menschen, ob sie nun lustvoll und auf der Basis der „gegenseitigen Übereinstimmung“ geschieht oder nicht. Alles andere ist für mich reinster Zynismus.

Es ist schon eine ziemlich beschusene Gesellschaft, die so einen Mist produziert. Stürzen wir sie (verbalradikal – aber auch ernst gemeint).

Eine Frankfurter Genossin

„Liebe Genossen der AG Schwule...“

Zunächst einmal finde ich es ziemlich gut, daß ihr das Thema „Linke und Sadomasochismus“ aufgegriffen habt. Die spontane Reaktion der meisten Genoss(inn)en, incl. meiner eigenen, war wohl die Frage, was ein derart „exotisches“ (und perverses?) Thema im AK soll. Die bisherigen Artikel haben hoffentlich dazu beigetragen, einige Vorurteile in dieser Richtung abzubauen.

Nun zu einigen Punkten, in denen ich nicht mit Euch übereinstimme. Insbesondere in den Artikeln im AK 149 wird betont, daß S/M eine lustvolle und zärtliche Form der Sexualität ist, „die erst da zum Gewaltverhältnis wird, wo sie zu Lasten des einen oder anderen Partners geht“. Soweit o.k. Ich kann mir jedoch nicht vorstellen, daß S/M-Beziehungen in der Mehrheit in der o.a. Form ablaufen. In einer Gesellschaft, in der Sexualität einerseits tabuisiert und andererseits in jeglicher Form vermarktet wird, in der solidarische und gleichberechtigte Beziehungen fast Seitenhellschwert haben, kann ich mir nur schwer vorstellen, daß S/M-Beziehungen in der von euch geschilderten Form ablaufen. Das dürfte doch wohl die totale Ausnahme sein!

Gerade in Anbetracht der relativ kleinen S/M-Szene und dem daraus

resultierenden Zwang, innerhalb dieser Szene einen Partner finden zu müssen, werden in der Realität doch wohl eher Beziehungen überwiegen, die eben nicht solidarisch und zärtlich sind.

Ich lehne wie ihr „pauschale sexuelle Abgrenzungsbeschlüsse“ ab und finde es richtig, sexuelle Tabus auch und gerade im AK – zu brechen, das darf jedoch nicht dazu führen, Formen der Sexualität, nur weil sie existieren, auch gutheißen zu müssen. Im Interesse einer Nichtdistanzierung. Unsere Aufgabe ist doch nicht nur, die Realität zu beschreiben, sondern auch Wege zur Veränderung aufzuzeigen. Und die Realität, ob in S/M-Beziehungen, sonstigen schwulen oder hetero Beziehungen ist nun leider nicht solidarisch.

Zu eurem Vergleich mit Vergewaltigungsphantasien von Frauen. Ihr schreibt: „Nicht von der Hand zu weisen ist, daß dies eine Form des Widerstandes gegen die real existierende Gewalt sein kann“. Sicher sind Vergewaltigungsphantasien und Ähnliches eine Form, gesellschaftlich erfahrene Gewaltverhältnisse zu verarbeiten, dies als Widerstand zu bezeichnen, halte ich aber doch für etwas übertrieben. Sind sie nicht vielmehr Ausdruck für die völlige Ka-

putheit, in der Menschen in dieser Gesellschaft zusammenleben?

Zu den Vergewaltigungsphantasien in Heterobeziehungen gilt das gleiche, was ich schon zu S/M-Beziehungen gesagt habe: Ich bezweifle, daß das für beide Partner so lustvoll ist, in der Regel dürfte das doch auf Kosten der Frau gehen. Ich finde es übrigens nicht gut, zu diesem Punkt nur zu schreiben, daß Vergewaltigungsphantasien „nicht wegzuleugnende Tatsache, – auch im KZ“ sind, ohne dazu Betroffene, die ihr offensichtlich kennt, selbst zu Wort kommen zu lassen. Mit der bloßen Erwähnung solcher Punkte wird doch allenfalls ein Klima geschaffen, in dem wilde Spekulationen blühen.

Um nicht mißverstanden zu werden: Ich finde es wichtig, auch über Fragen der Sexualität im AK zu diskutieren. Ich habe allerdings den Eindruck, daß die unterdrückten Elemente dabei etwas zu gut wegkommen.

Hoffentlich beteiligen sich noch viele Leute an der Diskussion. Ist ja auch ein Beitrag zu der, in der Krisendiskussion oft geforderten, Verbindung von „Privatem“ und „Politischem“, oder?

Solidarische Grüße

Eine Genossin der AG Frauen/Göttingen

So nicht!

Im letzten ARBEITERKAMPF wurden im Rahmen der Diskussion „Linke und Sadomasochismus“ zwei Bilder abgedruckt, die im völligen Widerspruch zum danebenstehenden Text standen. Obwohl der Lay-Outler auf diesen Widerspruch hinwies, bestand der Redakteur darauf, daß die Bilder abgedruckt werden. Sie waren ursprünglich Bestandteil eines von ihm geschriebenen Beitrags zu diesem Thema. Der Beitrag konnte nicht mehr mit abgedruckt werden; der Redakteur hielt es trotzdem für gut, die Bilder auch ohne Artikel zu veröffentlichen – sozusagen als Diskussionsbeitrag.

So haben wir das irreführende Ergebnis, daß im Artikel klar zwischen S/M und Faschismus unterschieden wird, während mit den Bildern versucht wird, einen direkten Zusammenhang herzustellen.

Wir halten es grundsätzlich für unzulässig, daß auf diese Weise Artikel erstellt werden. Korrekt wäre es gewesen, wenn die Bilder eindeutig getrennt – z.B. durch einen Kasten – und als Beitrag des Redak-

teurs gekennzeichnet abgedruckt worden wären.

Wir halten es für wesentlich sinnvoll, wenn die bestehenden Widersprüche in Form von Artikeln geklärt werden.

AG Schwule im KB

Kommentar des betr. Redakteurs

Die beiden genannten Bilder verstehe ich als einen gewissen Protest dagegen, daß in den beiden Diskussionskomplexen in AK 148 und 149 einhellig vom ursprünglichen Stein des Anstoßes, nämlich der S/M Szene, abstrahiert wurde und Problematiken des „real existierenden“ S/M schlicht verdrängt wurden, zugunsten eines linken Wunschbildes. Im Übrigen ist der Gedanke der schwulen Genossen (Platzierung der Bilder als Kasten) wohl nicht unbedingt falsch, aber verspätet. Ich habe mich in die Frage, wo genau und wie die Bilder zu platzieren sind, überhaupt nicht eingemischt.

Keine Unterdrückung im Bett und auch nicht anderswo!

Ich verfolge die Diskussion um den Sadomasochismus nun schon seit einiger Zeit und mit wachsendem Ärger. Doch jetzt reicht's mir. „... daß sich S/M lediglich dann erklären läßt, wenn man/frau begreift, daß Menschen Herrschaftsverhältnisse verinnerlichen können“. Das, liebe Genossen der AG Schwule, ist gerade mir als Frau nun wirklich nichts Neues. Ich habe bisher leider allzuoft auf sexueller wie auf anderer Ebene mit Männern zu tun gehabt, die sich der Herrschaftsverhältnisse und ihrer damit verbundenen Macht bewußt waren und sie gegen mich benutzt haben. Und genau gegen diese Herrschaftsverhältnisse möchte ich kämpfen; denn solange sie bestehen, ist kein wirklich menschliches, freies und glückliches Leben möglich. Doch in eurem Artikel ist kein Kampf gegen diese Verhältnisse. Im Gegenteil, ihr versucht, die Umsetzung der bestehenden Unmenschlichkeit in die Sexualität auch noch als fortschrittlich und frei zu verkaufen. Und dies unter dem Deckmäntelchen der Schwulenbefreiung.

Das bestürzt mich umso mehr, als es doch neben den Frauen gerade die Schwulen sind, die unter diesen Machtverhältnissen besonders zu leiden haben, weil sie nicht in das Klischee-Bild vom „harten Mann“ passen. Doch auch da gibt es eben Unterschiede. Zum einen gibt es die „normalen“ „unmännlichen“ Schwulen, zum anderen die „normalen“ „unmännlichen“ Schwulen und die Tanten. Und zwischen gibt es die Lederer-Schwulen und S/M-Anhänger. Doch während die ersten ständigen Diskriminierungen, „Witze“ etc. ausgesetzt sind, passen die letzteren mit ihrem männlich-brutalen Gehabe doch eigentlich sehr gut in diese Gesellschaft. Hier können mal Witze über Lederer-Schwule gefügt? ... S/M kann den herrschenden Männlichkeitsschau noch unterstützen. Auf Pariser Schlickeria-Parties trifft man sich nun auch schon im SS- und S/M-Look (siehe „Stern“ Nr. 11/79).

Es wundert mich deshalb, warum ihr gerade diese Menschen als die besonders diskriminierten anführt, und nicht z. B. die Tanten, die sowohl von der bürgerlichen Gesellschaft wie wohl auch von der schwulen Szene ziemlich verachtet werden. In Kontanztanzen z. B. liest man immer wieder „Bitte keine Tanten“, „Tanten unerwünscht!“, „Tanten zwecklos“ u. ä.

Doch nun zurück zur be-herrschten Sexualität. Wenn eine Frau sich „freiwillig“ demütigt, indem sie sich beim Rumrennen eine Vergewaltigung vorstellt, so finde ich es frech, dieses als frei ausgeübte Sexualität hinzustellen, und nicht als Produkt einer unmenschlichen Welt zu kennzeichnen. Ich wehre mich auch dagegen, meine ständige Angst vor einer möglichen Vergewaltigung „lustvoll“ ausleben zu sollen. Auch wenn ihr euch an dem Ausdruck sicher hochziehen werdet: Das finde ich wirklich pervers! Wahrscheinlich wird es auch noch befreit, mit meinem widerstehenden Chef ins Bett zu gehen?

Es ist doch nur der Ausdruck der unmenschlichen gesellschaftlichen Verhältnisse, die Menschen zwingen, ihre Unterdrückung zu kompensieren, indem sie Dinge tun, die ihren eigentlichen Bedürfnissen total entgegenstehen.

Wenn die Jüdin im Film „Der Nachtporter“ mit ihrem Folterer schläft, wenn die Genossen von der Vergewaltigung träumt und der Schwule sich „freiwillig“ peitschen läßt, so ist dies der traurigste Ausdruck der Reproduktion totaler Unterdrückung. Und dies „lustvolle Aufarbeitung“ zu nennen, ist nicht nur verschleiend, es ist unmenschlich und reaktionär.

Keine Unterdrückung im Bett und auch nicht anderswo!

E., Kultur-Zelle Hamburg



Parteien-Vertreter äußern sich

„Die politischen Parteien und die Homosexuellen“ hieß eine Podiumsdiskussion am 13.79 in Westberlin, zu der die AHA („Allgemeine homosexuelle Arbeitsgemeinschaft“) Vertreter von SPD, CDU, FDP, Alternativer Liste und SEW eingeladen hatte, um sie über ihre Stellung zur Homosexuellen-Unterdrückung zu befragen. Es kamen 4 — 500 Interessierte. Alle eingeladenen Parteien — Vertreter waren erschienen — außer der SEW!

Die Diskussionsleitung hatte Sibylle Plogstedt von der „Courage“ übernommen, die „als Feministin auf einer Männerveranstaltung“ betonte, daß sie „keine neutrale Position“ vertreten werde und sich öffentlich als lesbische Frau bekannte. Manfred Herzer von der AHA bedauerte, daß die Lesbengruppe „L 74“ nicht rechtzeitig zur Veranstaltung eingeladen worden war und meinte unter Beifall, daß in Zukunft die Zusammenarbeit mit lesbischen Frauen besser klappen müsse.

Erstzettel Streichung des § 175!

Die Befragung begann mit einer Darstellung des § 175 und der Bedeutung nach seiner geschichtlichen Entwicklung.

Der SPD-Vertreter (A. C. Krieger) bemerkte zunächst, daß die Entscheidung darüber „nicht in Berlin, sondern in Bonn“ fälle und er im „Moment keine Chance sehe“, den § 175 zu streichen; aber der § 175 könnte „bei den nächsten Bundestagswahlen eine Rolle spielen“. Die SPD stehe in einer langen Tradition im Kampf gegen den § 175. „Ich habe keine konkrete Aussage. Viel Wortgeheim!“

Der CDU-Vertreter Günter Bock befürwortete eine „Gleichbehandlung“, aber „die große Mehrheit meiner Partei wird nicht für diese Frage stimmen“. Mit anderen Worten: Die CDU-Mehrheit will die Beibehaltung des § 175.

Die FDP (Dr. Jürgen Kunze), nach den letzten Kommunal- und Landtagswahlen arg ins Flattern gekommen, profilierte sich liberal: Der § 175 sei zum Schutz von Kindern und Jugendlichen nicht notwendig, weil der Jugendschutz durch allgemeine Strafgesetze gewährleistet sei. Die Begründung für den bestehenden Paragraphen sei „im Volke“ aber noch verbreitet.

Die AL (in der sich nach dem Zusammenbruch des ersten Versuchs zur Gründung einer schwulen Initiative eine neue Gruppe bildet) stellte fest, daß der § 175 überflüssig sei und daher gestrichen werden müsse.

In der anschließenden Diskussion fing der CDU-Typ offen an zu provozieren: „Sie wissen ja alle, die CDU hat nichts gegen krankhaftes Verhalten. Jugendliche müssen aber davor geschützt werden“. Aus dem Saal kamen die ersten schrillen Stimmen. „Flower Power. Hallo, Süßer, Küschchen!“ und „Ausstopfen, ausstopfen!“

Weg mit den „Rosa Listen“!

Es gibt eine große Zahl von Hinweisen darauf, daß die Behörden Schwule in Kartellen erfassen. Politiker und Polizeibehörde leugnen diese „Rosa Listen“, daher wurden zwei Fragen gestellt: „Sind Sie/ist ihre Partei bereit, eine parlamentarische Anfrage einzubringen, die die Frage nach den rosa Kartellen in einer Weise formuliert, daß darauf eine umfassende und, ohne sprachliche Tricks, wahre Antwort ergehen muß? Und sind Sie bzw. ihre Partei bereit, falls diese Antwort positiv ausfällt, die endgültige Vernichtung dieser Kartellen zu betreiben und sicherzustellen, daß solche Kartellen zukünftig nicht von Neuem angelegt werden?“

Antworten: Der SPD-Vertreter war bereit, für Westberlin diese Anfragen zu stellen und mögfalls die Vernichtung dieser Kartellen zu fordern.

Gleichzeitig scherte er eine Anfrage auch in anderen Bundesländern zu CDU. „Ich habe noch zu etwas von diesen Kartellen gehört“. Er sei aber bereit, entsprechende Anfragen zu stellen und sogar Formulierungsvorschläge der AHA-Juniengruppe zu übernehmen. FDP: Falls diese Kartellen existieren, sollten sie vernichtet werden. Anfrage wird gestellt. AL: Falls gewählt, ebenso.

Es wird Aufgabe aller Schwulengruppen sein, entsprechendes Belegmaterial über Rassen, Vorurteile, Festnahmen und Sammlung von Personalakten in der Subkultur durch Bullen zu sammeln und dieses Material nicht nur in der Presse zu veröffentlichen und dem AHA-Arbeitskreis zur Verfügung zu stellen, sondern auch die Parteien-Vertreter damit zu konfrontieren.

Antidiskriminierungsgesetz

Die Humanistische Union fordert bereits seit längerem ein Antidiskriminierungsgesetz (vgl. AK 149). Eine der Frauenbewegung haben hierzu bereits einen Forderungskatalog ausgearbeitet.

Die politischen Parteien und die Homosexuellen

PODIUMSDISKUSSION

Mit Vertretern der

SPD CDU FDP

ALTERNATIVE LISTE SEW

Diskussionsleitung: Sibylle Plogstedt, Courage

Am Donnerstag, 1. März 1979, 19h
im Rathaus Charlottenburg, Burgersaal
U-Bahnhof Richard Wagner-Platz

Veranstalter: **ALLGEMEINE HOMOSEXUELLE ARBEITSGEMEINSCHAFT**
Berlin 19, Suarezstr. 50, 51 Tel. 324 57 77

Auf einer Veranstaltung der HU am 6.6.78 in West-Berlin hielt ein Mitglied der AHA ein Referat, in dem Vorstellungen über die Einbeziehung der Homosexuellen in dieses Gesetz entwickelt wurden (abgedruckt in: Homosexuelle Emanzipation 3/78). Die Juristengruppe der AHA hat in den folgenden Monaten diese Fragen weiterdiskutiert und konkrete Forderungen entwickelt. Kernforderungen sind: Erweiterung des Artikel 3 GG um eine Formulierung, die die Benachteiligung/Bevorzugung eines Menschen wegen seiner „sexuellen Orientierung“ verbietet. Entsprechende Änderungen im strafrechtlichen, arbeitsrechtlichen und zivilrechtlichen Bereich, Verbot von medizinischen Definitionen, in denen Homosexualität als „krankhaft“ dargestellt wird, Verbot von Heterosexuallisierung-Versuchen an Schwulen (wie z.B. durch psychiatrische elektrische, chemische und (gehirn-)chirurgische Mittel). Verbot von Minderheitenhetze in den Massenmedien, Forderungen zum Sex-Unterricht in den Schulen, Wiedergutmachung an schwulen KZ-

erklärte: „Es kann kein Grundrecht auf Homosexualität geben“ und verbesserte sich dann: „Es kann keine Pflicht zur Homosexualität geben“, nachdem ein Schwuler die erste Äußerung hinterfragt hatte. (Hier ist wohl nochmal die bewährte Parole der Schwulenbewegung zu zitieren: „Nicht die Homosexualität ist pervers, sondern die Angst vor ihr!“)

Einige Zeit später entblödete sich der CDU-Mann nicht, den Schwulen und Lesben zu raten, sie sollten sich in der Öffentlichkeit besser anpassen und nicht das Bild reproduzieren, das der Bürger von ihnen hat. Darauf ein Zwischenruf vom Mechthild Sperrmüll: „Das ist die perfideste Form von Diskriminierung, die bisher heute abend gekommen ist!“ (Donnerstag Beifall der Anwesenden — 2 Minuten lang)

Homosexualität und Schule

Beim „Problembereich Homosexualität in der Schule“ ging es sehr lebhaft zu. Folgende Fragen sollten beantwortet werden:

1. Ist es ein dienstliches Vergehen, wenn ein schwuler Lehrer im Schuldienst gegenüber Eltern, Schülern und Lehrern sich als offen schwuler verhält, d.h. auch sehr feminin erscheint?
2a. Darf ein Lehrer Homosexualität als eine der Heterosexualität gleichwertige, gleichberechtigte und positive Form menschlicher Sexualität im Unterricht vorstellen?
2b. Darf ein Referent als offen schwuler, z. B. ein Mitarbeiter einer Emanzipationsgruppe, eingeladen werden?

3. Sind Sie bereit, die Bemühungen schwuler Schüler zu unterstützen, sich innerhalb ihrer Schule in einer Gruppe zu organisieren?

Antworten:
FDP: Zu 1) „Was ein dienstliches Vergehen ist, kann ich nicht entscheiden; es sollte kein dienstliches Vergehen sein“. Was den Zusatz „feminin“ betreffe: „Für mich ein Bereich, der Schwierigkeiten bringen kann“.

2a) Ja, Homosexualität sei eine gleichwertige Form der Sexualität.
2b) Im Rahmen des Sexualkundeunterrichts ja.

3) Schwule Schülergruppen seien eine erfolgversprechende Mittel um betroffenen Schülern zu helfen.

Wiederum wurde eine Gruppe von betroffenen Schülern zu helfen.

SPD: 1) Nein; 2) und 3) ja.
CDU: Homosexualität sei keine „gleichwertige und gleichberechtigte Form der Sexualität“. Dazu ergibt sich, daß die erste Frage mit „Ja“ und die folgenden mit „Nein“ beantwortet wurden.

AL: 1) nein, folgende Fragen: „Ja. Bezüglich Schülergruppen: Die Schüler sollten Gruppen bilden — egal, ob rechtlich zulässig oder nicht.“

In der anschließenden Diskussion gab es ein Beispiel, wie die Praxis in der Schule heute aussieht: Ein Lehrer, der sich im Herbst 1978 im Rahmen der „Stern“-Aktion zu seinem Schül-Sein bekannt hatte, erzählte von den Schikanen der Behörde, denen er jetzt ausgesetzt ist. So wurde er kürzlich zu einer „Anhörung“ in die Schulbehörde zitiert und eines „Dienstvergehens“ beschuldigt. Disziplinarische Vorermittlungen wurden eingeleitet. Vorwurf: Er habe sein eigenes sexuelles Verhalten „in unangemessener“ Weise in den Unterricht eingebracht.

Wiedergutmachung für alle NS-Verfolgten!

Die bürgerlichen Parteien haben nach Gründung der BRD den § 175 in seiner faschistischen Fassung von 1935 bis 1969 weitergelassen. Eine Wiedergutmachung und Rehabilitierung der schwulen NS-Opfer erfolgte bis heute nicht.

Nach einer zusammenfassenden Darstellung dieser Entwicklung forderte die AHA nicht nur die rechtliche Gleichstellung aller Opfer der NS-Zeit, sondern auch die Bildung eines Wiedergutmachungsfonds, „der der Öffentlichkeitsarbeit jeder Schwulengruppe in den von Hitler besetzten Ländern und Deutschland zur Verfügung stehen soll“.

Obwohl alle Parteien-Vertreter, einschließlich CDU, für die Wiedergutmachung eintraten, konnte eine klare Aussage zur Errichtung des Fonds nicht festgestellt werden.

Wir halten diese von der AHA vorbildlich organisierte Veranstaltung für eine der wichtigsten Ereignisse der Schwulenbewegung in den letzten Jahren. Die bürgerlichen Parteien haben bisher zur Unterdrückung von homosexuellen Frauen und Männern kaum ein Wort verloren und es ist zweifellos ein Verdienst der AHA-Aktivisten, dieses Schweigen (unter Ausnutzung der Wahlkampf-Situation) zumindest ansatzweise gebrochen zu haben.

Es wird nun darauf ankommen, die Ergebnisse der Veranstaltung im Einzelnen auszuwerten und die Parteienvertreter zur Einleitung konkreter Zusagen (z.B. „Rosa Listen“) zu veranlassen.

STONEWALL

'79

Antidiskriminierungsgesetz
auch für Schwule / Lesben

Die AHA Westberlin hat kürzlich folgende Stellungnahme zur Einbeziehung Homosexueller in ein Antidiskriminierungsgesetz vorgelegt

Daß bestimmte Bevölkerungsrelis in unterschiedlicher Weise diskriminiert werden, ist eine bekannte, meist als Selbstverständlichkeit hingegenommene Tatsache. Beispiele hierfür: Frauen, Kinder, sexuelle Minderheiten, Ausländer, politische Minderheiten, religiöse Minderheiten, physisch und psychisch Behinderte. Die Liste ist sicher nicht vollständig.

Erst in den letzten Jahren sind in einigen Staaten Gesetze entstanden, die Diskriminierungen einiger dieser Gruppen verbieten bzw. mit Strafe bedrohen — so in Großbritannien für Frauen (Sex Discrimination Act 1975), in einigen US-amerikanischen Staaten u.a. für sexuelle Minderheiten (z.B. City of Minneapolis, Minnesota, 29.3.74, City of East Lansing, Michigan, 4.4.74, Quelle: E. Carrington Bogan u.a. The Rights of Gay People, New York 1975, s. 251 ff.) außerdem steht in Norwegen ein Antidiskriminierungsgesetz, das sich auch auf sexuelle Minderheiten bezieht, kurz vor der Verabschiedung.

In der BRD gingen im letzten Jahr Initiativen für ein Antidiskriminierungsgesetz von Teilen der Frauenbewegung aus. Für diesen Bereich liegt ein sorgfältig ausgearbeiteter und begründeter Forderungskatalog der Humanistischen Union vor (Titel: „Ein Antidiskriminierungsgesetz für die Bundesrepublik“).

Vor diesem Hintergrund hat sich die AHA entschlossen, Forderungen für den Teil eines Antidiskriminierungsgesetzes zu formulieren und zu begründen, der sich auf sexuelle Minderheiten bezieht. Detailliertere wird die Juristengruppe der AHA in etwa einem Monat vorlegen. Hier beschränken wir uns darauf, unsere Forderungen pauschal zu skizzieren. Begründungen werden wir — falls notwendig — in der anschließenden Diskussion liefern.

1. Grundlegende Forderung ist es, ein Diskriminierungsverbot von Menschen wegen ihrer sexuellen Orientierung in Art 3 Abs. 3 GG als Grundrecht zu verankern. Art 3 Abs. 3 GG soll also künftig lauten:

3 Abs. 3 GG als Grundrecht zu verankern
Art 3 Abs. 3 GG soll also künftig lauten: „Niemand darf wegen seines Geschlechts, seiner sexuellen Orientierung, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden.“

Auf dieser Grundlage sind u.a. in folgenden Bereichen die entsprechenden Gesetze zu ändern:

2. Für den Bereich des Sexualstrafrechts fordern wir, daß alle sexuellen Handlungen erlaubt sind, soweit sie im Einverständnis aller Beteiligten zustande kommen d.h. u.a. ohne Anwendung von Gewalt und Nötigung und ohne die Ausnutzung von Abhängigkeit und Widerstandsunfähigkeit. Diese Forderung schließt selbstverständlich die oben diskutierte Abschaffung des § 176 StGB ein.

3. Für den Bereich Arbeit fordern wir

daß u.a. bezüglich Einstellung, Entlassung und beruflicher Entwicklung keine Diskriminierung sexueller Minderheiten stattfinden darf. Hier sei nur auf die Fälle von Berufsverboten schwuler Lehrer und Erzieher durch staatliche und kirchliche Arbeitgeber verwiesen, ebenfalls auf die Nichtbeförderung schwuler Bundeswehrangehöriger.

4. Für den zivilrechtlichen Bereich sind Klagestellungen im Miet- und Adoptionsrecht einzufügen, die eine Diskriminierung sexueller Minderheiten ausschließen.

Weitere Forderungen zielen auf die Abschaffung der Vorteile der Ehe ab, soweit diese Vorteile nicht mit der Erziehung und dem Schutz der Kinder begründet sind. Da durch diese Ehevorteile Ladis unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung benachteiligt werden, ist zu diskutieren, inwieweit diese Forderungen in ein Antidiskriminierungsgesetz aufzunehmen sind. (Beispiele finden sich u.a. im Einkommensteuer-, Wohnraumbewirtschaftungs-, Beamten-Rentenversicherungs- Erb- und Erbschaftsteuerrecht. Sie können auf Wunsch in der Diskussion erläutert werden.)



5. Für den Bereich Medizin ist die Definition u.a. von Homosexualität als Krankheit zu verbotenen, ebenso die daraus folgenden Heilversuche u.a. mit psychischen, elektrischen, chemischen und hormonellen Mitteln.

6. Vor allem bezüglich der Massenmedien ist in das StGB ein Straftatbestand einzufügen, der die Hetze gegen sexuelle Minderheiten verbietet. Zur Orientierung kann § 130 StGB dienen, der Volksverhetzung mit Strafe bedroht.

Weiterhin haben wir Forderungen zum Sexualkundeunterricht in Schulen, sowie zum Wiedergutmachungsrecht, soweit es ehemalige schwule KZ-Innassen betrifft. Dazu soll jedoch noch gesondert diskutiert werden.

Ich bitte Sie jetzt, zu den sechs umrissenen Forderungsbereichen Stellung zu nehmen.

Schicken Sie unseren Forderungen zu, stimmen gegen Sie bitte konkrete Schritte zu Gesetzesinitiativen an.

Get Your Filthy Morals Off Our Back

Schwule international

Das Statistische Jahrbuch der BRD weist sie wie Jagdtrophäen aus: 10.639 Männer, die 1976 wegen der Paragraphen 175 und 176 in die Mühlen von Polizei und Justiz geraten sind: — 200 Menschen wurden nach § 175 (Sexualität mit unter 18-jährigen) verurteilt, — 2316 wurden nach § 176 (Sexualität mit unter 14-jährigen) verurteilt.

Hinzu kommen Menschen, gegen die als „Tatverdächtige“ von Polizei und Justiz ermittelt wurde, ohne daß es zu einer Verurteilung kam. — 785 nach § 175, — 7338 nach § 176.

Griechische Regierung macht jetzt auf gut Wetter

Auf Protest der griechischen und internationalen Öffentlichkeit ließ ein Gesetzesvorhaben der griechischen Regierung gegen Schwule. Unter dem Vorwand, „Geschlechtskrankheiten“ zu verhindern zu wollen, sollte der staatlichen Repression gegen Schwule Tür und Tor geöffnet werden (s. AK 140). Zwar gibt es noch immer keine verlässliche Aussage darüber, ob die Gesetzesvorlage nun endlich für immer verschwunden ist. Jedoch hat der griechische Sozialminister erklärt, daß sich das Gesetz nicht gegen Schwule richten sollte: „Die derzeitige Regierung und ich versuchen alles, um das Privatleben jedes einzelnen in unserem Lande zu respektieren... Wir haben nicht die Absicht, das Sexualleben von irgendjemandem überwachen zu lassen, noch wollen wir bei Praktiken...“

...noch wollen wir bei Praktiken eingreifen, die Erwachsene bei gegenseitigem Einverständnis privat ausüben“ (lt. „BSZ“, März 1979). Was allerdings „privat“ ist, haben bisher immer die Herrschenden recht willkürlich ausgelegt. Daher Wachsam

Schwuler Schüler durch Verfassungsschutz bespitzelt

Ein schwuler Schüler in Westberlin ergriff im Oktober 78 die Initiative zur Gründung einer schwulen Schülergruppe, „um die Vereinzelung schwuler Schüler aufzuheben. Gerade im Erziehungsbereich müssen Schwule sich organisieren, da wir sonst die Hetero-Erziehung über uns ergehen lassen müssen“.

Zu einem von ihm in einem Flugblatt vorgeschlagenen Termin erschien lediglich ein schwuler Schüler sowie ein Mann, der sich als PH-Student vorstellte. Am 16.11.78 erhielt der Verfasser des Flugblatts eine Vorladung von der Polizeidirektion (Abt. „Spezialaufgaben Verbrechenbekämpfung“): „Wegen Verdachts des Verstoßes gegen das Jugendschutzgesetz“. Er reagierte auf diese und eine zweite Vorladung nicht.

Am 29.12.78 erfolgte eine Ladung vor die Staatsanwaltschaft Beschuldigung: „Verbreitung einer offensichtlich stillosch schwer jugendgefährdenden Schrift“. Bis er an die zuständige „Unzuchtsteilung“ gelangte, mußte er sich eine „Personenkontrolle“ gefallen lassen: Abtasten, Taschenumkrepeln und Entleeren, Ausweiskontrolle, Bullen mit Maschinengewehren. Ihm wurde eröffnet, daß drei Schülerverwaltungs Anzeigen gegen ihn erstattet hätten. Der PH Student entpuppte sich als VS Spitzel!

Warentest: Gleitcremes

Warentest: Gleitcremes

In Anlehnung an die „Stiftung Warenentest“, die sich allerdings bisher nicht um Produkte kümmerte, die zur Grundausstattung einer jeden Trine gehören sollte, wollen Göttinger Schwestern die verschiedenen Gleitcremes einem ausführlichen Test unterziehen. Wir begrüßen diese Initiative; trägt sie doch dazu bei, die Wirrnisse, die auf diesem Produktfeld noch lastet, zu beseitigen. Wir hoffen, daß diese Produkt-Tests sich nicht nur auf Gleitcremes beschränken, sondern sich z.B. auch auf Kosmetika aller Art für Männerbedürfnisse erstrecken. Erfahrungsberichte sind zu senden an Redaktion „Rosa Provinz“ b.a.g. c/o social work Kennwort: Gleitcreme Nikolausbergerweg 17 4400 Göttingen (aus „Blatt“ 1/79)

GIM äußert sich zur Homosexualität

Die „Was tun“ vom 1.3.79 enthält eine vierseitige Extra-Beilage zum Thema „Homosexualität und bürgerliche Gesellschaft“. Wir freuen uns, daß die GIM zu diesem Thema nicht länger schweigt und finden ihren „Diskussionsbeitrag“ interessant. Wir sind allerdings erstaunt, wie diese Gruppe es fertigbringt, einerseits zu behaupten, daß „die neue Linke in keiner Phase ihrer Entwicklung eine Antwort auf diese Problematik (der Diskriminierung von Lesben und Schwulen, Anm. AG Schwule) hat geben können...“ und andererseits gleich mehrere Male aus der KB-Broschüre „Kampf der Schwulenunterdrückung“ zitiert.

Genosseninnen auf diesen Satz solltet ihr verzichten! Wir wissen doch, daß ihr z.B. in eurer Ortsgruppe Westberlin die Artikel unserer AG Schwule diskutiert und sie — wie wir hören — sogar gut findet. Also bitte eine ehrliche Auseinandersetzung!

Gay Pride Week

Seit nunmehr 6 Monaten läuft die Organisation der GAY PRIDE WEEK 79 in London. Das Vorbereitungskomitee, das sich aus Vertretern der größten Londoner Lesben- und Schwulengruppen zusammenschloß, wird diesmal möglichst alle Lesben und Schwule miteinbeziehen, nicht nur die bereits politisch aktiven. Unterstützung erhalten sie dabei von der kommerziellen Schwulenszene: Tom Robinson („Glad to be gay“) macht z.Z. eine LP mit dem Titel „Stonewall 79“, die im Mai rauskommt und die GAY PRIDE WEEK sicher noch breiter bekannt machen wird.

Obwohl mit der Planung des Programms gerade erst begonnen wird, stehen jetzt schon über 20 Veranstaltungen fest. Allein für das Wochenende (30. Juni) werden 10.000 Teilnehmer von auswärts erwartet.

Weitere Informationen und die Buttons gibt es beim

GAY PRIDE WEEK COMMITTEE
5 Caledonian Road
London N1 9DX, Großbritannien



(Ich bin entsetzt heterosexuellisierte(r) schwule(r) Lehrer(in))



Am 2.3. wurde durch eine Wanderung der Juso in der Mensa und ein Flugblatt der DKP bekannt, daß die JN für den 3.3. eine Kundgebung in der Marburger Fußgängerzone plante. Am 3.3. fanden sich dort eine halbe Stunde vor dem angekündigten Anfang der JN-Provokation ca. 100 Antifaschist:innen ein, davon er 50 % von der DKP. Von der VVN und der Marburger Antifaschistischen Gruppe (MAG) unterstützte die DKP. In der kurzen Ansprache sagte die Nazis ließen sich allerdings nicht blöken. Ein Marburger Genosse

Am 2. März 1948 der „Aktion gegen Neofaschismus“ Mühlh. der Doktrinen auf der Weimar Arbeit. Zur Veranstaltung waren etwa 60 – meint Jugendliche – Leute gekommen, davon etwa ein Drittel, die bisher noch nicht politisch aktiv aufgetreten sind. Nach dem Film stellte ein ehemaliger KZ-Häftling die Entstehung und Machübernahme des Nationalsozialismus dar. Anschließend wurde diskutiert, warum Jugendliche in neofaschistische Gruppen gehen, wie man sie davon abhalten könnte und was man gegen die Nazis tun kann. Dabei wurden viele Vorschläge gemacht, z.B.: weitere Veranstaltungen und Aktionen – auch in Schulen, Analyse der Nazi Aktivitäten im Kreis, Analyse der Bildungssituation an unseren Schulen, öffentliche Aktionen gegen den Verkauf von Nazi-Ramsch usw.

Ein AK Lehrer am Morgen

Zum Thema „Holocaust“ veranstaltete die ESO zusammen mit dem Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde einen Vertreter des Marzwerk, einem ehemaligen KZ-Häftling, einen Vertreter der ESO, einem Mitglied des Antifa-Arbeitskreises und dem Studentenpfarrer eine Diskussionsrunde, die mit ca. 100 Leuten (auch sehr vielen älteren Menschen) recht gut besucht war.

Ausgehend von verschiedenen

Thesen der einzelnen Podiumsmittglieder entwickelte sich unter starker Beteiligung des Publikums schwerpunktmäßig an drei Fragen eine lebhafte Diskussion — Wer war schuld am deutschen Faschismus?
Wie sah bzw. sieht die Vergangenheit aus?
Wie schätzen wir die Gefahr eines 'neuen' Faschismus und das Aufleben der Neonazis ein?

Antifa-Kommunion
Beim Ausschuss

Was in der rechtsradikalen Szene
Westberlins Ring und Namen ha-
ben, ist in der linken in der K
in Westberlins Ring und Namen ha-
ben, ist in der linken in der K
in Westberlins Ring und Namen ha-
ben, ist in der linken in der K

Zur Abgeordnetenhaus-Wahl am 18. März wollten Senat und Bezirksamt einigen tausend Kreuzbergern zumuten, ihre Stimme in eben dieser Nazi-Höhle abzugeben: Der „Kassenstein“ sollte (wie schon in der Vergangenheit) als Wahllokal dienen! Doch daraus wurde nichts: Im Wahlkampf wurde die der SPD durch den Wahlkampf wurde die „Alternative Liste“ durch zu heißt Die „Alternative Liste für Demokratie und Umweltschutz“ für die Bevölkerung der Umgebung über den Charakter dieses Lokals auf beantragte die Verlegung des Wahllokals und untermauerte diesen Antrag mit einer Unterschriftenaktion bei den betroffenen Wählern. Die Behörden reagierten mit ungewohnter Eile. Noch am Abend des Tages, an dem der Presse eine entsprechende Erklärung der „Alternativen Liste“ zugegangen war, in erneuerte die Verwaltung und ordnete die Verlegung des Wahllokals an.

In Tuttlingen, wo der NPD-Vorsitzende Martin Mußgnug wohnt, will die NPD—Baden-Württemberg am 6. Mai ihren nächsten Landespartitag abhalten. Die Stadtverwaltung hat der NPD die städtische Festhalle bereits zur Verfügung gestellt.

Der Stadtjugendring fordert von der Stadtverwaltung die Zurücknahme der Genehmigung. Dies lehnt die Stadt ab, da die NPD nicht verboten sei. Stattdessen schiebt die CDU, die im Gemeinderat die Mehrheit stellt, gegen den Stadtjugendring sitzen angeblich extrem linke Gruppierungen wie SDAJ und VVN.

Ob die NPD ihren Partitag durchführen können, hängt also, wie bisher auch, allein von der Stärke einer antifaschistischen Aktions Einheit ab.

Gleich zweimal wollen in der Zeit vom 16. bis 26. März die Rechtsextremen in Lüneburg einfallen. Vom 16. bis 18. März will die „Deutsche Kulturgemeinschaft“ (DKG) sich in Lüneburg treffen. Die DKG ist eine Rechtsabspaltung des „Deutschen Kulturwerk Europäischen Geistes“.

Im Prozeß gegen 13 ehemalige SS-Angehörige des KZ-Kommandantstabes Lublin/Majdanek beabsichtigt die Schwurgerichtskammer, das Verfahren gegen vier Angeklagte abzubrechen und danach erste Urteile zu sprechen.

Der Abtrennung der Verfahren gegen die vier Angeklagten hat die Verteidigung und die Staatsanwaltschaft grundsätzlich zugestimmt. Angeblich haben die über 300 Zeugen nach der zehnjährigen Verhandlungsdauer nur wenig Belastendes gegen diese vier Angeklagten vorgebracht.
"Und das" soll sein.

Historisch Schmidt, ehemaliger Lagerarzt und SS-Obersturmführer, wohnhaft in Uelze, Kreis Burgdorf
Charlotte Mayer, ehemalige SS-Aufseherin, wohnhaft in Köln
- Hermine Böcher, ehemalige SS-Aufseherin, sie war vor Majdanek im KZ Ravensbrück, wohnhaft in Hannover
Rosa Süß, ehemalige SS-Aufseherin, wohnhaft in Hamburg

(DKEG). Dieses wiederum kommt anschließend, nämlich vom 23. bis 26. März, nach Lüneburg, wo alljährlich „Kulturtage“ des DKEG stattfinden. Das diesjährige Motto der DKEG-Tage lautet: „Bekenntnis zur Volkskultur im abendländischer Schicksalsgemeinschaft“.

Zum Treffen der DKG werden u. a. Dietmar Mispert (Kiel, Besitzer einer Nazi-Buchhandlung), Günther Dekert (Stadteurat und NPD-Funktionär) und Udo Walendy (NPD-, „Historiker“; Spezialgebiete: „Kriegsschuldfrage“ und „Vergasungsfrage“)

DKG und DKEG wollen auch getrennte „Jugendtage“ in Lüneburg durchführen — am 17. und am 24. März. Am 17. März ist der „Bund Heimatfreier Jugend“ (BJJ) beim DKG zu Gast. Am 24. März kommt die „Wiking-Jugend“ zum DKEG nach Lüneburg. Angekündigt sind u. a. Ralf Ollmann (WJ-Funktionär aus Westberlin) und WJ-„BundesführerInnen“ Heiko Oetker.

Die Naab-Treffen finden im Lüneburger Schützenhaus statt, einer der größten Räumlichkeiten am Ort.

Der Antifaschistische Arbeitskreis Lüneburg veranstaltet am 22. März einen Filmabend um „Kaleidoskop“, wobei auch Informationen über die Fahrradkassen gegeben werden.

Ein Wohnhaft in Neureichenau
Offenbar soll versucht werden
durch eine Abtrennung dieser Verfas-
sen Freisprüche für diese Angeklagten
im Stufen kammernheimlich durchzu-
ziehen. Dieser Vorfall stellt einen
weiteren Mosaikstein in der gesamten
Prozessstrategie der Freisprüche, Be-
nennung und Verneinungen

Verhandlungsunfähigkeit. Es stellt worden. Es hätte sich gewiegt, einen für ihn notwendigen Herzschriftmacher einpflanzen zu lassen. Der ehemalige SS-Tierstufprüfer Dr. 54 Braunhauser war von einem Entlock befreit.

Am 15.2.79 teilte Herrmann Kaye Braunsteiner nach einer Pause mit der Anklagebank. Der medizinische Sachverständige begründete dies mit einem Wetterumschwung, durch den die Angeklagte Kopfschmerzen und Schwindelgefühle habe. Damit war der Prozeß wieder einmal um zwei Tage verschoben.

Die Meddnekt-Angeklagten endlich in den Kaut!

Die Mitgliederversammlung der DPA in München verabschiedete am 13. 2. 79 folgende Erklärung gegen die Verjährung von NS-Verbrechen:

Am 31. Dezember 1979 soll in der Bundesrepublik die Verjährung für die während der Nazizeit begangenen Morde in Kraft treten. Konkret hieße dies, daß sich ab nächstem Jahr NS-Mörder in unserem Land frei bewegen und sich sogar öffentlich über Taten rühmen könnten. Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß fordert darüber hinaus sogar eine „Generalamnestie“ für NS-Verbre-

Nicht nur die Bevölkerung unserer Nachbarländer und all die Staaten, die unter dem Hitlerfaschismus zu leiden hatten, ist darüber entsetzt. Angesichts der ungeheuren Verbrechen durch die Nazi-Diktatur, die uns erst vor kurzem (und auch hier nur in Teilen) durch die Fernsehserie Holocaust wieder vergegenwärtigt wurden, kommt es einer Geringschätzung gleich, wenn diese staatlich organisierten Verbrechen gegen die Menschlichkeit auf eine Stufe gestellt werden mit individuellen Mordtaten. Mord ist nicht gleich Mord! Sondern es geht darum, daß in der BRD endlich die Gültigkeit des Völkerrechts

respektiert wird, demzufolge die Tatbestände Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit gibt und diese Tatbestände gar nicht verfolgen können

Auch bei uns werden immer mehr Stimmen laut, die eine Nichtverjährung der Naziverbrechen verlangen. Die IG Druck und Papier München schließt sich diesen Forderungen an und fordert die Bundesregierung auf, der UNO-Konvention vom 26. November 1968 über die Unmöglichkeit der Verjährung von Kriegsverbrechen und anderen Verbrechen gegen die Menschlichkeit beizutreten und die Ratifizierung einzuleiten.

Wir unterstützen die Stellungnahme des DGB-Vorsitzenden Heinz Oskar Vetter, in der er gegenüber dem Magazin „Stern“ erklärte:

„Die Gewerkschaften der Bundesrepublik wenden sich mit Entschiedenheit gegen eine Verführung von NS-Verbrechen. Wer unter dem Hitlerfaschismus gemordet hat oder den Auftrag dafür gab, muß auch heute noch zur Rechenschaft gezogen werden.“ Wir begrüßen diese Stellungnahme und fordern den DGB auf, in diesem Sinne die organisierte Kraft der Gewerkschaften einzusetzen.

Am 10.2. sollte in Duisburg eine Kundgebung der JN stattfinden, die aber von den örtlichen Behörden und vom Oberverwaltungsgericht verboten wurde. Trotzdem sammelten sich ca. 30-35 Jungfaschisten am Hauptbahnhof, unter ihnen der bekannte vorbestrafte Nazi-Schläger Udo Wiora aus Bochum. Es folgten einige Provokationen. Drei Gewerkschaftlern wurde Flugblätter entrisen, Antifaschisten wurden angepöbelt. Schließlich packten die Nazis ihren Kram und fuhren nach Krefeld.

Dort standen etwa 50 Antifaschisten zum Teil völlig unvorbereitet den Nazis gegenüber (die meisten ganz ausgerüstet: mit kurzen Regenschirmen, Helmen u.ä.), sodaß nicht einmal Parolen gerufen wurden. Immer wieder mischten sich Faschisten unter die Teilnehmer der Gegenkundgebung und provozierten; zwei Antifaschisten wurden wie Hasen geheizt, nachdem die Nazis gesehen hatten, wie einer von ihnen fotografierte.

Angesichts des zunehmend aggressiven Auftretens der Nazis müssen sich die Antifaschisten etwas einfallen lassen!

Ein Genosse der Antifa Kommission Nordrhein Westfalen

Bochum. Voraussichtlich im April wird vor dem Bochumer Amtsgericht ein Prozeß gegen sechs Anti-Faschisten stattfinden, die sich am 14. 78 zusammen mit über 400 Menschen am Protest gegen eine JN-Kundgebung beteiligt hatten. Dem Verlaufe des Prozesses liegen Strafverfolgungsbehörden und einige Publizisten und Journalisten, darunter waren Detlev Meisner und Wilfried von Borstel, die Staatsgewalt verteidigten gegen die Versammlungsgesetze, als Vorwurf vor.

Minister in Beratung wird demnach gegen zwei Mitglieder der NLP Mauter (zu gegen den Vorsitzenden Ewald Hubach) verurteilt. Beide waren vom Gericht am 24.8.78 zu 600 bzw. 1.600 DM Geldstrafe verurteilt worden, weil sie im Juli '77 an einer Aktion gegen einen Info-Stand der rechtsradikalen „Hilfsgemeinschaft Freiheit für Rudolf Heß“ beteiligt gewesen sein sollten, bei der dieser zu Bruch ging. Die damalige Verurteilung erfolgte wegen versuchter Sachbeschädigung oder der dieser zu bruch ging. Die damalige Verurteilung erfolgte wegen „versuchter Sachbeschädigung“. Die Staatsanwaltschaft, der das Urteil nicht ausreichte, legte daraufhin Berufung ein, um auch noch eine Verurteilung wegen „Landfriedensbruch“ zu erwirken.

AntiF: Kommission NRW

Anzeiger



320 Staten 13.-DM

Mit Beiträgen u.a. von J. Drewitz,
A. Klönne, J. Moneta und R. Stof.

Herausgegeben von der GEW Berlin, dem Bund politisch, rassisch und religiös Verfolgter und Jan Peters.

Sozialpolitischer Verlag
Schlesische Str.31 1 Berlin 36
Verlagsprogramm anfordern!



Lieferung erfolgt gegen Vorkasse, auf Postcheckkonto: Bank
 25 65 79 208 Postcheckamt Hamburg, BLZ 200 100 20.
 Bitte unbedingt immerlich Anzahl, Menge und Größe der Zahlkarte ver-
 merken!
 Buchbinden, Gruppen etc., wenden sich bitte, unmittelbar und Zahlungsbefrei-
dingungen schriftlich an den J. Reimer-Verlag!

Die westdeutsche Justiz: Eine Organisation zum Schutz von Naziverbrechern

Im Gegensatz zu den sogen. Terroristenprozessen finden Prozesse gegen Massenmörder des Nazi-Regimes kaum Beachtung in der bundesdeutschen Öffentlichkeit. Und während z.B. ein ganzes Heer westdeutscher Beamter auf Antrid Proll gehetzt wird, rührt sich keine Hand zur Festnahme von Karl Lischka, verantwortlich für den Tod von Tausenden französischer Juden, und so vieler anderer NS-Verbrecher, die in diese Gesellschaft integriert wurden.

Für diese Situation ist zu einem großen Anteil die westdeutsche Justiz verantwortlich zu machen. Sie verfügt über ein Instrumentarium, das die erfolgreiche Verfolgung, die systematische Aufdeckung der Nazi-verbrechen sowie die angemessene Verurteilung der Verantwortlichen in vielen Fällen verhindern half. Wenn wir heute Bilanz ziehen über die Verurteilung von Naziverbrechern in der BRD, so sprechen diese Fakten nicht für gefährliche Auswüchse oder extreme Einzelscheinungen in der Justiz, sondern für ein planmäßiges und systematisches Vorgehen der Justiz. In der Justiz selbst fand eine Entnazifizierung überhaupt nicht statt.

NS-Prozesse gelten nicht als politische Prozesse

Eine wesentliche Grundlage der Begünstigung der Naziverbrecher durch die Justiz ist die Behandlung der NS-Prozesse nicht als politische Prozesse, sondern als Prozesse des allgemeinen Rechts nach dem allgemeinen Strafgesetzbuch. Damit hat die BRD die Qualifizierung der NS-Verbrechen als Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Grunde nicht anerkannt.

Die Behandlung der NS-Verbrechen als Gewaltverbrechen nach innerstaatlichem Recht hat sich als die Grundlage erwiesen, die Masse der Naziverbrecher vor Verfolgung zu bewahren, die Zahl der Inhaftierten und Abgeurteilten so gering wie möglich zu halten und Hauptverantwortliche zu decken. Es sollte in diesem Zusammenhang auch nicht vergessen werden, daß sich mit der Behandlung der NS-Verbrechen nach innerstaatlichem Recht überhaupt erst die Möglichkeit bot, über die Verjährungsfristen für Totschlag und Mord ganzen Gruppen von Naziverbrechern mit einem Schlag Straffreiheit zu geben. 1979 bietet dieses Gesetz die Möglichkeit zur endgültigen Beendigung der Strafverfolgung von NS-Verbrechen.

Bilanz der Nichtverfolgung von Naziverbrechern

Das Leben von NS-Massenmördern ist nicht von gezielter Fahndung, Computer, Karteien und schwarzen Listen berührt. Bis zur Gründung der Zentralstelle in Ludwigsburg war es die Regel, daß nur der Zufall ein NS-Verfahren auslöste. So wurde z.B. der Ulmer „Einsatzgruppenprozeß“ dadurch ausgelöst, daß der ehemalige Polizeidirektor von Memel, Bernhard Fischer-Schweder – er besaß den Entnazifizierungsbescheid „nicht betroffen“ – seine Wiedereinstellung in den Polizeidienst verlangte und eine Klage anstregte. Aufgrund einer entsprechenden Zeitungsmeldung erinnerte sich ein Leser daran, daß Fischer-Schweder an Massenerschießungen litauischer Juden beteiligt war und zeigte ihn an.

Aufgrund der Untüchtigkeit staatlicher Stellen entwickelte sich schon früh eine eigene Fahndungsarbeit von antifaschistischen Organisationen ehemaliger Verfolgter wie der VVN oder dem Bund südlicher Verfolgter des Naziregimes mit Simon Wiesenthal in Wien, sowie von Privatpersonen wie den Klarsfelds in Frankreich, die durch jahrelanges Sammeln und Suchen von Dokumenten bis hin zur direkten Ermittlung des Aufenthaltsortes viele Nazis aufspürten.

Durch die Einrichtung der Ludwigsburger Zentralstelle, die seit 1958 endlich die Verfolgung von NS-Verbrechern koordinieren sollte, war es möglich, im Zeitraum von 1961 bis 1965 die Hälfte aller insgesamt bis 1965 verfolgten Naziverbrecher zu verurteilen. Aber auch die Zentralstelle war bis 1965 nur für Tatorte außerhalb der BRD zuständig und zudem hoffnungslos unterbesetzt. Der Personalstand lag dort unter dem Stand, mit dem heute einzelne Abteilungen des BKA nach einer Handvoll von „Terroristen“ fahnden. Wenn auch die Zentralstelle im Gegensatz zur Zeit davor vor allem in Osteuropa begangene NS-Verbrechen aufklärte, so gab es trotzdem weiterhin nur eine sehr ge-

ringe Anzahl von Urteilen gegen Naziverbrecher, die zudem immer mehr ausfielen. Nach einer aktuellen Statistik der Zentralstelle in Ludwigsburg „sind in der Bundesrepublik in der Zeit vom 9.5.45 bis 1. Juni 77 bei den Staatsanwaltschaften wegen des Verdachts von NS-Verbrechen gegen genau 82.667 Personen Ermittlungsverfahren geführt worden. In 6.425 Fällen sei es dabei zu rechtskräftigen Urteilen gekommen. Zwölf Personen seien zum Tode verurteilt, 151 Straftäter erhielten eine lebenslange Freiheitsstrafe. Zu Freiheitsstrafen von mehreren Jahren wurden in diesem Zeitraum 6.147 Straftäter verurteilt, 114 Personen erhielten Geldstrafen, in einem Fall wurde eine Jugendstrafe verhängt.“ („Frankfurter Rundschau“, 29.8.78). Derzeit laufen unseres Wissens in der BRD 15 NS-Prozesse in Hamburg, Hannover, Bielefeld, Frankfurt, Bochum, Köln, Stade, Stuttgart, Düsseldorf und Aschaffenburg.

Bei den angeklagten Verbrechen handelt es sich zur Hälfte um die Ermordungen der jüdischen Bevölkerung verschiedener Orte in osteuropäischen Ländern, vor allem Polen, zur anderen Hälfte um Massenmord im KZ Majdanek, im Auschwitz-Nebenlager Łagischa und Janinastraße, im KZ Gassen bei Cottbus sowie in einem Nebenlager des KZ Groß-Rosen. Angeklagt sind ehemalige Angehörige der SS, der Waffen-SS, Angehörige der KZ-Kommandatur, ein Gebietskommissar, eine Sekretärin, unter den Angeklagten sind sechs Frauen.

Kaum noch Urteile in NS-Prozessen

Heute wird bei 100 NS-Verfahren im Durchschnitt nur noch gegen einen Nazi ein Urteil gefällt. Die übrigen Verfahren werden noch im Zustand der Ermittlung eingestellt, die Angeklagten werden freigesprochen, oftmals „mangel Beweis“, oder das Verfahren wird eingestellt wegen der angeblichen Verhandlungsunfähigkeit des Angeklagten. Als „Verhandlungsunfähigkeit“ wird bereits das weit verbreitete „Unvermögen“ der Naziverbrecher anerkannt, sich an ihre Verbrechen zu „erinnern“. Hinzu kommt die Verschleppung der Ermittlungen sowie anschließend der Prozesse. Dauerten 1962 noch die Vor-, Haupt- und Gerichtsuntersuchungen für einen NS-Prozeß im Durchschnitt 3,6 Jahre, so beträgt diese Zeitspanne seit 1977 bereits 16,8 Jahre. Wurden 1951 für die Hauptverhandlungen im ersten Treblinka-Prozeß gegen einen Angeklagten nur drei Tage benötigt, so werden für das Majdanek-Verfahren nahezu vier Jahre veranschlagt.

Ein weiteres Mittel zur Hinauszögerung der Prozesse ist eine Verhandlungsführung seitens des Gerichtes, die immer größere Zeitspannen zwischen die einzelnen Verhandlungstage legt.

Diese Verschleppungen bedeuten unter Berücksichtigung des Alters der Angeklagten praktisch eine Amnestierung.

Neonazistische Anwälte vor Gericht

Besonderen Anteil an den Prozessverschleppungen haben neonazistische Verteidiger der angeklagten Naziverbrecher. Das bekannteste, aber längst nicht das einzige Beispiel ist der Majdanek-Prozeß in Düsseldorf. Mit einem ganzen Bündel von Tricks und Provokationen gelang es den Anwälten bis heute, Urteile zu verhindern. Ähnliches geschah bereits, als 1968 das erste Mal die Hauptverhandlung gegen den ehemaligen Leiter des „Judenreferats“ im Auswärtigen Amt, SS-Standartenführer Horst Wagner, angesetzt war: Der Verteidiger ließ die „Verhandlungsfähigkeit“ seines Mandanten überprüfen. Nachdem ihn ein Internist als verhandlungsfähig erklärt hatte, verlangte der Verteidiger ein Gutachten eines Orthopäden, dann eines Augenarztes, dann eines Psychiaters. Zwar wurde jedesmal die Verhandlungsfähigkeit festgestellt, dafür vergingen aber jedesmal Monate, bis ein Gutachten erstellt war.

Die bekanntesten neonazistischen Verteidiger sind Ludwig Bock, Hermann Stötinger, Hans Mundorf, Rudolf Aschenauer, Bock, der aus dem Majdanek-Verfahren ausgeschlossen wurde und sich nun um die Revision des Urteils gegen den Naziverbrecher Pahl in Stuttgart bemüht, ist 1972 als Wahlkandidat der NPD aufgetreten. Für verschiedene bekannte Neonazis wie Manfred Roeder oder G. Frey war Bock ebenfalls tätig. Im Majdanek-Prozeß stellte er den Antrag, den Gutachter Dr. Scheffler abzulehnen,

weil dieser ein Buch mit dem Titel „Judenverfolgung im Dritten Reich“ geschrieben hat, damit sei bewiesen, daß er sich „das Geschichtsbild der Alliierten“ zu eigen gemacht habe! Hermann Stötinger, Verteidiger von Hermann Böttcher im Majdanek-Prozeß, war in der Nazi-Zeit selbst Staatsanwalt am NS-Sondergericht in Bionberg. Dort fällt er z.B. ein Todesurteil gegen den Landarbeiter Anton Nowak wegen Fahrraddiebstahl. In ungebrochener Gesinnung lehnte er im Majdanek-Prozeß einen Sachverständigen wegen seiner „Judenkontakte“ ab.

Rudolf Aschenauer, Verteidiger im Kölner NS-Prozeß war bereits



Verteidiger in den Nürnberger Prozessen und Rechtsanwalt des Kriegsverbrechers Kappler. Er hat Verbindungen zu einer Vielzahl faschistischer Organisationen wie Gesellschaft der Freunde Sudetens, Gesellschaft für freie Publizistik, Verein der Auslandsdeutschen, Stille Hilfe für Knegegefangene und Internierte.

Milde Urteile gegen Naziverbrecher

Eine Untersuchung von U.D. Oppitz (vgl. Anmerkung) kommt zu dem Ergebnis, daß mehr als ein Drittel aller abgeurteilten NS-Verbrecher nur zu höchstens fünf Jahren verurteilt wurden. Daraus schließt er, daß NS-Verbrecher im Gegensatz zu anderen wegen Mordes Verurteilten häufig mildere Strafen erhalten.

Als wesentliches Mittel dazu dient die Vermeidung von Massenmördern in „Gefahren“. Dadurch waren die Mehrzahl der NS-Verbrecher nicht

mehr von lebenslanger Haft bedroht, wenn sie nicht gar durch diesen Trick Straffreiheit wegen Verjährung erhielten.

Während nach 1945 anfangs noch im Verhältnis etwas mehr Nazis wegen Mordes als wegen Beihilfe zum Mord verurteilt wurden, änderte sich das Verhältnis bis 1965 dahingehend, daß 80% der Nazi-Verbrecher nur noch wegen Beihilfe zum Mord verurteilt wurden und nur noch knapp 20% wegen Mordes (ebenda).

Eine weitere gängige Praxis, um milde Urteile zu erreichen ist die Einschränkung der Anklagepunkte, z.B. wurde gegen den KZ-Arzt Schumann, der in Auschwitz Menschenversuche



durchführte, zwar sowohl wegen dieser Verbrechen als auch wegen seiner Beteiligung an der „Euthanasie-Aktion“ ermittelt – Anklage wurde aber nur erhoben wegen Schumanns Tätigkeit als Leiter der „Euthanasie-Anstalten“ Grafeneck und Sonnenstein.

Wo die Justiz nicht um eine Verurteilung von Nazis herumkam, wurde oftmals hinterher klammheimlich Haftverschonung gewährt oder begnadigt.

Erschwerung der Anklage gegen NS-Verbrecher

Es wird heute oft behauptet, daß NS-Prozesse münks geworden seien, da die Beweislage immer schlechter werde. Das ist eine Zweckpropaganda, der sich auch die Justiz bedient. Zwar ist die Möglichkeit des Zeugenbeweises schlechter geworden, da mittlerweile viele Zeugen gestorben sind – demgegenüber aber haben sich die Möglichkeiten einer Überführung

durch Dokumente zunehmend verbessert. Da die Auswertung der Archive und Institute in der Welt von den BRD-Ermittlungsbehörden über Jahre verschleppt wurde, bestand über die verschiedenen Verbrechen komplexe erst nach Jahren und Jahrzehnten ein ungefährender Überblick. Durch eine systematische Auswertung der Dokumente könnte die Beweislage gegen „Schreibtischtäter“ erheblich besser werden. Im Widerspruch dazu steht die eindeutige Konzentrierung der Justiz auf den sogenannten „Exzessäter“, der im wesentlichen nur durch Zeugen zu überführen ist.

Als weitere Schutzbarriere für die „Schreibtischtäter“ hat die Justiz die Anforderungen an den Beweis zudem noch absurd erhöht.

„Für die deutsche Justiz ist es nicht wesentlich, daß der Angeklagte Chef einer Organisation war, deren Kriminallität erwiesen ist. Man verlangt ihm, dem Chef dieser kriminellen Organisation, nicht den Beweis dafür ab, daß er sich persönlich diesen Verbrechen widersetzt. Nein, im Gegenteil bleibt es der Anklage überlassen, die subjektive Schuld der Angeklagten zu beweisen. Das jedoch ist fast unmöglich, denn die Nazi-Politisten haben oft mit Erfolg versucht, die dokumentarischen Beweise ihrer Verbrechen verschwinden zu lassen.“

Als Beweis für die Schuld Lischkas langte es nicht aus, zu betonen, daß er Massendeportationen französischer Juden in die KZ's einleitete, nein, es mußte bewiesen werden, daß Lischka wußte, daß die Verschleppung der Juden in Frankreich nach Auschwitz für sie ein grausamer Tod sein würde“ (Beate Klarsfeld in der Broschüre „Der eine Podiumsdiskussion zum Thema „Sollen Nazi-Verbrecher begnadigt werden?“).

Unter dem Strich heißt all dies: Die westdeutsche Justiz hat wenig unternehmen, die NS-Verbrechen aufzuklären, dagegen viel getan, die Mörder möglichst straffrei ausgehen zu lassen.

(Anm.) Oppitz: Strafverfahren und Strafvollstreckung bei NS-Gewaltverbrechen. Dargestellt an Hand von 319 rechtskräftigen Urteilen deutscher Gerichte aus der Zeit von 1946-1965.

Antifa-Kommision

Dokumentation:

„Die Strafverfolgung von NS-Verbrechern von 1945 - 1978“

Während die Debatte über die Verjährung von NS-Verbrechen auf vollen Touren läuft, hat Adalbert Rückerl, der Leiter der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen, eine Dokumentation über die „Verfolgung von NS-Verbrechen von 1945-1978“ veröffentlicht. Rückerl selber ist für eine Verjährung der NS-Verbrechen und versucht, mit dieser Dokumentation den Beweis anzutreten, daß eine Verlängerung der Verjährungsfrist sinnlos sei. Nach Rückerl hat das mehrere Gründe:

1. Die Untersuchung und systematische Durchforschung aller Verbrechenskomplexe sei so genau und sorgsam durchgeführt worden, daß „mit ein Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit ausgeschlossen werden kann, daß bisher noch unbekannte größere Tatkomplexe mit einer Vielzahl von Opfern festgestellt werden“.
2. Seit 1960 sei „in Tausenden von Fällen die Strafverfolgungsverjährung unterbrochen“ worden, deshalb könnten die meisten bisher noch nicht strafrechtlich verfolgten NS-Täter auch nach dem 31.12.79 weiter verfolgt und bestraft werden.
3. „Die Chancen, einen erst nach dem 31. Dezember 1979 entdeckten NS-Täter auf die Anklagebank zu bringen, sind jedoch aus den bereits genannten Gründen – Alter der Beschuldigten, zunehmende Ermittlungs- und Beweisschwierigkeiten, relativ lange Verfahrensdauer – nur noch äußerst gering.“

Demgegenüber gibt Rückerl keine Antwort auf die Frage, wie mit den erst nach Unterzeichnung des deutsch-französischen Vertrages von 1975 verfolgten NS-Verbrechern, die in Frankreich nach Kriegsende in Abwesenheit verurteilt worden sind und heute friedlich und z.T. noch unerkannt in der BRD leben, nach dem 31.12.79 verfahren werden soll. Darüber hinaus fehlt in Rückerls Buch jede Erwähnung bestimmter Verbrechenskomplexe, die nach unserer Kenntnis bis heute als Komplexe me-

als in Angriff genommen wurden, so z.B. die Ermordung der Widerstandskämpfer des 20. Juli 1944 oder die Ermordung von drei bis viertausend katholischen Priestern durch Erschießungen in KZs.

Übersichtliches Detaxmaterial

Man muß mit Rückerls Standpunkt nicht einverstanden sein, um dennoch den Wert dieser Dokumentation anzuerkennen. Sie liefert unser Kenntnis nach zum ersten Mal in der Geschichte der BRD einen vollständigen Überblick über die Entwicklung der Strafverfolgung von NS-Verbrechern seit dem Zusammenbruch des Faschismus am 8. Mai 1945. Sie enthält eine Menge Zahlenmaterial über durchgeführte Ermittlungen, Aufnahme von Strafverfahren und Verurteilungen. Das Zahlenmaterial verdeutlicht anschaulich auch die Entwicklungskurven der NS-Verfolgung im Laufe der letzten 30 Jahre in der BRD. Darüber hinaus finden sich Vergleiche mit der NS-Verfolgung in anderen europäischen Ländern, insbesondere in den RGW-Staaten, die nicht gerade zugunsten der BRD ausfallen.

Wurde das Buch zensiert?

Das Buch ist kostenlos zu erhalten bei:

Bundesministerium der Justiz
Referat für Presse- und
Öffentlichkeitsarbeit
Heinemannstraße 6
5300 Bonn 2

Das Ministerium hat das Buch in 20.000 Exemplaren vom C.F. Müller Verlag aufgekauft und sich damit das Recht der Zensur erkauft. Dieses Recht ist – wie man der „Frankfurter Rundschau“ vom 20.2.78 entnehmen kann – ausgenutzt worden, um „lyrische“ Stellen (so die amtliche Erklärung) aus der Dokumentation zu streichen. Unter „lyrische“ Stellen fällt laut „FR“ z.B. folgendes: An einer Stelle wollte Rückerl offenbar illustrieren, wie schlimmste NS-Verbrecher relativ ungeschoren durch die

Spruchkammerverfahren kamen. Diese Textstelle wurde gestrichen.

Ob der Eingriff von Regierungssseite sich „nur“ auf solche „lyrischen Stellen“ beschränkt oder auch die Gesamtkonzeption des Buches mitbeeinflusst hat, ist der „FR“ leider nicht zu entnehmen. Allerdings läßt sich feststellen, daß die Dokumentation in ihrer jetzigen Form den staatlichen Stellen der BRD nicht unbedingt unangenehm sein dürfte, hat sie doch unter dem Strich die Tendenz, die westdeutsche Justiz und andere an der Verfolgung von NS-Verbrechen beteiligte Stellen renzuzwischen vom dem Vorwurf, sie hätten nicht genügend für die Verfolgung dieser Verbrechen getan. Die Dokumentation versucht dem Leser den Gesamteindruck zu vermitteln, daß hierzulande nichts unversucht geblieben sei, alle NS-Verbrecher ihrer gerechten Strafe zuzuführen. Die Schuld für Versäumnisse wird den „Orbblockstaaten“ zugeschoben. Man fühlt sich an Kalte-Kriegs-Zeiten erinnert, wenn z.B. die hervorragende Tatsache, daß in der DDR 12.807 Verurteilungen allein im Zeitraum 1945 bis 1964 zustande kamen (gegenüber 6.432 von 1945 bis heute in der BRD) damit herabgewürdigt wird, daß eine gewisse Anzahl dieser Urteile als „Willkürurteile“ bezeichnet werden, nur weil sie durch speziell für die Behandlung von NS-Verbrechen eingerichteten Sondergerichten gefällt worden sind. Dabei beruft sich die Dokumentation ausgerechnet auf den Bericht des ehemaligen BRD-Justizministers Ewald Bucher, der nachweislich gefälscht war, um die damalige Verjährungsdebatte zugunsten einer Verjährung zu beeinflussen (Bucher trat danach zurück und ist heute Sprecher der „Hilfsgemeinschaft Freiheit für Rudolf Heß“).

All diese Mängel des Buches können nicht darüber hinwegtäuschen, daß die in dem Buch geschilderten Tatsachen im Grunde ein einziges großes Nein zur Verjährung von NS-Verbrechen begründen.

Weitere Nazi-Terroristen verhaftet Aber wir kennen noch mehr!

Mitte März wurde die Verhaftung von fünf Nazi-Terroristen bekanntgegeben, es handelt sich dabei um zwei verschiedene Gruppen. Zum einen Christian Worch (derzeitiger Chef der Hamburger „Hansa“-Bande), Frank Stubbemann („Hansa“-Bande) und Gunnar Pahl aus Schleswig-Holstein, der schon eine markante Vergangenheit als Nazi-Terrorist hat. Zum anderen Klaus-Dieter Hewicker (23) und Kurt Wolfram (19) aus Braunschweig. Beide waren bisher namentlich in der Nazi-Szene nicht bekannt. Sie sollen zur Gruppe des einschlägig bekannten Paul Otte gehört haben, der bereits seit November 1978 in U-Haft ist, nachdem in seiner Wohnung eine Bombe gefunden wurde.

Den drei Verhafteten der ersten Gruppe wird vorgeworfen, sie hätten die Ermordung zweier als „Verräter“ angesehener Bandenmitglieder geplant und „verbreitet“. Den beiden Braunschweigern wird vorgeworfen, sie hätten – übrigens schon am 15. Mai 1978! – Stoltenberg durch eine Bombe töten wollen, was nur durch einen Zufall nicht geschehen sei. Außerdem hätten sie „Sprengstoffattentate und Anschläge auf Gebäude“ geplant gehabt.

Einige Angaben zur Person der Verhafteten, soweit sie bekannt sind:



Christian Worch, Hamburg, 22 J.

Schon während seiner Schulzeit am Hamburger Emile-Wustefeld-Gymnasium betätigte sich Worch als Nazi. Im Sommer 77 schloß er sich der „Hansa“-Bande an und wurde deren „Chef-Ideologe“. Für seinen ersten öffentlichen Auftritt als Redner auf einer verbotenen „Hansa“-Veranstaltung (November 1977) erhielt er kürzlich eine Geldstrafe von 150 DM. Seit Mitte Oktober im Knaat sitzt (August 78) leitet Worch die Aktionen und Auftritte der „Hansa“-Bande. Inzwischen übernahm er auch für den Karlsruher Werner Braun den Vorzug der „Deutsch-Völkischen Gemeinschaft“.

Schon während seiner Schulzeit am Hamburger Emile-Wustefeld-Gymnasium betätigte sich Worch als Nazi. Im Sommer 77 schloß er sich der „Hansa“-Bande an und wurde deren „Chef-Ideologe“. Für seinen ersten öffentlichen Auftritt als Redner auf einer verbotenen „Hansa“-Veranstaltung (November 1977) erhielt er kürzlich eine Geldstrafe von 150 DM. Seit Mitte Oktober im Knaat sitzt (August 78) leitet Worch die Aktionen und Auftritte der „Hansa“-Bande. Inzwischen übernahm er auch für den Karlsruher Werner Braun den Vorzug der „Deutsch-Völkischen Gemeinschaft“.

Frank Stubbemann, Kiel, 23 J.

Stubbemann begann schon mit 13 Jahren seine rechte „Karriere“. In Bremen gründete er die „Demokratische Mitte Berkhof“, die sich dem Kampf gegen die Linke widmete.

Später wurde er Parteitage delegierter der Jungen Union (CDU). Im Frühjahr 75 schloß er sich dem „Stahlhelm“ an („Mut“, 4/75). Da ihm das alles nicht „radikal“ genug war, gründete er die „Nationalrevolu-

tionäre Arbeiterfront“ (NRAF) Bremen mit der Zeitung „Werwolf“. 1977 zog Stubbemann nach Kiel, um dort zu studieren. Dort betätigte er sich bei den Jungen Nationaldemokraten der NPD (bis Dezember 1977). Im Februar 78 trat er als „Aufbaubeauftragter der Aktionsfront Nationaler Sozialisten, Gau Schleswig-Holstein“ auf.



Schon im Oktober 1977 fand die Polizei in seiner Wohnung 670 g gestohlenen Natriumcyanid – das würde ausreichen, um eine mittlere Großstadt zu vergiften! Angeblich wollte er damit die Freilassung von Rudolf Heß erzwingen. Stubbemann kam mit einer Geldstrafe davon! Im Mai 78 wurde er zusammen mit P. Teuffert und Robert Marchi verhaftet. In ihren Wohnungen waren Waffen, Sprengstoff und Pläne für Anschläge und Raubüberfälle gefunden worden. Nach zwei Monaten wurde Stubbemann wieder freigelassen.



Gunnar Pahl, Kiel, 22 J.



Gunnar Pahl, Kiel, 22 J.

Pahl ist seit langem als militanter Nazi bekannt. Seit 74/75 leitete er die Kieler Truppe des (in Österreich verboten) „Bund völkischer Jugend“, eine paramilitärisch trainierte Bande. NPD-Mitglied Pahl trat bei diversen Aktionen verschiedener Nazi-Gruppen auf, bei NPD-Ständen, bei Rädern „Reichstag zu Flensburg“ (Mai 75). Ende 75 schickte ihn der Nazi-Terrorist Udo Albrecht zusammen mit zwei Kumpanen (G. Bernburg, E. Weil) in den Libanon zu einem Trainingscamp. Unterwegs in Jugoslawien wurden sie mit Koffern voller NS-Propaganda festgenommen. In Italien mußte er später wegen anderer Delikte ein Jahr im Knaat verbringen.

Im Frühjahr 78 kehrte Pahl in die BRD zurück zu seinem Freund Kurt Müller (NS-Kampfgruppe Mainz). Von dort aus leitete er wesentlich den Aufbau der „NSDAP/AO“. Im Juni 78 wurde er wegen NS-Propaganda zu sechs Monaten (auf Bewährung) verurteilt. Pahl hat seit langem

enge Kontakte zu inzwischen inhaftierten Nazi-Terroristen.

– Oft trat er zusammen mit Uwe Rohwer (soll demnächst in Celle vor Gericht stehen) auf.

Am 17.6.1976, während eines NPD-Aufmarsches in Bonn, wurde er festgenommen wegen Randalierens. Ebenfalls festgenommen wurden Uwe Rohwer, G. Bernburg, K.D. Puls (mit Rohwer angeklagt). – Der mit Pahl in Jugoslawien festgenommene E. Weil ist einer der bekanntesten Nazi-Terroristen 1972 schoß er (angeblich im Alleingang) auf einen sowjetischen Wachsoldaten in Westberlin. Am 1. August 77 warf Weil eine Brandbombe in das Westberliner SEW-Büro (dafür bekam er drei Jahre).

Paul Otte, Braunschweig, 54 J.

Otte ist eine der zentralen Figuren in der BRD, die den Aufbau der „NSDAP/AO“ vorantreiben. Schon am 4.8.76 fand die Polizei bei Hausdurchsuchungen neben Unmengen von NS-Material entsprechende Unterlagen. Außerdem bestellte Otte damals an einer Unterstützungsorganisation für „verfolgte“ Nazis, der „Stützen Hilfe Deutschlands“, mit Konto in der Schweiz (VS-Bericht 76). Seit November 78 sitzt Otte in U-Haft, nachdem bei ihm eine Stahlrohrbombe gefunden worden war. Seine Tochter Carola betätigt sich übrigens ebenfalls aktiv in der Nazi-Szene.

Wie und die Verhaftungen einzuschätzen?

Inbesondere die Verhaftung der seit langem einschlägig bekannten Nazis Worch, Stubbemann und Pahl wird von Antifaschisten Genugtuung bereiten. Diese Verhaftungen haben mit den Schenkenstelen, daß er nicht fest sein Jahr zu spät kommen.

Allerdings scheint es nicht unbedingt zu empfehlen, die jetzt von der Bundesanwaltschaft erhobenen Vorwürfe ungeprüft als zutreffend anzusehen, z.B. die angeblich geplante Ermordung Stoltenbergs. Eine Rolle spielt bei der „Aufdeckung“ solcher und ähnlicher angeblicher Vorhaben der Nazi-Terroristen anscheinend Lutz Wegener, seit rund einem Jahr in U-Haft. Wegener ist der frühere „Chef-Ideologe“ der „Hansa“-Bande. Wegener hat sich bereits vor einigen Monaten entschlossen „auszupacken“, um die eigene Haut zu retten. Es ist allerdings nicht von der Hand zu weisen, daß Wegener von BKA und „Staatsschutz“ als eine Art rechter Kuhlant aufgebaut wird, bei dem sich Dichtung und Wahrheit vermengen.

Es ist uns gleichgültig, aus welchem Grund der Staat die Nazi-Terroristen hinter Gitter bringt. Da ist uns eigentlich jeder Grund recht. Trotzdem sollten praktizierende Antifaschisten eine gewisse kritische Distanz zu den Versionen des BKA u.ä. behalten. Schon deshalb, weil der Aufbau eines mit Erfindungen und Halbwahrheiten operierenden rechten Kronzeugen (aus Prozessen gegen Linke bestens bekannt!) im Fall der Nazis später durchaus zum Vorwand genommen werden könnte, die Verfahren plätzen zu lassen und haufenweise inhaftierte Nazis freizulassen.

Die Pläne und Winkeltzüge von BKA und „Staatsschutz“ in der terroristischen Nazi-Szene sind schwer zu durchschauen. Man betrachte sich z.B. das Hin- und Her um Stubbemann, mit mehrmaliger Inhaftierung. Oder die Verurteilung Pahls im Sommer 78 zu 3 Jahren. Warum Worch erst jetzt in den Knaat mußte, obwohl er schon seit Monaten ganz offen für den inhaftierten Kuhlant die Führung der „Hansa“-Bande übernommen hatte.

Von einem planmäßigen Auflockern der terroristischen Nazi-Szene kann beim Vorgehen von BKA/„Staatsschutz“ jedenfalls nicht die Rede sein. Vor allem wird nach wie vor sorgfältig und systematisch jeder Zusammenhang der terroristischen Nazi-Banden zur legalen rechtsextremen Szene, insbesondere die vielfältigen personellen Verflechtungen mit NPD/JN, von Polizei und Justiz vermischt und geleugnet.

Die nächsten Verhaftungen bittet

Die terroristische Nazi-Szene kann nur zerschlagen werden, wenn die NPD, die den legalen Schutzmantel für diese Banden abgibt, verboten und konsequent aufgelöst wird. Dasselbe gilt für sogenannte Jugendorganisationen wie die „Wiking-Jugend“ und den „Bund Heimatfreier Jugend“, die den Nazi-Banden ein legales Rekrutierungs- und Übungsfeld bieten.

Da man aber Schritt für Schritt voranschreiten muß, so auch auf die Forderung nach Auflösung der terroristischen Nazi-Szene zu konzentrieren.

– Karl-Heinz Hoffmann. Er leitet seit Jahren seine „Wehrsportgruppe“ (WSG), das wohl einmalige Beispiel einer völlig offiziellen und staatlich legalisierten terroristischen Vereinigung. Die WSG rekrutiert seit Jahren Jugendliche für den nazistischen „Untergrund“ und bildet sie entsprechend aus. Die WSG verfügt über einen großen militärischen Fahrzeugpark und ein entsprechendes Waffenarsenal. Mehrmals im Jahr führt sie „Manöver“ durch, zu denen sie völlig offen einlädt. Auch das besonders an Kinder und Jugendliche gerichtete Werbe-Material der WSG kann völlig offen verbreitet werden.

– Tibor Schwes. Er begann seine Laufbahn als stellvertr. JN-Vorsitzender in Hamburg Nord. Der „Hansa“-Bande gehört Schwarz seit deren Bildung im Frühjahr 1977 an. Schwarz war nahezu lückenlos an sämtlichen Schläger-Einsätzen der „Hansa“-Bande beteiligt. Nach der Verhaftung von Lutz Wegener, der der „Stellvertreter“ des „Hansa“-Chefs Kuben gewesen war, übernahm Tibor Schwarz die Funktion Wegeners. Nach der Verhaftung Kühnens im Sommer 1978 scheint Schwarz allerdings der Aufgabe, die Bande zu führen, intelligentemäßig nicht gewachsen gewesen zu sein, so daß Christian Worch (jetzt inhaftiert) neuer Chef der Bande wurde.

Schwarz hat sich jedoch weiterhin an den Aktionen der Bande beteiligt, meist mit Fahrradkette o.ä. bewaffnet.

– Erwin Schönborn. Schönborn war bereits in den 50er Jahren eine zentrale Figur der rechtsextremen Szene. In den frühen 70er Jahren bildete er zusammen mit seinen Freunden Roeder und Christopherson den Schwerpunkt der neu entstehenden offenen Nazi-Szene.

Schönborn fand rasch den Kontakt zu den neuen militanten Nazi-Banden. Für die „ANS“ (Tarnorganisation der „Hansa“-Bande) trat Schönborn mehrfach als presserechtlich Verantwortlicher auf und stand der Bande als „väterlicher Berater“ zur Seite. Ebenso scheint Schönborn bei der Bildung terroristischer Nazi-Kerne in Frankfurt (traditionelle Wirkungsstätte Schönborns) im Hintergrund die Fäden zu ziehen und Rat aus dem Schatz seiner nunmehr gut 25jährigen einschlägigen Erfahrung zu spenden.

– Edgar Geiss. Geiss hat jahrelang „im Stille“ in der Nazi-Szene „gewirkt“, insbesondere im Kreis um den früheren Rechtsanwalt Roeder (derzeit von Interpol gesucht, wahrscheinlich Aufenthalt in Lateinamerika) und dessen Freund Thies Christopherson (Verfasser der Heftzeitschrift „Auschwitz Lüge“).

Offiziell bekannt wurde Geiss erstmals durch seinen „Hitler-Gruß“ am Grabe des Kriegsverbrechers Kappler am 13.2.78 in Soltau. Für Geiss war das der Einstieg in die offen provozierende militante Nazi-Szene. Er hat seither kaum ein öffentliches Auftreten der „Hansa“-Bande (ANS) vermischt und selbst Schärpe und Wange geleitet.

Geiss ist auf Grund seiner jahrelangen „stillen Wirken“ als Verbindungsmann zwischen den terroristischen Banden und der traditionellen legalen Nazi-Szene auszuweisen.

Ein brauchbares Buch für aktive Antifaschisten

Ein brauchbares Buch für aktive Antifaschisten

Wie schon im letzten Jahr, so gab der „PresseDienst Demokratische Initiative“ (PDI) auch für 1978 einen „Bericht über neonazistische Aktivitäten“ heraus. Der Bericht gibt einen Überblick über neonazistische Aktivitäten des Jahres 1978, listet führende Neonazis mit Lebensläufen auf, gibt einen Überblick über die wesentlichen Nazi-Organisationen mit kurzer Charakteristik.

Alles in Allem. Für die Arbeit in Schulen, in Gewerkschaften etc. ein sehr nützliches Buch, da es wieder viel konkrete Informationen in übersichtlicher Form vermittelt.

Schade nur, daß – wie schon im letzten Jahr – die Zusammenstellung reichlich zufällig ist, einige wichtige Daten schlicht fehlen (die kriminellen Anschläge der „Hansa“-Bande z.B.).

Das Buch ist zu beziehen über PDI, Münzstr. 3, 8000 München 2, DM 6,60.

Kiel: Nazi-Terroristen angeklagt

Vor dem Schleswig-holsteinischen Obergericht sind jetzt endlich drei Nazi-Terroristen angeklagt: Hansa-Bandit Peter Teuffert, Frank Stubbemann und der bislang unbekannte Kieler Nazi Robert Marchi.

Angeklagt sind sie u.a. wegen „terroristischer Vereinigung“. Sie sollen geplant haben, das Kfz-Büro in Kiel mit einem von Marchi zu beschaffenden Sprengsatz in die Luft zu jagen.

Angeklagt werden sie außerdem, sie hätten geplant, sich aus Raubüberfällen Geld für Waffeneinkäufe zu beschaffen.

Alle drei wurden trotz des doch erheblichen Vorwurfs wieder auf freien Fuß gesetzt. Stubbemann ist allerdings seit kurzem wieder in Haft.

Antifa-Kommission Kiel

„Wiking-Jugend“ Westberlin ist eine kriminelle Bande

Nachdem in Westberlin Ende Januar/Anfang Februar eine Gruppe von 15-20 Neonazis, vorwiegend Mitglieder der „Wiking-Jugend“, an zwei Wochenenden nach Art der „Hansa“-Bande mit Eismasken gegen die Ausstrahlung von „Holocaust“ protestiert hatte, haben sich die Provokationen dieser Bande noch gesteigert.

– Am 2. März störten sechs uniformierte „Wiking“-Jugendliche eine Veranstaltung „Schüler diskutieren über Holocaust“, die von der GEW-Berlin in Zusammenarbeit mit der „Galene 70“ (dort läuft seit längerem eine Ausstellung von H.M. Broder über neonazistische Tendenzen) durchgeführt wurde. Sechs jugendliche Nazis in schwarzen Uniformen drangen in den Veranstaltungsraum ein und begannen, faschistische Hetzreden zu schwängen. Sie bedrohten die anwesenden Schüler und versuchten, sie im Raum festzuhalten. Einigen gelang es dann, die Polizei zu alarmie-

ren, die die Neonazis festnahm, bald darauf allerdings wieder freiließ.

– In der Nacht vom 12. auf den 13. März überfielen mehrere „Wiking“-Jugendliche (einige waren schon am 2. März dabei) – ebenfalls uniformiert und mit Nazi-Abzeichen – einen Journalisten, der auf der Veranstaltung am 2.3. anwesend gewesen war und einige der Nazis identifiziert hatte. Vor dem „Cafe Vaterland“ (eine vor kurzem aufgemachte Kneipe in der Westberliner City fielen sie im Krieg und Nazi-Look über den Reporter und dessen zwei (englische) Begleiter her.

Der eine Engländer wurde zu Boden geschlagen und mit Knüppeln und abgeschlagenen Flaschen mißhandelt, so daß er verletzt ins Krankenhaus mußte.

Antifa-Kommission Westberlin

Wichtiger Termin für alle Gegner der Harting-Bande!

Auf Einladung der Landeskonferenz Antifaschistischer Arbeitskreise Nordrhein-Westfalens soll am 1. April in Bochum ein Arbeitstreffen stattfinden. Gegenstand der Beratung sollen Aktionsvorschläge gegen die in Kamen/Gut Barenbräcker ansässige Harting-Bande sein. Gut Barenbräcker ist Sitz des NRW-Landeszentrums der NPD Jugendorganisation JN. Leiter ist der NPD-JN-Funktionär Karl-Heinz Harting. Die unter Hartings Führung gebildete Nazi-Bande erlangte bundesweite Öffentlichkeit durch ihre Provokationen gegen Dichterlesungen des jüdischen Schriftstellers Hübner in Kamen und Bönen. Hartings Schläger-Truppe agiert aber auch außerhalb von NRW insbesondere in Niedersachsen und selbst in Hamburg bei NPD-Auftritten.

Die Harting-Bande besteht vorwiegend aus Mitgliedern und Funktionären der NPD/JN, unterhält aber zugleich enge Kontakte zur „NSDAP“-Szene. Bis heute erfreut sich die Bande polizeilicher Duldung und Schutzes. Im Herbst 78 bekam Harting sogar die offizielle Genehmigung zur Erweiterung seines Banden-Zentrums, „im Rahmen landwirtschaftlicher Aufbauarbeiten“.

Am 1. April soll beraten werden, wie Aktionen mit dem Ziel der Schließung des Gut Barenbräcker eingeleitet werden können. Ort des Treffens: ESG Bochum, Querenburger Höhe 1, April 14 Uhr. Rückfragen und an D. Schulze Marmeling, 44 Münster, Hornstraße 30, zu richten. Tel. 0251/56669.

Jugendpolizei in Köln

In Köln wurde mit Verfügung des Polizeipräsidenten Hosse vom 6.7.78 eine Jugendpolizei eingesetzt, die analog zur JuPo in Baden-Württemberg arbeiten soll (siehe AK 147).

Je ein Jugendbeamter in den neun Stadtbezirken soll für die Überwachung von Treffpunkten Jugendlicher zuständig sein. Grundlage ist ein Erlass des NRW-Innenministers Hirsch vom Februar 78; in Köln findet offensichtlich ein Probelauf für die JuPo innerhalb NRW's statt.

Das Bekanntwerden der Hosse-Verfügung hat in Köln vor allem auf dem Jugendhilfstrag großen Protest ausgelöst, und auch die Kölner SPD, allen voran Sozialdezernent Körner, haben sich zunächst stark gegen Hosse ins Zeug gelegt, um schließlich ein minimal verändertes Konzept der JuPo zu akzeptieren. Der Jugendwohlfahrtsausschuß der Stadt Köln nämlich, in dem Sozialdezernent Körner, Ratsmitglieder und Vertreter der Trägerorganisation der Jugendhilfe sitzen, stellte im November (also fünf Monate nach der Hosse-Verfügung) fest, daß diese ihm erst zu diesem Zeitpunkt zugegangen sei, daß man also von Hosse bei der Einführung der JuPo völlig übergangen worden sei. Hosse konterte, er habe die Verfügung sofort weitergegeben, offensichtlich sei sie irgendwo steckengeblieben. Körner unterschrieb sogar nach dem Jugendhilftag eine von der Linken getragene Resolution gegen die Jugendpolizei — „als Sozialarbeiter, nicht als Sozialdezernent“ (so er selbst) — worauf die CDU seinen Rücktritt forderte. Am 24.11. stimmte der SPD-Unterbezirk Köln einstimmig einem Antrag zu, in dem die SPD-Ratsfraktion aufgefordert wird, „die Sozialverwaltung, insbesondere das Jugendamt, zu veranlassen, nicht auf der Grundlage der ... Verfügung des Polizeipräsidenten mit der Polizei zusammenzuarbeiten... Der SPD-Unterbezirk Köln wendet sich grundsätzlich gegen die Versuche, die Probleme der Jugendlichen durch stärkere polizeiliche Kontrolle anzugehen. Er fordert deshalb die Verantwortlichen auf, auch die eventuelle Einführung der Jugendpolizei über andere Mittel (z.B. Kontaktbeamte) zu verhindern“. Wie sich herausstellte, hat sich Körner an das mit seiner Unterschrift unter der Resolution eingegangene Versprechen überhaupt nicht gehalten. Die Polizei erklärte dann, die JuPo arbeite noch

gar nicht. Es sind jedoch zwei Fälle bekannt, wo die JuPo bereits in Aktion war.

Am 12. Oktober fand im „Treibhaus“, einer von Jugendlichen betriebenen Alternativkneipe im Köln-Mülheim, eine Razzia statt, nachdem vorher von Zivilbullen gespitzelt worden war. Alle dort Anwesenden wurden kontrolliert, ein Mädchen wurde mit auf die Wache genommen, weil sie keinen Ausweis dabei hatte. Aus anderen Gründen, um sie nicht allein bei der Polizei zu lassen, wurden sie fotografiert. Da gerade ein Jugendlicher hinter der Theke stand, wurde die vorläufige Konzession des Lokals nicht in eine endgültige umgewandelt. Interessant ist die Sache insofern, als die Kneipe von Leuten benutzt wurde, die gegen das Leerstehen eines Krankenhauses im Stadtteil protestieren. An dieser Aktion war ein Polizist beteiligt, der sich zwei Wochen später in einer Mülheimer „Offenen Tür“ selber als Jugendpolizist vorstellte und ganz locker zu den Jugendlichen „Kontakt aufnehmen“ wollte. Er wurde nicht gerade freundlich empfangen.

Dieser Beamte trat nun in Uniform auf. Ein Polizist in einem Jugendheim ist zwar in jedem Fall unangenehm, aber wenn er als solcher erkennbar ist, weiß man zumindest noch, worauf man sich einzustellen hat. Die Frage, ob auch „Offene-Tür“-Einrichtungen und nicht nur Kneipen und andere „düstere Orte“ von der Polizei in Zivil bespitzelt würden, und damit die Atmosphäre einer ganzen Einrichtung vergiftet werden könnte, nahm in der Berichterstattung der bürgerlichen Presse breiten Raum ein.

Gegenüber solchen Befürchtungen hieß es seitens der Polizei, daß „pädagogisch geführte Jugendeinrichtungen“ selbstverständlich nicht als „kriminogene Örtlichkeiten“ betrachtet würden und deshalb auch nicht in Zivil bespitzelt werden dürften. Was bedeutet das aber nun? Am Beispiel der oben genannten Kneipe, die ja keine „pädagogisch geführte Jugendeinrichtung“ war, sieht man, daß zunächst einmal alle nicht von einer Trägerorganisation gedeckten Aktivitäten von Jugendlichen überwacht werden sollen. Selbstorganisierte Zusammenschlüsse von Jugendlichen oder mit Beteiligung von Jugendlichen haben augenscheinlich nicht mehr das Recht, in Ruhe gelassen zu werden.

Das Versprechen der Polizei „Offene Türen“ nicht zu bespitzeln, dient dazu, alles übrige zu rechtfertigen, wie der folgende Vorgang zeigt.

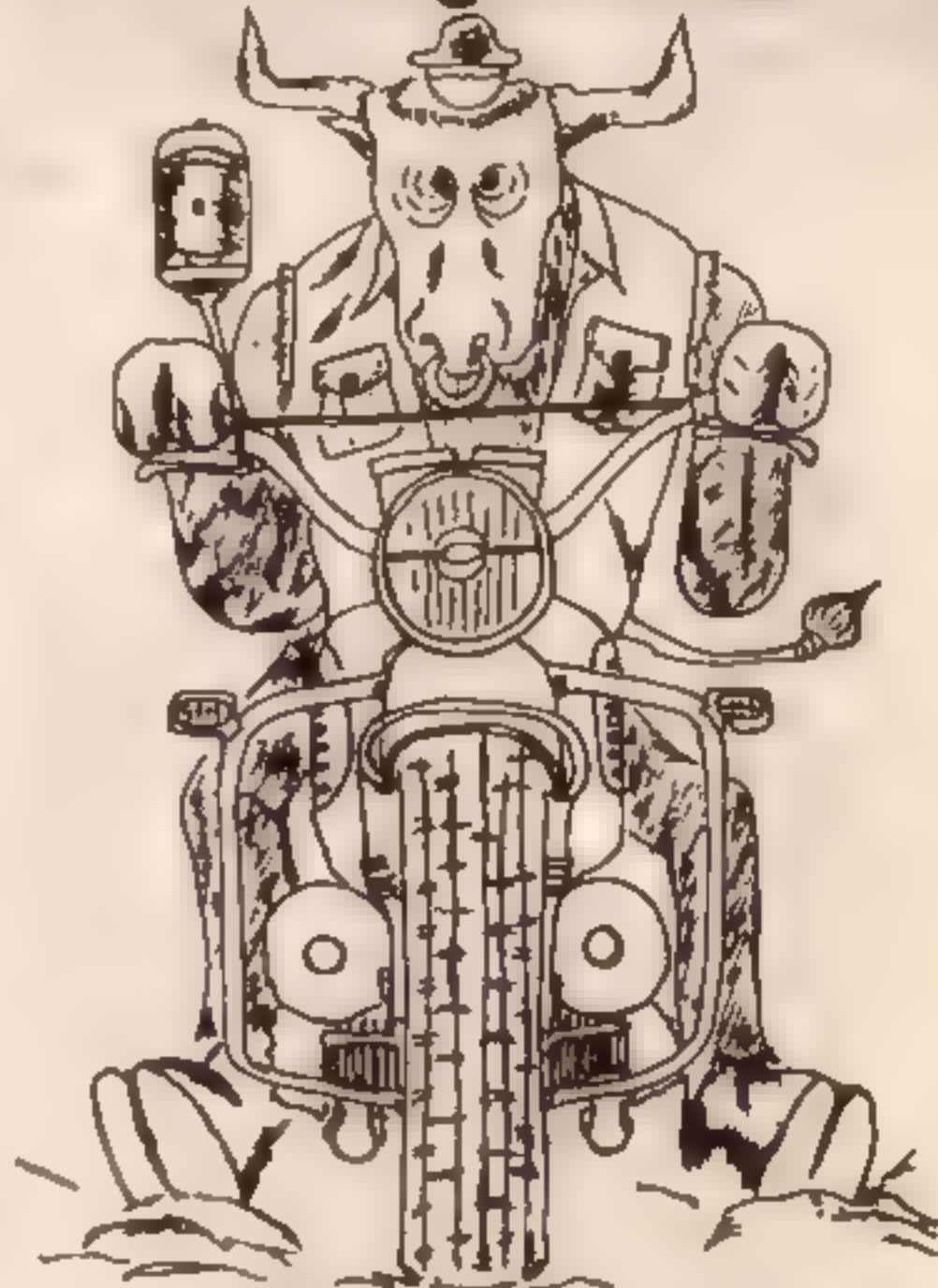
Am 13. Januar 79 fand im Kölner Jugendpark eine von 300 Jugendlichen besuchte Veranstaltung zum Thema JuPo statt, auf der ein Film gezeigt wurde, der genau die Vorfälle in der oben genannten Kneipe schilderte. Hosse brachte sofort ein „Dementi“: Der Film erwecke den Eindruck, hier ginge es um eine „Offene Tür“, in Wirklichkeit sei es um eine „gewerblich geführte Gaststätte“ gegangen. Eben! Im übrigen ist sehr zweifelhaft, wie lange diese „Beschränkung“ der Polizei halten wird. Denn wenn Jugendliche, die vielleicht mal ein Mosa geklaut haben o.ä., die sich in einem Jugendheim als Gruppe zusammenfinden und dort lernen, sich solidarisches zu verhalten, dann ist bei der ersten Sache die wieder passiert, das Jugendheim eine „kriminogene Örtlichkeit“.

Inzwischen ist herausgekommen, was zwischen Körner und Hosse über die Köpfe der Betroffenen hinweg ausgetauscht wurde: Die Hosse-Verfügung wird nicht zurückgenommen, sondern ihr wird ein Papier angefügt, das vorsieht, daß die Polizei „zur Vermeidung mißverständlicher Interpretationen“ von der Bezeichnung Jugendbeamter keinen Gebrauch machen wird, daß die Jugendkartei in „Jugendschutzkartei“ umbenannt wird, daß in allen Stadtbezirken „Jugendschutzausschüsse“ von Polizei, Jugendämtern und Trägern der Jugendhilfe gebildet werden, und daß die JuPos eine Ausbildung durch das Jugendamt erhalten sollen.

An Widerstand gegen die JuPo in Köln gab es neben der oben genannten Veranstaltung Erklärungen u.a. von der DGB-Jugend, den Falken sowie Veranstaltungen in einzelnen Jugendheimen. Es wird sich zeigen, ob dieser Widerstand stark genug sein wird, und ob sich die SPD-Mitglieder des Jugendwohlfahrtsausschusses an den Beschluß der Parteitags halten werden. Letztlich entschieden aber wird die Einführung der JuPo als Polizeiangelegenheit nicht in Köln, sondern im Bundesrat, was die Notwendigkeit landesweiter Aktionen deutlich macht.

Ein Kölner AK-Leser

Der Jugendbulle



Dokumentation zur Einführung der Jugendpolizei in Köln 2,50

Im Zusammenhang mit der Einführung der Jugendpolizei in Nordrhein-Westfalen und einer recht breiten Protestbewegung dagegen veröffentlichte die Initiative „keine Jugendpolizei in Köln und auch nicht anderswo“ eine sehr interessante Dokumentation. Darin wird in vielen Dokumenten die spezielle nordrhein-westfälische Variante der JuPo behandelt:

- ihre Verankerung in Erlassen, Verfügungen und Polizeiberichten
- einige Hintergrundinformatio-

nen aus Polizeischulungen — Pressekommunikation und — eine Dokumentation des Widerstandes.

Die Dokumentation ist zum Preis von 2,50 DM + 1 DM Porto zu bekommen bei:

Peter Wolke
Ehrentorstr. 2
5000 Köln 1
Kto-Nr. 168763043 der
Stadtparkasse Köln,
BLZ 37050198.

Die Kontaktadresse der Initiative ist: Lehrer- und Sozialarbeiter-zentrum Tarnhestr. 7, 5 Köln 1

Westberliner Polizei: Blauer geht's nicht

Schon in den vergangenen Jahren wurde Westberlin als Eldorado für blaue Polizisten bekannt. Der Saff bei Beamten kam so in Verfall, daß Polizeipräsident Hübner 1976 ein „sanktes (?) Alkoholverbot“ für Polizisten im Dienst aussprach. Mit der Alkoholstatistik vom letzten Jahr soll nun der Beweis angetreten werden, daß Hübners Alkoholverbot durchgeschlagen habe.

Nach dieser Statistik könnte man meinen, dienstliche Trunkenheitsfälle seien am Absinken, von acht Trunkenheitsfällen am Steuer 1977 auf zwei Fälle 1978 („Tagesspiegel“, 22.2.79). Nach unserer — sicher noch unvollständigen — Statistik ist aber genau das Gegenteil der Fall, nämlich ein Ansteigen auf neun Fälle von Trunkenheit am Steuer im Jahr 1978. Und da soll man den Gesamtzahlen der offiziellen Statistik glauben, wonach ein Absinken der Fälle von 53 auf 30 Fälle konstatiert wird???

Für Trunkenheitsdelikte außer Dienst muß selbst die offizielle Polizeistatistik ein Ansteigen feststellen, nämlich von 71 auf 104 Fälle, oft verbunden mit anderen Delikten wie Körperverletzung, Hausfriedensbruch oder Fahrerflucht („Tagesspiegel“, 22.2.79).

So wurden 1978 bei Unfällen von besoffenen Polizisten außer Dienst mindestens sechs außenstehende Personen und fünf Beamte verletzt. Mindestens 35 außenstehende Autos wurden zu Klump gefahren. Dabei begingen mindestens 16 Beamte Fahrerflucht.

Auch hier zeigt unsere selbst recherchierte Statistik mehr als das Doppelte: Nach der offiziellen Statistik bauten besoffene Polizisten in ihrer Freizeit 16 Unfälle, schon nach

unseren unvollkommenen Untersuchungen waren es mindestens 33.

Übrig bleibt, daß die Statistik der Westberliner Polizeiführung eine recht windige Sache ist. Sie soll das weitere Ansteigen von Trunkenheitsfällen bei der Westberliner Polizei kaschieren.

Dabei muß man bedenken, daß die

Dunkelziffer noch weit höher liegen dürfte als die bisher bekanntgewordenen beachtlichen „Leistungen“ der Westberliner „Ordnungshüter“.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Westberlin



System von Krisenstäben

Eine „Generaldirektion für die Innere Sicherheit“ beim Bundesinnenministerium einzurichten — diesen Vorschlag unterbreitete der in Polizeikreisen viel fach beachtete Dr. Alfred Stümpers (siehe AK 149).

In der neuesten offiziellen Informationschrift des Bundesinnenministers „Innere Sicherheit“ vom 16.2.79 (Nr. 47) wird nun berichtet, daß Innenminister Baumbach sich dafür ausgesprochen habe, auf der Grundlage eines Beschlusses der Innenministerkonferenz vom 29.8.78 „ein möglichst übereinstimmendes System von Führungsstäben zur Bewältigung besonderer Krisen- und Gefahrensituationen ... zu entwickeln“. Im Bundesministerium des Innern seien die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß ein schon bestehende „rund um die Uhr besetzte Führungs- und Lagezentrale in einem Krisenfall zum sofort einsatzfähigen Führungsstab hochgefahren werden kann“. Ergänzend dazu seien in den Bundesländern vergleichbare Führungszentralen aufgebaut

worden, welche in der Vergangenheit wiederholt ihre Bewährungsproben bestanden hätten. Praktisch sei dieses System in gemeinsamen Informations- und Kommunikationsübungen des Bundes und der Länder bereits erprobt worden. Bereits 30 überregionale Fernmedeübungen hätten seit Juni 1978 allein im Bereich des Bundesgrenzschutzes stattgefunden.

Diese Äußerungen des Bundesinnenministers belegen, daß Stümpers Vorschläge nicht nur zur Diskussion stehen, sondern daß die Vorbereitungen zur Errichtung einer „Generaldirektion Innere Sicherheit“ bereits integraler Bestandteil der Regierungspolitik im Rahmen des „Programms Innere Sicherheit“ sind.

Vor diesem Hintergrund muß man Baumbach mit viel Öffentlichkeitswirkungsvoll vorgestellten „Anstrengungen“ beurteilen, den Sicherheitsapparat nach sogenannten „Überreaktionen“ zu „durchforsten“!

Antifa-Kommission/Hamburg

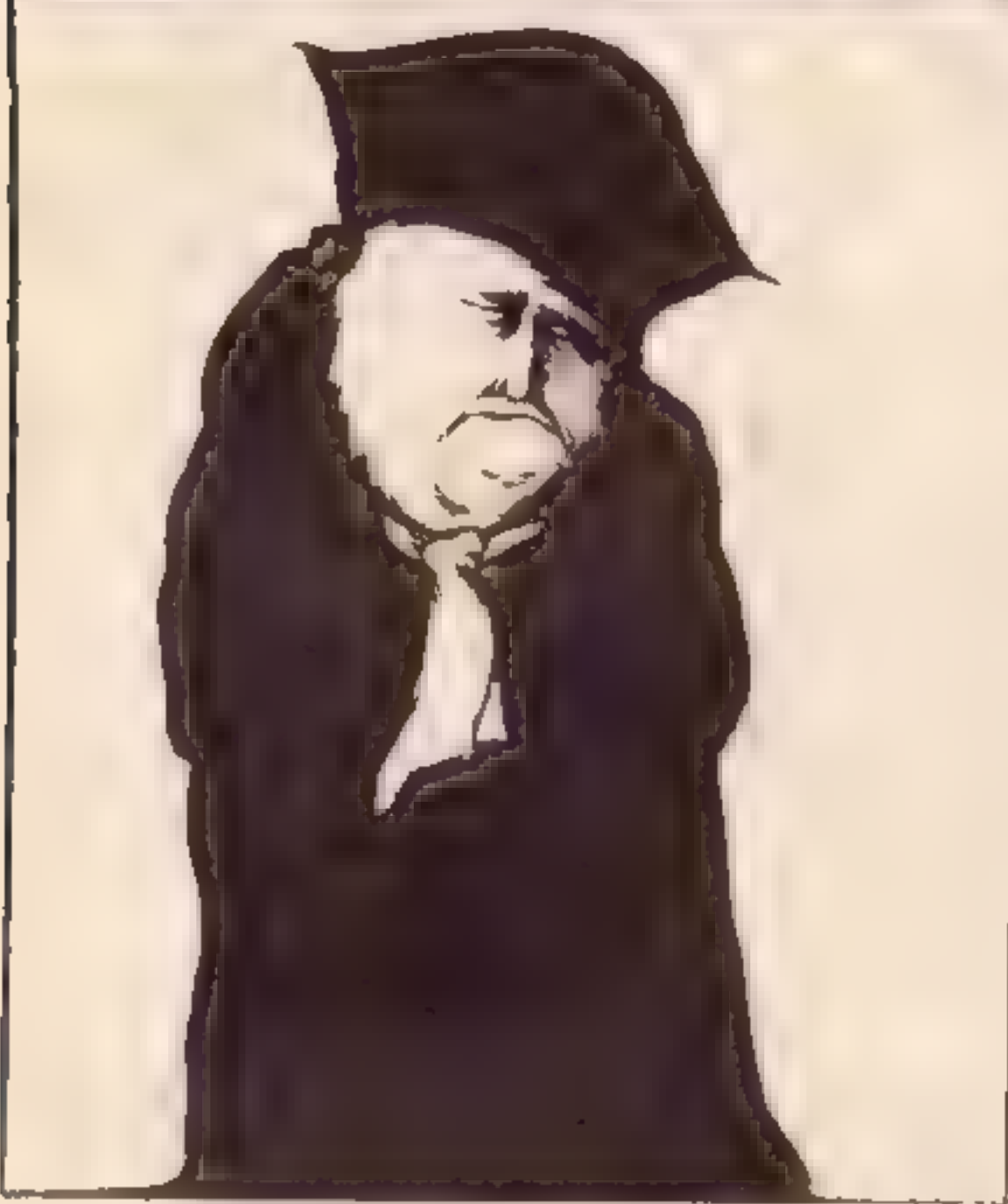
BRD-Sicherheitsexperten im Einsatz gegen Basken

Der spanische Außenminister Oreja unterlag kürzlich nicht dem Werben des sowjetischen Ministerpräsidenten Kossygin, der vorschlug, die spanische Regierung in ihrem Kampf gegen die „linken baskischen Guerillas“ (Newsweek, 5.3.79) zu unterstützen, um den Preis des Nicht-eintritts Spaniens in die NATO. Oreja hatte sich bereits anders orientiert. Im Kampf gegen die Basken stehen ihm westdeutsche Anti-Terror-Spezialisten zur Seite. „Eine Zusammenarbeit, die sich bereits in der Verhaftung einiger baskischer Anführer“ (ebda.) ausgedehnt hat. Die Zusammenarbeit mit Spanien wird bereits seit 1972 praktiziert in „monat-

lichen Informationsgesprächen“ (Spiegel v.14.2.77). Diese Kooperation, die unter Francos faschistischer Herrschaft vereinbart wurde, setzte sich auch unter der neuen „demokratischen“ Regierung fort. Im August 1978 reiste der Hamburger VS-Chef Horchum nach Madrid und stand dort der Regierung „sechs Wochen lang in Fragen der Terroristen-Bekämpfung mit Experten - Rat zur Seite“. Das Ziel dieser Ausbildung war „die Bekämpfung der baskischen Autonomisten - Organisation ETA und der Terrororganisation Grapo“ (HA, 15.8.78).

Antifa-Kommission Hamburg

Klassenjustiz



Einstellung des Prozesses gegen Arndt Müller und Armin Newerla

Nachstehende Presse-Erklärung plus Spendenaufruf erhielten wir am 10. März von den gewählten Verteidigern von Arndt Müller und Armin Newerla. Der festgesetzte Prozessbeginn ist jedoch nicht, wie es in der schon vor längerer Zeit verfaßten Presse-Erklärung heißt, am 1. März, sondern am 3. April (lt. „FAZ“, 20.2).

„... DER ANGEKLAGTE DURCH EINEN VERTEIDIGER SONER WAHL VERTEIDIGT WIRD, ERHEBE ICH ZU- ERSTEN ANKLAGE WEGEN KRIMINELLER VERHEIMLICHUNG...“

„... DA DER ANGEKLAGTE DURCH EINEN VERTEIDIGER SONER WAHL VERTEIDIGT WIRD, ERHEBE ICH ZU- ERSTEN ANKLAGE WEGEN KRIMINELLER VERHEIMLICHUNG...“



Presseerklärung

der Verteidiger der Rechtsanwälte Arndt Müller und Armin Newerla aus Anlaß des Abschlusses des Verfahrens gegen Volker Speitel und Hans-Joachim Dellwo

Am 1.3.79 soll die Hauptverhandlung gegen die Rechtsanwälte Müller und Newerla vor dem 2. Strafsenat des OLG Stuttgart beginnen. Ihnen wird vorgeworfen, Kammer, Waffen und Sprengstoff in die JVA Stuttgart-Stammheim geschmuggelt zu haben. Am 14.12.1978 erging im Verfahren gegen Volker Speitel und Hans-Joachim Dellwo, zugleich Hauptbelastungszeugen gegen die angeklagten Rechtsanwälte Müller und Newerla, das Urteil. Verlauf und Ergebnis des Verfahrens gegen Speitel und Dellwo, die beiden „Meisterlanger von Stammheim“ („Der Spiegel“ 48/1978 S.133 ff) müssen in ihrer Funktion für das bevorstehende Verfahren gegen die RAe Müller und Newerla betrachtet werden.

Das Verfahren gegen die Rechtsanwälte Müller und Newerla, mit dem Vorwurf der unerlaubten Übergabe von Gegenständen an Gefangene, soll – wie die Verfahren gegen Groeneveld, Crossant und andere Rechtsanwälte – die nachträgliche Begründung für die Vielzahl von Gesetzen liefern, mit denen die Rechte der Angeklagten auf umfassende Verteidigung eingeschränkt wurden. Gerechtfertigt werden sollen insbesondere die Verteidigerabschließungsgesetze, das Kontaktsperregesetz und die Trennscheibe.

Das Verfahren dient aber auch erklärtermaßen – dem Zweck, den Staat von jeder Verantwortung für den Tod der drei Häftlinge in Stammheim reinzuwaschen und diese den Anwälten aufzubürden. (Der Vorsit-

zende in der mündlichen Urteilsbegründung gegen Speitel und Dellwo (die Mordlegende wurde zerstört) Gerade durch einen Prozeß gegen zwei Rechtsanwälte die sich an der Anprangerung der Isolationshaft gegenüber RAF-Gefangenen besonders engagiert haben, soll der weiteren der Kampf gegen unmenschliche Haftbedingungen diffamiert und unglaubwürdig gemacht werden.

Um diese Ziele zu erreichen, haben BKA und Bundesanwaltschaft Speitel und Dellwo als „Kronzeugen“ aufgebaut. Dellwo wurde (wie Newerla) am 31.8.77 verhaftet, Speitel am 3.10.77. Beide unterlagen der Kontaktsperre (6.9.-20.10.77). Emer Zeit also, als die Ermittlungsbeamten jederzeit Zugang zu den Gefangenen hatten, sie ihre Gefangenenbesuche steigerten, die Verteidiger jedoch von ihren Mandanten ferngehalten wurden. Verschiedene Gefangene, u.a. RA Newerla selbst, berichten von erlittener oder angedrohter Prügel durch Ermittlungsbeamte während dieser Zeit.

Nach der Zeit der Kontaktsperre werden erste Aussagen von Dellwo und dann auch von Speitel schriftlich festgehalten. Speitel und Dellwo werden auch anders motiviert: ihre Aussagefreudigkeit wurde denn auch tatsächlich von der Bundesanwaltschaft und dem Gericht erklärmaßen honoriert. Nicht nur „Der Spiegel“ (a.a.O.) vermutet darüber das Versprechen von neuen Papieren und Geldes.

Wären die beiden sohermaßen auf ihre Rolle als „Kronzeugen“ konditioniert, mußte das Verfahren gegen sie konsequenterweise vorgezogen werden. Durch die Verurteilung von Speitel und Dellwo wurde bereits jetzt die Täterschaft der beiden Rechtsanwälte festgeschrieben,

Schluß mit der Isolationshaft von Günther Sonnenberg

Anfang März befanden sich kurzzeitig ca. 20 politische Gefangene in der BRD im Hunger- und Durststreik, um eine Verschlechterung der Haftbedingungen von Günther Sonnenberg zu verhindern. In der Presse ist diese Aktion weitestgehend totgeschwiegen worden. Dennoch konnte von den Gefangenen erreicht werden, daß Sonnenberg eine Änderung seiner Haftbedingungen zugestimmt wurde.

Das Urteil: lebenslänglich

Günther Sonnenberg wurde wegen angeblichen Mordversuchs an Polizeibeamten zu lebenslänglich verurteilt. Er soll bei seiner Festnahme durch Schüsse auf die Beamten mit Mordabsicht gehandelt haben. Es erübrigt sich, hier auf die Einzelheiten des Prozesses einzugehen. Als „mutmaßlicher Buback-Attentäter“ war er bereits vom BKA öffentlich vorverurteilt.

Der Prozeß war insofern allerdings erwähnenswert, als auch hier das Opfer auf der Anklagebank saß. Sonnenberg war bei seiner Verhaftung durch Schüsse schwer am Kopf verletzt worden und schwelte längere Zeit in Lebensgefahr. Er ist heute noch nicht genesen.

Das Verfahren war auch insofern typisch für die neue „Rechtsstaatlichkeit“ der BRD, als man die im RAF-Verfahren schon beinahe klassisch zu nennende Beweisnot folgendermaßen behoben hat: daß er tatsächlich das Attentat auf Buback verübt oder daran teilgenommen hat, dafür gab es nämlich keine Beweise. So wurde er eben schnurstracks wegen anderer Vorwürfe (nämlich der Schießerei bei seiner Festnahme wegen des Buback-Attentats) zu lebenslänglich verurteilt.

Die Haftbedingungen

Nachdem Sonnenbergs Kopfverletzung organ-medizinisch soweit wieder hergestellt war, daß er in einen „normalen“ Knast verlegt werden konnte, wurde er in der JVA Stuttgart-Stammheim mit den beiden Gefangenen Siegfried Haag und Roland Mayer untergebracht. Diese drei hatten gemeinsamen Hofgang (40 Minuten täglich) und einmal in der Woche gemeinsam Tischtennis. Angesichts der in Freiheit möglichen Kontakte ist diese Regelung schon erschreckend.

Die Justiz gestand dies unter dem Eindruck mehrerer Gerichtsgutachten zu, die zu dem Ergebnis gekommen waren, daß eine medizinisch ausichtsreiche Behandlung soziale Kontakte insbesondere mit Personen erfordere, denen Sonnenberg freundschaftlich verbunden ist.

*Für die weitere Behandlung und

Einzelheiten durch den Verteidiger von Günther, trotz diverser Petitionen und Appelle nicht die geringste Neigung zeigte, den lebensbedrohlichen Haftverschärfungen für Sonnenberg abzuwehren, sahen die drei Gefangenen am 3.3.1979 keine andere Möglichkeit mehr, das schärfste der ihnen im

Betreuung ist natürlich vor allem die Übungsbehandlung der geistigen Fähigkeiten des Gehirns, als Grundprinzip also vor allem Sprechen mit und Nachvollziehen der Gedankengänge anderer Menschen, Entwicklung der eigenen Gedankengänge und Auseinandersetzung mit Einwänden usw. ärztlicherseits wünschenswert.“ (Gutachten von Prof. Dr. Müller vom 14.10.1977).

Angesichts dieser Stellungnahme, die im Grundsatz von den Professoren Rasch, Wulff und Krott sowie dem Knastarzt (!) Dr. Mehlert geteilt wurde, stellt es wirklich eine ganz besondere Blüte perfider Unmenschlichkeit dar, Günther Sonnenberg aus dem Zusammenhang mit seinen einzigen beiden Bezugspersonen Haag und Mayer herauszureißen.

Verlegung nach Bruchsal

Genau dies brachte aber die sog. „Einweisungskommission“ im Stammheimer Knast fertig: Günther wurde unter dem Vorwand, er sei jetzt nach Rechtskraft des gegen ihn verhängten „Lebenslänglich“ nicht mehr in Untersuchung, sondern in Strafhast, am 25.1.1979 in die JVA Bruchsal verlegt.

Er selbst erfuhr davon erst unmittelbar vor dem Abtransport. Dem Verteidiger wurde die erledigte Deportation sogar erst vier Tage später bekannt, obwohl er am 25.1.1979 noch mit dem zuständigen Beamten in Stammheim telefoniert hatte.

Günther trat daraufhin angesichts der akuten Gefährdung aller bereits erreichten Heilungserfolge und damit auch der physischen Existenz, als Notwehrmaßnahme in den Hungerstreik.

Seine ehemaligen Mitgefangenen Haag und Mayer schlossen sich dem an.

Da der Justizapparat trotz der Ausschöpfung aller juristischen Möglichkeiten durch den Verteidiger von Günther trotz diverser Petitionen und Appelle nicht die geringste Neigung zeigte, den lebensbedrohlichen Haftverschärfungen für Sonnenberg abzuwehren, sahen die drei Gefangenen am 3.3.1979 keine andere Möglichkeit mehr, das schärfste der ihnen im

Knast zur Verfügung stehenden Mittel, nämlich den Durststreik, einzusetzen.

Es ist bekannt, daß ein Entzug von Wasser den menschlichen Körper soweit zerstört, daß nach ca. einer Woche der Tod durch Verdursten eintreten kann.

Als andere Gefangene die Meldung vom Durststreik erfuhren, traten sie in mehreren Städten aus Solidarität ebenfalls in den Hunger- und Durststreik.

So in Hamburg insgesamt acht Gefangene seit dem 7./8. März, in Frankfurt z. B. die „Dpa-Besitzer“, d. h. die Gefangenen, die aus Solidarität mit Werner Hoppe und Karl-Heinz Dellwo die Räume von DPA in Frankfurt zu besetzen versuchten.

In Stammheim waren noch Irmgard Möller, in Hessen Verena Becker und die Gefangenen Dorff und Taurus im Hunger- und Durststreik.

Die einheitliche Forderung „Beteiligen war“ Erfüllung der Forderungen von Günther Sonnenberg. Günther Sonnenberg wiederum hatte gefordert:

- Rückverlegung in die JVA Stammheim, und zwar zu den ehemaligen Mitgefangenen Haag und Mayer
- Umschluß, Hofgang, Tischtennis und Fernsehen mit Haag und Mayer

Ziel und Ernsthaftigkeit dieser Solidarisierung fielen in der bürgerlichen Schmier-Pressen natürlich wieder völlig unter den Tisch. Stattdessen tauchten in den Zeitungen Berichte auf: „Terroristen planen großen Coup!“ und ähnlicher Dreck mehr. Wie auf Kommando wurde die Bevölkerung darauf eingestellt, einen möglichen Tod weiterer politischer Gefangener als neuen „Terroranschlag“ anzusehen.

Schließlich schien den Vollzugsbehörden die Solidarität und Ernsthaftigkeit der in den Hunger- und Durststreik getretenen Gefangenen aber doch zu gefährlich für ihr unmenschliches Pokerspiel, sie gaben die Zusage, daß Günther Sonnenberg in den sog. Normalvollzug integriert werden soll. Hunger- und Durststreik wurden daraufhin abgebrochen.

Die demokratische Öffentlichkeit sollte jetzt darauf achten, daß diese Zusage auch tatsächlich eingehalten wird.

Schluß mit der Isolationshaft

IKAH

sollte jetzt darauf achten, daß diese Zusage auch tatsächlich eingehalten wird.

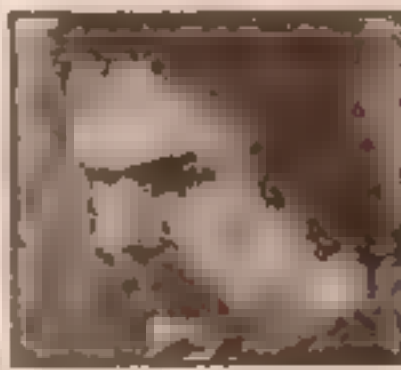
Schluß mit der Isolationshaft

IKAH

Terroristen im Gefängnis: Selbstmord wie Baader!



Bildung in Stammheim. Terrorist Haag



Arzt in Stammheim: Terrorist Sonnenberg

Terroristen in Baden-Württemberg: Gefangenen planen eine ansehensreiche Selbstmordaktion – ein Signal für ihre noch freien Kollegen, neue Ausgänge zu eröffnen.

Der in Stammheim sitzende Siegfried Haag möchte einen Gefangenen „Sozial- und Erziehungsarbeit“ bei der Bundesanwaltschaft. Haag, 34 Jahre alt, hat eine „Bader“-Mentalität. Haag, 34 Jahre alt, hat eine „Bader“-Mentalität. Haag, 34 Jahre alt, hat eine „Bader“-Mentalität.

Nach der Dichtung Haag wurde die Selbstmordaktion „Selbstmord“ als erste in der Geschichte der Terroristen in Baden-Württemberg durchgeführt.

BILD sprach als erste mit dem Toten. So werden neue „Selbstmorde“ vorbereitet (aus BILD, 12.3.79)

ohne daß diese Gelegenheit gehabt hatten, sich in einer Hauptverhandlung zu äußern und gegen die erhobenen Vorwürfe zu verteidigen.

Derselbe 2. Strafsenat des OLG Stuttgart, der das Urteil gegen Speitel und Dellwo gesprochen hat, wird im März 1979 die Hauptverhandlung gegen die Rechtsanwälte Müller und Newerla eröffnen. Niemand wird die Illusion haben, der 2. Strafsenat des OLG Stuttgart werde im Urteil gegen die angeklagten Rechtsanwälte sein eigenes Urteil gegen Speitel und Dellwo in Frage stellen.

Die Angeklagten und ihre Verteidiger fordern daher die Einstellung des Verfahrens und die Aufhebung des Haftbefehls.

Dezember 1978

Detlef Feuerborn, Mannheim
Dr. Gerhard Härdle, Heidelberg
Monika Schiele, Mannheim
Gernot Werschak, Ludwigshafen

Spendenauftrag

Der Vorsitzende des 2. Strafsenats des OLG Stuttgart, Dr. Eberhard Foth, bekannt aus den Verfahren gegen Baader, Meinhof u.a., gegen Johannes Thimme aber auch gegen Speitel und Dellwo hat den angeklagten Rechtsanwälten Müller und Newerla jeweils nur einen Wahlverteidiger beigeordnet. Für die Beordnung eines zweiten Wahlverteidigers „besteht indes kein Anlaß“ (Foth). Da den Angeklagten statt dessen jeweils ein sog. Sicherungsverteidiger beigeordnet wurde, sei „die erforderliche Verteidigung – auch im Hinblick auf den beträchtlichen Umfang der Akten – gewährleistet“ (Foth).

Die Angeklagten haben zu den ihnen aufgetragenen Verteidigern kein Vertrauen.

Andererseits sind etwa 85 Leitzordner zu bearbeiten, was für einen Verteidiger unmöglich zu bewältigen ist. Schon aus diesem Grunde

brauchen die Angeklagten jeweils einen weiteren Verteidiger ihres Vertrauens. Dies gilt umso mehr, als das Verfahren gegen die beiden angeklagten Rechtsanwälte der nachträglichen Rechtfertigung des Kontaktsperregesetzes, der Trennscheibe und der Selbstmordthese von den Gefangenen in Stammheim dienen soll.

Die Verteidigung in diesem Verfahren ist mit hohen Kosten verbunden, die keine Kanzlei verkraften kann. Wir bitten Sie daher um Ihre finanzielle Unterstützung durch Überweisung einer Spende auf das Spendenkonto.

Detlef Feuerborn, 68 Mannheim
Nr. 155 06 - 752 PSchA Karlsruhe

Als gewählte Verteidiger

Detlef Feuerborn, Mannheim
Dr. Gerhard Härdle, Heidelberg
Monika Schiele, Mannheim
Gernot Werschak, Ludwigshafen

Der Kampf um Werner Hoppes Freiheit ist nicht zu Ende

Werner Hoppe ist nun seit beinahe einem Monat auf freiem Fuß (s. AK 148, S. 19). Diese Freiheit ist aber keineswegs unbegrenzt oder unbedroht.

Auf der von ihm gegebenen Pressekonzferenz am 8.2.1979 hat der SPD-Justizsenator Dahrendorf beteuert, daß er sich bei der Behandlung des „Fallen Hoppes“ streng an die Gesetze – und an das Urteil der Ärzte – halten werde.

Die „Strafvollstreckungsordnung“ würde es nämlich vorschreiben, Werner weiter zu inhaftieren, wenn er wieder „tauglich“ ist. Die Situation ist also total pervers: Werner mußte freigelassen werden, weil ihn der Knast lebensgefährlich krank gemacht hat. Die vorübergehende Entlassung soll ihn wieder gesund machen. Ist er das, dann soll er zurück ins Gefängnis. Damit wäre aber genau die Situation wieder eingetreten, die Werner nach den Feststellungen aller drei Gutachten in Lebensgefahr gebracht hat. Mit anderen Worten: Innerhalb kurzer Zeit wäre Werner Hoppe wieder so krank, daß er nach wenigen Monaten wiederum wegen Haftunfähigkeit entlassen werden müßte. Ein Kreislauf ohne Ende – sofern nicht allein die Befürchtung einer neuen Verhaftung Werners Genesung überhaupt verhindert.

Der Kampf um Werners Freiheit hat also gerade erst richtig begonnen. Die entscheidende Frage wird sein, ob der Vollzug demnächst seinen „staatlichen Strafanspruch“ bedingungslos durchsetzen wird, auch auf Kosten von Werners Leben, oder ob Werners Leben geschützt werden kann.

Zu fordern ist deshalb, daß die derzeitige Haftunterbrechung in eine endgültige Freilassung umgewandelt wird. Es wäre Aufgabe des Justizsenators, sich darüber den Kopf zu zerbrechen, in welcher juristischen Form das geschehen kann. Klar ist jedenfalls, daß es Möglichkeiten dazu gibt (z.B. Begnadigung) – und daß nur dadurch Werners Genesung gesichert werden kann.

Knebelnde Auflagen

Mit seiner Entlassung aus der Haft wurden Werner diverse Auflagen gemacht, die offenbar verhindern sollen, daß er sich allzu frei fühlt. In der offiziellen staatlichen Pressemitteilung vom 8.2.1979 heißt es dazu: „Zur Sicherung des staatlichen Strafanspruchs ist Werner Hoppe darauf hinzuwirken, sich an die Auflagen zu halten.“ In der Pressemitteilung ist Werner Hoppe darauf hingewiesen worden, daß die Unterbrechung durch die Vollstreckungsbehörde widerrufen werden würde, sofern er das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland zu verlassen sucht. Eine derartige Absicht wird dann angenommen, wenn er einen Wechsel seines Wohn- bzw. Aufenthaltsortes der Vollstreckungsbehörde nicht anzeigt oder die Ausstellung von Ausweispapieren beantragt. Außerdem ist ihm übermündelt worden, daß die Gefährdung der öffentlichen Sicherheit neu überdacht werden muß, wenn er Kontakt zu Mitgliedern der RAF oder verwandten Organisationen (???) aufnehmen oder auf Kontaktversuche dieser Gruppen eingehen sollte.

Damit braucht sich Werner zwar nicht regelmäßig auf einem Polizeirevier zu melden, aber ihm wurde eine völlig unbestimmte politische Wohlverhaltensklausel aufgesetzt.

Wie sollte Werner zu „Mitgliedern der RAF“ Kontakt aufnehmen. Meint wirklich jemand ernsthaft, Werner würde ein konspiratives Treffen mit Christian Klar veranstalten wollen?

Daß das nicht geht, weiß Dahrendorf selber sehr genau: „Schon der Gesundheitszustand Hoppes läßt es nahezu ausgeschlossen erscheinen, daß dieser in naher Zukunft eine aktive Rolle im politischen Terrorismus spielen kann“ (aus der staatlichen Pressemitteilung vom 8.2.79).

Gerneint sein können also nur Besuche bei inhaftierten Mitgliedern der RAF. Aber welches „Sicherheitsrisiko“ soll von Besuchen bei Genossen ausgehen, die lebenslanglich im Knast sitzen sollen?

Das Verbot dieser Kontakte läuft also darauf hinaus, daß Werner seine alten Freunde nicht mehr sehen darf, sich mit ihnen nicht auseinandersetzen soll und ihnen – vielleicht – nicht Mut machen können soll, durchzuhalten, zu überleben.

Es spielt in diesem Zusammenhang keine Rolle (und wir wissen es auch nicht), ob Werner Hoppe solche Besuche überhaupt machen will; entscheidend erscheint uns, daß sich der Staat das Recht herausnimmt, jegliche Verbindungen dieser Art für Werner mit der existenzvernichtenden Drohung des Widerrufs der Haftunterbrechung zu verknüpfen. Das Verbot ist ein Teil der Isolationshaftbedingungen gegen die anderen Gefangenen und ein Stück Fortsetzung der staatlichen Kontrolle über den freien Werner.

Drohender aber noch erscheint uns der andere Teil der Auflagen: das Verbot von Kontakten zu „verwandten Organisationen“. Wer bestimmt, was „verwandte Organisationen“ sind?

Was soll es bedeuten, auf derartige „Kontaktversuche“ einzugehen?

Bekanntlich sind die Meinungen im Staatsapparat über den Umfang des Sympathisantenkreises des „Terrorismus“ sehr geteilt. Die einen beschränken ihn auf die „Revolutionären Zellen“, die anderen beziehen die „K-Gruppen“ mit ein. Es ist ausgeschlossen, daß sich die Staatsanwaltschaft über die Schwammigkeit dieser Auflage nicht bewußt gewesen ist.

Derartige kann nur zur Absicht haben, daß Werner in ständiger Unsicherheit darüber leben soll, was er „noch“ und was er „nicht mehr“ darf. Die Konsequenz könnte sein, daß Werner gezwungen ist, jeden Kontakt mit der Linken zu unterlassen, um sicher zu gehen, daß er nicht wegen eines willkürlich konstruierten Verstoßes gegen die Auflagen wieder eingeknastet wird. Schon ein Interview von Werner im „Pflasterstrand“ zu seiner Haftsituation könnte von den Scharfmachern im Staatsapparat als Grund zum Widerruf der Haftunterbrechung gewertet werden, nachdem die Sponti-Zeitung im Januar wegen des Abdrucks eines Artikels aus den sog. „Revolutionären Zellen“ zum Opfer einer Polizeirazzia wurde (s. AK 147, S. 33). Dasselbe dürfte logischerweise bei einem Gespräch mit dem ID gelten, den Teile der Staatsschutz ja offen zur „Sympathisanten-Szene“ rechnen.

Die Auflagen dienen also dazu, einen Linken, nachdem man ihn physisch kaputt gemacht hat, auch noch

mundtot zu machen. Deutsche Gründlichkeit, auch außerhalb des Knastes. Diese Auflagen müssen weg!

Trendwende?

Werner ist frei – die Haft hat ihn kaputtgemacht. Dies gibt inzwischen sogar der Vollzug zu.

Was liegt da näher als die Frage, was denn nun von offizieller Seite getan wird, um bei weiteren Gefangenen eine ähnlich bedrohliche Entwicklung von vornherein zu verhindern oder aufzuhalten. Die Antwort gar nichts.

In Hamburg sitzen noch drei weitere männliche Gefangene unter denselben Bedingungen ein, denen auch Werner unterworfen war (Sigmund Debus, Bernd Geburtig und Helmut Pohl). An deren Haftbedingungen hat es bisher keinerlei Erleichterungen gegeben. Die Sozialisolation, die entscheidend zu Werners Krankheit beigetragen hat, wurde bei ihnen auch jetzt nicht gelockert. Die Gefangenen wurden weder in den Normalvollzug integriert, noch wurden sog. „interaktionsfähige Gruppen“ gebildet, die die Haftsituation für die erträglich machen könnten.

Im Gegenteil: nachdem der Staat im Fall von Werner zum Nachgeben gezwungen war, muß damit gerechnet werden, daß er jetzt „Flagge zeigt“.

Dahrendorf (SPD) betonte bereits, daß die Entlassung Werners den inhaftierten Gefangenen nicht das Tor zu einer Strategie „Per Hungerstreik in die Freiheit“ (so hat es „Bild“) mal wieder auf den Begriff gebracht) aufgetan habe. Es werde keinen zweiten Fall Hoppe geben.

Im CDU-regierten Baden-Württemberg wurde zur gleichen Zeit Günther Sonnenberg unter einem willkürlichen Vorwand von seinen beiden Mitgefangenen Haug und Mayer getrennt und in Isolationsbedingungen ins Knastkrankenhaus Hohenasperg verlegt. Eine unglaubliche und bedrohliche Maßnahme angesichts der Kopfschussverletzungen, die ihm Polizisten zugefügt haben und von denen er sich immer noch nicht erholt hat.

Karl-Heinz Dehwe, der Anfang Dezember in den neuen Super-Totenstrich in Celle verlegt wurde, wird dort total isoliert, obwohl er in Köln nach einem Hungerstreik die verbindliche Zusage erhalten hatte, daß er in den Normalvollzug integriert wird. Begründung des Herrn Bartsch vom Vollzug: „Die unausgesetzte Absonderung in Einzelhaft gemäß § 84 StVO ist viel mehr von vornherein die einzig richtige und verhältnismäßige Maßnahme der Anstalt.“

Wer also meint, Werners Entlassung wäre ein Zeichen, daß sich der Baumsche Liberalismus jetzt auch in Taten irgendwo bemerkbar macht, dürfte sich täuschen. Wir müssen dafür sorgen, daß die Entlassung eines Gefangenen es dem Staatsapparat nicht ermöglicht, gegenüber den anderen umso brutaler vorzugehen nach dem Motto des Liedermachers Hans Scheibner: „Das macht doch nichts, das merkt doch keiner“.

Freiheit für alle politischen Gefangenen!

IKAH

Heidelberg: Knast ohne Bewährung für Klausur-Boykott

Angefangen hatte alles im Winter 76/77, als im Germanistischen Seminar in Heidelberg als zusätzliche Verschärfung zur Prüfung eine weitere Klausur eingeführt werden sollte. Die Studienbedingungen sahen folgendermaßen aus: 6/2 unbesetzte Professorenstellen, total überfällige Seminare, Ankündigung weiterer Mittelkürzungen, viele Werkstudenten wegen nicht ausreichender BafoG-Zahlungen.

In dieser Situation entschlossen sich 80% der Studenten der Abteilung Mittelhochdeutsch, die neue Klausur zu boykottieren. Diese Maßnahme wird mit großer Mehrheit in allen Seminaren unterstützt, ein Boykott-ausschuß wird gewählt.

Als die Studenten eine Urabstimmung über einen befristeten Streik vorbereiten, setzt die Institutsleitung durch ihre Reaktion einen Meilenstein für die weitere Entwicklung. Polizei wird angefordert, die Abstimmung verhindert. Es folgt die Anwendung des Ordnungsrechts: 11 Studenten werden für zwei bis vier Semester von der Uni gescheut und vom Studium ausgeschlossen. Begründung: „Unterzeichnung von Flugblättern, unbefug-

tes Diskutieren (!), Teilnahme an einer sog. Vollversammlung“.

Doch das war noch nicht alles, was der Staat zu bieten hatte: Die 11 Studenten erhielten Strafanzeigen. Ein Jahr später wurden die ersten mit Geldstrafen von 1.200,- bis 1.600,- DM verurteilt. Dem Staatsanwalt war's zuwenig, er ging in die Berufung.

Ende Januar 1979 wird ein weiterer Student verurteilt. Drei Monate Knast auf Bewährung, 1.800 DM Geldstrafe. Es folgt der größte Hammer: Ebenfalls im Januar wird ein Student zu 15 Monaten Knast ohne Bewährung verurteilt. Vorläufiger Schlußpunkt: Mitte Februar wird der Student Torsten B. zu 2.000 DM Geldstrafe verurteilt.

Begleitet wurde dieser Prozeß von antikommunistischer Stimmungsmache. Prof. Roswitha Wisniewski (CDU-Bundeslagsabgeordnete) sah in dem Boykott einen „Bestandteil des kommunistischen Angriffs auf die Bundesrepublik“. In einem Urteil wird der Boykottausschuß als „kriminelle Vereinigung“ bezeichnet (Zitate nach „die tati“, 2.3.79).

IKAH Hamburg

Berichtigung zu Herbert Soffel

In AK 149 (S. 18) wurde ein Offener Brief über den lebensbedrohenden Gesundheitszustand von Herbert Soffel (seit 53 Monaten als Mitglied des Frankfurter Gefangenerrats im Knast) abgedruckt. Dabei ist in der Überschrift ein Fehler unterlaufen. Es handelt sich natürlich um einen Offenen Brief von Angehörigen der politischen Gefangenen in der BRD und nicht um einen Brief an die Angehörigen (...), wie verneinend geschrieben. Unterzeichnet ist der Offene Brief von:

Birgit Soffel, Wenke Zietzloff, Gisela, Summe und Rita Wemlewsch, Sabine Wackernagel, Valentin Jeker, Ella Grundat, Adelheid Hinrichsen, Erna und Herbert Rollnik, Hans

und Hanna Krabbe, Renate Fink, Thorwald Proff, Familie Becker, Christa Cullen, Familie Schulz, Christian Thimma, Beate Tauber und Uwe Folkerts.

Der Antrag auf Entlassung wegen Haftunfähigkeit wurde übrigens abgelehnt. Herberts Anwälte haben dagegen Beschwerde eingelegt. Spenden, damit Herbert sich dringend nötige Zusatznahrungsmittel wie Ovomaltine usw. kaufen kann, können auf folgendes Konto eingezahlt werden:

Sparkasse Bielefeld, Konto-Nummer 28573160, Birgit Soffel

IKAH

Solidarität mit den Agit-Druckern

Im Rahmen einer internationalen Solidaritätskampagne mit den in der BRD verfolgten „Agit“-Druckern haben fünf belgische Druckereien den westdeutschen Vertretungen in Brüssel und Lüttich Protestresolutionsen übersendet.

(s. handelt sich um „Atikum“ – Sengraphie)

„Vereinigung 22. März“ (Brüssel), „L'Atelier – Cooperative“ (Lüttich), „Le temps de vivre“ (Tournai) und die Gruppe „Le Cigar“ aus dem walionischen Brabant (Informationen aus „APL“ 414 vom 13.2.)

Belgien-Kommunion

90a-Prozeß gegen drei KBWler in Bamberg

In Nürnberg ist jetzt ein 90a-Prozeß („Verunglimpfung des Staates“) in der 3. Instanz zu Ende gegangen. Der betroffene Wandzeitungsschreiber (Student) muß 2.000 DM bezahlen, wobei die Geldstrafe (90 Tagessätze à 5 DM) der kleinste Teil ist. Der Rest geht für die Verfahrenskosten drauf.

In der Wandzeitung, die am 15.7.76 in dem Jugendzentrum (KOMM) geschrieben wurde, ging der Schreiber auf die Haftsituation von K.H. Roth und Willy Proch (Nürnberg, jetzt als „Terrorist“ in Italien zu neun Jahren Knast verurteilt) ein. „L. a. stand in der Wandzeitung, in den letzten Jahren wurden 70 bis 80 Leute von Bühen ermordet“ und „Tausende brachten sich im Knast um, weil sie dieses unmenschliche System nicht mehr ertragen konnten.“

Das erste Zitat nahm der Nürnberger Polizeipräsident zum Anlaß, eine Anzeige wegen Verleumdung zu stellen. Das zweite hat zu einer Verurteilung nach § 90a geführt.

Interessant ist dabei noch, daß der einzige Zeuge, der eine Verurteilung erst ermöglicht hat, der Leiter des KOMM, Michael Popp ist, der sich ansonsten immer recht fortschrittlich gibt. Er meinte vor Gericht, den „L. a.“ genau erkannt zu haben!

Im ersten Gerichtsverfahren wurde der angebliche Schreiber zu einer Geldstrafe von 15 Tagessätzen à 10 DM verurteilt. In der Berufungsverhandlung zu 40 Tagessätzen à 5 DM. Anschließend hob das Bayerische Oberste Landesgericht das Urteil auf, und gab es erneut zur Verhandlung zurück an das Landgericht Nürnberg, das nun endgültig zu dem Urteil 90 Sätze à 5 DM kam. Übrigens hatte der Staatsanwalt (der gleiche, der auch immer den Neonazi Hoffmann mit Samthandschuhen anfaßt) vier Monate Gefängnis mit Bewährung gefordert.

KB/Gruppe Nürnberg

90a-Prozeß gegen Wandzeitungsschreiber

Vor der Staatschutzkammer am Landgericht Bamberg läuft seit dem 12.3. gegen drei KBW-Mitglieder ein Prozeß wegen „Staatsverunglimpfung“ nach §§ 90a und 90b StGB.

Sie sind angeklagt, im „Deutschen Herbst“ 1977 Plakate geklebt zu haben auf denen zu den „Selbstmorden“ in Stammheim gesagt wird: „Ob so oder so, das sind KZ Methoden“.

Weiter geht es noch um folgende Plakate:

— ein Plakat zur Aufrüstung, auf dem Helmut Schmidt in eine Reihe mit Kaiser Wilhelm II. und Adolf Hitler gestellt sein soll, ein Plakat des Soldaten- und Reservistenkomitees und

— ein Plakat mit dem Programm des KBW sowie um den Verkauf der „KVZ“ in der Bamberger Fußgängerzone im Oktober 77 zu Stammheim.

Anzeige haben der ehemalige Ministerpräsident von Baden-Württemberg und Ministerichter a.D. Filbinger sowie SPD und CSU gestellt – letztere wegen „Sachbeschädigung“, da die KBW-Plakate auf ihre Plakatständer geklebt worden seien.

Der KBW selbst hat öftlich unter der Linken bislang so gut wie gar nicht über die Anklagen informiert. (Informationen nach: „Fränkischer Tag“ vom 13. und 14.3.79).

Bamberg, 14.3.79 B./M

Konstruierte Anklage zerplatzt

Der an Rechtsbeugungen und skandalösen Vorgehensweisen ohnehin nicht arme sogenannte Lorenz-Druckmann-Prozeß ist um eine „Attraktion“ reicher: am Mittwoch, dem 7.3. (70 Verhandlungstag) zerplatzte die von der Bundesanwaltschaft gegen Fritz Teufel konstruierte Anklage wie eine Seifenblase. Der einzige „Zeuge“, der es möglich machen sollte, Teufel eine Tatbeteiligung an der Lorenz-Entführung nachzuweisen, mußte einräumen, daß es sich bei seiner damaligen Aussage um einen Irrtum handeln könnte! Bei einer früheren Gegenüberstellung, zu der Teufels Haar- und Barttracht zwangsweise verändert wurde, hatte er Teufel „einwandfrei“ als jenen Mann „identifiziert“, den er wenige Minuten nach der Entführung von Lorenz in Dahlem in einem schwarzen Mercedes

mit einer Person kämpfend gesehen haben wollte. Zur gleichen Zeit aber ist der Wagen mit dem Entführten, ebenfalls ein schwarzer Mercedes, von etlichen Zeugen auf der Berliner Avus gesehen und auch detailliert beschrieben worden (z.B. eine eingeschlagene Heckscheibe). Für diese Wahrnehmungen sprechen neben der großen Anzahl der Hinweise auch die Wahrnehmungen von Lorenz und der Ort an dem das Fluchtfahrzeug aufgefunden wurde. Trotzdem wurde gerade dieser „Zeuge“ dem selbst die Polizei keinerlei Bedeutung beimaß, zu diesem Komplex vor allen anderen Zeugen gehört Teufel-Verteidiger Wieland: „Diese Vorgehensweise soll dazu führen, daß mein Mandant morgen in der Presse als einer der Lorenz-Entführer präsentiert werden kann. Ein Unterfangen,

das nach den nächsten Verhandlungstagen höchstens noch einen Lacherfolg hervorrufen wird.“ Die veränderte Aussage des „Zeugen“ machte dies jedoch selbst für die Springer-Pressen unmöglich. Rechtsanwalt Pankas wies, nachdem der „Zeuge“ zugegeben hatte, daß er sich bereits in einer Reihe anderer Strafverfahren als Zeuge gemeldet hatte, darauf hin, „daß es dem Gericht wohl bekannt sei, daß es eine Reihe notorischer Zeugen gäbe.“

Fritz Teufel, der bereits 1967 mehrere Monate unschuldig in Untersuchungshaft saß, ist mittlerweile seit dreieinhalb Jahren inhaftiert.

Freiheit für Fritz Teufel

KB/Gruppe Westberlin

Anwaltsverfolgung immer rigoroser

— Der Fall des Rechtsanwalts Härdle —

Daß die Heidelberger Klassenjustiz durch ihren Verurteilungsdrang gegen Linke über ihre Grenzen hinaus bekannt geworden ist, dafür sorgten schon die Prozesse wegen der Demonstrationen gegen die Fahrpreiserhöhungen u.a. wurden 4 Angeklagte vom Landgericht Heidelberg (Vorsitzender Richter in den meisten Fällen Dr. Gutmacher) zu Knaststrafen von über einem Jahr ohne Bewährung verurteilt.

Der gleiche Richter machte sich Ende Januar 1979 daran, dem Heidelberger Rechtsanwalt Dr. Härdle den Prozeß zu machen.

Bereits im Februar 1978 war Härdle wegen „Landfriedensbruch und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte“ von Richter Matthes zu sechs Monaten auf Bewährung verurteilt worden. Härdle soll im August 1976 Polizeibeamte angegriffen haben, als diese die Wahlkampfsitzungen des KBW zu den Bundestagswahlen abräumen. Verurteilt wurde Härdle „aufgrund weniger Polizeiaussagen, die im Gegensatz zu zahlreichen Zeugnisaussagen standen.“ (Schreiben seiner Verteidiger Wiehe und Sander vom 17.1.79). Sowohl Staatsanwaltschaft als auch Härdle legten Berufung ein. Die außerordentliche Schärfe, mit der schon dieser Prozeß gegen Härdle geführt wurde, ist nur vor dem Hintergrund vorangegangener Auseinandersetzungen zu verstehen.

Bereits 1976 erhob der Generalstaatsanwalt in Karlsruhe ehrengerichtliche Anklage gegen Härdle, wegen Stellung von Befangenheitsanträgen gegen Richter, Befragung von Zeugen u.s. Die Fühnung der Fahrprei-Prozesse brachte Härdle weitere ehrengerichtliche Vorwürfe. Der Hei-

delberger Landgerichtspräsident und das Baden-Württembergische Justizministerium erklärten die Verhängung eines vorläufigen Berufsverbots für dringend erforderlich. Im Juni 1976 schaltete sich auch Oberbürgermeister Zundel in die Debatte ein. Für ihn war die Sache mit dem Berufsverbot anscheinend schon klar, er sprach von Dr. Härdle als einem „sogenannten Rechtsanwalt“. Daß das Verwaltungsgericht Mannheim ihm daraufhin bei Androhung einer Geldbuße bis 50000,— DM diesen Ausspruch untersagen ließ, hat er bis heute nicht verwunden.

Und noch eine Anklage...

In dem am 26.1.79 begonnenen Prozeß geht es aber nicht nur um den abgeräumten Wahlstand des KBW. Im August 1978 erhielt Härdle eine neue Anklage diesmal „wegen Falschaussage und versuchter Strafvereitelung“ vor Gericht. Ihm wird vorgeworfen „er habe als Zeuge in einem Hausfriedensbruchprozeß gegen einen Studenten, den er früher in einem Ordnungungsverfahren gegenüber der Universität Heidelberg vertreten hatte, falsche Angaben gemacht. Er habe nämlich den Zeitpunkt falsch angegeben, in dem er an den Angeklagten den Relegationsbescheid [Rousschmitt aus der Uni, Anmerk. Red.] der Universität weitergeleitet habe. Der Kollege Härdle hat von Anfang an den Vorwurf der Anklage strikt bestritten.“ (Aus einem Brief an die Rechtsanwaltskammer Nordbaden, in dem der Prozeß gegen Härdle verurteilt wird, unterzeichnet von 25 Anwälten). Auf den Zeitpunkt der Benachrichtigung kommt es deswegen an, weil der Student nach Darstellung des Gerichts

nach angeblicher Benachrichtigung von Härdle über seinen Rauschschuß von der Universität diese wieder betreten hat und sich deswegen des Hausfriedensbruchs schuldig gemacht habe.

Der jetzt laufende Prozeß weist aber noch andere Besonderheiten auf. Üblicherweise wird das Delikt der Falschaussage beim Amtsgericht angeklagt. Beide Anklagen gegen Härdle sind aber vor dem Landgericht zusammengezogen worden. Folge: Im Falle einer Verurteilung gibt es nur noch das Rechtsmittel der Revision (die ansonsten gegebene zusätzliche Möglichkeit der Berufung für den Angeklagten der Falschaussage fällt damit weg). Und noch was: Es ist der 1. Fall in Heidelberg, wo dem Angeklagten außer dem von ihm gewünschten Wahlverteidiger vom Gericht ein weiterer Pflichtverteidiger vor die Nase gesetzt wurde. Dieses Verfahren war bisher nur in den sog. Terroristenprozessen üblich, wo damit von vornherein einprogrammiert wird, daß Verteidiger wegen „falschen“ Auftretens vor Gericht aus dem Prozeß rausfliegen.

Wegen dieser Voraussetzungen standen denn auch zu Beginn der Hauptverhandlung die Zeichen auf einen Rechtsanwalts-Feuerborn. Am 2. Tag — ohne Erfolg — einen Antrag auf Aufhebung des Urteils. Instanz Richter Matthes hatte nämlich in diesem Verfahren während einer Sitzungspause im Beratungszimmer gegenüber den Schöffen erklärt: „Was jetzt noch kommt, wird alles abgelehnt“. Sein Pech war nur, daß diese Aussage ebenfalls in den Sitzungsprotokollen übertragene wurde. Feuerborn stellte dar, daß Härdle durch diese Aussage in seinen elementaren Rechten beschnitten worden ist.

Angriffe auf die Verteidigung dieser Aussage in seinen elementaren Rechten beschnitten worden ist.

Angriffe auf die Verteidigung und Ordnungsstrafen

Der weitere Prozeßverlauf war gekennzeichnet durch verschiedene Angriffe auf die Rechte der Verteidiger. Zahlreiche Fragen der Verteidiger wurden als unzulässig zurückgewiesen. Ordnungsstrafen gegen Härdle in Höhe von 500,— und 1.000,— DM verhängt. Als der Staatsanwalt Johe die 3 Wahlverteidiger ebenfalls beschuldigte, falsche eidesstattliche Versicherungen abgegeben zu haben, stellte Pflichtverteidiger Rousschmitt seinen 3. Antrag, aus dem Prozeß entlassen zu werden — ohne Erfolg (RNZ 15.2.79). Es folgten weitere „Erziehungsmaßnahmen“ Dr. Gutmachers gegen die Zuhörer (s. Kasten) ein weiterer — abgelehnt — Entpflichtungsantrag von Toumecker folgte mit der Begründung, er lasse sich nicht von der Staatsanwaltschaft beschimpfen (RNZ, 22.2.79). Wiederholt wurde den Rechtsanwälten das weitere Befragen eines Zeugen verweigert mit der Feststellung, weitere Fragen „dienen nicht mehr der Sachaufklärung, sie seien nur dazu da, den Zeugen zu verunsichern und in Widersprüche zu verwickeln“ (RNZ, 22.2.79). In einer Erklärung, die Härdle am 13. und 14. Verhandlungstag (lediglich 5 waren vorgesehen) abgab, stellte er fest, daß auch in der jetzigen Hauptverhandlung ihn entstellende Fotos von den Ereignissen um den abgeräumten Wahlstand dem ihn belästigenden Polizeibeamten nicht vorgelegt worden sind.

Ein Ende des Prozesses ist noch nicht in Sicht. Am 26. 3. wird wieder verhandelt. Termine bis Mitte April sind bereits neu festgesetzt. Der bisherige Prozeßverlauf läßt den Schluß zu, daß Rechtsanwalt Härdle verurteilt und mit Berufsverbot belegt werden soll. Die Bedeutung dieses Prozesses liegt darin, daß es — sollte Härdle verurteilt und ihm sein Beruf verboten werden — der erste Fall eines Berufsverbots für einen Anwalt außerhalb der RAF-Prozesse wäre.

IKAB, Hamburg

Knast Bremen Oslebshausen!

„Typen wie Ihr sind vor 40 Jahren zu Seife verarbeitet worden!“

Diese und ähnliche faschistische Ausserungen machte der Hausverwalter der IVA Oslebshausen, Meyerderks, Ende Februar gegenüber Strafgefangenen, die gegen das Betäubungsmittelgesetz verstoßen haben (sog. BTM-Gefangene).

„Früher wären Männer in langen schwarzen Ledermänteln gekommen, hätten Drogenabhängige auf Lastwagen verladen und diese Leute wären dann nie mehr gesehen worden; habe er hinzugefügt: Man solle dies doch wieder einführen, dann wäre das Rauschgiftproblem gelöst. Drei Gefangenen gegenüber soll der Beamte angeblich geäußert haben, er hätte nichts gegen Konzentrationslager und von ihm aus könnten sie ruhig wieder eingerichtet werden.“ („Bremer Nachrichten“ 24.2.79).

Dies ist jedoch nur der Gipfel einer Kette von diskriminierenden „Sonderbehandlungen“, denen die BTM-Gefangenen ausgesetzt sind. Sie sind im Haus III untergebracht, in dem teilweise katastrophale bauliche Zustände herrschen. Durch die Zellenfenster schneit es zu Tausenden Gefangene. Lagen über mangelnde Heizmöglichkeiten. Die Gefangenen sind in sog. BTM-Listen zusammengefaßt. Das bedeutet besondere (enge-schränkte) Urlaubs- und Besuchsregelung. Die Besuchszeiten liegen außerhalb der normalen Besuchszeiten und werden akustisch überwacht. Andere Gefangene, die sich mit den BTM-ern solidarisierten oder einfach „zuviel Kontakt“ zu BTM-Gefangenen hatten, drohte die Anstaltsleitung an, sie ebenfalls auf die BTM-Listen zu setzen. Auf diese Weise werden die

BTM-Gefangenen einer Isolation unter Mitgefangenen unterworfen.

Seitdem sich die Gefangenen gegen diese Diskriminierungen wehren, hat sich die Schikankierung erheblich verschärft. Erst das öffentliche Bekanntwerden der zitierten faschistischen Einstellung des Hausverwalters führte unmittelbar zu dessen vorläufiger Suspension. (Alle Informationen nach einem Flugblatt der Gefangenenhilfe Bremen und „Info Bremer Undogmatischer Gruppen“ Nr. 36 vom 1.3.79).

Resultat der repressiven Behandlung im Knast Oslebshausen: allein im Monat Februar unternahm acht BTM-Gefangene Selbstmordversuche.

Inzwischen hat die Gefangenenhilfe Bremen Schritte zur Unterstützung der BTM- und anderen Gefangenen unternommen. Sie verteilten Flugblätter in Oslebshausen, die diese Zustände aufdecken, um solche Vögel wie Meyerderks in der Nachbarschaft zu isolieren.

Wir können die Forderungen der Gefangenenhilfe nur uneingeschränkt unterstützen.

Herstellung menschenwürdiger Verhältnisse im Knast Oslebshausen!

Abrechnung der Sonderbehandlung der BTM-Gefangenen!

Entlassung des Hausverwalters Meyerderks!

Antifa-Kommission KB/Gruppe Bremen

Buback-Nachruf-Dokumentation:

Buback-Nachruf-Dokumentation:

Freispruch für niedersächsischen Herausgeber

Am 23.2.79 wurden nach acht Verhandlungstagen die 13 niedersächsischen Mitherausgeber der Dokumentation „Buback — Ein Nachruf“ vom Oldenburger Landgericht freigesprochen.

Die Hochschulrichter waren angeklagt wegen Verunglimpfung des Staates (§ 90a StGB) und des Andenkens Verstorbener (§ 189), wegen Volksverhetzung (§ 130) und Beleidigung (§ 185), im Verlauf des Verfahrens wurde die Anklage immer weiter reduziert. Es blieb „nur“ die Anklage wegen § 90a. Die Staatsanwaltschaft hatte schließlich Geldstrafen von 4.800 bis 6.000 DM erfordert. Das Gericht schloß sich in der Urteilsbegründung der Meinung des BGH an, daß der Nachruf selbst nach §§ 90a und 189 StGB strafbar sei. Es sei aber nicht nachweisbar gewesen, ob die Herausgeber der Dokumentation sich mit dem Nachruf identifiziert hätten. Im Mittelpunkt der Dokumentation habe das Bemühen gestanden, „den ungekürzten Mescalero-Text einschließlich dessen Aussage an terroristische Gewalt der Öffentlichkeit zur Kenntnis zu bringen“ („Nord-West-Zeitung“, 24.2.79).

Auch das Vorwort der Herausgeber, auf das die Staatsanwaltschaft die Forderung nach Geldstrafen wegen Staatsverunglimpfung (§ 90a) gegründet hatte, reichte zu einem Schuldspruch nicht aus. Es habe weder ein Beschimpfen noch ein böswilliges Verächtlichmachen der Bundesrepublik nachgewiesen werden können. Das Vorwort bestehe nach Ansicht des Gerichts aus unsachlichen oder sogar falschen Behauptungen, die aber als „offenkundige unberechtigte politische Polemik“ zu werten sei, „die sich gerade noch im Rahmen des Rechts auf freie Meinungsäußerung hält“ („NWZ“, 24.2.).

Dieser Freispruch ist deshalb von

besonderer Bedeutung, weil das Duziparverfahren gegen Peter Brückner (TU Hannover) ausgesetzt worden war, um den Ausgang des Strafprozesses abzuwarten.

Das Urteil wird vorerst noch nicht rechtskräftig werden, denn die Staatsanwaltschaft hat sofort Revision beantragt.

„Privilegierten-Prozeß“

Die Verteidiger stellten 12 Beweis-anträge (Gutachten, sachverständige Zeugen), die u.a. die Existenz fa-schistischer Tendenzen und eines Klimmas der Angst in der BRD bestätigen sollten. Alle Anträge wurden bis auf zwei Ausnahmen abgelehnt.

Ansonsten bestand der Prozeß vor allem aus den Erklärungen der einzelnen Herausgeber zur Anklage und den Pölkern der Verteidiger. Das Gericht ließ diesen Erklärungen, die die individuelle Motivation der Herausgeber und ihre Sichtweise der repressiven politischen Verhältnisse in der BRD als auch rechtliche Argumentationen zum Inhalt hatten, breiten Raum. Die bürgerliche Presse berichtete relativ ausführlich und differenziert. Insofern unterscheidet sich also dieser Prozeß erheblich von vergleichbaren Verfahren, z.B. gegen Studenten. Die niedersächsischen Professoren haben diesen Oldenburger Prozeß zum Teil selbst als „Privilegierten-Prozeß“ bezeichnet. Hier wird zugleich deutlich, welche besonderen Möglichkeiten „Prominente“ für die Verteidigung demokratischer Rechte zur Verfügung stehen. Denn man kann heute mit einiger Sicherheit sagen, daß die Urteile gegen studentische Herausgeber schärfer ausfallen wären, wenn es den Kreis der 48 nicht gegeben hätte.

Ein Genosse des KB Gruppe Oldenburg

Schleswig-Holstein:

Chemische Keule weiter erlaubt

Wie wir in AK 148 (S. 22) berichteten, hatte der SPD-Abgeordnete Gert Borows im Kieler Landtag den Antrag gestellt, die chemische Keule in Gefängnissen zu verbieten. In der Landtagsdebatte am 8.3. stellte die SPD-Fraktion nun den Antrag, die chemische Keule „nur noch“ in Fällen von Notwehr und Nothilfe anzuwenden. Die Abgeordneten der SPD Klingner und Börsen wiesen nochmals auf die möglicherweise krebserregende Wirkung des Kampfgases hin und warfen der CDU vor, sie habe die Waffe auf „unverantwortliche Weise bagatelisiert“ (Flensburger Tageblatt vom 9.3.79), als handele es sich um eine Wasserpistole. Der FDP-Abge-

ordnete Hadewig forderte die Vergabe von Gutachten seitens der Landesregierung, die dann über die Anwendung der Waffe Aufschluß geben sollen. Die CDU lehnte den Antrag rundweg ab. Der Gebrauch der Waffe sei legal. Die Erregung von Krebs sei nicht erwiesen. Beweis: In Nordrhein-Westfalen werde die chemische Keule von der Polizei auch in geschlossenen Räumen, z.B. in Gastwirtschaften, angewandt. Die CDU-Landesregierung will der Schleswig-Holsteinischen Polizei offenbar einen Freibrief für den Einsatz von chemical mace verpassen.

Ein Genosse der KB-Gruppe Flensburg

1/2 Jahr Gefängnis ohne Bewährung für „wildes Plakatieren“

In Nürnberg wurden in Bezug auf das Recht der freien „Plakatausübung“ neue Maßstäbe gesetzt.

Ein Genosse wurde in einer einstündigen Verhandlung vor dem Amtsgericht zu einer halbjährigen Gefängnisstrafe ohne Bewährung verurteilt.

Zur Vorgeschichte: Der Genosse wurde am 11.9.78 von einer Polizeistreife beim Plakatieren „erwischt“. Da das Plakat noch frisch war, wurde es von der Polizei sofort wieder entfernt, so daß der Fall an

sich schon erledigt sein sollte. Die Polizei wandte sich aber an die Elektrizitätsgesellschaft (EWAG), der das „benutzte“ Kästchen gehörte, an die CSU, die FDP und die DKP, die angeblich auch „betroffen waren“. Alle erstatteten Anzeige, die nun verhandelt wurde.

Der Richter argumentierte mit erwiesener Sachbeschädigung und vor allem mit einer schweren Wiederholungsstat. Der Genosse war schon einmal wegen „wildem Plakatieren“ und einmal wegen „Polizei-belei-

gung“ zu DM 200 Geldstrafe verurteilt worden. Der Staatsanwalt forderte DM 3.000 Geldstrafe; während der Richter meinte, man müsse dem Angeklagten klarmachen, daß die Gesetze auch für ihn gelten würden. Von daher sei eine „drastische Strafe“ durchaus der Tat angemessen; also Knast! (Das schriftliche Urteil liegt noch nicht vor). Der Genosse wird in die Berufung gehen.

KB/Gruppe Nürnberg

Grenzen der „Liberalisierung“



Ein Schlaglicht auf die Liberalisierungsbestrebungen der Berufsverbote Praxis von seiten bürgerlicher Politiker wirft ein Artikel von Prof. Kriele in der Juristen-Fachzeitschrift „Neue Juristische Wochenschrift“ Nr. 1/2 vom 10. Januar 1979. Hier ist wieder einmal ein „Wissenschaftler“ tätig geworden, um Politikern das nötige Rüstzeug für ihre reaktionäre Tätigkeit zu verschaffen. Kriele fordert, erst gar keine Linken in den Staatsdienst zu lassen, weil dadurch Schwierigkeiten und Aufschieben bei der Entlassung vermieden werden können.

„Es ist auch praktisch kaum möglich, einen Beamten, der sich im Dienst verfassungsfeindlich verhält, zu entlassen. Sind z.B. Lehrer einmal im Dienst, so genießen sie in aller Regel Sympathie und Schutz durch die Elternschaft und durch die Presse. Ein Schulleiter, der die verfassungsfeindliche Gewalttat eines Lehrers auf dem Schulhof angezeigt hatte, der Mitglied einer K-Gruppe ist, wurde vom „Stern“ unter der Überschrift angeprangert: „Der größte Lump im ganzen Land, das ist und bleibt der Denunziant“. Es wurde regelrecht der Volkszorn auf ihn gelenkt, der sich in Schmähungen und ernstzunehmenden Drohungen Luft machte.“

Berufsverbote werden nicht nur für Lehrer gefordert, denn man könne nicht zwischen sicherheitsempfindlichen Bereichen und anderen oder nach Funktionen differenzieren. „Die Gesetze gelten für alle Angehörigen des Öffentlichen Dienstes gleich.“ Folgerichtig wird auch gefordert, den gesamten Staatsdienst völlig zu säubern, egal, ob nun Lehrer, Postbote oder Putzfrau. Die Begründung dafür ist scharf: „Zum sicherheitsempfindlichen Bereich gehören im Ernstfall aber alle Zweige der Verwaltung, die saboteurempfindlich wären. Ist der öffentliche Dienst durchsetzt mit Verfassungsfeinden, so können diese von innen heraus z.B. Post- und Telefonverbindungen unterbrechen, den Nachschub fehlerhaft, den Strom ausfallen lassen, die Verkündung des Verteidigungsfallbeschlusses durch den Bundespräsidenten oder Rundfunkbotschaften des Bundeskanzlers sabotieren und stattdessen Aufrufe unserer Feinde verbreiten usw.“

Die Annahme, daß verfassungsfeindliche Lokomotivführer oder Briefträger im öffentlichen Dienst ungefährlich wären, beruht darauf, daß die Möglichkeit des Ernstfalles, für den das Grundgesetz in der Notstandsgesetzgebung Vorsorge getroffen hat, aus dem Bewußtsein verdrängt wird. Wenn wir den Staatsdienst z.B. für Kommunisten öffnen, so geben wir den kommunistischen Führungszentralen im Ostblock Gelegenheit, von langer Hand eine eigene Gegen-Befehlsstruktur in unseren öffentlichen Dienst hinein aufzubauen, ein umfassendes Informationssystem zu errichten und die Sabotage der Verteidigung der Demokratie planmäßig vorzubereiten.“

Berufsverbote sind also notwendig als Vorbeugung für den „Verteidigungsfall“ und den „Notstand“.

Zur Weitergabe von Verfassungsschutz-Material an die Einstellungsbehörden schreibt Kriele, daß dies unbedingt erforderlich sei, damit keine Verfassungsfeinde in den öffentlichen Dienst gelangen. Informationen des Verfassungsschutzes, die nicht gerichtsverwertbar sind, „... können für die Urteilsbildung der Einstellungsbehörde trotzdem relevant, unter Umständen sogar besonders erheblich und ausschlaggebend sein. Welche Konsequenzen die Einstellungsbehörde daraus zieht, ist eine politische Frage, die von Fall zu Fall auf politischer Ebene entschieden werden muß.“

Bei der Zurückstellung der Anfrage beim Verfassungsschutz geht es für Kriele nur „um Fragen zweckmäßiger Verwaltungstechnik und der Verteilung des Arbeitsaufwandes“.

Grundsätzlich sei aber die Anfrage notwendig, denn: „Die Abwägung kann bei Vorliegen besonderer Umstände dazu führen, daß auf die Anfrage verzichtet werden kann. Das Vorliegen solcher Umstände ist dann aber begründungsbefähigt. Die Gründe müssen solcher Art sein, daß die Pflicht, Verfassungsfeinde aus dem Öffentlichen Dienst fernzuhalten, nicht verletzt wird.“ Und: „Eines aber läßt sich mit Gewißheit feststellen: Die Grenzen des Ermessensspielraums werden jedenfalls überschritten, wenn die Rücksicht auf unerwünschte Nebenfolgen dazu führt,“

daß die grundsätzliche Pflicht, sicherzustellen, daß keine Verfassungsfeinde in den öffentlichen Dienst eindringen, verletzt oder überhaupt nicht mehr ernstgenommen wird.“

Schließlich beschäftigt sich Kriele mit der „Erschütterung des Vertrauens in die Liberalität des Staates, die im In- und Ausland durch irreführende agitatorische Kampagnen erzeugt wird“. Soll man vielleicht liberalisieren, um die lästige internationale Kritik an den Berufsverbote loszuwerden?

„Selbst wenn diese Hinwegsetzung über das Recht politischen Nutzen mit sich brächte, so wäre dieser gegen den Schaden abzuwägen, den die Umgehung der Gesetze mit sich bringen kann. Dies erschüttert das Vertrauen in die Legalität des staatlichen Handelns und in seine Bereitschaft, seine Pflicht zur Sicherung der institutionellen Grundlagen unserer Freiheit wahrzunehmen. Wenn die Gesetzesumgehung überdies auf einem offensichtlich nachgeben vor einer unredlichen Kampagne beruht, so entmutigt sie das Eintreten für Recht und Wahrheit und ermutigt Lüge und Agitation. Die auf falschen Informationen beruhende „Verunsicherung der Jugend“ wird abgelöst von einer auf richtigen Informationen beruhenden Verunsicherung des gesamten, nicht irreführten, sondern aufgeklärten Volkes. Diese muß befürchten, daß sich die Bundesrepublik ohne Selbstbewußtsein von Agitationskampagnen treiben läßt, daß sie den Staatsdienst verfassungsfeindlichen Spitzeln und Saboteuren öffnet, die Notstandsgesetze rückwirkend entwirft, die Mitarbeiter der Verfassungsschutzämter demoralisiert und stattdessen der privaten Schnüffelei die Tore öffnet.“ Eine hübsche Demonstration bürgerlicher Rechtsfindung, wessen Interessen sie dient und welches Kalkül sie anstellt (von wegen „unabhängig“...!).

Von „Liberalisierung“ bleibt bei den Plänen des Herrn Kriele nichts mehr übrig. Verzicht auf die Regelanfrage, um die Verwaltungspraxis zu effektivieren, ansonsten wird eine Ausweitung der Berufsverbote auf alle Bereiche des öffentlichen Dienstes gefordert, also auch für Putzfrauen und Lokomotivführer. Mit dieser Rechtsauffassung dürfen Bund und Länder sehr einverstanden sein.

KB/Gruppe Kiel

Lokomotivführer. Mit dieser Rechtsauffassung dürfen Bund und Länder sehr einverstanden sein.

KB/Gruppe Kiel

Regelanfrage bleibt

In AK 149 berichteten wir, daß das Bundesamt für Verfassungsschutz weiterhin verpflichtet ist, Regelanfragen aus CDU-regierten Bundesländern zu beantworten. Schon damit war ein großer Teil der Versprechungen, die im Zusammenhang mit der Abschaffung der Regelanfrage gemacht wurden, ad absurdum geführt worden. Doch es kommt noch dicker. Auch die VS-Organisationen der SPD/FDP-regierten Länder werden weiterhin Auskunft auf Regelanfragen geben. Bewirbt sich jemand aus einem sozial braunen Land in einem CDU-Land für den öffentlichen Dienst, so gibt der VS jede gewünschte Auskunft. Dies erkarte der baden-württembergische Ministerpräsident. Hierzu sind die einzelnen Ämter nach dem Bundesgesetz über Nachrichtenaustausch (Amtshilfe) „verpflichtet“. Da die angebliche Abschaffung der Regelanfrage sowie so eine Einschränkung der Spitzeltätigkeit bedeutete, werden nach wie vor rege Ströme von Schnüffelergebnissen fließen. Immer deutlicher schälte sich auch heraus, daß an die Stelle der Regelanfrage eine andere Überprüfung treten soll. Nach dem Saarland soll jetzt auch in Hessen und in NRW den Bewerbern eine Liste mit sogenannten verfassungsfeindlichen Organisationen vorgelegt werden. Per Unterschrift soll dann erklärt werden, daß man keiner dieser Organisationen angehört.

Berufsverbotekommission, KB/Gruppe Hamburg

Berufsverbote-Veranstaltung in Flensburg

Berufsverbote-Veranstaltung in Flensburg

Am 27.2. veranstaltete die Filmgruppe des Seminars für Gymnasien zusammen mit dem Ayle (Ausschuß junger Lehrer und Erzieher in der GEW) in Flensburg einen Film- und Diskussionsabend zum Thema Berufsverbote, an dem ca. 80 Menschen teilnahmen. Eingeladen waren dazu zwei Berufsverboteopfer aus Flensburg sowie Vertreter der bürgerlichen Parteien SPD, SSW und FDP waren der Einladung gefolgt, die CDU lehnte ab, da ihr Standpunkt dazu klar sei.

Nach dem Film „Wer sich nicht in Gefahr begibt, kommt in ihr um“, der drei Berufsverbotsfälle aus Hessen schildert, und einem Referat der Veranstalter gaben die Parteivertreter ihre Stellungnahmen ab. VdL Uwe Gunnerson (SPD) sagte, der Radikalenerlaß sei das Produkt „restaurativer Tendenzen“. Er „bedauere“ die Rolle der SPD dabei. Kloss Initiative sei „ein Schritt nach vorn“, die „Einsicht in der Partei“ sei „größer geworden“ und zwar „besonders in Schleswig-Holstein“. Der FDP-Vertreter schloß sich dem im Großen und Ganzen an, fügte aber hinzu, „Feinde der Demokratie“ könne man doch wirklich nicht überall reinlassen, das Problem sei die „Toleranz-Schwelle“.

Beit Meng vom SSW (Partei der dänischen Minderheit) betonte, daß es in Dänemark keinen Radikalenerlaß gebe, und daß der SSW stets dagegen gewesen sei. Wo es Berufsverbote und Gesinnungsschönfärberei gebe, brauche man sich über die „Staatsverdrossenheit“ der Jugend nicht zu wundern. Das Flensburger Antifa-Komitee erklärte, es gebe außer den Berufsverbote noch sehr viele andere undemokratische Erscheinungen und Entwicklungen in der BRD wie z.B. das neue

Polizeigesetz, die Behandlung von Kriegsdienstgegnern, die Aussperrung. Auch das Aufkommen neo-faschistischer Gruppen sei alarmierend.

In der darauf folgenden, sehr lebhaften Diskussion wurden zunächst die Klose-Pläne auseinandergeplückt, was den Vertretern von SPD und FDP recht unangenehm war. Konkrete Fragen, z.B. ob ein Kommunist bei einer sozialliberalen Landesregierung als Lehrer arbeiten könne, wurden nicht oder nur ausweichend beantwortet. Interessant war auch das Verhalten der Parteivertreter bei der Abstimmung über eine Resolution, die die Aufhebung des Ministerpräsidentenbeschlusses und die Vernichtung sämtlicher VS-Unterlagen forderte, was also den Grundsatzbeschlüssen der schleswig-holsteinischen SPD entspricht. Während der SSW dem zustimmte, beteiligten sich die anderen beiden nicht an der Abstimmung mit der Begründung, sie seien nur „Gäste, nicht Teilnehmer der Veranstaltung“.

Wichtig ist noch zu erwähnen, daß die Veranstalter vorher massiv unter Druck gesetzt worden waren. Ihnen wurde verboten, die Veranstaltung in den Räumen des Seminars durchzuführen, so daß kurzfristig ein anderer Raum besorgt werden mußte. Schwierigkeiten gab es, wie man hört, auch von seiten der GEW Bürokratie. Der GEW-Kreisvorsitzende soll den Ayle-Kollegen gegenüber geäußert haben, die Veranstaltung würde gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse verstoßen (eins der eingeladenen Berufsverboteopfer ist im KBW), und außerdem seien gerade Personalauswahlverfahren, da könne das sogar „gewerkschaftsschädigend“ sein.

KB/Gruppe Flensburg

Offener Brief der Frankfurter Russell-Initiative an die Initiativen „Weg mit den Berufsverbote“

Nun ist die „Liberalisierungsdebatte“ vorbei. Wenn auch viele SPD-Linke sich an dieser Diskussion mit dem ehrlichen Willen beteiligt haben, die Praxis des Radikalenerlasses zu ändern oder mindestens abzumildern, so ist von diesen Bemühungen in den Beschlüssen des Bundeskabinetts nichts mehr zu finden.

Alles was getan worden ist, ist eine Änderung der Verwaltungspraxis. Nach Aussagen von SPD-Politikern ist die sog. Regelanfrage für Bewerber im öffentlichen Dienst zugunsten derjenigen Praxis verändert worden, wie sie in den 30er Jahren — also unter einer CDU-Regierung! — herrschte. Das bedeutet: Der Verfassungsschutz meldet „von sich aus“ die „Verdächtigen“ bei den Behörden.

Dennoch, die Debatte um eine scheinbare „Liberalisierung“ hat bei vielen Gegnern und Kritikern des In- und Auslands Verunsicherung hervorgerufen, ob sich nicht vielleicht doch die Dinge zum Guten ändern.

All diejenigen, die ein Opfer dieser Praxis geworden sind, und die seit Jahren gegen die Berufsverbote Widerstand leisten, können diese Frage nur mit einem klaren NEIN beantworten!

Vor den Bestrebungen der SPD, sich international reinzuwaschen, aber gleichzeitig dieselbe Praxis mit unverminderter Schärfe fortzuführen, kann man nur warnen!

Darum helfen wir es für notwendig, daß alle Gegner des Berufsverbots, alle Betroffenen dieser Praxis, unabhängig von ihrer jeweiligen politischen Orientierung, einheitlich manifestieren, daß sie an ihren Forderungen und an ihren Zielen festhalten.

- Ersatzlose Streichung des Ministerpräsidentenbeschlusses von 1972 und aller Gesetze, Verordnungen und Erlasse, in denen die politische Betätigung der im öffentlichen Dienst Beschäftigten reglementiert wird!
- Wiedereinstellung aller Betroffenen!
- Aufhebung aller weiteren Radikalenerlasse, die als Folgewirkung entstanden sind, insbesondere die Unvereinbarkeitsbeschlüsse im BGR!

Die Berechtigung unserer Skepsis gegenüber den SPD-Vorschlägen und die Berechtigung unserer Forderungen sehen wir auch durch das III. Internationale Russell-Tribunal bestätigt, das in zwei Sitzungen, im März 1978 und im Januar 1979, diese Fragen intensiv untersucht hat.

Ebenfalls haben die in den „Initiativen Weg mit den Berufsverbote“ arbeitenden Berufsverbotegegner auf ihrer Tagung am 27./28.1.79 in Darmstadt die sog. „Liberalisierung“ einer kritischen Überprüfung unterzogen. Wir stimmen mit den Ergebnissen dieser Konferenz insoweit überein, daß die gegenwärtige Diskussion um die Berufsverbote an diesen selbst nichts geändert hat. Wir sind jedoch

bestürzt darüber, daß auf dieser Konferenz unwidersprochen die Entscheidung des Hauptvorstandes der GEW zum sog. Radikalenerlaß als Richtschnur für den weiteren Kampf gegen die Berufsverbote geprüfert werden konnte.

Ein wesentlicher Punkt dieser Entscheidung ist die Forderung nach Entfernung all derjenigen aus dem öffentlichen Dienst, die nicht die FDGO bzw. das GG (auch aus marxistischer Sicht) zur Grundlage ihres Handelns machen. Wir sind der Ansicht, daß diese Forderung unter all denen, die ja gerade dagegen kämpfen, daß Menschen wegen unangenehmer Meinungen aus dem öffentlichen Dienst entfernt werden, auf entschiedene Ablehnung stoßen muß und niemals Richtschnur ihres Kampfes sein kann.

Demgegenüber übt die Russell-Initiative Widerstand gegen eine nichtselektive Solidarität mit allen vom Staat verfolgten Demokraten. Wir werden nicht nachlassen in unserem Bestreben, diesen Grundsatz in der gesamten demokratischen Bewegung durchzusetzen!

Wir als Russell-Initiative begrüßen jedoch grundsätzlich den Vorschlag einer bundesweiten Demonstration gegen die Berufsverbote, wie er auf der oben erwähnten Tagung der Initiativen „Weg mit den Berufsverbote“ gefordert wurde. Um aber statt nur formaler Änderungen in der Berufsverbotepraxis auf dem Weg zur Abschaffung der Berufsverbote voranzukommen, erscheint uns die Überwindung der Spaltung der Bewegung gegen die Berufsverbote nötig.

Als Schritt dazu wollen wir auf unserer Arbeitskonferenz am 21./22. April 1979 in Frankfurt/Main die inhaltlichen Fragen des Kampfes gegen die Berufsverbote mit allen interessierten Initiativen, Gruppen und Personen diskutieren und uns mögliche gemeinsame Aktionen überlegen.

Zu dieser Konferenz laden wir herzlich ein!

An die Hamburger Initiative „Weg mit den Berufsverbote“ sowie an die Bundesvorstände der Jusos, Judos usw. ergehen gesonderte Einladungen. Mit freundlichen Grüßen,

Russell Initiative, Frankfurt/M

7 März 1979

Anmerkung: Dieser Offene Brief der Frankfurter RI soll auf der Demonstration der Initiative „Weg mit den Berufsverbote“ am 31.3. in Bonn verteilt werden. Beachtlich ist, daß der Text — also eine Aufforderung an eine bekanntermaßen von der DKP dominierte Initiative zu einem gemeinsamen Vorgehen — auch von den in der Russell-Initiative mitarbeitenden „KPD“-Genossinnen mitgetragen wird.

KB/Gruppe Frankfurt

Militarismus Antimilitarismus

Die Bedeutung der Panzerabwehrsysteme beim militärischen Kräftevergleich

Die sich hartnäckig in der einschlägigen Presse haltende These von einem drohenden Blitzkrieg der Sowjetunion bzw. des Warschauer Paktes gegen die westeuropäischen Staaten stützt sich hauptsächlich auf die angeblich hohe zahlenmäßige Überlegenheit der östlichen Panzerstreitkräfte gegenüber der westlichen. Allein schon der Vergleich Panzer gegen Panzer zeigt, zieht man die qualitative Überlegenheit des Westens hinzu, daß allerhöchstens eine **10 : 1** Überlegenheit der SU besteht, jedoch niemals eine, die einen Blitzkrieg ermöglicht (siehe hierzu AK 148 und 149).

Hinzu kommt, daß es heute als **ausgemachter Uninn** (zumindest in sog. Fachkreisen) betrachtet wird, ein militärisches Kräftemessen lediglich auf der Ebene der Panzer gegen Panzer, Flugzeuge gegen Flugzeuge

Hannig, wurde „in den sowjetischen Landstreitkräften eine Reaktion ausgelöst, die sogar die gesamte sowjetische Doktrin der Überlegenheit der Offensive in Frage stellt.“

Es kann wohl als sicher gelten, daß nicht nur im Osten, sondern auch im Westen ein „Überdenken der Doktrin“ und eine entsprechende rüstungspolitische Umstellung bevorsteht.

Vergleich Panzer und Panzerabwehrwaffen

(Die folgenden Zahlen und Fakten stammen aus dem bereits zitierten Artikel von Hannig in der IW 1/79) Die Tabelle 1 – „Wirkungsbereiche und Durchschlagsleistungen von Panzerabwehrwaffen“ – zeigt, daß bereits die kleinste Panzerabwehrwaffe die Gewehrgranate, bei entsprechend

bei einer Entfernung von 4000 m Panzer wirkungsvoll bekämpft werden können, ohne daß diese annähernd große Chancen hätten, sich zu wehren. Teilweise könnten diese Panzer das HOT-System in einer guten Tarnstellung nicht einmal erkennen. (Siehe Schaubild 2 – „Zielflächenvergleich Kampfpanser und Kampfplattform HOT“).

Neben den direkten militärischen Vorteilen z.B. der PAL HOT gegenüber Panzern muß auch der Kostenvorteil erwähnt werden. Die Kosten einer PAL HOT belaufen sich auf ca. 30.000 DM, die des sowjetischen Kampfpanzers T-72 auf weit über 200.000 DM.

Wichtig ist noch, darauf hinzuweisen, daß Panzer **nicht** als **Waffen** noch viel weniger als **Panzer** Verteidigungswaffen sind. Der Name täuscht ein wenig über die Verwendungsfähigkeit dieser Systeme hinweg. Im Gegenteil: Durch ihre Größe und durch die vielfältigen Möglichkeiten, diese Systeme zu installieren, sind sie hochmobil und entsprechend offenkundig. Z.B. werden Luftlandeheiten der NATO bevorzugt mit HOT ausgerüstet.

Die NATO-Planung

„Wer oder was soll also die sowjetischen Panzermassen anhalten?“ fragt Weinstein („FAZ“, 29.4.78), nachdem er wieder den drohenden „Panzerblitz“ aus dem Osten in den düstersten Farben ausgemalt hat. „Präzisionswaffen? Präzisionswaffen (PGM) würden die sowjetische Panzerarmee dann stoppen, wenn der Westen diese Waffen jederzeit aus der strategischen Tiefe heranziehen könnte. Präzisionswaffen sind wie eine atlantische Waffensysteme ihre abwehrnde Feuerkraft müßte zahllose rote Panzer vernichten. Zur Zeit wird eine Erhöhung der genau treffenden Panzerabwehrwaffen um 25% vorbereitet. Die NATO hat 47.000 neue Panzerabwehrraketen in Lagern deponiert. Man verfügt jetzt über 200.000 panzerbrechende Spe-

ropa gelagert sind, stünden sie bei einem sowjetischen Angriff doch wohl am Einsatzort zur Verfügung. Sie brauchen also nicht aus der „strategischen Tiefe“ herangeführt zu werden, wenn die SU angreift. Das Problem, diese Waffen aus einer „strategischen Tiefe“ ins Kampfgebiet zu bringen, oder sie dort „verfügbar“ zu haben, wie Weinstein schreibt, besteht nur im Falle eines Krieges im Osten! Daß Weinstein das auch meint, wird durch seine Forderung nach der Ausrüstung von Raketen und Flugzeugen mit der Neutronenbombe deutlich. Z.B. wird Weinstein wohl kaum die Absicht vertreten wollen, etwa mit der 900 km weitreichenden Pershing-1-Rakete von Hamburg aus jene imaginären „roten Panzerwalzen“ beim Durchmarsch durch Niedersachsen mittels einer Neutronenbombe zu stören. Gerade dieser Zusammenhang zur Neutronenbombe weist darauf hin, daß sich der nächste Krieg in den Gedanken dieser Leute im Osten abspielt, trotz aller gegenteiligen Propagandalügen.

Jedoch noch einmal zurück zur Panzerabwehrplanung der Nato. Die von Weinstein angegebene Größenordnung der von der Nato angepeilten Verstärkung der Panzerabwehr um 25% bis Ende 1978 stimmt in etwa mit den Angaben des „beigeordneten“ Nato-Generalsekretärs für Verteidigungsplanung und Politik Bill Munkford überein: „... bis Ende 1978 (werden) die Lagerbestände an Panzerabwehr-Raketen um etwa ein Drittel steigen.“ (Nato-Brief, 3/78).

General Schulze, Oberbefehlshaber der Nato für Europa-Mitte gab in einem Interview („Wehrtechnik“, 7/78, S. 29) bekannt, wie die diesbezügliche Planung der Nato in den vier Jahren aussieht. Auf die Frage nach den „Verbesserungen“, die das bereits beschlossene langfristige Verteidigungsprogramm der Nato bringe, antwortete er unter anderem: „Ohne hier Prioritäten zu setzen, darf ich noch sagen, daß für uns die Verbesserung unserer Panzerabwehr- und Luftabwehrfähigkeit im Vordergrund

Packt die NATO-Sekretärin aus?

Anfang März 1979 ist die Sekretärin der Exekutive des NATO-Generalsekretariats, Frau Ursel Lorenzen, in die DDR übergetreten, wie es das Fernsehen der DDR einen Tag später nannte („Monitor-Dienst“, 7.3.). Seit über 12 Jahren in der Brüsseler NATO-Zentrale beschäftigt, assistierte sie zuletzt beim britischen NATO-Direktor Moran, verantwortlich für Operationen und Übungen der NATO, und befand sich damit in einer Stellung, die ihr „praktisch uneingeschränkter Zugang zu allen Papieren und Grenzen“ ermöglichte („Spiegel“, 12.3.). Ihre bisherige Stellung sowie die bereits mehrfach in der Presse geäußerte Vermutung seitens der NATO-Verantwortlichen, sie habe eine Reihe von geheimen Dokumenten mitgenommen, schienen den Pal. Lorenzen zum „größten Spionagefall“ in der Geschichte der NATO werden zu lassen. Sie habe „mehr gesehen als Götter“ („Spiegel“, 12.3., „FR“, 8.3.).

Bisher ist noch offen, welche Motive Frau Lorenzen zum „Übertritt“ in die DDR veranlaßt haben. Sie selbst gab als Grund in einem DDR-Interview (welches anschließend auszugeweiht vorgestellt wird) ihre langjährigen Erfahrungen in der NATO-Spitze an: „Ich habe die Unmenschlichkeit der Kriegplanung, die tatsächlich nur auf den Krieg ausgerichtet ist, mit erlebt und ich konnte und kann das mit meiner humanistischen Grundeinstellung nicht mehr länger im Einklang bringen.“ (zitiert nach „FR“ vom 10.3.).

Auffällig ist die zur Zeit noch praktizierte „Zurückhaltung“ der NATO-Journalisten in diesem Fall. Bis heute wurde darauf verzichtet, der ehemaligen NATO-Sekretärin die üblichen „Hintergründe“ mit (1) R. Spionage anzuverwandeln, hat man ihr noch nicht jene „persönliche Tarnschutzhülle“ besteuert, die zur Zeit besonders viele (1) D. Sekretärinnen in die Arme „besonders gut aussehender und kontaktfähiger (DDR-) Agenten“ treibt (so Hellenbroich, Leiter der Spionageabwehr des Verfassungsschutzes laut „FR“, vom 12.3.). Auch zu dem von Frau Lorenzen in der DDR gegebenen Interview, in dem sie eine Reihe von „modernen Informationen“ über die aggressive Kriegspolitik der NATO gibt, hat „das freie Westen“ bisher vornehm geschwiegen. Aller höchstens waren bruchstückhafte Auszüge aus dem Interview zu lesen. Diese schweigende Zurückhaltung scheint darauf zu zielen, dem Fall und besonders den Aussagen keine

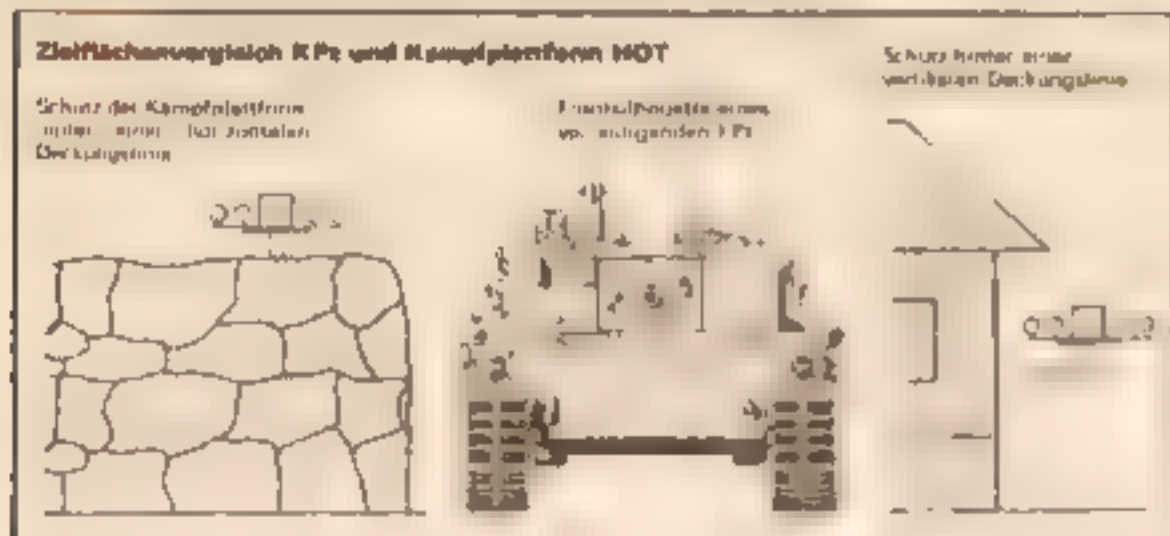
und besonders den Aussagen keine „unnotige Publizität“ zu geben, zu mal wohl noch offen ist, inwieweit Frau Lorenzen ihre bisherigen Aussagen mit Dokumenten belegen kann.

„Die Spionin redet, und die NATO schweigt“, faßt die „FAZ“ (12.3.) protestierend zusammen und fordert ein offensiveres Vorgehen in Sachen Lorenzen. Denn: „So kann die östliche Seite triumphierend auf die kriegslustige westliche Allianz hinweisen und psychologische Punkte sammeln, denn die Agentin, in ihrer unterkühlten Art (typisch „bötsch“-Ann.-AK) bleibt mit den angeblichen Enthüllungen wohl doch nicht ohne Wirkung auf die westliche Öffentlichkeit.“ Die Behauptungen der Lorenzen, das atlantische Bündnis bereite einen Atomkrieg vor, habe manchen erschreckt. Dann behauptet die „FAZ“ kühn, daß in Brüssel „keine militärischen Pläne erarbeitet“ werden, sondern Frau Lorenzen lediglich mit „Organisationsvor schlägen“ (ein schönes Wort!) „für die Abwehr eines möglichen Überraschungsangriffs“ betraut war. „Der Ablauf einer militärischen Operation der NATO“, so die „FAZ“ weiter, „richtet sich nach dem Verhalten des Gegners. Gegenmaßnahmen des Westens werden im Rahmen einer Strategie der „beweglichen Antwort“, der abgestuften Vergeltung, weitgehend von der Aktivität des Feindes bestimmt. Warum sagt das die Informationsleitung des (NATO-) Generalsekretariats nicht deutlich genug?“ fragt die „FAZ“.

Nun – vielleicht deshalb, weil es, liegt man es genau, den Aussagen der Frau Lorenzen überhaupt nicht widerspricht, ja diese eher bestätigt. Man braucht lediglich die entsprechenden Begriffe der von der „FAZ“ vorgestellten NATO-Doktrin zu entschärfen. Deshalb vermutlich hat die im Umgang mit Worten erfahrene „FAZ“ wohl auch darauf verzichtet, in diesem Artikel die Begriffe „Vorwarnung“ oder auch deutlicher – „Vorwarnabwehr“ zu verwenden.

Antimilitarismus Kommission
KB/Gruppe Hamburg

| | Kaliber mm | Wirkungsbereich m | Durchschlag mm | Geschwindigkeit m/s |
|------------------------------------------------------------------------------|------------|-------------------|----------------|---------------------|
| Gewehrgranate | 74 | 0-75 | 280 HL | 200 |
| Leichte Panzerabwehrwaffe mit nachgeschobenem Projektil (Munition (Lanzier)) | 87 | 0-180 | 375 HL | 300 |
| Leichte Panzerabwehrwaffe (Carl Gustaf) | 87 | 0-300 | 400 HL | 200 |
| Leichte Panzerabwehrwaffe (Carl Gustaf) | 84 | 0-300 | 240 HL | 300 |
| Leichte Panzerabwehrwaffe (Carl Gustaf) | 100 | 400-2000 | 500 HL | 85 |
| Leichte Panzerabwehrwaffe (Carl Gustaf) | 103 | 75-2000 | 500 HL | 180 |
| Leichte Panzerabwehrwaffe (Carl Gustaf) | 103 | 500-2000 | 600 HL | 30 |
| Leichte Panzerabwehrwaffe (Carl Gustaf) | 127 | 75-2000 | 500 HL | 75 |
| Leichte Panzerabwehrwaffe (Carl Gustaf) | 135 | 150-4000 | 600 HL | 30 |
| Kanonenpanzerabwehrwaffe (Kampfpanser) | 90 HL | 0-500 | 33 | 18 |
| Kanonenpanzerabwehrwaffe (Kampfpanser) | 105 HL | 0-2000 | 260 | 1450 |
| Kanonenpanzerabwehrwaffe (Kampfpanser) | 105 HL | 0-2000 | 490 | 1450 |
| Kanonenpanzerabwehrwaffe (Kampfpanser) | 120 HL | 0-3000 | 30 | 1300 |
| Kanonenpanzerabwehrwaffe (Kampfpanser) | 120 HL | 0-3000 | 30 | 1300 |



etc. zu vollziehen. Dies war schon gegen Ende des zweiten Weltkrieges offenbar nicht mehr legitim. Die ersten Erfolge des faschistischen Blitzkrieges gegen die Sowjetunion, militärisch hauptsächlich gestützt auf Panzermassen und Tieffliegerunterstützung (Stukas), kamen zustande, weil die SU ein nur wenig entwickeltes Panzer- und Luftabwehrsystem besaß. Dies änderte sich zunehmend gegen Ende des Krieges, denn es wurde begonnen, entsprechende Panzer- und Flugabwehrwaffen zu produzieren. Die Rolle des Panzers als Hauptwaffe gegen angreifende oder verteidigende Panzer wurde seitdem immer kleiner zugunsten weitreichender, treffsicherer und billigerer Abwehrwaffen (siehe hierzu u.a. „Internationale Wehrrevue“ = „IW“, 1/79, S. 31). Dies war lange erkannt und verarbeitet und wurde dann 1973 im Yom Kippur-Krieg im Nahen Osten auch in der Praxis bewiesen.

So schreibt Weinstein in der „FAZ“ vom 29.4.78: „Gewiß sind auch in der Roten Armee gewisse Theorien des Panzerkrieges umstritten. Eine Schule soll intern der Auffassung sein, die Waffenentwicklung habe die einmalige Stellung des Panzers auf dem Schlachtfeld erschüttert. Sowjetische Analytiker des letzten Ägyptisch-israelischen Krieges haben mit Schrecken die hohen Panzerverluste beider Seiten zur Kenntnis genommen. Ein Panzerkrieg angesichts der Kraft zahlreicher abstoßender Waffensysteme des jeweiligen Verteidigers setze nunmehr eine Überlegenheit von 6 : 1 (!) voraus. Auf ein europäisches Schlachtfeld übertragen bedeute das, daß die sowjetischen Panzer nicht ausreichen, die westliche Front zu durchbrechen. Denn das Kräfteverhältnis für hier „nur“ 3 : 1 zugunsten der Sowjets.“

Im Zusammenhang mit der vollzogenen „Auswertung des Yom Kippur-Krieges“ schreibt ein Oberstleutnant

gunstigen Aufschlagswinkel jede bekannte Frontpanzerung sowjetischer Panzer durchschlagen kann (die stärkste Frontpanzerung beträgt ca. 120 mm). Weiter geht daraus hervor, daß sämtliche Lenkkraketen (PAL) eine gleich hohe oder höhere Durchschlagskraft besitzen als alle Geschosse, mit denen Panzer bestückt sind. Dasselbe trifft auf den Wirkungsbereich zu. Die höhere Geschwindigkeit der Panzergeschosse ist nur ein theoretischer Vorteil, denn die kompliziertere Lade-, Ziel- und Feuertrennung des Panzers erhöht die Zeiträume von Zielerfassung bis Zielerstörung auf etwa die gleiche Größe der Lenkkraketen.

Bei gleich hoher Geschwindigkeit und Durchschlagskraft haben die PAL also einen größeren Wirkungsbereich als Panzer, können somit also bereits feindliche Panzer auf Entfernungen von 2.400 m bekämpfen. Dadurch, und durch die in der Regel viel kleinere Zielfläche, die PAL-Systeme feindlichen Panzern bieten, sind sie Panzern vielfach überlegen. Bei Kampferentfernungen über 2000 m sinkt die Treffwahrscheinlichkeit einer Panzerkanone unter die 50%-Marke (bei einem stehenden 2,3 x 2,3 Meter großem Ziel). Durch Bewegung oder Teildeckung des Ziels sinkt die Treffwahrscheinlichkeit der Panzerkanone bei dieser Entfernung auf ein Minimum. Im Vergleich dazu erreicht die Panzerabwehrkrakete HOT auf ein querfahrendes Ziel Treffwahrscheinlichkeitswerte von 95% bis 2000 m, 85% bis 3000 m und noch 70% bis etwa 4000 m. Zwar steigt beim Panzer mit der Zahl der abgegebenen Schüsse auch die Treffwahrscheinlichkeitsquote an, dies jedoch bedeutet einen enorm höheren Munitionsverbrauch und reicht immer noch nicht aus, um die Werte einer HOT zu erreichen. Übersetzt auf eine etwaige Gefechtsituation bedeutet dies, daß mit HOT bereits



(Am 12.4.78 bescheinigte die „Rote Fahne“ der vaterländischen KPD den Sowjets „hundertfache Überlegenheit“!)

„Zielwaffen“. Weiterschreibt Weinstein, und das gibt Aufschluß darüber, was er mit „strategischer Tiefe“ meint: „Doch ihre (gemeint sind die panzerbrechenden Spezialwaffen – Ann. AK) militärische Verwendung verlangt ein weitmaschiges Vernetzungssystem“, welches schnell von den Sowjets aufgerollt werden könnte. Deshalb müsse „der sowjetischen ‚Dampfwalze‘“ mit einer unorthodoxen Waffe begegnet werden: „der Neutronenwaffe.“ ... Außer Neutronenartillerie und Neutronenraketen müßte auch eine Neutronenbombe entwickelt werden, mit der die Taktische Luftwaffe der Allianz zu bestücken wäre.

Weinstein sagt also, Panzerabwehrkraketen (PAL) wären dann effektiv, wenn man sie aus der „strategischen Tiefe“ jederzeit „heranführen“ könnte. Mit „heranführen“ kann nur gemeint sein „heranführen“ an den Ort, wo sie eingesetzt werden sollen. Da diese Waffe hauptsächlich an der Nato/Warschauer-Pakt-Grenze in Eu-

steht. Das entspricht dem defensiven („Abwehr“) ist wie man sieht ein nützliches Wort – Ann. AK) Charakter unseres Bündnisses.

Die Zahl unserer Panzerabwehrkraketen mittlerer und großer Reichweite wird sich bis Anfang der achtziger Jahre verdoppeln (Hervorhebung von uns – AK), aber ich sollte gleich hinzufügen, daß wir damit erst die Zahl erreichen, über die die Streitkräfte des Warschauer Paktes gegenüber dem Abschnitt Mitteleuropa schon heute verfügen.

Natürlich! Das muß gleich hinzugefügt werden! Wie es scheint, plant Schulze schon für den Fall vor, daß mit der Mär von der „roten Panzerwalze“ kein Hund hinter dem Ofen mehr vorzucken ist und präsentiert prompt die Überlegenheit der SU bei den Panzerabwehrwaffen. Ob es dann wohl „rote Panzerabwehrangriffswalze“ heißt ...?

Antimilitarismus Kommission
KB/Gruppe Hamburg



Kurzmeldungen

Frankfurt. Zu einem „Europäischen Bekenntnis-Konvent“ unter dem Leitthema: „Politische Ethik zwischen Anarchie und Tyrannei“ versammelten sich vom 21. bis 23.2.1979 ca. 300 rechtsradikale Protestanten in Frankfurt. Die aus der BRD vertretenen Gruppen „Kirchliche Sammlung um Bibel und Bekenntnis“, „Bekenntnisbewegung kein anderes Evangelium“, „Deutscher Verband für Evangelisation“, „Evangelische Notgemeinschaft“ sehen ihre Hauptaufgabe darin, durch Entlarvung der „marxistischen Einflüsse“ in den bestehenden Kirchen, diese noch stärker als bisher unter die Herrschaft der CDU/CSU zu bringen.

Angeprangert wurde die Verbindung der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD) mit dem Weltkirchenrat (WKC), besonders deswegen, weil der WKC sich mit seinem Antirassismusprogramm eindeutig auf die Seite der schwarzen Mehrheit im südlichen Afrika stellt, damit verfolge er „antichristliche Weltveränderungs- und Weltvereinigungspläne“ („FR“, 24.2.79).

Bayerhaus. Theologie-Professor in Tübingen, einer der führenden Kräfte in dieser rechtschristlichen Bewegung, meinte, „die Freigabe der Abtreibung durch den Bundestag habe dazu geführt, daß jährlich Toderurteile über 40.000 Kinder, die im Mutterleibe zerstückelt werden, gefällt werden“ („FR“, 24.2.). Besonders beliebt ist es bei diesen Gruppierungen, die heutige kirchliche Situation mit der von 1935 bis 1945 zu vergleichen. So wie damals die „Bekennende Kirche“ gegen die Nazis und die nazifizierten „Deutschen Christen“ aufgetreten sei, so müßten heute diese Bekenntnisgruppen in der BRD gegen die Kommunisten und die kommunistenfreundlichen Kirchen einschreiten. Klar, daß viele dieser neuerlichen „Kirchenkämpfer“ bei den „Deutschen Christen“ waren oder stark mit ihnen sympathisierten.

Ernst Mandel und der Dominikanerpater Basilus Streithofen „stritten“ sich zum Genuß und zur Schulung für Geschäftsführer, Vorstandsmitglieder, Manager und Unternehmer im Rahmen eines Seminars, veranstaltet vom „Management Institut Hohenstein“. Das Seminar fand im Dominikanerkloster Walberberg statt, in dem Basilus Vorstandsmitglied des Instituts für Gesellschaftswissenschaften e.V. ist („FR“, 3.3.79). Walberberg war nach 1945 das ideologische Zentrum für den Aufbau der CDU in der BRD. Eine führende Kraft war dort der Dominikanerpater Welty, der 1946 schrieb: „Jedenfalls ist mehr und mehr die Überzeugung gewachsen, daß nur die überlebten und sich verteidigenden Grundsätze des Christentums, insbesondere der katholischen Kirche die Gewähr für eine gesunde gesellschaftliche Ordnung bieten“ (zitiert nach G. Kraiker, Politischer Katholizismus in der BRD).

Was hat Mandel in solcher Umgebung zu suchen? Auch Johann Steffen soll beim Management Institut „Wirtschaftsboxen, marxistische Grundbegriffe“ betreiben („FR“, 3.3.79).

Ans Kirche und Gemeinde

Über die Hintergründe des Inquisitions- bzw. Lehrzuchtverfahrens gegen den Hamburger Pastor Paul Schulz und über die Solidaritätsaktion des Pastors Wolfgang Grell, gegen den deswegen ebenfalls ein Inquisitionsverfahren wegen „Verletzung der Amtspflicht“ eingeleitet wird, informiert die neuerdings in Hamburg erscheinende kirchenoppositionelle Zeitschrift „Gegen den Strom“ in einer Extraausgabe. Bestelladresse: Gegen den Strom, Postfach 1145, 2084 Rellingen.

ationelle Zeitschrift „Gegen den Strom“ in einer Extraausgabe. Bestelladresse: Gegen den Strom, Postfach 1145, 2084 Rellingen.

In der Frage der Verjährung von NS-Verbrechen kann das katholische Gewissen zu „unterschiedlichen Entscheidungen“ gelangen; so entschieden jetzt die deutschen katholischen Bischöfe.

Somit z.B. in Fragen von Abtreibung, Ehe, Familie, Sexualität etc. immer vorwiegend mit eindeutiger Kenntnis des katholischen Gewissens, läßt der „gegenwärtige Stand der Diskussion“ keine eindeutige Erklärung zu („FR“, 12.3.79).

Wahrscheinlich wird den katholischen Würdenträgern zur Zeit noch zu intensiv über die NS-Verbrechen – ausgelöst durch „Holocaust“ – diskutiert, sodaß sie sich im Moment keine Stellungnahme für Verjährung trauen.

Die katholische Kirchenkonferenz hat alle ihre Konten bei der Barclays-Bank aufgeben, weil diese Bank intensive Geschäftsbeziehungen nach Südafrika hat (Junge Kirche 2/79).

Andererseits in der BRD. In Hamburg sind Barclays-Bank und der Bischofssitz und Landeskirchenamt „friedlich“ unter einem Dach untergebracht auf kirchlichem Grund und Boden. Und wegen dieser und anderer guter Verbindungen zwischen Kirche und Kapital hat der Rat der Evangelischen Kirche Deutschlands einen Boykottaufruf des Evangelischen Frauenwerkes gegen Südafrikanische Früchte schärfstens verurteilt.

„Für Gerechtigkeit in Südafrika“ hieß eine Veranstaltung, die der Kirchenvorstand der Gesamtgemeinde Kirchsteinbek in Mümmelmannsbek/Hamburg durchführte. Auf der gutbesuchten Veranstaltung wurden der Film „Das letzte Grab von Dimbaza“ gezeigt sowie intensiv über die Situation in Südafrika informiert. Die Veranstaltung rief Protest bei den Apartheidsfreunden hervor. Der CDU/MSB Peter Petersen, der „seit Jahren geschäftlich Südafrika“ bereisende Josef Vratny und der südafrikanische Konsul unterstützten den Veranstalter Lüge, Manipulation und politische Einseitigkeit. Der „Bulstiedter Anzeiger“ vom 8.3.79 schaltete diesen Angriff genüßlich aus.

Die betroffenen Pastoren und Kirchenvorstandsmitglieder haben angekündigt, sich gegen die Diffamierungen und Unterstellungen zu wehren.

Katholizismus und 3. Reich: Zu den Verbrechen von einst noch die Lüge von heute.

Mit diesem Spitzensatz geißelt der Kirchenkritiker Deschner die Erklärung der Deutschen Bischofskonferenz vom 31.1.79 zum Verhalten der katholischen Kirche unter der NS-Herrschaft („Frankfurter Rundschau“, 10.2.79). Die Erklärung möchte den Eindruck erwecken, als habe die katholische Kirche von 1933 - 45 in einer ungeheuer schwierigen Situation gestanden und dennoch versucht, sich vom Nationalsozialismus zu distanzieren. Da wird vom „Dilemma“ „zwischen Erfüllung der staatsbürgerlichen patriotischen Pflichten einerseits und der Ablehnung des Nationalsozialismus andererseits“ gesprochen. Die kirchenpolitisch Verantwortlichen seien dieser Schwierigkeit durch den Abschluß des Reichskonkordats (20.7.33) gerecht geworden. „Das Reichskonkordat war die vertragsrechtliche Form der Nicht-Anpassung der katholischen Kirche an das NS-System“ (Erklärung vom 31.1.79).

„Festgeläute zum Geburtstag des geliebten Führers“ überschreibt Deschner seine Entgegnung („FR“, 19.2.79) in der er mit einer Fülle für sich sprechender Zitate die katholischen Kirchenfürsten schlagfertig der Lüge überführt. Deschners Hinweise auf die geschichtlichen Zusammenhänge bleiben leider auf der Ebene von Allgemeinwahrheiten (ideologische Verwandschaft von Katholizismus und Faschismus, Antijudaismus im Christentum). Tatsächlich besteht aber auch auf der Ebene des politischen Instrumentariums ein viel engeres Zusammenwirken zwischen Katholizismus und Faschismus, als gemeinhin bekannt ist. Dieser Artikel soll das am Beispiel des Konkordats verdeutlichen.

Ein Konkordat ist ein rechtswirksamer Vertrag zwischen dem Vatikanstaat und einer National- oder Landesregierung. Er umschreibt in Paragraphen die Gültigkeit des kanonischen Rechtes für das jeweilige Staatsgebiet. Das kanonische Recht ist seit 1917 in einem Riesensatz von 2414 Einzelbestimmungen zusammengefaßt: „Codex Iuris Canonici“.

Dieses neoklassische Rechtsgebäude bezieht sich z.B. auf die Ernennung der Bischöfe durch den Papst, Wohnpflicht des Pfarrers nahe der Kirche, es enthält eine lange Liste von Ehehindernissen und regelt die Zuständigkeiten der geistlichen Gerichte, barmherzigen u.v.a.m. Ziel vatikanischer Politik war es also, durch den Abschluß von Konkordaten, die möglichst uneingeschränkte Geltung dieser Rechte gegenüber jedem Staat vertraglich garantiert zu bekommen.

Deutschland war durch die Revolution von 1918 zum Aktionsfeld vatikanischer Diplomatie geworden. Ihr Ziel war der Abschluß eines Reichskonkordats. Im März 1924 kam es nur zu einem Vertrag mit der bayerischen Regierung, von dem sich der Vatikan „eine günstige Wirkung ... für die Neuordnung des Verhältnisses von Staat und Kirche im übrigen deutschen Reich“ erwartete.

Die 16 Artikel des Konkordats waren für die Kurie in der Tat günstig ausgefallen: Es gab kein staatliches Einspruchsrecht bei Bischofswahlen, der bayerische Staat verpflichtete sich, die Konfessionsschule zu schützen, der Einfluß der katholischen Kirche auf das Erziehungswesen wurde staatlich gutgeheißen.

Ein so weitgehender Einfluß des Klerus stieß allerdings auf den Widerstand der sozialdemokratischen Regierung Preußens. Ein Reichskonkordat nach diesem Modell hatte demnach wenig Aussicht auf Erfolg. Am 14.7.29 unterzeichneten der Freistaat Preußen und der Heilige Stuhl einen Vertrag der mehr Kompromißcharakter trug. Eine Klausel sicherte der preußischen Staatsregierung Einspruchsrecht bei der Bischofswahl von der Schule ist in diesem Konkordat keine Rede.

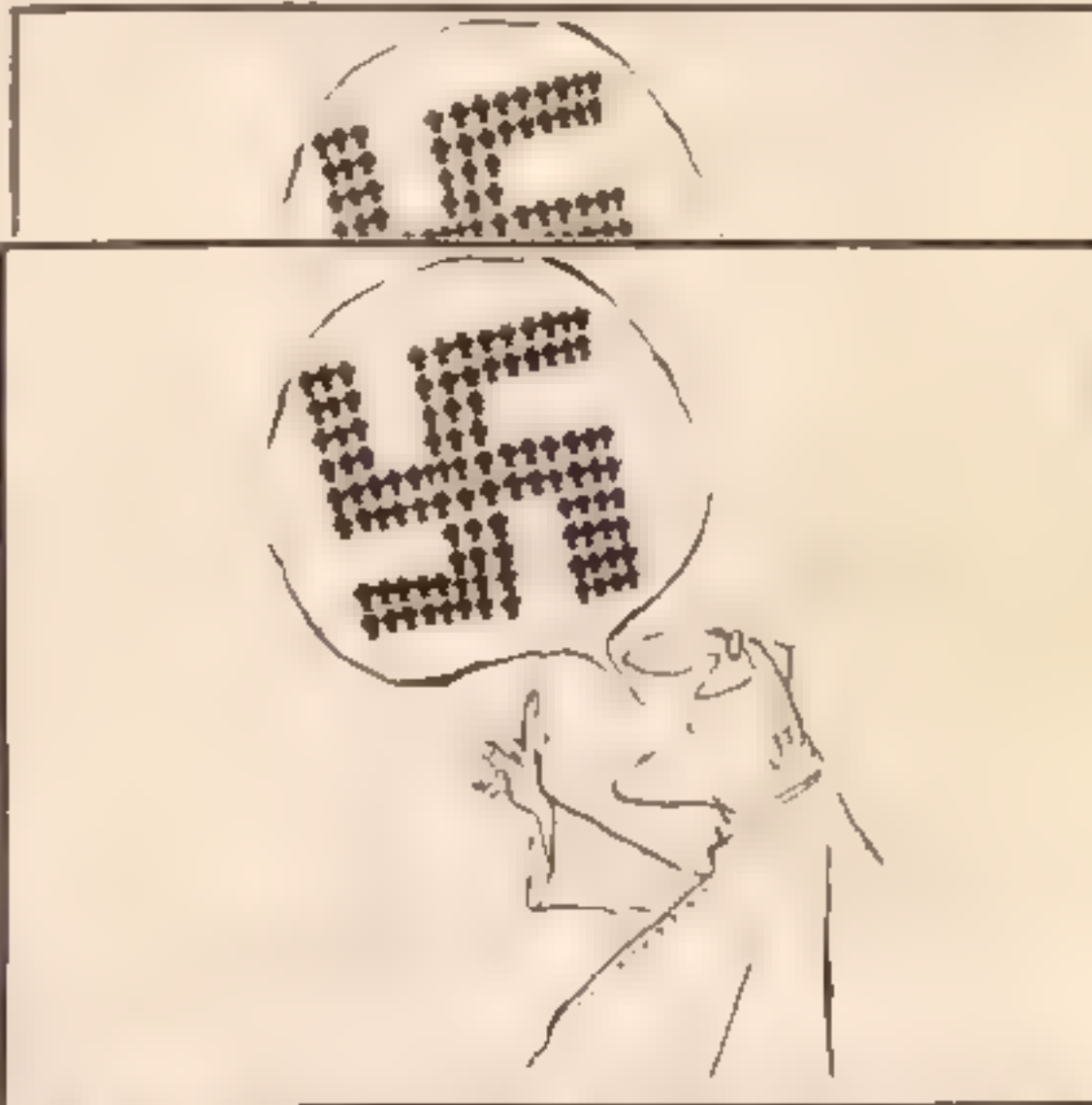
Trotzdem ließ die Kurie von ihren Zielvorstellungen nicht ab. Der apostolische Nuntius äußerte auch gleich nach Abschluß des Vertrages, „daß dieser niemals als Verzicht auf die Grundrechte gedeutet werden darf“. Denn, daß es auch klerusfreundlicher geht, zeigten die Lateranverträge vom Frühjahr 1929: das Konkordat mit dem faschistischen Italien.

Dieses war sowohl für Hitler als auch für den vatikanischen Nuntius Pacelli (später Papst Pius XII.) Vorbild für einen entsprechenden Vertrag mit der deutschen Reichsregierung. Für die Kurie deshalb, weil der Lateranvertrag das kanonische Recht weitgehend gewährleistete. Das betraf sowohl die seit der Gründung des bürgerlichen italienischen Nationalstaates im 19. Jahrhundert stin-

ge – Frage des Kirchenstaates, als auch die Freiheit der Kirche in der Besetzung ihrer Ämter. Wie weit der faschistische Staat dem katholischen Klerus entgegenkam, kann daraus gemessen werden, daß in Artikel 1 der Katholizismus zum einzigen Staatsreligion erhoben wurde und daß der Staat kirchlich geschlossenen Ehen bürgerliche Wirkung zuerkannte.

Vor diesem Hintergrund wird der Artikel 43 des Laterankonkordats nicht als Zugeständnis des Katholizismus an den faschistischen Staat gewertet werden dürfen, wie dies bürgerliche Historiker gerne tun. Artikel 43 verbietet es allen geistlichen und Ordensleuten, „sich bei irgendeiner politischen Partei einzuschreiben oder zu betätigen“ (Entpolitisierungsklausel). Dieser Artikel besiegelte den politischen Tod der katholischen Volkspartei, in welcher sich katholische Geistliche überwiegend organisierten und die deshalb das politische Instrument des katholischen Klerus im liberal-bürgerlichen Staat war. Mit dem Lateran-Konkordat war aber alles erfüllt, was politisches Ziel des Katholizismus war; eine eigenständige katholische Partei war damit überflüssig geworden.

Anläßlich der Unterzeichnung der Lateranverträge brachte der „Völkische Beobachter“ vom 22.9.29 eine Rede Hitlers: „Wenn aber die Kurie heute mit dem Faschismus Frieden schließt, so beweist das, daß der Vatikan diesem politischen System Vertrauen entgegenbringt, jedenfalls mehr als dem liberaldemokratischen Staat von einst, mit dem er keinen Frieden zu schließen vermochte“.



Bei dem Zentrumsvorsitzenden L. Kaas, der später bei den Verhandlungen um das Reichskonkordat eine Schlüsselrolle spielte, ist darin nur Übereinstimmung festzustellen. In einem Aufsatz würdigte er die Lateranverträge als „ein Paradigma (Musterbeispiel – d. Red.) von säkularer Bedeutung ... der autoritäre Staat mußte die autoritäre Kirche besser in ihren Postulaten begreifen als andere...“ (aus: Scholder, Die Kirche und das Dritte Reich).

Von daher gesehen ist es bestenfalls auf kirchengeschichtliches Unwissen, schlimmstenfalls auf bewußte Verharmlosung zurückzuführen, wenn die deutsche katholische Bischofskonferenz behauptet, „das Reichskonkordat war die vertragsrechtliche Form der Nichtanpassung der katholischen Kirche an das NS-System“ (Erklärung vom 31.1.79). Das Gegenteil trifft zu. Das Reichskonkordat ist der vertragsrechtliche Ausdruck für die übereinstimmenden Interessen von Katholizismus und Faschismus.

Deutlich wird dies an den politischen Vorgängen in Deutschland im Frühjahr 1933. Nach der Machtübernahme Hitlers stellte der politische Katholizismus noch eine statthaltige Macht dar. Bei den Märzahlen erhielt das Zentrum 11,3%, und die deutsche katholische Hierarchie hatte in mehreren Erklärungen die NSDAP geschlossen abgelehnt. Das bischöfliche Ordinariat von Mainz z.B. verbot es den Katholiken, der NSDAP beizutreten, verbot es NSDAP-Mitgliedern in korporativer Zusammensetzung Beerdigungen beizuwohnen und verweigerte NSDAP-Mitgliedern die Sakramente. Allerdings fanden die katholischen Bischöfe für ihre Ablehnung keine Unterstützung in Rom. Von Anfang 33 sind mehrere Äußerungen von Papst Pius XI. bekannt, in denen

er Hitler als ersten und einzigen Staatsmann lobt, der öffentlich gegen den Bolschewismus redet. Das waren Winke mit dem Zaunpfahl. Deshalb konnte Hitler für das angestrebte Ermächtigungsgesetz mit Unterstützung aus Rom rechnen. Das war wesentlich, denn der dazu erforderlichen Zweidrittelmehrheit im Reichstag stand immer noch der Block des Zentrums entgegen. Er konnte aber – im Blick auf die Lateranverträge und im Blick auf führende Personen des Zentrums wie L. Kaas – sicher sein, daß Rom mit dem Versprechen eines Reichskonkordats das Zentrum aufgeben würde. In diese Richtung äußerte sich auch Hitler in der Kabinettssitzung gleich nach den Märzahlen. „Die Wähler des Zentrums würden erst dann für die nationalen Parteien zu erobern sein, wenn die Kurie die beiden Parteien (Zentrum und Bayerische Volkspartei) fallen lassen“ (Scholder). Deshalb gab er auch bezüglich Konkordats einen eindeutigen Hinweis. „Daß den Bischöfen die authentische Interpretation aller die Kirche betreffenden Fragen zusteht“ (Scholder). Kontakte zwischen Rom und Berlin wurden unverzüglich aufgenommen. Das Ermächtigungsgesetz stand für den 23.3.33 zur Abstimmung. Im Zentrum gab es zunächst noch Widerstände gegen die Zustimmung. Schließlich setzte sich aber der Flügel um den Kanonisten und Vorsitzenden L. Kaas durch. Sein Widerpart in dieser Frage, Brüning, erinnert sich „Kaas Widerstand in dieser Frage, wurde schwächer, als Hitler von einem Konkordat sprach, und Papen versicherte, daß ein solches so gut wie garantiert sei“.

(Scholder). Göbbels schrieb 1937: „Kaas habe 1933 das Ja der Zentrumsparlament zum Ermächtigungsgesetz abhängig gemacht von der Bereitschaft der Reichsregierung über ein Reichskonkordat mit dem Heiligen Stuhl zu verhandeln und die Rechte der Kirche zu achten“ (Scholder).

Eine Woche nach dem Ermächtigungsgesetz gab der deutsche katholische Klerus eine Vertrauensklärung für die Regierung ab, in der er seine früheren Vorbehalte gegen die NSDAP zurücknahm. Grundsätzlich war Natur scheinen jene Vorbehalte sowieso nicht gewesen zu sein, denn die zuvor noch skeptisch schienen, zitiert Deschner als Substanten in seinem „Festgeläute zum Geburtstag des geliebten Führers“ („FR“, 19.2.79).

Es ist also berechtigt von einem unmittelbaren Interessenszusammenhang zwischen Ermächtigungsgesetz (23.3.) und Reichskonkordat (20.7.33) zu sprechen. Dieses entsprach dann auch grundsätzlich dem italienischen Vorbild, der Staat schützte weitgehend die Rechtsansprüche der katholischen Kirche, hier insbesondere der Konfessionsschule, es enthält auch die Entpolitisierungsklausel.

Weder von Nicht-Anpassung, noch von Anpassung kann hier geredet werden, sondern einzig und allein vom Zusammenspiel gleichgerichteter Interessen, denn der katholische Klerus trug wesentlich zur Machtkonsolidierung des Faschismus bei.

In den nächsten Nummern erscheinen in lockerer Folge weitere Aufsätze zum Thema Kirche und 3. Reich.

Kirchenkommission



Nachrichten aus Schule und Hochschule



Verfassungsschutz an den Schulen

„Bei uns gibt es keine Schnüffeleien an den Schulen“. So äußerte sich der bayrische Innenminister, als eben diese Tätigkeit des Verfassungsschutzes im Sommer letzten Jahres breit in der Presse behandelt wurde. Damals hat von der SPD über die Schülerunion bis hin zu Dregger (fast) jeder die Chance wahrgenommen, sich mal kräftig gegen die Bespitzelung von Schülern auszusprechen. Innenminister Baum erklärte z. B.: „er halte es nicht für richtig, daß der Verfassungsschutz an den Schulen tätig ist“ („Tat“, 12.1.79). Der Wirklichkeit näher kommen wird wohl eine Äußerung von jemandem, der es eigentlich wissen muß. Der stellvertretende Leiter des Hamburger Landesamtes für Verfassungsschutz, Christian Lochte, erklärte: „Wenn sich ein Schüler einer extremistischen Organisation außerhalb der Schule anschließt, kann er sicher sein, daß er vom Verfassungsschutz überprüft und erfaßt wird“ („Hamburger Morgenpost“, 26.7.78). (Dabei muß man bedenken, daß selbst Landesamtsleiter in Verfassungsschutzberichten als „extremistisch“ geführt werden!). Klar, das kann nur durch eine systematische, umfassende Bespitzelung erreicht werden; doch daß das „natürlich“ auch so läuft, mag sogar die CSU nicht so ganz in der Öffentlichkeit zugeben. Zwei neu aufgedeckte Fälle von Spitzelanwerbung zeigen, daß trotz vieler Schönwetter-

erklärungen nicht im Traum daran gedacht wurde, die Bespitzelung von Schülern einzuschränken.

Anfang Februar 79 versuchte ein bayrischer Verfassungsschützer ein ehemaliges Mitglied der Roten Schülerfront für den Verrat an seinen alten Genossen zu kaufen. Der Verfassungsschützer meldete sich telefonisch, stellte sich als „Christian“ vor und versuchte, ein erstes Treffen mit dem Genossen zu arrangieren. Auf Nachfrage gab er bald zu, ein „Staatschützer“ zu sein. Auf dem Treffen wartete „Christian“ mit detaillierten Kenntnissen über die ehemalige Beteiligung des Gen. auf. So war ihm auch der Austritt und die Tatsache, daß der Gen. damals interne Dokumente der RSF nicht wieder ausrücken wollte, bekannt. Gerade diese Dokumente schienen für den VS interessant. Desweiteren bekundete „Christian“ Interesse an Organisationsstrukturen und Mitgliederzahlen der RSF. Besonders wichtig schienen ihm aber, „was man dort (in der RSF) im einzelnen für Auffassungen hege, was an Wesentlichem in Flugblättern, Schriften usw. nicht aufgedeckt werde.“

Bei dieser Spitzelanwerbung kam es zum Glück nicht zu einer „Zusammenarbeit“. Der Genosse alarmierte seine ehemalige Organisation und schaltete auch den „Stern“ ein. Als so am für ein nächstes Treffen vereinbarten Punkt ein Fotograf des „Stern“ auf der Lauer lag, ließ sich

„Christian“ nicht mehr blicken und meldete sich auch in Zukunft nicht mehr. Das erklärt eine Äußerung auf dem ersten Treff: „Daß er (Christian) mich (den betroffenen Gen.) so um Informationen angehe, sei nichts Außergewöhnliches. Vielmehr probierten sie das eben bei solchen Fällen wie meiner Person gern, und es sei dabei mehr oder minder Zufall, inwieweit der untersuchende Beamte dabei einen Informationserfolg erziele.“ Zitat und alle Informationen nach einer Rede des Gen. auf einer Veranstaltung am 6.3. in Regensburg.

So ein „Zufall“ mit „Informationserfolg“ ereignete sich in Nordrhein-Westfalen. Der SDAJ verdankt wir das Aufdecken des Falls von Urban Hessling, 17 Jahre, Vorsitzender der Schülerunion Bottrop. „Im Heinrich Heine Gymnasium Bottrop

bespitzelte ... (er) ... seine Mitschüler und Lehrer und übergab die schriftlichen Aufzeichnungen seiner Beobachtungen gegen Geld einem Mann, der sich als Mitarbeiter des Bundesamtes für Verfassungsschutz vorstellte“ („FR“, 14.3.79). Auf Formularen von Hessling, die SDAJ-Mitglieder dem VS-Gangster nach dem letzten Treff entreißen konnten, stand z. B. über einen Schüler: „Seit ca. 1 Monat schwarzer, fünfzackiger „ANARCHO“-Stern auf dem Parka.“ Über einen Lehrer notierte Hessling, dieser habe am 3. März in der Deutschstunde um 8 Uhr 45 erklärt: „In unserem bürgerlichen System gibt es in Verbindung mit Berufsverböten in der Weise Zensur, daß Leute sich selbst zensieren, um nicht zensiert zu werden.“ (ebenda).

Ach ja, beinahe hätte ich's vergessen: „Ein Sprecher des Innenminis-

teriums in Düsseldorf teilte der „FR“ mit, „unser Verfassungsschutz hat mit der Sache nichts zu tun.“ (ebenda).

Etwas ehrlicher zeigte sich da zwei Monate vorher noch das Kultusministerium bei einem anderen Fall. Ein Lehrer deckte auf, daß VS-Beamte systematisch Lehrer über ihre Schüler befragten, wenn diese in den öffentlichen Dienst wollen. Dazu das Ministerium: „Falls Lehrer von Verfassungsschützern über Verhalten von Schülern befragt worden seien, sei das noch peinlicher als in Bayern.“ (nach „Tat“, 12.1.79). Etwas nüchterner sieht das der enttarnte Verfassungsschützer, der den Lehrer zur Denunziation aufforderte: „Er habe das schon seit fünf Jahren gemacht und noch nie Schwierigkeiten gehabt“ (ebenda).

Eine Hamburger Lehrlingsgenosse

Antifaschistische Info-Tage von Bürokraten behindert

Frankfurt. Unter dem Eindruck der Holocaust Serie haben Frankfurter Schüler beschlossen, sich den ausbreitenden neonazistischen Aktivitäten mit antifaschistischer Aufklärung entgegenzustellen. An bisher 17 Schulen sind dazu Aktionsstage geplant. Zur Vorbereitung hat sich eine antifaschistische Jugend-AE unter Beteiligung von Mitgliedern der Jusos, Falken, SDAJ, des KB und unorganisierten Schülern gegründet. Außerdem haben sich Antifa-Schülerkreise zur Planung direkter Aktivitäten gebildet. Die Planungen stoßen offensichtlich nicht auf Gegenliebe bei Schuldekanen. Michom (CDU und Mitglied im neonazistischen Witkobund) und einigen Schulleitern. So wurden an mehreren Schulen schon die Vorbereitungen behindert. An der Weidenbornschule sollten an der Antifa-Woche zwei ehemalige KZ-Häftlinge, Herr Eisenbacher (VVN) und Herr Marchand (VVN und Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Preungesheim), sowie ein Mitglied des Stadtschülerrats (SSR), J. Lessing,

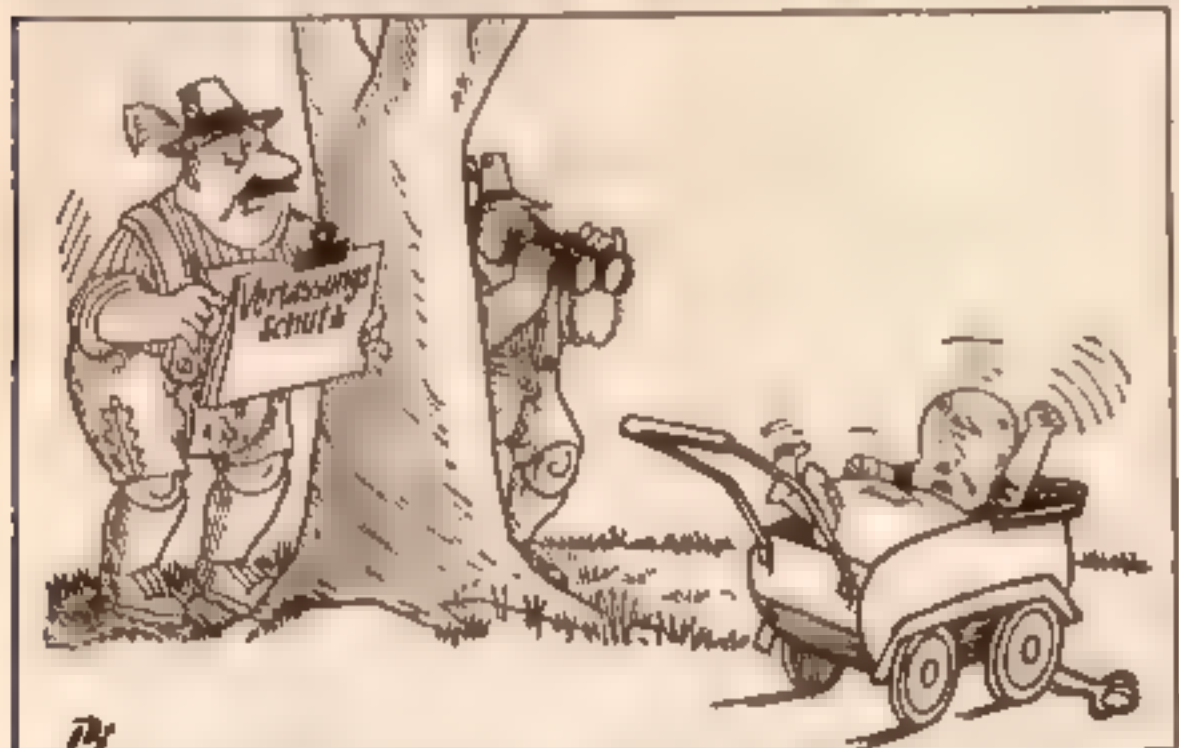
teilnehmen, um mit den Schülern zu diskutieren, Fragen zu beantworten und Filme zu kommentieren. Schulleiter Pickard versuchte schon während der Planung, diese Veranstaltung zu verhindern. Johannes verbot er, die Schule zu betreten, mit der infamen Lüge, J. sei gar nicht Mitglied des SSR (SSR Mitgliedern darf der Eintritt in andere Schulen nicht verweigert werden). Unter der Amtshilfe von Schuldekanen Michom wurde auch eine passende Begründung gefunden, um den ehemaligen KZ-Häftlingen Hausverbot zu erteilen.

Nach Michom ist eine einseitige Agitation, sowie eine Agitation zum Nachteil der freiheitlich-demokratischen Grundordnung an Schulen verboten. Da die VVN laut Verfassungsschutzbericht eine kommunistische Terrororganisation ist, sei allen VVN-Mitgliedern Hausverbot an Frankfurter Schulen zu erteilen. Geschieht dies nicht, so haben alle Schulleiter demnächst mit Disziplinarverfahren zu rechnen. Ein besonders zynisches Ar-

gument des Herrn Michom ist außerdem, daß „bei allen Schulveranstaltungen für eine politische Ausgewogenheit zu sorgen sei, damit die freiheitlich-demokratische Grundordnung in positiver Weise vertreten wird“. Bei Antifa-Schulveranstaltungen sieht Herr Michom die politische Ausgewogenheit wohl nicht gewährleistet, wenn ehemalige KZ-Häftlinge (in diesem Fall sogar noch SPD-Mitglieder) daran teilnehmen. Wahrscheinlich fordert er, daß dazu auch die KZ-Schlichter höchstpersönlich vertreten sein müssen. Die Antifa-Woche an der Weidenbornschule ist somit erstmalig verhindert worden.

Wir haben uns das aber nicht einfach gefallen lassen und mit dem SSR zusammen an vielen Schulen ein Flugblatt verteilt, das über die Behinderungen informiert. So wird die antifaschistische Aktionswoche weiterhin aktiv vorbereitet.

Schüler/innen im KB/ Gruppe Frankfurt



Noch ein Verfassungsfeld: Balit „die Linke zur Faust!“



Noch ein Verfassungsfeld: Balit „die Linke zur Faust!“

Antifa-Veranstaltung in Kappeln JZI zeigt „Wotans Erben“

Einen erfolgreichen Beitrag zu der Diskussion um die Inhalte der „Holocaust“-Sendereihe leistete die Jugendzentrumsinitiative in Kappeln. Das politische Interesse scheint recht groß zu sein, denn es kamen 65 Jugendliche.

Nach einem einleitendem Referat, in dem auf die Väter von Hitlers „Mein Kampf“ eingegangen wurde, und stützen Beispielen aus der aktuellen Neo-Nazi-Szene wurde der Film „Wotans Erben“ gezeigt. Vorher stattete uns aber noch ein „freundlicher“ Polizeibeamter am Anfang der Veranstaltung einen Besuch ab. Er wollte wissen, obwohl das in ganz Kappeln bekannt ist, wer der Verantwortliche (Vorsitzender) des Vereins für ein freies, selbstverwaltetes Jugendzentrum wäre. Der Kappeler Kaufmann Bolz hatte Anzeige wegen eines Plakates, das sich an einem seiner Häuser befand, gestellt. Er wollte jetzt wissen, an wen er die Rechnung wegen der Schadensregulierung schicken sollte. Also haben es die Reaktionen wieder mal geschafft, fortschrittliche Jugendliche in der Öffentlichkeit zu kriminalisieren.

Der Videofilm wurde mit großer Konzentration angesehen. Nachdem einige Hemmungen überwunden waren, lief auch die Diskussion danach gut an, weil sich einige Jugendliche

der JZI auf einzelne Themen vorbereitet hatten und jetzt Fragestellungen oder Beiträge liefern konnten. Festzuhalten bleibt, daß viele dankbar für die gegebenen Informationen waren, weil sie noch nie vorher etwas von den erschreckenden Aktivitäten der Neo-Nazi gehört hatten. Auch grundsätzliche Informationen über die faschistische Ideologie sind knapp bemessen.

Einige Mitglieder und Sympathisanten der JZI „bereicherten“ durch ihr Auftreten die Diskussion. Immer wieder versuchten sie, durch dumme Bemerkungen wie „Was denn ist in Kambodja los?“ die Diskussion vom Thema abzubringen, um gegen die „K-Gruppen“ labern zu können. Die seien ja „genau so schlimm“. Es wurde festgestellt, daß neben den Juden vor allem auch die Linken unter dem Faschismus zu leiden hatten.

Abschließend möchten wir feststellen, daß diese Veranstaltung einen Fortschritt auch in der politischen Entwicklung der JZI Kappeln darstellt. Viele Mitglieder haben erkannt, wie wichtig eine politische Stellungnahme zur Festigung der JZI ist. Das antifaschistische Bewußtsein wird auch in den zwei Räumen reflektiert werden, die die JZI demnächst von der Stadt erhält.

KB/ Gruppe Kappeln

JZ-Landestreffen in Schleswig-Holstein

JZ-Landestreffen in Schleswig-Holstein

Am 17./18. März findet in Neumünster im JZ Gardeland ein Landestreffen der schleswig-holsteinischen Jugendzentren statt. Wir sehen in einem landesweiten Erfahrungsaustausch der JZ's eine gute Möglichkeit, der vielerorts herrschenden Resignation im Kampf um selbstverwaltete Jugendzentren sowie der Tendenz zur Entpolitisierung der Jugendzentrumsarbeit entgegenzuwirken.

Die JZ's Westerland, Eutin, Pinneberg sind die jüngsten Beispiele für die Repressionspolitik der CDU gegenüber selbstverwalteten Jugendzentren bzw. JZ's in Schleswig-Holstein. Das Treffen einer Frauengruppe im JZ „Terror-Parolen“ an der Klotur oder bemalte Wände reichten aus, um JZ's zu schließen oder Jugendliche mit Hausverboten und Prozessen zu belegen. Es wäre also auch ein Thema des Landestreffens, einen Überblick über die Politik der bürgerlichen Parteien zu geben, um den Grundstein für gemeinsame Gegenmaßnahmen zu legen.

Damit das Landestreffen aber auch hält was es verspricht, ist notwendig, daß die JZ Basis aktiv und maßgeblich an der Vorbereitung und Durchführung beteiligt wird. Davon kann zur Zeit leider noch überhaupt nicht die Rede sein. Der Grund dafür ist der Einfluß der SDAJ im „Initiativsausschuß für ein Landestreffen der Jugendzentren und Häuser der Jugend“. In dessen Aufruf springt einem der DKP-Bürokraten-Stil gleich ins Gesicht:

So als wende man sich an Kleinstkinder, wird den Jugendzentrumsaktivisten seitenslang bis ins Kleinst vorgeschrieben, was sie zu tun hätten, „damit das Landestreffen

ein großer Erfolg von und für uns alle wird“. Im Kommissions heißt es: „Aufruf diskutieren und verabschieden, Spende auf Konto, Delegierte benennen, Kultur besorgen, Organisationshelfer benennen, ...“. So kann die SDAJ unersetzbar mit ihren eigenen Leuten umspringen, aber nicht mit der JZ-Basis! Eine Ermunterung zur Mitarbeit ist das jedenfalls nicht – und soll es wohl auch gar nicht sein.

Als wichtigstes anzustrebendes Ziel des Landestreffens wird die Wahl eines „funktionierenden Landes-Koordinationsbüros“ benannt, das von „JZ-Delegierten“ gewählt werden und natürlich auch gleich ein wichtiges „Statut“ bekommen soll. Hierfür sind im selbstverständlichen schon fertigen – Programm ganze eineinhalb Stunden vorgesehen. Man kann sich lebhaft vorstellen, wie die SDAJ in den Jugendzentren fleißig „Delegierte“ sammelt, und wie man im Partebüro bereits davon träumt, bald wieder einen neuen Bündnispartner im Jugendbereich zu haben. Erinnerungen werden wach an die Zeit von 1973-75, in der die Revis das damals noch existierende Koordinationsbüro beherrschte und sogar Unvereinbarkeitsbeschlüsse, speziell gegen KB-Genossen, durchsetzte (siehe Rebell 7 und 9).

Wir sagen eindeutig nein zu einem derartigen Koordinationsbüro, da es jedenfalls unter den gegebenen Bedingungen notwendigerweise abgehoben arbeiten muß. Es ist nicht ein zureichen, was man den örtlich auftretenden Problemen in den JZ's, der Tendenz zur Entpolitisierung und Resignation vor den Angriffen der Verwaltung dadurch entgegenwirkt, indem man sich einen Wasserkopf namens „Koordinationsbüro“ schafft.

Nicht „Tausende von Jugendlichen (Aufruf) setzen sich derzeit „tätig aktiv ein für Programm und Betrieb ihres Hauses“, sondern das sind leider nur recht wenige. Es wäre unverantwortlich, diese Kräfte für die Arbeit in einem Koordinationsbüro abzuhebeln.

Um den dringend notwendigen Erfahrungsaustausch unter den JZ-Aktiven in Schleswig-Holstein anzukurbeln, lassen sich bestimmt sinnvollere Formen finden, als ein zum eigenmächtigen Handeln „legitimierter Kreis“ (Aufruf). Zum Beispiel wären landesweite Seminare und die Wiederbelebung eines landesweiten Informationsblattes denkbar.

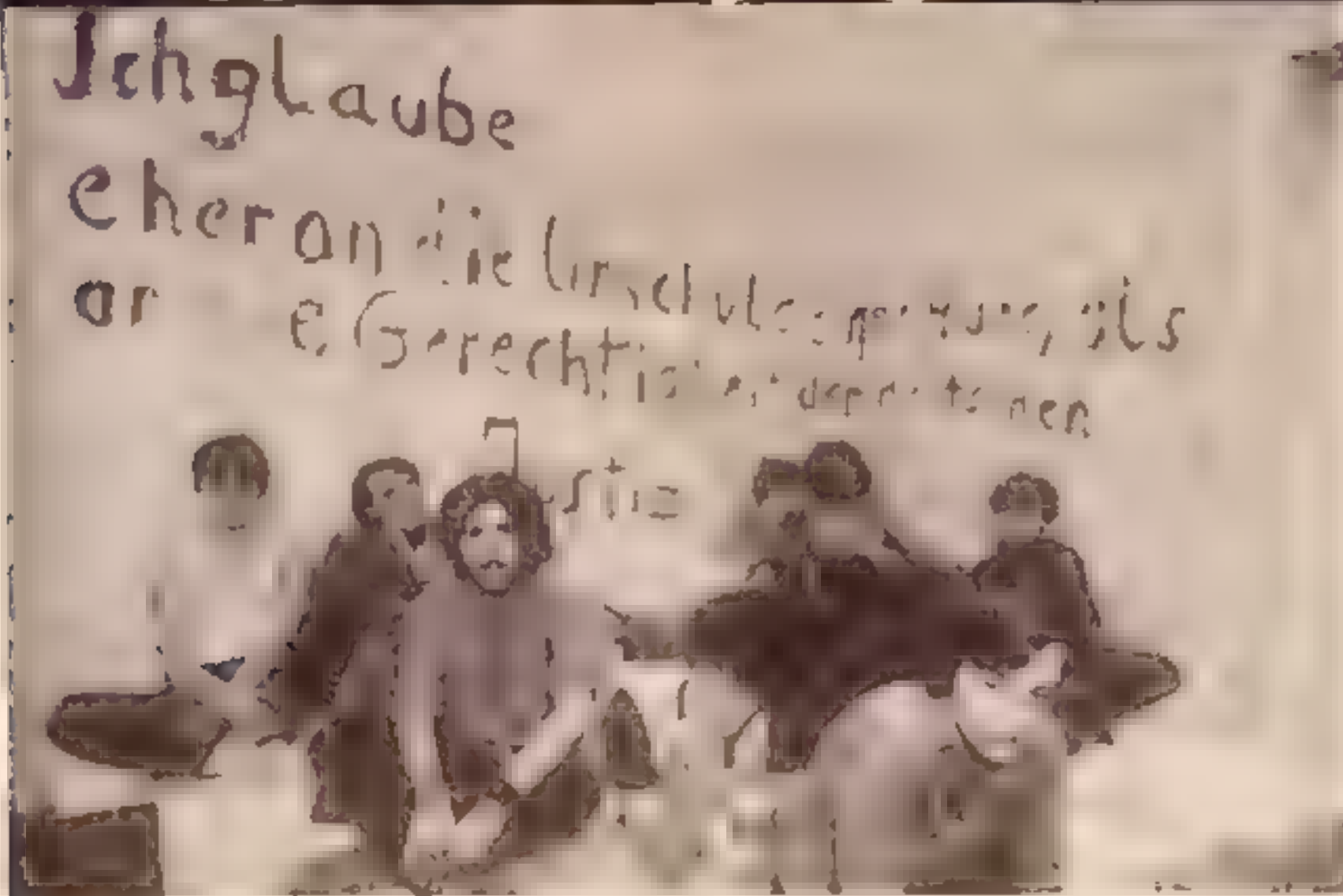
Die von den Revis so gern beschworene JZ-Basis sollte also keine Zeit verlieren und die Vorbereitung des Landestreffens in die eigenen Hände nehmen. Dabei sollte man positive Vorschläge aus dem Aufruf wie das Organisieren einer „Info-Börse“ durchaus aufgreifen. Für die geplanten Arbeitsgruppen sollte man mehr Zeit als die vorgesehenen zwei Stunden fordern, und sicher lassen sich auch interessantere Themen finden als „Mehr Geld für unsere Arbeit“ oder „Das ist unsere Kultur“.

Am 4. März findet in Glinde zwecks Vorbereitung des JZ-Landestreffens ein gemeinsames Treffen der regionalen JZ-Zusammenschlüsse Kreis Stormarn und Kreis Pinneberg statt, das bereits ihre „Skeptis“ mit den Vorstellungen der Revis zum Ausdruck gebracht haben.

Die SDAJ fordern wir auf, keinen undemokratischen Alleingang durchzuführen, sondern das Motto zu beherzigen, unter das sie selbst das Landestreffen am 17./18. März gestellt hat: „Gemeinsam geht's besser!“

KB/Gruppe Pinneberg

„Treibjagd“



Jugendliche im hessischen Erziehungsheim Staffeburg

Seit einigen Wochen geht ein „Fall“ durch die Presse, der erneut ein deutliches Licht auf die Zustände der Heimerziehung in der Bundesrepublik wirft.

Michael Holzner heißt der „Fall“. Er ist 36 Jahre alt, hat den größten Teil seines bisherigen Lebens in Heimen, in Fürsorgeerziehung und in Gefängnissen zugebracht. Der Lebenslauf gleicht dem der Tausenden Kinder und Jugendlichen in der BRD, die „öffentlich“ erzogen werden.

Er war „staatseigenes Kind mit der Buchnummer 5.309“, wie er selbst schreibt. Der Heimentlassung folgten „Diebstahl und Haft, Fluchtversuch und Entlassung, Lehre, Ehe und Scheidung, Einbruch, U-Haft, Ausbruch, Zuchthaus und Entlassung auf Bewährung, Keilner, Tischer, Kraftfahrer, zweite Ehe, Raubüberfälle, Festnahme, Haft, zwei Selbstmordversuche, zwei Ausbruchversuche“ („Zeit“ vom 7.2.79). Seine letzte Freiheitsstrafe hat Michael Holzner 1970 angetreten. 1976 ist er vorzeitig aufgrund guter Führung entlassen worden. Das Landgericht Verden bescheinigt ihm, er habe „eine echte Wandlung durchgemacht“ („Stern“, 1.2.79).

Dokument des Versuchs, die eigene Vergangenheit aufzuarbeiten und sich aus ihr zu lösen, ist das Buch „Treibjagd“, das Holzner 1978 veröffentlicht hat. Mittlerweile hat er auch sein Abitur nachgeholt, um Sozialarbeit zu studieren und „in jenen Heimen helfen zu können, die seine Jugend verdorben haben“ („Stern“, 1.2.79). Zur Zeit arbeitet er als Redaktions-Assistent bei Hoffmann und Campe, wo sein Roman erschienen ist. Der Verlag gibt im Plädoyer für Michael Holzner zu bedenken:

„Aber wenn Strafe Besserung bewirken und nicht Rache sein soll, dann ist ihr Vollzug in diesem Falle nicht allein nutzlos (denn die Besserung ist längst vorhanden), sondern wahrscheinlich zerstörend für den Resozialisierungsprozess“ („Zeit“, 7.2.79).

Und doch geht diese Treibjagd weiter. Siegfried Lenz hat in einem persönlichen Schreiben an den niedersächsischen Justizminister um Gnade für Michael Holzner gebeten. Berni Engemann im Namen des Deutschen Schriftsteller-Verbandes und des PEN-Zentrums Strafverhandlung gefordert. Redakteure der „Zeit“, des „Stern“ und des NDR haben sich dem Gnadengesuch in ihren Beiträgen angeschlossen – aber Holzner muß wieder ins Gefängnis. Für Straftaten, die er 1970 bei seiner letzten Flucht aus Gefängnissen verübt hat. Erst acht Jahre später, nämlich im März 1978, ist es zu einer Aburteilung gekommen, die auch Jahre Freiheitsentzug vorsieht. Verteidiger Heinrich Hannover hatte wiederholt gedrängt, daß der Vorgang beschleunigt werden solle, jedoch: „Die Mühlen der Justiz mahlen langsam, zuweilen acht Jahre lang.“ So die „Hannoversche Allgemeine Zeitung“, die „HAZ“, die bei der Haft auf Holzner die offiziellen ministerialen Begründungen nachbetete, aber dennoch zugeben mußte, der Prozeß sei „in unglaublicher Weise verschleppt“ worden („HAZ“, 2.3.79).

Der Rechtsausschuß des niedersächsischen Landtages hat übereinstimmend beschlossen, daß die „von Holzner und seinem Anwalt beantragte gnadeweise Aussetzung der Strafe aus Gründen der Gerechtigkeit nicht möglich sei“.

Aus „Gründen der Gerechtigkeit“ also muß Michael Holzner, der seit seiner letzten Entlassung 1976 völlig straffrei lebt, wieder zurück in die unmenschlichen Verhältnisse, die ihn kriminalisiert haben.

„Muß man für einen Gnadenakt Pörry Heerdt heißen?“, fragt die „Zeit“. Die Antwort heißt ja, und der Zynismus, mit dem die verantwortlichen Treibjäger im niedersächsischen Justizministerium diesen Beschluß begründen, ist kaum zu überbieten. Das Gnadengesuch sei abgelehnt worden, „um nicht den rechtsstaatlichen Gleichheitsgrundsatz zu verletzen“, und wichtigster Grund sei

„neben der noch immer nicht auszuschießenden Rückfallgefahr die Meinung, es dürfe keinen Vorüberlaß einmal verhängter hoher Freiheitsstrafen geben, wenn das Rechtsgesetz nicht zusammenbrechen sollte“ („HAZ“, 2.3.79).

Die Treibjagd ist erst einmal aus das Opfer wieder einmal zur Strecke gebracht, der Sorge der Politiker, das Rechtsgesetz dürfe nicht zusammenbrechen, Genüge getan.

Eine Freundin von mir, seit über zehn Jahren Heimzögling, hat an ihrer Wand den Satz Eldridge Cleavers aufgehängt:

Wir werden Menschen sein. Wir werden es sein, oder die Welt wird dem Endbuden gleichgemacht bei unserem Versuch, es zu werden.

Jugendliche des hessischen Erziehungsheims Staffeburg schreiben an ihre Gefängniswände: „Ich glaube eher an die Unschuld einer Mure, als an die Gerechtigkeit der deutschen Justiz“.

Sie haben Recht!

KB/Gruppe Hannover
KB/Gruppe Hannover



„Mit 15 hat man noch Träume“

So lautet der Titel eines Buches, in dem Jugendliche ihre Lebensziele und Berufsvorstellungen mit der dann vorgefundenen Realität konfrontieren und über ihre verschiedenen Erfahrungen in der „Arbeitswelt“ berichten.

Wer sich nun hat träumen lassen, daß man über diese Träume und die derzeitige nackte Realität reden und nachdenken darf, ja daß gerade in einer Unterrichtseinheit mit dem Thema „Texte aus der Arbeitswelt“ die Berichte Betroffener über Arbeit, Schule und Lehrstellensuche das einzige Angemessene sind, der wurde jetzt von der CDU schnellstens auf die Erde zurückgeholt. „Das muß unterbunden werden“. Damit schneit ein linker CDU-Abgeordneter zur Tat und beschwor einen „Schulskandal mit landespolitischer Dimension“ („FR“, 6.3.) herauf.

Hintergrund seines Aufstandes: In einer Unterrichtseinheit im Deutschunterricht hatte eine Lehrerin der Gesamtschule in Großen-Buseck (Hessen) zwei Berichte aus dem Buch verwendet. Zwar hatte sie zusätzlich Materialien der Bundesanstalt für Arbeit, der Arbeitgeber und Gewerkschaften eingesetzt, doch das änderte an dem Aufschrei des CDU'lers (Hetzbuch im Unterricht – Klassenkampfpapieren) nichts. Wie grotesk das Vorgehen ist, zeigt sich, damit man das Buch mal zur Hand und geht auf die Suche nach „Klassenkampfpapieren“. Der Versuch „Hetze“ ausfindig zu machen, ist zum Scheitern verurteilt, es sei denn unter Hetze versteht man die Schädigung der realen Zustände.

So erboste sich der CDU-Mann beispielsweise über folgende Passage am meisten: „End der Lehnung war froh, überhaupt eine Lehrstelle gefunden zu haben. Denn: Außer Magd Verkäuferin, Schreibkraft und Keilnerin kann man bei uns kaum etwas lernen. Das dürfte in der Tat kein Geheimnis sein. Schließlich ist Schleswig-Holstein das industriell schwächste Land der Bundesrepublik und immer noch unter CDU-Regierung über wo die Verdammten leben gibt es mehr Kinder.“

Wie weit hier die CDU nach rechts drifft, zeigt sich auch daran, daß selbst die „FAZ“ in einer Rezension 1975 das Buch wohlwollend besprochen hat.

Wäre dieser Vorfall ein folgenloser Angriff eines CDU-Einzelgangers könnte man getrost darüber hinwegsehen. Dem ist aber nicht so. Dieser Skandal reiht sich nicht nur ein in

Skandal reiht sich nicht nur ein in eine ganze Reihe weiterer Versuche, die Lehrinhalte auszuwischen, es zeigen sich auch handfeste Folgen für Schüler, Lehrer und das gesamte Klima in den Schulen. „So heißen die Inhaber von heimlichen Handwerksbetrieben die Schule wissen, daß die künftig deren Schulabgängern keine Lehrstelle mehr anbieten werden“ („FR“). Ein Lehrer sagte prompt aus Angst vor Angriffen einen Besuch mit einer Klasse in einem kritischen Theaterstück ab.

Und, wie gesagt, kein Einzelfall! Der Offenbacher CDU-Abgeordnete H. Schoppe witterte ebenfalls „rot“ in einer Schule und richtete deshalb eine Anfrage an die Landesregierung.

Ein Lehrer habe zu Kindern gesagt: es gäbe Lehrer, die „Schülern von Eltern der sogenannten sozialen Oberschicht bessere Noten geben als Schülern der sozialen Unterschicht“ („FR“, 6.3.). Na, wenn das keine „Indoktrination“ ist!

Und auch die Industrie- und Handelskammer sieht die Stunde gekommen, mal wieder auszutesten, wie weit sie gehen kann. Nachdem die CDU bereits im letzten Jahr vergeblich gegen vier Lehrbücher Sturm gelaufen war, versucht man es jetzt von dieser Seite aus nochmal. SPD-KuMi Krollmann zeigte sich natürlich gesprächsbereit und verriet gleich, daß jedes Schulbuch abgelehnt werde, das mit der FDGO unvereinbar sei oder „Rechtsvorschriften verletze“ („FR“, 10.3.). Gegen welche Inhalte die Kammer angeht, zeigt das Beispiel des von ihnen inkriminierten „Arbeitsbuch Punkt“. Dieses Buch sei an der „Theorie des Marxismus-Leninismus orientiert und fordere zum Klassenkampf“ auf. Der Autor, ein Politikwissenschaftler W. Mickel, CDU-Stadtvorordneter (!). Überdies: Sogar in Albrechts Niedersachsen ist dieses Buch Lehrbuch an den Schulen.

FAZ

Weltweit Literatur der Arbeitswelt

Mit 15 hat man noch Träume
Arbeiterjugend in der BRD



Stein des Anstoßes: das Fischer Taschenbuch „Mit 15 hat man noch Träume“

Noch eine zum Schluß

Noch eine zum Schluß

Während all dies in den letzten Tagen publik wurde, war gleichzeitig zu lesen, daß der Verein griechischer Eltern und Erziehungsbe-rechtigter in Frankfurt und Umgebung e.V. eine Klage wegen des Inhalts griechischer Schulbücher einreichen werde. In diesen Büchern werde das „Griechentum verherrlicht und zum Teil zum Kampf gegen die Türken aufgerufen“ („FR“, 12.3.). Derartige Inhalte stören selbstverständlich weder die Industrie- und Handelskammer, noch einen Herrn Keil, Schoppe oder Krollmann oder wie sich auch alle heißen.

Eine Frankfurter Genosin

„Die Zerschlagung der Gymnasien“

Das Thema Gesamtschule, schon lange Objekt der finsternen Demagogie, ist jetzt in Schleswig-Holstein zum Wahlschlager Nr.1 gemacht worden. Schon Anfang der 70er Jahre war die Gesamtschule der Knüller bei den Reformversprechen der Spezialdemokraten gewesen, was auch seinen Niederschlag im Bildungsgesamtsplan von 1973 fand. In dieser Zeit entstand auch der Schulentwicklungsplan der Stadt Kiel, der besagt, daß zu prüfen sei, ob aus der altsprachlichen Gelehrtenschule (Eliteschule des Kieler Adels und Bürgertums) und der naheliegenden Hauptschule nicht ein Bildungszentrum gemacht werden könne. Die damalige Stadtvertretung hatte sich nämlich zur integrierten Gesamtschule „bekannt“.

Als nun das Stadtplanungsamt am 2.2.79 an das Landesbauamt schrieb, daß die vom Land vorgesehene Turnhalle in der Nähe der Gelehrtenschule nicht den Planungen der Stadt (von 72) entsprechen würde – wegen des Bildungszentrums – waren die Presse und der Elternrat der Gelehrtenschule sofort zur Stelle, man entdeckte flugs einen „Geheimplan“ zur Zerschlagung von Gymnasien.

Was nun folgte, war die schon zur genüge bekannte Hetze von Elternrat, CDU (von ganz oben bis ganz unten), Springerpresse und nicht zuletzt vom Institut für klassische Altertumskunde der Uni Kiel, das schon die Kultur untergehen

Die SPD beteuert immer wieder, nichts gegen den Willen der Eltern zu machen. Das Ganze wird jetzt Gegenstand einer Ratssammlung sein, und das Einführen neuer Gesamtschulen soll nur nach Befragung der Grundschulleitern erfolgen.

Stoltenberg ruft dazu auf, das Thema offensiv zu diskutieren, und zieht Vergleiche zu den Auseinandersetzungen um die Koop-Schule in NRW.

Bildungsminister Schmude hingegen meinte vor einigen Wochen, die Gesamtschule sei kein Wahlkampfthema, sodaß es, von anderen Aspekten einmal abgesehen, nicht verwundert, daß die SPD schon seit einiger Zeit lieber Lehrerbefragungen und Klassenfrequenzen diskutiert haben möchte, wo Schleswig-Holstein allerdings auch das Schlußlicht in der BRD-Statistik büdet. Jugendzelle, KB/Gruppe Kiel

Jugendkriminalität in Darmstadt

1977 lag der Anteil an Jugendkriminalität in Darmstadt und im Landkreis bei 37,2%. Damit hat Darmstadt die Spitze in Hessen.

Um näher in die Problematik einzudringen, hat die Polizei eine Fragebogenaktion durchgeführt. Das Ergebnis liegt nun vor.

Nach Altersstruktur gestaffelt ergibt sich folgendes Bild: 27% unter 14 Jahren, 52% zwischen 14 und 18 sowie ca. 20% zwischen 18 und 21.

Von noch größerem Interesse dürfte die Herkunft der erfaßten 594 Jugendlichen sein. Nach der Studie sind die Eltern zu 4% Akademiker, 8% Selbstständige, 6% Beamte, 43% Arbeiter und 23% Angestellte. Der Rest umfaßt Pensionäre, Arbeitslose und ohne Berufsangabe.

Diese Zahlen veranlaßten das „Darmstädter Echo“ zu der Feststellung: „daß es kaum mehr Unterschiede bei dem Milieu gibt, aus dem jugendliche Straftäter kommen“ (23.1.79). Es ist aber ein Trugschluß zu glauben, daß die „Chancengleichheit“ sich auch in der Jugendkriminalität niederschlägt. Die Entwicklung

dürfte wohl eher so verlaufen, daß die Kinder der Beamten, Selbstständigen und Akademiker keinen vorgezeichneten Weg in diese Richtung haben.

Von den Eltern dieser Schichten wird vielfach eine kriminelle Erbsitz als Jugendsünde verziehen, und die Kinder werden wieder in den Schoß der Familie zurückgeholt. Außerdem können diese Schichten sich teure Anwälte leisten und auf diese Weise die Folgen dämpfen.

Nach den Beweggründen befragt, gab jeder zweite Jugendliche Mangel an Geld an. „13% der Jugendlichen gaben als Beweggrund Neugierde und Abenteuerlust bzw. Übermut und Angabe an. Sieben Prozent wollten einmal am Lenkrad eines Autos sitzen, fünf Prozent hatten Langlewille, ärgerten sich oder wollten sich rächen. Bei zwei Prozent lag Drogenabhängigkeit vor“ („DE“, 23.1.79).

In der Angabe der Motive spiegelt sich der Charakter unserer Gesellschaft wider, z.B. Dinge besitzen zu wollen, die den Jugendlichen aufgrund ihrer ökonomischen Lage vor-

enthalten sind.

Die Maßnahmen, die vom Polizeipräsident Bernet eingeleitet worden sind, lassen für die Jugendlichen nichts Gutes für die Zukunft erwarten. So wurde eine Sondergruppe gebildet, „deren Aufgabe es sei, Ursachen, Trends und Schwerpunkte aufzufindig zu machen“ („DE“, 23.1.). Ferner sind als konkrete Maßnahmen verstärkte Jugendhelferkontrollen vorgesehen.

Die Erfassung und Beschneidung der Jugendlichen und sogar Kinder ist damit noch nicht zu Ende. So wollen die Beamten „direkten Kontakt zur Bevölkerung, zu Jugendclubs, Hausmeistern von Wohnblocks (!), Kindergärten (!) und Schulen“ aufnehmen.

Ausdrücklich hat der Darmstädter Magistrat die Bekämpfung der Jugendkriminalität als einen Punkt in seinem Programm zum „Jahr des Kindes“ genannt. Auf diesen Beitrag können die Jugendlichen gern verzichten.

Ein Darmstädter Genosse

Diskussionsbeiträge zur Frage der Gesamtschule

Gesamtschule ja aber wie? Ein Erfahrungsbericht

Die Formulierung: Wir sind für Gesamtschulen, finde ich einfach zu allgemein, ebenso wie andere Aussagen des Leserbriefs zum Gesamtschulartikel in AK 148 (im folgenden zitiere ich mehrfach auf diesem Leserbrief).

Gesamtschulen sind sehr unterschiedlich organisiert, an sehr unterschiedlichen Standorten und mit verschiedenen Schwerpunkten. Das muß genau untersucht werden.

1. Zu Standort und Schülerschaft: Ihr schreibt: "Zumindest in Hamburg stehen die Gesamtschulen nicht in Blau-weißen. Die Gesamtschulen sind gerade in neuen Arbeiterwohnvierteln errichtet worden." In Hannover-Linden ist es auch so oder in Westberlin in manchen Regionen kommen die Schüler aus der ganzen Stadt und vom Land. In Universitätsstädten ist es zumal auch noch so, daß viele fortschrittlich eingestellte Akademiker ihre Kinder zur Gesamtschule schicken. Das hat natürlich erhebliche Konsequenzen. Was erleben nämlich Arbeiterkinder vielfach in der Gesamtschule? Die Akademikerkinder, die es schon ihnen gegenüber privilegiert sind, haben viel mehr zu den Lehrern guten Kontakt, sind mutiger, verlangen viel mehr Zuwendung von den Lehrern, nutzen auf und können im Endeffekt machen, was sie wollen. Auch wenn die Akademikerkinder schwächer, faulsten, andere Interessen verfolgen, erreichen sie die gesetzten Arbeitsziele, denn diese sind ihnen angepaßt. Der Unterricht spielt sich fast immer auf verbaler Ebene ab, als Wille wird vorausgesetzt, was die Akademikerkinder mitbringen. Der Unterrichtsstoff ist entweder am Gymnasium ausgerichtet oder selbst wenn er fortschrittlich ist, ein dem Wissen fortschrittlicher Mittel- und Oberschichtkinder: z.B. Grippe-Theater, "Spiegel"- oder "Stern"-Lektüre. Gerade für einen fortschrittlichen Lehrer ist es unheimlich verführerisch, mit solchen Kindern arbeiten zu können. Sie motivieren auf - antikapitalistisch, der individuelle Protest wird unreflektiert gleichgesetzt mit Protest gegen die Schellschule (Macht kaputt was auch kaputt macht) also fortschrittlich sie sind (verbale) gegen Unterdrückung, Unrecht, greifen auf oben genanntes Wissen zurück, gehen mit zu Damos etc. So lassen sich gute Unterrichtseinheiten wie Fußball je - Folter sein" durchführen (was man je oft noch in Gesamtschulen machen kann), ganz prima also - einseitig.

Auf der anderen Seite aber steht es ganz anders aus. Gerade die Arbeiterkinder oder im Besonderen die Mädchen finden am meisten gar nicht immer gerechtfertigt, oft geht es nämlich auf ihre Kosten, hindert sie massiv am Lernen und hat für sie ganz öble Folgen: zu wenig Zeit zum Lernen, wenn durch Krach die Stunde flöten geht, darauf folgen schlechte Tests und am Ende ein schlechter oder gar kein Abschluß. Zusätzlich werden die Arbeiterkinder, insbesondere wiederum

die Mädchen von den Akademikerkindern verachtet und lächerlich gemacht. Was, das weißt du nicht? Das darfst du nicht? - Das kannst du nicht? Was sie in der Tat unheimlich am Lernen hindert! Viele trauen sich dann auch wirklich nichts mehr zu. Und die Lehrer, für die sind diese Schüler halt ebenfalls doof eingepaßt, vielleicht noch fleißig (aber das ist für linke Lehrer meist ohne Wert). Im Endeffekt können solche Zustände für Arbeiterkinder eine ganz fatale Konsequenz haben. Sie erfahren in einer Schule, die sich als fortschrittlich bezeichnet, daß sie trotz aller Bemühungen verachtet werden über ihre Köpfe hinweg. Unterricht gemacht wird, das sie nur die schlechten Abschlüsse kriegen. Aber sie hatten doch die Chance. Es muß wohl doch ihre eigene Dummheit sein. Sie erleben, daß Lehrer die als fortschrittlich gelten, mit den anderen Kindern viel besser auskommen als kaum beachten, wenn nicht gar geringschätzen oder verachten, obwohl sie in der Theorie doch für die Arbeiterklasse für die Unterprivilegierten sind. Was soll das dem Schüler später im politischen Leben mit den Begriffen "fortschrittlich" oder "links" anfangen?

Daraus die Konsequenz zu ziehen: Gesamtschulen sind doch Scheiß, wäre sicher nicht richtig. Aber man muß die Gesamtschullehrer die sich selbst als "links" verstehen auffordern, solche Verhältnisse unbedingt zu verändern oder zu verhindern! Das bedeutet, daß sehr bewußt an diese Probleme herangegangen werden muß, sowohl was die Planung des Unterrichts als auch das Verhältnis zu den Schülern und Schullehrern betrifft.

"Allegemacht" werden die Arbeiterkinder nicht, zumindest nicht so weit, daß sie völlig kaputtgehen "auf Treibe gehen" trinken unter sich umbringen. Aber ob sie die Möglichkeit haben "gerade dort wo sich die progressiven und engagierten Lehrer sammeln zu lernen, ohne daß ihnen das Lernen verweigert wird" gerantelt ihnen die Gesamtschule nicht. Ob sie das lernen, das hängt von der Möglichkeit ab, wieviel Lehrer wirklich auf die Interessen und Bedürfnisse von Arbeiterkindern eingehen können.

Selbst wenn Gesamtschulinhalt fortschrittlich klingen, bedeutet das nicht unbedingt, daß die Schüler damit automatisch auf einen fortschrittlichen Weg geführt werden. Es ist ganz schön problematisch, an fortschrittliche Inhalte mit der üblichen Leistungsmessung, d.h. Auswahlverfahren, Konkurrenz und kaputtmachen heranzugehen!

Gangige Unterdrückungsmechanismen gibt es auch an Gesamtschulen, sowohl Lehrern als auch Schülern gegenüber. Die Lehrer sind teilweise einem viel größeren Anpassungsdruck unterworfen und total überfordert. Denn das was an Gesamtschulen das Positive ausmacht - weniger Schulangst durch bessere Beziehungen zwischen Lehrern und Schülern, durch individuelle Förderung und gemeinsame Freizeitgestaltung geschieht auf dem Rücken der Lehrer und besonders der Lehrerinnen, denn das geht weit über ihre 40-Stunden Woche!

Individuelle Förderung und gemeinsame Freizeitgestaltung geschieht auf dem Rücken der Lehrer und besonders der Lehrerinnen, denn das geht weit über ihre 40-Stunden Woche!

Von den 22 % der Gesamtschulbefürworter in Hamburg kommen, wie Ihr schreibt, die meisten Stimmen aus Arbeiterwohnbezirken. Das liegt m.E. vor allem daran, daß eine Gesamtschule 10-jährigen Schulbesuch garantiert und wenn sie als Gesamtschule aufgebaut ist, ist eher besonders für Arbeiterfamilien (aber auch für alle Mutter!) deshalb so wichtig, weil die Kinder in der Schule Mittagessen bekommen und keine die Familie nervenden Hausaufgaben aufgeben. So können die Mütter ohne Gewissen arbeiten gehen und sich abends den Kindern widmen, ohne daß der Schulerger der Hausaufgaben immer dabei ist.

Die Schüler, die in der Schule ein gutes Freizeitangebot bekommen wie Fotoclub, Segelclub, Töpferkurse, Werken, Schwimmen, Musik machen etc. haben es so auch besser als Schüler vieler Hauptschulen, da ihnen solche Angebote zu Hause nicht gemacht werden können. Und sie sind nicht allein sondern verbringen ihre Freizeit in der Gruppe. Allerdings muß man dabei sehen, daß auf die Dauer auch Nachteile damit verbunden sind, wenn ein Schüler jeden Tag von morgens bis abends in der Schule verbringt, erfährt er einen erheblichen Realitätsverlust, seine Beziehungen zur normalen Umwelt sind erheblich gestört, so selbsten, die Lehrer gehen mit ihm aus der Schule heraus, aber das geschieht leider viel zu selten.

Fazit: Ich bin für Gesamtschulen unter bestimmten Bedingungen, d.h. Berücksichtigung der o.g. Probleme.

Aber auch an normalen Schulen können sich fortschrittliche Lehrer für weniger Schulangst für die Öffnung der Schule, für Ganztagsbetrieb mit Mittagessen und Freizeitangeboten ohne Hausaufgaben einsetzen und somit gleiches erreichen wie fortschrittliche Lehrer an Gesamtschulen. Die Schulform garantiert nicht in Gesamtschulen und jedoch die Voraussetzungen für positive Veränderungen größer. Wenn was positiver heißt, so durch das Engagement der Lehrer, Schüler oder Eltern!

Ich hoffe, daß die weitere Diskussion sich stärker darauf bezieht, was es heißt, heute Schule und Unterricht stärker an den Interessen und Bedürfnissen von Arbeiterkindern auszurichten.

Eine Genosin aus Niederrhein

Zu diesem Diskussionsbeitrag

Dieser Beitrag wurde schon um einige Passagen gekürzt und hat trotzdem noch eine erhebliche Länge. Ich möchte in diesem Zusammenhang nochmals auf den „Hilfsruf der AK Redaktion“ in AK 149 hinweisen. Manuskripte möglichst kurz zu fassen. M.E. wäre das auch in diesem Fall möglich gewesen.

Im weiteren obigen inhaltliche Hinweise auf die bisherige Diskussion, die sich allerdings nicht nur auf verlässliche Meinungen sondern auch auf Gespräche beziehen. M.E. wird in leischer Weise grundsätzlich die Frage Gesamtschulen ja oder nein? aufgeworfen. Bei

den o.g. Argumenten, die sich allerdings nicht nur auf verlässliche Meinungen sondern auch auf Gespräche beziehen. M.E. wird in leischer Weise grundsätzlich die Frage Gesamtschulen ja oder nein? aufgeworfen. Bei

einer kommunalistischen Analyse kommt man natürlich sehr schnell zu der Erkenntnis, daß Gesamtschulen grundsätzlich das Klassensystem nicht aufheben. Das führt oft zu dem Schluß: Ob Gesamtschule oder nicht, die Probleme sind die gleichen, also gibt es keinen Grund sich für Gesamtschulen einzusetzen. Tatsächlich ist jedoch, daß sich gerade Arbeiter Eltern von der Gesamtschule bessere Chancen für ihre Kinder versprechen. Tatsache ist weiterhin, daß bürgerliche und kleinbürgerliche Eltern die traditionelle Bevormundung ihrer Kinder in Gefahr sehen. Beide Aspekte sind für eine fortschrittliche und kommunistische Lehrer und Elternarbeit von erheblichem Interesse. Einerseits im Kampf für die Chancengleichheit der Arbeiterkinder andererseits im Kampf gegen das Bildungsmonopol für die Kinder der Mittel- und Oberschichten. Unter diesen Aspekten ist die Diskussion um die Gesamtschulen dann keine mehr über ein mehr oder weniger an fortschrittlicher Pädagogik sondern wird tatsächlich zu einer auf welche Seite im Klassenkampf man sich stellt. Gerade hier sehe ich in der Praxis der meisten Lehrer die größten Schwierigkeiten, wie auch der oben abgedruckte Bericht zeigt.

Eine kritische Bilanzierung der bisherigen Erfahrungen mit den Gesamtschulen muß deshalb vor allem im Auge haben. Inwieweit die Aufgabe die bewußte Förderung der Arbeiterkinder erreicht worden ist, inwieweit dabei von Behörden und Schulleitungen Steine in den Weg gelegt wurden usw. Eine Bilanzierung allein unter dem Aspekt, daß in der Praxis die Hoffnungen vieler fortschrittlicher Kollegen zerschlagen wurden, ist eher dazu angetan, diese Kollegen ganz vom weiteren Engagement abzuhalten. Insofern würde ich den Elterngenossen in ihrer Kritik am Artikel des Lehrerkomitees Recht geben.

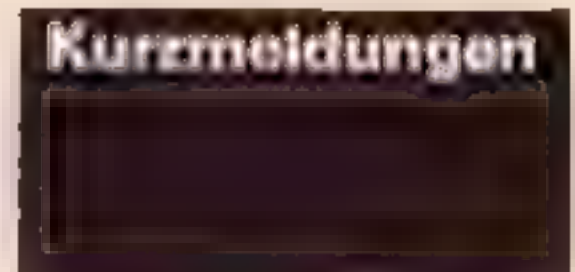
Der intensive Propagandafeldzug der CDU gegen die Gesamtschulen zeigt, daß die Bildungsmacht ihrer Klassenbasis verteidigen will. Man sollte in diesem Zusammenhang daran erinnern, daß das Recht auf Schulbildung auch eine Errungenschaft der Arbeiterbewegung ist, auch wenn die Bourgeoisie hierin bis zu einem gewissen Grade ebenfalls Interesse hatte. Ebenso gibt es heute ein Interesse der Bourgeoisie für eine bessere Bildung der gesamten Jugend um den Erfordernissen der industriellen Gesellschaft nachzukommen. Gleichzeitig verteidigt sie jedoch mit Zähnen und Klauen ein Privileg für ihre Kinder, was gleichzeitig zur Spaltung der Jugend dient. Diese Frage kann gerade im Zusammenhang mit der Einführung der Gesamtschulen, bzw. dem Feldzug der CDU, hier gegen in besonders deutlicher Form angesprochen werden.

Aus diesen Gründen halte ich die Frage „Gesamtschule ja oder nein?“ letztlich für untergeordnet. Für viel wesentlicher halte ich die Frage, wie in der Debatte um die Gesamtschulen die Kommunisten die Interessen der Arbeiterklasse und ihrer Jugend vertreten können.

Ein AK-Redakteur

Wie wesentlich habe ich die Frage, wie in der Debatte um die Gesamtschulen die Kommunisten die Interessen der Arbeiterklasse und ihrer Jugend vertreten können.

Ein AK-Redakteur



Berufung von W.D. Narr verschleppt

Seit zwei Jahren wartet der Politikwissenschaftler Wolf-Dieter Narr, Mitglied des westdeutschen Beirats des 3. Russell-Tribunals, auf seine Berufung an die Gesamthochschule Kassel. Obwohl von der Berufungskommission schon im April 77 vorgeschlagen, hat die hessische Landesregierung bis heute noch keine Entscheidung getroffen. Schon eine Berufung an die TU Hannover scheiterte am Einspruch der damaligen sozial-liberalen (!) Landesregierung, da es „verfassungsrechtlich bedenkliches Material“ gegen Narr gäbe.

Verschärfte Aufnahmeprüfung für Ausländer

Ausländer müssen, um für ein Hochschulstudium in der BRD zugelassen zu werden, vorher ein Studienkolleg mit abschließender Aufnahmeprüfung absolvieren. Am Hamburger Studienkolleg sollen nun drastische Prüfungsverschärfungen durchgesetzt werden. Zusätzlich zur Deutschsprachprüfung soll eine Prüfung in Mathematik eingeführt werden, Latein, bisher freiwilliges Wahlfach, soll zum Hauptfach erklärt werden. Schon in der letzten Zeit waren am Studienkolleg Leistungsverschärfungen zu verzeichnen, Lernstoff sowie Klausuren häuften sich immer mehr. Somit wird es immer schwieriger für ausländische Kommunisten, einen Studienplatz zu bekommen. Diejenigen, die das Studienkolleg trotz dieser Bedingungen durchstehen, haben kaum noch die Möglichkeit, neben der Paukerei andere gesellschaftliche Tätigkeiten wahrzunehmen.

Verschiedene ausländische Studentenorganisationen haben gemeinsam mit der FSG und dem ASIA der Uni gegen diese Maßnahmen eine Unterschriftensammlung durchgeführt, die von zahlreichen Studenten und Dozenten unterstützt und dem Präsidenten der Universität sowie der Hamburger Bürgerschaft zur Stellungnahme vorgelegt wurde.

SSB/Hamburg

Studenten für einen Sketch verurteilt

Als Verfassungsschutzleute verkleidet

Studenten für einen Sketch verurteilt

Als Verfassungsschutzleute verkleidet hatten zwei Studenten Schüler an Regensburger Gymnasien über „linkenverdächtige“ Mitschüler und Lehrkräfte ausgefragt, um auf die Spitzelerwerbungen des Verfassungsschutzes an bayerischen Schulen aufmerksam zu machen. Vorgeworfen wurde ihnen das raufen von der Staatsanwaltschaft, den Verfassungsschutz in Mitleidenschaft gebracht und zudem einen Studiendirektor, der ihnen den Weg versperrte, mit Gewalt zur Seite gedrängt zu haben. Auch politische Agitation habe sich an gesetzliche „Spielregeln“ zu halten, befand der Richter und verurteilte beide zu je 450 DM Geldstrafe wegen Hausfriedensbruch und Nötigung (nach „FR“, 9.3.79).

Böse Überraschung für die SEW

Westberlin. Eine böse Überraschung mit ihrer speziellen Art der „Volksfront“-Politik erlebte die Studentenorganisation der SEW bei den Fachbereichs- bzw. Konzeilsahlen an der Technischen Universität (TU). Man erinnere sich: Die ADSe hatten in einem Bündnis mit den halbrechten und rechten Gruppen den TU-Präsidenten Berger abgesetzt. Alles unter dem Vorwand, er künne sich zu wenig um die konkreten Probleme der TU, gehe zu wenig auf die Vorschläge der Gremien ein usw. Allerdings spielte bei den SEWern wohl eher eine Rolle, daß unter Bergrs Mitwirkung der Bahro-Kongreß in der TU abgelaufen war. Die anderen studentischen Vertreter, Jusos und Basisgruppier, hatten sich trotz vieler Bedenken in diesem Konflikt hinter Berger gestellt. Wie die überwiegende Mehrheit der Studenten hierüber denkt, kam in der jetzt stattgefundenen Wahl zum Ausdruck. Die SEWern verloren von ihren bisherigen acht Sitzen sieben, die Jusos gewannen zu ihren neun zwei hinzu, und die Basisgruppen steigerten sich von sieben Sitzen auf elf (erfreulich ist ebenfalls, daß der RCDs von sechs auf drei Sitze zurückging). Ob das wohl nicht aus kurzfristigen Interessen heraus auf falsche Pferd gesetzt wurde?

Wahlversprechen in Baden-Württemberg:

Regelstudienzeit soll fallen

Der Wissenschaftsminister Baden-Württembergs, Helmut Engler, kündigte eine „Überprüfung“ der Sanktionen bei Überschreiten der Regelstudienzeit an. Er wies darauf hin, daß „die Exmatrikulation von Altstudenten keine Studienplätze für Anfänger schafft und die Studenten nur verunsichert habe“. Einigermaßen spät kommt diese Erkenntnis, Studenten und andere Hochschulangehörige haben darauf schon vor der Einführung der Regelstudienzeit hingewiesen. Der Minister empfahl den Hochschulen, Maßnahmen wie Zwangsexmatrikulation und Verlust des Prüfungsanspruchs in Zukunft „sehr flexibel“ zu handhaben. Er halte die Regelstudienzeit „als Empfehlung für die Hochschulen, ihr Lehrangebot ständig zu überprüfen, und für die Studenten, ihr Studium zielgerichtet auszuhalten, durchaus für sinnvoll“. Nun hat er vor, „mittelfristig“ den Verlust des Prüfungsanspruchs zu beschränken und „langfristig“ - etwa in der nächsten Legislaturperiode nach den Landtagswahlen im April 1980 - die Zwangsexmatrikulation abzuschaffen. Fragt sich, warum - wenn's ehricht gemeint ist - unnütze Regelungen nicht sofort abgeschafft werden. „Nach der Wahl wird alles viel besser, wenn wir uns wählen“ - das haben wir schon oft genug gehört.

(Nach „FR“, 14.3.79)

Breite Ablehnung des Hochschulgesetzes in NRW

Über den Kreis der Studenten hinaus stößt der Hochschulgesetzentwurf der SPD-FDP Koalition in Nordrhein-Westfalen auf enorme Ablehnung. Nordrhein-Westfalen ist der letzte Bundesland, das seine Gesetzgebung noch an das Hochschulgesetz anknüpfen muß. Bisher war hier nur in einigen Punkten eine Anpassung durch das Studentenschaftsgesetz erfolgt.

In einem kürzlich abgehaltenen Anhörungsverfahren sprachen sich neben den Studenten auch Professoren und Assistenten gegen diesen Entwurf aus. Die Landesrechtungskonferenz in der Auflösung, daß diese Vorlage „nicht mehr zu retten sei“ (FAZ, 14.3.79) und fordert einen ganz neuen Entwurf, der Unmut richtet sich allgemein gegen die vielen bürokratischen Eingriffsmöglichkeiten des Staates in Angelegenheiten der Hochschulen, kommt allerdings aus den verschiedensten politischen Lagern.

Proteste aus der rechten Ecke äußern Bedenken gegen die Reformpolitik der Regierung. (FAZ, 14.3.79) und sehen in dem Entwurf eine Tendenz zur Gleichmähung, die langfristig zu integrieren Gesamt-Hochschulen führen müßte. (FAZ, 14.3.79) und ist besorglich wegen der schon beschlossenen Integration der tagelangen Hochschulen in die Universitäten des Landes, klagt vom Verfassungsgesicht zu stehen.

Der Protest aus dem demokratischen und liberalen Lager richtet sich insbesondere gegen die Angriffe auf die Freiheit von Forschung und Lehre. Z.B. muß sich nach dem SPD-Entwurf ein wissenschaftlicher Rat aus dem Bereich des Hochschulmanagements bilden, um überhaupt etwas können.

Der Senat der Universität Bielefeld hat angesichts der Entwicklung der nordrhein-westfälischen Hochschulpolitik in den letzten Jahren eine Stellungnahme zur „Freiheit der Wissenschaft“ erarbeitet und fast einstimmig verabschiedet. Die Mitglieder des Senats wenden sich gegen eine zunehmende Bevormundung der Hochschulen aus auch gegen Versuche der „Rücknahme der Wissenschaftsautonomie“ zu, gefordert den vollständigen Abdruck in der FR 10.3.79. Deutlich wird nicht nur an dieser Erklärung, daß die universitäre Entwicklung an den bundesdeutschen Hochschulen inzwischen auch Hochschulangehörige, die dem Weg zum linken oder radikalen kommunistischen Lager zu gehören sind, sondern insgesamt diesen Staat sehr viel gegenüberstehen, sowohl Professor als auch Arbeiter. Auch wenn die demokratische Wissenschaft sehr viel von diesen Klagen trennt, so sind sie Anstrengungen unternommen, einige Schritte mit ihnen gemeinsam anzugehen.

SSB/Hamburg

RCDS: „Faule Demokraten begünstigen Radikale“

Sorgenvolle Gedanken um „das schlechende Gift der Gleichgültigkeit und die schwindende Risikobereitschaft“ machten sich auf einem Bundeskongreß Delegierte des RCDS (Ring Christlich Demokratischer Studenten) und einige CDU-Prominente. Gerade sie, die mit allen Mitteln versuchen, weitere Leistungsverfälschungen und stärkere Auslese an den Hochschulen durchzusetzen, beklagen sich, daß „immer mehr Jugendliche nicht mehr bereit seien, sich für die Demokratie zu engagieren, sondern nur noch ihr persönliches Weiterkommen im Sinn hätten“. Kurt Bodenkopf erdreistete sich sogar, von „vermeintlich schwindenden Berufschancen“ zu sprechen, die „immer mehr Studenten (veranlassen), nur noch zu pauken.“ Die Akademikerarbeitslosigkeit - von Kommunisten erfunden und erlogen?

„An den deutschen Hochschulen werden Radikale nur so viel Raum haben, wie Demokraten zu faul und ferge sind.“ kritisierte die stellvertretende CDU-Vorsitzende Lannan. Eine Ausprägung auf die „schweigende Mehrheit“, die so gerne als stilles Fußvolk der „Demokraten“ vom Schläge eines RCDS ausgegeben wird, um über die breite Ablehnung des RCDS in der Studentenschaft hinwegzutäuschen. Hinter diesen Klagen über Gleichgültigkeit und Resignation an den Hochschulen verbirgt sich offensichtlich nichts anderes, als die Klage über den geringen Einfluß des RCDS an bundesdeutschen Hochschulen.

Aber auch an „Selbstkritik“ fehlte es nicht auf dieser Versammlung. Man habe zwar viel „Politik für die Jugend“, aber zu wenig „Politik mit der Jugend“ gemacht, stellte der

rhinland-pfälzische Ministerpräsident Vogel fest und meint weiter: „Mancher, der in der Terroristen-Szene geendet ist, hat anfangs vielleicht nur eine Aufgabe und eine neue Sinngebung gesucht.“

Diese Fehler der CDU dürften kaum die Ursache dafür sein, daß der RCDS an den Hochschulen so wenig Anklang findet, genauso wenig die angebliche Feigheit und Lethargie der Studenten. Vielmehr erkennt heute ein großer Teil der Studentenschaft die reaktionäre und antidemokratische Praxis des RCDS hinter seinen schein-demokratischen Reden und lehnt sie bewußt ab. Versuche einer neuen Aufgabenstellung und Sinngebung im Sinne der CDU werden heute kaum großen Zuspruch der demokratischen Studenten finden. (Nach „FAZ“, 3.3.79 und „Welt“, 5.3.79)

Kinder

Kurzmeldungen

Geburtenrückgang geht weiter

Für den Erzbischof von Paderborn ist es bedrückend, „Ein Bischof klagt Mehr Sterbefälle als Taufen“. Selbst in katholischen Gemeinden der BRD geht die Zahl der Geburten trotz kirchlicher Achtung von Verhütungsmitteln zurück. „Es widerspricht christlicher Lebenshaltung und christlichem Götterglauben, Kinder zu verweigern aus Furcht vor der Zukunft oder aus einer egoistischen Grundeinstellung.“ („Welt“, 5.3.79).

Nun, diese unchristliche Lebensauffassung setzt sich in der BRD auch 1978 fort. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes wurden nur noch 573 000 Kinder geboren, 1,3% weniger als 1977. Damit hat sich der Geburtenrückgang etwas abgeschwächt. Neu ist 1978 allerdings, daß die Zahl der Neugeborenen mit BRD-Staatsangehörigkeit fast gleich blieb, während ein Rückgang bei der Zahl der Neugeborenen mit ausländischer Staatsangehörigkeit festzustellen war. In den vergangenen Jahren war die Zahl dieser Neugeborenen kontinuierlich gestiegen.

Noch unchristlicher wurde es 1978 in Sachen bürgerliche Ehe. Zwar handelt es sich bei der Aussage des Sprechers der ARD-Tageschau, im letzten Jahr seien nur 328 Ehen in der BRD geschlossen worden, noch um einen Versprecher.

Aber immerhin, die richtige Zahl, 328.000, liegt um 8,5% niedriger als die von 1977. (alle Zahlenangaben nach „Frankfurter Neue Presse“, 24.2.1979). Das wird den bürgerlichen Familienpolitikern, die aus dem „Jahr des Kindes“ 1979 ein „Jahr der Familie“ machen wollen, schwer im Magen liegen!

Für Kinder: der letzte Schrott ist gut genug

„Alle für Kinder und Jugendliche produzierten Waren sind schlechter, mangelhafter und gefährlicher als die für Erwachsene.“ Zu diesem Ergebnis kommt die „Stiftung Warentest“ in einem Rückblick auf alle in den Jahren 1968 bis 1979 getesteten Produkte für Kinder. Während die Erwachsenenprodukte Durchschnittsnote von 2,6 erhielten waren es bei den „Kinderwaren“ 2,9.

Besonders drastische Beispiele von 18 getesteten Schaukeln hielten die Tester nur eine einzige für akzeptabel. Fürschalurfür die übrigen 17: „unsicher, unpraktisch und nicht stabil genug“.

... und wie er ans Kind gebracht wird

Das Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit hat eine Anfrage von SPD- und FDP-Bundestagsabgeordneten zum Komplex „Kinder und Werbung“ beantwortet. Dabei kam heraus, daß allabendlich ein Drittel aller Drei- bis Siebenjährigen zur Werbezeit vom Fernseher sitzt. In über 20% der Werbebeiträge wird mit Kindern geworben bzw. werden Kinder als Konsumenten angesprochen; jeder 10. Beitrag spricht die Kinder direkt an („Welt“, 1.3.79).

Einerseits findet in der Werbung knallharte Kinderarbeit statt, die vom angeblich generellen Verbot der Kinderarbeit in der BRD ausdrücklich ausgenommen ist. Zum anderen weiß die Werbeindustrie, daß mit ansprechenden Spots Kindern am leichtesten das Taschengeld aus der Hose zu ziehen ist.

Im übrigen will die Bundesregierung jetzt „eingreifen“. Sie billigt eine „Verbesserung der freiwilligen Vereinbarungen der Werbewirtschaft zum Schutz der Kinder vor übermäßigem Werbeeinfluß für nötig“. Na, denn man los!

Kinderkommission Hamburg

Wie geht's uns denn?



Hessenklinik Friedberg:

Ärzttekritiker muß weiterbeschäftigt werden

Auch in der zweiten Verhandlungsrunde bestrugte das Landgericht Gießen die einstweilige Verfügung, wonach der Arztekritiker Dr. Bader bis zur endgültigen Entscheidung eines Schiedsgerichtes weiter an der Klinik operieren darf („Frankfurter Rundschau“, 28.2.79). Die Kosten des Verfahrens hat der Landkreis zu tragen. Sollte der Landkreis Wetterau als Träger des 154-Betten-Hauses diesen Beschluß unterlaufen, drohen die Richter dem Landrat ein Ordnungsgeld bis zu 500.000 DM an, ersatzweise bis zu sechs Monaten Haft („FR“, 12.2.). Wie wir im ARBEITERKAMPF Nr. 147 berichteten, war dem Hals-Nasen-Ohren (HNO)-Arzt Bader vom Landkreis fruchtlos gekündigt worden, nachdem er Ende Januar eine eigene Handnote vom 15.11.78 über die unhaltbaren Zustände besonders in der Anästhesieabteilung veröffentlicht hatte. Kurz zuvor waren zwei junge Patienten unter skandalösen Umständen gestorben! Der Landkreis zog aber nicht die dafür verantwortlichen Gynäkologen bzw. Narkoseärzte zur Rechenschaft, sondern Dr. Bader. Selbst nach den beiden Todesfällen stieß er beim ärztlichen Direktor des Krankenhauses noch auf taube Ohren. Auf einer Ärztesammlung wurde er massiv unter

Druck gesetzt, die Handnote zurückzunehmen. Danach wurde das „Geheimpapier“ erst veröffentlicht! Die fruchtlose Kündigung erhielt der 46-jährige Bader, obwohl er in den letzten zwölf Jahren rund 12.000 Operationen durchgeführt hatte, ohne daß es zu Beanstandungen gekommen ist.

In einer erst jetzt durchgeführten Anhörung von Krankenschwestern der Klinik wurden die Vorwürfe von Dr. Bader bestätigt („FR“, 28.2.). Das Kreistagsparlament bildete auf Antrag der CDU auf einer Sonderitzung einen Untersuchungsausschuß zur Klärung der Affäre. Interessant ist dabei, daß die Kreisspitze bisher in SPD-Handen lag und ab 1. April auf CDU/DFP mit einem CDU-Landrat übergeht.

Zum Aufsatze der Debatte überreichten zwei Bürgerinitiativen den Kreistagsmitgliedern eine Petition von 2.690 Bürgern der Wetterau. Sie fordern die endgültige Wiedereinstellung von Dr. Bader und den Erhalt der HNO-Abteilung des Krankenhauses!

Die 14 Betten dieser Abteilung waren bereits unter den anderen Ärzten trotz des schwebenden Verfahrens aufgeteilt worden („FR“, 28.2.). Die HNO-Patienten mußten auf benachbarte Kliniken in Bad

Neuheim, Frankfurt und Gießen ausweichen.

Allerdings weigern sich noch der Chefanästhesist (Narkosearzt) und seine Vertreterin, weiter mit Dr. Bader zusammenzuarbeiten. Damit will man wohl dem mutigen HNO-Arzt auch finanziell das Wasser abgraben. Dazu erklärte das Landesgericht, ein Belegarzt müsse selbst für Narkosearzt und Operationsassistenten sorgen. Über dieses Problem hat der Kreisausschuß noch keinen Beschluß gefaßt. Ein Vertreter des Landkreises erklärte, eine Zusammenarbeit mit Dr. Bader sei wegen all der Vorkommnisse nicht mehr möglich! Ob der Wetterau Kreis auch gegen dieses Urteil Rechtsmittel beim Oberlandesgericht einlegen wird, stand bei Redaktionsschluss noch nicht fest („FR“, 28.2.). Die Staatsanwaltschaft Gießen hat Ermittlungsverfahren wegen fahrlässiger Tötung gegen mehrere Ärzte der Klinik eingeleitet.

Wir fordern
Sofortige Wiedereinstellung von Dr. Bader
- Erhalt der HNO-Abteilung in der Hessenklinik Friedberg
Aufdeckung aller Mißstände
Bestrafung der für den Tod von Patienten Verantwortlichen

Gesundheitskommission

Uni-Klinik Frankfurt:

Paratyphus durch „Intensiv“-Behandlung

Es gibt keine Krankheit, die man/frau/kind im Krankenhaus nicht kriegen kann. Bestes Beispiel hierfür ist ein neuerlicher Fall im Zentrum für Kinderheilkunde der Uni-Klinik Frankfurt: Fünf Säuglinge sind auf der Intensivstation (!) mit Paratyphus infiziert worden. Paratyphus ist eine Salmonellenerkrankung, die Durchfall und Fieber hervorruft. Die Bakterien werden durch Stuhl und Urin übertragen, bei Babys ist daher eine besondere Sorgfalt – zudem natürlich bei kranken Babys notwendig, wie jeder weiß. Welche Zustände auf der Intensivstation herrschen müssen, wird an diesen „intensiven“ Infektionen deutlich. Sowohl die gründliche Untersuchung vor der Einlieferung eines Neugeborenen als auch die weitere genaue Beobachtung der Säuglinge auf der Station ist „versäumt“ worden! Denn „eingeschleppt“ wurde die Krankheit durch ein Neugeborenes, welches – so die „Frankfurter Rundschau“ vom 16.2. – bereits im Mutterleib infiziert worden sein soll. Die sechs Säuglinge mußten, nachdem die Krankheit endlich erkannt war, in der Klinik in Quarantäne bleiben.

Was ebenfalls „versäumt“ wurde, war die Benachrichtigung des Gesundheitsamtes; denn für Paratyphus gilt besondere Meldepflicht: So muß das Gesundheitsamt spätestens 24 Stunden nach Bekanntwerden der Erkrankung informiert werden (lt. Bundesgesundheitsgesetz) („FR“, 16.2.). Dazu kommt, daß die Eltern eines

neugeborenen Zwillinges, welcher gleich nach der Geburt auf die Intensivstation gebracht worden war, erst nach ca. 14 Tagen von der Erkrankung ihres Sohnes erfuhrten, und zwar nicht etwa von den Ärzten der Klinik, sondern von ihrer Kinderärztin. Es waren auch bereits einige Säuglinge aus der Intensivstation nach Hause entlassen worden, die ebenfalls die Krankheit hätten weiter verschleppen können.

Für die Gesundheitsbehörde jedoch ist dies alles kein Grund zur Sorge. „Am Gesundheitsamt herrscht die Zuversicht (!), daß es nicht mehr werden, da die Inkubationszeit, die Zeit zwischen Ansteckung und Ausbruch der Krankheit, inzwischen verstrichen ist“ („FR“, 16.2.).

Diese „Zuversicht“ wird schon seit längerer Zeit von den Herrschenden an den Tag gelegt, was die Zustände an der Uni-Klinik Frankfurt insgesamt angeht! Dies ist ja auch nicht der erste Skandal im Zentrum für Kinderheilkunde. So war im Juli 1978 ein Kind auf der Intensivstation gestorben, weil es nicht genügend beaufsichtigt worden ist. Der Grund hierfür war die starke Kürzung der Zahl der Nachtwachen (s. AK 137, 4.9.78).

Und es ist natürlich den Behörden auch bekannt, schließlich wurden die Stellenstreichungen von ihr vorgenommen – daß z.B. im letzten Jahr die Frühgeborenen-Station mit der Station für herzkranke Säuglinge zusammengelegt worden war. „Eine

Station der allgemeinen Pädiatrie (= Kinderheilkunde – AK) wird vorübergehend geschlossen“ („FR“, 4.8.78). Auch in anderen Bereichen der Uni-Klinik wurden ganze Stationen geschlossen. Patienten auf andere Stationen verlegt usw. (z.B. Psychiatrie, Innere Medizin, Hautkrankheiten, Hals-, Nasen-, Ohren-Station) („Extra-Dienst“, 15.8.78). Der Grund für diese Situation sind umfangreiche Stellenstreichungen beim Pflegepersonal auf den entsprechenden Stationen.

1977 bereits haben die Kolleginnen und Kollegen der Uni-Klinik mit mehreren Protestaktionen und -demonstrationen auf die katastrophalen und lebensgefährlichen Zustände im Krankenhaus aufmerksam gemacht und vor den geplanten weiteren Rationalisierungen gewarnt. „Sozial“-minister Claus hatte nämlich beabsichtigt, noch weitere 400 Planstellen einzusparen! Es war dann vorerst – nicht zuletzt wegen der Proteste und der damit geschaffenen Öffentlichkeit – mithilfe der ÖTV Führer ein „Kompromiß“ von „nur“ 100 weiteren Stellenstreichungen ausgemacht worden.

Die Herrschenden scheitern dieser neuerliche „Beweis“ für die Folgen ihrer Maßnahmen in keiner Weise. Ob heute Paratyphus und morgen Todefälle ... Es herrscht „Zuversicht“ im „Sozial“-ministerium.

Gesundheitskommission



„Auditorium Maximum 78“

Peter Herbolzheimer, Stintfunk, Walter Moosmann, Rudolf Rock & Schocker, Nathias Neutert, Bruce Salton Band, Axel Zwillingenberger, Hans-Mercy Bill Ramsey Mitglieder des Staatlichen Folkloresambles aus der Sowjetrepublik Armenien, Michel Naura, Tiny & Uli, Okko, Lorzo, Barry, Chris & Timpe, Hans Halder, Knut Klesowetter, Düsenberg, Torfrick, Achim & Trotzrock, Andreas Reibstock's Jazzrock Lyrik-Orchester, Helmut Ruge, Liederjan, Wolf Biermann, Lerryn, Swing Gipsy Row, Schobert & Bleck, Schneewittchen und Alexis Korner. Sie alle verzichten auf ihr Honorar und treten am 31. Oktober und 1. November zu einem in der Bundesrepublik wohl bisher in dieser Form einmaligen Solidaritätskonzert zugunsten des Kinderhauses in Hamburg auf, dem der Hamburger Senat bereits seit 2 1/2 Jahren die finanziellen Mittel verweigert. Henning Venske, Moderator und Mitherausgeber dieser Broschüre schreibt im Vorwort: „Die Solidarität der Freunde des Kinderhauses, der Vereinsmitglieder der Musiker, der Techniker der Eltern, der Erzieher mit den Kindern ermöglicht dieses Konzert. Unsolidarisches Verhalten der Behörden gegenüber Kindern in diesem Land macht dieses Konzert notwendig. Im Einladungsbrief, an unserem Konzert teilzunehmen, hieß es: Musikanten und nicht nur dazu da, den Amüsierbetrieb einer Stadt aufrechtzuerhalten. Sie müssen sich einmischen. Denn Bürokratie, die eine fortschrittliche Kindererziehung bekämpft, wird auch das kulturelle Leben immer mehr einengen. Auch deswegen heute und morgen unser Festival.“

Ganzseitige Fotos aller Musiker und Henning Venske's Texte die über den Fall Kinderhaus, die Pädagogik und Auseinandersetzungen mit der Behörde berichten, zeichnen die Konzerttage eindrucksvoll nach. Die Kinderhaus-Musikbroschüre erschien auf Kunstdruck, Format A 4 quer, kostet 5,- DM und ist zu beziehen über das

Kinderhaus, Heinrichstraße 14 a, 2000 Hamburg 50

Frankreich

Stahlarbeiter kämpfen um ihre Existenz

„Hier ist Belagerungszustand!“ So beschreibt ein Bericht der „Welt“ (9.3.) die Lage in der nordfranzösischen Stadt Denain nachdem es dort zu den bislang militantesten Kämpfen zwischen Stahlarbeitern und der Staatsmacht gekommen war. Während des ganzen 7. März und bis in den nächsten Tag hinein, errichteten Tausende von Stahlarbeitern Barrikaden, verrichteten das Polizeihauptquartier zu stürmen und befestigten sich mit den Bullen wahre Straßenschlachten.

Denain ist von den Massenentlassungen und Stilllegungen in der französischen Stahlindustrie besonders hart betroffen. Der Stahlkonzern USINOR will sämtliche Stahlwerke in Denain stilllegen und damit ca. 5.000 Arbeitsplätze vernichten.

Wie auch in anderen Städten der Stahlgürtel Nordfrankreichs, Lothringens und der Loire-Region wehren sich die Stahlarbeiter auch in Denain gegen die drohenden Entlassungen mit einer Vielzahl direkter Aktionen wie Straßensperrungen und Besetzungen von öffentlichen Einrichtungen. Die Auseinandersetzungen in Denain eskalierten, als ein starkes Polizeigebot eine Gruppe von 100 Stahlarbeitern am 6. März auf dem Rückweg von einer kurzen Grenzblockade an der französisch-belgischen Grenze mehrfach überfiel. Zuerst wurden die Arbeiter bei einem kurzen Zwischenaufenthalt in Saint Armand les Eaux, wo sie eine Kundgebung abhalten wollten, von den Bullen mit Schlagstöcken auseinandergetrieben und mit Gasgranaten beschossen. Kurze Zeit später erfolgte der zweite Polizeieinsatz in einem abgelegenen Waldstück, wo die Busse der Arbeiter gestoppt wurden. Die Bullen ger-

schlugen die Scheiben der Busse und warfen Gasgranaten ins Innere. Die herausstürzenden Arbeiter wurden draußen zusammengedrückt und durchsucht. Aus sich die Nachricht von den Überfällen in Denain verbreitete, versuchte eine mehrtausendköpfige Menge, gegen das Polizeikommissariat vorzugehen. Wiederum eskalierte die Polizeiführung von sich aus den Konflikt. Nach mehrstündigen Straßenschlachten schlugen die Arbeiter eine Art Waffenstillstand vor, damit die aus der neben dem Kommissariat gelegenen Schule mittags herauskommenden Schulkinder sicher nach Hause gehen konnten. Die Polizei schenkte auch auf das Angebot einzugehen und zog ihre Kräfte zu ihren Fahrzeugen zurück. Gerade als die Kinder aus der Schule kamen, befahl Polizeichef Pastorin aber den sofortigen Angriff auf die Arbeiter. „Sie räumen und dann fern!“ lautete nach Ohrzeugen sein Befehl (alle Angaben nach „Le Monde“, 14.3.79).

Während des ganzen Tages kam es dann noch zu verschiedenen Überfällen. Schlüsselpunkt bildete der Angriff auf ein Straßencafé, wo eine fünfzigköpfige Gruppe von Arbeitern, darunter eine Reihe bekannter

Gewerkschaftsvertreter, die Ereignisse diskutierten. Die Bullen schlugen die Scheiben des Cafés ein und schossen Tränengasgranaten ins Innere („Le Monde“).

Der Gesamtverlauf des Tages ergibt das Bild eines massiven Angriffes der Staatsmacht auf die Arbeiter, die sich allerdings massiv zur Wehr setzten.

Angesichts des breiten Widerstandes sah sich die Regierung allerdings gezwungen, die Polizeikräfte, die die Überfälle getragen hatten, in den nächsten Tagen aus Denain zurückzuziehen. Und um nicht noch mehr Öl ins Feuer zu gießen und ein Übergreifen der militanten Aktionen auf andere Regionen zu verhindern, verkündete Regierung und Stahlkapitalisten eine zeitlich nicht näher bestimmte „Aussetzung“ der Entlassungen („FAZ“, 9.3.).

Am 10.3. antworteten die Arbeiter von Denain zusammen mit großen Teilen der Bevölkerung mit einer

Riesendemonstration von 50.000 Menschen („L'Humanité“, 12.3.79).

Der nächste große Schritt in den Kämpfen der Arbeiter soll eine Großdemonstration nach Paris am 23.3. sein. Für diese Demonstration gibt es allerdings sehr unterschiedliche Konzeptionen.

Die CGT will eine alle Industrie zweig umfassende Demonstration haben, allerdings auf die von der Stahlkrise besonders betroffenen Regionen Lothringen, Nord-Pas de Calais und Loire beschränkt. Die CFDT-Führung will noch nicht einmal das und erklärt sich nur mit einer Demonstration der Stahlarbeiter einverstanden. Die rechtssozialdemokratische FO lehnt die Demonstration generell ab. Die revolutionäre Linke befürwortet die Demonstration am 23.3. Sie will aber dafür sorgen, daß es schon jetzt eine gesamtf französische Demonstration wird.

Das politische Büro der OCT meht in einem solchen Marsch auf Paris

„— ein Mittel, eine noch größere Einheit der Arbeiter zu schaffen — ein Weg der Zentralisierung der Kämpfe, die bislang zu versplittert sind, ein konzentrierter Ausdruck der Kraft der Arbeiter — ein schwerer politischer Schlag, der Giscard-Barre schwächen könnte und günstigere Bedingungen für eine Gegenoffensive schafft — ein Marsch, der Ansporn für alle laufenden Kämpfe sein könnte“ („l'Unité“, Nr. 91).

Insgesamt meint die OCT: „Der Verlauf der kommenden Wochen ist entscheidend. Der Wind im Bereich der sozialen und politischen Kämpfe beginnt sich zu drehen. Es geht nicht mehr nur darum, Giscard-Barre zu treffen, sondern ihnen einen bedeutenden Rückschlag beizubringen, der den Weg zu weiteren Erfolgen öffnet kann und vielleicht bis zu einer Gegenoffensive führt“ („l'Unité“).

Euskadi: Wahlergebnis — Ausdruck der Radikalisierung

Spanien

Bei den zweiten Parlamentswahlen in Spanien, die am 1. März stattfanden (wir berichteten in AK 148) und die im wesentlichen das alte Kräfteverhältnis bestätigten (UCD wurde mit 35 % wieder Regierungspartei), war lediglich der Wahlausgang im Baskenland wieder für Überraschungen gut. In der baskischen Provinz Guipuzcoa (Hauptstadt San Sebastian) kam es zum spektakulärsten Wahlergebnis. Hier erhielt der radikalste Flügel des baskischen revolutionären Befreiungskampfes („Herri Batasuna“ = Volkseinheit), der sich um den militärischen ETA-Flügel gruppiert, mehr Stimmen als die Regierungspartei UCD, das andere linke Bündnis, das sich um den politisch-militärischen ETA-Flügel gruppiert („Euzkadiko Ezkerra“ = Baskische Linke), erhielt fast so viel Stimmen wie die Regierungspartei! Also beide zusammen sind hier doppelt so stark wie die Regierungspartei und fast doppelt so stark wie die sozialdemokratische PSOE!

Charakteristisch für das Verhältnis zwischen der Mehrheit der baskischen Bevölkerung und der Regierungspartei ist die Tatsache, daß die LCD während des Wahlkampfes so gut wie keinen öffentlichen Auftritt in den beiden zentralen baskischen Provinzen Guipuzcoa und Vizcaya durchführen konnte (es sei denn, in geschlossenen Clubs — und Regierungschef Suarez es für angebracht hielt, bei seiner Stipendie in San Sebastian sich unter falschem Namen in die Hoteliste einzutragen).

Die Ergebnisse im einzelnen im Baskenland (nach den vorläufigen Auszählungen, die in Spanien skandalöserweise Wochen bis Monate dauern, bis sie endgültig feststehen): Die baskischen nationalistischen Parteien bzw. Wahlbündnisse (von rechts bis links) erhielten auf alle vier Provinzen berechnet die absolute Mehrheit, im einzelnen gab es in den vier Provinzen von Euzkadi jedoch größere Unterschiede.

In Guipuzcoa erhielt der national-konservative PNV 25%, die militante Herri Batasuna (HB) 17%, die gemäßigte Euzkadiko Ezkerra (EE)



Ein „Barrikadenauto“ von Paris, wo die Bevölkerung für ihre Trinkwasserversorgung kämpfte

12%. Die sozialdemokratische PSOE schnitt mit 17% und die UCD mit ganzen 15% ab.

In Vizcaya: PNV 28%, HB 14%, EE 6%, PSOE 18%, UCD 15%. Alava: PNV 21%, HB 10%, EE 7%, PSOE 20%, LCD 24%. Navarra (die am wenigsten baskische Provinz) hier bekam die UCD das beste Ergebnis mit 32%, PSOE 21%, das linke Bündnis UNAI erhielt lediglich 4% der Stimmen.

Gegenüber den ersten Parlamentswahlen vom Juni 77 konnte die baskische Linke ihren Stimmenanteil auf ca. 170.000 Stimmen fast verdreifachen! (Bei den damaligen Wahlen hatte der radikale ETA-Flügel noch zum Wahlboykott aufgerufen).

Die dem militärischen ETA-Flügel verpflichtete „Herri Batasuna“ wird mit drei Kongreßabgeordneten

ins Parlament und zwei Senatoren in Madrid vertreten sein. „Euzkadiko Ezkerra“ mit einem Kongreßabgeordneten. Die Genossen von „Herri Batasuna“ (ein Wahlbündnis aus zwei legalen und zwei noch illegalen Organisationen) haben allerdings erklärt, daß sie ihren Abgeordnetenstatus zwar annehmen (und Diäten kassieren) werden, aber vorerst nicht an den Sitzungen des Parlaments teilnehmen. Es heißt, daß die gewählten Abgeordneten zurücktreten wollen zugunsten derjenigen Kandidaten ihrer Liste, die sich derzeit im Gefängnis befinden und die dadurch Freiheit und Immunität erhalten würden. Für die Liste von „Herri Batasuna“ haben sich u.a. bekannte baskische Rechtsanwälte, Künstler und Fußballspieler eingesetzt.

Die Madrider bürgerliche Tages-

zeitung „El País“ machte nach den Wahlen ein fast ganzseitiges Interview mit einem der bekanntesten Abgeordneten von „Herri Batasuna“, Francisco Letamendia. Dieser war bei den Wahlen 1977 für die Liste „Euzkadiko Ezkerra“ (damals ein Bündnis von ELA und MC, MC ist inzwischen ausgetreten) ins Parlament gegangen und dann zurückgetreten, weil er mit der politischen Linie von ELA nicht mehr einverstanden war. Letamendia erklärt in diesem Interview das politische Programm von „Herri Batasuna“. Diese wendet sich gegen das vorliegende Autonomiestatut, das vom baskischen Generalrat ausgearbeitet wurde (Euzkadiko Ezkerra tritt übrigens für die Verteidigung dieses Statuts ein). HB will ein neues weitergehendes Statut ausarbeiten und ne-

ben dem baskischen Generalrat nach den Kommunalwahlen eine „baskische Versammlung“ gründen, die nur aus den Abgeordneten des revolutionären Widerstandes besteht. HB tritt langfristig für die Unabhängigkeit Euzkadi von Spanien ein, für die Wiedervereinigung Nord- und Süd-Euzkadi (Nord-Euzkadi liegt in Frankreich), für Zweisprachigkeit sowie für die Abschaffung des Kapitalismus, also für ein sozialistisches Euzkadi. Kurzfristig fordern sie vor allem den Abzug der spanischen Polizei und des spanischen Militärs und ein wirkliches, kein „koffeinfreies“ Autonomiestatut.

Was das Wahlergebnis von HB betrifft, so schätzt Letamendia an, daß es aus enttäuschten ehemaligen Wählern des PNV, der PSOE und der PCE kommt sowie anderen Linken,

Fortsetzung von Seite 46

Anarchisten, Unabhängigen und Randgruppen. Er wehrt sich gegen die These, die „bestimmte Parteien“ aufstellten, daß das Wahlerpotential vorwiegend aus der Kleinbourgeoisie komme. Letamendia: „Wir antworten, mit Beweisen in der Hand, daß unsere Koalition den höchsten Stimmenanteil in den Arbeiterbezirken bekommen hat, die überwiegend von eingewanderten Arbeitern bewohnt werden“ (El Pais, 9.3.79). Daß gerade die von ihrem Ursprung her nicht-baskischen Arbeiter zum Hauptwählerstamm der radikalsten Flügel des baskischen Parteienspektrums gehören (was übrigens keine Einzel- oder neuere Erscheinung ist), weist darauf hin, daß es bei diesem Kampf nicht in erster Linie um eine eingeschränkte nationalistische Zielsetzung, sondern im Kern um die Freiheits- und demokratischen Rechte der Arbeiter selbst geht und diese Arbeiter diesen Kampf als solchen begreifen.

Letamendia führt in diesem Interview auf die Frage, wie HB zum militärischen ETA-Flügel steht, aus: „ETA ist beratendes Mitglied der KAS (HASI, LAIA, ASK) und zweifellos nicht nur formal Mitglied von Herri Batasuna (HASI, LAIA, ESB und ANV). Das heißt, Herri Batasuna ist zwar nicht der von ETA ernannte Gesprächspartner, um ihr Programm mit der Regierung zu diskutieren, dieser Gesprächspartner ist die KAS, zweifellos aber vertritt Herri Batasuna alle Formen des Kampfes, die zur nationalen und sozialen Befreiung Euzkadi führen.“ Kurz gesagt:

und das sollte den politischen Beobachtern und der Regierung zu denken geben. — HB stellt sich hinter die Kampfform von ETA und diese stellt sich hinter die friedlichen Kampfformen von Herri Batasuna“ (El Pais, 9.3.79)

Letamendia erklärte ferner, daß die Abgeordneten von Herri Batasuna ihre Parlamentsitze erst dann einnehmen werden, wenn ihre Minimalforderungen (Abzug der Besatzungstruppen, Autonomie mit dem Recht auf Selbstbestimmung, Zweisprachigkeit) erfüllt sind. Vorher gebe es keinen Waffenstillstand seitens ETA. Ein ebenfalls überraschendes Wahlergebnis gab es in Andalusien, wo die linkssozialistische PSA („Sozialistische Partei Andalusien“) fünf Abgeordnetensitze erhielt mit der absoluten Stimmenzahl von ca. 250.000 Stimmen, die alle aus dem Wahlerpotential der sozialdemokratischen PSOE kommen.

Die revolutionäre Linke

Die Organisationen der revolutionären Linken traten bei diesen Wahlen zersplittert auf. War es bei den Parlamentswahlen vom Juni 77 noch zu drei Blockbildungen gekommen, so traten die Organisationen diesmal alle getrennt zur Wahl an. Wahlergebnisse sind bisher nicht bekannt geworden, doch ist nach den vorliegenden Angaben keine der Organisationen im spanischen Parlament vertreten.

Spanien-Kommission

Kurzmeldungen

8 März
Am internationalen Tag der Frau demonstrierten viele tausend Frauen im spanischen Staat. In Madrid gingen 6000 Menschen für die Forderungen der Frauen (Arbeitsplätze, Recht auf Abtreibung, Recht auf Scheidung und Gleichbehandlung vor dem Gesetz) auf die Straße. Das Bündnis umfaßte die sozialdemokratischen PSOE, die PCE sowie die revolutionäre Linke.

In Bilbao folgten 4000 Frauen (und Männer) dem Aufruf der „Versammlung der Frauen von Vizcaya“. In San Sebastian demonstrierten ca. 500 Frauen, in Barcelona löste die Polizei eine Demonstration von ca. 2000 Frauen auf, nachdem der Zivilgouverneur die aufrufende Frauenkoordination für illegal erklärt hatte! (El Pais, 10.3.79).

Anti-AKW
Am 11.3. demonstrierten in Barcelona 40.000 AKW-Gegner! Das „Katalanische Antikernkraft-Komitee“ hatte dazu aufgerufen (Frankfurter Rundschau, 12.3.79).

Anti-AKW
Am 11.3. demonstrierten in Barcelona 40.000 AKW-Gegner! Das „Katalanische Antikernkraft-Komitee“ hatte dazu aufgerufen (Frankfurter Rundschau, 12.3.79).

Michelin-Entführung
Der vom politisch-militärischen ETA-Flügel entführte Direktor der Michelin-Fabrik im baskischen Vitoria wurde nach fast zweiwöchiger „Haft“ am 1. März freigelassen. Die Leitung von Michelin in Frankreich hatte sich unter dem Druck der Entführung und der angekündigten Tötung ihres Di-

rektors bereiterklärt, mit den Fabrikkomitees aller vier Michelin-Fabriken in Spanien an einem Tisch über Löhne und Arbeitsbedingungen zu verhandeln. Dies war die Forderung der Michelin-Arbeiter von Vitoria gewesen, die sich nicht aufspalten lassen wollten und der sich die Michelin-Direktoren zunächst widersetzt hatten, sie wollten nur getrennt verhandeln.

14-jähriger erschossen
In Paris, einer Arbeiterstadt südlich von Madrid, wurde ein vierzehnjähriger Junge von einer Gummikugel der Polizei getötet. Die Bewohner von Paris hatten gegen die mangelnde Trinkwasserversorgung protestiert! (Die Arbeiterfamilien müssen sich häufig Mineralwasser zum Waschen kaufen!) Nach dem Tod des Jungen kam es zu Barrikadenkämpfen mit der Polizei. In den Straßen wurden Kabel und Drähte gegen die benutzten Polizeigewehre eingesetzt.

General erschossen
Der spanische Brigadegeneral Vazquez wurde am 5.3. auf offener Straße erschossen. Die GRAPO wird hinter dem Attentat vermutet. In Basur (Baskenland) wurde der Chef der Stadtpolizei in seinem Büro erschossen.

Spanien-Kommission

Teilerfolg bei „Times“ und „Sunday-Times“

Die beiden Londoner Zeitungen „Times“ und „Sunday-Times“ erscheinen wahrscheinlich vom 17. April an wieder. Das ist die Zwischenbilanz des jetzt viereinhalb Monate andauernden Konfliktes, den die Verlagsgesellschaft am 30. November mit der Einstellung beider Blätter und der Entlassung von insgesamt 3.000 der insgesamt 4.300 Arbeiter und Angestellten (!) auf die Spitze getrieben hatte.

Wie bereits im ARBEITERKAMPF 148 berichtet, kam es vor allem aus drei Gründen zu dieser Auseinandersetzung:

1. Der Verleger will die Einführung neuer Setztechniken über Bildschirme durchsetzen.
2. Der Personalbestand in den technischen Bereichen soll drastisch reduziert werden.
3. Die Gewerkschaften sollen zu einer Art Friedenspflicht gezwungen werden, um Verluste durch spontane Arbeitsniederlegungen zu verhindern (im letzten Jahr wurden dadurch 12 Millionen Zeitungen nicht verkauft) (FR, 9.2.79).

Alle betroffenen Gewerkschaften erklärten daraufhin, daß sie sich erst an den Verhandlungstisch begeben werden, wenn die Kündigungen vom Tisch sind.

Jetzt sagte Verleger Lord Thomson zu, daß bis zum 17. April alle bisher entlassenen Kollegen wieder eingestellt werden und erstmal 50% ihres Lohnes nachgezahlt bekommen. Sollte dann bis zum 17.4. ein Verhandlungsergebnis vorliegen, werden die restlichen 50% ausbezahlt (The Guardian, 9.3.79). Daß es zu dieser Voraussetzung für weitere Verhandlungen kam, ist zunächst als Erfolg der Arbeiter und Angestellten einzuschätzen.

Wie es jetzt allerdings weitergeht, das steht auf einem anderen Blatt. Die Gewerkschaftsführer haben grundsätzlich nichts gegen die Einführung neuer Techniken und die damit verbundene Vernichtung von Arbeitsplätzen (vorausgesetzt, daß der Abbau von Arbeitsplätzen etwas längerfristig gestaltet wird). Gesprochen wurde von 5 Jahren, in denen garantiert werden soll, daß niemand entlassen werden darf, sondern sich die Belegschaft durch „natürlichen Schwund“ über Pensionierung oder Todesfälle reduziert (The Leveler, März 79).

Und nach diesen 5 Jahren? Der Kampf bei der „Times“ ist noch lange nicht zuende.

England-Kommission

Prostituierte gegen Unterdrückung

Auftrieb erhielt der Kampf der britischen Prostituierten für menschenwürdige Behandlung. Nach geltendem Recht können Straßenprostituierte bereits mit Gefängnis bestraft werden, wenn sie sich „öffentlich feilbieten“. Dabei genügt als Beweis bereits die „Aussage“ eines einzigen Bullen. Loben gar zwei Prostituierte gemeinsam in einer Wohnung, auch nur, um sich gegenseitig zu schützen, dann haben sie damit ein „Bordell“ gegründet!

Übergeben brachte die Labour-Abgeordnete Maureen Colquhoun am 6.3. einen Gesetzesentwurf ein, der Sonderbestimmungen für Prostituierte abschafft. Maureen C. wird selbst öffentlich angefeindet, da sie lesbisch ist und daraus auch kein Hehl macht. Sie bezeichnete im Unterhaus das bestehende Gesetz als „eine Einladung, alle Prostituierten ungerecht zu behandeln, ihre bürgerlichen Freiheiten anzugreifen und ihnen viele ihrer Menschenrechte zu nehmen“ („Guardian“, 7.3.79). Das Gesetz treibe außerdem Prostituierte

in die Arme von Zuhältern.

Wegen der baldigen Neuwahlen ist es unwahrscheinlich, daß der Gesetzesentwurf in dieser Legislaturperiode noch abschließend behandelt werden kann. In der ersten Lesung war immerhin eine gewaltige Mehrheit von 134 zu 50 Stimmen dafür. Zu diesem Ergebnis hat sicher der Auftritt der Prostituierten Helen Buckingham im Fernsehen beigetragen, die dort am 2. März ankündigte, daß die Prostituierten bei Nichtannahme des Gesetzes eine „Kundenliste“ mit den Namen von Parlamentsabgeordneten und Bischöfen veröffentlichen würden!

Helen ist Mitbegründerin der Kampagne „Prostitution Laws are Nonsense“ (PLAN – Prostitution Laws are Nonsense), die auch vom „English Collective of Prostitutes“ unterstützt wird. Als sie mit einigen Kolleginnen die Parlamentsdebatte auf der Publikumsгалerie zu aufmerksam verfolgte, wurde gerufen...

England-Kommission

England

Volksabstimmungen in Schottland und Wales

Am 1.3. wurden in Wales und Schottland Volksabstimmungen über die Einführung einer Teilaautonomie für diese beiden Länder durchgeführt. Diese Teilautonomie soll darin bestehen, daß die Schotten und Waliser Regionalparlamente erhalten, die in einigen Fragen der kommunalen Verwaltung (Schulen, Wohnungswesen und Verkehrswesen) „entscheiden“ dürfen. Mehr als eine Scheinautonomie ist das Ganze allerdings nicht, denn es ist klar festgelegt, daß jede Entscheidung durch die Londoner Regierung wieder rückgängig gemacht werden kann.

Die Volksabstimmung über die Regionalparlamente ist ein Zugeständnis der britischen Regierung auf zunehmende Forderungen nach Unabhängigkeit von England. Die antibrutische Haltung in Schottland und Wales hat ihre Gründe im 16. Jahrhundert wurden beide Länder dem englischen Teil der Insel einverleibt, 1707 wurde das schottische Parlament aufgelöst und die Politik wurde von diesem Zeitpunkt an nur noch in London gemacht. Schottland und Wales sind heute Regionen im England, wie der Mezzogiorno in Italien, vor allem gekennzeichnet durch hohe Arbeitslosigkeit und Benachteiligung bei Ausgaben für Ausbildung, Kultur, Infrastruktur usw.

Im Industriedreieck Glasgow-Dundee-Edinburgh ballt sich ein Industrieproletariat, das sich durch erhöhte Verelendung zu einem der fortgeschrittensten Teile der englischen Arbeiterklasse entwickelt hat. Traditionell bilden die schottischen (auch die walisischen) Bergarbeiter die Vorhut in den Streikaktionen. Schottland ist traditionell eine Hochburg von Labour, die Faschisten haben sich bei Wahlen mehrere Abführungen geholt. Beim EG-Referendum lag hier der Anteil der Nein-Stimmen weit über dem Durchschnitt.

Seit 1928 versucht die „Schottische Nationalistische Partei“ (SNP) an dem politischen Macht zu gewinnen.

Seit 1928 versucht die „Schottische Nationalistische Partei“ (SNP) an dem anti-britischen (und keimhaft antikapitalistischen) Bewußtsein anzuknüpfen und damit eine national-kleinbürgerliche Politik zu machen. Nach der Entdeckung des Nordsees vor der schottischen Küste gab die SNP die Parole aus: „Das schottische Öl gehört Schottland“ und verspricht die Lösung der wirtschaftlichen Probleme durch „nationale Unabhängigkeit“ durch ein schottisches Parlament mit Kontrolle über Wirtschaft, Handel und durch die „schottische Nutzung“ des Öls.

Eine reale ökonomische Grundlage für diesen Nationalismus gibt es

eigentlich nicht: die schottische Wirtschaft ist total durchdrungen vom Londoner und dem internationalen Finanzkapital. Allerdings scheint der Nationalismus für die englischen Imperialisten sehr nützlich, um die Unruhe in der Bevölkerung und ihre Proteste in die falsche Richtung laufen zu lassen.

Mit ihren Forderungen nach autonomen Behörden zur Ankurbelung der regionalen Industrie und nach einer eigenen Vertretung bei den Brüsseler EG-Behörden erhielt die SNP 1967 das erste Mal in einem Wahlbezirk 46% der Stimmen. Bei den Unterhauswahlen 1974 erhielt die SNP als zweitstärkste Partei Schottlands 30%. Im britischen Parlament ist die SNP gegenwärtig mit 11 Abgeordneten vertreten: die walisische Plaid Cymru mit 3 Abgeordneten.

Die starke Unabhängigkeitsbewegung in Schottland machte auch vor der Labour-Party nicht halt. 1975 spalteten sich einige schottische Labour-Leute aus der Mutterpartei ab, mit dem Argument, die Labour-Regierung treibe nicht entschlossen genug für Schottland ein.

Ergebnis des Referendums

Die Zustimmung für die Teilautonomie fiel vor allem in Wales, aber auch in Schottland wesentlich magerer aus, als noch vor einem Jahr erwartet.

| | Dafür | Dagegen | Nicht teilegenommen |
|------------|-------|---------|---------------------|
| Schottland | 33 % | 31 % | 36 % |
| Wales | 12 % | 47 % | 41 % |

Bei diesem Ergebnis spielen mehrere Faktoren eine Rolle:

Bei diesem Ergebnis spielen mehrere Faktoren eine Rolle.

– die Bewegung für die Unabhängigkeit ist nach dem Hoch 1974 (Wahlerfolge der SNP) mangels greifbarer Erfolge wieder ziemlich runtergegangen. Die SNP hat bei Nachwahlen starke Rückgänge zu verzeichnen gehabt.

– die Forderung einer realen Autonomie, die hier zur Abstimmung stand, war geeignet, die Resignation zu verstärken. Begeistern konnte dieses Referendum tatsächlich niemand.

– die Labour-Regierung, die die Gesetzesvorlagen zur Teilautonomie

eingebracht hat, befindet sich durch ihre offen arbeitfeindliche Politik angesichts der Streikwelle in einer akuten Vertrauenskrise. Dies hat mit Sicherheit unter den potentiellen Befürwortern der Teilautonomie – den traditionell Labour wählenden Arbeitern – auch weilsch dazu geführt, daß man sich gar nicht erst an der Abstimmung beteiligt hat.

Dazu kommt sicher noch, daß es den Tories, die breite Propaganda für die Ablehnung machten, leicht gemacht wurde, demagogisch zu argumentieren, die Teilautonomie würde das Regieren nicht verbessern, sondern nur „mehr Regierung, mehr Politiker, mehr Beamte und mehr Ausgaben“ bringen. Die Tories als Vorkämpfer gegen die Bürokratie!

Weiter desorientierend und entmutigend hat sicher gewirkt, daß vor der Abstimmung – mit den Stimmen der Labour-Linken übrigens – im britischen Unterhaus festgelegt worden war, daß mindestens 40% aller Abstimmungsberechtigten (!) für die Teilautonomie stimmen müssen, damit das Gesetz als angenommen gelten.

Die Labour-Regierung ist durch diesen Ausgang der Referenden in einer schwierigen Lage: seit im Sommer '78 das Abstimmungsbündnis zwischen Labour und Liberalen im Parlament von den Liberalen aufgekündigt wurde, konnte sich die Regierung Callaghan im Parlament nur noch mit Unterstützung der Nationalen über Wasser halten. Dieser Stimmen kann sich Callaghan aber nur sicher sein, solange er für die Teilautonomie eintritt. Vor diesem Hintergrund wird wieder verstärkt von baldigen Neuwahlen gesprochen (diese stehen regulär im Herbst '79 an). Die Meinungsumfragen ergeben übereinstimmend einen großen Vorsprung für die Konservativen.

Haltung der Linken zum Referendum

Haltung der Linken zum Referendum

Die von der englischen GIM-Schweizer „International Marxist Group“ (IMG) herausgegebene Zeitung „Socialist Challenge“ sprach sich für die Teilautonomie aus. „Hunderttausende der arbeitenden Bevölkerung werden sich für die Teilautonomie aussprechen; unabhängig davon, wie unklar sie sich darüber sind, welche Rolle das Regionalparlament spielen wird, werden sie damit gegen das gegenwärtige Chaos des kapitalistischen Schottlands stimmen und für eine Veränderung. (...) Die Existenz des Regionalparlaments wird es für uns einfacher und nicht schwerer machen, die Illusionen der einfachen Menschen dadurch zu erschüttern, daß wir ihnen die sozialistische Alternative zur bankrotten Politik der Labour Party und der SNP entgegenhalten“ (SC, 1.3.79).

Ganz im Gegensatz hierzu vertritt der „Socialist Worker“, Zeitung der „Socialist Workers Party“ (SWP) die Auffassung, daß es Jacke wie Hose für die Schotten und Waliser sei, ob sie ein Regionalparlament bekommen oder der Wind durch die Lunde rauscht.

Im SW heißt es dazu: „Es gibt einige, die im Regionalparlament eine ernste Sache sehen. Sie behaupten, daß Parlament würde Reformen bringen, die von Westminster lange verhindert worden sind. Eine Labour-Mehrheit in Edinburgh würde diese Reformen nicht garantieren. Jahre einer Labour-Regierung in London (...) beweisen dies. (...) Ein schottisches Parlament, das ein einfacher Abklatsch von Westminster ist, und in dem die gleichen politischen Kräfte wie dort vertreten sind, würde keine anderen Beziehungen haben zu den Kräften, die das Parlament von außen bestimmen, den Aufsichtsräten, den Banken und dem Klerus. (...) Unsere Politik ist es, da zu sein, wo wirkliche Leute ihre realen Kämpfe führen – von den Kämpfen um mehr Geld bis hin zur Revolution im Iran“ (SW, 24.2.79).

England-Kommission

Niederlande

Keine niederländischen Soldaten in den Libanon!

Seit dem 15. März ist ein Bataillon niederländischer Soldaten bei der UN-"Friedenmacht" im Libanon stationiert. Ein Genosse der sozialistischen Soldatenorganisation Bond voor Dienstplichtigen (BVD) schrieb für den ARBEITERKAMPF einen ausführlichen Artikel (den wir aus Platzgründen leider kürzen mußten).

Drohungen und Lügen

Am 12.1. gab die niederländische Regierung ihren Beschluß bekannt, das 700 Mann umfassende 44. Panzerinfanteriebataillon aus Zuidlaren und Assen für den UN-Einsatz im Libanon zur Verfügung zu stellen. Das Bataillon soll dort in die 6.000 Mann starken Unifil-Truppen (United Nations Interim Force in Lebanon) eingereiht werden, die nach dem israelischen Einfall im März 78 in das südlibanonesische Grenzgebiet entsandt worden waren.

Von Anfang an machten Regierung wie Heeresleitung deutlich, daß sie ihren Beschluß auch mit Lügen und Drohungen durchsetzen würden. Vize-Premier und Innenminister Wiegel behauptete am 12.1., die niederländische Regierung habe alle betroffenen Gruppierungen und Regierungen informiert. Später mußte die Regierung jedoch zugeben, daß vor dem Kabinettsbeschluß zur Entsendung der Truppen lediglich mit Israel auf ministeriellem Niveau ein Kontakt bestanden hat, das über seinen Außenminister zustimmend reagiert. Adressat und Ergebnis weiterer Kontakte, blieben unklar.

Fest steht jedoch, daß die niederländische Regierung natürlich keinen Kontakt mit der PLO aufgenommen hat, weil die Niederlande die PLO nicht anerkennen.

– daß die niederländische Regierung den PLO-Führer Asrafat die niederländische Regierung noch unlängst einer "feindlichen Haltung" beschuldigt hat, und der Umstand, daß eine niederländische Mission zur Erkundung der Lage im Libanon von Israel aus in den Südlibanon gereist ist, den Niederlanden seitens der PLO den Vorwurf der Einseitigkeit eingetragen hat ("NRC", 24.1., "Trouw", 31.1.).

– daß der Militärkorrespondent der "Jerusalem Post" schrieb, daß in militärischen Kreisen Israels die Furcht bestehe, daß die Stationierung niederländischer Soldaten im Libanon einen negativen Einfluß auf die Beziehungen zwischen den Niederlanden und Israel haben könne ("Volkskrant", 29.1.).

– daß die rechts-christlichen Milizen (Falange) des Major Haddad scharf gegen die Unifil eingestellt sind.

Widerstand

Für die betroffenen niederländischen Soldaten (größtenteils Wehrdienstpflichtige) kam der Beschluß der Regierung völlig überraschend. Zwar hatte die Regierung seit 1963 das 44. Panzerinfanteriebataillon für UN-Aufgaben zur Verfügung gehalten, seit 1976 war aber das spezielle Manöverprogramm für diese Einsätze nicht mehr in den Übungsplänen enthalten gewesen.

Die ohnehin nicht große Neigung der Soldaten zu diesem Einsatz wurde noch geringer, als durch Zeitungsberichte bekannt wurde, daß von den UN-Truppen (bis zum 24.1.) 15

Mann – davon acht bei Gefechten getötet und 50 bei Gefechtshandlungen verletzt worden waren.

Die Heeresleitung versuchte diese Beleidigungen zu erklären, indem sie behauptete, Tote bei Gefechten hatte es "nur" im ersten Monat des Aufenthaltes im Libanon gegeben, ansonsten seien UN-Soldaten nur bei Verkehrungslücken umgekommen. Diese Behauptungen wurden jedoch schnell von den Ereignissen widerlegt. Am 3./4. Februar fielen sechs Unifil-Soldaten während eines Zwischenfalls mit einem Kommando der P.F.L.P. Am selben Wochenende wurde von einer Unifil-Abteilung ein mehrstündiges Feuergefecht mit einer eingedrungenen israelischen Patrouille geführt.

Der Unmut unter den niederländischen Soldaten über den bevorstehenden Einsatz verbreitete sich.

Nach den Darstellungen der Heeresleitung war es jedoch nur eine kleine Minderheit – "weniger als zehn Prozent" ("Volkskrant", 17.1.) – die nicht in den Libanon wollte.



Demonstration in Groningen am 10.2.: „Groninger Jugendliche solidarisch“ – „Kein Mann unter Zwang in den Libanon“

Schließlich war aber nicht mehr zu verschweigen, daß von den 512 Wehrdienstpflichtigen, die für den UN-Einsatz eingeteilt waren, 290 – also fast 60% – Widerspruch eingelegt hatten aus medizinischen, sozialen oder politischen Gründen.

Als der Widerstand nicht zu unterdrücken war, griff die Heeresleitung zu Drohungen.

– die Soldaten hätten ihren Widerspruch binnen zwei Tagen einzureichen

– Soldaten, die sich auf das Gesetz über Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen beriefen (was auch noch während des bereits angetretenen Wehrdienstes möglich

ist), wurden von Offizieren mit langjährigen Gefängnisstrafen, Verhaftung, Anklage vor dem Kriegsrat und Anwendung des Kriegsweges bestraft.

drei Soldaten, die aufgrund des Gesetzes über Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen Widerspruch gegen den UN-Einsatz eingelegt hatten, wurden nicht, wie sonst üblich, bis zur Entscheidung vom Dienst freigestellt, sondern mußten sich weiter an den Übungen beteiligen – als sie sich weigerten wurden sie in den Kasernenknast gesteckt.

In anderen Heeresstellen wurden "Freiwillige" für den UN-Einsatz hochgehoben. Der Soldatengewerkschaft „Vereniging van dienstplichtige militairen“ wurde verboten, auf dem Gelände der Kaserne der 44er eine Informationsveranstaltung durchzuführen, eine Anzahl aktiver VVDMer aus dem Bataillon wurde in andere Kasernen versetzt.

Ungeachtet dieser Versuche, den Protest der Soldaten vor der Öffentlichkeit geheimzuhalten, wurde doch bald deutlich, daß ein großer Teil der Wehrdienstpflichtigen „freiwillig“ in den Libanon gehen würden. Die öffentliche Dis-

ziplinäre Kritik wurde im Parlament, auch von der revisionistischen KP (CPN) und der Pazifistisch-Sozialistischen Partei (PSP), nicht geübt.

Warum sich die niederländische Bourgeoisie so Hals-über-Kopf in das Libanon-Abenteuer gestürzt hat, ist bisher ziemlich unklar geblieben. Außenminister Van der Klauw äußerte, daß die "Truppenverwendung stattfindet, weil wir sonst in diesem Gebiet keine Rolle spielen würden" ("de Waarheid", 2.2.). Auf diese klassisch-imperialistische Position vom CPN-Angesprochenen Bakker im Parlament angesprochen, beäufelte sich Van der Klauw jedoch, seine Äußerung zurückzunehmen. Eine Debatte über die Hintergründe des Libanon-Abenteuers war damit (für erste) vereitelt.

Das Parlament ging letztlich nicht weiter, als eine Resolution anzunehmen, worin für "einen größtmöglichen Grad von Freiwilligkeit" ("Volkskrant", 7.2.) plädiert wurde, was der Regierung jedoch faktisch völlig freie Hand läßt.

Stärkung der israelischen Expansion

Nur eine Reihe von Organisationen der revolutionären Linken und das Palästina-Komitee wandten sich prinzipiell gegen die Stationierung niederländischer Truppen im Libanon.

Das Palästina-Komitee wandten sich prinzipiell gegen die Stationierung niederländischer Truppen im Libanon.

Die sozialistische Soldatenorganisation Bond voor Dienstpflichtigen (BVD) forderte, "daß keine niederländischen Truppen in den Libanon geschickt und die UN-Truppen zurückgezogen werden" sollen. In seiner Pressemitteilung vom 16.1. führte der BVD weiter aus:

– daß die niederländischen Truppen benutzt werden, um die israelische Expansion zu decken und das Sarkis-Regime auf Kosten der Palastinenser zu stützen und

– daß der traditionell pro-israelische Standpunkt der niederländischen Regierung bedeutet, daß die israelische Position durch die Anwesenheit niederländischer Truppen im Libanon verstärkt wird.

"Der BVD ruft alle Soldaten auf sich zu weigern, in den Libanon zu gehen und ruft jeden auf, die Soldaten zu unterstützen."

Der Internationale Kommunistenbund (niederländische Sektion der 4. Internationale) wies darauf hin, daß zum ersten Mal seit dem Kolonialkrieg in Indonesien (1947 - 48) niederländische Wehrpflichtige in eine imperialistische Aktion hineingezogen werden. "Indem ein Freiheitsbrief für derlei Aktivitäten der Armee gegeben wird, werden gerade die Voraussetzungen für einen weiteren Ausbau des niederländischen Repressionsapparates geschaffen." Die Forderungen des BVD werden vom IKS unterstützt ("Klassenstrijd", 27.1.).

Das Palästina-Komitee sieht in der Truppenentsendung eine Unterstützung der israelischen Ziele. Es weist die Stationierung niederländischer Soldaten im Libanon ab, "solange keine eindeutigen Garantien gegeben werden, daß die niederländischen

Einheiten a) die bewaffnete palästinensische Anwesenheit ... respektieren werden, b) die libanonesische Souveränität wiederherstellen, indem sie einen Beitrag zur Beendigung der israelischen militärischen Präsenz (u.a. in Form der rechts-christlichen Milizen im Grenzgebiet) erbringen" (Erklärung vom 23.1.).

Die Soldatengewerkschaft

Die Soldatengewerkschaft Vereniging voor dienstplichtige militairen (VVDM) beschloß, über den Einsatz niederländischer Truppen im Libanon kein Urteil zu fällen. Nur eine Minderheit der Mitgliederversammlung am 31.1. war prinzipiell gegen den UN-Einsatz.

Die Versammlung übernahm mehrheitlich den Standpunkt der VVDM-Führung: kein Mann unter Zwang in den Libanon.

– weitestgehender Gebrauch der rechtlichen Positionen

gute Information über die politische Situation

Im Anschluß an die Versammlung wurde eine Demonstration zum Militärstraflager Nieuwersluis durchgeführt, worin derzeit drei der Soldaten, die sich der Versendung widersetzen, gefangen waren. Rund 75 Soldaten (aktive VVDMer) nahmen teil.

In Groningen wurde am 9.2. eine Demonstration unter der Hauptfloskel "Kein Mann unter Zwang in den Libanon" durchgeführt.

In Groningen wurde am 9.2. eine Demonstration unter der Hauptfloskel "Kein Mann unter Zwang in den Libanon" durchgeführt. Etliche hundert Menschen, darunter auch Soldaten von den 44ern, nahmen an der Aufschrift "Keine niederländischen Soldaten in den Libanon". Ein Soldat von den 44ern berichtete, daß die Ablehnung gegen den Libanon-Einsatz weit über die 290 eingelegten Widersprüche hinausgeht, diese Soldaten aber angesichts der Drohungen der Heeresleitung von vornherein auf dieses Rechtsmittel verzichtet haben. Protestkundgebungen wurden ebenfalls in Den Haag vor dem Parlament, in Amsterdam und weiteren Orten durchgeführt.

Der VVDM hat eine einstweilige Verfügung gegen den UN-Einsatz angefordert, die jedoch abschlägig beschieden wurde. Das Gericht entschied, daß die Niederlande zu "normalen Zeiten" jederzeit Soldaten für UN-Einsätze bestimmen können.

Die drei Soldaten, die angesichts des Libanon-Einsatzes und unter Berufung auf Gewissensgründe den Wehrdienst überhaupt verweigert hatten und eingesperrt worden waren, sind mittlerweile wieder frei. Zwei von ihnen sind als Wehrdienst verweigerer anerkannt worden, der dritte wurde abgewiesen.

Wieviele Soldaten noch kurz vor dem Abflug in den Libanon ihren Widerspruch haben durchsetzen können, ist derzeit noch nicht bekannt. Jedenfalls hat sich eine Anzahl von Soldaten während des Kurzurlaubs vor dem Abflug dem Einsatz durch Krankmeldungen und ähnliches entzogen.

Ein Genosse vom Bond voor Dienstpflichtigen (BVD)

Im Panzer sitzt Van der Klauw
Außenminister der Niederlande
aus „de Volkskrant“ 26.1.79!





lateinamerika

Mexiko: Öl und US-Politik

„Öl raus in Mexiko“, „Mexiko auf dem Weg zur Erdölgrößmacht“, „Die große Neugierde dieses Vierteljahrhunderts auf dem Energiesektor“. So und ähnlich lauteten die Schlagzeilen in der bürgerlichen Presse nach den letzten Schätzungen der Erdölreserven Mexikos.

Dies hat Mexiko in den Blickpunkt internationaler Interessen gerückt. Ausdruck davon ist vor allem der kürzliche, viel beachtete Besuch von Präsident Carter in Mexiko; Anfang März war Giscard d'Estaing dort, und demnächst wird auch ein BRD-Vertreter nach Mexiko reisen.

Daß die Imperialisten gerade jetzt starkes Interesse am mexikanischen Erdöl zeigen, obwohl Schätzungen über hohe Erdölvorkommen in Mexiko schon seit mehreren Jahren vorliegen, ist auf die gefährdete Position des Imperialismus im Iran zurückzuführen, wobei auch der Zusammenhang zur Energiepolitik der USA und ihre Beziehungen zu Mexiko eine Rolle spielen.

Mexiko — neue Erdölmacht?

Mexikos Erdölproduktion (die 1938 verstaatlicht worden war) wurde sehr langsam entwickelt. Erst 1975 wurde Mexiko zum Erdölexporteur. Ähnliches gilt für die Schätzungen über die gesamten mexikanischen Erdölvorkommen. Noch im Dezember 1976 schätzte die staatliche Erdölmonopolgesellschaft PEMEX die Vorkommen auf 6,3 Mrd. Barrels. Erst mit der Übernahme der Präsidentschaft durch Lopez Portillo (Dezember 77), der die Rechtswirkung im Lande und die Öffnung zum US-Imperialismus vorantreibt, gab die Regierung die bis dahin geübte Zurückhaltung bei der Schätzung der Erdölvorräte auf. Seit Anfang 1977 stiegen die Schätzwerte beständig an. Von 60 Mrd. Barrels im März 77 auf 300 Mrd. Barrels im November 78 („FR“, 23.3.77 und „Le Monde“, 23.2.79). Die gesicherten Reserven gab PEMEX im November noch mit 20 Mrd., heute bereits mit 40 Mrd. Barrels an („SZ“, 3.1.79).

Unter vier Fünftel des mexikanischen Territoriums werden Gas- und Ölvorkommen vermutet, und die Oberfläche erst knapp 10% des Bodens untersucht worden sind (einschließlich des Festlandssockels), gehen amerikanische Schätzungen inzwischen auf 700 Mrd. Barrels. So hoch wurden bislang offiziell die gesamten Erdölvorräte der Erde geschätzt (Saudi-Arabien besitzt an offiziell anerkannten Vorkommen 150 Mrd., die SU 78 Mrd., der Iran 60 Mrd. und die USA 31 Mrd. Barrels).

Man muß jedoch davon ausgehen, daß der Umfang der mexikanischen Vorkommen zumindest den USA schon länger bekannt ist. So gab der CIA schon Mitte 1976 in einem „Bericht“ die Erdölvorkommen in Mexiko mit 60 Mrd. Barrels an, und „Le Monde“ wunderte sich über eine „gewisse Verschiebung“ des CIA in Bezug auf die mexikanischen Ölvorkommen. Offensichtlich wurden die hohen Schätzungen zunächst bewußt nicht veröffentlicht. Das Bild von einem auf Öl und Gas schwimmenden Mexiko hätte nicht in die Hitze gegen die angebliche Allmacht der arabischen Ölstaaten gepaßt und die Panikmache mit der angeblichen Energieverknappung unglaublich gemacht.

Auch wollte Carter „keine Euphorie in der öffentlichen Meinung schaffen, in dem Moment, in dem der Kampf gegen die Energieverschwendung als „moralisches Äquivalent zum Krieg“ präsentiert wurde“ („LM“, 23.2.79).

Auch, die Erdölproduktion wird erst seit kurzem enorm gesteigert. Von 60 000 Barrels pro Tag (BPT) Anfang der sechziger Jahre über 200 000 1977 auf heute 1,5 Mio. BPT („LM“, 23.2.79). Bis 1980 will PEMEX 2,5 Mio BPT fördern, davon sollen 1,5 Mio. exportiert werden. Ein großer Kuchen für die Imperialisten.

USA sofort am Ball

„In den USA — wichtigste Gläubiger-nation des stark verschuldeten Mexiko — bereitet man sich vor, von diesem Energiereichtum zu profitieren“

(„FR“, 13.4.77) 85% des gesamten mexikanischen Ölsports gehen allein in die USA (400 000 BPT), der Rest geht nach Spanien und Israel (!) („International Herald Tribune“, 9.1.79). Schon drängen amerikanische Experten auf die schnelle Erhöhung der Förderkapazität auf 4 - 5 Mio BPT (heute 1,5 Mio) und bis 1990 sogar auf 9 - 10 Mio BPT. Das entspräche der heutigen Fördermenge des zweitgrößten Erdölsektors, Saudi-Arabien. Schon bis Mitte der 80er Jahre könnte Mexiko 30% des gesamten Energiebedarfs der USA decken. Senator Edward Kennedy und der Vorsitzende des Ausschusses für internationale Beziehungen, Frank Church, machten schon Pläne für ein Ölkartell, einen „Anti-OPEC Block“, bestehend aus Mexiko, USA und Kanada („Financial Times“, 26.1.79).

Gerade auch für die Öl- und Gasversorgung (Mexiko besitzt neben dem Erdöl riesige Erdgasvorkommen) ist ihr südlicher Nachbar für die USA von strategisch äußerst wichtiger Bedeutung. Es gibt eine lange gemeinsame Grenze, die Transportwege sind kurz und billig. Vor allem sehen die US-Imperialisten in Mexiko weit aus bewertete Einfluß- und Eingriffsmöglichkeiten als z.B. im Iran oder auch Saudi-Arabien, um eine „Oase der Stabilität“ zu garantieren, als Voraussetzung, um Erdöl und Erdgas ungestört nach von ihnen diktierten Bedingungen ausbeuten zu können.

Aber auch andere Staaten haben Interesse am mexikanischen Öl. Ab 1980 will Mexiko an Frankreich, Kanada und Spanien (je 100 000 BPT), an Japan (200 000 BPT) und Rumänien Erdöl liefern. Spanien und Israel (!) werden schon heute beliefert. Alle diese Staaten wollen gleichzeitig ver-stärkt in Mexiko investieren. Frankreich, Kanada und auch die BRD haben Mexiko Nukleartechnologie angeboten. Japan gewährt einen Kredit über 1 Mrd. Dollar für den Kauf von Petrochemie-Technologie.

D.h. Mexiko versucht, mit seinem Erdöl etwas mehr Spielraum vom US-Imperialismus zu verschaffen, wenn die Regierung z.B. ankündigt, daß ab 1980 nur noch 60% der Erdölimporte in die USA gehen sollen (heute 85%), dafür aber 20% nach Europa und 20% nach Japan.

Durch Erdöl zu größerer Unabhängigkeit vom US-Imperialismus?

Die Möglichkeiten Mexikos, sich ei-

Durch Erdöl zu größerer Unabhängigkeit vom US-Imperialismus?

Die Möglichkeiten Mexikos, sich einen größeren Spielraum vom US-Imperialismus zu verschaffen, sind allerdings auch mit größeren Öleinnahmen äußerst begrenzt.

Das US-Kapital macht 26% seiner Gewinne in Lateinamerika allein in Mexiko. Der US-Anteil der Auslandsinvestitionen beträgt 80%, und über zwei Drittel seiner Import- und Exporte wickelt Mexiko mit den USA ab. Da bedarf es keiner offenen Drohung, um Mexiko am Eintritt in die Opec zu hindern; denn ohne die (- den Opec-Ländern nicht gewährten -) Handelsvergünstigungen wäre Mexikos Wirtschaft heute nicht lebensfähig.

Den weitaus größten Teil seiner 36 Mrd. Dollar Auslandsschulden (!) muß Mexiko an US-Banken zurückzahlen. Der größte Schuldner ist die staatliche Erdölgesellschaft PEMEX. Und so wird sich mit dem weiteren schnellen Ausbau der Erdölindustrie die völlige Abhängigkeit Mexikos von den USA weiter vergrößern. Bisher mußten 75% der Kapitalgüter für die Erdölindustrie aus dem Ausland importiert werden. Durch den technologischen Rückstand ist der Bedarf an Ausrüstungen, Technologie, Dienstleistungen und Kapital enorm. PEMEX will in den nächsten 4 Jahren über 70 Anlagen im Bereich der petrochemischen Grundstoffproduktion bauen („Wirtschaftsworte“, 22.1.79) und von 1977-1982 20 Mrd. Dollar investieren („El Pais“).

Diesen Brocken läßt sich der US-Imperialismus nicht entgehen. Schon heute kauft Mexiko 90% seiner gesamten Erdölraffinerien in den USA (Uno mas Uno, 1.9.78), und das amerikanische Handelsministerium forderte im August letzten Jahres die Privatindustrie auf, die Verkäufe noch zu steigern, denn durch die ho-

hen Investitionen der PEMEX ergeben sich „attraktive und substantielle Exportmöglichkeiten für die amerikanischen Gesellschaften“ (ebd.). Und das Ministerium weist die Lieferfirmen, die noch nicht nach Mexiko exportieren, auf den großen Vorteil hin: „Geographische Nähe, günstiges politisches und ökonomisches Klima, stabile Handelsstruktur, und der wichtigste, das schnelle Anwachsen des Marktes für Importe besonders aus den Vereinigten Staaten“ (ebd.).

Zum ersten Mal hat der Führer der (regierungsstreuen) Erdölgesellschaft, Torres Ponce, zugegeben, daß PEMEX auf dem Gebiet der Geodäsie (Vermessungskunde) voll und ganz auf die Hilfe ausländischer Techniker angewiesen ist („FAZ“, 16.11.78). Und die FAZ bezeichnet es als offenes Geheimnis, daß die Offshore-Plattformen (die Bohrstellen vor der Küste im Golf von Mexiko) amerikanischen Firmen gehören und vorwiegend von ihren Technikern besetzt sind. Das staatliche Monopol von PEMEX ist längst wieder durch US-Konzerne zur Farce geworden, nachdem sie sich 1938, nach der Verstaatlichung der Ölindustrie, aus diesem Geschäft zurückziehen mußten.

Siebt der US-Imperialismus heute seine Erdölambitionen in Mexiko be-

heutepolitik“ erklärt!

- Amerikanische Senatoren haben erklärt, daß es keinen Zweifel mehr darüber geben kann, „daß eine Pentagon-Studie über die militärische Verteidigung der mexikanischen Öl-felder möglicherweise nicht nur Spielmaterial ist“ („FAZ“, 16.11.78).

Ein zweiter Iran?

In der bürgerlichen Presse wird immer wieder vor der Gefahr gewarnt, daß der Ölboom in Mexiko zu iranischen Verhältnissen führen könnte. Der mexikanische Soziologe Rodolfo Stavenhagen schreibt: „Wenn nichts drastisches geschieht, werden wir in Kürze eine kleine, gut gedohrte, schnell wachsende Elite haben, aber noch viel größere Massen von unter ernährten, frustrierten Menschen“. Die mexikanische Bourgeoisie hat zwar auf der einen Seite durch die Öleinnahmen neuen Spielraum für ihre Befriedigungs- und Integrationspolitik gewonnen (s. auch AK 144), aber durch die nur einer kleinen Schicht zugutekommende Ölpolitik werden sich die Klassengegensätze in Mexiko deutlich verschärfen.

Schon heute nimmt in Mexiko das Massenelend ungeheure Ausmaße an. Die Hälfte der arbeitsfähigen Bevöl-

kerung“ und „Wir sind nicht käuflich“.

Angeichts der politischen Gefahren, die eine zu schnell expandierende Ölpolitik mit sich bringt, scheint sich ein vorsichtigeres Vorgehen im Gegensatz zur „harten Linie“ abzuzeichnen. Vertreter der „harten Linie“ fordern nach wie vor den schnellen Ausbau der Förderkapazität. In Mexiko hofft damit hauptsächlich die große Privatindustrie auf Möglichkeiten weiterer Expansion. Aber Lopez Portillo hat sich gegen die schnelle Steigerung der Ölförderung auf 4 - 5 Mio BPT gewandt: „Man könne nicht mehr essen, als man verdaut, sonst wird man krank. Das gilt auch für die Wirtschaft“ („Die Zeit“, 16.2.79). Er wolle es nicht so machen wie der Schah, und Mexiko solle nicht das Saudi-Arabien Lateinamerikas werden („El Pais“, 18.2.79). In den USA setzen sich die Senatoren Edward Kennedy und Frank Church für eine „weiche Linie“ ein, „aus der Überlegung heraus, daß zur Erhaltung der politischen Stabilität des Nachbarlandes, die sie nach den Erfahrungen im Iran für ebenso wichtig halten wie das Niveau der Ölproduktion, eine besondere Konzeption des Ölexportes und ein Spielraum für die mexikanischen Einwanderer in die USA unbedingt nötig sind“ („Lateinamerika-Nachrichten“, Nr. 68).

Das gerade von diesen beiden der Plan eines eigenen Anti-Opec-Kartells (aus Mexiko, den USA und Kanada) stammt, d.h. die völlige Einkerkelung Mexikos, zeigt, daß die „weiche Linie“ nicht geringere Ausbeutung Mexikos bedeutet. Die amerikanische Ölpolitik ist also unabhängig. Nur Mexiko darf importieren wie aus Mexiko. Die US-Imperialisten sind an weitestgehenden und langfristigen Abkommen interessiert. Schon heute wird in der politischen Presse gefordert, daß die eine große Anzahl der imperialistischen Mexikaner garantieren. Und genau das war der Sinn von Jimmy Carters Besuch in Mexiko.

Mißerfolg Carters in Mexiko? — ein abgecartertes Spiel

Bei Carters Mexiko-Besuch wurden die deutlich nationalistischen Töne in den Reden Portillos hochgespielt. In seiner bislang „härtesten Rede“ mit herber Kritik und „scharfer Zurückweisung“ kehrte Portillo den

Bei Carters Mexiko-Besuch wurden die deutlich nationalistischen Töne in den Reden Portillos hochgespielt. In seiner bislang „härtesten Rede“ mit „herber Kritik“ und „scharfer Zurückweisung“ kehrte Portillo den Verteidiger der nationalen Interessen heraus, um damit der traditionellen antiamerikanischen Stimmung im Lande und der berechtigten Kritik an seiner US-freundlichen Energiepolitik den Wind aus den Segeln zu nehmen: „Die Amerikaner dürfen nicht uneingeschränkt mit mexikanischem Öl rechnen. Mexiko ist unabhängig und handelt ausschließlich nach den Erfordernissen der eigenen Entwicklung“ („Spandauer Volksblatt“, 16.2.79).

Die Sprüche des mexikanischen Präsidenten konnten allerdings bei den Besuchern aus den USA keine Beunruhigung auslösen, sondern man hatte Verständnis dafür, „daß Portillo mit Rücksicht auf seine eigenen Bedürfnisse Stärke gegenüber Carter an den Tag legen“ mußte und daß er seine Kritik an den USA „für den Hausgebrauch“ übt („NZZ“, 17.2. und Tagesspiegel, 16.2.79).

So äußerten sich zum Schluß des Besuchs beide Präsidenten zufrieden: „Die Gespräche hätten ... grund-sätzlich den Weg für künftige Abmachungen geebnet“ („Tagesspiegel“, 18.2.79).

Ab nach Carter jetzt auch Giscard d'Estaing Mexiko besuchte, zeigten sich offensichtlich bereits erste Ergebnisse der Gespräche mit Carter. Lopez Portillo schlug vor, die Entwicklung, Förderung und Verteilung von Energie in einer neuen Weltordnung zu regeln. „Allgemein wird der Vorschlag als Denkmodell verstanden, das die Rolle der Organisation Erdöl-exportierender Staaten (OPEC) schwächen würde“ — ein Schritt hin zu den US-amerikanischen Vorstellungen („Tagesspiegel“, 3.3.79).

Lateinamerikakommission



eintrüchtigt, setzt er ohne zu zögern seinen militärischen Apparat und sein vielfältiges Erpressungsinstrumentarium in Gang.

- Der Kredit für den Bau einer Erdgasleitung nach Texas wurde von den USA gestrichen weil Mexiko einen zu hohen Gaspreis forderte (vgl. AK 125). Inzwischen importieren die USA Erdgas aus Indonesien zum gleichen Preis („Le Monde“, 23.2.79).

- Ein geplantes Abkommen zwischen Mexiko und der VR China (mexikanische Hilfe bei der Erdölförderung gegen chinesische Unterstützung der Landwirtschaft und Fischerei Mexikos) wurde verhindert. US-Energieminister Schlesinger, der unmittelbar nach Portillos China-Besuch, setzte sich mit seinem Angebot (Erdöltechnologie der USA gegen chinesisches Öl) durch („FAZ“, 3.11.78).

- Die Verhandlungen zwischen Mexiko und Japan über Kredite und Öl wurden ebenfalls von den USA behindert. Provokativ zum Zeitpunkt der Verhandlungen gab die US-Regierung den Bau eines Drahtseiles an der Grenze zu Mexiko bekannt. Über diese Grenze wandern jährlich 800 000 Mexikaner illegal in die USA ein, weil sie in Mexiko mangels Arbeitsplätzen nicht überleben können. Eine Schließung der Grenze würde für Mexiko erstmal unlösbares Problem schaffen.

- Das US-Verteidigungs- und das Außenministerium haben die mexikanischen Energiereserven zum „Problem der amerikanischen Sicher-

kerung ist unterbeschäftigt oder arbeitslos. 50% der Arbeiter verdienen weniger als das vorgeschriebene Minimum. 40% der Kinder sind unterernährt. 25 Mio Menschen (bei einer Gesamtbevölkerung von 65 Mio) können sich keine Much leisten (Neue Zürcher Zeitung NZZ, 7.1.79). Jährlich müßten 800 000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Die Öleinnahmen werden aber wieder hauptsächlich in kapitalintensive Branchen investiert, wie in der Ölindustrie, in der nur 80 000 Menschen beschäftigt sind. 50% der öffentlichen Investitionen entfielen 1978 auf die PEMEX. Die Inflation ist schon bei 17% angestiegen und der Reallohn sinkt ständig. „Der Druck im Kessel steigt“ („Die Zeit“, 16.2.79).

Die wachsenden Proteste wenden sich zunehmend auch direkt gegen die Auswirkungen der Ölpolitik der Regierung. In Villahermosa (Chiapas) in einem der ärmlichsten Gebiete, wo durch Anwesenheit der PEMEX die Preise um 40% gestiegen waren und sich große Shams gebildet hatten, wehrten sich bewaffnete Bauern erfolgreich gegen die Errichtung einer Ammoniakfabrik (Ammoniak wird aus dem bei der Ölförderung anfallenden Gas hergestellt). Chantal-Indianer besetzten 6 Bohrtürme und blockierten 55 Straßen aus Protest gegen die Zerstörung und Enteignung ihres Ackerlandes durch PEMEX (Political Latinamerica Report, 23.2.79). Jimmy Carter wurde bei seinem in Mexiko von 3000 Demonstranten empfangen mit Parolen wie: „Carter



afrika

Idi Amin vor dem Sturz

Das militärische Kräfteverhältnis in Uganda hat sich nach übereinstimmenden Meldungen der bürgerlichen und tanzanischen Presse weiter zugunsten der oppositionellen Kräfte verschoben. Der endgültige Sturz des „Feldmarschall auf Lebenszeit“ Idi Amin scheint nur noch eine Frage der Zeit zu sein. Auf ihrem Vormarsch sind die aufständischen und Guerilla-Truppen bis kurz vor die Hauptstadt Kampala vorgestoßen und bombardieren bereits Ziele in der Hauptstadt.

Die Amin-loyalen Verbände konnten von Kampala abgeschnitten werden; in der Hauptstadt selbst sind Anschläge auf drei große Hotels verübt und Ziele nahe der Residenz Amins sowie Häuser von Geheimpolizisten angegriffen worden. Die Rebellen-Truppen haben sich in drei Kampfverbände aufgespalten und die Söldnertruppen Amins im Gebiet der Lura-Sumpfe eingekreist („SZ“, 14.3.).

Am 3. März konnte Tororo, direkt an der Grenze zu Kenia, für kurze Zeit von den Streitkräften der Guerilla eingenommen werden. Für die Aktion, bei der eine Kaserne überfallen und Munition und Waffen erbeutet wurden, übernahm eine bisher unbekannte Gruppe von Exil-Ugandern mit dem Namen „Streikräfte der Nationalen Revolte“ (FNR) die Verantwortung. In einer Erklärung, die in Nairobi veröffentlicht wurde, sprach die FNR von 400 getauften Amin-loyalen Soldaten („International Herald Tribune“, 6.3.). Neben der Erbeutung von Waffen und Munition hatte der Angriff auf die Grenzstadt vor allem das Ziel, den Treibstofftransport von Kenia nach Uganda zu unterbrechen („Guardian“, 5.3.).

Erklärungen des im tanzanischen Exil lebenden früheren Staatspräsidenten Ligonjo, Milton Obote, zufolge, sind bereits zwei Mio. Ugander befreit worden. Wie „Le Monde“ (6.3.) berichtet, haben die oppositionellen Kräfte begonnen, in den befreiten Gebieten eigene Verwaltungsstrukturen aufzubauen und die Wahl sogenannter „Volkskomitees“ vorzubereiten.

Die zwielichtige Rolle Libyens

Angesichts der aussichtslosen Lage scheinen mittlerweile auch die „Kadereinheiten“ der ugandischen Armee ihrem ehemaligen Oberbefehlshaber die Gefolgschaft aufzukündigen. So ist das „Selbstmord-Bataillon“, eine Eliteeinheit Amins, die in Masaka stationiert ist, geschlossen zu den aufständischen Truppen übergelaufen. Mannschaften und Offiziere des Bataillons gaben dazu folgende Erklärung ab: „Wir, Offiziere und Mannschaften des Selbstmord-Bataillons, stationiert in Masaka, erklären heute, am 24.2., daß wir unseren Treueschwur auf Idi Amin widerrufen und uns den Volksmassen angeschlossen haben, um für den Sturz des faschistischen Regimes zu kämpfen“. „Wir Soldaten und das ugandische Volk haben keinen Streit mit unseren Brüdern in Tanzania. Wir beanspruchen kein tanzanisches Gebiet. Wir sind in einen tragischen und unnötigen Krieg



gedrängt worden mit unseren Nachbarn, der viele Menschenleben gekostet hat“ („Tanzania Daily News“, 28.2.).

Während der ugandische Rundfunk nach dem Vorbild nationalsozialistischer Durchhaltepropaganda im 2. Weltkrieg eine Siegesmeldung nach der anderen durch den Äther funkt, wird das Terrorregime Amins offenbar nur durch die massive Unterstützung Lybiens, Marokkos und anderer arabischer Staaten am Leben erhalten.

So soll Libyen über eine Luftbrücke Uganda mit Panzern, Jagdflugzeugen und schweren Geschützen versorgen („SZ“, 8.3.). Die Angaben der bürgerlichen westdeutschen und englischen Presse über die Zahl der in Uganda operierenden marokkanischen und libyschen Truppen schwanken zwischen 1.400 und 2.500. Die und libyschen Truppen schwanken zwischen 1.400 und 2.500. Die „Frankfurter Rundschau“ (10.3.) berichtete beispielsweise, daß ca. 1.000 libysche Soldaten in Natebi, südlich von Kampala stationiert seien. Verlautbarungen tanzanischer Militärkreise zufolge seien mehrere libysche Offiziere gefangen genommen worden und hätten libysche Soldaten vor allem an den Kämpfen um die Garnisonsstadt Masaka teilgenommen, die jetzt von Guerillas kontrolliert wird („SZ“, 6.3.). Die Anwesenheit marokkanischer Militäreinheiten in Uganda wird von der bürgerlichen Presse durchgängig als „Vergeltungsaktion“ Marokkos gegen den Austritt Tanzanias aus dem OAU-Vermittlungskomitee und die Anerkennung der DARS (Sahara) interpretiert. Die libysche Nachrichtenagentur JANA hat inzwischen die Anwesenheit libyscher Truppen in Uganda dementiert und als „Lüge“ bezeichnet. Alle Lybier in Uganda seien Bankangestellte, Lehrer oder medizinisches Personal („IHT“, 7.3. „Guardian“, 7.3.).

Auch Marokko hat jede Unterstüt-

zung des Amin-Regimes kategorisch bestritten.

Tatsächlich liegen bislang keine stichhaltigen Beweise für eine libysche und marokkanische Truppenpräsenz vor bzw. gibt es noch keine seriöse tanzanische Quelle, die derartiges bestätigen würde. Es ist allerdings unbestritten, daß tanzanische Streitkräfte Ende letzten Jahres libysche Panzer und Offiziere gefangen genommen haben, die an der Invasion Tanzanias durch ugandische Truppen beteiligt waren (wir berichteten im AK darüber). Es ist weiterhin bekannt, daß die ugandische Luftwaffe nach dem Rauswurf der Israelis 1972 mit Hilfe Lybiens und der Sowjetunion ausgebaut wurde und Uganda Wirtschaftshilfe von Libyen erhalten hat. Diese

massive Unterstützung einer der korruptesten und brutalsten afrikanischen Diktaturen steht im Gegensatz zur sonstigen ant imperialistischen Orientierung der libyschen Außenpolitik (Unterstützung der FROLINAT im Tschad und der Frente Polisario). Sie ist ein Hinweis darauf, daß die Regierung Kadhafis zumindest im Fall Ugandas offensichtlich bereit ist im Bündnis mit der arabischen Reaktion eine aggressive Kriegspolitik zu betreiben.

OAU deckt Amin

Die OAU hat es trotz wiederholter Aufforderung der tanzanischen Regierung bisher konsequent vermisst, den aggressiven Überfall der ugandi-

schen Streitkräfte auf Tanzania zu verurteilen, obwohl die Invasion eine eindeutige Verletzung der OAU-Charta darstellt. Sämtliche Verlautbarungen dieses Gremiums forderten vielmehr stereotyp die Einstellung der Kampfhandlungen auf beiden Seiten und behandelten den Konflikt als „Streit unter Brüdern“, ohne den Aggressor beim Namen zu nennen. De facto kommt das einer Parteinahme für die Diktatur Amins gleich und macht den Einfluß promperialistischer und reaktionärer Kräfte innerhalb der OAU deutlich.

Mitte Februar hatte die OAU, u.a. auf Wunsch Idi Amins, erneut versucht, Tanzania zum Einsinken auf die Forderungen des Diktators zu bewegen. Die Sitzung des OAU-Vermittlungsausschusses am 21.2. in Nairobi verlief ohne Ergebnis, da sich die OAU wiederum weigerte, Amin zu verurteilen. Die tanzanische Delegation nahm an der Sitzung nicht teil und Außenminister Mkapa erklärte, er sei nicht gekommen, um zu verhandeln („Monitor-Dienst“, 27.2., Radio Darussalam, 26.2.). Die tanzanische Regierung ließ dem Vermittlungsausschuß vier Forderungen übermitteln, deren Einlösung Voraussetzung für eventuelle Gespräche sind:

- Die Verurteilung der Invasion durch die OAU
- Amins Verzicht auf Gebietsansprüche
- Reparationszahlungen für die Schäden des Überfalls vom Oktober
- Amin solle aufhören, Tanzania für die innenpolitischen Schwierigkeiten des Regimes verantwortlich zu machen

Während die OAU also nichts unversucht läßt, um über den Vermittlungsweg Druck auf Tanzania auszuüben, haben die Frontstaaten auf einer zweitägigen Sitzung in Luanda die Aggression Ugandas gegen Tanzania als „expansionistisch und faschistisch“ verurteilt („NZZ“, 7.3.).

Afrika-Kommission

Sowjetunion stützt Amin

Weit und unbekannt ist bisher die Tatsache, daß die UdSSR an der Aufrechterhaltung der Diktatur Idi Amins wesentlich beteiligt ist. Nicht zuletzt ihrer unkräftigen militärischen Hilfe und diplomatischen Wertschätzung verdankt das Regime sein achtjähriges Bestehen.

Die gesamte ugandische Luftwaffe ist mit Düsenjägern sowjetischer Bauart ausgerüstet (MiG-21), die Streitkräfte u.a. mit sowjetischen T-55-Panzern. Militärberater aus der SU drängen Amins Kiketruppen und die ladierte Wirtschaft konnte bislang u.a. mit Hilfe sowjetischen Kapitals vor dem völligen Zusammenbruch gerettet werden. Dabei ist die SU sorgsam darauf bedacht, exakte Angaben über das Ausmaß der an Amin fließenden Unterstützung geheimzuhalten. Das elementare Interesse der SU an der Aufrechterhaltung einer Militärdiktatur unter Führung Amins zeigt sich vor allem auf diplomatischer

und propagandistischer Ebene. So kommentierte Radio Moskau den Überfall Ugandas auf Tanzania u.a. folgendermaßen: „Die Kommentare der westlichen Propaganda sind jedoch mehr der Versuch, unrichtige Einzelergebnisse hochzuspielen als eine nüchterne Einschätzung der Ereignisse, die sich an der tanzanisch-ugandischen Grenze abspielen. Tatsache ist, daß es seit langem die unauflösbare Aufgabe der westlichen Propagandadienste ist, zu allen möglichen Arten von Konflikten aufzuwachen. Diese Aufgabe dient dem Ziel der subversiven imperialistischen Politik“ (Radio Moskau, lt. „Monitor-Dienst“ vom 2.2.).

Um die eigenen machtpolitischen Interessen nicht zu gefährden, lassen die Revisionisten keine Möglichkeit ungenutzt, das Amin-Regime propagandistisch aufzuwerten. Der sowjetische Botschafter in Kampala, Musjko, teilte Amin mit, „daß die Füh-

rung der SU sehr erfreut sei über die unermüdeten Anstrengungen des Präsidenten, zwischen Uganda und Tanzania Frieden und Verständigung herbeizuführen und daß sie sehr erfreut sei, feststellen zu können, daß Uganda seine Bemühungen auf die wirtschaftliche Entwicklung seiner Bevölkerung konzentrierte ...“ — „... er fügte hinzu, die sowjetische Regierung habe die Aufmerksamkeit Präsident Nyereres auf die Tatsache gelenkt, daß die Imperialisten und andere reaktionäre Kräfte bestrebt seien, derartige Konflikte auszunutzen, um die Bemühungen der unabhängigen afrikanischen Staaten zu verhindern und die Aufmerksamkeit der afrikanischen Völker vom Kampf für die Befreiung des Kontinents von Kolonialismus, Rassismus und von der dringlichen Aufgabe ihrer umfassenden wirtschaftlichen Entwicklung abzulenken“ (Radio Kampala, 8.2., lt. „Monitor-Dienst“, 9.2.).

Bundeswehr raus aus Afrika!

Mit einem leichten nostalgischen Schauer mag sich mancher der reaktionären Köpfe, die bekanntlich hinter einer „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ stecken, an die Tage eines deutschen Afrika-Korps erinnern fühlen. Kürzlich las er, daß die BRD nicht nur einen Militärattache nach Kinshasa entsenden werde, sondern auch veritable Bundeswehroldaten nach Zaire schicken wolle. Da nicht verraten werden soll, daß sie dort mitwirken sollen, das völlig verrotte Mobutu-Regime vor der rebellierenden Bevölkerung zu schützen, werden sie zu Aufsichts- und Bewachungspersonal deklariert. Zur besseren Tarnung werden auch Mehrzweckgaben nicht gescheut: „Um den nicht unbedingt militärischen Charakter der deutschen Hilfe zu betonen, soll der Lazarett auch eine gynäkologi-

sche Abteilung erhalten.“ (FAZ, 5.3.79).

Während die Bundesregierung all dies nicht dementiert, läßt sie in ihre Hauptpostille durchsickern, daß die „Bundeswehrexperten“ auch zum „Aufbau eines Grenzsicherungssystems“ (Spiegel, 12.3.79) nach Zaire geschickt werden. Bei einer Grenzlänge von ca. 11.000 km läßt die genannte Zahl von „im Mai zunächst vier“ dieser „außenafrikanischen Berater und Streitkräfte“ (neben 30 weiteren im übrigen Afrika) darauf schließen, daß sie nicht lange allein bleiben werden. Denn zu vier läßt sich z.B. die westdeutsche Otag-Kolonie nur mangelhaft gegen eine unangemeldete ausländische Inspektion schützen.

Diese Inspektion

Eine Frage für die DKP

Einem kurzen Artikel in der DKP-eigenen Zeitschrift „Antimperialistisches Informationsbulletin“ vom Januar 1979 zum Krieg zwischen Uganda und Tanzania könnte man eigentlich voll und ganz zustimmen: „Ende Oktober d.J. drangen ugandische Truppen in den sog. Kagera-Zipfel an der Nordgrenze Tanzanias ein und hielten bis in die zweite Novemberhälfte hinein ein Territorium von ca. 1.800 qkm besetzt. Die OAU-Prinzip von der Unantastbarkeit der bestehenden Grenzen in Afrika grob verletzende Provokation ist durch eine seit 1972 währende Feindseligkeit des ugandischen Staatschefs Idi Amin gegen das Nachbarland motiviert. Tanzania hatte dem von Amin gestützten Milton Obote, der einen sozialistisch orientierten Kurs verfolgte, politische Asyl gewährt. Die fort-

schrittlichen Kräfte in Afrika verwehren jedoch auf weitreichende Implikationen des Aggressionsaktes. Samora Machel erklärte für die Regierung der Volksrepublik Mosambik: „Der Konflikt zwischen Uganda und Tanzania ist kein Grenzkonflikt. Noch handelt es sich um einen Expansionskrieg Ugandas gegen Tanzania. Es ist eine vorgeplante Aktion, um die Situation in Tanzania zu destabilisieren, wirtschaftliche Schwierigkeiten in diesem Lande zu schaffen, indem man die zu Tanzanias Entwicklung notwendigen menschlichen und materiellen Ressourcen in der nationalen Verteidigung bindet. Ugandas Aktion ist eine vorgeplante Aktion mit dem vergeblichen Ziel, Tanzania zur Aufgabe der gerechten Prinzipien der Unterstützung des Befreiungskampfes zu bringen. Das ugandische Regime ist

ein direkter Agent dieser imperialistischen Aggressionen. Es ist das gleiche Schema, das den Marionettentruppen Stholes und Muzorewas Zuflucht, Waffen und militärische Ausbildung gibt.“

Wenn es da nicht einen Haken gäbe: Die ugandische Luftwaffe ist mit sowjetischen Maschinen ausgerüstet, die ugandische Armeen führt ihre Aggression z.T. mit sowjetischen Waffen durch. Dürfen wir das als Unterstützung der afrikanischen Reaktion und des Imperialismus werten? Oder begreifen wir nur mal wieder einen besonders klugen Schachzug im Kampf um „Frieden und Entspannung“ nicht?

Afrika-Kommission

Kurzmeldungen Südliches Afrika

Rhodesien setzt Überfälle auf Frontstaaten fort

Mit einem erneuten Luftangriff auf ein angebliches ZANU-Lager in Mosambik hat das rhodesische Regime seine Weile von Überfällen auf die benachbarten Frontstaaten fortgesetzt. Am 1. März bombardierte die rhodesische Luftwaffe ein mosambikanisches Militärlager bei Mutarara, 150 Meilen (1) von der Grenze entfernt, im Zentrum Mosambiks („IHT“, 2.3.79). Das ist somit der mindestens 9. Überfall auf Ziele in den Frontstaaten, meist Flüchtlingslager, innerhalb von drei Wochen. Insgesamt fielen mehrere hundert Menschen diesen Angriffen zum Opfer (s. AK 149). Allein der — zum ersten Mal — in Angola erfolgte Überfall am 26.2. kostete 160 Menschen das Leben, mehr als 500 wurden verwundet („IHT“, 1.3.). Angola erklärte nach dem Angriff, es werde seine Unterstützung für die „Freiheitskämpfer von Zimbabwe bis zur endgültigen Niederlage des verhaßten Regimes von Ian Smith fortsetzen“ („FR“, 28.2.). Wegen der Überfälle sowie wegen der für den 20.4. von der Smith Regierung angesetzten Schenkahlen forderte eine Gruppe afrikanischer Staaten den Sicherheitsrat der UN auf, das Rassistenregime zu verurteilen. Die Dringlichkeitssitzung der UN konnte sich allerdings nicht zu einer Zustimmung zu dem Entschubungsantrag der afrikanischen Staaten durchbringen — die Sitzung mußte aus diesem Grund vertagt werden („SZ“, 6.3.79).

Erst nach einer erheblichen „Abschwächung“ („N72“, 113) des Reso-Unternehmens wurde schließlich am 83 eine offizielle Verurteilung bzw. Nichtanerkennung der rhodischen Scheinwahlen durch den Sicherheitsrat vollzogen. Die „abschwächte“ Resolution wurde mit zwölf Stimmen ohne Gegenstimme bei drei Enthaltungen (USA, Frankreich, Großbritannien) angenommen.

Pack out, Rhodri!

Um den Ausbruch eines „Skandals von internationalem Ausmaß“ zu verhindern, hält sich der Chef des südafrikanischen Geheimdienstes (BOSS), Gen. Hendrik van den Bergh, gegenwärtig in einer Sondermission in Europa auf. Sein Ziel ist es, mit dem „gefeuertem und darauf exilierten Propagandachef der südafrikanischen Regierung, Eschel Rhoodie, Kontakt aufzunehmen. Rhoodie hatte die Veröffentlichung von 41 Tonbandaufnahmen (45 Stunden) angedroht, die „Freunden Südafrikas eine Menge Schaden zufügen“ könnten („NZZ“, 9.3.). Im Detail geht es um „top-secret“-Transaktionen von Goldreserven seitens des südafrikanischen Propagandaministeriums an westliche Presse- und Regierungsorgane, um auf internationaler Ebene Zustimmung zur rassistischen Apartheidpolitik zu erkaufen. Soweit bisher durchgeackert, gehören zu den Personen, mit denen Rhoodie in seiner Funktion als Propagandachef verhandelt haben soll, der frühere französische Staatspräsident Pinay und der ehemalige gaullistische Minister Soustelle, sowie „die Umgebung“ des kalifornischen Gouverneurs Brown, einer der möglichen Kandidaten für die nächsten Präsidentschaftswahlen der USA. Auf der Liste der Presseorgane, in die sich Rhoodie einkaufen wollte, stehen (bisher!) der „Washington Star“ und die kalifornische Zeitung „The Sacramento Union“ („SZ“, 22.2.79). In einem Interview auf dem Flughafen von Heathrow bestätigte van den Bergh, daß er Rhoodie, der sich seit Monaten in Lateinamerika und Europa aufgehalten haben soll, zu finden hoffe, um ihn von der Veröffentlichung der Tonbandaufzeichnungen „abzubringen“ („NZZ“, 9.3.). Dem gleichen Zweck diene offensichtlich ebenfalls der kürzlich stattgefundene Blitzbesuch des südafrikanischen Pioniers Botha in der Schweiz, in der sich Rhoodie auch aufgehalten hat („NZZ“, 8.3.79).

Der Aufstand, den die oberste Rassistische um diesen Fall veranstaltet, läßt vermuten, daß es sich tatsächlich um wichtige und nicht nur für das RSA-Regime höchst peinliche Informationen handelt. Mittlerweile hat in der Nähe von Paris offensichtlich ein erstes Treffen zwischen van den Bergh und Rhoadie stattgefunden, auf dem von den Bergh anscheinend aber nur einen Aufschub der Veröffentlichung erreicht hat (JLHT⁴, 9.3.). Rhoadie soll eine offizielle Entschuldigung Bothas, die Rückgabe seines gesamten von RSA-Behörden wegen Korruption beschlag-

nahmen Eigentums, sowie die Garantie einer Immunität verlangt haben. Die Erfüllung dieser Bedingungen dürfte der Rassenregierung allerdings schwerfallen, ohne ihr Gesicht zu verlieren. Andererseits ist sie offensichtlich hoffnungslos selber in den Skandal verstrickt.

Tatsächlich hat die RSA-Regierung bereits zu drastischen Maßnahmen der Zensur der südafrikanischen Presse gegriffen. Am 12.3. erschienen die „Rand Daily Mail“ mit zwei weißen Flächen auf den ersten Seiten. In den beiden vom Justizminister Krueger zensurierten Passagen wird Rhoadie mit Bemerkungen zitiert, die die Betuerungen der RSA-Regierung, sie hätte nichts von den Bestechungsversuchen Rhoadies gewußt, als Lügen entlarven. Hier muß angemerkt werden, daß die Regierung bereits mehrfach ihren Rücktritt im Falle eines Beweises von Verstrickungen in den Informationskandal angekündigt hat. Wahrscheinlich noch in dieser Woche, so schreibt die „Rand Daily Mail“, werde Justizminister Krueger einen Gesetzentwurf vorlegen, der die sogenannte „Veröffentlichung von Lügen über politische Aktivisten“ zu einem kriminellen Vergehen machen soll („FAZ“, 13.3.).

Übrigens: Falls es Rhodie schwer
fallen sollte, in der großbürgerliche
Preschandschaft seine Informanten
abzusetzen, was wir uns — zumeist
bei einigen westdeutschen Pressekon-
zernen — gut vorstellen könnten
würden wir natürlich gern die Erst-
veröffentlichung übernehmen. Bitte
per Post frei verlagsadresse!

Nkomo (ZAPU) zu Äthiopien:

In einem Interview auf dem Flughafen von Addis Ababa am 10.2. gab Nkomo, Führer der ZAPU (Teil der Patriotischen Front), folgende Einschätzung des äthiopischen Militärregimes, das bekanntlich seit Jahren einen brutalen Vernichtungskrieg gegen die entsetzte Revolution führt, zum Besten. Nach dem Grund seines Besuchs in Äthiopien gefragt, erwiderte Nkomo: „Nun, der Grund unseres Besuchs in Äthiopien ist der, daß das Land eines der Länder ist, die an der vordersten Front des revolutionären Kampfes in Afrika stehen und als solche sind wir an einem ähnlichen Kampf, einem revolutionären Kampf beteiligt. Wir berufen von Zeit zu Zeit gemeinsam die Probleme, mit denen wir in unserem Teil der Welt konfrontiert sind, in v.v. Africa mit denen wir in unserem Teil der Welt konfrontiert sind.“ (aus „Monitor-Dienst“, 13.2.79).

RSA torpediert Wahlen in Namibia

Die letzten Wochen sind von pressewirksamen Aktionen der alldafrikanischen Regierung gekennzeichnet, um die für September anvisierten Wahlen in Namibia zu torpedieren. Neuer Angriffspunkt der Rassisten ist die Forderung der SWAPO, fünf Stützpunkte in Namibia zu errichten. Während die RSA wie selbstverständlich eine Truppenstationierung von offiziell 1.500 Mann in Namibia (Groenfontein und Oshivelo) beansprucht, hat sie jetzt die Forderung der SWAPO nach eigenen Stützpunkten schroff abgelehnt und angedroht, daran die Wahlen scheitern zu lassen. Darüber hinaus sollen nach den Vorstellungen der RSA die benachbarten Staaten, in denen sich SWAPO-Lager befinden, dafür sorgen, daß die SWAPO-Mitglieder und Sympathisanten ihre Lager nicht mehr verlassen dürfen. Zusätzlich sollen UN-Truppen die Einhaltung dieser Forderung, die einer Umwandlung der SWAPO-Lager in Gefängnisse gleichkommen würde, garantieren.

Nach einem Gespräch mit dem RSA-Außenminister Botha hat sich auch das von der RSA aus der Taufe gehobene Marionetten„parlament“ Namibias den Drohungen der Rassistin angeschlossen. „Im Falle der Nichteinhaltung der Vereinbarungen bis zum 15. März und in Anbetracht des Wunsches des Volkes von Südwest-Afrika (1), so schnell wie möglich die Unabhängigkeit zu erlangen, wird diese Versammlung am 2. April zusammenreten, um die notwendigen Schritte einzuleiten, Südwest-Afrika in die Unabhängigkeit zu führen.“, erklärte ein Sprecher der „Demokratischen Turnhallen Allianz“ („DTA“, lt. „JHT“, S. 63.).

Ein Ziel dieser Verzögerungs- und Einschöberungstaktik seitens der RSA ist es ohnehin, langsam den Marionetten der „DTA“ zu einer Scheinlegitimität zu verhelfen und die internationale Anerkennung der SWAPO zu untergraben, die SWAPO als alleinigen Störfaktor für die Unabhängigkeit erscheinen zu lassen.

Der sog. „Fünferclub“ (die fünf imperialistischen Staaten, die sich zwecks einer Lösung in Namibia eingeschaltet und die Wahlpläne ausgehandelt haben) ist diesem Ziel in den letzten Tagen mit einem weiteren Schritt entgegengekommen: Angeblich um den „Vorwand zu entkräften, die verfassungsgebende Versammlung Südwest-Afrikas nicht genügend über die Folgen einer Ablehnung des Namibia-Plans unterrichtet zu haben“ („FAZ“, 6.3.), haben Vertreter des „Fünferclubs“ vor kurzem direkten Kontakt mit Führern der in der „verfassungsgebenden Versammlung“ vertretenen Parteien aufgenommen. Diese Kontaktaufnahme ist ein deutlicher Schritt hin zur faktischen Anerkennung dieser Staatlicher Südafrikas. Die SWAPO hat das Treffen der „Kontaktgruppe“ mit den „DTA“-Führern („illegale Organisation“) scharf verurteilt („SZ“, 5.3.).

versuchen verstärkte die RSA in den letzten Wochen deutlich ihre Versuche zur Vernichtung der SWAPO. Bereits Mitte Februar erfolgte im Rahmen einer angeblichen „Verfolgungsaktion“ ein Überfall von südafrikanischen Bodentruppen bis weit nach Südsudan hinein („NZZ“, 17.2.).

Am 6.3. überfielen Bodentruppen mit Luftwaffenunterstützung erneut angebliche Ausbildungslager in Südafrika („IHT“, 7.3.) und Sambia („FAZ“, 13.3.). Nach Angaben der RSA-Armee wurden in der 60 Stunden andauernden „begrenzten“ Aktionen insgesamt zwölf Basen der SWAPO zerstört und eine größere Menge an Waffen, Munition und Dokumenten erbeutet („FAZ“, 13.3.).

Botschafter Südafrikas besucht Heidelberger Uni

Anlässlich eines Besuchs im Rhein-Neckar-Raum wurde der Botschafter des russischen Südafrika in Bonn, S. von Schürding, im Rektorat der Universität Heidelberg vom Rektor der UoH, H. Niederländer, empfangen. Niederländer soll in dem Gespräch

besonders die „Weltoffenheit“ Heidelbergs hervorgehoben haben, was sich auch daran dokumentiere, daß an der Uni ca. 2.000 ausländische Studenten, darunter auch zwei Südafrikaner, immatrikuliert seien. Von Schärding regte seinerseits die Überprüfung an, ob der Studentenaustausch zwischen Heidelberg und der RSA in Zukunft intensiviert werden könnte.

Der Uni-Rektor überreichte dem Apartheid-Vertreter zu Ehren des Besuchs die Cuneus Heidelbergensis („RNZ“, 24.2.79).

Militärische Erfolge der SWAPO in Namibia

In den vergangenen drei Monaten haben die Streitkräfte der SWAPO in Namibia über 300 südafrikanische Soldaten außer Gefecht gesetzt; wie die SWAPO weiter meldete, wurden zwei Militärbasen, 40 Militärfahrzeuge und zwei Jagdflugzeuge den Gegnern zerstört. Außerdem wurde eine große Menge Waffen und Munition erobert. (Neue, 7.3.79)



ZAPU: Ja zur Geheimdiplomatie

In sehr schlechter Erinnerung ist den Anwesenden das Geheimtreffen zwischen Nkomo (ZAPU) und dem Russenchef Smith am 14.8.78 (vergl. AK 138, S. 36). Dieses Treffen fand in Lusaka (Sambia) unter Anwesenheit des nigerianischen Außenministers statt und wurde zunächst streng geheim gehalten. Die ZANU – der Partner der ZAPU in der Patriottischen Front – erfuhr erst im nachhinein von dem Meeting. Natürlich gab es durch diesen Versuch von Nkomo, sich mit Smith in der Machtübernahme zu unterstützen, böses Blut in der Patriottischen Front. Mugabe sprach seinerzeit von einem Versuch der „Umgruppierung der zu etablierenden Marionetten“ („Guardian“, 2.9.78) und traf damit durchaus den Nagel auf den Kopf.

Nkomo seineweils rechtfertigte sich so: „Ich bin im Krieg mit Smith und wenn es mir erscheint, daß Smith aufgeben und das Land dem Volk vom Zimbabwe übergeben will (Au !), dann kann mich nichts daran hindern, mit ihm zu sprechen“ („Guardian“, 5.9.78). Die Frontstaaten dagegen kritisierten mehrheitlich die eindeutige Absicht Smiths, „die Patriotische Front zu spalten und, falls dies möglich ist, die Frontstaaten ebenfalls“ („Guardian“, 4.9.78). Soweit die Vorgeschichte.

Heute liegen uns neue Aussagen vom ZAPU-Sekretär für Auswärtige Beziehungen, Silundika, zu diesem Themenkomplex vor. Ingeborg Wick von der Antipartheid-Bewegung hatte ihn in Lusaka interviewt (vergl. ISSA, 1/2-1979).

Sidulika versucht eine umfassende Rechtfertigung der Geheimgespräche zu geben und gibt zu, daß Nkomos Vorgehen zu tiefgehenden Meinungsverschiedenheiten in der Patriotischen Front geführt habe. Dadurch wurde der Prozeß der Vereinheitlichung zwischen ZANU und ZAPO zunächst gestoppt. — doch eine Reihe vorgefallener Ereignisse verhinderten diesen ganzen Prozeß. Zunächst gab es einige Unruhe über das Treffen Nkomo und Smith mit denjenigen, die die Lage anders be-

urteilen als wir (...)"

Das Treffen selbst, daß eigentlich mit dem Wort Verrat am genauesten zu kennzeichnen wäre, versucht Silundika seiner Interviewpartnerin als „clevere politische Strategie“ zu verkaufen. „Nein, Du weißt, daß das Treffen mit Ian Smith nichts (?) mit der Einheit innerhalb der Partidischen Front zu tun hat. Es war ein Schritt unseres Führers, um eine politische Situation auszunutzen, in der Ian Smith desillusioniert über die interne Lösung war und die Kollaborateure Muzorewa, Sithole etc. abhängen wollte ... die Absicht des Treffens bestand darin, zu versuchen, Smith in seinem Dilemma zu packen bevor er weitere gefährliche Schritte unternimmt. Er sollte sich von seinen Marionetten abkoppeln; wir wollten ihn dazu verleiten, um ihn daraufhin gänzlich allein in der Wüste stehen zu lassen, wo er keine Möglichkeit mehr gehabt hätte, vor und zurück zugehen.“

Was für eine groteske Verharmlo-
nung und Verballhornung rassisti-
scher Strategie! Smith hatte sich na-
türlich nur dann von seinen Marionet-
ten „abgekoppelt“, wenn sicher
gewesen wäre, in Nkomo einen will-
fähigen Kollaborateur gefunden zu
haben. Offensichtlich war aber der
Preis zu niedrig, den Smith in dieser
ersten geheimen Verhandlungsrunde
zu zahlen bereit gewesen ist. Im übr-
igen widerspricht Siliundika offen dem
Legitimationsversuch seines Chefs
Nkomo („Wenn es mir scheint, daß
Smith ausgeben will ...“ s.o.), wenn
er feststellt „Keiner glaubt, daß
Smith die Macht abgeben würde, des-
sen war sich Nkomo ganz sicher
aber es ist notwendig, den Feind bei
jeder Gelegenheit zu schwächen“.
Wenn aber Smith offensichtlich nicht
bereit gewesen war, die Macht „abzu-
geben“, dann hatte das Treffen nur
den einen Sinn, Nkomo eine Betei-
ligung anzubieten. Die s hätte
dann zu einer entscheidenden Schwä-
chung des zimbabweschen Befreiungs-
kampfes werden können!

Silundika behauptet nun, daß Nkomo nicht im Traum daran ge-

dacht hat, mit Smith über eine Machtbeteiligung zu verhandeln. „Nkomo hat nie Diskussionen über eine Teilung der Macht mit Smith geführt“. Nkomo habe Smith nur erklärt: „Rede mit der Patrioticen Front, nicht mit mir.“ Der ganze Aufwand dieses Geheimtreffens soll nur getrieben worden sein, damit Nkomo Smith gegenüber seine Inkompetenz zum Ausdruck bringt?? Und damit sollte Smith von seinen Marionetten abgekoppelt werden, damit er „gänzlich allein in der Wüste“ steht? Oh heilige Einsamkeit!

Wie nah die ZAPU-Führung schon an imperialistische Lösungsmodelle herangekommen ist, das lassen die Ausführle Sikundikas gegenüber den Kritikern dieser Manöver durchschimmern. „Natürlich erheben Partner in einem Zusammenschluß Geschrei, nicht alle, aber die, die gegen die Einheit sind, können völlig unlogisch dies als Vorwand für Argumente gegen den Zusammenschluß verwenden (...)“ Dreist wird ausgerechnet den Kritikern der Kollaborationsdiplomatie angelastet, daß Nkomik Smuth nicht ins Geschäft kommen konnte: „Die Empörung über die Gespräche verband ihn wieder mit seinen Marionetten. Als er sich in seinem Dilemma, Desillusionierung mit den Marionetten, verheddert hatte und sich in eine andere Richtung bewegen wollte, bemerkte er, daß er weitaus größere Schwierigkeiten bekommen würde, wenn er weiter in die ihm gestellte Falle tiefe, und so ging er zurück, zurück in die Arme der Marionetten.“

Mit diesen Feststellungen greift der ZAPU-Sekretär für Auswärtige Beziehungen nicht nur die ZANU, sondern auch Frontstaaten wie Mosambik und Tansania an, die diese Machenschaften eindeutig verurteilt hatten. Das Bedauern über das vorläufige Scheitern der Geheimdiplomatie scheint des weiteren eine Fortsetzung dieser Politik zu signalisieren. Man wird von diesem Flügel des zimbabweschen Befreiungskampfes wohl noch mit manch unliebsamer Überraschung konfrontiert werden.



Wir wollen keine neue Diktatur!

Die iranischen Frauen treiben die Revolution voran

Fortsetzung von Seite 1

- Die Frauen sollten — auch am Arbeitsplatz — verschleiert sein
- Die Ehegesetzgebung, die auch bisher schon die Frauen nur unzureichend geschützt hatte, wurde aufgehoben
- Schwangerschaftsabbruch sollte unter Strafe gestellt werden
- Gemischte Schulen, von denen es unter den Regimes war, es soll
- Gemischte Schulen, von denen es schon bisher nur wenige gab, sollten geschlossen werden. Die Möglichkeit, eine Universität zu besuchen, wäre wahrscheinlich ganz weggefallen

Die Frauen gehen auf die Straße

Die Frauen nutzten den 8. März, den internationalen Frauentag, für ihre erste Protestdemonstration. Trotz schlechten Wetters zogen zehntausende von Frauen unverschleiert vor den Sitz des Ministerpräsidenten in Teheran. Sie riefen: „Wir wollten Khomeini, jetzt wollen wir ihn nicht mehr!“ und „Wir haben gegen eine Diktatur gekämpft, wir wollen keine andere!“ Vor dem Palast wurden sie mit Schüssen empfangen. Mitglieder der „Komitees“ (Khomeini-Anhänger) griffen die Frauen mit Messern an, wobei viele verletzt wurden. Der konterrevolutionäre Charakter der Komitees konnte kaum klarer demonstriert werden, als durch diese Angriffe.

Unter dem Eindruck der Demonstration versuchten einige Geistliche, ihre Haltung abzuschwächen. Die Frauen brauchten ja nur einen Kopfschleier zu tragen, es gehe dabei um die „Würde der Frau“. Die Frauen beschlossen, sich ihre Würde selbst zu wählen und bereiteten für den 10.3. eine weitere Demonstration vor.

Diese Demonstration wurde zu einem gewaltigen Erfolg. Krankenhäuser, Banken, Verwaltungen und Firmen, in denen viele Frauen arbeiten, waren geschlossen und die ganze Belegschaft beteiligte sich. Schulklassen der von Schließung bedrohten gemischten Schulen schlossen sich zusammen mit den Lehrerinnen der Demonstration an. Frauen am Straßenrand warfen ihren Schleier weg und reichten sich ein.

Der Konflikt wurde dadurch verschärft, daß diesmal Mitglieder der „Komitees“ in die Demonstration schossen und mehrere Frauen verletzt. Obwohl nun die Regierung die „Komitees“ warnte, die Frauen anzugreifen, war die Wut der Frauen nicht mehr zu besänftigen. An den beiden folgenden Tagen, dem 11. und 12.3. fanden Demonstrationen nicht nur in Teheran, sondern nun auch in Abadan, Täbris, Isfahan, Bandar Abbas und anderen Städten statt.

In Teheran demonstrierten am 12.3. 50.000 Frauen zum „Platz der Freiheit“ unter den Parolen: „Der Despotismus muß in allen seinen Formen abgelehnt werden! Die Freiheit kann nicht eingeschränkt werden! Wir haben nicht die Revolution gemacht um wieder von vorn anzufangen! Wer die Frauen angreift, greift die Revolution an!“

Diese Forderungen zeigen, daß sich die Frauen bewußt waren, daß es nicht nur um den Schleier, sondern um einen Angriff auf die gesamte Revolution ging. Die Frauen bildeten in diesen Tagen die Front der iranischen Revolution.

Organisierter Gegenterror

Es ist anzunehmen, daß sich die Reaktionen am Khomeini nicht zufällig die Frauen als Angriffsziel ausgesucht hatten. Überrascht von dem

befugten Aufstand der Frauen versuchten sie nun, die Bewegung aufzuhalten. Nachdem ihnen dies mit direkten Angriffen auf die Frauen nicht gelungen war, wollten sie die Großdemonstration am 12. in einer Masse von Gegendemonstrationen erstickern. Mit Lastwagen wurden Mitglieder der Komitees zur Demonstrationroute gebracht. Sie versuchten, den Zug vorne und hinten einzuklinken und aufzuhalten. Entlang dem ganzen Demonstrationzug geiferten verhetzte Männer die Frauen an und brüllten die unsonstigen und widersprüchlichsten Beschuldigungen. Da waren die Frauen „Agenten der SAVAK“, „Werkzeuge des internationalen Kommunismus“ oder „Instrumente des Imperialismus“. Gerüchte wurden ausgestreut, die Frauen hätten auf den von Khomeini eingesetzten Direktor der Nachrichtenmedien, Gholzadeh, geschossen und seine Leibwächter mit Messern angegriffen! Grund dazu hätten die Frauen allerdings gehabt, denn an den vergangenen Tagen hatte das Fernsehen eine Nachrichtensperre über die Frauendemonstrationen verhängt und stattdessen frauenfeindliche Sendungen gebracht. Doch der angebliche Angriff war nur ein Teil der Hetzkampagne.

Diese systematische Verhetzung der Bevölkerung im Namen des Islam stellt zur Zeit die größte Gefahr für die iranische Revolution dar. Unter ihrem Eindruck hatten sogar die „Fedayin des Volkes“ den Frauen von der Demonstration am 12.3. abgeraten, weil sie eine Schwächung der Regierung Bazargan, eine totale Machtübernahme der islamischen Komitees und den „Untergang des Landes in einem Bürgerkrieg“ befürchteten. Wir werden auf die Politik der Linken unten noch näher eingehen. (Informationen aus „SZ“, 8., 9., 12., 13. und 14.3., „Le Monde“, 10. 11./12. und 14.3., „NZZ“, 13.3.)

Chauvinistische Berichterstattung

Die bürgerlichen Zeitungen in den imperialistischen Ländern haben sich schon seit Beginn der iranischen Revolution keine Gelegenheit entgehen lassen, die reaktionärsten Exzesse der Konterrevolution in Iran aufzugreifen und als Propaganda gegen die Revolution zu nutzen. Jede Ausschreitung, die von den Khomeini-Banden im Namen der „Islamischen Revolution“ begangen wird, ist ihnen da recht. Das hindert sie natürlich überhaupt nicht, sich gleichzeitig über die Demonstrationen der Frauen gegen diese Ausschreitungen lustig zu machen. Ein Beispiel für alle: „SZ“ vom 14.3.: „Die „proben erbitterte Amazonen den Aufstand gegen ein so weiches Gebilde wie den Schleier ... Es waren hübsche, junge Frauen darunter, die sich weigern, Frisur und Figur, Locken und Lockendes fortan unter dem schwarzen, wadenlangen Körperschleier wieder verschwinden zu lassen.“ Hier soll der revolutionäre Kampf der iranischen Frauen in einen Konflikt zwischen „Jungen Frauen und dem „alten Khomeini““ umgefalst werden. Von den Angriffen der Gegendemonstrationen erwähnt der chauvinistische Schreiber natürlich kein Wort.

Es geht um mehr als den Schleier

In den vom Imperialismus abhängigen Ländern der 3. Welt sind die Frauen doppelt unterdrückt. Erstens als Mitglieder des unterdrückten Volkes und zweitens als Frauen in einer reaktio-

nären Gesellschaft, für deren Aufrechterhaltung der Imperialismus sorgt. Die Beteiligung der Frauen am Befreiungskampf setzt deshalb die doppelte revolutionäre Energie frei. Ihr Kampf befreit nicht nur das Volk, sondern beseitigt auch die Ursache der Unterdrückung der Frauen. Diese Bedeutung der Frauen in der Revolution wird oft unterschätzt, denn scheinbar tun sie nur dasselbe wie die Männer wird oft unterschätzt, denn scheinbar tun sie nur dasselbe wie die Männer. In der Wirklichkeit sind sie jedoch radikaler und den Männern voraus (vgl. hierzu z. B. auch unsere Berichterstattung im Ak zum Kampf der Frauen in Entrea).

Dies war auch in Iran so. „Vor einigen Jahren, — als noch außen noch alles ruhig im Lande war — waren es Frauen, die als einzige den Mut aufbrachten, zu demonstrieren. Trotz eines strengen Verbots, Trauerfeiern für ermordete Regimegegner abzuhalten, veranstalteten die Frauen immer wieder Versammlungen für die Opfer. Diese Frauen sind heute in Iran keine Ausnahmen. Tausende haben erkannt, daß es jetzt gilt, ihr Schicksal in die Hand zu nehmen. Nicht die Religion bringt sie auf die Beine, einzig und allein der Wunsch nach politischer Veränderung gibt ihnen die Kraft, diesen mörderischen Kampf durchzustehen.“

Diese Analyse der „Frauengruppe im Arbeitskreis Iran“ („Courage“ 2/79) hat durch die letzten Ereignisse gewaltige Aktualität erhalten. „Nicht selten wird in Diskussionen um die politischen Aktivitäten der Frauen das Argument gebracht, wenn alles vorbei sei, würden die Frauen nicht mehr gebraucht und wieder ins Haus verbannt werden. Als klassisches Beispiel wird dabei gerne auf Algerien verwiesen, wo die Frauen im Befreiungskampf eine ähnliche Rolle spielten wie heute in Iran. Das ist richtig, doch muß man dabei auch sehen, daß dies Hand in Hand ging mit der Ausschaltung der Linken, die ebenfalls in der algerischen Revolution mitgekämpft haben. In allen Gesellschaften ist die Lage der Frauen Ausdruck der sozialen, politischen und wirtschaftlichen Bedingungen. Auch im Iran steht und fällt die Frauenfrage mit dem allgemeinen Ausgang dieser Revolution.“

Der Angriff Khomeinis auf die Rechte der Frauen ist also nicht zu erklären aus der islamischen Religion. Er ist vielmehr ein Teil des Angriffs der Konterrevolution auf die iranische Linke, der mit Hilfe der religiösen Verhetzung bestimmter Teile der Bevölkerung vorangetrieben wird.

Wem nützt der „islamische Staat“?

Der „islamische Staat“ beinhaltet die Aufhebung des Klassenkampfes durch die Regeln der Religion. Er soll „Glück und Zufriedenheit für alle“ bringen (Khomeini). „Der Iran will keine westliche Demokratie mit ihrer Anarchie“. Khomeini will ein Ministerium einrichten mit der Aufgabe, „das Wünschenswerte anzuordnen und das Unerwünschte zu verbieten“. Khomeini behauptet, er vertrete den Islam und da die Mehrheit des Volkes islamisch ist, braucht er das Volk nach seiner Meinung gar nicht erst zu fragen. Mit dieser Logik spricht er den Massen sogar das Verdienst ab, die Revolution gemacht zu haben, die ihn ins Land geholt hat: „Es war der Islam, der den Götzen (d.h. den Shah) fällt, nicht die Leute. Der Glaube hat den Götzen gefällt, weder ich noch du.“ („NZZ“, 7.3.).

Die praktische Tätigkeit der von

Khomeini geschaffenen „Komitees“ ist selten nützlich für die Revolution, versucht meist, die Massen von ihren eigentlichen Feinden abzulenken und richtet sich oft — wie im Fall der Frauen — direkt gegen die Revolution. Zwar haben die Komitees einige der Verbrecher des Shah-Regimes abgerichtet, doch sind dies nur wenige

im Verhältnis etwa zur Gesamtzahl von 600 hohen Generälen und tausenden hoher SAVAK Agenten. Außerdem dienen die geheimen Gerichtsverfahren nicht zur Aufdeckung der Verbrechen dieser Leute, sondern man läßt ein paar von ihnen verschwinden, um den Rest zu retten. Stattdessen zeichnen sich die Ko-

Telefonbericht

Am 16.3. haben wir ein Telefongespräch mit Nasrin Basiri geführt, einer Iranerin, die erst vor kurzem aus der BRD nach Teheran zurückgekehrt ist. Wir hatten sie gebeten, uns einen Bericht über die aktuellen Frauenkämpfe zu geben. Sie übermittelte uns auch ein Interview mit ihrer deutschen Freundin, die z.Zt. im Iran ist.

Am Vorabend des 7. März kündete Ayatollah Khomeini an, daß Frauen, die in den verschiedenen Ämtern beschäftigt sind, den islamischen Schleier tragen müßten. Am Abend wird in einem Radio-Interview mit dem Schwageren von Khomeini klar, daß alle Frauen dahingehend beeinflusst werden sollen, daß bald alle den islamischen Schleier tragen müssen. Er nimmt nicht einmal die religiösen Minderheiten davon aus. Eine andere Maßnahme ist die Einschränkung der sportlichen Tätigkeit. Frauen dürfen nicht mehr auf öffentlichen Plätzen Sport treiben, sondern nur auf umzäunten, gut überwachten Plätzen. Das sogenannte Gesetz zum Schutz der Familie sollte auch außer Kraft gesetzt werden. Dieses Gesetz diskriminiert zwar auch die Frauen, aber der einzige Vorteil besteht darin, daß die Frauen auch vor Gericht gehen und unter bestimmten Umständen die Scheidung beantragen können. Das Gesetz sollte außer Kraft gesetzt werden, darüber gibt es aber Streitigkeiten. Es ist schon demontiert worden, daß es außer Kraft ist, aber es gibt in der Praxis schon Fälle, wo man sieht, daß eigentlich nur die ganzen Imam-Komitees die Sache in die Hand nehmen und die offiziellen Gerichte nicht mehr zuständig sind. Es gibt noch einen weiteren Punkt: die Frauen als Richter werden in ihrer Tätigkeit behindert und neue Anträge zum Richteramt werden abgelehnt. Am 14. März schreiben die Frauen, deren Anträge abgelehnt wurden, einen Protestbrief an den Justizminister.

Interessant ist auch die Stellungnahme von einigen Ministerchefinnen und -chefs zur Frauenfrage und zur Schleierfrage. Z.B. schrieben ein paar Ministerfrauen, darunter Frau Mowahheri (Frau des Justizministers) und Frau Farhat (Frau des Arbeitsministers), daß sie selber keinen Schleier tragen und daß ihrer Meinung nach die Entscheidung darüber den Frauen überlassen werden muß. Es genüge, wenn man ordentlich und nicht so aufreizend angezogen sei. Die Tochter des Justizministers gehört zu den Organisatoren der Anti-Schleier-Kampagne; sie stand am 10. März bei der Protestkundgebung am Justizpalast demonstrativ die ganze Zeit mit einem Lautsprecher auf der Bühne, sie hat auch gesprochen. An dieser Kundgebung haben mehrere Frauenorganisationen teilgenommen.

Eine weitere Maßnahme gegen die Frauen ist, daß sie ab jetzt keine Militärausbildung erhalten sollen. Natürlich sind die bewaffneten Organisationen davon ausgenommen, d. h. daß sie weiter Frauen ausbilden, aber sie können eben nur einen bestimmten Teil der Frauen überhaupt ausbilden.

Frage: Wurden die Frauen unter dem Shah im Militär ausgebildet?

Ja. Es war kein Zwang. Es war nur Zwang für Frauen, die keine Kinder hatten, und die, die Abitur hatten und arbeiten wollten, mußten vorher zum Militär gehen und dort ausgebildet werden.

Obwohl Khomeini den Frauen gesellschaftliche Tätigkeiten sogar bis zu Präsidenten- und Ministerpräsidentenposten zugestanden hatte, zieht man jetzt täglich, wie die gesellschaftliche Stellung der Frau zurückgenommen wird, die Frauen Stück für Stück aus den Ämtern gezogen werden. Z.B. Nachrichtensprecherinnen im Fernsehen wurden ein paar Tage nach der Machtübernahme aus diesem Tätigkeitsbereich ausgeschlossen. Ihnen wurde überlassen, Kinderprogramme zu machen, und seit einigen Tagen sieht man sie überhaupt nicht mehr am Bildschirm. D.h., daß sie das anscheinend auch nicht mehr ausüben dürfen.

Es finden überall Kampagnen gegen Frauen statt. An den Schulen z.B. beschimpfen die SchülerInnen ihre Lehrerinnen, weil sie keinen Schleier tragen, sie gehen sogar zum Imam-Komitee und denunzieren ihre Lehrerinnen, weil sie an einer Protestkundgebung teilgenommen haben und an dem Tag nicht in der Schule waren. Die Frauen, die an diesen Protestkundgebungen teilnehmen, werden von Menschen als SAVAK beschimpft oder als Shah-Anhänger, sie werden verprügelt, Frauen, die keinen Schleier tragen, werden die Haare abgeschnitten, auf sie wurde geschossen, aber es gab bisher keine ernsthaften Fälle. Man wirft ihnen vor, daß sie für ihr puppenhaftes Wesen kämpfen, für Lippenstift und Nagellack, daß sie Schmuck tragen und westlich aussehen wollen. So hat man im iranischen Fernsehen die Kämpfe der Frauen dargestellt, aber erst nach den Protesten der Frauen.



Vor der Revolution: Frauen demonstrieren im Schleier für Khomeini
Heute: Demonstrationen gegen die Unterdrückung der Frauen

Fortsetzung von Seite 52

meines aus durch die Verfolgung von angeblichen Prostituierten, Ehebrechern, Homosexuellen, Dieben, Alkoholkonsumern u.ä. Die „Gerichtsverfahren“ finden ohne ausreichende Verteidigung statt, eine Berufung ist nicht möglich. Die „Komitees“ machen nächtliche Jagden auf Andersdenkende und inszenieren Auspeitschungen. Ihr Treiben ist teilweise kaum zu unterscheiden von der Tätigkeit von Provokateuren und Grup-

pen von SAVAK-Agenten. Das Ziel ist es, eine Atmosphäre des Terrors zu schaffen.

Der Koran enthält überhaupt keine bindenden Vorschriften für die Einrichtung eines Staates. Bekanntlich gibt es sowohl Reaktionen wie auch Sozialisten, die sich auf den Islam berufen. Das Treiben Khomeinis hat also seine Ursache nicht im Islam, sondern ist darauf angelegt, die Kleinbürger und Kleinstbesitzer zu mobilisieren. Khomeini verspricht ihnen Sicherung des Privateigentums sowohl

gegen Kommunisten als auch gegen Banken und Konzerne. Dies sind Träume von einer höheren Gerechtigkeit, die in der Praxis völlig undurchführbar sind. Deshalb hat Khomeini auch durchaus nicht alle Moslems hinter sich. Arbeiter und Angestellte wollen reale Veränderungen.

Sie sind nicht so anfällig für mystische Versprechungen. Sie haben den Islam aus reinem Glauben aber Kräfte akzeptiert, die den Schah gesalbt haben, aber sie wollen jetzt nicht den „islamischen Staat“. Mit verdächtigem Elan versucht Khomeini zur Zeit eine Volksabstimmung durchzusetzen, in der keine Wahl ist außer einem Ja zum „islamischen Staat“.

Auch die noch schwache nationale Bourgeoisie, die hinter der Regierung Bazargan steht, will keine Einrichtung eines „islamischen Staates“, der ihre Entfaltung genauso behindern könnte, wie die Schah-Diktatur. Die Bourgeoisie braucht Khomeini als Waffe gegen Links, aber sie will ihn unter Kontrolle haben. Sie fürchtet, daß Khomeini sonst unter neuem Firmenzeichen der alten Clique von Imperialisten, Kompradoren, Generälen und Geheimdienst wieder zur Macht verhelfen könnte, von der sie sich gerade selbständig gemacht hat.

Deshalb hat Bazargan vor zwei Wochen mit Rücktritt gedroht, wenn die Willkürherrschaft der „Komitees“ nicht beendet wird. Man einigte sich auf einen Kompromiß, wonach die Tätigkeit der „Komitees“ und der Regierung durch einen „Koordinationsrat“ aufeinander abgestimmt werden soll.

Regierung Bazargan mauert

Die Regierung Bazargan hat offensichtlich nicht die Absicht, die Revolu-

tion weiterzutreiben, sondern will ihre Macht beim gegenwärtigen Stand der Entwicklung festigen.

— Bazargan strebt die Schaffung eines bürgerlich-demokratischen Staates an. Wahlen für eine konstitutionelle Versammlung, Erarbeitung einer Verfassung, die ein bürgerliches Mehrparteiensystem garantieren soll („Neue Zeit“ 9/79).

Am 26.2. erklärte er in einem Interview: „Die Extremisten wollen uns bewegen, schneller vorwärts zu gehen, aber ich wiederhole immer wieder: Geduld, Geduld, Geduld.“ („Le monde“, 28.2.).

— Armeechef Gharani versicherte am 21.2., daß Iran alle Verträge und Abkommen einhalten werde. Auch amerikanische Militärberater und Techniker würden „entsprechend dem wirklichen Bedarf“ wieder eingesetzt werden („AFP“ aus Teheran). Gharani reorganisierte die Armeeführung durch bloße Umbesetzungen und rief die Soldaten zur Rückkehr in die Kasernen auf. Der Aufruf wurde zu 50 % befolgt (nach Informationen von CISNU-Genossen). Gharani befahl zwar den Abzug der iranischen Soldaten aus Oman, der in diesen Tagen erfolgen soll. Die Truppe soll aber direkt ins iranische Kurdengebiet verlegt werden, um dort Unruhen zu unterdrücken („NZZ“, 15.3.).

— Ab 1.4. sollen die Öllieferungen wieder auf Vertragsbasis an Ölgesellschaften erfolgen, im Gegensatz zu früheren Erklärungen, daß die Mäxte nicht mehr beliefert werden sollen („SZ“, 15.3.).

— Iran wird seine Beteiligung von 25 % bei der deutschen Babcock (Teile für AKWs) behalten, wahrscheinlich auch die Beteiligung bei Krupp („SZ“, 15.3.).

— Die KWU kann den Bau der AKWs in Buschir fortsetzen (Bazargan zur „WamS“ am 4.3.).

— Nachdem revolutionäre Kräfte die US-Botschaft besetzt hatten, mit dem Ziel, die dortigen verbrachten SAVAK Akten sicherzustellen, verlangte die Regierung Bazargan eine Beendigung der Besetzung und entschuldigte sich bei US-Botschafter.

— Ein Sprecher der Regierung entschuldigte die illegale Tätigkeit der Revolutionäre. Khomeini: Die Geheime mußten geheim tagen aus Platzmangel.“ und „Sicherheitsgründen“ („NZZ“, 15.3.).

— Die Regierung kündigte an, sie werde die Fernsehberichterstattung ins Ausland zensieren. Ausländische Journalisten könnten bei Verstößen „gegen die Revolution“ ausgewiesen werden. Welche Richtung mit dieser Bestimmung verfolgt wird, kann man an den ersten Ausweisungsfällen ablesen: Kate Millet, die sich als Feministin an den Frauendemonstrationen beteiligt hatte, und Ralph Schömann, Mitglied des internationalen „Russell-Tribunals“ („SZ“, 16.3.).

Die genannten wirtschaftlichen Maßnahmen liegen teilweise nicht einmal im Interesse der iranischen Bourgeoisie. Auf den Druck der Imperialisten hin (Drohung mit Öl embargo und Truppenverlegungen) hat es die Regierung Bazargan offensichtlich vorgezogen, den Imperial-

sten zu dienen, statt den nationalen iranischen Interessen. Dies läßt sich leicht am Beispiel zeigen.

So ist es offensichtlich wirtschaftlicher Unsin, den Energierohstoff Öl billig an die Imperialisten zu verkaufen und dann für dieses Geld die teuerste Möglichkeit der Energieerzeugung von den Imperialisten einzukaufen. AKWs. Bei diesem Verfahren machen die Imperialisten gleich zweimal einen Extraprofit. Die Gesamtsumme der Ausgaben und laufenden Bestellungen für AKWs und Waffen unter dem Schah-Regime beläuft sich auf 73,5 Mrd. Dollar, während der Wert der gesamten Maschinen, Anlagen und Gebäude der iranischen Industrie nur 11 Mrd. Dollar beträgt, wobei 2,3 Mio. Arbeiter beschäftigt werden. Mit den 73,5 Mrd. Dollar könnte die Bourgeoisie leicht weitere zehn Mio. Arbeiter an neuen Maschinen ausbeuten.

Die Wirtschaftspolitik des Schah-Regimes war nur aus dem Klasseninteresse von Leuten zu erklären, die direkt proportional am Umsatz der Imperialisten beteiligt sind, sie ist selbst vom kapitalistischen Standpunkt aus wahnwitzig. Diese Politik fortzuführen, bedeutet die Kapitulation der Regierung Bazargan vor den Imperialisten.

Die Demokratisierung ist eine Waffe gegen den Imperialismus

Der Einfluß der Imperialisten kann auf wirtschaftlichem Gebiet nur gebrochen werden, wenn alle Bestellungen für AKWs und Waffen annulliert werden, auch wenn die Imperialisten dann mit einem Ölkrieg antworten. Auf politischem Gebiet müssen die Herrschaftsinstrumente von Schah-Clique und Geheimdiensten, Armee und Verwaltung, radikal gesäubert und demokratisiert werden, auch und vor allem gegen Khomeini, den heutigen Wegbereiter der Imperialisten.

Dies und auch die Kernpunkte der Forderungen der „Fedaiin des Volk“, wobei sie zur praktischen Durchführung ein Räteensystem einführen wollen (vgl. das Programm in AK 149, S. 34). Andere linke Organisationen stimmen hiermit im wesentlichen überein.

Die Linken sind jedoch nicht stark genug, um die Revolution selbst in die Hand zu nehmen oder auch nur um die Regierung Bazargan in diese Richtung zwingen zu können. Ihre Lage wird noch komplizierter dadurch, daß die größere Gefahr von Khomeini ausgeht, der in seinem „islamischen Staat“ jede politische Betätigung ersticken will. Die Linken haben sich deshalb entschlossen, trotz aller Kritik die Regierung Bazargan gegen Khomeini zu unterstützen. Mit diesem Manöver wollen sie möglichst lange Zeit für die Entwicklung ihrer eigenen Machtbasis — die Räte der Arbeiter, Soldaten und Bauern — gewinnen. In dieser Situation fürchten die Linken einen zu schnellen Zusammenbruch der Regierung Bazargan. Ein Bürgerkrieg Khomeinis gegen die Linken wäre nach ihrer Meinung die Folge und diesen Krieg könnte die Linke bei bestehenden Kräfteverhältnissen nur verlieren.

Mit dieser Begründung haben sich auch eine Reihe linker Organisationen gegen die Demonstrationen der Frauen ausgesprochen. Wir vermuten, daß die Linken hier aus taktischen Gründen etwas anderes sagen, als was sie in Wirklichkeit tun. Nach unserer Meinung wird die Regierung nur weiter nach rechts gehen, wenn die Stärke der Linken zunimmt. Diesem Gesetz kann die Linke durch keinen taktischen Zug entkommen, denn es beruht auf den gegensätzlichen Klasseninteressen von Bourgeoisie und Volk. Die Linken werden deshalb die Kraft der Frauenbewegung dringend brauchen.

Gründung der Demokratischen Nationalen Front

Alle politischen Gruppierungen, die einen „islamischen Staat“ ablehnen, von der Regierung bis zu den Guerillaorganisationen, hatten zum 12. Todestag des früheren demokratischen Ministerpräsidenten Mossadegh am 5.3. zu einer Kundgebung aufgerufen. Das ermutigende Ergebnis über eine Million Teilnehmer. Sprecher der Fedayin und Mudschahedin erinnerten daran, daß es der größte Fehler Mossadeghs war, daß er eine Umgestaltung der Armee unterlassen hatte. So blieben die reaktionären Kräfte intakt, mit deren Hilfe der CIA die Regierung Mossadegh stürzen konnte.

Der Enkel Mossadeghs, Rechtsanwalt Matin Dastari, gab dann die Bildung einer Demokratischen Nationalen Front bekannt, in bewußter Abgrenzung von der Nationalfront, deren Vertreter die heutige Regierung bilden und die an der Aufgabe der Demokratisierung versagt hat.

In einem 11-Punkte-Programm übernimmt die Front die wesentlichen Forderungen der Linken.

- Eine Volksabstimmung, die nicht automatisch eine Wahl des „islamischen Staates“ bedeutet, sondern die künftige Staatsform noch offen läßt,
- Bildung eines „Koordinationsrates“, der aus Vertretern von Arbeitern, Angestellten, Handwerkern und anderen fortschrittlichen Schichten der Gesellschaft bestehen und die gegenwärtige Regierung kontrollieren soll,
- Säuberungen aller Bereiche der Verwaltung und Armee,
- öffentliche Verhandlungen vor Volksgewichten,
- Wahl einer verfassungsgebenden Versammlung;
- Beteiligung der Arbeiter und Angestellten an der Unternehmensleitung durch gewählte Vertreter;
- Freiheit für gewerkschaftliche und politische Organisationen;
- Volksarmee ohne Berufsoffiziere unter der Aufsicht des koordinationsrates,
- Garantie der kulturellen und religiösen Rechte der Minderheiten,

- Ende jeder Zensur;
- Beseitigung der Unterdrückung der Bauern und Landarbeiter

Die Parole am Kundgebungsplatz: „Ohne Volksarmee ist der Sieg bedroht!“ drückte die wichtigste Forderung der fortschrittlichen Kräfte Irans aus.

Die Gründung der Demokratischen Nationalen Front wird sicher eine Verbreiterung der Basis der Linken erleichtern, insbesondere auch dadurch, daß sie sich auf Mossadegh beruft, der in Iran zu einem demokratischen Volkshelden geworden ist.

Inzwischen wurde bekannt, daß die Arbeiter der südranischen Ölfelder streiken, wobei sie soziale Verbesserungen und ein Mitspracherecht bei der Unternehmensleitung und beim Öllexport fordern („NDR II“, 14.3.). Bazargan hat sich veranlaßt, an die Arbeiter Irans zu appellieren, sie sollten Ruhe bewahren und mit ihren Versuchen aufhören, die Betriebe mit selbstgewählten Leitungen zu führen. Die „Studenten“ sollten aufhören, im Lande umherzuziehen und Bauern und Arbeiter „aufzuwecken“ („SZ“, 16.3.).

Vorwärts mit der Demokratisierung von unten!

China, „KPD“ und KBW auf Seiten der Reaktion

Daß China Khomeini unterstützt, weil er Stabilität garantiert und gegen den „Sozialimperialismus“ ist, wird niemanden besonders wundern.

Die „KPD“ möchte Feuer mit Wasser löschen, sie tritt ein „für die Einheit der linken mit den islamischen Kräften“. Wir wenden uns entschieden gegen eine Politik der Konfrontation und Spaltung, wie sie die reaktionäre Tudeh-Partei (das sind die iranischen Revis) und manche „Linken“ betreiben. Eine solche Politik kann im Moment nur die Unabhängigkeit unseres Landes gefährden und der Sowjetunion nutzen, ob die Leute, die sie praktizieren, das wollen oder nicht.“ Dazu zeigt die „KPD“ eine neue Bruderpartei vor, die „Revolutionäre Tudeh-Partei des Iran“.

Der KBW macht es besonders glücklos: „Islamisches Recht — gegenüber dem Imperialismus fortschrittlich“ betont er in der „KVZ“ vom 5.3.79. Das mag ja soweit stimmen, aber in einer Situation, wo sich die Verfechter des Islam in Iran gerade gegen die Revolution gestellt haben, merkt man doch ganz schön die Absicht. Im Artikel führt der KBW aus — eine Woche vor den Kampfdemonstrationen der Frauen in Iran — daß der Koran die Selbstständigkeit der islamischen Frau garantiert: „Sie behält ihren Mädchennamen auch nach der Eheschließung als Ausdruck ihrer Selbstständigkeit. Sie hat die Verantwortung für den Haushalt und die Kindererziehung. Ihre Versorgung obliegt dem Mann. Entscheidend für ihre ökonomische Selbstständigkeit ist die Morgengabe. Und gebt den Frauen ihre Morgengabe als Geschenk [so daß sie freiwillig darüber verfügen können]. Wenn sie auch aber freiwillig etwas davon überlassen, dann könnt ihr es unbedenklich verbrauchen“ [Koran IV, 4]. Zur Erläuterung: Die „Morgengabe“ erhält die Frau nach der ersten Brautnacht als „Entgelt für die Jungfernschaft“ (Brockhaus). Also, die Frau ist „versorgt“, sie hat die „Verantwortung“ für Küche und Kinder und gibt ihre ökonomische Selbstständigkeit „freiwillig“ weg. Das ist Selbstständigkeit der Frau nach Art des KBW.

Übrigens, die Befreiung der Arbeiter von Ausbeutung leidet der KBW auch aus dem Koran ab.

Nahost-Kommission

aus dem Iran

Zuerst haben sie die Kämpfe überhaupt nicht erwähnt, erst nach den Kämpfen haben sie ein Programm gezeigt, weil die Frauen sich vor dem Fernsehen versammelt und protestiert haben, daß die Filme nicht gezeigt werden. Dann haben sie die Filme gezeigt, aber eben mit dieser Erklärung, daß die Frauen für etwas kämpfen. Aber Parolen und Forderungen dieser Frauen wie gleicher Lohn für gleiche Arbeit, Teilnahme an der Militärausbildung, Zugang zu allen möglichen Berufen und völlige Gleichberechtigung der Frauen sprechen gegen diese Behauptungen. Es gibt auch keine Parole gegen den Schleier selbst, sondern nur gegen den Schleierzwang. Daß die Frauen nach ihrem tapferen Kampf und dem Sieg in der Schleierfrage ihren starken Kampf aufgegeben haben, zeigt ihr Feingefühl und ihre politische Sensibilität.

Sie haben sich nicht auf die konterrevolutionären Kräfte, die gegen die Männer oder gegen die verschleierte Frauen hetzen wollen, eingelassen. Sie wußten auch, daß man ihnen etwas vorwerfen kann. Sie haben sich auch mit verschleierten Frauen solidarisiert. Sogar bei den Protestkundgebungen gab es einzelne verschleierte Frauen, die sich der Protestbewegung angeschlossen haben. Der Kampf ist hart und nüchtern durchgeführt worden. Die Frauen haben sich trotz aller Drohungen und massiver Hetze nicht einschüchtern lassen und sind ganz tapfer ohne Kopfbedeckung auf die Straße gegangen.

Das war ja Widerstand, und dieser Widerstand zeigt, daß man ein Volk, das ein Jahr lang gekämpft hat, nicht mit solchen Maßnahmen einschränken kann.

Und dieser Kampf war nicht nur spontan. Die Frauen haben versucht, sich zu organisieren. ... (Die Genossin nennt verschiedene Organisationen, leider in ihrer Sprache). ... Die sind alle in den letzten vier Wochen gegründet worden. Drei davon haben Zeitungen, die anderen haben Flugblätter zum Kampf gegen den Schleierzwang usw. geschrieben und verteilt. Das Hauptquartier dieser Organisationen ist die Universität. Die Frauenorganisationen kommen täglich da hin, und sie nehmen auch Mitglieder auf, aber natürlich hat keine dieser Organisationen ein richtiges Programm oder eine Satzung vorgelegt, weil sie so spontan entstanden sind. Es gibt auch ein Komitee, das die Tätigkeit der verschiedenen Frauenorganisationen koordiniert. Was fast alle diese Frauenorganisationen gemeinsam haben, ist, daß sie meinen, daß die Frauenunterdrückung ein Produkt der Klassengesellschaft ist und nur mit dem Ende der Klassengesellschaft auch diese doppelte Ausbeutung der Frau beendet werden kann.

Die zwei wichtigsten Organisationen Volksfedayin und Volksmudschahedin haben den Kampf der Frauen unterstützt. Die Volksfedayin haben ein Papier zum 8. März rausgegeben, worin gefordert wird, daß die Frauen völlig gleichberechtigt werden sollen, in einem weiteren Schreiben werden die Kräfte, die die Frauen angegriffen haben, verurteilt, und die Frauen eben unterstützt. Die Volksmudschahedin haben auch ein Papier herausgegeben, worin eine sanfte Kritik an Khomeini ausgedrückt wird, natürlich ohne ihn zu nennen.

Es wird darin gesagt, daß es kein günstiger Zeitpunkt ist, überhaupt solche Fragen aufzuwerfen, weil wir viel wichtigere Sachen vor uns haben, z.B. Imperialismus- und Armeefrage usw. Sie verurteilen in dem Papier gleichzeitig die Kräfte, die der Protestbewegung der Frauen geschadet und sie angegriffen haben.

Frage: Greifen die Volksmudschahedin die Frauen mehr oder weniger an, daß sie jetzt nicht zum richtigen Zeitpunkt die Forderungen stellen? Oder greifen sie Khomeini an?

Nein, sie greifen Khomeini an, aber wie gesagt, indirekt. ... Sie sagen, daß es kein richtiger Zeitpunkt gewesen ist, überhaupt die Schleierfrage aufzuwerfen. ... Sie greifen indirekt Khomeini an, nicht die Frauen, weil sie selber auch in ihrem Papier die völlige Gleichberechtigung für die Frauen fordern, und auch die Kräfte beschimpfen, die die Frauen bei ihrem Protest irgendwie angegriffen oder belästigt haben.

Frage: Ist auch die Abtreibung jetzt verboten? (lt. FR. 8.3.79)

Diese Frage ist überhaupt nicht aufkommen. Aber die Pille hat Khomeini erlaubt, wenn es der Frau nicht schadet, darf sie weiter die Pille nehmen.

Frage: Und die hat es bisher auch gegeben?

Ja

Frage: Wie weit haben diese Frauendemonstrationen auch auf dem Land stattgefunden?

Auf dem Land haben sie nicht stattgefunden, sondern in anderen Kleinstädten, aber auch in sehr, sehr geringem Ausmaß. Weil die Leute, die in kleineren Städten leben, konservativer sind und sich einfach weniger zutrauen. Die Hauptprotestbewegung hat in Teheran stattgefunden.

Die Bastionen des Imperialismus sind noch nicht zerschlagen

Interview mit den „Fedajin des Volkes“

Bahman Nirumand

15.3.79

Bahman Nirumand hat vor vier Tagen für uns das folgende Interview mit einem Sprecher der bewaffneten revolutionären iranischen Organisation „Fedajin des Volkes“ gemacht.

B Nirumand: In einem Interview mit „Liberation“ sagt ein Vertreter der

lich sind auch Menschen aus der Bevölkerung mitgegangen. Als die Nationalgarde zum Rückzug gezwungen wurde, haben wir uns entschlossen, auch andere Garnisonen anzugreifen und sie zu entwaffnen. Wir haben die Männer und Frauen, die inswischen zu uns gestoßen waren, organisiert und ihnen Waffen gegeben. Unsere geschulten Mitglieder haben jeweils

B Nirumand: Wie Du erwähnt hast, haben die bewaffneten Volkskräfte die Militärlager besetzt, viele Soldaten haben sich mit ihnen solidarisiert. Ist nun das Militär zerschlagen oder hat es sich nur taktisch zurückgezogen? Welche Schritte müssen nun Euer Ansicht nach in Bezug auf das Militär unternommen werden?

Volksfedajin: Die Organisation der Schah-Armee, die bestehende Hierarchie, die Art der Ausrüstung und Ausbildung waren auf die Verteidigung und Durchsetzung imperialistischer Interessen und die Niederschlagung revolutionärer Kräfte im Iran und in den Gebieten am Persischen Golf ausgerichtet. Wie die Tatsachen zeigen, hat diese Armee niemals auf der Seite des Volkes gestanden. Sie ist zwangsläufig auch nicht in der Lage, im Ernstfall die nationalen Grenzen und Interessen gegen äußere Feinde zu verteidigen. Eine Armee ist nur dann unschlagbar, wenn sie tatsächlich zum Volk gehört. Daher schlagen wir vor, die festige Armee aufzulösen und an ihrer Stelle eine Volksarmee zu gründen. Die Volksarmee müsste sich aus Soldaten und Unteroffizieren zusammensetzen, die im Verlauf der Revolution ihre Treue zum Volk bewiesen haben. Ferner müssten bewaffnete Arbeiter- und Bauernräte und bewaffnete revolutionäre Organisationen daran beteiligt werden. Diese drei Kräfte könnten die feste Grundlage für eine Volksarmee bilden. Eine derartige Armee kann durchaus auf aggressive Waffen verzichten. Eine Ausrüstung mit modernen imperialistischen Waffen wäre auf Ersatzteile auf ausländische Militärberater und imperialistische Ausbildung angewiesen. Das hieße aber, abermals Abhängigkeit von den Imperialisten. Es ist klar, daß eine abhängige Armee eine ständige Gefahr für die Revolution darstellt. Wir betonen, daß das Militär seine Schlagkraft nicht durch aggressive Waffen, sondern durch die direkte Unterstützung des Volkes erreichen kann und muß. Eine Armee, die dem Volk gehört und aus Überzeugung kämpft, ist wesentlich stärker als eine mit modernen imperialistischen Waffen ausgerüstete und daher abhängige Armee.

B Nirumand: Mir ist die Zusammensetzung der Volksarmee noch nicht klar geworden. Du sprichst davon, daß sich die Volksarmee aus Soldaten und Unteroffizieren, den bewaffneten Arbeiter- und Bauernräten und schließlich den bewaffneten Organi-

sationen zusammensetzen sollte. Auf der einen Seite sind es also Berufssoldaten und Offiziere, die eine reguläre Armee bilden, und auf der anderen Seite die Arbeiter- und Bauernräte, die doch nur eine Volksmiliz bilden könnten. Dazwischen befinden sich die bewaffneten revolutionären Organisationen.

Volksfedajin: Richtig. Die ständige Verbindung zwischen diesen drei Kräften wird durch Soldatenräte hergestellt. Die Volksmilizen sowie die Mitglieder bewaffneter Organisationen sind zwar keine Berufssoldaten, werden aber durch Soldatenräte ausgebildet und an deren Entscheidungen beteiligt. Nötigenfalls müssen sie ihre Arbeitsstätten verlassen und als zusätzliche Kräfte in die reguläre Armee hineinbezogen werden.

B Nirumand: In den Kämpfen der letzten Wochen hat Euer Einfluß unter der Bevölkerung zugenommen. Das führt sicherlich dazu, daß ihr Eure Aktivitäten in der Öffentlichkeit verstärken müßt. Dabei habt ihr bis vor kurzem noch völlig im Untergrund gearbeitet. Ergeben sich daraus nicht schwere Probleme? Wie versucht ihr Euer Sympathisanten zu organisieren?

Volksfedajin: Sogleich nach dem bewaffneten Aufstand hat unsere Organisation mit Aktivitäten in der Öffentlichkeit begonnen. Eine unserer großen Probleme besteht in der Tat in der Organisation der Sympathisanten. Wenn die durch die Revolution errungenen demokratischen Rechte in Zukunft aufrechterhalten und erweitert würden, werden wir unsere Öffentlichkeitsarbeit intensiver und weitreichender als bisher organisieren. Wir werden unsere Hauptkraft auf die Agitation und Propaganda unter der Arbeiterklasse richten. Unsere Hauptaufgabe besteht im Augenblick darin, die Partei der Arbeiterklasse, eine Partei neuen Typs, zu gründen. Wir haben große Probleme zu lösen. Innerhalb weniger Tage sind wir aus dem Untergrund an die Öffentlichkeit getreten. Tausende von Sympathisanten sind auf uns gekommen. Aber wir waren unter dem Faschismus beständig organisiert, wir werden sicherlich auch die gegenwärtigen organisatorischen Probleme

werden sicherlich auch die gegenwärtigen organisatorischen Probleme schnell lösen können. Wie gesagt, richten wir unsere Aufmerksamkeit vor allem auf die Arbeiterklasse. Durch die Organisation und Schulung der Schüler und Studenten stärken wir die kommunistische Bewegung im Iran. Voraussetzung für die Gründung der kommunistischen Partei ist die Organisation der zur Zeit bestehenden linken Kräfte und ein ideologischer Kampf, der noch in seinen Anfängen steckt. Durch Schulung, Analysen und Publikationen versuchen wir, diesen Kampf möglichst rasch voranzutreiben, um endlich die von allen Kommunisten erwünschte Organisation des Proletariats gründen zu können.

B Nirumand: Unter welchen Bevölkerungskategorien habt ihr gegenwärtig den größten Einfluß?

Volksfedajin: Obwohl wir im Augenblick unter den Arbeitern große Sympathie genießen, mehr als jede andere linke Organisation, müssen wir ge-

stehen, daß wir in erster Linie von den Intellektuellen, vor allem Studenten, Lehrern, auch unteren Beamten, unterstützt werden.

B Nirumand: Du hast von der ideologischen Auseinandersetzung und der darauffolgenden Einheit in einer kommunistischen Partei gesprochen. Mit welchen Kräften wollt ihr die Einheit erreichen?

Volksfedajin: Mit allen Kommunisten, die nicht blind den Anweisungen ihrer großen Bruderparteien folgen, die von Außenmächten unabhängig sind und eine auf die konkrete Situation im Iran und die Interessen des iranischen Proletariats ausgerichtete Strategie betreiben.

B Nirumand: Die Linke im Iran versucht sich für die nächsten Kampfschritte auf der Grundlage eines Minimalprogramms zu einigen. Welche Chancen seht ihr dafür? Was ist Euer Standpunkt dazu?

Volksfedajin: Soweit es sich dabei um Kommunisten handelt, sind wir bereit, mit jeder Gruppe, Organisation oder Person gemeinsam zu arbeiten, vorausgesetzt natürlich, daß wir uns mit ihnen über die grundsätzlichen Fragen einig sind. Unsere Standpunkte zu den anstehenden Fragen werden wir in den nächsten Tagen bekanntgeben. Zum Beispiel werden wir mit denjenigen, die die Politik der Volksrepublik China unterstützen und bejahen, oder denjenigen, die die Sowjetunion trotz ihrer zahlreichen Fehler, die wir keineswegs akzeptieren, sozialimperialistisch nennen, nicht zusammenarbeiten können.

B Nirumand: Vor einigen Tagen hat sich eine neue Organisation unter dem Namen „Demokratisch-Nationale Front“ der Öffentlichkeit vorgestellt. Wie schätzt ihr diese Organisation ein? Wieweit seid ihr bereit, mit ihr zusammenzuarbeiten?

Volksfedajin: Wir haben bereits erklärt, daß wir mit jeder fortschrittlichen unabhängigen Organisation zur Zusammenarbeit bereit sind. Daher sind wir auch auf der Kundgebung auf der die Initiatoren der Demokratisch-Nationalen Front ihre Organisation vorgestellt haben, aufgetreten und haben unsere Unterstützung für diese Organisation erklärt. Wir sehen es als unsere Aufgabe, jede antimperialistische demokratische Aktivität zu unterstützen. Aber die Gründung einer Nationalen Front in der Weise, daß sie eine Koalition aller Kräfte bildet, halten wir im Augenblick nicht für durchführbar. Eine solche Front könnte nur dann zustandekommen, wenn die verschiedenen Klassen und Schichten der Gesellschaft über ihre wirklichen Organisationen verfügen. Das ist noch nicht der Fall. Im Augenblick sehen wir uns einer Reihe von Organisationen gegenüber, deren sozialer Standpunkt uns noch ziemlich unklar erscheint.

B Nirumand: Welchen Klassenstandpunkt vertritt die Demokratisch-Nationale Front? Wieweit unterscheidet sie sich von der bereits seit Mossadegh bestehenden Nationalen Front?

Volksfedajin: Zwar sind einige Mitglieder der alten Nationalen Front bei dieser neu gegründeten Organisation dabei. Aber von ihrem Programm und ihrer Zielsetzung hat sie sich grundlegend von ihr. Wir werden mit der Demokratisch-Nationalen Front aktiv zusammenarbeiten. Diese Zusammenarbeit bleibt jedoch auf den Rahmen unserer Aktivitäten zur Unterstützung aller demokratischen Organisationen beschränkt. Nicht mehr und nicht weniger.

B Nirumand: Wie wird Eure militärische Aktivität in Zukunft aussehen?

Volksfedajin: Wie ich bereits erwähnt habe, ist die Gefahr einer Konterrevolution längst nicht gebannt. Solange unser Land nicht völlig vom Imperialismus befreit ist, müssen die revolutionären bewaffneten Organisationen auf der Hut sein. Wir werden unsere militärischen Kräfte weiterhin aufrechterhalten, um gegebenenfalls unser Land gegen die Imperialisten und ihre inländischen Lakaien verteidigen zu können. Aber wir werden uns mit Regierungen, die von den Massen unterstützt werden, nicht militärisch auseinandersetzen, sondern politisch auseinanderetzen. Widersprüche im Volk brauchen nicht militärisch gelöst zu werden. Sollten irgendwelche Gruppen und Kräfte mit Gewalt gegen uns vorgehen wollen, würden wir sie nicht mehr als Volkskräfte ansehen und uns mit allen unseren Mitteln gegen sie zur Wehr setzen.

B Nirumand: Wie erfolgreich ist bisher Eure Arbeit unter der Arbeiterklasse gewesen?



Frauen und Männer haben die bewaffnete Revolution gemacht

Frauen und Männer haben die bewaffnete Revolution gemacht

Volksfedajin über die Rolle eurer Organisation bei dem Aufstand in Teheran: „Es war das Volk, das zu den Waffen gegriffen hat, und unsere Organisation hat es dabei unterstützt.“ Ist das nicht eine bescheldene Einschätzung eurer Rolle beim Aufstand?

Volksfedajin: Fernab aller Bescheidenheit muß ich sagen, daß wir sehr aktiv an der Revolution beteiligt waren und vor allem in den letzten sechs Monaten unsere ganze Kraft im Dienst der iranischen Befreiungsbewegung eingesetzt haben. Dementsprechend haben wir auch an dem bewaffneten Aufstand teilgenommen. Überall dort, wo sich die Konterrevolution zur Niederschlagung des Volksaufstands konzentriert hatte, haben wir die Volkskräfte unterstützt und sehr erfolgreich verteidigt. Durch unsere aktive Teilnahme an dem Befreiungskampf der Bevölkerung haben wir versucht, die Kampfformen weiterzuentwickeln. Während das Volk zunächst mit leeren Händen der Militärgewalt des Schah-Regimes entgegentrat, haben wir ihm die Benutzung von Handgranaten, die Herstellung von Molotow-Cocktails und den Bau von Barrikaden beigebracht. Wir haben der Bevölkerung unsere militärischen Erfahrungen übermittelt und uns selbst bei allen Demonstrationen und Kundgebungen unter die Leute gemischt und von dort aus Angriffe gegen die Stützpunkte des Regimes durchgeführt. Durch Flugblätter, Publikationen, kurze Kundgebungen und gesteuerte militärische Aktionen haben wir zur politischen Aufklärung der Bevölkerung beigetragen. Somit waren wir sowohl an der politischen als auch an der militärischen Front anwesend. Beim bewaffneten Aufstand haben wir zuerst die Initiative ergriffen. Nach der Demonstration am Gedenktag von Stokhol (Stokhal ist der Ort, an dem die Volksfedajin vor acht Jahren ihre erste militärische Aktion durchgeführt haben), an der 70 bis 100 000 unserer Sympathisanten teilgenommen hatten, haben wir uns zum Angriff gegen die Nationalgarde entschlossen. Diese Abteilung des Militärs, die sich aus den bestausgebildeten Soldaten und Offizieren zusammensetzt, hatte einige Stunden zuvor die Garnison Fallah Arbad (Teheran) besetzt, um die dort aufständischen Soldaten niederzuschlagen. Wir haben unsere Mitglieder und Sympathisanten aufgefordert, die aufständischen Soldaten zu unterstützen und den bewaffneten Kampf gegen die Nationalgarde aufzunehmen. Natur-

die Führung der verschiedenen Gruppen übernommen. Somit war unsere Organisation bei der Besetzung militärischer Garnisonen, Waffenlagern, Polizeistationen, SAVAK-Zentralen usw., aktiv und führend beteiligt. Beim Angriff auf die Rundfunkstation ist Ghassem Siawaschi, einer unserer Kommandeure, gefallen. Viele unserer Mitglieder sind vor allem in den drei Tagen des bewaffneten Aufstands von den Soldaten und Offizieren des Schahs ermordet oder schwer verletzt worden. Ihre Namen werden wir demnächst öffentlich bekanntgeben.

Im ganzen gesehen muß betont werden, daß das Volk in den letzten zwei Jahren des Aufstandes immer den politischen Organisationen um einige Schritte vorausgeht. Wir haben versucht, unseren Abstand zu den Massen zu verringern und von ihnen zu lernen. Wir waren vielleicht die einzige Organisation, die in den letzten Monaten der Kampfbereitschaft der Massen entprochen und demgemäß gehandelt hat. An dem Tag des bewaffneten Aufstands strömten, führen Lautsprecherwagen durch die Stadt und forderten die Bevölkerung im Namen Khomeinis auf, Ruhe zu bewahren und nach Hause zu gehen. Khomeini habe noch nicht zum Heiligen Krieg aufgerufen und man habe seine Anweisungen zu befolgen, hieß es dort. Das zeigt, wie weit die Führung den Massen hinterherhinkt.

B Nirumand: Der bewaffnete Aufstand ist erfolgreich beendet. Warum haltet ihr es für falsch, die Waffen zurückzugeben?

Volksfedajin: Wir sind der Meinung, daß die Imperialisten nicht so leicht ihre Interessen im Iran aufgeben werden. Die Bastionen des Imperialismus, die in unserem Land auf tiefem Grund stehen, sind längst nicht zerschlagen. Wir wissen, daß Abertausende in Amerika und Israel ausgebildete Mitglieder der SAVAK und des Militärs sich unter der Bevölkerung befinden und auf eine Gelegenheit warten, um abermals der Konterrevolution zur Macht zu verhelfen. Die Entwaffnung der Volkskräfte und revolutionären Organisationen, die ihre Treue zum Volk durch ihren Kampf in den letzten Jahren bewiesen und auf diesem Wege zahlreiche Opfer gebracht haben, würde den Weg der Imperialisten zur Machtergreifung erleichtern. Die bewaffneten Volkskräfte sind die besten Garantien zur Fortsetzung der Revolution. Ihre Entwaffnung bedeutet daher nichts anderes als Verrat an der Revolution mit Hilfe für die Imperialisten.



Ein SAVAK-AGENT wird festgenommen

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 54

Volkseidajin. Bisher wurden unsere Aktivitäten unter den Arbeitern durch die Existenz der Diktatur äußerst eingeschränkt. Während dieser Zeit haben wir den Gegebenheiten entsprechend eher unter den Intellektuellen arbeiten können. Viele Marxisten-Leninisten haben sich unserer Organisation angeschlossen. Dieser Umstand begünstigt nun die Annäherung unserer Organisation an die Arbeiterklasse. Unsere bisherige kon-



Kämpfer der Revolution

krete Arbeit unter den Arbeitern bestand in der Gründung von kleineren Zellen, die sich aus erfahrenen kommunistischen Arbeitern rekrutierten. Ab und zu konnten wir Flugblätter und Broschüren unter den Arbeitern verteilen oder vor den Fabriken kurze Reden halten und dann schnell verschwinden. Aber alle diese Aktivitäten waren natürlich nicht ausreichend. Die Anschläge der Konterrevolution gegen unsere Organisation vor 3 Jahren haben uns erheblich geschwächt und diese Aktivitäten auf ein Minimum beschränkt. Das Aufkommen der Befreiungsbewegung vor 1 1/2 Jahren hat uns neue Möglichkeiten eröffnet. Mit der Forderung nach Gründung von Arbeiterräten und Gewerkschaften haben wir zur Mobilisierung der Massen und vor allem der Arbeiter beigetragen und richtungweisend wirken können. Die nun gegründeten Arbeiterräte in vielen Fabriken, die nicht zuletzt auf unsere Initiative zustande gekommen sind, bilden eine günstige Basis für unsere weiteren Aktivitäten. In vielen Fabriken halten unsere Genossen Vorträge, unsere Veröffentlichungen werden von vielen Arbeitern mit Interesse gelesen, viele Arbeiter wenden sich mit ihren Fragen und Problemen an uns. Vor einer Woche haben wir mit der Herausgabe einer Zeitung mit dem Titel „Arbeit“ begonnen, die sich vor allem mit aktuellen Fragen der iranischen Arbeiterklasse auseinandersetzt. Auch unsere Wochenzeitschrift „Volkseidajin“ dient der Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus.

B. Nizumand: Wie groß ist Euer Einfluß unter den Arbeitern der Ölindustrie?
Volkseidajin: Die Arbeiter der Ölindustrie gehören zu den fortschrittlichsten Teilen der iranischen Arbeiterklasse. Von der Produktion her bilden sie große proletarische Einheiten. Vor allem im Verlauf der Revolution haben die Arbeiter der Ölindustrie gezeigt, welche Macht sie besitzen und welche Kräfte sie durch ihren Streik auf die Knie zwingen können. Unter diesen Arbeitern genießt unsere Organisation große Sympathien. Es ist selbstverständlich, daß wir diesen Arbeitern besondere Aufmerksamkeit schenken.

B. Nizumand: Wie schätzt Ihr die Tudeh-Partei ein? Verfügt sie über eine große Massenbasis? Hat sie tatsächlich, wie ihr Generalsekretär behauptet hat, bei dem Streik der Ölarbeiter führend gewirkt?
Volkseidajin: Das ZK der Tudeh-Partei hat die iranische Befreiungsbewegung und vor allem die Arbeiterklasse verraten. Unter Mossadegh behauptete sie, zunächst links abwei-

chend, Mossadegh sei ein Lakai des amerikanischen Imperialismus. Später schlug sie einen Rechtskurs ein und verhinderte jede antagonistische Auseinandersetzung mit der Konterrevolution. Obwohl die Untergrundorganisation der Partei in der iranischen Armee das ZK lange vor dem Sturz Mossadeghs auf den bevorstehenden CIA-Putsch von 1953 aufmerksam gemacht und zu entsprechenden Vorbereitungen aufgefordert hatte, wich die Parteiführung von ihrer Versöhnungsstrategie mit der Konterrevolution nicht ab. Nach dem Putsch haben die Parteiführer, ohne Widerstand zu leisten, völlig kapituliert und damit den Putschisten zur Stabilisierung ihrer Macht verholfen. Der eigentliche Grund für diese Links- und Rechtsabweichungen liegt im Verhältnis der Tudeh-Partei zur Sowjetunion, das als ein Herr-und-Knecht-Verhältnis bezeichnet werden kann.

Die Tudeh-Partei hat nie versucht, die konkrete Situation im Iran unabhängig von den Interessen der Sowjetunion zu analysieren und entsprechend einer auf dieser Analyse basierenden Strategie zu handeln. Von 1953 an verschwand die Tudeh-Partei aus dem politischen Leben unseres Landes. In den letzten Jahren konzentrierte sie ihre Aktivitäten auf die theoretische Bekämpfung der neu entstandenen revolutionären Organisationen im Iran. An der gegenwärtigen Befreiungsbewegung war die Tudeh-Partei völlig unbeteiligt. Erst nach dem Sieg der Revolution und in diesen Tagen retten die Mitglieder des ZK aus dem Ausland ein. Unsere Organisation hat niemals mit der Tudeh-Partei zusammengearbeitet, auch in Zukunft wird es keine Zusammenarbeit zwischen uns geben. Meiner Einschätzung nach verfügt die Tudeh-Partei über keinerlei Basis unter den Massen, schon gar nicht unter den Arbeitern der Ölindustrie. Der Verrat ihrer Führer hat der kommunistischen Bewegung großen Schaden zugefügt. Die Erinnerung an diesen Verrat ist aus den Köpfen der Massen längst nicht verschwunden. Hunderte von Genossen mußten ihr Leben opfern, um das Vertrauen der Bevölkerung Kommunisten gegenüber halbwegs wiederherstellen zu können. Nur durch Versuchung antikomunistischer Kräfte, diese Erinnerungen immer wieder wachzurufen, um damit die wirklichen Kommunisten in Miskredit bringen zu können. Wir müssen noch viel arbeiten, um dieses Problem aus der Welt zu schaffen.

B. Nizumand: Aystollah Khomeini beschuldigt, noch in diesem Monat eine Volksbefragung durchzuführen. Wo stehen die Volksfedajin zu der islamischen Republik? Werdet Ihr und Euerer Sympathisanten an dem Referendum teilnehmen?

Volkseidajin: Zunächst müssen wir feststellen, daß eine wirkliche Volksbefragung nicht stattfinden kann, so

lange die demokratischen Spielregeln nicht überall beachtet und eingehalten werden. Rundfunk und Fernsehen z.B. halten diese Spielregeln nicht ein. Sie weigern sich, die unterschiedlichen Meinungen politischer Gruppen und Organisationen widerzugeben. Mit anderen Worten, viele politische Organisationen haben keine Gelegenheit, über Massenmedien die Bevölkerung über ihre Absichten zu informieren. Solange dies aber nicht der Fall ist, kann eine Volksbefragung nicht demokratisch durchgeführt werden. Auch die Art der Fragestellung „Islamische Republik ja oder nein“ scheint uns undemokratisch. Die Ablehnung der islamischen Republik würde bei dieser Art der Fragestellung zwangsläufig die Befragung der Monarchie bedeuten. Nun weiß jeder, daß die 37 Millionen Iraner fast ohne Ausnahme die Monarchie gemeinsam zu Grabe getragen haben. Daher bringt die alternative Fragestellung „Monarchie oder islamische Republik“ die Bevölkerung in die Zwangssituation, entweder für die islamische Republik zu stimmen oder an der Volksbefragung nicht teilzunehmen. Unserer Meinung nach müßte die Wahl der Staatsform jedem Iraner freigestellt werden.

B. Nizumand: Wie wird Euer Meinung nach im Iran die politische Lage in nächster Zukunft aussehen?

Volkseidajin: Eine Zukunftsprognose ist im Augenblick nicht einfach. Wir wissen, daß die Imperialisten ihre Hoffnung in die Reorganisation der Armee setzen. Im Lande selbst versuchen reaktionäre Kräfte, Unruhe zu stiften. Politisch unmündige Gruppen durchschauen oft nicht die Taktik der Imperialisten, und lassen sich im Sinne der Konterrevolution funktionalisieren. Durch Anschläge auf die Zentralen revolutionärer Organisationen, Beschimpfung und Belästigung unverschiebter Frauen und ähnliches verschärfen sich die Widersprüche im Volk. Uns ist bekannt, daß Anhänger Barzani – unterstützt von den Amerikanern – versuchen, in Kurdistan durch separatistische Forderungen zwischen die Völker Irans einen Keil zu treiben. Dabei wissen wir, daß das kurdische Volk eine Trennung von anderen iranischen Völkern entschieden ablehnt und nur um seine Autonomie innerhalb einer föderativen Völkergemeinschaft Irans kämpft. Diese und andere Faktoren schaffen ein trübes Wasser aus dem nur die Imperialisten fischen können. Die Gefahr ist groß und noch längst nicht gebannt. Wir müssen auf der Hut sein. Wenn in dieser Situation die fortschrittlichen Führer und Kräfte gemeinsam gegen die Imperialisten vorgehen, können wir mit großen Hoffnungen in die Zukunft blicken. Andernfalls wird dem Volk ein Bürgerkrieg aufgezwungen, woraus nur die Imperialisten profitieren können.

Volkseidajin: Einmal mehr müssen wir feststellen, daß eine wirkliche Volksbefragung nicht stattfinden kann, so

Kein „Frieden“ im Nahen Osten

Hoch lebe die PLO

Kommentar

Vor fünf Jahren hatten die US-Imperialisten einen großen Plan im Rahmen einer „friedlichen“ Lösung. Solange die Widersprüche zwischen Israel und den arabischen Staaten abgeschwächt und die freiverwendenden Energien gegen die fortschrittlichen Regimes und revolutionären Bewegungen gerichtet werden. Zwar haben die US-Imperialisten in Einzelfällen Erfolg gehabt (zum Beispiel die zeitweise Niederschlagung der Revolution in Oman), aber insgesamt ist das Projekt gescheitert.

Heute bleibt vorerst nichts übrig als ein Separatvertrag zwischen Israel und Ägypten, der voraussichtlich in wenigen Wochen geschlossen wird. Wir sollten die Bedeutung eines solchen Separatvertrages nicht unterschätzen. Er wird Ausgangspunkt neuer Angriffe Ägyptens gegen Libyen und Israel gegen Jordanien, die PLO und Syrien sein. Schon heute stehen Ägypten gegen die Revolution in Oman und sie werden in Zukunft diese Aufgabe eines Gendarmen noch häufiger erfüllen (wenn ihnen nicht das ägyptische Volk einen Stich durch die Rechnung macht). Die Kooperation zwischen Israel und den reaktionären arabischen Staaten wird sich wesentlich verstärken, gemeinsame Rüstungs- und in einigen Jahren vielleicht auch Kriegspunkte sind möglich.

Aber alles ist das nicht, was die Imperialisten 1973/74, als Ägypten kapitulierte, erhoffen konnte. Es ist vor allem eine Kraft, die die Grundumsätze für das Scheitern der Imperialisten darstellt: die palästinensische Befreiungsbewegung. Sie ist der harte Kern der ant imperialistischen Bewegung im Nahen Osten, heute noch wie vor fünf Jahren.

Die Imperialisten, Zionisten und die arabische Reaktion haben es nicht an Versuchen fehlen lassen, die von harten Kern zu knacken. Die pa-

flüssig ist, da die Entwicklung von Anfang an zur Annäherung von Ägypten und Israel führte und weil die Imperialisten und Reaktionäre an ihre Verträge doch am wenigsten glauben. Die „Friedensinitiative“ (einen Nobelpreis haben sie auch noch dafür gekriegt) sollte sowohl die anderen arabischen Staaten, insbesondere Syrien und Jordanien, als auch die Palästinenser mit an den Verhandlungstisch bringen. Entscheidende Voraussetzung dafür war, die Palästinenser in Libanon, Syrien, Jordanien und den besetzten Gebieten politisch und militärisch niederzuschlagen. An dieser Voraussetzung scheiterte alles.

Syrien beteiligte sich nicht an der „Friedensinitiative“, sondern sicherte sich ein Faustpfand in Libanon, schwächte die Widersprüche mit Jordanien und Irak ab und trat der Front der Standhaftigkeit bei. Jordanien war nicht bereit, die Rolle des Polizisten gegen die palästinensische Revolution ohne Gegenleistung zu übernehmen. Israel konnte keine Gegenleistung, z.B. in Form einer Föderation, anbieten, denn die Palästinenser machten nicht mit.

Der Versuch Ägyptens, das libysche Regime zu erschüttern, scheiterte. Ebenso ging ein Putschversuch in Südjemen aus. Die zionistische Invasion in Südbanonen erreichte ihre Ziele nicht und die libanesischen Faschisten erwiesen sich als zu schwach.

Unter diesen Bedingungen ist das zionistische Regime nicht bereit, irgendwelche Zugeständnisse an die anderen arabischen Staaten oder an die PLO zu machen. Nachdem die Entwicklung im Iran die ganze Sache zu einem Akt der Revolution brachte, wurde es eben der Vertrag, der jetzt vorbereitet ist. Ganz egal, welche Formulierungen er enthält, er ändert nichts an der Tatsache, daß die Zionisten die Macht der Welt eine ruhige Herrschaft über die besetzten Gebiete errichten können.



Besetzte Gebiete: Israelische Armeen versucht den Befreiungskampf zu unter-

drücken. Die palästinensische Befreiungsbewegung hat dabei einige Schlachten gewonnen und eine ganze Reihe von Schlächten sehr blutig verloren. Wir erinnern uns an den libanesischen Bürgerkrieg, an die syrische Intervention und an die israelische Intervention in Südbanonen. Wir erinnern uns an die unüberschbare Folge von zionistischen Morden, Überfällen und Bombardierungen von Flüchtlingslagern. Die PLO (die ganze) wurde geschwächt, zeitweise angeschlagen, aber nicht geschlagen. Im Gegenteil, aufgrund der Politik der palästinensischen Ablehnungsfront ist sie aus der Periode der Kompromißversuchungen politisch gestärkt hervorgegangen. Nicht vergessen dürfen wir auch den nicht endenden kämpferischen Widerstand der Palästinenser in den besetzten Gebieten, trotz Terror und Folter. Man braucht nur die läppischen Winkzüge und das endlose Taktieren der Herren Carter, Begin und Sadat zu betrachten, um zu erkennen, wie sehr sie gescheitert sind. Die große „Friedensinitiative“ Sadats sollte mehr bringen als einen Separatvertrag, der im Grunde über-

Seit Wochen herrscht in den besetzten Gebieten wieder der Aufstand. Die Zionisten verstärken ihr Militär, sie erschließen, sie verhaften, sie kaufen das Land auf und errichten neue Wehrdörfer. Aber entscheidend ist, sie haben noch nie auch nur eine palästinensische Marionette finden können, die sie mit enger Aussicht auf Erfolg hätten als Vertreter der Palästinenser an einen Verhandlungstisch setzen können.

Machen die Imperialisten eine Bilanz auf, so stellen sie fest: Die riesigen eingesetzten Mittel haben sich nicht ausgezahlt. Iran ist zumindest für einige Zeit verloren, die Palästinenser sind nicht geschlagen, die fortschrittlichen Regimes nicht unterdrückt und die Zionisten sind immer noch isoziert.

Arafat hat das vor einigen Tagen so ausgedrückt: „Unser Fleisch ist bitter und niemand kann es hinunterschlingen.“

Es lebe die Revolution der arabischen Völker!

Nahostkommission

Erschossen, weil sie schwul waren

In Teheran wurden am 4. März vier schwule Jugendliche hingerichtet – mit der Begründung, sie hätten sich an einem 23-jährigen Studenten vergangen. Die Urteile, verhängt von einem islamischen Gericht, wurden am Teheraner Zentral-Gefängnis Quers vollstreckt.

Ebenfalls in Teheran wurden am 7. März sechs weitere junge Männer getötet wegen „unmoralischer homosexueller Delikte“ (lt. „Kayhan International“). Nach Angaben der Teheraner Zeitung „Kayhan International“ wurden sie beschuldigt, zu einer „Bande“ gehört zu haben, die sich junge Männer zuerst gefügig gemacht haben, um sie dann an Freier zu vermieten.

Ob diese Begründung den Tatsachen entspricht oder ob sie konstruiert worden sind, können wir derzeit nicht prüfen, aber selbst falls sie den Tatsachen entspricht, und diese Strafen nichtdestoweniger barbarisch und ein Ausdruck des schwulenfeindlichen islamischen Männerkultes. Ein Islam, der Schwule hinhängen läßt wegen angeblicher Prostitution, während er gleichzeitig auf Frauen schießen läßt, die für ihre Rechte demonstrieren und sich dem ewigen Chauvinismus dieser Religion nicht unterwerfen, hat mit der Befreiung der persischen Volksmassen wohl nicht mehr viel zu tun!

Wir protestieren aufs schärfste gegen die bekanntgewordenen zehn Hinrichtungen! Diese Terrorurteile sind zu verstehen als massierte und menschenverachtendste Einschüchterung der weit über 1 Millionen iranischen Schwulen und Lesben. Für die iranischen Schwulen ist kein Ort gewonnen, wenn das ehemalige mörderische Schah-Regime jetzt durch ein für sie ebenso mörderisches islamisches Regime ausgetauscht wird. Sie, die persischen Schwulen, haben immer noch nichts zu verlieren als ihre Ketten!

Leider liegen uns von Seiten der Volksfedajin sowie der CISNU noch keine Stellungnahmen zu den Hinrichtungen vor. Wir erwarten auch von ihnen, daß sie sich mit den iranischen Schwulen solidarischen und den Kampf aufnehmen gegen die Schwulenfeindlichkeit des Islam. Tun sie es nicht, machen sie sich mitschuldig am antischwulen Terror.

AUS

Der Druck der Imperialisten im Nahen und Mittleren Osten wächst

Unmittelbar nach dem ersten entscheidenden Erfolg der demokratischen Revolution im Iran, dem endgültigen Sturz des Schah-Regimes, verstärkt der US-Imperialismus seine Offensive gegen die fortschrittlichen Staaten und Bewegungen im Nahen Osten. Schon während der ein Jahr dauernden Aufstände war das Schah-Regime in seiner Rolle als Gendarm der US-Imperialisten in der Region weitgehend lahmgelegt. Mit dem Sturz des Schah-Regimes ist der wichtigste Bündnispartner der US-Imperialisten im Nahen Osten vorerst weggefallen — verloren ist er deshalb für die USA noch nicht. Die US-Imperialisten versuchen, ihre Positionen im Iran selbstverständlich wieder zu stabilisieren. Schon verlautet, daß die ersten Kontakte zur Regierung Bazargan „befriedigend“ verlaufen seien („FAZ“, 15.2.79), und Carter erklärte: Es ist die Politik der USA, mit existierenden Regierungen befreundeter Nationen zusammenzuarbeiten, welcher Art diese Regierungen auch immer sein mögen. Und falls die Beziehungen doch nicht so befriedigend verlaufen. Die US-Imperialisten haben nie einen Zweifel daran gelassen, daß sie ihre gesamte Kriegsmaschinerie zur Durchsetzung ihrer Interessen einzusetzen bereit sind.

Angesichts der Ereignisse im Iran haben die USA unmißverständlich deutlich gemacht, daß sie ihre Offensive im Nahen Osten mit militärischer Gewalt fortzusetzen gedenken. Massive Interventionsdrohungen, eine breit angelegte Propagandakampagne gegen das demokratische Soudjemen als „Kuba“ des Nahen Ostens, das gleichzeitige Anzetteln eines Krieges gegen Soudjemen, die weitere Aufrüstung reaktionärer arabischer Staaten und Israels und die Verstärkung der amerikanischen militärischen Präsenz in diesem Raum kennzeichnen diese neue Offensive.

Interventionsdrohungen der US-Imperialisten

Anlässlich der Entwicklung in Iran äußerte der amerikanische Präsident Carter: „Veränderungen sind nicht unser Feind. Unsere Sorge ist zweifach. Wir müssen daran arbeiten, Konflikte einzudämmen und den Frieden zu erhalten. Und wir müssen klarmachen, daß es für andere Mächte gefährlich ist, zu versuchen, diese unvermeidliche Durchdringung zu ihren eigenen selbststuchtigen Zwecken auszunutzen.“ Die USA würden in der ganzen Welt ihren Freunden beistehen, ihre Verpflichtungen erfüllen und die eigenen lebenswichtigen Interessen schützen. Dazu sei es auch bereit, amerikanische Truppen einzusetzen („FR“, 24.2.79). Mit den „anderen Mächten“ wird die angebliche Bedrohung durch die Sowjetunion umschrieben, die immer dafür herhalten muß, wenn es gilt, Aggressionsabsichten der Imperialisten gegen fortschrittliche Staaten und Kräfte propagandistisch zu rechtfertigen.

Noch offener drückte der amerikanische Kriegsminister Brown die aggressiven Absichten der US-Imperialisten unmittelbar nach seiner Rundreise durch die reaktionären arabischen Staaten (Jordanien, Saudi-Arabien, Ägypten) und Israel aus. „Die Sicherung des Ölflusses aus dem Nahen Osten ist ganz klar Teil unserer lebenswichtigen Interessen. Wir werden für den Schutz dieser Interessen jede geeignete Aktion unternehmen, einschließlich des Einsatzes militärischer Gewalt.“ („Le Monde“, 27.2.79). Der amerikanische Energieminister Schlesinger ergänzte: „Die Frage einer amerikanischen militärischen Anwesenheit (im Golfgebiet) wird geprüft.“ („LM“, 27.2.79).

Bei dieser Äußerung kann es sich selbstverständlich nur darum handeln, daß die USA prüfen, wie sie ihre militärische Präsenz in der Golfregion und im gesamten Nahen Osten verstärken können. Allein in Saudi-Arabien sind mehr als 10.000 amerikanische (andere Quellen sprechen von 20.000) und 2.500 britische und französische Militärberater stationiert („SZ“, 1.3.79). Zum Vergleich: Die saudischen Streitkräfte werden mit 70.000 angegeben. Damit übersteigt die Zahl der amerikanischen Experten in Saudi-Arabien — verglichen mit der Stärke der Armee — die ehemals in Iran stationierten erheblich. Amerikanische Berater befinden sich ebenfalls in Kuwait und Oman. In Bahrain unterhalten die USA einen Marinestützpunkt.

Saudi-Arabien und das Golfgebiet

Brown sicherte auf seiner Rundreise den reaktionären arabischen Staaten und Israel nicht nur weitere Waffenlieferungen zu, sondern machte den Vorschlag, einen Militärpakt im Golfgebiet unter US-Aufsicht zu bilden sowie (weitere!) Luft- und Marinestützpunkte im Golfgebiet zu errichten. Die saudische Regierung verheißt sich diesen

Vorschlägen des amerikanischen Kriegsministers Brown gegenüber distanziert (was angesichts der massiven militärischen Präsenz innerhalb Saudi-Arabien eh nur eine Farce ist), während Kuwait und Irak — vor allem wohl im Hinblick auf mögliche Proteste der arabischen Massen — diese Vorschläge als Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Länder am Golf zurückwiesen. Dies ändert aber nichts daran, daß die Golfländer (Irak eingeschlossen) zukünftig militärisch enger zusammenarbeiten wollen. Saudi-Arabien und Irak haben erst kürzlich ein Sicherheitsabkommen geschlossen („The Guardian“, 28.2., „Monitor-Dienst“, 2.3.). Schon vor dem Brown-Besuch war bekannt geworden, daß die Golfstaaten gerade im Hinblick auf die Entwicklung im Iran einen Beistandspakt anstreben („SZ“, 7.2.79).

Des weiteren diskutierte Brown mit saudischen Vertretern die „Entsendung von auf Terrorismus-Bekämpfung spezialisierten US-Experten.“ („MD“, 15.2.79) — offiziell zur Sicherung der saudischen Erdölinstallationen (!). Mit der Entsendung solcher Spezialeinheiten soll jede Opposition in Saudi-Arabien nach Möglichkeit schon im Keim erstickt werden.

Erst kürzlich hatte es in dem saudischen Erdölgebiet Dharam Streiks und Unruhen unter den Arbeitern gegeben, die gewaltsam niedergeschlagen wurden (nach Meldungen des linksgerichteten libanesischen Zeitungs „As-Safir“, „SZ“, 12.2.79). Gegen das despotische saudische Regime hatten sich in der Vergangenheit immer wieder kleine oppositionelle Gruppen herausgebildet, die allerdings schnell zerschlagen wurden. Auf Mitgliedschaft in einer oppositionellen Gruppe steht in Saudi-Arabien die Todesstrafe („Tribune“).

Ägypten, der neue Gendarm?

Während des Brown-Besuches hat das ägyptische Regime umfangreiche amerikanische Waffenlieferungen verlangt, mit der Begründung, die ägyptischen Streitkräfte müßten für die Eventualität einer ausländischen Intervention gerüstet sein. Angesichts der Entwicklung im Iran könne es mit modernsten militärischem Gerät ausgerüstetes Ägypten die Rolle des Iran als Treuhänder amerikanischer Interessen im Nahen Osten übernehmen. Gefordert wurden im einzelnen 300 F-16-Kampfbomber, 600 Panzer, 500 Geschütze, 40.000 Militärfahrzeuge („FR“, 22. und 24.2.79).

Gerade Ägypten kann schon wegen seiner instabilen inneren Situation diese Rolle keineswegs übernehmen. Wenn schon das Schah-Regime — ausgerüstet mit den modernsten amerikanischen Waffensystemen — innerhalb eines Jahres durch eine demokratische Massenbewegung hinweggefegt wurde, wieviel eher gilt das für Ägypten?

Auch hier nimmt die Verarmung breiter Schichten immer mehr zu, während die „fetten Katzen“, die kleine Schicht einheimischer Spekulanten immer reicher wird. In den letzten Jahren nahmen — parallel zur Öffnung nach Westen — die Re-

pression und politische Verfolgung immer weiter zu. Die Hoffnung auf wirtschaftlichen Aufschwung nach einem Friedensvertrag mit Israel — und einer damit verbundenen Verbesserung der sozialen Lage — schwinden eineinhalb Jahre nach der Jerusalem-Reise Sadats immer mehr. Die Aufstände im Januar 1977, deren Anlaß die Streichung der Subventionen für Grundnahrungsmittel waren, haben gezeigt, daß Ägypten ein Pulverfaß ist.

Außerdem waren die Camp David-Abkommen und ein möglicher Friedensvertrag zwischen Ägypten und Israel von seiten der Imperialisten keineswegs so gedacht, Ägypten zum Konkurrenten des zionistischen Staates aufzubauen, der seit seinem Bestehen die Rolle des imperialistischen Statthalters in dieser Region spielt. Durch diese Verträge sollte in erster Linie Israel der Rücken freigemacht werden, gegen die fortschrittlichen Kräfte in dieser Region, insbesondere den palästinensischen Widerstand und die fortschrittlichen libanesischen Kräfte vorzugehen. Desweiteren sollte Ägypten — nach einem Ausgleich mit Israel — als Ordnungsmacht gegen fortschrittliche Bewegungen in den arabischen Ländern und in Afrika einsetzbar gemacht werden. Schließlich wäre der Einsatz israelischer Truppen in arabischen Ländern schwer möglich.

Nach dem Sturz des Schah-Regimes muß Ägypten diese Aufgabe nun verstärkt ausfüllen. Der amerikanische Präsident Carter äußerte sich in diesem Sinne zur Rolle Ägyptens. Die ägyptischen Streitkräfte könnten als stabilisierende Kraft im Nahen Osten eingesetzt werden, „um den Frieden zu wahren“. Das an der Ostseite des Suezkanals stationierten fünf Divisionen könnten zur Abschreckung ausländischer Kräfte dienen. „Ich will nicht prophesieren, daß dies geschehen wird, aber Ägypten hätte das Potential, die relativ wehrlosen anderen arabischen Staaten zu schützen und den Frieden in dieser Region zu wahren.“ („FR“, 24.2.79).

Die beste Voraussetzung dazu sieht Carter in einem Friedensschluß zwischen Ägypten und Israel.

Zunächst Daß Sadat den Friedensschluß mit Israel für diese Polizeistrolche nicht braucht, hat er schon bewiesen. Schon am 21.2.79 berichtete die „Neue Zürcher Zeitung“, daß Ägypten einen bedeutenden Teil seiner im Osten stationierten Truppen an die libysche Grenze verlegt habe. Begründung: Libyen besitzt mehr sowjetische Waffen als seine Armee zur Zeit verwenden kann. Dies sei ein Glied des sowjetischen Umzingelungsversuches. Damit definiert die ägyptische Regierung die sowjetische „Bedrohung“ genau so offensiv wie die USA. Und wenn sowjetische Waffenlieferungen an Libyen schon als Expansionsbestrebungen der Sowjetunion eingestuft und auch beantwortet werden müssen (durch einen neuen Krieg gegen Libyen?), dann muß das demokratische Soudjemen, das von der Sowjetunion wirtschaftliche und militärische Hilfe erhält, gerade zu als eine Bedrohung für die arabische Halbinsel betrachtet und entsprechend behandelt werden.

Das endlose Hin und Her um die Unterzeichnung eines Friedensvertrages zwischen Israel und Ägypten sollte nicht darüber hinwegtäuschen, daß in der Praxis die Konsequenzen aus den Camp David-Abkommen längst gezogen werden. Die USA sind dabei, die ägyptische Armee in eine schlagkräftige Armee gegen die angebliche sowjetische Bedrohung im Nahen Osten und in Nordafrika umzuwandeln. Gegenwärtig werden die 500.000 Mann starken ägyptischen Truppen reorganisiert, wobei die zahlenmäßige Stärke um 150.000 Mann reduziert wird. Eine gute Gelegenheit, die ägyptische Armee weiter von fortschrittlichen Kräften zu säubern! Schwergewicht wird bei der Reorganisation der Armee auf die Bildung von Kommandotruppen und Fallschirmspringereinheiten gelegt.

Schon in den nächsten Tagen will das amerikanische Verteidigungsministerium eine Delegation hoher Offiziere und Techniker an den Nil schicken, die eine Bestandsaufnahme der derzeitigen Ausrüstung der ägyptischen Streitkräfte und des Bedarfs an Waffen und Gerät machen wollen („FR“, 24.2., „SZ“, 3.3.79). Es werde nicht die ersten und nicht die letzten amerikanischen „Berater“ in Ägypten sein. In den Geheimabkommen zu den Camp David-Abkommen war zwischen Ägypten und den USA

(die allerdings erst nach Abschluß des Friedensvertrages in Kraft treten sollten) u.a. festgelegt worden:

- Entscheidung amerikanischer Militärberater, zu n ä c h s t 15.000;
- militärischer Schutz der USA für Ägypten im Falle eines Konfliktes mit Libyen — bis hin zur Intervention;
- moderne Waffenlieferungen, für die eigene Verteidigung und um es Ägypten zu ermöglichen, „zugunsten anderer Länder der Dritten Welt (vor allem afrikanischer), die von „internationaler Subversion“ und „internationalen Kommunisten“ bedroht sind, zu intervenieren.“

Zusammenarbeit beider Geheimdienste wirtschaftlicher und finanzieller amerikanischer Hilfsprogramme („Afrikanische“, 2.10.78).

Ein großer Teil der noch nicht in Kraft getretenen „Geheimabkommen“ ist also schon gängige Praxis, wenn es darum geht, gegen fortschrittliche Kräfte und Staaten vorzugehen. Nachdem Ägypten in der Vergangenheit zugunsten des reaktionären Präsidenten Numeiri in Sudan intervenierte, Militärexperten nach Somalia und Tschad entsandte, dem zairischen Präsidenten Mobutu half, einen Aufstand gegen sein faschistisches Regime niederzuschlagen, wendet Ägypten nun Truppen gegen die Befreiungsbewegung PFLÖ in das Sultanat Oman, die die abgezogenen iranischen Truppen ersetzen sollen. Bisher sollen 7.000 ägyptische Soldaten in Oman stehen („NZZ“, 24.2.79). Iran hatte bis zu 10.000 Mann in Oman stationiert. Die britische Präsenz soll ebenfalls verstärkt worden sein („Die Neue“, 17.2.79).

Das demokratische Soudjemen soll zerschlagen werden

Das demokratische Soudjemen soll zerschlagen werden

Gleichzeitig mit den allgemeinen Interventionsdrohungen der US-Imperialisten in dieser Region setzte eine Propagandakampagne gegen die Demokratische Volksrepublik Soudjemen ein, die unmittelbar militärische Provokationen folgten. Das von Saudi-Arabien und den US-Imperialisten unterstützte nordjemenitische Regime zettelte einen Grenzkrieg gegen Soudjemen an.

Unmittelbar vor der Eskalation der militärischen Auseinandersetzung (schon seit Oktober '78, unmittelbar nach der Niederschlagung eines Aufstandes gegen die nordjemenitische Regierung, hatte es immer wieder bewaffnete Auseinandersetzungen gegeben) hatte der nordjemenitische Außenminister Anwar in der saudischen Zeitung „Al-Bihad“ gedroht, sein Land werde Schritte unternehmen, „um den sowjetischen und kubanischen Aktionen im Raum der Roten Meeres ein Ende zu setzen.“ („NZZ“, 22.2.79). Das konnte nur als direkte Drohung gegen das demokratische Soudjemen verstanden werden.

Die südjemenitischen Truppen konnten die Truppen Nordjemens sehr schnell zurückschlagen. Sehr schnell richtete sich der Überfall auf Soudjemen dann gegen die nordjemenitische Regierung selbst. Schon am dritten Tag (!) nach Beginn der Kämpfe meldete Soudjemen, daß in Nordjemens ein Aufstand begonnen hätte, getragen von der Nationalen Demokratischen Front und einigen Nordstämmen. Die Grenzstädte Katabah, Al-Beida und Harib wurden von Aufständischen besetzt. Der Gouverneur der im Osten liegenden Marab-Provinz schloß sich den Aufständischen an.

Nach Ausbruch der Kämpfe kündigten die USA an, die versprochenen Waffen für Nordjemens sofort zu schicken. Für 200 Mio. Dollar sollen Panzer- und Luftabwehrgeschütze, gepanzerte Mannschaftswagen und rückstoßfreie Gewehre geliefert werden (auch in diesem Fall soll Saudi-Arabien zahlen).

Der nordjemenitische Außenminister Asmat und ein weiterer Regierungsvertreter reisten noch während der Kämpfe nach Ägypten. Offensichtlich ging es um die Entsendung ägyptischer Truppen („SZ“, 23.79).

Auf Vermittlung Syriens und Iraks trat kurzfristig ein Waffenstillstand in Kraft, der allerdings von Seiten Nordjemens sofort wieder gebrochen wurde. Die ägyptische halbamtliche Zeitung „Al-Ahram“ nutzte die Gelegenheit zu weiterer Warnung vor einer sowjetischen Infiltration im Nahen Osten mit dem Ziel, die Erdölvorkommen in die Hand zu bekommen. Die UdSSR führe ihren Vorstoß vom sowjetischen Stützpunkt Aden aus, wobei ihr die Lage im Jemen (gemeint sind hier wohl die inneren

Widerstände Nordjemens) zugute kommen („SZ“, 23.79).

Wie offen provokativ solche „Interpretation“ ist, zeigt, daß die südjemenitische Regierung von Anfang an erklärt hatte, daß sie jederzeit bereit sei, einer Aufforderung nach Beendigung des Konfliktes mit Nordjemens zu folgen, wenn sie an beide Staaten gerichtet sei („FR“, 28.2.79), und sie hat, obwohl in der augenblicklich stärkeren Position, danach gehandelt.

Während der Kämpfe war der südjemenitische Außenminister dreimal zu Gesprächen in Saudi-Arabien, ein deutliches Zeichen, daß Soudjemen keinerlei Konfrontation mit dem saudischen Regime will. Bei der Propaganda der US-Imperialisten und der reaktionären arabischen Regimes, die Sowjetunion benutze Soudjemen für seine Vorstöße auf der arabischen Halbinsel, sollte man außerdem im Auge behalten, daß Soudjemen nur rund 1,5 Mio. Einwohner hat (Nordjemens allein hat sechs Mio.) und außerordentlich arm ist.

Auf der am 4.3. begonnenen (a. gung der Arabischen Liga (an der erstmals seit dem Jerusalem-Besuch Sadats der ägyptische Außenminister teilnahm, in trauter Eintracht mit den Staaten der Front der Standhaftigkeit und Konfrontation und der PLO) bestritt der Vertreter Soudjemens, daß die Truppen der Volksrepublik in Nordjemens einmarschiert seien, vielmehr gebe es innerhalb Nordjemens Auseinandersetzungen zwischen Milizen der Nationalen Demokratischen Front Nordjemens und Regierungstruppen.

Die gesamte reaktionäre arabische Presse, ebenso wie die reaktionäre Presse hier, vertritt die Theorie, daß die Grenzkonflikte handele es sich um einen Teil der „von Moskau betriebenen Einkreisungspolitik der Region“. „Nach der politischen Umwälzung in Iran, so heißt es u.B. in Maskat, der Hauptstadt des Sultanats Oman, werden die Sowjets versuchen, die wichtigste Ölmacht Saudi-Arabien und Kuwait sowie die Vereinigten Emirate zu unterminieren. Die sowjetische Ausgangsbasis bildet die demokratische Volksrepublik Jemen. Hier hat sich Moskau politisch und militärisch fest etabliert. Von hier aus bietet sich die Möglichkeit, revolutionäre Entwicklungen auf der Arabischen Halbinsel zu forcieren.“ („FAZ“, 1.3.79).

Entsprechend diesen Einschätzungen haben ägyptische und kuwaitische Nachrichtenagenturen denn auch die entsprechenden Mengen kubanischer Soldaten und sowjetischer Berater bei den Kämpfen gesichtet. Die Zahlen reichen bis zu 2.700 Kubaner, die von Äthiopien aus nach Soudjemen geflogen worden sind („SZ“, 9.3.79).

Fast aufs Haar genau gleichen diese Begründungen für die militärischen Aggressionen gegen Soudjemen denjenigen, mit denen China seine Aggression gegen Vietnam begründet hat.

In diesem Fall sind es die US-Imperialisten, die kein „Kuba“ im Nahen Osten dulden wollen. Sie haben auch schon begonnen, entsprechend dieser Logik zu handeln. Mit der Begründung, bei einer Gefährdung Nordjemens stünden „grundlegende nationale Interessen“ der USA auf dem Spiel, unterstützen die USA Nordjemens mit enormen Waffenlieferungen, u.a. wurde eine Staffel F-5E-Jagdflugzeuge — nebst jordanischen Piloten geliefert. Der amerikanische Flugzeugträger „Constellation“ ist auf dem Weg in den Golf, zusammen mit 100 modernsten Kampfbombern, einem Raketenkreuzer, einem Raketenzerstörer, einem Versorgungsschiff und einem Unterseeboot („SZ“, 9.3.). Der saudischen Regierung wurde wiederum — diesmal bewaffnet — eine Staffel F-15-Kampfbomber angeboten, außerdem befinden sich zwei AWACS-Aufklärungsflugzeuge im Golfraum. Die saudische Regierung hat Mobilmachung für die eigenen Truppen angeordnet.

Der Angriff auf die Demokratische Volksrepublik Soudjemen hat begonnen.

Nahost-Kommission

Die gesellschaftlichen Ursachen sehen!

Betrifft: „Heilsarmee – Nein danke“ in AK 146

Mit dem Artikel des Göttinger Genossen bin ich nicht einverstanden. Einerseits stellt der Verfasser richtig fest, daß der Genuß von Alkohol dazu dient, Hemmungen abzubauen und die weitverbreitete Unfähigkeit, miteinander zu kommunizieren, zu überwinden; außerdem führt er weitere Funktionen an wie Streßlöser, Auflockerer etc. Andererseits bezeichnet er die psychische oder physische Abhängigkeit vom Alkohol als Krankheit. Er behauptet, die Ursachen dafür seien kaum erforscht oder analysiert. Darüber hinaus meint er sogar, Alkoholismus sei ein individuelles Problem einiger Leute.

Warum wird jemand vom „Normaltrinker“ zum „Alkoholkranken“? Der Genosse führt drei Theorien an, die m.E. bürgerliche Theorien sind (Stoffwechselkrankheit, „Selbstmord auf Raten“). Sie leugnen, wie letztlich auch der Göttinger Genosse, die gesellschaftlichen Ursachen für die Trunksucht.

Alkohol ist Streßlöser. Woher kommt denn der Streß? Alkohol dient zur Überwindung der Kommunikationsunfähigkeit. Woher kommt denn diese? Warum sind Menschen resigniert und isoliert? Warum sind Heimkinder und jugendliche Arbeitslose besonders anfällig für diese „Krankheit, deren Ursachen unerforscht sind“?

Selbst wenn man die Abhängigkeit vom Stoff als Krankheit bezeichnen will, heißt das noch nicht, daß diese Krankheit nicht gesellschaftliche Ursachen hat (siehe u.a. den Krebs-Artikel im gleichen AK). Um diesen Begriff will ich mich nicht in erster Linie streiten, obwohl er geeignet ist, die wirklichen Ursachen zu verschleiern.

Alkohol ist ein Wirtschaftsfaktor. Die Kapitalisten und ihr Staat unterhalten ganze Branchen dazu und profitieren nicht unbeträchtlich von den menschenfeindlichen Lebensbedingungen, die sie geschaffen haben. Dafür, daß wir mit Hilfe von Alkohol mehr oder weniger regelmäßig die Flucht aus dieser perversen Gesellschaft ergreifen, wird mit massiven psychologischen Mitteln geworben. Letztlich werden auch alle Alternativen zu kommerziellen Kneipen bekämpft, z.B. selbstverwaltete Jugendzentren, oft sogar mit der hirnlosen Begründung „alkoholische Exzesse“.

Die Tatsache, daß wir uns besaufen, um durchzuhalten, ist nicht nur ein wirtschaftliches, sondern auch ein ideologisches Geschäft. Die Droge Alkohol hält viele Menschen davon ab, die tatsächlichen Verursacher ihres elenden Lebens zu erkennen und zu bekämpfen. Kneipen eignen sich hervorragend für die Stabilisierung der herrschenden bürgerlichen Moral. Beobachtet mal das Verhalten von Frauen und Männern, von einzelnen und Paaren in einer Kneipe, auch in einer „linken“ Kneipe!

Alkohol ermöglicht uns, offen und „locker“ zu sein. Diese Gesellschaft ermöglicht es uns nämlich nicht, so zu sein und uns zu entfalten. Um anerkannt zu werden, muß sich jeder in Betrieb, Schule, Uni, Familie, Bekanntenkreis, also im gesamten Alltag so verhalten, wie er/sie es gelernt hat. Wer von uns hat jemals gelernt, daß er/sie Gefühle zeigt, offen sein kann? Was man uns beigebracht hat, ist die Unterdrückung der eigenen Gefühle und Bedürfnisse, die bürgerliche Sexualmoral, die Rollenverteilung zwischen Frau und Mann, die Konkurrenz etc.

Dies lang und breit auszuführen, halte ich an dieser Stelle nicht für nötig. Ich wollte nur antippen, was für Zwänge es gibt, die es uns erschweren oder unmöglich machen, menschlich zu sein, miteinander zu kommunizieren, befriedigende und solidarische Beziehungen miteinander zu haben. Das ist ein Teil der konkreten Betroffenheit, die mich veranlaßt, für eine menschenwürdige Gesellschaft zu kämpfen, nicht trotz, sondern wegen meiner eigenen Kaputtheit.

Das Interesse unserer Feinde, der Imperialisten, ist es nicht nur, uns ökonomisch auszubeuten. Es ist auch das Interesse dieser Leute, unsere Menschlichkeit, unsere Kommunikation und unsere Solidarität zu zerstören. Wenn sie dies nicht schon immer getan hätten, wären sie schon längst verjagt worden.

Nach der Definition des Göttinger Genossen bin ich selbst alkoholkrank oder zumindest kurz davor. Ob dies nur mein individuelles Problem ist, sei dahingestellt. Ich glaube, nur gemeinsam können wir erreichen, daß jeder von uns unter den Bedingungen dieser Gesellschaft überleben kann, ohne von Drogen gleich welcher Art abhängig zu sein. Wenn wir das nicht schaffen, werden wir in unserem harten und langfristigen Kampf noch viele Genossen verlieren.

Hp., Gießen

Drogen in Maßen?

Aus den zu dem Thema „Drogen in der Linken“ in den letzten AK veröffentlichten Artikeln und aus meinen persönlichen Erfahrungen kann ich entnehmen, daß Drogen für viele Genossinnen und Genossen ein ernsthaftes Problem sind. Daß erst jetzt eine Auseinandersetzung damit begonnen wird, zumal aus der persönlichen Sicht der Genossen als Betroffene, ist m.E. symptomatisch für die Art, wie sich in dieser Gesellschaft mit diesem Problem auseinandergesetzt wird: Es wird nämlich weitgehendst unter den Teppich gekehrt, als „individuelles Problem“ eingestuft und damit abgetan.

Tatsächlich ist die Drogensucht hier und heute eine „Volkseuche“ von unbekanntem Ausmaß. Statistisch erfaßt wurden in den letzten Jahren lediglich Fixer, die an den unmittelbaren Folgen eines überdosierten Schusses starben. Die für die BRD und Westberlin in die Tausende gehende Zahl der an der Langzeitwirkung des Alkohols zugrundegegangenen Menschen kann nicht einmal grob geschätzt werden.

Wenn der Genosse aus Altona im AK 143 schreibt, „daß die Bourgeoisie immer Drogen benutzt hat, um die Massen still zu halten und erst dann eingreift, wenn die Menschen nicht mehr leistungsfähig genug sind, ihre Profitinteressen zu befriedigen“, so trifft er m.E. den Nagel auf den Kopf. Das bestätigt ja auch der Artikel „Alkohol und Arbeiterbewegung“ im AK 146, und das bestätigt auch Herr Heckmann, der „Drogenbeauftragte“ von Westberlin mit seinem vom Senat mit Millionen finanzierten Programm, mit dem – wie es neulich ein Mitarbeiter des Westberliner Vereins Drogenhilfe e.V. ausdrückte – lediglich die Leute aufgefangen werden können, die bereits in den Topf gefallen sind.

Es geht darum, die vom Drogenbeauftragten zwischen 5.000 und 6.000 bezifferte Anzahl „harter Abhängiger“ vor dem Tode zu bewahren, sie zu „entgiften“ und in die Gesellschaft wieder einzugliedern und darüber hinaus einen weiteren Zulauf zur „harten Szene“ zu stoppen.

Im Gegensatz zum Alkohol vollzieht sich der psychische und physische Gewöhnungsprozess bei „harten Drogen“ (Heroin, Kokain, Opium und Morphin) in Monaten, Wochen oder sogar Tagen. Entsprechend entwickelt sich der körperliche Verfall. Die Abhängigkeit vom „Stoff“ bringt es mit sich, daß der oder die Süchtige mit allen Mitteln der Geldbeschaffung – Raub, Prostitution, Zuhälterei – sich einen neuen „Druck“ zu verschaffen versucht (das wird in dem Stern-Buch „Die Kinder vom Bahnhof Zoo“ sehr realistisch beschrieben). Die Konfrontation mit der Justiz hat u.a. dazu geführt, daß

nach den offiziellen Angaben der Behörden 1978 mindestens

- 10% der 1.500 Insassen der U-Haftanstalt Moabit drogenabhängig sind;
- 20% der jugendlichen Insassen in der „Plötze“;
- 50% der 130 Frauen in der Lehrter Straße und
- 10% der 16.000 Männer in Tegel.

Das sind Mindestzahlen (!) aus dem „Neuen Rundbrief“ (4/1978) der Senatoria für Familie, Jugend und Sport in Westberlin.

Süchtige sind Kostenfaktoren, die, aus dem gesellschaftlichen Reproduktionsprozess vorzeitig herausgefallen, der Justiz, sowie den Kranken- und Rentenversicherungsträgern „zur Last“ fallen: Neben dem Aufenthalt im Knast müssen noch weitere 13.000 bis 60.000 DM für eine Therapie pro Person hingebilligt werden.

Kapitalisten und Staat haben natürlich nichts gegen einen gesteigerten Konsum „legaler“ Drogen – „in Maßen“ natürlich – einzuwenden, sofern das Rentenalter ohne größeren Schaden erreicht wird.

Schnaps, Bier, Zigaretten und Pillen in allen Variationen; die „Genußmittel“-Industrie, der Staat und die Pharmahersteller sacken dabei ein! Wo, wie in dieser kapitalistischen Gesellschaft Bedürfnisse bei Menschen künstlich erzeugt werden, um die Profite der Herrschenden weiter hochzuschrauben, kann es m.E. keinen „verantwortungsvollen Umgang“ mit Drogen geben, zumal uns die Funktion allzu klar ist.

Es geht dabei gar nicht um „Heilsarmee“ oder nicht – es geht darum, daß wir als Kommunisten Drogen benutzen und das bisher in größerem oder kleinerem Maß unreflektiert getan haben; zumindest als eine Sache, die mit unserem politischen Verständnis nichts zu tun hat, begriffen haben. Und es geht darum, daß sich bei einigen Genossen eine Abhängigkeit entwickelt oder vielleicht schon entwickelt hat – daß sie damit „massive Probleme haben“ – wie es eben aus den Briefen deutlich wird.

Zum ersten: Drogen sind Mittel, mit denen wir künstlich unser Bewußtsein beeinflussen. Es gab eine Zeit, wo die Ideologie der „Bewußtseinsweiterung durch Drogen“ eine ziemlich starke Verbreitung gefunden hatte – besonders unter uns „Linken“. Das ist inzwischen eine Weile her, und wir wissen besser! Heute geht es bei Drogen ausschließlich um Bewußtseinsreduzierung, -einkengung, Verdrängung und um die scheinbare „Lösung“ von Konflikten. Ich will nicht von den paar Leuten reden, die Alkohol in der einen oder anderen Form „genießen“ – schließlich mußten wir uns alle in unserer Jugend oft qualvoll an das Zeug gewöhnen, denn der menschliche Kör-

per verfügt über einen natürlichen Abwehrmechanismus, der uns normalerweise schon beim Geruch von Alkohol die Kehle zuschnürt.

Wer säuft, verdrängt! Daran können wir kein Interesse haben, ganz im Gegenteil. Es kommt auf unser eigenes Verhalten an, mit dem wir auch auf dieser Ebene zeigen, daß Konflikte durch Alkohol, Tabletten oder Shit nicht lösbar sind, sondern letztlich nur durch politisches Handeln, d.h. durch Bekämpfung der konkreten Ursachen.

Zum Zweiten: Den Freunden und Freundinnen, mit denen wir auch in der politischen Arbeit zu tun haben, können wir ein Stück weit durch unsere konkrete Ablehnung solcher „Lösungsmittel“ helfen, unabhängig von einer Therapie in dafür geeigneten Gruppen. Der Anblick einer Droge ist auch für einen ehemaligen Abhängigen, der schon Jahre „clean“ ist, eine außerordentliche Versuchung. Wieviel schlimmer muß es für einen Mann oder eine Frau sein, die „runter will“.

Das betrifft im übrigen auch das Rauchen (!), und ich weiß, daß ich damit im KB einen besonders wunden Punkt anspitze. Ich habe wirklich auf keiner Veranstaltung, auf der Arbeit oder im privaten Kreis soviel Ignoranz erlebt wie von den (anleitenden) KB-Rauchern gegenüber dem nichtrauchenden KB-Fußvolk.

Gen. aus Westberlin

Friedrich Engels zur Alkoholfrage

„...zweiterlei verbietet uns Herr Dühring: erstens, die Unsauberkeiten mit dem Tabak“, und zweitens, Getränke und Nahrungsmittel, welche widerwärtig erregende oder überhaupt für die feinere Empfindung verwerfliche Eigenschaften haben.“ ... wir sind also zu dem Schluß gezwungen, daß sein Verbot sich bloß auf Wein und Bier erstreckt. Er verbietet nun auch noch das Fleisch, und dann hat er die Wirklichkeitsphilosophie – auf der Höhe der puren Klugheit! (Friedrich Engels: Der Anti-Dühring. Verlag für fremdsprachige Literatur, Peking, S. 153/54; Hervorhebungen von mir).

Ein Genosse aus dem Raum Hamburg

„Das hab ich alles fest im Griff...“

Im folgenden wollen wir zwei Beiträge zum Drogenproblem zur Diskussion stellen.

Zuvor jedoch einige Anmerkungen. Leider ist die Diskussion um Alkohol, Drogen etc. nicht recht in Gang gekommen. Trotz diverser, teilweise sehr persönlicher Leserbriefe, die sicher nicht nur Einzelfälle schilderten. Es scheint so, daß diese Frage eher als individuelles, alltägliches „Problemchen“ gesehen wird, mit dem man sich halt rumschlagen muß oder nicht, und daß man es, wie in einem der letzten Leserbriefe zum Ausdruck kam, eben „fest im Griff“ hat.

Für andere liegt hier gar kein überdenkenswertes, real existierendes Problem vor, das knallharte gesellschaftliche und zwischenmenschliche Ursachen hat. Es gibt sogar solche Standpunkte, daß Alkohol Ausdruck von Männlichkeit sei oder zu einem Linken eben dazu gehöre usw.

Es geht uns nicht darum, einem Alkohol- und Drogenverbot als Klassenjustiz das Wort zu reden – der legale Handel mit Shit zum Beispiel würde manchem Dealer, der aus Profitgier geklinkte Mixturen verkauft, die Sache erschweren. Es geht auch nicht darum, eine rigide Rauchverbotsdiskussion anzuzetteln, die die gesellschaftlichen Ursachen des Rauchens und die Abhängigkeiten v o l l k o m m e n außer Acht läßt, ohne nach einer sinnvollen Lösung zu suchen.

Es geht erstmal darum, die klassenspezifische Funktion von Alkohol und anderen Rauschmitteln zu erkennen (Darunter verstehen wir im weitesten Sinn alles, was die Arbeiterklasse von ihrem Kampf ablenken will. Neben Alkohol, Shit etc. gehören dazu auch

ideologische Drogen wie z.B. die Religionen, Konsumideologie, Kleinfamilienidylle u.a.). AB dies muß als eine und zwar sehr erfolgreiche Waffe im Kampf gegen das Proletariat gesehen werden. Zudem zieht die Bourgeoisie sichere Profite daraus, und zwar solange, bis ihr als herrschender Klasse der Garaus gemacht wird. Welcher Droge die Bourgeoisie gelegentlich den Vorzug gibt, ob einer oder mehreren, ob sie legalisiert oder verboten, was sie „in Mode“ bringt oder fallen läßt, das sind keine Zufälligkeiten, sondern das ist taktisches und kommerzielles Kalkül.

Gut ist für die Bourgeoisie, was abhängig macht, von den Klasseninteressen ablenkt, aber andererseits die Arbeitskraft des Arbeiters nur nach Bedarf zerstört. Wird der Unmut der Arbeiter gegen Ausbeutung und Unterdrückung zu groß, dann werden halt Veptile geschaffen in Form von materiellen und ideologischen Drogen. Einen Reibach macht die Bourgeoisie allemal damit. Im Falle des zweitgrößten Dealers, der Pharma-Industrie, kann der „Stoff“ sogar noch mit dem Mantelchen der Sozialleistung verkauft werden.

Verbote und Einschränkungen (z.B. extrem hohe Besteuerung, Alkoholverbot am Arbeitsplatz u.a.) greifen dort, wo der Schaden (im Sinne der Bourgeoisie: frühe Arbeitsunfähigkeit, höhere Kosten der Krankenversorgung etc.) den Nutzen (die Vernebelung der Köpfe) übersteigt. Besonders Bedeutung mißt die Bourgeoisie dabei im Augenblick der angeblich steigenden Drogenabhängigkeit von Kindern und Jugendli-

Fortsetzung nächste Seite



(aus: „Wir Kinder am Bahnhof Zoo“.

„Stern“-Buch Seite 65

Was uns als Pädagogen überraschte, die wir zur Zeit der Studentenbewegung den Gebrauch sogenannter weicher Drogen hauptsächlich unter dem Aspekt ihrer bewußtseinsmäßiger in Gropiusstadt eine Szene für harte Drogen entstand. Innerhalb weniger Monate waren 30-50 Jugendliche aus unserem Einzugsbereich auf Heroin umgestiegen. Unsern Studenten und nicht mit dis-
fährlichkeit des Dr
die Jugendlichen
und als Einz

Profit mit Shit

In Frankfurt gibt es ein Werbeblatt, „Blitz-Tip“, das einmal wöchentlich kostenlos verteilt wird. Am 4.1.1979 erschien dort ein sehr interessanter Artikel unter der Überschrift: „Joint für jedermann, schon patentrechtlich geschützt!“. Anlaß war ein Vorfall in der Frankfurter Drogenszene, der von der Presse, allen voran „Bild“, weidlich ausgeschlachtet wurde. „Der Vampyr von Frankfurt, ein Rasputin-Typ“, der angeblich das Blut junger Mädchen trinken würde, machte Schlagzeilen.

Auch im „Blitz-Tip“ konnte man lesen: „Dieser geradezu unglaubliche Fall ist schauerlicher Glanzlicht der menschlichen Drogenszene“. Allerdings begnügte sich der Verfasser nicht nur mit der Schilderung, wohnen der Drogenkonsum führen könne, wenn Eltern mit schlechtem Beispiel („Alkoholgenuß, Tablettensucht“) vorgehen würden, sondern er weist auf eine interessante Entwicklung der Drogenpolitik in Holland hin.

Schon heute kann dort jeder bis zu 30 Gramm Hasch bei sich tragen, ohne strafrechtlich verfolgt zu werden. Man erhält den Shit in fast allen

Fortsetzung von Seite 57

chen bel. Hier reagiert der Polizeistaat, begleitet von einer ideologischen Kampagne gegen die „verkommenen Jugend“. D.h. die Einrichtung von Sonderkommandos, „Jugendpolizei“, Bau von Drogenkisten, geschlossenen Heimen und sonstigen Zwangsanstalten bei gleichzeitiger Schließung von Einrichtungen, die der Drogenabhängigkeit an die Wurzel gehen wollen.

Von dem aufwendigen Anti-Drogen-Programm des Westberliner Senats für 1978 in Höhe von 8,5 Mio. DM erhielten die erfolgreichen alternativen Therapiegruppen sage und schreibe 500.000 DM. Alleine vier Millionen DM wurden zum Ausbau des polizeilichen und künischen Apparates benutzt. Die ideologische Argumentation liegt z.B. darin, die durch „linke Experimente“ (antiautoritäre Erziehung, Zerstörung der Familie, Emanzipation der Frau usw.) auf die „Droge“ gekommene, „verweichlichte“ Jugend wieder härter anzupacken. Dabei sind alkohol- und drogenabhängige Jugendliche und besonders Kinder natürlich eine willkommene Begründung.

Wenn also jemand das Problem der Drogen „im Griff hat“, ist es, was deren Nutzung für ihre Zwecke angeht, zunächst die Bourgeoisie.

Entsprechend geht es in der Diskussion in der Linken darum, ob man mit der „Hab ich im Griff“-Parole der grundsätzlichen Auseinandersetzung mit der Funktion von Drogen im Kapitalismus aus dem Weg geht, oder ob man Drogen als Problemlösung bzw. Mittel der Vernebelung des Kopfes vom Klassenstandpunkt aus entschieden ablehnt und nach anderen Lösungen für diese Probleme sucht.

Dazu gehört, die menschlichen und politischen Probleme nicht zu verdrängen oder im Bier zu ertränken und politischen Problemen nicht zu verdrängen oder im Bier zu ertränken, sondern die solidarische Auseinandersetzung zu suchen, Hilfe anzubieten bzw. sich einzumischen, wenn man/frau sieht, daß jemand nicht klar kommt (Gemeint sind damit keine Selbsthilfegruppen oder das Wühlen im privaten persönlichen Bereich anstelle einer politischen Auseinandersetzung).

Zu dem Artikel „Profit mit Shit“ scheinen uns noch kurze Anmerkungen notwendig:

Durch die überzogene Darstellung des „holländischen Modells“ wird man das Gefühl nicht los, daß die Genossen den täglichen Joint gar nicht so ablehnend gegenüberstehen, im Sinne: „Ich hab's ja politisch im Kopf“.

Dazu ist zu sagen: Der Eindruck vom öffentlichen Klima in Holland, wie er hier etwas euphorisch vermittelt wird, mag zur Zeit der „Provo“ und „Klabauters“ um die Jahre 68-72 richtig gewesen sein.

Shit ist jedoch nicht legalisiert in Holland und es gibt gegenwärtig auch keine Diskussion in dieser Richtung. Es ist eher so, daß die Behörden mit Heroin nicht fertig werden, und von daher staatliche Maßnahmen gegen Shit einfach hintenrunterfallen.

Es handelt sich also keineswegs um ein fortschrittliches Therapiekonzept, wie man meinen könnte. Es stimmt zwar, daß Preise für Shit im Rundfunk durchgesetzt wurden, um die Preise in angemessenen Relationen zu halten, allerdings keineswegs täglich. Das ganze war ein Modellversuch eines sozialdemokratischen Rundfunksenders, wie uns holländische Genossen auf Nachfrage berichteten. Dieser Versuch wurde ungefähr von 1970 bis 1978 durchgeführt und dann wegen nicht festzustellender Erfolge eingestellt. Die Meldungen kamen einmal in der Woche samstags auf einem 3. Programm.

Kinderkommission
KB/Gruppe Hamburg

Jugendhäusern. Im Rundfunk werden täglich die Preise von Hasch und Marihuana durchgegeben, um diese auf dem Schwarzmarkt zu drücken. Spezielle, vom Staat kontrollierte Hausdeiler sollen Preis und Qualität der Ware stabil halten. Eine neue Entwicklung wird dahin führen, Shit zu legalisieren, um „scheinbar“ gefährdete Jugendliche von stärkeren Drogen wie Opium, Heroin, LSD fernzuhalten.

Dahinter stecken jedoch handfeste, wirtschaftliche Interessen der Tabakgroßkonzerne. Die Kapitalisten haben sich in Holland wie auch in Amerika auf das Jahrhundertgeschäft „Shit per Zigarettenautomat“ gut vorbereitet.

In unserem Nachbarland sind schon die Markennamen „Joint Master“ und „Sticky“ (holl. Name für Joint) patentrechtlich angemeldet. In den USA rechnen die Großkonzerne mit einer Konsumentenanzahl zwischen 20 und 35 Millionen!

Ein Fragebogen am Ende des „Blitz-Tip“-Artikels sollte die Meinung von Lesern einholen, ob sie auch für die Legalisierung von Shit sind. Diese Umfrage („Marktforschung“) sollte in Erfahrung bringen, ob sich Haschisch per Zigarettenautomat auch hier für das Kapital lohnt.

Das Ergebnis, welches in der nächsten Ausgabe des „Blitz-Tip“ vom 11.1.79 veröffentlicht wurde, ergab: „Die Hälfte dafür, die Hälfte dagegen“.

Wir stimmen mit dem Verfasser in soweit überein, daß ein Verbot von Hasch und Marihuana nur einen schwarzen Markt hervorbringt, der von Verbrechenyndikanten beherrscht wird, und den Konsumenten an den Rand der Kriminalität drängt. Diesen gewissenlosen Dealern muß der Markt entzogen werden!

Mit dem Lösungsvorschlag „Modell Holland“ (siehe weiter unten) stimmen wir nicht überein.

Auch in der „Blitz-Tip“-Debatte kam wie so oft der Einwand – vorgebracht von dem Schriftführer der „Bürgerhilfe Zuflucht“ (bürgerlicher Hilfsverein in Frankfurt) – die Legalisierung fördere den Umsatz auf härtere Drogen. „Ganz abgesehen von der Wirkung von Haschisch, es genügt dem Dauerkonsumenten nur für die erste Zeit. Dann lockt das Heroin. Wollen Sie das, dann sagen Sie das deutlicher“ („Blitz-Tip“, 11.1.). Auf diese plumpe Polemik können wir nur die Argumentation des „Blitz-Tip“-Redakteurs unterstützen, denn in vielen orientalischen Ländern ist der Gebrauch von Haschisch ganz normal. Die Bauern in Afghanistan rauchen es auf offener Straße, und das stört keinen. Hat man schon jemals etwas von Millionen wuchtfähiger Linder, Araber oder Perser gehört?

Solche Moralapostel sollen sich ernsthaft überlegen, warum es Millionen alkohol- und tablettenabhängiger Bürger gibt. Sie sind das Produkt der kapitalistischen Gesellschaft, etwa einer Pharmaindustrie, die wohl mehr echt Drogensüchtige (Valium, Mantax) in ihren unbarmherzigen Krallen hält, als es durch Hasch jemals der Fall sein kann.

Wir widersprechen dem Verfasser aber ganz entschieden, daß eine „Resignation“ von Eltern, Schule und Staat für das Drogenproblem verant-

wortlich sei. Das ganze kapitalistische System treibt gerade die Jugend in eine aussichtslose Situation. Viele von uns sind dem Leistungsdruck, der Angst um eine Arbeitsstelle nicht mehr gewachsen. Die systematische Vergeßensweise des Kapitals, die unsere Lebensgrundlage und Zukunft durch Rationalisierung, Jugendarbeitslosigkeit, N.C. ohne Rücksicht auf unsere Umwelt zerstört, um uns in den kapitalistischen Produktionsprozeß einzugliedern, macht uns fertig. Das „Elbogenverhalten“ wird im Elternhaus, in der Schule, am Arbeitsplatz gepredigt und von denen, die sich angepaßt haben, auch ausgeführt. Hinzu kommt noch die Zersplitterung der Linken nach '68; das Solidaritätsgefühl untereinander und gegenüber den unterdrückten Völkern (siehe Iran) hat erheblich abgenommen. Dies hat uns noch anfälliger für die Angriffe des Kapitals gemacht. Viele von uns haben resigniert, sich auf einen individuellen Trip zurückgezogen, glauben durch Anderssein als die Bourgeoisie, z.B. durch übermäßigen Drogenkonsum, schon genug Protest zu äußern. Dies ist jedoch eine gefährliche Einstellung, denn durch die Flucht in eine Scheinrealität ist man unfähig, Kritik zu äußern, seine Situation zu verbessern. Sie bleibt so beschlossen wie ja zuvor. Es geht nicht darum, das Kiffen zu verteidigen, sondern um den täglichen Joint, der zu einer Lebensphilosophie gemacht wird. Man vergißt dann sehr schnell seinen politischen Anspruch, eine „Leck mich am Arsch“-Haltung macht sich breit, die uns nur schadet und dem Kapital nützt.

Die Überlegung, Hasch zu legalisieren, ist als ein neuer Schachzug des Kapitals gegen uns zu bewerten. Ein Staat, der unsere Interessen sonst so massiv unterdrückt, der mit Bulleinsätzen jede Demonstration niederknüpft, Kapitalisten, die die Arbeitsplätze wegkürzeln, spielen sich plötzlich als soziale Helfer auf. Hier geht es nicht darum, etwa das Drogenproblem zu beseitigen, sondern es geht darum, den Großkonzernen noch mehr Profit zu zusichern. Genau wie beim Geschäft mit dem Alkohol ist der Staat auf die Steuern, das Kapital auf den Profit scharf.

Außerdem wird denjenigen, denen es wirklich dreckig geht, den Fixern, damit in keiner Weise geholfen. Die staatliche Kontrolle des Shits ist nur ein anderer Weg, uns in den kapitalistischen Produktionsprozeß einzugliedern. Illusionen in diesen Staat sollen so geschürt werden. Die einzige Möglichkeit, sich dagegen zur Wehr zu setzen, ist eine größere Solidarität unter uns, gegen die Repression des Kapitalismus.

Für uns muß es zum einen wichtig sein, mehr persönliches Interesse an unseren Genossinnen zu zeigen und ihnen bei der Bewältigung ihrer Probleme zu helfen. Zum anderen müssen wir mehr Solidarität aufbringen in praktischen Aktionen gegen das Kapital. Nur so können wir unsere Situation verändern. Nicht die Droge löst unsere Probleme, sondern gemeinsame Aktionen gegen den Staat.

„Es gibt nichts Gutes, außer man tut es!“

Eine Gruppe von KB-Sympathisanten
Frankfurt

Leserbrief

Auf die in der „Blitz-Tip“-Umfrage (u. Artikel „Profit mit Shit“) gestellten Fragen habe ich mir die folgenden Antworten überlegt.

Frage 1: „Sind Sie für den staatlich sanktionierten Genuß von Haschisch?“

a) Vorteile:
Industrieaschisch wird wahrscheinlich billiger sein als bisher, bei gleichbleibender Qualität.

b) Nachteile:
Dagegen spricht vor allem das Argument, wenn es nützt. Es nützt nur den großen Tabakkonzernen, die jetzt schon in Erwartung größerer Profits auf der Lauer liegen, auch wenn sie das abstreiten.

Wenn man alle Argumente abwägt, kommt man zu dem Schluß, daß Industrieaschisch zu rauchen etwas schizophoren ist. Will man sich doch einerseits mit dem Haschischgenuß von dieser beschissenen Gesellschaft entfernen und damit auch einen Protest ausdrücken, aber andererseits nützt man nur den Großkonzernen. Diese werden durch den Kauf ihres Produkts gestärkt und unterdrücken uns dann weiter. So entsteht ein Teufelskreis.

zur „Blitz-Tip“-Umfrage

Frage 2: „Glauben Sie, daß mit der Legalisierung von Haschisch der Umsatz auf Heroin eingeengt werden kann?“

Diese Frage geht am Problem vorbei. Wenn man bedenkt, woran der Haschisch-, Heroin- und Alkoholkonsum liegt, kommt man schnell auf die Antwort. Nur wenige fangen aus Neugier mit Saufen oder Fixen an; bei den meisten liegt es daran, daß sie Probleme haben, z.B. keine Lehrstelle und danach kein Arbeitsplatz, Unterdrückung durch Eltern und Chef, Streß, Ungewißheit vor der Zukunft und wenn man darüber nachdenkt, was das alles für einen Sinn hat. Durch diese Perspektivlosigkeit fängt man mit dem Fixen an. Um dieses Problem zu beseitigen, sollte man es an der Wurzel packen, indem wir diese Gesellschaft verändern und unsere Lage verbessern. Aufklärungsschriften und die Legalisierung von Haschisch sind keine wirkliche Problembeseitigung. Es wird damit nur versucht, die Jugendlichen über ihre miserable Situation hinwegzutäuschen. Fixer sind keine Opfer ihrer Neugier, sondern Opfer

Buchbesprechung

„Fix und fertig“

Peer lebt als Sohn von Flüchtlingen in einer konservativen Kleinstadt. Die Eltern genießen das neiderfüllte Ansehen der Nachbarn, sie haben sich durch Fleiß und Strebbarkeit ein eigenes Haus erarbeitet; der Sohn ist Musterschüler auf dem Gymnasium. Der Sohn erhält sämtliche materielle Zuwendungen, „er soll es einmal besser haben“. Als Gegenleistung wird Dankbarkeit und Anpassung erwartet. Er fühlt sich isoliert und unverstanden. Der Einzige, der auch emotional zu ihm hält, der versucht seine Probleme zu verstehen, ist Bolle, ein schwuler Lehrer.

Durch Zufall entdeckt P. die Wirkung von Tabletten. Sie helfen ihm, sich ungehemmt zu verhalten, seine Kontaktschwierigkeiten zu überwinden. Später wird er abhängig von Tabletten, Alkohol und Haschisch. Der Einzige, der es merkt, ist Bolle. Über Beziehungen arrangiert er einen Sanatoriumsaufenthalt, ohne daß Eltern, Schule und Freundin die wahren Gründe erfahren. Der Aufenthalt in der Anstalt macht Peer jedoch psychisch völlig kaputt. Er hat dort Fixer kennengelernt und hängt nach kurzer Zeit an der Spritze und führt ein Doppelleben. Er startet den Versuch, seiner Freundin Vertrauen entgegenzubringen. Er erzählt von der Beziehung zu Bolle und daß er Tabletten genommen hat. Das Mädchen reagiert mit totalem Unverständnis und Vorwürfen. Sie sieht in B. ein pervernes Schwein, sie will ihn fertig machen und denunzieren. Peer trifft sich nicht mehr mit ihr, die Eltern haken nach, da sie in ihm den idealen Schwiegersohn sehen.

Peer braucht immer mehr Stoff. Er spürt keine schönen Träume mehr. Er fixt, um schlafen zu können und um keine Schmerzen zu haben. Er ist körperlich am Ende, alle Gedanken kreisen nur noch darum, Stoff zu organisieren.

Die Menschen, die vorgeben, ihn zu lieben, tun dies in seinen Augen nur aus Eigennutz. Sie lieben ihn, um ihrem Leben einen Sinn zu geben. Sein Zustand läßt sich nicht mehr vertuschen. Bolle, der verständigt die Eltern. P. macht abermals einen Entzug, bekommt einen Studienplatz, lernt neue Leute kennen, verschluckt lange Zeit, durch Alkohol den Wunsch nach der Spritze zu verdrängen. Er wird rückfällig, liegt in der Gasse. Die Beteiligten sind ratlos, die Eltern resigniert. Sie vermitteln Peer, daß durch sein Verhalten ihr eigenes Leben keinen Sinn mehr habe. Dem Vater fällt als letzter Ausweg die Bundeswehr ein, dort würde er vielleicht auf andere Gedanken kommen. Er befolgt diesen Rat. Beim Bund greift er immer öfter nach Alkohol und Heroin. Mit Gelbucht wird er schließlich ins Lazarett eingeliefert. Er sieht dies als seine letzte Chance, er will nicht mehr vor sich selber weglaufen. Nicht vor die Leber soll es gehen. Nicht nur die Leber soll gesund werden. „Ich versuche erst einmal, deutlich und lange genug krank zu sein.“

Das Buch liefert in erster Linie die Zustandsbeschreibung eines Drogenabhängigen.

Der gesellschaftliche Hintergrund, in diesem Fall das Leben in einer Kleinstadt mit all ihren kleinbürgerlichen Normen und Wertvorstellungen, das Streben nach Leistung, materiellen Gütern, Anerkennung durch die Nachbarn als Lebensinhalt. Die Unzufriedenheit über diese Art von Le-



ben als Ursache für die Flucht in die Droge kommt lediglich in verschachtelten Gedankengängen Peers zum Ausdruck und läßt Interpretationen des Lesers offen. Lebenswert ist das Buch auch, weil es hautnah die Brutalität der Drogenszene, den Weg zur Kriminalität, das Ausgeliefertsein eines Abhängigen beschreibt.

Im Anhang wird berichtet, daß der Betroffene es geschafft hat, Er betreut Fürsorgezöglinge und arbeitet in politischen Gruppen mit. Eine mögliche Konsequenz ist (im letzten Satz des Buches enthalten): Die Aufforderung, über sich selber nachzudenken.

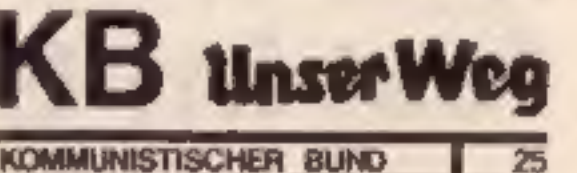
Das Buch „Fix und fertig“ von Wolfgang Gabel erschien im Beltz & Gelberg Verlag und kostet 14,80 DM.

Kinderkommission
KB/Gruppe Hamburg

Erschienen bei J. Roents-Verlag:



– Zur „Debatte“ weitere Stellungnahmen u.a. 48 Seiten DM 4,-



**1 KB-Kongreß
für 1979
beschlossen**

Bericht und Dokumente des Kongresses
im Dezember 1979

40 Seiten, DM 3,-



24 Seiten, DM 2,-

Ein 15-jähriger Genosse aus
Frankfurt

Warum die DKP ein unkritisches Verhältnis zur Sowjetunion hat

Daß die DKP ein total unkritisches Verhältnis zum „real existierenden Sozialismus“, insbesondere DDR und Sowjetunion, hat, wird auch von DKP'ern zunehmend als Klotz am Bein empfunden.

Die „UZ“ vom 7.3.79 befaßt sich daher sehr ausführlich mit der Forderung nach „kritischer Solidarität“ gegenüber der Sowjetunion und der KPdSU. Persönlich bemüht hat sich Willi Gerns, Mitglied des DKP-Präsidiums und wortgewandter ideologischer Ausputzer für „Bauchschmerzen“ in der DKP-Gemeinde.

Gerns stellt zunächst noch einmal fest, was ohnehin niemand bezweifeln wird: Das Verhältnis der DKP zur Sowjetunion und zur KPdSU sei „nicht durch kritische, sondern durch prinzipielle Solidarität bestimmt“.

Gerns erläutert sodann die Frage der „prinzipiellen Solidarität“. Das bedeutet, „daß jede kommunistische Partei ihre Politik selbständig entwickelt“, wobei sie natürlich – aber das schreibt Gerns nicht – peinlich genau darauf achten muß, daß sich die von ihr „selbständig entwickelte“ Politik genau in Übereinstimmung mit den von der KPdSU „entwickelten“ Vorstellungen befindet.

Gerns fährt fort: „Dazu gehört, daß jede kommunistische Partei die Erfolge und Mißerfolge ihrer eigenen Arbeit kritisch und selbstkritisch untersuchen muß und aus der konkreten Kenntnis der Situation im eigenen Land am besten in der Lage ist, die notwendigen Lehren und Schlußfolgerungen zu ziehen“.

Es leuchtet also ein, daß Kritik der DKP an Praktiken des „realen Sozialismus“ – und wäre die Kritik auch noch so winzig – von vornherein vermessene wäre, weil die KPdSU bzw. SED usw. selbstverständlich am besten wissen, was für ihr Land gut ist und not tut.

Auch hier hat Gerns etwas vergessen: Eine so große Partei wie die KPdSU mit einer so weitverbreiteten Verantwortung für Frieden, Entspannung etc. pp. trifft natürlich nicht nur Entscheidungen für das eigene Land. Richtig hätte Gerns also schreiben müssen: Die KPdSU weiß aus der konkreten Kenntnis der Situation in der Welt am besten, was in der internationalen Politik richtig ist.

Gerns scheint zu vermuten, daß die Kraft seiner bis hierhin entwickelten Argumente („Die KPdSU weiß schon, was sie tut ...“) noch nicht alle „Bauchschmerzen“ in den eigenen Reihen beseitigt haben könnte. Daher fügt er noch ein außerordentlich gewinnendes Argument hinzu: „Übrigens bewegen natürlich auch die Bürger der Sowjetunion, die Mitglieder der KPdSU Fragen zur Politik der DKP, z.B. die, warum der Masseneinfluß der DKP noch verhältnismäßig gering ist, warum unsere Erfolge bei Wahlen noch so bescheiden sind“. Man möchte doch auch nicht, so macht Gerns dann deutlich, daß die KPdSU solche Dinge kritisch hinterfragt, statt sich auf das Zitieren des üblichen Gewäsch in den offiziellen „Partei-Dokumenten“ der DKP zu beschränken. „Stell dir keine dummen Fragen“, dann stell ich dir keine dummen Fragen“, lautet die von Gerns verkündete Devise. Er nennt das in einem Anflug schwarzen Humors: „Proletarischer Internationalismus“! Lenin soll darüber in seinem Mausoleum so laut gelacht haben, daß man es bis nach draußen auf dem Roten Platz hören konnte.

Zum Stand der Vorbereitungen auf den 1. Kongreß des KB

Zu Pfingsten (2. bis 4. Juni) soll der 1. Kongreß des KB stattfinden. Um diesen 1. Kongreß vorzubereiten, hatte im Dezember 1979 ein „Vor-Kongreß“ mit rund 400 Delegierten stattgefunden.

Seither sind die weiteren Kongreß-Vorbereitungen etwas hinter dem Zeitplan in Verzug geraten. Zwar konnte noch im Januar der erste Teil der Dokumentation über den Vor-Kongreß fertiggestellt und publiziert werden. Dieser Teil enthält insbesondere die auf dem Vor-Kongreß vorgelegten Arbeitspapiere, Resolutionsentwürfe u.ä.

Verzögert hat sich jedoch das Erscheinen des zweiten Teils der Dokumentation, der die Rechenschaftsberichte von LO und ZRK enthalten wird. Diese Verzögerung hat technische Gründe: Die ziemlich langen Reden mußten zunächst von den Tonbändern abgetippt und anschließend – was sich als sehr aufwendige Arbeit erwies – redaktionell überarbeitet werden. Dieser Teil der Dokumentation soll nunmehr in aller nächster Zeit – jedenfalls noch im März – publiziert werden.

Nur zögernd ist bisher auch die Diskussion über die bereits gedruckten vorliegenden Papiere angegangen. Nur zu den Themen Antifa und Internationalismus kamen umfangreiche Stellungnahmen, Änderungsvorschläge, Alternativvorschläge u.ä. Diese Papiere werden in einer dritten Broschüre zusammengefaßt werden, die der zweiten sehr rasch nachfolgen soll.

Es scheint so, als ob nach dem Vor-Kongreß, der zumindest bei der Mehrzahl der Teilnehmer eine spürbare Begeisterung ausgelöst hatte, weiterhin wieder der organisatorische Alltag die Oberhand gegenüber der Kongreß-Vorbereitung gewonnen hat. Es sollte, wenn demnächst die Broschüren 2 und 3 zum Kongreß vorliegen, die Diskussion unbedingt intensiviert werden, um die verbleibenden gut zwei Monate bis zum 1. Kongreß des KB zu nutzen.

Bisher liegen schon einige Reaktionen auf die Ankündigung unseres Kongresses vor: Die trotzkistische GIM, die KPD/ML und die schwer zu definierende MRI (Marxisten-Reichsten) haben mitgeteilt, daß sie unsere Einladung an die linke Öffentlichkeit, Beobachter zu unserem Kongreß zu schicken, wahrnehmen wollen.

Die GIM scheint sogar sehr intensiv in die Kongreß-Vorbereitung einsteigen zu wollen: Nach einer ersten Berichterstattung im Januar hat die „was tun“, Wochenzeitung der GIM, in der Ausgabe vom 15.3. eine programmatische Auseinandersetzung mit dem KB eingeleitet, die – laut Ankündigung – fortgeführt werden soll. (Wir werden die Beiträge der GIM in unsere Kongreß-Materialien aufnehmen.)

Wenn die GIM es sich auch noch abgewöhnen könnte, sich bei ihren Stellungnahmen zum KB wie ein stolzer Vater aufzuführen, der die ersten Schritten seines Kindes beobachtet, kann vielleicht eine ganz interessante Diskussion zustande kommen.

Zu erwähnen ist noch, daß auch „Die Neue“ (ehemals „Extradiens“) vom bevorstehenden KB-Kongreß Notiz genommen hat – kurz zwar, aber betont sachlich.

Die Organisationen der Linken, über die drei erwähnten hinaus, bleiben eingeladen, gleichfalls Beobachter zum 1. Kongreß des KB zu schicken.

Die Ortszelle Wedel regt an, im Hinblick auf den KB-Kongreß zu Pfingsten den Artikel „Autonome Frauenstruktur innerhalb von Movimiento Comunista“ aus dem letzten ARBEITERKAMPF im gesamten KB zu diskutieren.

Von einzelnen Genossinnen wurde die Position vertreten, dieses Statut für den KOMMUNISTISCHEN BUND zu übernehmen.



Spendenliste

Wie üblich veröffentlichen wir hier die laufenden, in den letzten Wochen eingegangenen Spenden für ausländische revolutionäre Organisationen. Diese Veröffentlichung schließt an diejenige im ARBEITERKAMPF Nr. 132 an. Wir sind grundsätzlich bereit, Geld und Sachspenden an alle revolutionären Organisationen, Institutionen und Staaten auf der Welt zu überweisen bzw. zu überbringen. Dasselbe gilt für Projekte, die dem Aufbau des Sozialismus sowie dem Kampf der Arbeiterklassen und fortschrittlichen Bewegungen dienen. Die regelmäßige Veröffentlichung der eingegangenen Spenden soll der Kontrolle der Spender und Empfänger dienen. Wir werden alle Spenden ohne Abzug weiterleiten.

Wir bitten alle Spender bei Überweisungen deutlich sichtbar den Empfänger zu vermerken; ebenfalls den Absender, damit wir den Spendeneingang quittieren können.

Unser Spendenkonto: H.Eckhoff, Kto. Nr. 4501 765 Dresdner Bank, Hamburg.

Eingänge auf unser Verlagskonto werden wir entsprechend weiterleiten.

Für ein Schulprojekt in Eritrea

| | |
|-------------------------------------------------------------------|----------|
| W.P., Elmhorn | 1.000,00 |
| AK-Leser aus London | 20,00 |
| U., BO Bergedorf/KB Gruppe Hamburg | 34,50 |
| Eritrea Solidaritätsveranstaltung BO Steilshoop/KB Gruppe Hamburg | 402,00 |
| U., BO Barmbek/KB Gruppe Hamburg | 100,00 |
| ÖTV-Angestellte BO Elmhöf/KB Gruppe Hamburg | 8,00 |
| BO Elmhöf/KB Gruppe Hamburg | 273,00 |
| BO Wandbek/KB Gruppe Hamburg | 220,00 |
| P., Glückstadt | 80,00 |
| Spendenkopf Arbeiterbuch Hamburg | 165,50 |
| W.H., Herne | 60,00 |
| P.L., Hamburg | 100,00 |
| Randelezentel und KB-VV Flensburg | 170,00 |
| Ch.W., Göttingen | 155,00 |
| H.J.B., München | 150,00 |
| KB/Gruppe Bremerhaven | 500,00 |
| WG Deisterstraße, Göttingen | 47,37 |
| Ch.B. und T.B., Bielefeld | 40,00 |
| KB/Gruppe Pinnberg | 105,00 |
| J.E., Freiburg | 5,00 |
| Büchertisch Göttingen | 100,00 |
| K.H., Oldenburg | 300,00 |
| W.G., Stuttgart | 20,00 |
| Lübecker Peellafete | 500,00 |
| W.P., Hamburg | 2.000,00 |
| Wohngemeinschaft Elmhöf | 25,00 |
| KB/Gruppe Stade | 45,00 |
| „Kommune Kadmiw“ | 90,00 |
| KB/Gruppe Stade | 30,00 |
| KB/Gruppe Stade | 95,00 |
| H.d.F., Freiburg | 40,00 |
| ÖTV-Bereich, KB/Gruppe Hamburg | 90,00 |
| M.L. und M.L., Lübeck | 800,00 |
| B.L., Westberlin | 300,00 |

| | |
|------------------------------------------------------------|------------------|
| Kommune DUDMIW, Kiel | 40,00 |
| KB/Gruppe Stade | 65,00 |
| Ch. und U., Hamburg | 50,00 |
| „Red Banana Truck“ | |
| Anti-AKWler an der FU Westberlin | 52,00 |
| SSB/Westberlin | 50,00 |
| BO Steilshoop/KB Gruppe Hamburg | 500,00 |
| Eritrea Reisebericht im Kinderhaus Heinrichstraße Hamburg | 132,00 |
| C., Wilhelmshagen | 10,00 |
| Sozialpädagogisches Werkstattstudium Hamburg, Reisebericht | 117,00 |
| Solidaritätszone Chemiebereich KB/Gruppe Hamburg | 12,00 |
| Spendenkopf M. | 139,00 |
| Zelle Angestellte/ÖTV-Bereich KB/Gruppe Hamburg | 45,00 |
| BO St. Georg/KB Gruppe Hamburg | 500,00 |
| Metallbereich/KB Gruppe Hamburg | 250,00 |
| Summe | 10.217,37 |

Damit betragen die bei uns eingegangenen Spendengelder für das Schulprojekt in Eritrea bisher insgesamt DM 22.003,93. In unserer letzten Spendenliste (AK 139) war das gesamte Spendenergebnis aufgrund eines Rechenschaftsfehlers falsch ausgewiesen. Statt DM 14.838,03 waren nur DM 11.785,56 eingegangen. Wir bitten, den Fehler zu entschuldigen.

Die bei uns eingehenden Spendenbeträge für die EPLF/Eritrea werden entsprechend den Vereinbarungen mit den Genossen der EPLF gleichfalls für das Schulprojekt verwandt und sind in der obigen Aufstellung enthalten.

Für MIR, Chile

| | |
|----------------------------|---------------|
| KB/Gruppe Stade | 80,00 |
| „Rote Erbe“, Wilhelmshagen | 50,00 |
| Kneipe in Hamburg 13 | 113,00 |
| H.M., Hamburg | 80,00 |
| Summe | 273,00 |

Damit erhöht sich unser gesamtes bisheriges Spendenergebnis für den MIR auf DM 283.662,37.

Für PFLP, Palästina

| | |
|------------------------------------|---------------|
| K.H., Oldenburg | 300,00 |
| KB/Gruppe Hildesheim | 44,00 |
| F.U., Hamburg | 50,00 |
| KB/Gruppe Hildesheim | 35,00 |
| Metallbereich KB/Gruppe Hamburg | 250,00 |
| Kunde des Arbeiterbuch Bremerhaven | 7,00 |
| Summe | 686,00 |

Damit erhöht sich unser gesamtes bisheriges Spendenergebnis für die PFLP auf DM 130.880,02.

Für Vietnam-Solidarität

| | |
|-----------------------------------------------------------|---------------|
| G.V., Butzbach | 15,00 |
| U.K., Pinnberg | 10,00 |
| Vietnam-Solidaritätsversammlung in einer Hamburger Kneipe | 80,00 |
| BO Steilshoop/KB Gruppe Hamburg | 94,00 |
| Schulungsseminar ÖTV-Bereich | 248,00 |
| Summe | 447,00 |

Für Volksfreidayin, Iran

| | |
|------------------------------------|-------|
| Skatgruppe „Rote Nase“, Hildesheim | 76,41 |
|------------------------------------|-------|

Für Fronte Polisario, West Sahara

| | |
|-----------------|---------------|
| K.H., Oldenburg | 300,00 |
| P., Glückstadt | 50,00 |
| Summe | 350,00 |

Damit erhöht sich unser gesamtes bisheriges Spendenergebnis für Fronte Polisario auf DM 31.439,13.

Für Sandinistische Befreiungsbewegung, Nicaragua

| | |
|-----------------|---------------|
| KB/Gruppe Stade | 50,00 |
| B.P., Duisburg | 100,00 |
| H.J.B., München | 50,00 |
| Summe | 200,00 |

KB unser Weg

KOMMUNISTISCHER BUND

26

Rechenschaftsbericht des Leitenden Gremiums

und andere Dokumente

für den 1. KB-Kongreß

Berichte und Dokumente des Vorkongresses im Dezember 1978

(Teil 2)

Aus dem Inhalt: Rechenschaftsbericht des Leitenden Gremiums – Geschichte und Stand der Organisation – Zeitungsarbeit – Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit – Fachisierung von Staat und Gesellschaft – Bündnispolitik und Wahlen – Frauen – Jugend – Schüler – Studenten – China und die Vaterlandsverteidiger – Fragen und Anmerkungen zum LG-Bericht – Rechenschaftsbericht der ZRK – Brief der AG Frauen – Fragen und Antworten zum ZRK – Bericht – Antrag der Behandlung innerorganisatorischer Widersprüche – Tagesordnungsvorschlag für den Kongreß des KB

22 Seiten

Format A 4

DM 3,-

zu beziehen über den j. reprints – Verlag, Ichenstr. 75, 2000 Hamburg 50

Hauptsache, die Linie stimmt!?

Gedanken zum AK 148

Liebe Genossen, liebe Leser!

Wenn der neue AK kommt, blättert man/frau ihn erwartungsvoll durch. Artikel zu jeweiligen Interessenschwerpunkten werden dann gleich gelesen, andere Artikel sprechen einen weniger an. Und mich beschleicht bei voranschreitender Lektüre manchmal ein Gefühl von Langeweile. Vielleicht bin ich einer Ursache jetzt auf die Spur gekommen.

Da fängt ein Artikel an mit den Worten: „Der objektive Hintergrund, vor dem die Bourgeoisie diese Kampagne startet, ist die tatsächliche Benachteiligung der Frauen auf dem Arbeitsmarkt ...“ (S. 28). Peng, nun weißt Du es, Leser. Dabei reißt mich das nicht vom Hocker, das habe ich schon x-mal gehört, ist mir eigentlich auch klar. Kurz: das spricht mich nicht an, es macht mir das Weiterlesen nicht schmackhaft. Was nützt der schönste Artikel, wenn niemand einsteigt? Und: muß es sein, daß dem Leser zu Beginn die Erkenntnis in abstrakter Form vorgeknallt wird, wird er dadurch nicht auch in gewisser Weise für dumm verkauft?

Der Leser soll doch einen Lernprozeß durchmachen, neue Informationen bekommen und vielleicht auch neue Erkenntnisse. Unsere Artikel müssen aber so sein, daß wir ihn davon überzeugen. Er muß sozusagen von dem/der Verfasser/in an die Hand genommen werden, behutsam zu Erkenntnissen geführt werden. Dazu ist aber gerade der Artikel a f a g entscheidend, weil sich der Leser sonst kaum auf dieses Abenteuer einläßt. Warum beginnt der sehr wichtige Artikel mit dem oben zitierten Einstieg nicht zum Beispiel mit der Schilderung des Falles einer Frau B., an deren Situation die Problematik aufgezeigt wird?

Wenn aber Artikelanfänge oftmals entscheidend wichtig sind, müssen wir mehr Wert darauf legen. Da heißt es zum Beispiel: „Wie diskriminierend und demütigend Frauen, die abtreiben wollen, an der Medizinischen Hochschule in Lübeck behandelt werden, wurde schon einmal bekannt.“ (S. 30). Wenn das schon abtreiben wollen, an der Medizinischen Hochschule in Lübeck behandelt werden, wurde schon einmal bekannt. (S. 30). Wenn das schon bekannt ist, warum soll ich den Artikel denn lesen? Oder: „Wie zu erwarten war, sind über die Vererbung der Milch ... weitere Fakten ans Tageslicht gekommen ...“ (S. 13). Na ja, sage ich als Leser, das war ja zu erwarten, nichts Auffragendes. Oder: „Wie schon im Oktober letzten Jahres angekündigt ...“ (S. 31). Spannend, nicht wahr?

Sehr gern werden von den Artikel-schreibern auch folgende Anfänge gewählt: „Seit Oktober '78“, „Im Juli letzten Jahres“, „Im November und Dezember '78“, „Seit September '78“, „Am 1.2.“ ... Diese interessanten Artikelanfänge finden sich alle auf den Seiten 33 bis 35. Nichts gegen derartigen Nachrichtenstil, aber es muß doch nicht bei jedem Artikel sein.

Der sehr wichtige und gute Artikel „Kindertod auf der Straße“ beginnt mit einer Aneinanderreihung von fünf Zeitungsausschnitten, die im wesentlichen dasselbe aussagen, und die wir selbst aus eigenem Zeitungstudium zur Genüge kennen. (S. 32). Der Erkenntniswert ist deshalb meines Erachtens gering. Ich kenne aus eigener Erfahrung die Situation, daß der Verfasser sich zu dem entsprechenden Thema viel Material zusammengesucht hat und es nun möglichst auch alles direkt verwerten möchte. Aber nützt das dem Artikel?

Es lebe der gute alte „Besinnungsaufsatz“!

Entnervend finde ich auch Anfänge, die den Mief des „guten deutschen Besinnungsaufsatzes“ spüren lassen: am Anfang These oder Absichtserklärung, dann Erläuterung und am Ende die allgemeine Einschätzung oder das subjektive Urteil. So heißt es ziemlich zu Beginn eines Artikels über Rock-Musik (S. 24): „Daß zumindest das Hiermit verbundene Frauenbild in der Rockmusik auch heutzutage nicht wesentlich anders aussieht, soll im folgenden verdeutlicht werden.“ Das Ergebnis ist uns also schon mitgeteilt (als These sozusagen), es fehlen nur noch ein paar Belege. Warum stellt der Kieler Genosse nicht sich und uns die Frage: „Und wie sieht es heute mit dem Frauenbild in der Rockmusik aus?“

Die klassische Form „These am Anfang“ findet sich auch im gegenüberliegenden Artikel „Schiefes Bild“ (S. 25). Da wird dem Leser per Zitat der Anspruch der Initiatoren einer Rockausstellung buchstäblich vorgeknallt: „nationalistisch, geschichtsfälschend, Mastenkultur Rockmusik, visuelle Reize, lebt von Bildern, Werbematerialien, Plattenhüllen, Objekte, Verstrickte, Funktionsweisen der offiziellen, veröffentlichten Rockwelt ...“ Es ist sicher kein Kunststück, alle diese Wörter auf nur 16 Zeilen mit einigen anderen verbindenden Worten unterzubringen – ob das aber dem Leser nützt? Und welchem Leser?

Und noch ein letzter „klassischer“ Artikelanfang (S. 14): „Während die Ahauer Bevölkerung dem Brennelemente-Zwischenlager (BEZ) sehr skeptisch gegenübersteht, tun die Stadträte alles, um den Nutzen herauszustellen ...“ Damit wäre das Problem nicht nur angesprochen, sondern auch gleich schon beurteilt („eingeschätzt“), es müssen jetzt nur noch einige Belege folgen, und enden muß der Artikel natürlich mit „Kein Atommülllager in Ahaus und auch nicht anderswo!“ Ich meine, gerade weil die Inhalte so wichtig sind, dürfen wir es den Lesern nicht so schwer machen – wie leicht stellt sich das Gefühl ein: kenne ich schon, alles eben Scheiße.

Warum hatten die Münsteraner Genossen es eigentlich nicht für so wichtig, uns Nicht-Ahausern einmal einen kleinen Einblick zu geben in den Ort Ahaus – wo liegt das eigentlich? Wie wäre es denn mal mit einem Anfang: „Ahaus ist ein nettes kleines Städtchen an der Kreuzung von B 474 und B 70, 10.000 Einwohner, hat ein nettes Barockschloß von 1690 mit dazugehörigem Schloßpark. Früher eher verschlafen – da ist jetzt der Teufel los ...“ (sinngemäß). Denn, das muß man doch mal deutlich machen, daß die Pläne für Ahaus wie ein Hammer Schlag aus düsterem Himmel waren. Natürlich ist mir auch klar, daß dies nicht der erste Artikel über Ahaus ist. Frühere sind aber ähnlich beschränkt gewesen (im Sinn des Wortes).

Einzelstücke statt Konfektionsware

Einzelstücke statt Konfektionsware

Meines Erachtens sollten die Verfasser auch mehr Wert auf den Schluß des Artikels legen. Der Artikel selbst müßte so gut sein, daß sich ein formulierter Schluß wie: „... der Birkenhof mit seinen Mauern und Stachel-draht muß endgültig und vollständig weg!“ einfach ergibt. Entweder der Leser wird durch die Fakten selbst zu diesem Urteil kommen, oder der letzte markige Satz überzeugt ihn auch nicht. Derartige Wendungen hinterlassen bei mir, wenn sie sich häufen und zur Stereotype werden, einen faden Nachgeschmack, einen Eindruck von blühiger Konfektionsware, immer nach demselben Muster. Könnt ihr nicht mal am Ende etwas Witziges, Überraschendes schreiben? Derartige allgemeinste Absichtserklärungen, die ja meistens nicht einmal den Anspruch erheben können, nun in die Tat umgesetzt zu werden, machen den Eindruck hohler Verbissenheit. Provokant formuliert: Aus Hilflosigkeit einen markigen Spruch. Dagegen sind zündender Humor, Zynismus, Sarkasmus und wie die Dinge alle heißen, oftmals viel wirkungsvollere Waffen. Die Herrschenden haben immer sehr empfindlich darauf reagiert, wenn die Unterdrückten sie lächerlich machten. Wir wissen das aus eigener Erfahrung, erinnern euch an eure eigene Schulzeit, denkt auch an zahlreiche Gags der Studentenbewegung und der Frauenbewegung, die einem doch das Gefühl vermitteln: wenn wir auch noch nicht die Macht, den Staat und seine Waffen haben, so sind wir doch schon heute die Klügeren, Schläueren ...

Eine letzte Forderung sei hier noch erhoben: Schreibt verständlich! In einem sehr wichtigen Artikel an einer sehr wichtigen Stelle lese ich: „Unabhängig von sonstigen Bewertungen dieses richterlichen Vorgehens bleibt zunächst festzuhalten: Das Gericht hält es offenkundig für möglich, daß die Anklagebehörde selbst für 'wahr unterstellen' wolle, daß hierzulande Exekutionen Bestandteil der Planung sind. Solche Aussagen werden von einem Staatsanwalt getroffen und von einem Richter gedeckt, die als Organe der Rechtspflege in einem Staat fungieren, der darum prozessiert, nicht mit seiner Nazi-Geschichte verglichen zu werden!“

Hierauf wird im Verlauf des Prozesses zurückzukommen sein.“ (S. 6). Worauf bitte? Kann das noch mal jemand deutlich schreiben?

Heraus mit der Phantasie!

Ja, das sind die Gedanken, die mir beim Lesen einiger Artikel im ARBEITERKAMPF gekommen sind. Ich wollte keinen Artikelschreiber persönlich anmachen; vielleicht sind die Leser auch mit mir gar nicht einer Meinung. Sie sollten es schreiben, schließlich sollte die Debatte um den ARBEITERKAMPF noch nicht beendet sein – oder? Das sind nur Anmerkungen, über Artikel, die geschrieben wurden.

Vielleicht spiegeln die Artikel, wie sie geschrieben sind, aber auch unsere Schwächen in der Praxis wider? Kommunisten haben eben immer gleich Einschätzungen zur Hand, Kommunisten haben eben keine subjektiven Empfindungen, wenn sie Politik machen (höchstens mal beim Termin mit ihrem/m Freund/in). Kommunisten haben keinen Humor, Phantasie haben sie erst recht nicht. Kommunisten haben auch kaum persönliche Erlebnisse. Stimmen diese Einschätzungen – oder können wir uns nicht richtig einbringen in unsere Umwelt und in unsere Zeit?

Es geht auch anders. Unter der Überschrift „Herr Albrecht, wir kommen!“ heißt es auf der Titelseite: „Mit Erstaunen und Erleichterung stellten am 10./11.2. in Braunschweig ca. 1300 Atomgegner ... fest, daß die bundesdeutsche Anti-Atom-Bewegung lebt und aktionsfähig ist.“ Die Betonung liegt auf „Erstaunen“ und „Erleichterung“ – wer möchte darüber nicht genauer informiert werden, wer möchte da nicht weiterlesen, natürlich im ARBEITERKAMPF.

R., Lehrergenosse aus Hamburg-Altona

♦♦♦

Antwort

Ach ja, lieber R., wie sehr du mir doch aus der Seele sprichst! Eine winzige Kleinigkeit möchte ich aus gegebenem Anlaß noch hinzufügen. Wenn zusätzlich noch erreicht werden könnte, daß die Manuskripte in „Klein- und Großdruck“ gegebenem Anlaß noch hinzufügen. Wenn zusätzlich noch erreicht werden könnte, daß die Manuskripte in deutscher Sprache und Grammatik eingereicht werden, könnten wir unseren Arbeitslast um 50 % reduzieren und uns nützlicheren Dingen zuwenden.

Ich meine, es heißt z.B. Lernprozeß statt „Lernprozeß“, Problemank statt „Problematik“, Artikel statt „Artile“, Studium statt „Studium“, entsprechenden statt „entsprechenden“, spüren statt „spüren“, heutzutage statt „heutzutage“ usw. (Alles Zitate aus dem Anfang deines Manuskriptes, den Rest schenke ich mir aus Platzgründen). Durchschnittlich müßte ich in deinem Manuskript pro Zeile eine Rechtschreibkorrektur anbringen (bei ca. 230 Zeilen): Fehler, undeutliche Korrekturen von dir selbst, unübersichtliche Einschübe – Das Ganze sieht jetzt aus wie ein Stück abstrakte Kunst, worüber sich die Compositoren/innen sicher wahnwitzig freuen werden.

Schlimm? Ach woher! Wenn ich vergleiche, was z.B. manchmal von einigen deiner Lehrkollegen so angeliefert wird, dann war dein Manuskript ja noch das reinste Zucker-schlecken. Ich meine, bei dir stimmte ja immerhin der Satzbau – das muß man anerkennen! Du schreibst: „Vielleicht spiegeln die Artikel, wie sie geschrieben sind, aber auch unsere Schwächen in der Praxis wider?“ Was also sagt dein Manuskript über deine Praxis? Als Lehrer und als Kommunist. Wie bewertest du z.B. Schüleraufsätze mit einem Fehler pro Zeile? Denk(t) doch auch mal daran, daß in Redaktion und Technik auch Leute mit „subjektiven Empfindungen“ sitzen, die „persönliche Erlebnisse“ machen müssen, die darin bestehen, Abende lang in Manuskripten die „a“ durch „b“ oder die „Oe“ bzw. „Ue“ durch „ö“ bzw. „ü“ zu ersetzen usw. usw.

Das klingt vielleicht grob, ist aber nicht so gemeint. Vor allem soll es deine Kritik, die ich völlig richtig finde, überhaupt nicht abschwächen, sondern nur ergänzen. Sowohl in inhaltlicher wie auch in formaler Hinsicht würden wir uns einfacher wünschen, daß die Manuskripte mit ein bißchen mehr Engagement, Mühe, „Liebe“ abgefaßt werden. Vor allem da wir ja nicht für einen Kapitalisten, sondern für unsere Zeitung schreiben.

de, Red.

Große Werbekampagne für den ARBEITERKAMPF beschlossen

Mit mehr als 20.000 verkauften Exemplaren überstieg gedruckten Auflage von 20.000 erreicht die ARBEITERKAMPF im November 1978 (Nr. 83, nach der zweiten Gekdorf-Aktion) seine bisher größte Verbreitung. Allein die Hamburger Organisation des KB verkaufte innerhalb von 10.000 Exemplaren.

Es ist zu hoffen, daß diese Ergebnisse zeigen, daß von den 12.000 oder 12.500 gedruckten Exemplaren auf jeden Fall nicht mehr als 10.000 verkauft werden. Die Hamburger Genossinnen und Genossen unserer Organisation liegen dabei mit knapp 3.000 verkauften Zeitungen weit unterhalb der Mobilisierungszahlen, die wir hier in unserer Zeitung bei großen internationalistischen oder antiautoritären Versammlungen hatten.

Daß der AK-Verkauf strukturell höher zu sein mag, gibt es aber auch andere Gründe. In früheren Zeiten durchschnittlich 70-80 Prozent der KB-Mitglieder regelmäßig im Vertrieb des AK teilzunehmen, sind es heute fast durchgängig weniger als 50 Prozent (Gruppen, Bezirke oder Bereiche der Organisation, von denen weniger als ein Drittel am AK-Vertrieb teilnehmen, und unter keine Schätzungen). Anzahl und Qualität von Verkaufswegweiser (auf Straßen und in Kneipen) bewegen sich in Richtung Null (Gruppen, die heute noch pro vierzehntägige AK-Periode im Schnitt für jeden Mitglied nur 2-3 oder 4-5 ständige Verkäufe erwirtschaften können, liegen sich an den Fingern einer Hand abzählen).

Daß unter diesen Umständen überhaupt noch um die verstreuten Zeitungen verkauft werden, ist hauptsächlich dem hohen Ansehen zu danken, das der AK auch bei einer Schicht von 5 bis 10 Prozent erwirbt hat. Schon die Statistik weist aus, daß in der Regel mehr als 50 Prozent der Zeitungen „unter der Hand“ (im „Kontakts“) weggehen (tatsächlich liegt dieser Prozentsatz noch höher). Wie auch der größte Teil der Leserschriften im Rahmen der AK-Konzeptionsdebatte unterstrichen hat, haben viele dieser Stammleser den AK für ihre eigene Praxis für unverzichtbar (vor allem wegen seiner einmaligen Informationsfülle und -vielfalt).

Bei einem fortwährenden Überengagement in Sachen AK-Vertrieb wird eine regelmäßige und punktierte Belieferung auch dieser Käufer-schicht nicht mehr gewährleistet – der AK (und damit der KB!) in seiner Existenz bedroht!

Der seit mehreren Jahren andauernde rückläufige Kurs der ARBEITERKAMPF-Zeitung ist ein ernstes Warnzeichen – der AK (und damit der KB!) in seiner Existenz bedroht!

Die seit mehreren Jahren andauernde rückläufige Entwicklung des AK-Verkaufs (und seine gegenwärtige Situation auf niedrigem Niveau) belasten nicht nur die Organisationsfinanzen in erheblicher Weise (um die dem AK-Verkauf die für Redaktions, Technik und Vertrieb zehrenden monatlichen Kosten decken zu können, müßten von jeder Ausgabe rund 20.000 Zeitungen abgesetzt werden!), sondern hemmen den Organisationsaufbau direkt (wurden in früheren Zeiten Bezirksgruppen in größeren Städten oder neue Ortsgruppen vor allem mit Hilfe des ARBEITERKAMPFES aufgebaut und in den KB herangeführt, so findet heute kaum mehr eine Rekrutierung statt; die KB-Mitgliedschaft bröckelt ab).

Um aus der jetzigen Misere herauszukommen und Schlüsselmomente zu verändern, reichen offenbar die üblichen Appelle an die Prinzipien der Genossenschaft nicht aus. Um die augenblickliche verkaufte Auflage des AK kurzfristig zu stabilisieren und mittelfristig sogar wieder deutlich hochzutreiben, bedarf es besonderer Überlegungen und Maßnahmen der gesamten Organisation.

Die Hamburger Delegiertenversammlung des KB hält die Durchführung einer groß- und mittelfristig angelegten Kampagne für den ARBEITERKAMPF für unbedingt notwendig.

Neben der Aufgabe, durch eine intensive Werbearbeit und kollektive Verkaufseinsätze der Zellen auf Straßen, Plätzen und in Kneipen, bei Veranstaltungen, Kino/Theatervorführungen etc. neue Leserschichten mit unserer zentralen politischen Zeitung bekanntzumachen, muß es in der nächsten Zeit vor allem darum gehen, den größten Teil der AK-Stammleserschaft als Abonnenten zu gewinnen (derzeit haben wir noch nicht einmal 1.000 Abonnenten!). Wir sichern so einen relevanten Teil der ständigen AK-Leserschaft die regelmäßige und rasche Belieferung, nehmen den Genoss(innen) die oft zeitraubenden „Verkaufseinsätze“ bei den „Kontakts“ ab und bereinigen auf diese Weise auch die Verkaufsstatistik (d.h. wir werden erst nach dieser Kampagne genaueren Aufschluß darüber erhalten, wieviele Zeitungen von den Mitglieder des KB tatsächlich im „freien Verkauf“ abgesetzt werden).

Die auf mehrere Monate angesetzte Kampagne soll in der Form eines „sozialistischen Wettbewerbs“ durchgeführt werden. Über Rundschreiben und vor allem über eine kontinuierliche Berichterstattung im AK selbst soll für die Teilnahme an diesem „Wettbewerb“ geworben werden – wir werden Zwischenergebnisse der Abo-Werbung ebenso veröffentlichen wie Erfahrungsberichte (mit positiven wie negativen Eindrücken vom AK-Verkauf).

Um sicherzustellen, daß mit dieser Kampagne unverzüglich begonnen wird und daß alle Organisationskreise möglichst einheitlich und engagiert dabei mitmachen, wird eine Arbeitsgruppe (unter Leitung von I.G. und Z.H.K.) gebildet, in der Vertreter(innen) aus allen Hamburger Bezirken und Bereichen miteinbezogen. Diese Arbeitsgruppe trifft sich einmal in jeder AK-Periode.

Hamburg, den 13.3.1979

Bei ca. 150 anwesenden Delegierten der Hamburger KB-Gruppe einstimmig, bei einer Stimmenthaltung, angenommen.